

1 Studentische Schriften zu den Sozialwissenschaften

Simon Scholz, Julian Dütsch (Hg.)

Krisen, Prozesse, Potenziale

Beiträge zum 4. Studentischen Soziologiekongress
04. - 06.10.2013 in Bamberg



KRISEN
PROZESSE
POTENZIALE

4. STUDENTISCHER
SOZIOLOGIEKONGRESS
04.-06.10.2013 BAMBERG



University
of Bamberg
Press

1 Studentische Schriften zu den Sozialwissenschaften

Studentische Schriften zu den Sozialwissenschaften

herausgegeben vom Studiendekanat, von der Fachschaft und
vom AK Soziologie e.V. der Fakultät Sozial- und
Wirtschaftswissenschaft der Otto-Friedrich-Universität
Bamberg

Band 1



University
of Bamberg
Press

2015

Krisen, Prozesse, Potenziale

Beiträge zum 4. Studentischen Soziologiekongress
04.- 06.10.2013 in Bamberg

herausgegeben von Simon Scholz und Julian Dütsch



Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutsche Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Informationen sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk ist als freie Onlineversion über den Hochschulschriften-Server (OPUS; <http://www.opus-bayern.de/uni-bamberg/>) der Universitätsbibliothek Bamberg erreichbar. Kopien und Ausdrücke dürfen nur zum privaten und sonstigen eigenen Gebrauch angefertigt werden.

Herstellung und Druck: Digital Print Group, Nürnberg
Umschlaggestaltung: University of Bamberg Press, Anna Hitthaler

© University of Bamberg Press Bamberg 2015
<http://www.uni-bamberg.de/ubp/>

ISSN: 2365-2284
ISBN: 978-3-86309-350-1 (Druckausgabe)
eISBN: 978-3-86309-351-8 (Online-Ausgabe)
URN: urn:nbn:de:bvb:473-opus4-270183

Inhalt

Vorwort	7
Theorie- und Begriffsentwicklungen	11
Von Hierarchie zum Irgendwie	13
<i>Rana Bose</i>	
Gibt es Krisen, und wenn ja wie viele?	35
<i>Florian Mayr</i>	
Mainstream Economics im Umbruch?	53
<i>Daniel Meyer</i>	
Organisation, Autorität und Widerstand	91
<i>Laura Maleyka</i>	
Herausforderungen von Lebenslauf, Generation und Kultur	121
Elternzeitnahme durch Väter	123
<i>Benjamin Neumann</i>	
Wer einfach zu faul ist, um Sport zu machen, SOLL unglücklich sein.....	153
<i>Simon Moebius</i>	
Politische Kultur im jungen Brasilien	181
<i>Jonas Vollmer</i>	
Silence Still Equals Death	223
<i>Heiner Schulze</i>	

Politik, Globalisierung und Vertrauen	255
Das Weltsozialforum – Mehr als ein globalisierungskritischer Akteur? ...	257
<i>Janosik Herder und Stefan Wallaschek</i>	
(Warum) Vertrauen wir Politikern?	293
<i>Michael Angenendt und Johannes Schmitt</i>	
In Vielfalt geeint?	319
<i>Debora Eicher, Julian Kalcher und Katharina Kunißen</i>	
Kolonisatoren von gestern, MitbürgerInnen von heute?	347
<i>Bianka Plüschke-Altof</i>	
Arbeitswelt und Beruf	383
Arbeitswelt auf dem Prüfstand	385
<i>Benedikt Hassler</i>	
„Zu viel Herz?“ - Streik in der Altenpflege	405
<i>Hannah Schurian und Lucienne Wagner</i>	
Migration jenseits ökonomischer Motive?	433
<i>Barbara Mühlbacher</i>	
Studentische Schriften zu den Sozialwissenschaften	473

Vorwort

Dieser Sammelband beinhaltet ausgewählte Beiträge des 4. Studentischen Soziologiekongresses mit dem Titel „Krisen, Prozesse, Potenziale“, der vom 3. – 6. Oktober 2013 in Bamberg stattfand. Er schließt damit ein weiteres Kapitel einer bis heute erfolgreichen studentischen Initiative, welche seit ihrer Gründung kontinuierlich wächst und damit Studierenden eine solide Plattform bietet, selbst aktiv zu werden.

Der Studentische Soziologiekongress findet dabei alle zwei Jahre, im Wechsel mit dem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, statt und bietet dabei die Möglichkeit das nachwuchswissenschaftliche Potential zu erleben und potenzielle Nachwuchswissenschaftler mit dem Alltag der Wissenschaft vertraut zu machen. Er ist ein Ort des über den Tellerrand Hinausschauens und des wissenschaftlichen Austausches zwischen Studierenden aus Hochschulen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz. Doch nicht nur der wissenschaftliche Anteil des Kongresses gilt es als sinnvolle und zukunftssträchtige Veranstaltung herauszuheben. Gerade die Organisation einer solchen Veranstaltung hilft es Studierenden aus dem Fenster der Hochschule zu blicken und praxisnahe Lebenserfahrungen zu sammeln.

Der Kongress in Bamberg wurde vom Arbeitskreis Soziologie e.V. organisiert und ausgetragen. Unterstützt wurde er vom Lehrstuhl für Soziologische Theorie, der Professur für Arbeitswissenschaft, den Absolventen der Bamberger Soziologie e.V., dem Universitätsbund Bamberg e.V. und den Stadtwerken Bamberg. An dieser Stelle sei noch einmal dafür gedankt. Die Organisation gliederte sich dabei in vier Bereiche, welche sich durch ihre zeitliche Aneinanderreihung trennten. Zu Beginn musste ein Thema für den Kongress gefunden, sowie ein einheitliches Layout und Logo entworfen werden, damit man mit einer neuen Veranstaltung an die Öffentlichkeit treten konnte. Danach erst begann die eigentliche Vorbereitung, welche sich insbesondere um die Auswahl und Strukturierung der Vorträge drehte und im besonderen Maße die Finanzierung des Kongresses betraf. Nachdem alle Vorbereitungen getroffen waren, musste sich auch während dem Kongress um

die Teilnehmer gekümmert werden. Die Betreuung und das Aufrechterhalten eines angemessenen Rahmens waren hier von besonderer Bedeutung. Abgeschlossen wurde der Kongress dann mit der Nachbereitung. Dazu gehörte die Weitergabe des Kongresses, der 2015 in Tübingen stattfinden wird, die Mitorganisation einer Adhoc-Gruppe auf dem DGS-Kongress 2014 in Trier und natürlich dieser Tagungsband.

Während der ganzen Zeit arbeitete das Team ehrenamtlich und wurde in verschiedenen Phasen durch weitere freiwillige HelferInnen unterstützt: Ann Janin Waltemathe, Anna Berthold, Anne Deremetz, Annelie Barg, Beate Renner, Benjamin Neumann, Christina Käß, Daniela Lötterle, David Scheib, Dorothea Engelhardt, Fachschaft SoWi, Frank Schröder, Jan Forkel, Jan Riebling, Julia Haase, Katharina Rube, Kathrin Höreth, Marina Hübner, Matthias Fuchs, Matthias Schneider, Michael Schleier, Julius Schenk, Lisa Hartlmueller, Marina Zhir, Michael Stratil, Mirjam Moegele, Oliver Wiczorek, Patrick Schneider, Thea-Maria Caputo und Ute Drechsler¹.

Um ein Thema für den Kongress zu finden, wurde intern über mehr als 50 Vorschläge beraten, die der Kongressorganisation von Studierenden zugeschickt wurden oder direkt aus dem Team stammten. Von diesen wurden acht Vorschläge mit ausreichend inhaltlicher Breite ausgewählt und in einer öffentlichen Abstimmung gewann das Thema „Krisen, Prozesse, Potenziale“. Dieses Thema hatte den Vorteil, dass es sowohl Altes, Aktuelles als auch Zukünftiges in allen seinen Formen abbilden konnte, weshalb es vom Nachwuchs der Soziologie sehr engagiert und kreativ aufgegriffen wurde. Die Vorträge hatten dabei immer im Blick, wie sich die Soziologie in Zukunft entwickeln und bewegen könnte.

Die enge Zusammenarbeit zwischen TeilnehmerInnen und Organisation setzte sich dann auch während der Erstellung des Tagungsbandes fort. So wurden sämtliche Einreichungen dieses Werks in einem studentischen Peer-Review-Verfahren geprüft, Fragen ob und auf welche Art

¹ Wir hoffen, dass wir niemanden vergessen haben. Insbesondere die spontane Hilfe direkt während des Kongresses ist jedoch schwer nachzuvollziehen. Sollte doch jemand nicht genannt sein, tut uns das sehr leid. Die Namen sind alphabetisch aufgeführt und stellen somit keine Wertung der Helfenden dar.

und Weise Wörter gegendert² werden sollte durch die AutorInnen entschieden und zuletzt alle fertigen Manuskripte durch das Organisationsteam, AutorInnen und TeilnehmerInnen des Kongresses gegenseitig lektoriert. Gerade die Planung des Sammelbandes stellte die Herausgeber vor neue große Aufgaben. Eine besonders Bedeutende war dabei die Gründung der Reihe „Studentische Schriften zu den Sozialwissenschaften“ (SSS) im Verlag „University of Bamberg Press“. Diese Institution soll auch zukünftig Studierenden eine Plattform bieten, sich literarisch über den Rahmen von Seminar- und Abschlussarbeiten hinaus zu betätigen.

Inhaltlich gliedert sich der Sammelband in vier Bereiche. Begonnen wird dabei mit theoretischen Arbeiten und Arbeiten, die zu einem Umdenken in der Wissenschaft anregen sollen. Danach wird sich mit Problemen auseinandergesetzt, mit denen wir in unserem täglichen Leben in einer modernen Welt konfrontiert werden. Der dritte Block beschäftigt sich mit der globalisierten Welt und deren Auswirkung auf die demokratische Gemeinschaft, wohingegen sich im letzten Teil ganz allgemein mit der Arbeit und dem Beruf beschäftigt wird. Leider hat es nur ein Teil der eingereichten Beiträge in diesen Band geschafft, obwohl fast alle Beiträge es verdient hätten, beachtet zu werden. Jedoch ist für uns in der Zusammenstellung immer auch wichtig gewesen, dass jeder Beitrag für sich alleine stehen kann und nicht nur in der Zusammenschau mehrerer Publikationen aus dem jeweiligen Forschungsbereich zu verstehen ist. Wir sehen diesen Band auch als Einladung für Studienanfänger, sich mit unserem Fach auseinanderzusetzen, verschiedene Forschungsfelder kennenzulernen und sich von unserer Begeisterung anstecken zu lassen. Aber nicht nur Studieninteressierte sollen angesprochen werden, auch der allgemeinen Öffentlichkeit steht hier ein verständliches Werk zu verschiedenen gesellschaftlich hoch relevanten Themen zur Verfügung. Dieses ist dabei jedoch nicht inhaltlich flach gehalten, sondern schafft es in den einzelnen Beiträgen, aktuelle Forschungsergebnisse gleichzeitig präzise als auch anschlussfähig zu prä-

² Dabei konnten sich die Autoren nicht eindeutig einem Vorschlag zuordnen, wodurch es zu einer Zweispaltung der Autorenschaft, zwischen Binnen I und keinem Gendern, gekommen war.

sentieren. Nicht zuletzt stehen damit auch der etablierten Soziologie als forschender Wissenschaft 15 Quellen zur Verfügung, wissenschaftliche Praxis aus der Sicht der nächsten Forschergeneration zu sehen und durch Öffnung eine Umbruchskrise zu vermeiden, Erkenntnisse und Wissensbestände neu zu (über)denken³ und schließlich neue Wege für die Soziologie mit NachwuchswissenschaftlerInnen gemeinsam zu gehen.

An dieser Stelle wollen wir, die Herausgeber, noch einmal allen Danken, die bei der Umsetzung und Durchführung des 4. Studentischen Soziologiekongresses in Bamberg und der Erstellung dieses Sammelbandes geholfen haben. Dazu gehören die Organisatoren des Arbeitskreises Soziologie e.V. und alle anderen freiwilligen HelferInnen, die sich um den reibungslosen Ablauf des Kongresses gekümmert haben. Auch bedanken wollen wir uns bei allen TeilnehmerInnen, Vortragenden und geladenen RednerInnen sowie bei allen ReviewerInnen und KorrekturleserInnen, ohne die dieser Sammelband nicht hätte erscheinen können. Auch der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und hierbei insbesondere der Fachgruppe Soziologie bedanken, die uns bei der Durchführung des gesamten Projektes, wenn auch manchmal etwas skeptisch, unterstützt haben und somit den Studierenden eine Möglichkeit geboten haben zu zeigen, dass sie etwas Großes bewirken können. Abschließend gilt auch unser Dank dem Absolventenverein der Bamberger Soziologie, der auch noch einmal den Sammelband finanziell unterstützt.

³ Hierzu läd insbesondere der 5. Studentische Soziologiekongress in Tübingen ein.

Theorie- und Begriffs- entwicklungen

Den Anfang des Kapitels macht Rana Bose mit dem Beitrag „Von Hierarchie zum Irgendwie“, indem er sich auf Basis von Platons Politeia und dem Konzept des gesellschaftlichen Verfalls aktuelle Krisenfelder anschaut um Platons Blick für die Sozialwissenschaftliche Beobachtung von Krisen fruchtbar zu machen. Der nächste Beitrag „Gibt es Krisen und wenn ja wie viele?“ von Florian Mayer, beschäftigt sich daraufhin mit verschiedenen Krisenbeschreibungen und dem Umgang damit in der Soziologie. Er versucht die Soziologie als Soziologie der Krise für den Begriff der Krise zu sensibilisieren und ihn in das Zentrum der Forschung zu stellen. Daniel Meyer stellt sich mit seinem Artikel „Mainstream Economics im Umbruch?“ die Frage, ob es durch die Wirtschaftskrisen der jüngsten Zeit zu einem Umdenken und einem Paradigmenwechsel in den Wirtschaftswissenschaften gekommen ist oder nicht. Das Kapitel schließt der Artikel von Laura Maleyka, mit dem Titel „Die organisationssoziologische Interpretation sozialpsychologischer Experimente zur Gehorsamkeit“, ab. Darin beschäftigt sie sich mit sozialpsychologischen Experimenten, wie dem Milgram Experiment, und fragt sich dabei, welchen Beitrag die Organisationssoziologie zum Verhalten in Organisationen leisten kann und welche Form ein solcher Beitrag haben müsste.

Von Hierarchie zum Irgendwie	13
<i>Rana Bose</i>	
Gibt es Krisen, und wenn ja wie viele?	35
<i>Florian Mayr</i>	
Mainstream Economics im Umbruch?	53
<i>Daniel Meyer</i>	
Organisation, Autorität und Widerstand	91
<i>Laura Maleyka</i>	

Von Hierarchie zum Irgendwie

Die Idee der Gesellschaftskrise in Platons Politeia

Rana Bose

Abstract

Der vorliegende Beitrag analysiert Platons Konzept von gesellschaftlichem Verfall in der Politeia und versucht, ihn für gegenwärtige Krisenfelder fruchtbar zu machen. In der Auseinandersetzung mit dem Primärtext, der aus moderner Perspektive geäußerten Kritik an Platon und der Beobachtung des zeitgenössischen Krisendiskurses kristallisieren sich drei in empirischer wie philosophischer Reichweite verschiedene Krisenmodelle heraus. Die der Textgrundlage entnommene Verfallgeschichte eignet sich wohl am besten, um aus sozialwissenschaftlicher Perspektive Phänomene, die als getrennte Einzelfälle z. T. eher harmlos erscheinen, in eine größere gesellschaftliche Krisenbewegung einzuordnen und zusammenzufassen. Ein wichtiger Teilbereich dieser allgemeinen Verfallsbewegung ist in philosophischer Hinsicht die in Krisenmodell II beschriebene Einebnung von Werten, die das geistige Fundament des Staatswesens zersetzt. Dagegen wie auch gegen die empirische Unsicherheit von Krisendiagnosen wehrt sich das normative Konzept des dritten Krisenmodells. Für alle drei Krisenmodelle werden in Hypothesenform gekleidete Anwendungsbeispiele vorgestellt.

Die zahlreichen Krisenphänomene der Gegenwart scheinen in ihrer Komplexität der Struktur der modernen differenzierten Gesellschaft zu entsprechen – entziehen sie sich deshalb aber jedem Verständnis? Mit dieser Ausgangsfrage soll im Folgenden Platons Analyse des Staatsverfalls in der *Politeia* untersucht werden.

Selbstverständlich waren Platon aus dem antiken Athen weder die moderne Gesellschaftsstruktur noch die uns bedrängenden Probleme wie Klimawandel, Weltwirtschafts-, Finanz- und Haushaltskrisen, Rohstoffknappheit, militärische und zivile Risiken des nuklearen Zeitalters, der schleichende Verlust staatlicher Souveränität und Handlungsfähigkeit, global agierender Terrorismus, Gefahren im „digitalen Raum“, eine den

menschlichen Geist überfordernde Beschleunigung usw. bekannt, zumindest nicht im uns heutzutage beschäftigenden Ausmaß. Gerade dies macht die Auseinandersetzung mit seinem Gedankengang jedoch überaus vielversprechend – wenn es gelingt, seinen Anspruch auf die zeitlose und universale Geltung der Ideen einzulösen, ließe sich womöglich dem allgemein verbreiteten lähmenden Gefühl der Ratlosigkeit ob der angeblichen Neuheit und *Komplexität* der modernen Probleme die Spitze nehmen.

Der Aufbau des Essays lehnt sich an die Struktur der platonischen Dialoge an, in denen sich die Einsicht in die Wahrheit allmählich in einem steten Wechselspiel aus Vermutungen und Einwänden immer weiter vertieft. So soll zunächst die Erzählung vom Verfall der einzelnen Staatsverfassungen aus Buch VIII zusammengefasst werden. Gerade vor dem Hintergrund unserer heutigen Vorstellungen von Demokratie lassen sich gegen Platons „Idealstaat“ und die daraus abgeleiteten Verfallsformen jedoch schwere Vorwürfe erheben. Durch die Berücksichtigung von Platons Ideenlehre soll diesen Einwänden nun wiederum begegnet und eine verfeinerte Interpretation der Verfallserzählung erarbeitet werden. Auch dieses Verfallsmodell muss sich jedoch den Anfragen stellen, die sich aus der Konfrontation mit dem zeitgenössischen Krisendiskurs ergeben. Im Anschluss wird nach praktischen Anwendungsbeispielen für die erarbeiteten theoretischen Gedanken gesucht.

Der Verfall als Geschichte – Platons Krisenmodell I

Die Diskussion zwischen Sokrates und seinen Gesprächspartnern entzündet sich an der Frage, was Gerechtigkeit tatsächlich sei. Gängige Vorstellungen von Gerechtigkeit stellen sich bei genauerer Untersuchung als unzureichend und in sich widersprüchlich heraus. So kann Gerechtigkeit nicht allein in der Rückgabe einer geschuldeten Sache bestehen, ebenfalls nicht in der Unterstützung des Freundes und Schädigung des Feindes, schließlich aber auch nicht bloß ein wohlklingender Deckmantel für die Macht des Stärkeren sein (1. Buch).

Um das Wesen der Gerechtigkeit zu erfassen, entwickelt Sokrates deshalb nun gemeinsam mit seinen Zuhörern die Idee eines (vollkommenen) Idealstaates, in dem sich dann das wahre Wesen der Gerechtigkeit

zeigen müsste (369a). Hierbei handelt es sich nun keineswegs um ein phantastisches Traumgebilde von einem Paradies auf Erden, bevölkert von liebestrunken-friedfertigen Menschen. Im Gegenteil – ein friedlicher und harmonischer, arbeitsteilig organisierter Staat wird aufgrund seines Reichtums sowohl bei seinen Nachbarn als auch in seinem Innern stets Begehrlichkeiten wecken und benötigt daher einen Wächterstand (374a). Zur Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit bedürfen die Wächter aber nicht nur körperlicher, sondern in besonderem Maße auch seelischer Stärke: weder Leid und Gefahr noch Lust und Angst darf sie davon abbringen, stets dem höchsten Wohl des Staates zu dienen (413b-e). Den besten unter ihnen kommt die Aufgabe zu, als Philosophenherrscher das Staatsschiff zu lenken. Sie befehlen die übrigen Wächter(helfer), leiten das Erziehungswesen und sorgen durch ihre eigene vorbildlich bescheidene Lebensführung wie ihren weisen Politikstil dafür, dass die Einheit des Staates gewahrt bleibt, er also nicht in Arme und Reiche zerfällt oder durch Expansion an Stabilität verliert. Weder die Philosophenwächter noch die Wächterhelfer (Krieger) haben eigenen Besitz, ihr materielles Wohlergehen hängt allein von den Beherrschten, dem (dritten) Nährstand, ab.

Die Philosophen lassen sich in ihrem Handeln allein von ihrer Vernunft leiten, mit der sie die Idee des Guten klarer erfassen als die übrigen Stände. Gerade weil für sie die Philosophie ihre liebste Beschäftigung ist und sie den Herrscherdienst eher widerwillig übernehmen, sind sie als selbstlose Politiker am besten geeignet. Für ihre auf das jenseitige Gute ausgerichteten Seelen stellen die Güter dieser Welt keine Versuchungen dar, Ruhm und Ehre kümmern sie nicht (anders als die Krieger), nach materiellem Reichtum haben sie kein Verlangen (anders als der Nährstand). Folglich können diese Dinge ihre Entscheidungen auch nicht beeinflussen. Ihre Tapferkeit übertrifft die der Wächterhelfer/Krieger, weil sie um die Unsterblichkeit ihrer Seelen wissen, und anders als jene können sie deshalb nicht nur den körperlichen, sondern auch den sozialen Tod in Kauf nehmen. Ihre Tüchtigkeit ist größer als die des Nährstandes: sie zügeln ihr Begehren nicht allein deshalb, um mehr investieren zu können, sondern weil sie sich der „Leerheit“ allen materiellen Gewinns bewusst sind. Somit sind sie auch handlungsfähig, wenn kein Profit in Aussicht steht. In diesem harmonisch geordneten Staat, in dem

jeder Stand die ihm zukommende Aufgabe erfüllt, spiegelt sich die Einheit des Guten also am besten wider, es herrscht Gerechtigkeit.

Der Zerfall dieser „Aristokratie“ („Herrschaft der Besten“) beginnt in der herrschenden Klasse. Ist sich diese nicht mehr einig, so setzt sich die Spaltung auch in den unteren sozialen Schichten fort. Die Ursache für den Verlust der Einheit ist in den Seelen der Herrscher zu suchen – Platon sieht ja den Staat als vergrößertes Abbild der Seele an, jeder Stand wird folglich von einem Seelenteil dominiert (Philosophenherrscher – Vernunft; Krieger – Mut; Nährstand – (Erwerbs-)Trieb), jedem Staatstypus entspricht ein Seelentypus (544d). Herrscht in einer Seele nun nicht mehr die Vernunft, sondern der Mut, so wandelt sich der Philosoph zu einem „Timokraten“ (549b) (*timé* – Ehre, *krátos* - Herrschaft). Sein Handeln wird von dem Streben nach Anerkennung bestimmt und nicht wie das des Philosophen von der Einsicht in das Wesen des vollkommen Guten. Konkret heißt dies, dass er das Begehren der breiten Masse des Volkes wie sein eigenes nicht mehr durch Überzeugung in produktiven Elan zu lenken versteht, sondern mit Gewalt unter seinen Willen zu zwingen sucht (548b). Für ihn ist die Einheit nicht eine bereits vorhandene Realität (im Reich der Ideen), die es nachzuahmen gilt, nein, er sieht sich selber als Schöpfer der staatlichen Einheit, ersetzt mithin das philosophische Bewusstsein vom unvergänglichen Guten durch ein Selbstbewusstsein, das er durch machtvolle Taten immer wieder auffrischen muss. Lässt sich bei einer Unternehmung keine Ehre gewinnen, so handelt er nicht, spricht also nicht wie der Philosoph auch unpopuläre Wahrheiten aus. Unter seiner Herrschaft werden aus den ehemals freien Bürgern Knechte, die seines Schutzes „bedürfen“ (547c).

Letztlich vermag der Timokrat die Gier nach Geld aber nicht mehr in Schach zu halten, was der nächsten Staatsform, der „Oligarchie“ („Herrschaft von wenigen“), den Weg bereitet. In ihr wird Reichtum ehrenvoll und löst damit allmählich das timokratische Leitbild des ruhmreichen politischen Einsatzes für den Staat ab. Der Oligarch zieht die Sicherheit seines Wohlstands den Unwägbarkeiten politischen Engagements vor. Betätigt er sich doch politisch, so nie mit aller Kraft, da er stets Sicherheitsreserven zurückbehält (555a). Auch wirtschaftlicher Erfolg und Wohlstand sind – verschwommene – Abbilder des Guten. Materielle

Sicherheit ist ein Abglanz der Unvergänglichkeit des Guten, Markt und Arbeitsteilung spiegeln in ihrer Koordination die Einheitlichkeit des Guten wider und die Unterordnung der Begierde unter den Erwerbstrieb erinnert an die einfache Lebensweise der Philosophen. Lebten diese aus der Freude an der Idee des Guten, so speist sich die Selbstbeherrschung des Oligarchen aus der Hoffnung auf späteren (finanziellen) Gewinn.

Allerdings werden die armen Bevölkerungsschichten von der „Einheit“ der Reichen ausgeschlossen und stellen so eine latente Gefahr für die Sicherheit der Reichen dar. Das Erwerbsstreben des Oligarchen erweist sich als noch schwächeres Bollwerk gegen das Begehren – von Platon als „Drohnentriebe“ bezeichnet – als das mutvolle Ruhmesstreben des Timokraten. Spätestens die Kinder des Oligarchen können die das Begehren unterdrückende Sorge ihrer Väter nicht mehr nachempfinden und fallen ihm zum Opfer, werden als Konsumenten zur Geldverschwendung verleitet. Oligarchen geraten aufgrund ihrer Zügellosigkeit in Armut, das Drängen der Armen auf politische Teilhabe wird immer stärker und kann irgendwann nicht mehr abgewehrt werden. Sie reißen die Macht an sich und etablieren Freiheit und Gleichheit als Leitwerte. Alles hierarchische Denken wird preisgegeben, im Gegenzug soll alles erlaubt, gleichberechtigt und -wertig sein. Dies führt jedoch zu einer semantischen Umwertung aller Begriffe, die eine Hierarchie implizieren: Ehrfurcht wird für Einfalt, Besonnenheit (Unterordnung des Begehrens) für Unmännlichkeit, Maßhalten für knechtisch erklärt (560d) – und umgekehrt Hochmut Wohlerzogenheit, Willkür Freiheit, Verschwendungssucht Großzügigkeit und Unverschämtheit Mut genannt (560e). Die Seelen wollen keine Unterordnung mehr dulden und werden immer empfindsamer, Gesetze kümmern nicht mehr (563d). Hierarchische soziale Beziehungen ereilt das gleiche Schicksal: Lehrer fürchten ihre Schüler, Alte und Junge begeben sich auf eine Ebene, Fremde und Bürger stellen sich gleich, Sklaven sind so frei wie ihre Käufer, zwischen Mann und Frau setzt sich volle Gleichberechtigung durch, sogar Tieren wird die Freiheit geschenkt (562e-563c). Paradoxerweise geht die Freiheit so weit, dass sich in der Demokratie alle Arten von Verfassungen gleichberechtigt nebeneinander finden (557d).

Als letzte Verfallsform kann sich daraus nun nur noch die Tyrannis entwickeln. Ein Demagoge hetzt das ungezügelter Begehren fröhnende Volk gegen die (noch) reichen Oligarchen auf, gibt sich zunächst zwar wohlwütig und milde, reißt dann aber nach und nach systematisch alle Macht an sich, treibt das Volk in Kriege und damit noch tiefer in die Armut (565b-567a). So entsteht wieder eine Ordnung, nämlich die vollständige Unterordnung unter die entfesselte Begierde des Tyrannen.

Auf was für ein Staatswesen bezieht sich Platon? Kritische Anfragen aus heutiger Perspektive

Insbesondere die Beschreibung der Demokratie kann aus heutiger Sicht nicht unwidersprochen bleiben. Während die Leitwerte „Freiheit“ und „Gleichheit“ bei Platon den geistigen Nährboden für die Tyrannis bilden, gelten sie in modernen Demokratien als ideologische Errungenschaften und – genau umgekehrt – als Garanten politischer Stabilität. Diese wird zudem gemäß dem Prinzip der Gewaltenteilung durch ein fein ausbalanciertes Institutionengefüge gewährleistet. Hielten die Athener in der Volksversammlung „tatsächlich und jederzeit alle Entscheidungen in ihren Händen“ (Dahlheim 1994: 197, zitiert nach Schmidt 2008: 45), so kennt die moderne Demokratie Repräsentativverfassungen mit mäßigenden langen Wahlperioden (Schmidt 2008: 45). Da die politische Beteiligung der Vollbürger (nur 20-25% der Erwachsenen) in Athen erst durch die Institution der Sklaverei ermöglicht wurde (Schmidt 2008: 45f.), konnte sich die von Platon dem Demokraten attestierte Faulheit dort sicherlich leichter ausbreiten als in heutigen westlichen Gesellschaften. Kurzum, aus heutiger Sicht ist die athenische Demokratie „durch schwere Partizipations-, Wettbewerbs- und Kontrollmängel und massivste Menschenrechtsverletzungen“ (Schmidt 2008: 46) gekennzeichnet.

Mit diesem Vergleich kann man nun Platons Analyse als zumindest für die moderne Demokratie unzutreffend abtun – oder mit Karl Popper (1945/2003) sogar noch einen Schritt weiter gehen und Platon selbst zum Wegbereiter des Totalitarismus erklären. Mit dem Idealstaat als Endzweck der Geschichte verwirkliche Platon nicht die Gerechtigkeit, sondern kämpfe vielmehr *gegen* sie (2003:112). Tatsächlich bestehe Ge-

rechtigkeit nämlich in der Gleichbehandlung aller Bürger, ein auch den Athenern unter dem Stichwort „Isonomie“ vertrautes Konzept, das auch Platon wohl bekannt sein müsste, aber trotzdem von ihm übergangen werde (2003: 113). Stattdessen propagiere Platon das genaue Gegenteil von dem, was wir heute für gerecht halten: Privilegien würden nicht abgebaut, sondern im Rahmen eines Kastenstaates in Form von Bildung und Waffenbesitz für die Philosophenherrscher eingeführt, anstelle der Gleichbehandlung von Individuen finde sich bei Platon eine *hierarchische* Ordnung von *Klassen* und das Individuum lebe allein für den Staat, anstatt dass der Staat den Individuen diene (2003:114). In dem Erziehungsprogramm des Idealstaats zwingt Platon seine Lehre doktrinär auf, anstatt zu kritischem Denken anzuleiten (2003: 158), die Staatsideologie werde durch einen frei erfundenen Gründungsmythos, eine Lüge, untermauert (2003: 165ff.) und durch Zensur und Propaganda aufrecht erhalten (2003:105).

Angesichts dieser Fülle von Vorwürfen scheint Platons Verfallsanalyse mit einem Mal eher selber Ausdruck einer geistigen Krise zu sein, als dass sie diese verhindern oder überwinden helfen könnte. Ein genauerer Blick lässt jedoch stutzig werden: Selbstverständlich kann Platons Beschreibung der Demokratie nicht auf heutige Verfassungsformen zutreffen – bemerkenswerterweise tut sie dies aber noch nicht einmal für die antike Polis! Platon liefert keine Verfassungsgeschichte ab (Ottmann 2001: 57) und schenkt der Funktionsweise der Staatsorgane keine besondere Beachtung (Frede 1996: 58). Auch die von Platon geschilderten anarchischen Zustände sind historisch nicht belegt – die Freiheit der Athener ging durchaus mit einer *Wehrpflicht* einher und Verbrechen blieben keineswegs ungeahndet (Frede 1996: 90). Zudem hätte Platon sich wohl kaum zu der widersprüchlichen Aussage verstiegen, dass sich die Verfallsfolge mit der Sicherheit eines Naturgesetzes oder als Kreislauf ereigne (Frede 1996: 94). Wenn Platon also keine empirisch auffindbaren Demokratien beschreibt, worauf bezieht er sich dann?

Der Verfall als Idee – Platons Krisenmodell II

Popper selbst liefert in seiner fulminanten Kritik den entscheidenden Hinweis, wenn er auf den Zusammenhang zwischen Platons Vorstellung vom Guten und dem Idealstaat verweist. Da für Platon das Gute etwas Ruhendes, Wandelloses sei, versuche er auch in seinem Staat allen sozialen Wandel zu unterdrücken (Popper 2003: 104). Tatsächlich lässt sich die innere Logik des Idealstaats wie des Verfallsprozesses wohl nur vor dem Hintergrund der vor der Verfallserzählung entwickelten Ideenlehre ergründen. Mithilfe des Sonnen-, Linien- und Höhlengleichnisses hatte Platon verdeutlicht, dass es verschiedene Ebenen der Wahrnehmung von der Wirklichkeit des Guten gibt. Die in dieser Welt des wandellos Seienden beheimateten Ideen stehen dem Guten näher als die dem ständigen Wandel unterworfenen empirische (materielle) Welt und bilden deshalb die Voraussetzung, um die beobachteten (Schatten-)Phänomene in dieser (Höhlen-)Welt des Wandels überhaupt einordnen und deuten zu können. Wenn sich die empirische Welt aber nur verstehen lässt, indem wir uns die Voraussetzungen unserer Wahrnehmungen – unsere Vorstellungen vom Guten – bewusst machen, dann ist es für Platon nur konsequent, sich eben nicht den empirischen Staatsformen zuzuwenden. Ihn interessieren vielmehr deren Voraussetzungen, d. h. „der moralische und psychologische Zustand des Staates und seiner Bürger“ (Frede 1997: 259). Platon postuliert also kein Naturgesetz, demzufolge alle Staatsformen früher oder später in die Tyrannis abdriften, sondern entwirft Modelle, die insofern „diagnostischen Wert“ (Frede 1997: 270) besitzen, als sie Einzelerfahrungen einordnen helfen.

Diese Denkweise ist dem modernen Leser nicht völlig fremd. Zum Beispiel verweist der Staatsrechtler Böckenförde ebenfalls auf die moralischen Grundlagen des Staatswesens, wenn er in seinem bekannten Diktum postuliert, dass der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebe, die er selbst nicht garantieren könne (1976: 60). Auch Max Webers Konstruktion von Idealtypen (1988) ähnelt in methodologischer Hinsicht Platons paradigmatischer Beschreibung von Staatsformen und dem für sie typischen Verfallsprozess. So wie sich Webers Idealtypen in der empirischen Wirklichkeit nie in Reinform

werden finden lassen, besteht Platons Demokratie ja ebenfalls aus einer verwirrenden Durchmischung der verschiedensten Herrschaftsformen (557d).

Im Gegensatz zu Weber betreibt Platon jedoch eine normative, auf die Verwirklichung des (metaphysischen) Guten ausgerichtete Philosophie und bemüht sich nicht um wertfreie, wissenschaftliche Neutralität und Exaktheit. Der Aufbau des Idealstaates und die Logik des Verfalls beruhen auf dem Gedanken, dass die Leitwerte der einzelnen Klassen und Staatsformen in unterschiedlichem Ausmaß Anteil an der Wirklichkeit des „Guten“ haben, dass also nicht alle prinzipiell „guten Werte“ auch gleich gut und gleichermaßen erstrebenswert sind. In der einleitenden Nacherzählung wurde bereits geschildert, dass die jeweils „höheren“ Werte und die ihnen verpflichteten Klassen als Existenzvoraussetzung für die „niederen“ Werte und Klassen in Erscheinung treten: der fleißige und „besonnene“ (d. h. nicht der Begierde fröhnende) Nährstand ist auf eine mutige, nach Ruhm strebende Kriegerklasse zur Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit angewiesen, die Krieger wiederum bedürfen in ihrer Erziehung wie zum Treffen der richtigen politischen Entscheidungen der weisen, vernünftigen Philosophen. Dieser Gedankengang erscheint zwar stimmig, begründet aber zunächst einmal nur eine gegenseitige Abhängigkeit und noch keine Wertehierarchie, schließlich ist ja auch jede Schicht auf die jeweils niederen angewiesen (selbst Krieger und Philosophen müssen essen). Nein, die Nähe eines Wertes zum Guten scheint sich vielmehr daran zu zeigen, inwiefern er seinen Inhaber zu selbstlosem Handeln für das Gemeinwohl befähigt. Das Gute ist für Platon die (einzige) vollkommene „Einheit“ und als solche – veranschaulicht durch das Bild des „Ursprungs“ – allumfassend. Je näher ein Leitwert dem Guten also steht, desto größer ist der „soziale Radius“ seines Trägers, desto eher transzendiert er sich selbst in seiner Individualität und begreift die Menschen um sich herum als einer gemeinsamen Einheit zugehörig. Deshalb verkündet der Philosoph (anders als der nach Ruhm strebende Krieger) auch hilfreiche unpopuläre Wahrheiten, opfert die dem Philosophieren so zuträgliche Ruhe auf und begibt sich in das Getümmel des öffentlichen Meinungsstreits. Der Krieger setzt im Kampf sein Leben aufs Spiel, und der Nährstand sorgt für den materiellen Unterhalt der Philosophen- und Kriegerklasse. Das Gute bewirkt zweierlei Arten von Transzendenzbe-

wusstsein: zum einen erweitert es als allumfassende Einheit in „räumlicher“/körperlicher Hinsicht die Identität (auf größere Gruppen), zum anderen führt es aufgrund seines Ewigkeitscharakters zu einer Hintanstellung gegenwärtigen Wohlbefindens: der Philosoph handelt aufgrund seiner Einsicht und erwartet keinerlei zukünftigen Vorteil, der Krieger nimmt es in Kauf, dass er von seinem Ruhm selber nichts mehr abbekommt, wenn er auf dem Schlachtfeld stirbt, und ein Angehöriger des Nährstands arbeitet auch dann fleißig weiter, wenn er von dem zu erwartenden Gewinn eigentlich gar nicht mehr selber (durch Konsum) in vollem Ausmaß profitieren kann.

Zusammengefasst lokalisiert Platon den Krisenherd einer Gesellschaft also in den Motivationsstrukturen der Bürger. Ursächlich für gesellschaftlichen Verfall sind in letzter Konsequenz nicht sachliche, technische Probleme oder der (juristische) institutionelle Aufbau des Staates, sondern eine allgemeine Verunsicherung darüber, was „gut“ ist. Da in einer demokratischen Gesellschaft unterschiedliche Herrschaftsformen koexistieren, geht der Verfall schleichend und zunächst kaum wahrnehmbar vonstatten: alle Bürger nehmen weiterhin grundsätzlich „gute“ Leitwerte für ihr Handeln in Anspruch, streben aber nicht mehr so weit nach dem Guten, wie es ihrem Naturell und ihrer gesellschaftlichen Position eigentlich entsprechen würde. So greift eine allgemeine Erschlaffung um sich, die in den Führungspositionen ein Vakuum entstehen lässt. Auf den ersten Blick herrscht in einer solchen Gesellschaft Frieden, da ja nichts und niemand mehr untergeordnet und „herabgewürdigt“ wird. In Platons Augen ist diese ungeordnete Werte- und Verfassungsmischung jedoch hochexplosiv. Er weist auf die Gefahr, dass die ihrem Wesen nach zur eher unbequemen Transzendierung der individuellen Identität und des gegenwärtigen Wohlbefindens auffordernden Werte von der in der „Demokratie“ postulierten Gleichwertigkeit allmählich in die Gleichgültigkeit abdriften. Ohne aktivierendes Lebensziel kommt dem von ihm beschriebenen „Demokraten“ jedoch seine (konstruktive) gesellschaftliche Handlungs- und Partizipationsfähigkeit abhanden, er verliert sich in begehrllichem Wunschdenken und kann sich nur noch unter dem Diktat eines Tyrannen aufraffen, für die Befriedigung seiner Begierden zu „kämpfen“. Anders als im von Platon propagierten Staatswesen sammelt der Tyrann die Bürger unter dem

Banner des Eigennutzes und kann sie deshalb nur so lange vereinen, wie er diese Erwartungshaltung auf Kosten einer dritten, zum Feind erklärten Partei (die „Oligarchen“) bedienen kann. Danach schwindet der soziale Kitt und er muss sich gegen die eigene Bevölkerung wenden.

„Krisen, Prozesse, Potentiale“ – Platons Krisenmodell III

Im vorangegangenen Teil hat sich gezeigt, dass Platons Verfallsanalyse keineswegs gegenstandslos geworden ist, weil unsere modernen westlichen Demokratien anders aufgebaut sind als das antike Athen. Aber wie lässt sich nun sein Modell im heutigen Krisendiskurs situieren?

Bei einer Analyse öffentlicher Diskussionen über die Krise sticht zunächst ins Auge, dass oft kein scharfer Krisenbegriff verwendet wird, bzw. nicht expliziert wird, welches „Normalitätsmodell“ als Grundlage herangezogen wird, um einen Zustand oder Veränderungsprozess als Krise zu bewerten (Schulze 2011: 84ff). Abhängig von dem impliziten Normalitätsmodell kann z. B. wirtschaftliches Wachstum entweder negativ als Krise oder positiv als Potential/Fortschritt gewertet werden (ebd.). Ein weiteres Problem stellt die - in der (Post-)Moderne womöglich in noch größerem Ausmaß als zu Platons Zeiten gegebene - Komplexität gesellschaftlicher Zusammenhänge und Sachfragen dar. So entpuppen sich auch die Einschätzungen von Experten regelmäßig als unzutreffend, wie im Fall der Finanzkrise 2008, der Schweinegrippe 2009 und der Eurokrise 2010 (Schulze 2011: 91-92). Daher kann man zu den technischen Entdeckungen der Moderne wohl nur ein ambivalentes Verhältnis haben, bergen sie doch einerseits enorme Potentiale zur Erleichterung des Lebens und zur Überwindung von Leid, andererseits aber auch große Gefahren (Schulze 2011: 46-47), bis hin zur Selbstzerstörung der Menschheit. Schließlich ist in öffentlichen Diskussionen oft auch kein Raum für die erkenntnistheoretische Einsicht, dass wir die Welt niemals direkt, sondern nur indirekt durch Metaphern vermittelt wahrnehmen und beschreiben, z. B. Systeme als „Organismen“, „Maschinen“, „Lebenswelten“ oder „Funktionssysteme“, und Prozesse/Serien als „Entwicklung“, „Steigerung“ oder „Evolution“ (Schulze 2011: 124-132). Neben dem Normalitätsmodell und der Interpretation

der häufig unsicheren Wissensgrundlage prägt also auch die Wahl der Metapher maßgeblich Bewertung und Umgang mit Situationen und Prozessen.

Die Unzuverlässigkeit der empirischen Wissensgrundlage (von Krisendiagnosen) ist elementarer Bestandteil von Platons Ideenlehre – gerade deshalb verlässt er ja den Boden der dem ständigen Wandel unterworfenen Empirie und widmet sich den Ideen als den Voraussetzungen unseres Wahrnehmens und Handelns. Sein Idealstaat ist womöglich jedoch auf einer noch höheren Ebene angesiedelt als die Normalitätsmodelle und Krisenmetaphern, auf die Schulze in seiner Untersuchung gegenwärtiger Krisendiskurse (2011) verweist. Wie dargelegt, fassen viele Interpreten (wie z. B. Popper) den Idealstaat zwar tatsächlich als Normalitätsmodell auf, also als Blaupause, nach der die Gesellschaft aufgebaut werden müsste. Wenn man den Ausgangspunkt und die Gesamtanlage der *Politeia* berücksichtigt, scheint aber auch noch eine andere Auslegung gerechtfertigt zu sein. Die Ausgangsfrage nach dem Wesen der Gerechtigkeit erhält ihre Brisanz dadurch, dass Sokrates' jugendliche Zuhörer sich zwar nach Gerechtigkeit sehnen, diese aber nirgends zufriedenstellend verwirklicht sehen und deshalb an deren tatsächlicher Existenz zweifeln. Gerechtigkeit scheint nur ein frommes Wunschkonzept zu sein, das sich für die ihm treuen Anhänger nicht auszahlt. Der Idealstaat wird in der Folge als Metapher für das individuelle menschliche Seelenleben entworfen. Folglich liegt es nahe, auch die Schlussfolgerungen aus diesem Idealstaatsmodell nicht auf empirische Staatswesen, sondern auf das individuelle Seelenleben zu beziehen. Damit würde Platons Krisenmodell seine sozialwissenschaftliche Verwendbarkeit womöglich verlieren: es wäre kein Diagnoseinstrument mehr zur Feststellung, ob eine gesellschaftliche Krise nun gegeben ist oder nicht, sondern eher ein auf individueller Ebene ansetzendes normatives Konzept zur Prävention von gesellschaftlichen Krisen durch (platonische) Erziehung. Die Verfallsgeschichte wäre dann als pädagogische Warnung vor Denkweisen zu verstehen, die die Menschen je nach ihrer „seelischen Anlage“ auf unterschiedliche Art und Weise zu verführen drohen, z. B.: „Sollte ich mich als Wissenschaftler in meinem stillen Kämmerlein um die Wahrheit (philosophisches Ideal) mühen, oder nicht lieber vor den Fernsehkameras mit weniger durchdachten platten Aussagen

berühmt (timokratisches Ideal) werden?“ - „Könnte ich als Politiker (Timokrat) meine Kontakte nicht für eine lukrativere und weniger angefeindete Tätigkeit in der Wirtschaft (oligarchisches Milieu) nutzen?“ - „Warum die Boni nicht einfach mitnehmen (egoistisches „demokratisches“ Denken), wie es mit dem Unternehmen weitergeht, geht mich nichts an (Verrat am oligarchischen Ideal soliden Wirtschaftens)“ - „Freiheit und Gleichheit für *mich* („demokratische“ Perspektive)!“

Auf der Ebene des dritten Krisenmodells führt Platon seinen Philosophenschülern also die katastrophalen Folgen verführerisch angenehmer Gedankengänge vor Augen und zeigt umgekehrt auf, welche Lebenseinstellung das Potential zu wahren Glück in sich birgt. In Bezug auf eine sozialwissenschaftliche Krisentheorie bliebe dann die Aussage erhalten, dass sich die Auswirkungen einer Situation auf das menschliche Seelenleben im Zweifelsfall sicherer beurteilen lassen als Sachfragen und deshalb in die Bewertung eines Prozesses als Krise oder Potential einfließen müssten.

Zusammenfassung und Ausblick – wie lässt sich Platons Krisenmodell anwenden?

Eine im modernen Sinne wissenschaftlich fundierte Anwendung von Platons Krisenmodell auf einige der zahlreichen gesellschaftlichen Krisenfelder der Gegenwart wird nicht nur durch die begrenzten räumlichen, zeitlichen und intellektuellen Ressourcen des Verfassers dieser Arbeit erschwert. Der im vorangegangenen Abschnitt entwickelte Gedankengang hat vor Augen geführt, dass Platon mit seinem Dialog wohl in erster Linie das Denken zukünftiger gesellschaftlicher Eliten schulen will – also (normativ) vermittelt, wie man „richtig“ denken *soll* – und ein Gespür dafür zu wecken sucht, welche verführerisch angenehmen Denkweisen in individuelle wie kollektive Krisen zu münden drohen. Er diagnostiziert also keine Krise und fahndet nach deren Ursachen, sondern leistet als sozial engagierter Philosoph durch seine Erziehung einen Beitrag zum Aufbau und Erhalt der (moralischen) Voraussetzungen für die Stabilität eines Staates, wozu dieser selbst eben nicht in der Lage ist. Daher lässt sich Platons Krisenmodell wohl nicht als alleinige sozialwissenschaftliche Grundlage verwenden, um einzelne gesellschaftliche

Zustände oder Prozesse (abschließend) zu bewerten. Sehr gut geeignet scheint es hingegen, um (manchmal vielleicht auch recht abenteuerlich oder sehr spekulativ wirkende) *Hypothesen* zu entwickeln, den Blick auf leicht zu übersehende schwelende Krisenherde zu lenken und diese über disziplinäre Grenzen hinweg miteinander zu verbinden. In diesem Sinne sind die folgenden, an den Verlauf des bisherigen Gedankengangs anknüpfenden, Anwendungsbeispiele von Platons Krisenmodell zu verstehen.

In der eingangs vorgestellten Verfallserzählung („Platons Krisenmodell I“) konnte der Leser miterleben, wie der hierarchisch in Klassen gegliederte Idealstaat durch den Verlust von Einigkeit und das Abflauen der Leitwerte innerhalb der Eliten von einer Generation auf die nächste etappenweise verfällt. Da in einer Demokratie die verschiedenen Herrschaftstypen parallel existieren, ereignen sich neben dem „großen“ Verfall der Demokratie in die Tyrannis vermutlich auch in den anderen Herrschaftsmilieus Krisen. Zur Bildung von Verfallshypothesen müsste man also nach Milieus Ausschau halten, die den ihnen entsprechenden Leitwert „verraten“.

In dem dem Wahrheitsethos verpflichteten („philosophischen“) Umfeld der Universität könnten die Plagiatsaffären von in Wirklichkeit offensichtlich mehr auf die durch wissenschaftliche Titel erworbene Anerkennung als auf Erkenntnisgewinn erpichten Politikern in das skizzierte Schema passen. Auch die Förderung von Wettbewerb unter den Hochschulen durch das Setzen von wirtschaftlichen Anreizen (Exzellenzinitiative) lässt sich womöglich als Implantierung einer systemfremden Handlungslogik enttarnen. Gleiches könnte für die Bologna-Reform gelten. Auch Forschungsförderung durch Drittmittel von Akteuren aus der Wirtschaft müsste einer kritischen Begutachtung unterzogen werden.

Das für Platon durch das Ringen um Anerkennung und Ehre charakterisierte Spielfeld der Politik müsste sich gegen das Eindringen wirtschaftlicher Denkmuster wehren. So darf hinterfragt werden, ob wirtschaftliche Interessen als Grundlage für politische Projekte ausreichen oder nicht eher eine zweitrangige Rolle spielen müssten. Mit allgemeinem wirtschaftlichen Nutzen werden z. B. häufig die fort-

schreitende Globalisierung und Integration der EU, aber auch militärisches Engagement begründet – in Platons Sinne vielleicht zu Unrecht. Wenn der Westen in dem z. Z. tobenden, genuin politischen Ukraine-Konflikt mit Wirtschaftssanktionen „kämpft“, könnte dies als Abklemmen des politischen Kommunikationskanals gewertet werden und damit eine Verständigung mit dem in politischen Kategorien denkenden Putin erschweren. Auch die Sinnhaftigkeit des Einsatzes von ihrem eigenen wirtschaftlichen Nutzen verpflichteten privaten Söldnergruppen (wie von den USA praktiziert) und die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht ließe sich mit Platons Vorlage hinterfragen. Allgemein ist vor einer zu starken Einbindung von Wirtschaftsakteuren in politische Entscheidungsprozesse zu warnen: Besteht womöglich ein Zusammenhang zwischen deren starker Rolle in den USA und dem aus politischer Hinsicht höchst misslichen Handelsbilanzdefizit gegenüber China sowie den Schwierigkeiten, sich im Kongress auf einen Haushalt zu einigen? An der auch von Politikwissenschaftlern verschiedentlich geäußerten Klage, es fehle „aufgrund attraktiver Karriere- und Einkommensalternativen jenseits der Politik“ (Schmidt 2008: 500) an kompetenten Politikern, können daher Zweifel angemeldet werden. Es ist schwer ersichtlich, wie ein sich in seinem privaten Handeln derart von Verdienstmöglichkeiten leiten lassender Mensch mit einem Mal den Mut zu politischem Handeln aufbringen könnte, gehört es doch gerade zur Kernkompetenz eines auf sein Gewissen verpflichteten Abgeordneten, durch unpopuläre Entscheidungen seine Wiederwahl aufs Spiel zu setzen. Auch Nachhaltigkeitsstrategien unter Berücksichtigung des (z. B. durch Neuverschuldung und Umweltzerstörung beeinträchtigten) Wohles kommender Generationen erfordern Denken über den eigenen Tod hinaus, also zumindest auf „timokratischem Niveau“.

Beispiele für den Verfall von „Oligarchen“, also den Wandel von auf das langfristige Unternehmenswohl bezogenem Fleiß zu gierigem „In-die-eigene-Tasche-Wirtschaften“, stehen seit der Finanzkrise hoch im Kurs. Kritisch zu bewerten ist vielleicht aber auch schon eine Unternehmensstrategie, die auf das Wecken und Befriedigen der menschlichen „Drohentriebe“ (Begehren von eigentlich nicht Notwendigem, „Konsum“) abzielt. Noch ein wenig klarer gefasst besteht die Transformation des Oligarchen zum Demokraten darin, dass solide Planung von unrealistischem Wunschdenken durch- und schließlich ersetzt wird – eine aben-

teuerlich-kreative Hypothese zur Erklärung der rätselhaften Verzögerungen auf deutschen Großbaustellen. Verständlicher wird durch die von Platon skizzierte Anatomie des demokratischen Begehrens vielleicht auch noch eine weitere Facette der Verschuldungsprobleme moderner Demokratien: wenn alle Wünsche *gleichermaßen* gerechtfertigt erscheinen und man keinen zurücksetzen will, lassen sich keine Prioritäten setzen und Schulden bleiben als einziger Ausweg. (Diese typisch demokratische Unfähigkeit, Prioritäten zu setzen, kommt im Übrigen auch als Erklärung für das Prokrastinationsproblem des Autors in Frage...)

Es wäre blauäugig, auf der Suche nach Beispielen für das Abgleiten in die Tyrannis nur nach Diktatoren Ausschau zu halten und Attacken auf den Rechtsstaat (z. B. in Russland, Ungarn, Italien oder der Türkei) näher zu untersuchen. Wenn das demokratische Motto im Klassenkampf beim Übergang in die Tyrannis darin besteht, die eigenen als Notwendigkeit empfundenen Begierden von dem Fleiß und der Sparsamkeit anderer (Oligarchen) befriedigen zu lassen, kann man an dieser Stelle auch die menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen benennen, unter denen Konsumartikel (überwiegend in Asien) produziert werden.

Mit diesem Verweis auf die modernen Formen „outgesourcter“ Sklaverei lässt sich auf die ebenfalls dargestellte neuzeitliche Kritik an Platon überleiten. In vielen aus heutiger Sicht sicherlich (und zu Recht) anstößigen Aspekten in Platons Denken spiegelt sich unsere moderne Gesellschaft möglicherweise stärker wider als es ihr bewusst ist. So lässt sich Poppers Vorwurf einer auf einem Mythos aufgebauten Kastengesellschaft auch gegenüber modernen westlichen Gesellschaften erheben. Hat der „PISA-Schock“ das Versprechen von elternhausunabhängiger Chancengleichheit nicht als Mythos entlarvt? Elitestudien weisen den überproportionalen Einfluss der Herkunft auf die Karrierechancen nach (Hartmann 2013: 42-74), was in Platons radikalem Aufzucht- und Ausleseverfahren immerhin ausgeschaltet wird. Offensichtlich führt die von Popper gerühmte Gleichbehandlung vor dem Gesetz nicht von allein zu gleichen Erfolgsaussichten im Leben. Allzu leicht kann einem beim Erträumen einer klassenlosen Gesellschaft die Beobachtung entgehen, dass auch innerhalb der Elite die Bewertung bspw. der Ursachen der Finanzkrise in starkem Maße mit der Herkunftsschicht zusammenhängt (Hartmann 2013: 135-148). Hieran erweist sich auch die Bedeu-

tung der Zugehörigkeit zu einem Kollektiv für die Ausprägung einer Meinung – es ist also fraglich, ob das Leitbild einer „individualistischen Gesellschaft“ nicht Gefahr läuft, die Bildung einer fundierten Meinung zu erschweren, weil ja von vornherein klar ist, dass jeder auf seiner Position beharren kann, weil ja alles irgendwie gleichermaßen richtig ist, man sich mithin auch nicht mehr in Diskussionen ereifern muss. Zu beachten ist ferner Platons Hinweis, dass das Leben im Kollektiv zu Kooperation zwingt, während das Pochen auf individuelle Freiheit und Gleichheit zum Rückzug in eine individualistische Blase führen und somit eine Abnahme an sozialer Kooperationsfähigkeit befördern, bzw. einen bereits vorhandenen Mangel kaschieren kann. Bei aller Sympathie für die Gleichstellung der Geschlechter scheint die Frage durchaus statthaft, ob die propagierte (wirtschaftliche, emotionale, usw.) Unabhängigkeit von Partnern nicht zumindest teilweise auch Ausdruck einer Krise partnerschaftlicher Beziehungen sein könnte, die sich in abnehmender Kooperationsfähigkeit und niedrigen Geburtenraten äußert.

Die unter dem Eindruck der neuzeitlichen Kritik und der Verschiedenheit zwischen antiker Polis und modernen Demokratien entwickelte zweite Version von Platons Krisenmodell lenkte den Blick von den empirischen Herrschaftsformen auf die moralischen Grundlagen des Staatswesens und die hierarchisch angeordneten Vorstellungen vom Guten/Ideen als Voraussetzung für die Wahrnehmung und Bewertung unserer sozialen Umgebung. Hier könnte man mit gesellschaftlichen Diskursanalysen die entwickelte These zu belegen versuchen, dass mit einem Verflachen dieser Wertehierarchie – d. h. einer Gleichsetzung der Werte – diese insgesamt an Bedeutung für das Denken und praktische Handeln verlieren, sich die Fähigkeit der Menschen zur Transzendierung von Selbst und Gegenwart verringert und einer allgemeinen inneren Antriebslosigkeit immer mehr Raum gibt. Mit dem allgemeinen Abklingen einer am Wohl des gemeinsamen größeren Kollektivs orientierten Handlungsmotivation könnte auch ein zunehmendes Kreisen um sich selbst und damit verbunden eine Abnahme der Fähigkeit, sich in das Fühlen und Denken anderer hineinzusetzen, einhergehen. In der Folge kann sich dann ein Denken und Handeln entwickeln, das auf Eigennutz ausgerichtet ist, vorgeblich aber dem andern einen Vorteil verspricht, also täuscht. Die Summe aus mangelhaftem Einfühlungsvermögen, aus Begierde geborener allgemein üblicher Vorgaukelei

selbstloser Absichten und typisch demokratischer Unberechenbarkeit (da die Eingebungen der Lüste ständig hierhin und dorthin treiben) ist eine allgemeine Kultur des Misstrauens und Unverständnisses. Ein mögliches Anwendungsbeispiel hierfür wären die massiven präventiven Spähprogramme westlicher Demokratien (insbesondere der USA), interpretiert als ein verzweifelter Versuch, die „wahren“ Gedanken des eigenen Volkes und der Verbündeten zu ergründen. Weiter befördert wird diese geistige Entfremdung vermutlich durch die mit der Globalisierung und Digitalisierung einhergehende Intensivierung von Anonymität, während „das Moralische am besten – zumindest motivational – in Verhältnissen direkten Miteinanderzutunhabens“ (Franzen 2010: 184) funktioniert.

Diese Überlegungen lassen sich im Rahmen von „Platons Krisenmodell III“ weiterführen, in dem ein Schwenk vom kollektiven zum individuellen Seelenleben vollzogen wurde. Zum einen erforderte die Unsicherheit bei der Einordnung eines Zustands oder Prozesses als Krise einen weiteren, von der empirischen Wirklichkeit unabhängigeren Maßstab, an dem das Handeln ausgerichtet werden könnte. Zum anderen droht die allgemeine Kultur des Misstrauens entweder in ein negatives Selbstbild oder depressiv-einsame Überheblichkeit („Alle lügen und handeln egoistisch außer ich!“) umzuschlagen und damit in einer Sackgasse zu enden. Mit der Interpretation von Seele und Idealstaat als wechselseitig füreinander zu verwendende Metaphern würde Platon zwar keinen weiteren Beitrag zur sozialwissenschaftlichen Analyse von Krisen leisten. Stattdessen zeigte er jedoch eine Möglichkeit auf, aus einem fatalen Reaktionskreislauf auszubrechen, d. h. *nicht* auf die tatsächlichen oder bloß vermeintlichen, gerechtfertigten oder ungerechtfertigten Anfeindungen aus der empirischen Welt zu *reagieren*, sondern im inneren normativen Licht der Idee des Guten (vermittelt durch die Hierarchie der Leitwerte) zu *agieren*. Diese Handlungsweise mag philosophisch abgehoben erscheinen, ist aber vielleicht die einzige Möglichkeit, Aggressivität abzubauen, wenn die „normale“ timokratische Lösung eines Kampfes zur Beilegung des Konflikts für beide Seiten nur „tödlich“ enden kann. Dabei ist nicht nur an außenpolitische Konflikte unter Atommächten zu denken, sondern auch an das innenpolitische „Loser's consent-Problem“, d. h. dass Sieg oder Niederlage häufig von der Art des

Wahlsystems bestimmt wird, sodass der Friede im Lande von der Bereitschaft der Verlierer abhängt, sich in ihre Niederlage zu fügen und nicht im Namen eines nicht umsetzbaren Gerechtigkeitsideals gegen das System zu kämpfen (Schmidt 2008: 501).

Fazit

Im Ergebnis scheinen alle drei aus der *Politeia* herausdestillierten Krisenmodelle ihre Berechtigung zu haben. Sie unterscheiden sich im Hinblick auf ihre Reichweite und Tiefgründigkeit und damit auch auf ihre Verwendungsmöglichkeiten.

Modell I eignet sich zur Generierung von Hypothesen, die einer weiteren (sozial-)wissenschaftlichen Untersuchung bedürfen. Daneben besteht seine „Spezialität“ im Erzählen einer Geschichte – der Beschreibung einer allgemeinen Verfallsbewegung –, die unterschiedliche, auf den ersten Blick nicht miteinander in Verbindung stehende Problemfelder erfasst und so verbindet.

Modell II kämpft in erster Linie im philosophischen Streit zum Thema „Werterelativismus“ und liefert eine empirisch schwerer zu verifizierende Hypothese über die Entstehung eines gesellschaftlichen Klimas der (Werte- und Visions-) Müdigkeit, Antriebslosigkeit sowie eines allgemeinen Misstrauens.

Das dritte Modell schließlich ruft zu aktivem Einsatz auf und fordert insbesondere vom Philosophen soziales Engagement ein, vornehmlich im Bildungswesen.

Seinen besonderen Reiz kann Platons Verfallsbeschreibung jedoch nur entfalten, wenn diese drei Modelle zusammengedacht werden, sodass Krisenphänomene in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen, empirisches und normatives Denken, Theorie und Praxis in einen Zusammenhang gerückt werden.

Literatur

- Böckenförde, Ernst W. (1976): Staat, Gesellschaft, Freiheit: Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Dahlheim, Werner (1994): Die Antike. Griechenland und Rom von den Anfängen bis zur Expansion durch des Islam. Paderborn/München u.a.: Schöningh
- Franzen, Winfried (2010): Moral in der Krise? In: Frank Ettrich/Wolf Wagner (Hrsg.), Krise und ihre Bewältigung in Wirtschaft, Finanzen, Gesellschaft, Medizin, Klima, Geschichte, Moral, Bildung und Politik. Berlin: LIT Verlag, S. 168-188
- Frede, Dorothea (1996): Platon, Popper und der Historizismus. In: Enno Rudolph (Hrsg.), Polis und Kosmos. Naturphilosophie und politische Philosophie bei Platon. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 74-107
- Frede, Dorothea (1997): Die ungerechten Verfassungen und die ihnen entsprechenden Menschen (Buch VIII 543a- IX 576b). In: Otfried Höffe (Hrsg.), Platon, Politeia. Berlin: Akademie Verlag
- Hartmann, Michael (2013): Soziale Ungleichheit. Kein Thema für die Eliten? Frankfurt a. M.: Campus Verlag
- Ottmann, Henning (2001): Geschichte des politischen Denkens: von den Anfängen bei den Griechen bis auf unsere Zeit. Teilbd. 2 Von Platon bis zum Hellenismus. Stuttgart/Weimar: Metzler
- Platon: Der Staat/Politeia. Übers. von Rüdiger Rufener. Hrsg. von Thomas A. Szlezák. Düsseldorf/Zürich: Artemis und Winkler, 2000
- Popper, Karl (2003): Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Band 1 Der Zauber Platons. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck)
- Schmidt, Manfred (2008): Demokratietheorien. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Schulze, Gerhard (2011): Krisen. Das Alarmdilemma. Frankfurt a. M.: S. Fischer Verlag
- Weber, Max (1988): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Hrsg. von Johannes Winckelmann. Tübingen: Mohr

Rana Bose

studierte Sozialwissenschaften (B.A.) an der Humboldt-Universität zu Berlin, der University of Sussex (UK) sowie der Brown University (USA) und schließt zur Zeit den Master „Religion und Kultur“ an der Humboldt-Universität zu Berlin ab. Er interessiert sich besonders für die Frage, welchen Beitrag „die“ Religion zur Deutung und Überwindung gesellschaftlicher Krisen leisten kann.

Kontakt: rana.m.bose@gmail.com

Gibt es Krisen, und wenn ja wie viele?

Theoretisch-konzeptionelle Überlegungen zu einer Soziologie der Krise

Florian Mayr

Abstract

Krisenbeschreibungen sind in der Art mit dem Aufkommen der Moderne verbunden, wie die moderne Vorstellung von der Gestaltbarkeit von Gesellschaft mit der Wahrnehmung von Kontingenz und somit der Vorläufigkeit von Ordnung einhergeht. Die Soziologie als Kind der Moderne sah zu Beginn ihre Aufgabe darin, geschichtliche Wandlungsprozesse als krisenhaft zu beschreiben und womöglich Lösungsansätze bereitzustellen. Angesichts des gegenwärtig omnipräsenten Begriffs der Krise ist die Frage zu stellen, ob in der Soziologie, verstanden als Krisensoziologie, Krisendiagnostik noch eine fachadäquate Vorgehensweise darstellt. Darüber hinaus, so argumentiert der vorliegende Artikel, sollte die Soziologie, verstanden als Soziologie der Krise, gerade Abstraktionsleistungen, die mit der Beschreibung „Krise“ verbunden sind sowie deren diskursive Wirkung untersuchen. Krise und deren Diagnoseformen sollen also Zentrum des empirischen Interesses werden, um ein tieferes Verständnis von Ordnungsvorstellungen zu generieren. Anstatt sich in die mittlerweile unüberschaubare Fülle an Krisendiagnosen einzureihen, sollte die Soziologie darüber hinaus die Selbstverständlichkeit mit der Wandlungsprozesse als krisenhaft thematisiert werden explizit zum Thema machen.

Krise als Problem sozialer Ordnung

Drei „Kränkungen der Menschheit“ diagnostizierte Sigmund Freud in seinem Aufsatz *Eine Schwierigkeit der Psychoanalyse*. Die Geschichte, die Freud erzählt, ist eine Geschichte der Dezentralisierung, eine Geschichte der Zerstörung der menschlichen „narzißtischen Illusion“ (vgl. Freud 1917): Die erste Kränkung erkennt Freud in der kosmologischen Entdeckung des Kopernikus, dass die Erde nur einer unter vielen Planeten ist, der um die Sonne kreist und somit nicht den Mittelpunkt des Univer-

sums darstellt. Die Menschheit erlebt ihre zweite Kränkung dadurch, dass sie durch Darwins Abstammungslehre aus dem Zentrum der Schöpfung verbannt und somit lediglich zu einem Verwandten der Menschenaffen degradiert wird. Schließlich ist es Freud selbst, der der Menschheit die dritte Kränkung bereitet, indem er dem Menschen attestiert, nicht einmal „Herr in seinem eigenen Hause“, also Herr seiner Triebe zu sein. Diese Erkenntnisse entgötterten den Kosmos, entzauberten die vormals sinnerfüllte Welt und warfen den Menschen existenzialistisch gesprochen „auf sich selbst zurück“.

Zweierlei zeigten diese Verunsicherungen des modernen Menschen: Ordnung war einerseits nicht ein Weltenplan Gottes, sondern musste vom Menschen selbst hergestellt werden. Andererseits übernahm die moderne Wissenschaft zunehmend eine ordnungsstiftende Funktion, jedoch war auch sie gänzlich ungeeignet, den „letzten Grund“ bereitzustellen. Die „Entzauberung der Welt“ (Weber 2002: 510) implizierte also, soziale Ordnung herzustellen, wobei diese gleichzeitig konstant umstritten ist:

„Die Entdeckung, daß die Ordnung nicht natürlich war, war die Entdeckung der Ordnung als solcher. Der Begriff Ordnung trat gleichzeitig mit dem Problem der Ordnung ins Bewusstsein, der Ordnung als einer Sache von Entwurf und Handlung, Ordnung als einer Obsession.“ (Bauman 1992: 18)

Der vorliegende Artikel beschäftigt sich mit diesem „Problem der Ordnung“, indem er den modernen Krisenbegriff als dessen Sichtbarmachung, Konstruktion und Thematisierung (als Ausnahmezustand) versteht.¹ In dem Zuge ist rauszustellen inwiefern der Krisenbegriff funktional ist, um Wandlungsprozesse darzustellen. Vor allem verweist die Krisensemantik auf die grundlegendsten Fragestellungen der Soziologie. Die Soziologie, hier verstanden als Krisensoziologie, richtet ihr

¹ So ist beispielsweise die Rede von der Krise des Sozialstaates (vgl. Butterwegge 2006, Ebert 2012) eine explizite Auseinandersetzung mit einer bestimmten politischen Ordnung, die als problembehaftet wahrgenommen wird. Der Sozialstaat als ordnungsstiftende Institution wird in seiner Struktur zum Thema erhoben und zeigt gleichzeitig wie umstritten sich die Generierung von Ordnung gestaltet.

Augenmerk auf die Frage nach dem Wesen der Krise und ihrer Bearbeitung. Die empirischen Arbeiten konzentrieren sich häufig darauf, wie eine bestimmte Krise adäquat beschrieben und fassbar gemacht werden kann. Angesichts einer Inflationierung des Krisenbegriffs ist zu fragen, ob Krisendiagnostik der einzige soziologische Umgang mit Krise sein kann. Eine Soziologie der Krise könnte darüber hinaus, die Krise als Phänomen selbst empirisch zum Thema machen und Fragen nach der Plausibilität und Narrativität des Krisentopos stellen. Somit ist sie in der Lage, Erwartungsstrukturen und Normalvorstellungen herauszudestillieren und gleichzeitig die Krisenfreudigkeit der eigenen Disziplin zu hinterfragen.

In einem Dreischritt soll also zunächst historisch die Krisensemantik der Soziologie aufgezeigt werden. Daraufhin wird der gegenwärtigen Attraktivität des Krisenbegriffs nachgegangen, um schließlich Konsequenzen für die soziologische Forschungsperspektive aufzuzeigen. *Krise* als Semantik und Selbstbeschreibung, Problem und Lösung einer Gesellschaft soll im Folgenden zunächst anhand der Entstehung der Soziologie beschrieben werden. Daraufhin beschäftigt sich der vorliegende Artikel mit der Diffusion des Krisenbegriffs in dessen Konsequenz vielfältigste Problemlagen unter dem Begriff *Krise* ihre Brisanz erhalten. Es wird herausgestellt, welche Charakteristik der gegenwärtigen Krisensemantik in Anbetracht ihrer Heterogenität innewohnt. Schließlich ist zu fragen, welchen Beitrag die Soziologie zur Analyse der „Krisenhaftigkeit von Gesellschaft“ leisten kann. Hier wird zur Diskussion gestellt, inwiefern der Krisenbegriff in der Soziologie als Analyseinstrument auftaucht um eine Wende vorgeschlagen, weg von einer *Ontologie der Krise* hin zu einer empirischen Auseinandersetzung mit der Selbstverständlichkeit Wandlungsprozesse als krisenhaft zu beschreiben. Die Krise als diskursives Phänomen wird demzufolge selbst zum empirischen Gegenstand.

Von der „Tragödie der Kultur“ zur Krise als „Normalzustand“

Die Soziologie ist nicht nur eine Disziplin, die sich zu einer ihrer primären Aufgaben gemacht hat, aktuelle gesellschaftliche Krisenlagen nachzuzeichnen, zu diagnostizieren oder Lösungen hierfür parat zu haben – sie ist überhaupt ohne die Krise nicht zu denken. Nur unter dem Gesichtspunkt der im Zuge der Modernisierung aufkommenden Wahrnehmung von Kontingenz und der damit zusammenhängenden Verunsicherung ist ihr Entstehen vor allem aufgrund der sozialen und geschichtsphilosophischen Umbrüche des 18. und 19. Jahrhunderts verständlich. Während also die Geburtsstunde der Soziologie maßgeblich von einem zunehmenden Krisenbewusstsein gekennzeichnet ist, kommt zu dieser Zeit auch der Begriff der Gesellschaft mit der Frage nach ihrer Gestaltbarkeit auf. Ordnung wurde als Sache der Entscheidung² in Anbetracht einer als offen wahrgenommenen und somit zu gestaltenden Zukunft begriffen.

Krise als Kulturkrise

Armin Steil zufolge kam vor allem in der deutschen Soziologie ein Krisenbewusstsein mit der Wahrnehmung des Sinnverlustes auf. Die Vergangenheit verlor zunehmend ihre prägende Kraft für die Gegenwart. Die Vorstellung einer „Auszehrung aller Sinnressourcen in einer nihilistischen Modernität“ (Steil 1993: 238), also der Verlust traditioneller Bindungen sowie sinnstiftender Absolutheiten, prägte Steil zufolge die Wahrnehmung der deutschen Soziologie derart, dass die aufkommende Moderne zur universellen Pathologie erstarrte. Ferdinand Tönnies' (vgl. Tönnies 2005) Trennung von *Gemeinschaft* (wesentlich verbunden in einem natürlichen, organischem Zusammenleben) und *Gesellschaft* (wesentlich getrennt durch „Isolation und verhüllter Feindseligkeit“) verdeutlicht dies ebenso wie Georg Simmels *Tragödie der Kultur*. Das „tragische Verhältnis“, also die Diskrepanz zwischen objektiver und

² Was übrigens auch dem griechischen Ursprung des Begriffs „krisis“ entspricht (vgl. Kosellek 1982).

subjektiver Kultur, zwischen der Lebendigkeit der Seele und dem „ihm selbst ganz formfremd gewordenen, zu selbstgenügsamer Abgeschlossenheit kristallisieren Gebilde“ (Simmel 1998: 198) der objektiven Kultur führt Simmel zufolge als „Krise der Moderne“ zu einer Entfremdungs- und Verselbstständigungserfahrung. Ähnlich liest sich dies bei Max Weber, der vor einer Entwicklung hin zu einem „stahlharten Gehäuse der Hörigkeit“ (Weber 1985: 835) warnt und damit die Verselbstständigungstendenzen einer universellen kafkaesken Rationalisierung ausmacht, in dessen Realität sich die Menschen „ohnmächtig“ einfügen müssen.

Der Mensch bleibt also in gewisser Weise Fremder in der Welt, die er selbst erschaffen hat. In diesen Diagnosen wird eine Ambivalenz der Moderne sichtbar: einerseits der Verfall traditionaler Bindungen und andererseits Fortschritt (jedoch für das Individuum nicht mehr fassbar) in Form der „rein sachlichen Beziehungen der Marktvergesellschaftung“ (Steil 1993: 200). Als Krise wird hier die Modernisierung *an sich* wahrgenommen, also ein gesamtgesellschaftlicher Wandel hin zu Desintegration und damit zu einer Auflösung desjenigen, was einst die Menschen verband.

Karl Marx sah die immanente Krisenhaftigkeit, die Entfremdungserrscheinungen und Widersprüche des Kapitalismus teleologisch in einer finalen Krise münden, die einen Zustand jenseits der Krise zwangsläufig herbeizuführen vermag. Marx war derjenige, der den Krisenbegriff für die Sozialwissenschaften fruchtbar machte und stellte diesen zugleich ins Zentrum seines Denkens. Der Begriff der Krise hatte zukünftig immer auch eine marxistische Prägung (vgl. Negt, Kluge, Habermas), denn er verwies letztendlich auf das Nichtfunktionieren des kapitalistischen Systems. Aufgrund der Wahrnehmung der „Krise als Erscheinung aller Widersprüche der bürgerlichen Ökonomie“ (Marx & Engels 2000 b: 508), so Marx, würden die immanenten „Schranken der kapitalistischen Produktionsverhältnisse“ (Marx & Engels 2000a: 268) in Form von „Überproduktionskrisen“ sichtbar. Diese Widersprüche, so dachte Marx, müssten zwangsläufig eskalieren und zur finalen „Krise aller Krisen“ (Reppinger 1999: 170) führen, die den Kapitalismus mithilfe einer Revolution zum Einsturz bringt. Gleichzeitig verwendet Marx den Begriff *Krise* als innerhalb der kapitalistischen Logik verhaftet, der

somit nicht nur als Problem sondern gleichzeitig als (vorübergehende) Lösung fungiert, denn

„Krisen sind immer nur momentane gewaltsame Lösungen der vorhandenen Widersprüche, gewaltsame Eruptionen, die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wiederherstellen.“ (Marx 2000a: 259)

„Entgegenwirkende Ursachen“ wie die Erhöhung der Mehrwertrate durch Rationalisierung oder Internationalisierung des Handels führen Marx zufolge lediglich dazu, das Ende des kapitalistischen Systems aufzuschieben und zu verlangsamen, wobei sich die Krisen zyklisch wiederholen und kontinuierlich verschärfen (vgl. Repplinger 1999: 173ff.).

In ihrem Versuch, das marxistische Denken wiederzubeleben widmeten sich die Theoretiker der Frankfurter Schule der Frage, warum angesichts der Weltwirtschaftskrise 1929 nicht die von Marx prognostizierte Krise aller Krisen eintrat, sondern das Proletariat der Krise tatenlos zusah (vgl. Repplinger 1999: 178ff.). Friedrich Pollock erklärte diese offensichtliche Widerlegung der marxistischen Prognose mit dem Aufkommen des faschistischen „Staatskapitalismus“ als Lösung der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise (vgl. Repplinger 1999: 186). Der wahrgenommenen Krisenhaftigkeit der modernen Gesellschaft wurde letztlich durch Totalitarismus und seinem ungeheuerlichen Preis begegnet. So schreibt auch Armin Nassehi -jedoch mit völlig anderer Stoßrichtung-, dass die Diktatur bzw. der Krieg „letztlich der große Generator von Ordnung in einer Welt [sei], in der anders als in der alten Welt die Kräfte der Gesellschaft auseinanderstreben“ (Nassehi 2012: 38).

Auch Adornos vielzitatierter Satz „es gibt kein richtiges Leben im Falschen“ (Adorno 1994: 42) weist auf eine totale Krisenbeschreibung, nämlich den totalen Verblendungszusammenhang hin. Nicht nur der Kapitalismus erzeuge Krisen, die gesamte Aufklärung entwickle sich in ihrer instrumentellen Verkürzung hin zu einer alles umfassenden Kulturkrise, die sich in der „verwalteten Welt“ (vgl. Adorno 1990) äußere. Anders als Marx, der einen Zustand jenseits der Krise zumindest ansatzweise formulierte, verhält sich die kritische Theorie wesentlich zurückhaltender, denn „sie will [lediglich] das bezeichnen, was

überwunden werden soll“ (Horkheimer 1969). Ihre Aufgabe besteht also darin, über das Krisenhafte das zu Überwindende sichtbar zu machen.

Krise als Steuerungsproblematik

Die französische Soziologie begegnete der Krisenhaftigkeit der Moderne im Vergleich zunächst weniger pessimistisch. Auguste Comte sah nicht zuletzt sogar in der soziologischen Wissenschaft die Fähigkeit angelegt, über die Analyse der Krise hinaus zugleich die Mittel ihrer Lösung bereitzustellen. Ähnlich teleologisch wie Marx verstand Comte die Geschichte als eine evolutionäre Entwicklung hin zu einem Endzustand jenseits der Krise. Anders als bei Marx entstehen Krisen laut Comte zwangsläufig im Übergang bestimmter Phasen des Denkens über die Welt (theologisch, metaphysisch, positivistisch). Letztendlich ebnete für Comte als Zeitzeugen der französischen Revolution die „grande crise finale“ den Weg in ein positives Zeitalter. Comte war vom Fortschritts-optimismus beseelt, die Sozialwissenschaft könne die Gesetze des menschlichen Zusammenlebens entschlüsseln, um daraufhin Gesellschaft zu planen und zu steuern. In Auseinandersetzung mit Krisenhaftigkeit äußert sich der Gedanke universeller Steuerbarkeit des Sozialen: *Krise* wird hier als Steuerungsproblematik wahrgenommen, die eine religionsähnliche positive Sozialwissenschaft zu bearbeiten weiß. Eine Totalintegration durch den wissenschaftlichen Positivismus sollte also zukünftige Krisen vermeiden (vgl. Repplinger 1999: 86ff.).

Auch Emile Durkheim sah in einer Sozialtechnik als planende Reflexion die Möglichkeit angelegt, sozialer Desintegration entgegenzuwirken. Gerade bei dem Begriff der *Anomie* wird deutlich, dass das Krisenpotential konstant virulent erscheint, jedoch durch normative Integration zu bewältigen sei. Die Erosion des Sozialen in Form des moralischen Zusammenhalts ist auch für Durkheim ein Wesenszug der Modernisierung. Die Abnahme eines „Kollektivbewußtseins“ ist für ihn ein Effekt funktionaler Differenzierung:

„Nun ist die traditionelle Moral aber heute zerrüttet, ohne dass sich eine andere herausgebildet hätte, die sie ersetzte. Einstige Pflichten haben ihre Macht eingebüßt, ohne dass wir schon deutlich und zuverlässig zu sehen vermöchten, welches unsere neuen Pflichten sind. Divergierende Gedanken scheiden die Geister. Wir stehen in einer Periode der Krise.“ (Durkheim 1976: 124)

Die Aufgabe der Soziologie sieht er darin, diese Krisenhaftigkeit als eine Art Pathologie zu erforschen und Mittel ihrer Eindämmung bereitzustellen. Dies erklärt auch Durkheims Bezeichnung der Soziologie als Moralwissenschaft. Modernität wird von Durkheim als konstantes Spannungsfeld zwischen anomischen und integrativen Tendenzen wahrgenommen.³ Durch die Anpassung der institutionellen Steuerungsleistungen eines Gesellschaftssystems wären anomische Tendenzen durch Steigerung neutralisiert und aufgehoben denn, wie Jürgen Habermas in Bezugnahme auf Durkheim schreibt. „Krisenzustände haben die Form einer Desintegration der gesellschaftlichen Institutionen“ (Habermas 1973: 12). Der Begriff der Krise benennt also Defizite der sozialen Integration als Grundproblem der Moderne, wie es auch Talcott Parsons in seiner strukturfunktionalistischen Theorie weiter ausbaute. Parsons betonte allerdings eher die Selbstheilungskräfte des Gesellschaftssystems als eine sozialwissenschaftliche Planbarkeit (vgl. Steil 1993, Durkheim 1992).

Auch die Systemtheorie Luhmanns bezweifelt, dass Gesellschaft allein durch Wissenschaft gestaltet und geordnet werden kann. Gesamtgesellschaftliche Strategien der Krisenbewältigung scheitern aus einer systemtheoretischen Perspektive gerade aufgrund des funktional differenzierten Strukturierungsprinzips moderner Gesellschaften.⁴ Armin Nassehi beschreibt die Krisenhaftigkeit des Modernisierungsprozesses als den Verlust einer gesellschaftlichen Zentralperspektive bei gleichzeitigem Bedarf einer solchen:

„Modernität erlebt sich als Krise, weil es keinen Zugriff mehr auf die Gesellschaft gibt, weil sie unerreichbar bleibt, weil es eben keine Gesamtrationalität gibt, mit der man die Gesellschaft und sich selbst regieren könnte.“ (Nassehi 2012: 37)

³ Was übrigens der Bedeutung des lateinischen Begriffs „krisis“ nahe kommt, nämlich dem Wendepunkt zwischen Gesundheit und Tod (vgl. Kosellek 1982).

⁴ Luhmann selbst hat den Begriff Krise nie weiter theoretisch ausgearbeitet. Er unterstellte dem Begriff einen gewissen Dramatisierungseffekt: „Auch der viel benutzte Krisenbegriff ist inadäquat. Er suggeriert eine zeitliche Dringlichkeit tiefgreifender Strukturänderungen, und das kann jedenfalls nicht allein mit den offensichtlichen Rationalitätsdefiziten begründet werden.“ (Luhmann 1984 zit. in: Steil 1993: 16)

Die „großen Narrative der Moderne“ waren laut Nassehi immer „Krisenbearbeitungsnarrative“, die immer „aus sich selbst heraus gewonnen werden mussten“, also selbstreferentiell waren (vgl. Nassehi 2012: 35ff.). Somit wird aus systemtheoretischer Sicht *Krise* zum Normalzustand, als Irritation der routinierten Bearbeitungsmechanismen von Komplexität und somit Folgeerscheinung funktionaler Differenzierung.

Die Krisendiagnosen der soziologischen Klassiker haben gemein, dass sie *Krise* als etwas Ontologisches verstehen, das durch die Soziologie sichtbar und womöglich auch bearbeitbar gemacht werden kann. Die Soziologie versteht sich hier also in der Rolle bestandsgefährdende Tendenzen sozialer Verknüpfungen seismographisch auszuloten, um diese über die Krisensemantik sichtbar und bearbeitbar zu machen. *Krise* ist dabei eng mit den wahrgenommenen Wandlungsprozessen der Modernisierung verknüpft. So stellt auch Armin Steil die Frage an den Schluss seiner Abhandlung über Krisensemantiken, ob der Krisentopos weniger einen empirischen Tatbestand darstellt, sondern vielmehr die Projektionsfläche von Normalvorstellungen des Beobachters:

„Ist die Krisensemantik vielleicht überhaupt eine Geschichte der Wunscherwartungen und Enttäuschungen ihrer Subjekte, weniger also Resultat der analytischen Beobachtung von Gesellschaft als Beziehung des Beobachters zu diesem Gegenstand?“ (Steil 1993: 93)

Als Beschreibungsfolie in den Geschichts- und Sozialwissenschaften entstanden, verselbstständigt sich die Krisensemantik zunehmend und verspricht Beschreibungspotential in vielfältigsten Kontexten. Nun stellt sich die Frage, wie mit diesem „Feedbackeffekt“ der soziologischen Begrifflichkeiten umzugehen ist. Ähnlich wie der Kulturbegriff macht der Krisenbegriff Karriere in der alltagsweltlichen Sprache. Dies reflektierend ist zu fragen wie die Soziologie mit diesem Rückwirken ihrer Begrifflichkeiten umgeht. Der folgende Abschnitt widmet sich der gegenwärtigen Popularität der Krisensemantik und versucht, zu beschreiben was diesen Krisenbeschreibungen zugrunde liegt. Warum ist es genau die Krise, die allgegenwärtig dazu dient Ereignisse zu benennen? Wie wird die Krise sichtbar gemacht?

Die Popularität der Krise

Gegenwärtig ist festzustellen, dass nahezu jeder gesellschaftliche Bereich auch als krisenhaft bezeichnet werden kann. Ein Blick in die Literatursuchergebnisse in Bibliotheken unter dem Stichwort *Krise* zeigt, dass von der Männlichkeit und der Familie über den Sozialstaat und der Automobilindustrie bis hin zur Universität und der Soziologie so ziemlich alles in der Krise stecken kann. Krisendiskurse beherrschen die Sprache der Zeitdiagnose und finden sich so gut wie täglich in den Schlagzeilen der Tageszeitungen. Eine gewisse Beliebigkeit und Unschärfe der Begrifflichkeit wird deutlich, jedoch verweisen diese unterschiedlichen Diskurse darauf, dass das *Problem der Ordnung* (Bauman) konstant virulent erscheint. Der Krisenbegriff, ursprünglich zur Beschreibung bestimmter historischer, gesamtgesellschaftlicher Wandlungsprozesse benutzt, diffundiert, wird wie Reinhart Koselleck es schreibt, zur „strukturelle[n] Signatur der Neuzeit“ (Koselleck 1982: 627). Deckungsgleich mit jeglicher Problemlage erscheint der Krisenbegriff als Metapher für Zustände der Unsicherheit, der Störung, der Irritation, des (negativen) Wandels. Dabei wohnt dem Krisenbegriff immanent eine dramatisierende Komponente inne. Krise wird zu einem unabschließbaren Prozess, zu einer sich fortbildenden Kette von Problemlösungen, die wiederum neue Probleme generieren.⁵ Der Begriff der Krise selbst bleibt dabei erstaunlich diffus:

„So evident die Bezeichnung bedrohlicher Problemlagen als ‚Krise‘ erscheint, so unklar bleibt, welche Phänomenklassen damit bezeichnet sind. Die Identität des Signifikanten verschleiert die Heterogenität des Signifikats.“ (Steil 1993: 242)

⁵ Dies wird beispielsweise in Ulrich Becks Diagnose der Risikogesellschaft deutlich, wo Risiko als nicht-intendierte Nebenfolge von Problemlösungen auftritt und zunehmend virulent wird (vgl. Beck 1986). Krise unterscheidet sich jedoch sowohl von der Risikosemantik als auch von der Gegenwärtigkeit der Katastrophe (vgl. Beck 2007). Der Zustand der Krise ist aktueller als das Risiko jedoch virtueller als die Katastrophe (vgl. Shields 2003).

Das Charakteristikum der Moderne ist, dass Veränderung auf Dauer gestellt ist, eine Kontinuierung des Wandels, während die Krise als „Beschleunigungserfahrung“ (Mergel 2012: 14) wahrgenommen wird. Eine Selbstthematisierung einer verunsicherten Gesellschaft stellt die Rede von der Krise dar, indem *Krise* gleichzeitig schon als Lösung fungiert, da Sichtbarkeiten und Zurechenbarkeiten entstehen. Die Benennung einer Problemlage als Krise macht das Problem immer schon in gewissem Maße diskursfähig. Krisen machen etwas zum Thema. Erst die Krise, so lässt sich mit Jürgen Link anmerken, zeigt auf, was wir als Normalität bzw. Selbstverständlichkeit verstehen (vgl. Link 2013) und verweist darüber hinaus auf eine Ordnung, die im Davor und Danach gegeben ist. Gleichzeitig weist die Beschreibung des Problems als *Krise* auf dessen (vorläufige) Lösung hin, auf einen kommenden Zustand der Ordnung. Wie Armin Steil in Bezug auf Reinhart Kosellek feststellt, „bedürfe das moderne Zeitbewußtsein einer semantischen Figur, die die irritierende Unsicherheit einer offenen Zukunft – für Wunschprojektionen frei, aber der Bedrohlichkeit des Ungewissen stets unterworfen – zu artikulieren vermag“ (Steil 1993: 17). Krise verweist also auf ein für die Moderne typisches Zeitproblem, das angesichts einer offenen Zukunft Ordnung stets herzustellen ist. So bemerkt auch Thomas Mergel hierzu: „Es sind mithin die Krisenerfahrungen selbst, die den sozialen Ordnungen ihre Suggestion der Stabilität verleihen“ (Mergel 2012: 15). Wenn die Volkswirtschaft einer Industrienation, die längerfristig ein Wachstum von unter 2% aufweist, als sich in der Krise befindlich beschrieben wird, so ist ein konstantes „ausreichendes“ Wachstum und somit das Wachstumsparadigma die Normalvorstellung.

Wie werden nun Krisen erfahrbar? Die Inflation der Krisenerfahrung kann nur unter dem Gesichtspunkt der Medialisierung⁶ verstanden werden. *Krise* ist also die medialisierte Abstraktion von sozialen Vorgängen, die als Irritation bzw. Störung von Handlungsroutrinen wahrgenommen werden.

⁶ „Medialisierung“ in diesem Zusammenhang betrifft einen homogenen Erfahrungsraum eines bestimmten Kollektivs (z.B. Nationalstaat), der auf die Nutzung ähnlicher Kommunikations- und Informationstechnologien zurückzuführen ist.

Die Krise als Medialisierung der Ereignishaftigkeit von gesellschaftlich-entropischen Prozessen entfaltet eine kollektivierende Wirkung, indem Gesellschaft als Betroffenheitsraum konstruiert wird. *Krise* ist damit in dem Sinne eine Syntheseleistung, die bestimmte Phänomene zu einem *Ereignis* verknüpft. Somit schafft paradoxerweise die Krise selbst Integrationsmechanismen, denn die Konstruktion von Kollektiven wird hier über die Betroffenheit von einer Krise gewährleistet. Zwar werden lebensweltliche Problemlagen durchaus als krisenhaft bezeichnet und „[e]rst wenn die Gesellschaftsmitglieder Strukturwandlungen als bestandskritisch erfahren und ihre soziale Identität bedroht fühlen, können wir von Krisen sprechen“ (Habermas 1973: 12), aber vor allem aufgrund der Syntheseleistung wird die Rede von der Krise plausibel und allgemeinverständlich. Eine Person kann ihre psychischen Probleme zu Anfang der zweiten Hälfte seines Lebens wohl als *midlife crisis* erfahren, jedoch erst die Thematisierung als *midlife crisis* stellt die Verknüpfung zwischen einer individuellen Problemlage und einem kollektiv bearbeitbaren Phänomen dar.

Krise ist eine Art diskursives Ereignis sozialer Ansteckung; sie ist nur als Abstraktum fassbar, als Aggregat von Wahrnehmungen zeitlich begrenzter Handlungsunfähigkeit in einer als kontingent wahrgenommenen Gesellschaft. Krisen bilden also einen spezifischen Darstellungsmodus für die Identifikation von Problemlagen, stellen aber gleichzeitig, zumindest vorübergehend, das Regelvertrauen in Frage. Als Semantik für die Bedrohung des Fortbestandes sozialer Gebilde sowie für deren fehlende Selbstheilungskräfte wird Krise ein integraler Bestandteil gesellschaftlicher Selbstbeschreibung, wird vielfach anschlussfähig und als Beschreibungsfolie nahezu erwartbar. Krisen verweisen auf Entscheidungsnotwendigkeiten sowie Entscheidungsmöglichkeiten und fungieren daher auch als Legitimationsgrundlage und Ressource für problematische Entscheidungen (vgl. Hasse 2012).

Mediatoren im Sinne Bruno Latours (vgl. Latour 2010) wie Diagramme (mit fallenden Kurven) und Statistiken dienen dazu, Krisen sichtbar und erfahrbar zu machen, während Abweichungen von der Normalverteilung (vgl. Link 2013) die Krise veranschaulichen. *Krise* entsteht also durch ihre Abbildbarkeit. Krisen schaffen gleichzeitig ihre spezifischen Experten (und natürlich auch anderes herum), die dazu in der Lage sind,

vor allem medial dieselbigen zu deuten und zu beschreiben. Die Aufgabe des Krisenmanagements ist es, sich routiniert mit dem Ausnahmezustand beschäftigt. Krisen thematisieren, sie richten das Augenmerk der Öffentlichkeit auf spezifische Problemlagen. Gleichzeitig werden Strukturen und Verknüpfungen sichtbar⁷, die zuvor in ihrer routinierten Selbstverständlichkeit als blackbox funktionierten. Neben der Sichtbarmachung folgen Situationen die als Krise wahrgenommen werden bestimmten Narrationen, die eine Darstellung von „kohärenten, sinn- und identitätsstiftenden Gedanken, Modellen und Versuchsanordnungen“ (Hielscher 2001: 314) bereitstellen und neben der Irritation vor allem Handlungsfähigkeit ermöglichen. Krisenhaftigkeit ist Situationen nicht grundsätzlich inhärent,

„vielmehr resultiert sie aus einer Diagnose bzw. Zuschreibung von Beobachtern, aus dem Rückgriff auf bestimmte Erzählschemata bzw. kulturell verbreitete Plots (Präfiguration) und aus einer analogen Konfiguration bzw. eines emplotment von Ereignissen zu Krisenerzählungen“ (Nünning, 2013, S. 130).

Die Plausibilität von einer Krise zu sprechen ist auch zahlreich in soziologischer Forschung erkennbar. Abschließend soll daher die Frage aufgeworfen werden, ob sich die Soziologie in die mittlerweile unüberschaubare Vielzahl der Krisendiagnosen einreihen soll oder ob sie eher die Krise selbst zum empirischen Gegenstand macht.

Methodische Konsequenzen einer Soziologie der Krise - Fragen statt Antworten

Die Krisensemantik, ob sie als solche bezeichnet wird oder nicht, bildet offensichtlich eine zentrale Gegenwartsdiagnose moderner Gesellschaften. Sie weist auf die potentielle Kontingenz und Offenheit gesellschaftlicher Gegenwartserfahrungen und Zukunftserwartungen jenseits routinierter Selbstverständlichkeiten hin.

⁷ Wie jüngst die Finanzkrise und die damit zusammenhängende Thematisierung von komplexen und oft dubiosen Finanzprodukten zeigt.

Man könnte sagen, die Soziologie ist die Krisenwissenschaft schlechthin, da erst die Krisenhaftigkeit die Sichtbarkeit der sozialen Mechanismen, die die Selbstverständlichkeit der Routine dauerhaft machen, ermöglicht; so wie die Komplexität von Technik erst sichtbar wird, wenn sie nicht funktioniert. Soziologie bedeutet ja, Sichtbarkeiten bzw. Aufmerksamkeiten zu schaffen und Perspektiven anzubieten. Wirft man noch einmal einen Blick zurück in die bisherige Krisensoziologie, so verblasen die im ersten Abschnitt dargestellten sozialtechnologischen Ambitionen wie auch der kritisch-aufklärerische Gestus zunehmend, die die Krise zu einem sozialwissenschaftlich zu lösenden Steuerungsproblem stilisierten oder ihr ein emanzipatorisches Potential unterstellten. Zugleich bleiben aber weitere wissenschaftliche Auseinandersetzungen über den Topos der Krise bis auf einige wenige Annahmen aus. Stattdessen wird mehrfach der Soziologie selbst eine Identitäts- und Leistungskrise attestiert - sie werde, so Bernhard Giesen, ihrem (eigenen und fremden) Anspruch oft nicht gerecht und habe Bedenken, im Zuge ihrer sozialtechnischen Ambitionen den gesellschaftskritischen Impetus zu verlieren (vgl. Giesen 1989). Die Deutungshoheit von Krisen sei somit an Naturwissenschaft und Ökonomie übergegangen.

Statt die Soziologie krisentechnisch in eine Sackgasse münden zu lassen, lässt sich fragen: Wie sieht vor dem dargestellten Hintergrund eines soziologischen und zugleich alltagsdiskursiven Normalzustands der Krise eine Forschungsperspektive auf *Krisen* aus?

In Anlehnung an Luc Boltanskis Unterscheidung zwischen „kritischer Soziologie“ und „Soziologie der Kritik“ (vgl. Boltanski: 2010) will ich hier von einer *Krisensoziologie* bzw. einer *Soziologie der Krise* sprechen.⁸ Die Krisensoziologie als eine Art der Krisendiagnostik ist zwar in der Soziologie beliebt, da sie einerseits auf dysfunktionale soziale Prozesse hinweist und andererseits im öffentlichen Diskurs anschlussfähig ist. Gerade die soziologischen Kongresse der letzten Jahre, ob nun ausgerichtet von ESA, ÖGS, SSK oder DGS, zeigen wie plausibel es ist sozio-

⁸ Krise und Kritik haben ja auch einen immanenten Zusammenhang wie u.a. Koselleck in seiner Dissertation gezeigt hat (vgl. Koselleck 1973).

logisch auf die Krisenhaftigkeit gesellschaftlicher Prozesse zu verweisen. Jedoch meine ich, dass besonders im Hinblick auf eine empirische Herangehensweise eine *Soziologie der Krise* wesentlich fruchtbarer wäre, über die diskursanalytisch zunächst einmal überhaupt empirisch erschlossen wird, was als Normalität verstanden wird:

„Damit verlagert sich das Interesse vom fertigen Produkt, also der Krise selbst bzw. der oftmals unbefragt akzeptierten Krisendiagnose, auf den Konstruktionsprozess, auf die narrativen Diskursstrategien, mithilfe derer Krisen und Krisenszenarien überhaupt erst konstituiert werden.“ (Nünning, 2013, S. 119)

Denn erst durch die Wahrnehmungsmuster der Krise erschließen sich uns die für selbstverständlich gehaltenen Erwartungsstrukturen und lassen sich so reflektieren. Sie untersucht demnach Semantiken, die es so plausibel machen, paradoxerweise permanent von einem Dauer-Ausnahme-Zustand der „Krise“ zu sprechen und trägt zu einer Deontologisierung der Krise bei. Aus dieser Perspektive ergeben sich folgende forschungsleitenden Fragekomplexe:

- *Gegenstand*: Was wird als krisenhaft bezeichnet und abgegrenzt? Welche Irritationsmechanismen sind damit genau gemeint?
- *Praxis*: Wie erfolgen mediale Transformationen und (Re)Präsentationen von Geschehen in bestimmte Geschichten? In welchen Zusammenhängen und ab welchem Zeitpunkt wird von einer Krise gesprochen? Wer sind die Sprecher? Wie ist die Krisenkommunikation gestaltet? Wie wird der Diskursraum eingeschränkt?
- *Kontext*: Auf welche kulturell verfügbaren (Krisen-)Plots wird zurückgegriffen? Welche Deutungsmuster lassen sich erkennen? Von welchen Normalvorstellungen wird ausgegangen?
- *Funktion*: Welche strukturellen Unbestimmtheiten verkörpert die Krise und löst sie zugleich über ihre Latenz und Ubiquität? Welche Funktion erfüllt das Narrativ der Krise? Warum wird eine bestimmte Problemlage als Krise wahrgenommen?

All diese Fragen formulieren forschungspraktische Herangehensweise, werfen aber auch methodologische Probleme bei der Erfassung von Krisen auf: Kann man nur Krisen untersuchen, wenn begrifflich von der „Krise“ als solcher die Rede ist? Geht es also um den Krisenbegriff oder um Begriffe der Krise die als Krisensemantik untersucht werden können? Funktioniert die Krise wie ein soziologischer Grundbegriff, der als eine Art Metasprache der eigenen soziologischen Perspektive der Empirie aufgesetzt werden kann?

Literatur

- Adorno, T. W., 1990: Kultur und Verwaltung, Gesammelte Schriften, Bd. 8: Soziologische Schriften 1. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Adorno, T. W., 1994: Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Bauman, Z., 1992: Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit. Hamburg: Junius.
- Beck, U. 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Boltanski, L., 2010: Soziologie und Sozialkritik, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Butterwegge, C., 2006: Krise und Zukunft des Sozialstaates, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Durkheim, E., 1976: Soziologie und Philosophie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Durkheim, E., 1992: Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Ebert, T, 2012: Soziale Gerechtigkeit in der Krise, Bonn: Bpb. Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Freud, S., 1917: Über die Schwierigkeit der Psychoanalyse. Imago. Zeitschrift für Anwendung der Psychoanalyse auf die Geisteswissenschaften, S. 1–7.
- Giesen, B., 1989: Krise der Krisenwissenschaft? Oder: Wozu noch Soziologie?, in: Soziale Welt, Jg. 40,1/2, S. 110-123.
- Habermas, J. 1973: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Hasse, R., 2012: Bausteine eines soziologischen Krisenverständnisses, in: Mergel, T. (Hg.), Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen. Frankfurt/Main: Campus, S. 29-46.

- Hielscher, M. 2001: Kritik der Krise. Erzählerische Strategien der jüngsten Gegenwartsliteratur und ihre Vorläufer, in: Bullivant, K.; Spies, B. (Hg.), Literarisches Krisenbewußtsein. Ein Perzeptions- und Produktionsmuster im 20. Jahrhundert, München: iudikum, S. 314-334.
- Horkheimer, M. (1969): Interview in: Max Horkheimer. Portrait eines Aufklärers, BRalpha.
- Koselleck, R., 1982: Krise, in: Bronner, O. (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 3, Stuttgart, 617ff.
- Koselleck, R., 1973: Krise und Kritik. Zur Pathogenese der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt: Suhrkamp.
- Latour, B., 2010: Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Link, J., 2013: Normale Krisen? Normalismus und die Krise der Gegenwart, Konstanz: University Press.
- Marx, K. / Engels, F., 2000 a: Werke (MEW), Band 25: Kapital III. 6. Auflage, Berlin: (Karl) Dietz Verlag.
- Marx, K. / Engels, F., 2000 b: Werke (MEW), Band 26.2: Theorien über den Mehrwert. Zweiter Teil, 6. Auflage, Berlin: (Karl) Dietz Verlag.
- Mergel, T., 2012: Einleitung: Krisen als Wahrnehmungsphänomene, in: Ders. (Hg.), Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen. Frankfurt: Campus, S. 9-24.
- Nassehi, A., 2012: Der Ausnahmezustand als Normalfall. Modernität als Krise, in: Ders. (Hg.), Kursbuch 170 – Krisen lieben. Hamburg: Murmann, S. 34-49.
- Nünning, A., 2013: Krise als Erzählung und Metapher. Literaturwissenschaftliche Bausteine für eine Metaphorologie und Narratologie von Krisen, In: Meyer, C. et al (Hg.), Krisengeschichte(n). „Krise“ als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Praxis, S. 117-144.
- Repplinger, R., 1999: Auguste Comte und die Entstehung der Soziologie aus der Krise. Frankfurt: Campus.
- Shields, R., 2003: The Virtual. Key Ideas, London: Routledge.
- Simmel, G., 1998: Philosophische Kultur. Über das Abenteuer, die Geschlechter und die Krise der Moderne. Gesammelte Essays. Berlin: Wagenbach.
- Steil, A., 1993: Krisensemantiken. Wissenssoziologische Untersuchungen zu einem Topos moderner Zeiterfahrung. Opladen: Leske+Budrich.

- Tönnies, F., 2005: Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Weber, M., 1985: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. Tübingen: Mohr.
- Weber, M., 2002: Wissenschaft als Beruf, Schriften 1894-1922, hrsg. von Kaesler, D., Stuttgart: Kröner, S. 474-511.

Florian Mayr

An der LMU München absolvierte ich den Diplomstudiengang Soziologie mit den Schwerpunkten Soziologie sozialer Ungleichheit und politische Soziologie. Meine Diplomarbeit verfasste ich im Bereich der Wissenschafts- und Techniksoziologie am Lehrstuhl Prof. Ulrich Beck. Sie trägt den Titel „In guten Händen - Der forschungspolitische Umgang mit Risiken der Nanotechnologie“ und beschäftigt sich diskursanalytisch mit der forschungspolitischen proaktiven Risikosemantik bzw. der Öffentlichkeitskommunikation im Zuge der Etablierung von Forschungsprogrammen im Rahmen der Nanotechnologie. Nach meinem Abschluss besetze ich nun ein halbe wissenschaftliche Mitarbeiterstelle an der Universität Eichstätt-Ingolstadt am Lehrstuhl für allgemeine Soziologie und soziologische Theorie, Prof. Joost van Loon. Hier bin ich als Promotionsstudent eingeschrieben. Meine Dissertation beschäftigt sich ethnographisch mit der Frage wie Sozialarbeiter (Streetworker) im Bereich der Jugendarbeit Verbindungen mit ihrer Klientel dauerhaft gestalten, wie sozusagen im sozialtheoretischen Sinn die Arbeit am Sozialen funktioniert. Des Weiteren interessiert mich, in welchen Spannungsfeldern sich Streetworker befinden, indem sie einerseits als Lobby der Jugendlichen und andererseits als Vertreter des Jugendamtes auftreten.

Kontakt: florian.mayr@ku.de

Mainstream Economics im Umbruch?

Eine feldtheoretische Perspektive

Daniel Meyer

Abstract

In diesem Beitrag wird das aktuelle wirtschaftswissenschaftliche Feld einer differenzierten Analyse unterzogen. Ausgangspunkt bildet die von vielen öffentlichen Kommentatoren geäußerte Einschätzung, wonach sich mit der jüngsten Weltwirtschafts- und Finanzkrise auch die Wirtschaftswissenschaften in einer tiefen Sinnkrise befänden und eine wissenschaftliche Revolution kurz bevorstehen müsse. Dogmenhistorische Überlegungen aufgreifend wird zunächst gezeigt, wie sich die Disziplin im letzten Jahrhundert entwickelt hat. Unter feldtheoretischem Rückgriff auf Pierre Bourdieu wird sodann das aktuelle Feld der Volkswirtschaftslehre entlang ausgewählter Konflikte – wie dem Neueren Methodenstreit oder der Euro-Kontroverse – näher analysiert. Im Ergebnis zeigt sich, dass die jüngsten Feldkämpfe zwischen orthodoxen und heterodoxen Ökonomen hauptsächlich im medialen Feld ausgetragen werden, aber von hier aus kaum Einfluss auf den innerakademischen Diskurs haben. Trotz öffentlichem Aufruhr kann damit also kein kriseninduzierter Umbruch oder gar Paradigmenwechsel innerhalb der Wirtschaftswissenschaften identifiziert werden.

Einleitung¹

„The ‚pure‘ universe of even the ‚purest‘ science is a social field like any other, with its distribution of power and its monopolies, its struggles and strategies, interests and profits“ Pierre Bourdieu (1975: 19).

Mit der jüngsten Weltwirtschafts- und Finanzkrise sind auch die Wirtschaftswissenschaften im Aufruhr. „Economists are the forgotten guilty men“, schrieb die *Times* im Februar 2009 und leitete damit den Beginn eines regelrechten „Ökonomen-Bashings“ ein (Pahl & Sparsam 2013a: 7). Internationale Wirtschaftszeitschriften wie der *Economist* oder die *BusinessWeek* fragten stellvertretend für viele: „What went wrong with economics?“ oder: „What good are economists anyway?“ Und auch deutsche Wirtschaftsredakteure bescheinigten den ökonomischen „Blindgängern“ (Nienhaus 2009) ein systematisches Versagen in der Krisenprognose und -bewältigung, benannten die Wirtschaftswissenschaft als mitschuldige Krisenverursacherin und diagnostizierten eine tiefe Sinnkrise innerhalb der Volkswirtschaftslehre (Nienhaus & Siedenbiedel 2009; Storbeck 2009).

Als Korrektiv einer zunehmenden Mathematisierung und Realitätsferne in der ökonomischen Theoriebildung unterzeichneten im selben Jahr außerdem 83 VWL-Professoren einen öffentlichen Aufruf zur Rettung der akademischen Wirtschaftspolitik (FAZ 2009) – und lösten damit einen lebhaften Methodenstreit in den deutschen Wirtschaftswissenschaften aus (Caspari & Schefold 2011). Und auch in ihren Analysen und Empfehlungen zur noch andauernden europäischen Schuldenkrise sind deutsche Ökonomen gespalten und tragen ihren Dissens öffentlich aus (Heinemann 2013). In der Lehre kriselt es ebenso: In Harvard verließen beispielsweise im November 2011 rund 70 Studierende die vom

¹ Der vorliegende Beitrag ist eine gekürzte Fassung meiner Bachelorarbeit, die ich im September 2013 am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg eingereicht habe. Ich danke Monika Jungbauer-Gans und Thomas Schübel für die gute Betreuung, Stefan Bernhard für inhaltliche Hinweise, Hanno Pahl für fachlichen Zuspruch und den beiden Gutachtern für das ehrliche Feedback. In diesem Artikel folge ich dem generischen Maskulinum; die Aussagen beziehen sich freilich auch auf alle anderen Geschlechtsidentitäten.

Lehrbuch-Bestseller Greg Mankiw gehaltene *Ec10*-Vorlesung, „in order to express [their] discontent with the bias inherent in this introductory economics course“ (DelReal 2011: 1). Und der „postautistischen“ Bewegung gelang es im September 2012 erstmals, eine pluralistische Ergänzungsveranstaltung zur VfS-Jahrestagung zu organisieren.²

Folgt man den Qualitätsmedien und der öffentlichen Meinung, gewinnt man also leicht den Eindruck, dass sich innerhalb der Wirtschaftswissenschaften ein regelrechter Umbruch vollziehe und eine wissenschaftliche Revolution im Stile Kuhns kurz bevorstehen müsse. Auch wenn diese Schlaglichter auf das wirtschaftswissenschaftliche Feld tatsächlich einen gewissen Aufruhr belegen, ist dennoch fraglich, ob und wie stark dieses Bild nicht durch massenmediale Selektionsregeln, Nachrichtenfaktoren oder an öffentlicher Kommunikation besonders interessierte Ökonomen verzerrt wird. Allein aus den öffentlichen Diskursen kann jedenfalls nicht pauschal auch auf eine innerakademische Krise geschlossen werden. Die Frage nach einem Aufruhr oder Umbruch in der Disziplin ist zunächst also nicht so leicht zu beantworten, wie dies viele Kommentatoren nahelegen möchten, sondern bedarf einer vertieften *wissenschaftlichen* Analyse.

So überrascht es nicht, dass in den letzten Jahren auch auf wissenschaftssoziologischer Seite das Interesse an den Wirtschaftswissenschaften merklich zugenommen hat, wovon etwa eine Handvoll kürzlich erschienener Sammelwerke zeugt (Caspari & Schefold 2011; Peltzer, Lämmle & Wagenknecht 2012; Maeße 2013b; Pahl & Sparsam 2013b). Motiviert ist diese Reflexion meist dadurch, dass der Ökonomie in diesem doppeldeutigen Sinne des Wortes – einerseits als Disziplin und andererseits als ihr Gegenstand – eine performative Macht zugesprochen wird (Callon 1998; Vobruba 2012: 9-11).

² Die „postautistische“ Bewegung ist ein weltweites studentisches Netzwerk, das sich für eine Pluralisierung der als „autistisch“ beschriebenen Wirtschaftslehre einsetzt. Die Postautisten fordern „Pluralismus statt neoklassischem Monotheismus, empirischen Realismus statt deduktiver Abstraktionen“ (Dürmeier 2006: 14).

„Callon’s urgent injunction to study the performative power of economics goes, indeed, well beyond the influence of economists as scientists, experts, professionals or ideologues: It goes to the heart of a modernity – our modernity – which is itself constituted by economics. [...] The real power of economics, in other words, is ontological – it is the power to ‚economicize‘ the material world through the imposition of a legitimate language and the proliferation of ‚calculative agencies‘“ (Fourcade-Gourinchas 2011: 220f.).

Da Ökonomen nicht in der Lage oder willens sind, sich selbst „neutral“ zu reflektieren (klassisch: Blaug 2001), kommen der *history of economic thought* und der *sociology of economics* als Beobachtungsinstanzen zweiter Ordnung zentrale Rollen zu (Pahl 2012; Vobruba 2012: 9-11). Der vorliegende Beitrag ist nun innerhalb dieser beiden Forschungsfelder anzusiedeln und greift auf die Feldtheorie von Pierre Bourdieu zurück, um die eingangs vorgestellte Unübersichtlichkeit in den Wirtschaftswissenschaften analysieren zu können. Das durch die Weltwirtschafts- und Finanzkrise in Aufruhr versetzte wirtschaftswissenschaftliche Feld soll also mit seinen Paradigmen- und Machtkämpfen geordnet und dadurch tatsächliche oder potentielle Strukturverschiebungen, Diskontinuitäten und Umbrüche sichtbar gemacht werden. Kann also aus feldtheoretischer Perspektive ein Umbruch in den Wirtschaftswissenschaften identifiziert werden?

Freilich kann dieser Anspruch hier nicht vollständig eingelöst werden. Ziel ist es vielmehr, anhand ausgewählter Aspekte das Potential der Feldtheorie für eine Wissenschaftssoziologie der Wirtschaftswissenschaften zu verdeutlichen und so eine mögliche Stoßrichtung für weitere Untersuchungen zu empfehlen. Überdies wird das zu untersuchende wirtschaftswissenschaftliche Feld hinsichtlich dreier Dimensionen eingegrenzt: (1) Zunächst einmal bezieht sich die Analyse nur auf die Volkswirtschaftslehre (*economics*); die Entwicklung in der Betriebswirtschaftslehre (*business*) wird hier nicht berücksichtigt.³ (2) Und obwohl

³ Die Begriffe Wirtschaftswissenschaften, Volkswirtschaftslehre und (mainstream) economics werden in dieser Arbeit weitgehend als Synonyme verwendet. „Mainstream“ ist dabei nicht als pejorativer Terminus misszuverstehen, sondern entspricht der üblichen Fachsprache in der Literatur.

die Wirtschaftswissenschaften als „transnational profession“ (Fourcade 2006) betrachtet werden können, stehen in dieser Arbeit die akademische Landschaft Deutschlands und nationale Diskurse im Fokus. (3) Jens Maeße (2013a: 254-258) folgend, der das wirtschaftswissenschaftliche Feld in vier Subfelder – Akademie, Öffentlichkeit, Staat und Wirtschaft – untergliedert, wird sich die Analyse nur auf das akademische und öffentliche Feld beschränken. Einerseits ereigneten sich in diesen beiden Subfeldern die wohl deutlichsten Verschiebungen, andererseits gerät damit aber die ebenfalls wichtige Dimension der ökonomischen Politikberatung aus dem Blickwinkel. Insbesondere die dritte Eingrenzung schränkt den Aussagegehalt dieses Beitrags nicht unwesentlich ein und muss daher im Fazit unbedingt mitberücksichtigt werden.

Um nun die Spielregeln und Pfadabhängigkeiten des aktuellen wirtschaftswissenschaftlichen Feldes überhaupt verstehen zu können, bedarf es zunächst eines dogmenhistorischen Blicks in die Vergangenheit der Volkswirtschaftslehre. Anhand eines Drei-Phasen-Modells werden deshalb allgemeine Strukturverschiebungen innerhalb der Disziplin herausgearbeitet und insbesondere die für die Feldanalyse zentrale dogmenhistorische Ausgangsthese eines „Changing Face of Mainstream Economics“ (Colander et al. 2004) vorgestellt. Nach dieser historischen Grundlegung wird der wissenschaftssoziologische Bezugsrahmen für die nachfolgende Analyse präsentiert: die Theorie sozialer Felder. Diese wird zunächst auf die spezifische Situation in den Wissenschaften zugeschnitten. Anschließend werden forschungsleitende Dimensionen einer konkreten Feldanalyse entwickelt. Dann wird das wirtschaftswissenschaftliche Feld aufgespannt und entlang ausgewählter Konfliktlinien näher analysiert. Methodisch wird dazu auf empirische Studien und dogmenhistorische Arbeiten zurückgegriffen, das Feld also anhand einer aktuellen Literaturschau untersucht. In einem ersten Schritt wird sich dem Feld *vertikal* angenähert und das Kräfteverhältnis zwischen orthodoxen und heterodoxen Strömungen analysiert. In einem zweiten Schritt werden dann aktuelle Feldkämpfe bzw. Diskurse im *horizontalen* Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit untersucht: der Neuere Methodenstreit und die Euro-Kontroverse. Im Fazit wird schließlich evaluiert, ob sich innerhalb der Volkswirtschaftslehre tatsächlich ein Strukturbruch abzeichnet.

Dogmenhistorische Grundlegung

Vonseiten des ökonomischen Mainstreams wenig beachtet, bildet die *history of economic thought* für einen feldtheoretischen Blick auf die Wirtschaftswissenschaften eine wertvolle Fundgrube (Blaug 2001; Dolfsma & Welch 2009). Denn Struktur und Spielregeln des aktuellen wirtschaftswissenschaftlichen Feldes werden erst dann verständlich, wenn man auch dessen Genese, Pfadabhängigkeit und historische Konstruktion mitberücksichtigt. Dieses Kapitel fasst daher wesentliche dogmenhistorische Überlegungen der letzten Jahrzehnte knapp zusammen und dient damit der folgenden Feldanalyse als historische Grundlegung. Dazu werden aktuelle Überlegungen von Hanno Pahl (2012; 2013: 6-15) aufgegriffen und die *allgemeine* Struktur und Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften im 20. Jahrhundert entlang eines Drei-Phasen-Modells verdeutlicht.⁴

Erste Phase: Kompetitiver Pluralismus

Eingeläutet durch die *marginal revolution* von 1870 wurde die klassische Nationalökonomik (Adam Smith, David Ricardo u.a.) auf Basis der neoklassischen Nutzen- und Gleichgewichtstheorie als exakt-logische Disziplin reformuliert und von den „weichen“ Sozialwissenschaften, insbesondere der sich zur selben Zeit konstituierenden Soziologie, abgegrenzt (Mikl-Horke 2008: 23-26). Entgegen eines weit verbreiteten Mythos war dieser Wandel aber nicht von einer *alleinigen* Hegemonie neoklassischer Ideen begleitet. So war etwa der einflussreiche Neoklassiker Alfred Marshall gerade kein Advokat einer ahistorischen oder abstrakt-mathematischen Ökonomik, sondern vielmehr auch empirischen Methoden und sozialpolitischen Interventionen zugeneigt (Hodgson 2005: 121-125). Die früh-neoklassische Ära von 1870 bis 1936 ist also nicht mit der monoparadigmatischen Herausbildung der modernen mathematischen Ökonomie (Paul A. Samuelson, Milton Friedman u.a.) identisch (Yonay 1994: 46).

⁴ Für eine detailliertere Analyse siehe die klassischen dogmenhistorischen Werke von Schumpeter (1954) oder Blaug (1985). Für eine knappe Übersicht ist außerdem Backhouse (2011) zu empfehlen.

Im Gegenteil: Die erste Phase zu Beginn des 20. Jahrhunderts war durch einen lebhaften Pluralismus und Wettstreit verschiedener Schulen geprägt. „Pluralism meant variety, and that variety was evident in beliefs, in ideology, in methods, and in policy advice“ (Morgan & Rutherford 1998: 4). So überrascht es nicht, dass gerade in dieser Zeit verschiedene Dispute ausgefochten wurden: Während in den USA der Zwischenkriegsjahre etwa institutionalistische und neoklassische Richtungen miteinander konkurrierten (Yonay 1994), tobte in Europa der Methoden- und Werturteilsstreit zwischen der deutschen Historischen Schule und der österreichischen Grenznutzenschule (Backhaus & Hansen 2000). Mit dem Erscheinen der *General Theory* von John M. Keynes im Jahre 1936 wird für gewöhnlich der Beginn einer keynesianischen Epoche datiert. Obwohl der Keynesianismus zweifellos eine gewisse Sonderrolle einnimmt und neben der wissenschaftlichen auch eine politische Breitenwirkung entfalten konnte, war er zunächst doch nur eine weitere Denkschule unter vielen – und ist damit der ersten Phase zuzuordnen (Yonay 1994: 48f.; implizit auch Blaug 1975).

Zweite Phase: Zentrum-Peripherie-Differenzierung

Erst mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs formierte sich die bis heute für die Struktur in den Wirtschaftswissenschaften charakteristische „Zentrum-Peripherie-Differenzierung“ (Pahl 2012). Im Zentrum dieser zweiten Phase dominierte dabei ein ausgeprägtes neoklassisches Paradigma, das homogenisierend auf die Wissenschaftlergemeinschaft einwirkte und Dissidenten an den heterodoxen Rand drängte. Gründe für diesen Strukturbruch lassen sich gleich mehrere anführen: Zunächst wurde erneut die früh-neoklassische Realdefinition der Nationalökonomik als formal-logischer Disziplin aufgegriffen und dahingehend radikalisiert, dass fortan *nur* noch eine rigorose Mathematisierung und modelltheoretische Raffinesse dem Gegenstandsbereich als angemessen erschienen (Debreu 1991; Chick 1998). Dieser neue Denkstil wurde maßgeblich in Samuelsons *Foundations* (1947) ratifiziert und durch dessen einflussreiches Lehrbuch *Economics* (1948) verbreitet.⁵ Eng damit

⁵ Wegweisend allein schon das Eingangszitat des Physikers J. Willard Gibbs: „Mathematics is a Language“ (Samuelson 1983: VI). Hieran wird gleichzeitig die Orientierung der Wirtschaftswissenschaften an deren großen Vorbild – der Physik – deutlich (siehe dazu Mirowski 1989).

verbunden war auch der Durchbruch der Ökonometrie, der eine Arbeitsteilung zwischen einerseits modelltheoretisch, andererseits empirisch-quantitativ arbeitenden Ökonomen begründete und damit zu einer weiteren, nun mathematisch-statistischen Formalisierung führte (Backhouse 1998).

Von zentraler Bedeutung war außerdem die Aufspaltung des keynesianischen Erbes in zwei Lager: In einen orthodoxen Neokeynesianismus, der mit dem neoklassischen Mainstream vereinbar ist, und in einen von Joan Robinson begründeten heterodoxen Postkeynesianismus (Kregel 1973: 3-49). Durch diese „neoklassische Synthese“ und mathematische Formalisierung präsentierte sich in der Nachkriegszeit also eine hochgradig monoparadigmatische Disziplin, die ihrem Selbstverständnis nach als „social physics“ (Mirowski 1989) unumstößliche ökonomische Gesetze aufstellte. Ausgehend von den USA etablierte sich schließlich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine „transnational profession“ (Fourcade 2006), die geradezu „imperialistisch“ (Lazear 2000) auch andere Fachgebiete okkupierte.

Dritte Phase: Strukturelle Dreiteilung

Während die Strukturverschiebung zwischen der ersten und der zweiten Phase relativ gesichert als Übergang „from interwar pluralism to postwar neoclassicism“ (Morgan & Rutherford 1998) beschrieben werden kann, ist die Herausbildung einer dritten Phase umstritten. Aktuellere dogmenhistorische Arbeiten gehen jedenfalls davon aus, dass sich die für die zweite Phase so typische Zentrum-Peripherie-Differenz seit den 1970er Jahren langsam auflöste und sich stattdessen eine strukturelle Dreiteilung des wirtschaftswissenschaftlichen Feldes abzeichnete (Colander 2000; Colander et al. 2004; Davis 2006; 2008). Dabei wird argumentiert, dass neue Ideen am heterodoxen Rand zunächst von angesehenen „Elite“-Ökonomen für interessant befunden, dann in deren eigenen Arbeit integriert und dadurch schließlich im Mainstream verbreitet wurden (Colander et al. 2004: 488-490). Dies führte zu einem (zunächst) unbemerkten und graduellen Wandel der Struktur und erschuf einen noch näher zu bestimmenden Varianz- oder Spielraum zwischen einem neoklassischen Zentrum und einer heterodoxen Peripherie.

„In our view, the interesting story in economics over the past decades is the increasing variance of acceptable views, even though the center of economics has not changed much. For example, mainstream economists today such as William Baumol, George Akerlof, Thomas Schelling, Truman Bewley, and Paul Krugman, in important aspects of their thinking, are working outside of what is generally considered the orthodoxy of the profession. Yet, their ideas are widely accepted and discussed within the mainstream of economics“ (ebd.: 487).

Dieser Mainstream besteht zwar immer noch aus einem neoklassischen Kern, erschöpft sich darin aber nicht, sondern ist von einer Vielzahl an neuen Richtungen – wie der Verhaltensökonomik, Spieltheorie, Neuroökonomik oder dynamischen Makroökonomik – gekennzeichnet, die alle mit der „holy trinity – rationality, selfishness, and equilibrium“ (ebd.: 485) der Neoklassik brechen und dennoch von der Mehrzahl der Ökonomen akzeptiert werden. *Mainstream economics* sind also wesentlich breiter und vielseitiger, eher soziologisch zu bestimmen und begrifflich von einer neoklassischen Orthodoxie abzugrenzen (ebd.: 490f.). Charakteristisch für diese neue „mainstream heterodoxy“ (Davis 2008: 354) ist indessen, dass sie stark von anderen Wissenschaften – wie der Psychologie oder Biologie – inspiriert wird und daher eine interdisziplinäre Öffnung der Wirtschaftswissenschaften zu erwarten ist (Pahl 2012: 14f.; Sent 2004). Trotzdem verläuft auch heute noch eine klare *methodologische* Grenze zwischen „alten“ heterodoxen Ansätzen und „neuem“ Mainstream:

„If it isn't modeled, it isn't economics, no matter how insightful. It is here that heterodox economics and the mainstream elite normally collide. Specifically, it is because of their method, not their ideas, that most heterodox find themselves defined outside the field by the elite“ (Colander et al. 2004: 493).

Es ist daher nicht verwunderlich, dass gerade aus heterodoxer Sicht dieser Wandel weniger stark wahrgenommen wird und man tendenziell nur von einem „selective pluralism“ (Schiffman 2004) spricht und aktuell Strategien für eine weitere Pluralisierung und akademische Toleranz eruiert (Garnett 2006; 2011; Lee 2011). Die Colander-These eines *Changing Face of Mainstream Economics* spiegelt jedenfalls nicht nur den aktuellen dogmenhistorischen Forschungsstand wider, sondern dient

auch als Grundlegung der folgenden Feldanalyse. In Kontrast zu den aktuellen (medialen) Schlaglichtern auf die Wirtschaftswissenschaften im Nachklang der Weltwirtschafts- und Finanzkrise wird hier also weniger eine wissenschaftliche Revolution nahegelegt, als vielmehr eine langsame Strukturverschiebung beschrieben.⁶

Feldtheoretische Perspektive

Um nicht den massenmedialen Kommentatoren naiv aufzusitzen, bedarf es einer theoriegeleiteten Rekonstruktion, die dazu in der Lage ist, diese Perspektiven selbst noch zu objektivieren. Als adäquater Interpretations- und Bezugsrahmen kann dafür auf die theoretischen Arbeiten des französischen Soziologen Pierre Bourdieu zurückgegriffen werden. Mit seiner Praxeologie hat er nicht nur wertvolle Impulse für die allgemeine soziologische Theoriebildung gegeben, sondern auch die Wissens- und Wissenschaftssoziologie inspiriert (Barlösius 2012). So zeigte er in verschiedenen Beiträgen, wie seine Theorie sozialer Felder auch zur Analyse des wissenschaftlichen Feldes genutzt werden kann, um in diesem vermeintlich interesselosen Kosmos die verborgenen Konfliktlinien, Machtkämpfe und Herrschaftsbeziehungen zu entlarven (Bourdieu 1975; 1988a; 1998). In diesem Kapitel wird die Feldtheorie zunächst auf die spezielle Struktur der Wissenschaft zugeschnitten. Darauf aufbauend werden Stefan Bernhard (2010: 70-85) folgend forschungsleitende Dimensionen zur Analyse sozialer bzw. wissenschaftlicher Felder präsentiert: *Doxa*, Orthodoxie und Heterodoxie, materielle und symbolische Feldkämpfe, Emergenzgrad, Akteure und Institutionen.

⁶ Wissenschaftstheoretisch folgen die Autoren daher auch stärker Imre Lakatos als Thomas S. Kuhn (ausführlicher bei Meyer 2013: 7-16).

Struktur des wissenschaftlichen Feldes

Um das einleitende Zitat dieses Beitrags erneut aufzugreifen: „[S]cience is a social field like any other“ (Bourdieu 1975: 19). Wenngleich trivial, so ist dies dennoch eine überraschende Feststellung, da sie mit der Selbstpräsentation des wissenschaftlichen Feldes als interesselosen und uneigennütigen Mikrokosmos bricht (Barlösius 2012: 125). Die gesellschaftliche Sonderstellung der Wissenschaft und deren Anspruch auf Objektivität werden zurückgewiesen und die sozialen Prozesse im Wissenschaftssystem beschrieben. Mit dem Begriff *illusio* bezeichnet Bourdieu (1998: 27) den Glauben der Forscher, an einem Spiel teilzunehmen, das sich in seiner „reinen“ Wissenschaftlichkeit von den („unreinen“) alltäglichen und ökonomischen Interessen unterscheidet. Paradoxiertweise bilden damit aber auch Wissenschaftler eine Art „interesseloses Interesse und Interesse an der Interesselosigkeit“ (ebd.) aus. Und es ist genau diese Uneigennützigkeit, die sich auszahlt, sodass auch Forscher zu „Wissenschaftskapitalisten“ (ebd.) werden, die zwar nicht um Geld, dafür aber um wissenschaftliches Kapital konkurrieren.

Der wissenschaftliche Habitus, ein weiterer Baustein der Bourdieu'schen Theorie, entfaltet sich durch eine besondere Kennerschaft und Vertrautheit mit den wissenschaftlichen Abläufen und Gepflogenheiten – er entwickelt kurz ein „Gespür für die wissenschaftliche Praxis“ (Barlösius 2012: 130). Forscher lernen im wissenschaftlichen Sozialisationsprozess nämlich nicht nur das konkrete Handwerkszeug – wie Theorien, Methoden oder Instrumente – kennen, sondern inkorporieren vor allem auch eine besondere Geschicklichkeit und Gewandtheit. Dazu kann beispielsweise der Gebrauch einer abstrakten Sprache oder einer objektiven Argumentationsweise gezählt werden (ebd.: 130). Im akademischen Habitus spiegelt sich also die Erfahrung einer Person im und mit dem wissenschaftlichen Mikrokosmos wider und weist diese als Feldangehörige aus.

Wie jedes andere Feld bildet auch die Wissenschaft feldinterne Strukturen und Institutionen aus. Zu diesen gehören etwa Universitäten, Forschungsinstitute, Disziplinen, Verlage oder Zeitschriften. Als eigenes Universum herrschen im wissenschaftlichen Feld überdies bestimmte Zwänge und Logiken: die Aufteilung in Disziplinen, Promotions- und Habilitationsverfahren oder wechselseitige Begutachtungen (Barlösius

2012: 126f.). Wie erfolgreich sich das wissenschaftliche Feld nun durch diese feldinternen Strukturen reproduzieren kann, hängt von seinem Grad der Autonomie ab. Mit der Autonomie der Wissenschaft ist deren Unabhängigkeit von feldexternen Zwängen wie finanziellen Drittmitteln, gesetzlichen Verordnungen oder Forschungsaufträgen gemeint. Ein relativ autonomes Feld zeichnet sich dadurch aus, dass es in der Lage ist, äußere Zwänge zu brechen und in die eigene Logik zu übersetzen. Umgekehrt zeigt sich die Heteronomie eines Feldes darin, dass administrative, politische oder ökonomische Anforderungen ungebrochen auf das Feld einwirken und dessen Funktionslogik abändern. Auf das wissenschaftliche Feld angewandt wäre damit zwischen einer eher autonomen Grundlagenforschung und einer eher heteronomen Auftragsforschung zu differenzieren (Bourdieu 1998: 18f.). Das Verhältnis zwischen Staat und Wissenschaft ist dabei besonders ambivalent:

„Eine der seltsamsten Eigenheiten wissenschaftlicher Felder ist es, daß sie ihre Autonomie zu einem gewichtigen Teil der Tatsache verdanken, vom Staat unterhalten zu werden, also in eine Abhängigkeit besonderer Art verstrickt zu sein [...]. Diese Abhängigkeit in der Unabhängigkeit (oder umgekehrt) bleibt immer ambivalent, weil der Staat, wo er Mindestbedingungen der Autonomie sichert, auch Zwänge durchzusetzen in der Lage ist“ (ebd.: 48).

Die Frage nach der Grenze des wissenschaftlichen Feldes wird in seinem Inneren entschieden, wobei Forscher und andere Akteure in Definitionskämpfen versuchen, die Grenzen so zu verschieben, dass ihre eigenen Positionen gestärkt werden. In der Wissenschaft markiert das Kriterium der Wissenschaftlichkeit eine wichtige Grenze, die beispielsweise dadurch verschoben werden kann, dass Konkurrenten der Status der Wissenschaftlichkeit aberkannt wird. Auch Zutrittsvoraussetzungen zum wissenschaftlichen Kosmos, wie ein Studium oder die Promotion, fungieren als Abgrenzungskriterien (analog zum literarischen Feld: Bourdieu 2001a: 353f.).

Das wissenschaftliche Feld ordnet sich nicht nur als Ganzes hierarchisch in das übergeordnete Feld der Macht ein, sondern auch innerhalb der Wissenschaft existieren verschiedene Spannungen wie die zwischen herrschenden und beherrschten Disziplinen (Bourdieu 1988b: 778;

Barlösius 2012: 132). Und auch internationalen „Elite“-Universitäten, wie Harvard, hochreputierlichen Publikationsorganen, wie *Nature*, oder den jährlich verliehenen Nobelpreisen kommen – meist überdisziplinäre – Gestaltungsmacht im wissenschaftlichen Feld zu.

Dimensionen der Feldanalyse

Nachdem die Bourdieusche Feldtheorie vorgestellt und anhand des wissenschaftlichen Feldes exemplifiziert worden ist, bedarf es nun eines Analyseschemas, mit dessen Hilfe man das wirtschaftswissenschaftliche Feld untersuchen kann – ohne dabei selbst den Überblick zu verlieren. Gefordert ist also eine forschungsleitende Heuristik, die dem Ziel dient, „den Forschungsprozess mit Folgefragen zu versorgen“ (Bernhard & Schmidt-Wellenburg 2012: 50). Bernhard (2010: 70-85) hat dazu sieben Dimensionen zur Annäherung an soziale Felder herausgearbeitet, die im Folgenden vorgestellt und dann in der Analyse als Leitfaden fungieren werden.

Doxa, Orthodoxie und Häresie

Mit dem Begriff *doxa* bezeichnet Bourdieu die unhinterfragten und selbstverständlichen Annahmen eines sozialen Feldes: eine stillschweigende Übereinkunft und der Glaube daran, dass das Spiel so ist, wie es ist, und nicht anders sein kann. Die *doxa* verfestigt sich in der Tiefenstruktur des Feldes und prägt dadurch dessen Kämpfe, ohne aber selbst umkämpft zu werden. In der Feldanalyse lenkt das Konzept die Aufmerksamkeit des Forschers also auf das, was auch hätte sein können, aber in der Praxis vergessen wurde. Es ruft damit die soziale und historische Kontingenz eines jeden Feldes in Erinnerung (Abschnitt: Bourdieu 1987: 122-127; Bernhard 2010: 71-74).

Indem dieser Glaube ans Spiel von bestimmten Akteuren hinterfragt wird, verliert die *doxa* ihren impliziten Charakter. Indem eine opponierende Heterodoxie alternative Glaubenssätze formuliert, hebt sie die *doxa* aus der unsichtbaren Selbstverständlichkeit hervor und beschwört eine konservative Kraft herauf: die Orthodoxie. Diese fühlt sich nun herausgefordert und expliziert ihrerseits orthodoxe Glaubenssätze zur Verteidigung des (doxischen) Status quo. Dieses antagonistische Paar konstituiert sich also wechselseitig, wobei am Beginn immer ein häretischer Angriff steht. Im Fortgang etablieren sich im Feld dann zwei kon-

kurrierende Pole, die um die symbolische Macht im Feld ringen. Hier offenbart sich eine interessante Parallele zu Kuhn (1962): Da die Orthodoxie die dominierende Fraktion darstellt, kann sie auch als herrschendes Paradigma interpretiert werden, das von einer oppositionellen Häresie herausgefordert wird. Mit der Denkfigur Orthodoxie–Heterodoxie können in der Feldanalyse die kompetitiven Diskurse, relationalen Positionierungen und dynamischen Kämpfe im Feld beschrieben werden (Abschnitt: Bernhard 2010: 71-74).

Symbolische und materielle Feldkämpfe

Das zentrale Anliegen einer jeden Feldanalyse ist die Untersuchung von Konflikten und Kämpfen. Begrifflich zu unterscheiden ist dabei zwischen symbolischen und materiellen Kämpfen (Bernhard 2010: 75-77). Erstere sind Definitionskämpfe über die Grenzen und Grundregeln des Feldes. Hier geht es um eine Umgestaltung oder Verschiebung des Feldes, also darum, was das Feld der Wissenschaft als solches definiert (Bourdieu 2001a: 353f.). In symbolischen Kämpfen steht der Glaube ans Spiel, die *doxa*, selbst zur Disposition. Im Zuge einer „symbolische[n] Revolution“ (ebd.: 134) kommt es dann zu einem Herrschaftswechsel: Ehemals heterodoxen Kräften gelingt es, die Kapitalhierarchie so umzugestalten, dass sie selbst die dominierende Stellung im Feld innehaben. Auch hier ist erneut eine Ähnlichkeit zur Kuhn’schen Begriffsbildung erkennbar: Das alte Paradigma wird dort ja bekanntlich im Zuge einer „scientific revolution“ (Kuhn 1962) durch ein neues ersetzt.

Während symbolische Kämpfe an der Tiefenstruktur eines Feldes ansetzen, finden materielle Kämpfe hingegen innerhalb der Spielregeln statt. Akteure konkurrieren hier lediglich um die Verteilung von begehrenswerten Kapitalsorten. Getrieben von der *illusio* des Feldes, akkumulieren oder transformieren sie ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital (Bourdieu 1983). Und ihrem Interesse nach „reiner“ Wissenschaftlichkeit nachstrebend, kämpfen sie im wissenschaftlichen Feld – wie bereits dargelegt – um Posten, Anerkennung, Prestige und wissenschaftlichen Kredit. Der analytische Mehrwert dieser beiden Dimensionen liegt nun darin, dass diese auf die „Omnipräsenz von Konflikten“ (Bernhard 2010: 77) verweisen. Da sich das wissenschaftliche Feld durch Kämpfe konstituiert, kann es auch anhand dieser Kämpfe durch den Feldanalytiker entschlüsselt werden.

Emergenzgrad: Zwischen Autonomie und Heteronomie

Im Falle einer vollständigen Emergenz oder Autonomie ist ein Feld in der Lage, feldexterne Anforderungen zu brechen und in die eigene Logik zu übersetzen. Bourdieu verweist darauf, dass sein Konzept der Autonomie durchaus mit den Konzepten der „Autopoiesis“ oder „Selbstreferenzialität“ in der systemtheoretischen Tradition vergleichbar ist (Bourdieu & Wacquant 2006: 134). Beiden ist nämlich gemeinsam, dass sie einen Blick dafür vermitteln, wie Felder bzw. Systeme ihre eigenen Logiken aus sich selbst heraus erzeugen und damit zugleich die Grenzen ihrer Wirksamkeit markieren. Die Heteronomie eines Feldes wird hingegen dadurch angezeigt, dass äußere Logiken ungebrochen auf das Feld einwirken und imstande sind, dessen Spielregeln zu verändern.

Mit dieser Variable lassen sich Felder nun in Beziehung und Abhängigkeit von anderen Feldern betrachten. Eine Feldanalyse darf sich also nicht nur auf ein einzelnes Feld konzentrieren, sondern muss auch dessen Umwelt mit beobachten. Daraus ergibt sich nun aber das Problem, dass mit jedem zusätzlich herangezogenen Feld ja auch dessen Kontext wiederum mitberücksichtigt werden müsste und so der Arbeitsaufwand rapide ansteigt. Als forschungspragmatisches Abbruchkriterium schlägt Bernhard (2010: 79) deshalb das Konzept einer „symbolischen Konfliktlinie“ vor. Der Kontext eines Feldes wird damit nicht in dessen ganzen Breite analysiert, sondern „lediglich im Hinblick auf zentrale symbolische Konfliktlinien“ (ebd.), die für die Untersuchungsfrage relevant sind. Das Kriterium ist mit dieser Definition wohl absichtlich relativ offen gehalten.

Akteure und Institutionen

Im Mittelpunkt der theoriegeleiteten Analyse steht stets das Feld. Da dieses aber an sich schwer fassbar ist, kommt den Akteuren und Institutionen in der konkreten Analyse eine wichtige Rolle zu (Bourdieu & Wacquant 2006: 138f.). Bourdieu spricht hier explizit von Akteuren (*agents*), die als aktiv Handelnde die Fähigkeit besitzen, Effekte und Wirkungen im Feld zu entfalten (ebd.: 139). Die Feldakteure sehen sich je nach Feldposition unterschiedlichen Chancen und Einschränkungen ausgesetzt, die ihre Spielstrategien wesentlich prägen (Bourdieu 2001a: 371-378). In der Feldanalyse müssen die Positionen und die daran ge-

knüpften Möglichkeiten der Spieler also explizit berücksichtigt werden (Bernhard 2010: 81).

Die Akteure nehmen im wissenschaftlichen Feld nun eher orthodoxe oder heterodoxe Positionen ein (Bourdieu 2001a: 329). Damit bilden sie auch divergierende Blickwinkel und Narrationen aus, vergessen aber, dass sie als Angehörige desselben Feldes nur konträre Positionen besetzen und ihre Wahrnehmungen dadurch getrübt sind (Bourdieu 1998: 38f.). Forschungsanleitend fordert Bourdieu daher eine „objektivierende Distanzierung“ (ebd.: 39), also ein analytisches Vorgehen, das die Sichtweise eines Feldakteurs an dessen entsprechende Stellung im Feld rückbindet und diesem dadurch seinen Anspruch auf Objektivität entzieht.

Akteure bewegen sich nun nicht blind im Raum, sondern folgen allgemeinen Spielregeln: den Institutionen. Diese haben für alle die gleiche Bedeutung, erzeugen Stabilität und geben Erwartungssicherheit. Sie leiten dadurch die Feldakteure in deren Handlungen und verschaffen ihnen Anker- und Fixpunkte. Sie stecken also den Rahmen des Spiels ab. Institutionen (re-)produzieren in der Feldtheorie nun dadurch Ungleichheiten, indem sie die Kapitalsorten der Akteure je unterschiedlich bewerten. Indem beispielsweise eine herrschende „Elite“-Universität mit hohen Studiengebühren nicht nur kulturelles Kapital, sondern auch noch ökonomisches Kapital als wichtig bewertet, privilegiert sie finanziell bessergestellte Studierende, während auf der anderen Seite beherrschte Universitäten auch diejenigen Studierenden aufnehmen, die nur über wenig ökonomisches Kapital verfügen. Nach einem Schlüssel-Schloss-Prinzip entstehen so also Wahlverwandtschaften zwischen bestimmten Akteuren und Institutionen. In der Praxis wird diese institutionelle Kapitalbewertung als legitim und richtig verkannt. Sie wird zur unhinterfragten Normalität. Der Begriff „Konsekration“ (Bourdieu 2001a: 272) umschreibt diese institutionelle Weihung oder Aufwertung eines Feldakteurs. In der Feldanalyse muss daher berücksichtigt werden, warum und wie Akteure von bestimmten Institutionen profitieren – und andere nicht (Bernhard 2010: 82-85).

Analyse des wirtschaftswissenschaftlichen Feldes

In diesem Teil der Arbeit gilt es nun, die oben dargelegte Strukturverschiebung innerhalb der Wirtschaftswissenschaften wieder aufzunehmen und aus feldtheoretischer Perspektive näher zu analysieren. Stand zu Beginn die historische Genese des Feldes im Mittelpunkt, wird jetzt der Blickwinkel gewechselt und sich vertikal und horizontal der aktuellen Struktur angenähert. Ziel der Analyse ist es, die mit der jüngsten Weltwirtschafts- und Finanzkrise ausgelöste Unübersichtlichkeit im Feld entlang ausgewählter Dimensionen zu ordnen und dadurch zu einer fundierten Bestandsaufnahme des derzeitigen wirtschaftswissenschaftlichen Feldes zu kommen. Methodisch wird dazu auf aktuelle empirische Studien und dogmenhistorische Arbeiten zurückgegriffen, das Feld also anhand einer Literaturschau, d.h. ohne selbst erhobene Daten, analysiert. Erst auf dieser Basis kann dann im Fazit evaluiert werden, ob und inwieweit sich in der Volkswirtschaftslehre tatsächlich ein Strukturbruch abzeichnet. Zunächst muss aber das Feld konstruiert werden.

Konstruktion des Feldes

Nach Maeße (2013a: 255) hat sich das wirtschaftswissenschaftliche Feld auf unterschiedlichen Pfaden institutionalisiert: als akademisches, staatliches, öffentliches und wirtschaftliches Feld. Unter Bezug auf Experteninterviews mit Ökonomen aus Universitäten, Forschungsinstituten und der Bundesbank argumentiert er, dass sich Ökonomen hauptsächlich innerhalb dieser vier Felder bewegen und sich dabei an den je feldspezifischen Logiken orientierten. Akteure und Institutionen stehen demnach in einem Kraft- oder Spannungsfeld zwischen verschiedenen Interessen und Anforderungen. Da in jedem Feld eine andere Kapitalhierarchie vorherrscht, favorisieren Ökonomen tendenziell dasjenige Feld, welches am besten mit ihrem Habitus korrespondiert. In Anlehnung an das Schlüssel-Schloss-Prinzip von oben, wonach Akteure mit bestimmten Institutionen eine Wahlverwandtschaft eingehen, könnte man auch hier von einem Schlüssel-Schloss-Prinzip zwischen Akteuren und (nun) Feldern sprechen. Maeße (2013a: 263) berichtet davon, dass sich in Forschungsinstituten diese Kapitalbewertung verschiedener Felder direkt auf deren strategische Ausrichtung auswirke. Das IfW in

Kiel organisiere sich beispielsweise um die Bereiche *Think Tank* (Politikberatung), *Academy* (akademische Forschung) und *Education and Services* (Nachwuchsförderung und Publikationen). Dies schlage sich wiederum auch direkt auf die dort beschäftigten Ökonomen nieder, wonach einer nur forsche und ein anderer nur Politikberatung betreibe (ebd.: 264).

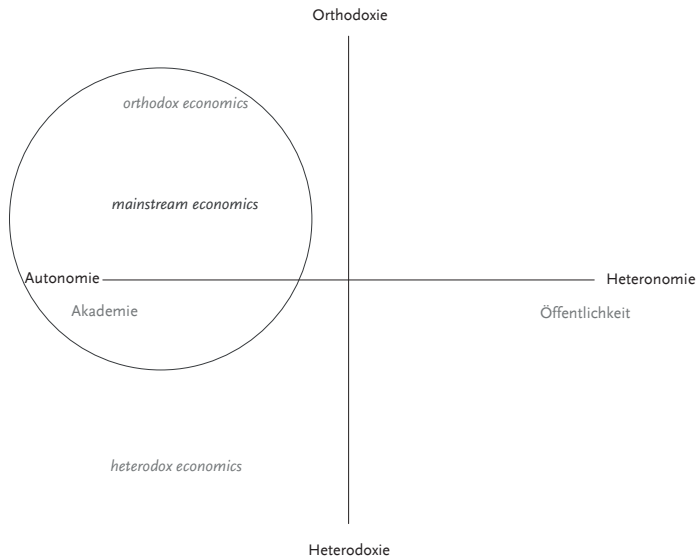
Neben dieser strukturellen Verteilung des wirtschaftswissenschaftlichen Feldes ist zur genaueren Abgrenzung allerdings auch noch ein weiterer Einflussfaktor zu berücksichtigen: nämlich die Internationalität der Disziplin. Ausgehend von den USA hat sich im 20. Jahrhundert auf dem Wege der Isomorphie allmählich eine transnationale Profession mit weitgehend einheitlichen Standards in Forschung und Lehre etabliert (Fourcade: 2006). Ökonomische Fachbereiche und Wirtschaftsforschungsinstitute sind „made and unmade in the United States“ (Fourcade 2009: 257). Da zumeist nur amerikanische Ideen in ein peripheres Europa exportiert werden, ist die globale Struktur in den Wirtschaftswissenschaften durch eine „fundamental asymmetry“ (ebd.) gekennzeichnet. Und auch auf individueller Ebene dient die moderne amerikanische Ökonomik, die sich in der zweiten Phase herausgebildet hat, vielen Ökonomen in anderen Ländern aufgrund ihres monoparadigmatischen Charakters als Vorbild. Sie wird von diesen als Erfolgsgeschichte verbreitet und dann als Waffe im lokalen Definitionskampf mit anderen Paradigmen verwendet. Mit Bourdieu gesprochen befindet sich in den USA also das Feld der Macht. Auf nationaler Ebene sind im wirtschaftswissenschaftlichen Feld immer spezifische nationale Pfadabhängigkeiten und *gleichzeitig* ist auch stets eine importierte amerikanische Wissenschaftskultur präsent (für Frankreich und Großbritannien: Fourcade 2009). Als Beispiel eines derartigen Konflikts kann der weiter unten noch näher zu analysierende Neuere Methodenstreit zwischen der deutschen Ordnungsökonomik und dem amerikanischen Mainstream angeführt werden. Als Zwischenfazit können also (mindestens) fünf wichtige Subfelder innerhalb der Wirtschaftswissenschaften benannt werden: die Akademie, der Staat, die Öffentlichkeit, die Wirtschaft und – als Feld der Macht – die US-geprägte Transnationalität.

In diesem Beitrag soll nun aber überprüft werden, ob sich der von vielen Kommentatoren diagnostizierte Aufruhr im medialen Feld auch auf den

innerakademischen Diskurs auswirkt und dort zu einem potentiellen Strukturbruch führt. Die zentrale „symbolische Konfliktlinie“ (Bernhard 2010: 79) verläuft daher zwischen dem akademischen und dem öffentlichen Feld.⁷ Da letztlich nur die aktuelle Situation im akademischen Kern der Wirtschaftswissenschaften interessiert, wird das akademische Feld hiermit als das primär zu untersuchende Universum definiert. Dieses Feld besteht beispielsweise aus allen ökonomischen Paradigmen, Fachbereichen, Instituten, Zeitschriften oder Vereinigungen. Im autonomen Pol erzeugt sich dieses Feld aus sich selbst heraus und funktioniert nach seiner eigenen Logik. Als seine Umwelt wird – wie oben dargelegt – ausschließlich das öffentliche Feld definiert. In seinem antagonistischen Pol herrscht maximale Heteronomie. Die Strategien von Ökonomen werden dort komplett von medialen Anforderungen bestimmt. Diese beiden Pole sind nun als *ideale* Endpunkte eines Kontinuums zu verstehen, zwischen denen sich Akteure und Institutionen relational zueinander verorten lassen. In *Abbildung 1* wird dieser Zusammenhang durch die horizontale Linie verdeutlicht. Je weiter sich die Feldakteure gen Osten bewegen, desto stärker sind sie feldexternen, d.h. medialen Einflüssen ausgesetzt. Sie sind dann mit anderen Relevanzkriterien und Kapitalbewertungshierarchien als im akademischen Feld konfrontiert. Nicht wissenschaftliches, sondern öffentliches Kapital wird dort höher bewertet.

⁷ Öffentliches und mediales Feld sind hier als Synonyme zu verstehen. In komplexen Gesellschaften sind Massenkommunikation und Öffentlichkeit weitgehend deckungsgleich (Beck 2007: 100-111).

Abbildung 1: Pole und Paradigmen des wirtschaftswissenschaftlichen Feldes



Quelle: Eigene Darstellung

Nachdem also die Grenzen und der Emergenzgrad des wirtschaftswissenschaftlichen Feldes definiert wurden, müssen als Nächstes die konkurrierenden Mächte im Feld bestimmt werden. Für die Wirtschaftswissenschaften wurde bereits ausführlich herausgearbeitet, dass sich die Struktur am besten durch eine ausgeprägte „Zentrum-Peripherie-Differenzierung“ (Pahl 2012) charakterisieren lässt. Auch wenn diese Differenz seit den 1970er Jahren einer leichten Erosion ausgesetzt sein mag, bestimmt sie immer noch die Globalstruktur und die Wahrnehmungen innerhalb der Disziplin (ebd.; Colander et al. 2004). Die Neoklassik kann somit als die orthodoxe Kraft im Feld bestimmt werden, der die *heterodox economics* als häretische Herausforderer gegenüberstehen. Im akademischen Feld verläuft der zentrale Konflikt also zwischen einem etablierten neoklassischen Paradigma und einer alternativen heterodoxen Opposition. Diese konkurrierenden Pole bilden auch hier wieder die Endpunkte eines Kontinuums, zwischen denen sich verschiedene Denkschulen, wie die Verhaltensökonomik oder der Postkeynesianismus, positionieren lassen. In *Abbildung 1* veranschaulicht die vertikale Linie diesen Zusammenhang. Damit wurde das zu

untersuchende Feld nun eingegrenzt, definiert und als vierpoliges Koordinatensystem aufgespannt und kann im Folgenden entlang ausgewählter Konfliktlinien näher analysiert werden.

Vertikale Achse: Zwischen *orthodox*, *mainstream* und *heterodox economics*

Im akademischen Feld lässt sich zunächst der Konflikt zwischen den *orthodox economics* und den *heterodox economics* analysieren. Interessant ist, dass sich in den Wirtschaftswissenschaften der Kampf zwischen einer orthodoxen und einer heterodoxen Kraft in die Fachbezeichnungen und Identitäten der Paradigmen geradezu eingeschrieben hat. Das Kräfteverhältnis Orthodoxie–Heterodoxie hat sich gewissermaßen vergegenständlicht oder institutionalisiert. Es ist zur unhinterfragten *doxa* des Feldes geworden. Mit anderen Worten: *Heterodox economics* sind per definitionem die häretische Opposition und damit immer die dominierte Kraft. Die Dynamik des Konflikts wirkt dadurch irgendwie erstarrt, der Ausgang des Kampfes ist schon im Vorfeld klar. Dieses „irgendwie“ gilt es nun näher zu eruieren.

Dazu hilft ein Rückgriff auf die dogmenhistorische These eines „Changing Face of Mainstream Economics“ (Colander et al. 2004). Denn auch Colander und Koautoren bewerten den Begriff der *orthodox economics* als einen „backward looking term that is best thought of as a static representation of a dynamic, constantly changing profession“ (ebd.: 490). Und der Ausdruck *heterodox economics* bedeute „against orthodox“, and defines itself in terms of what it is not, rather than what it is“ (ebd.: 491). Beide Paradigmen verlaufen so konkurrierend nebeneinander her, bilden aber jeweils ihr eigenes Netzwerk aus Universitäten, Forschungsinstituten und Fachzeitschriften aus (ebd.: 492). Im Sinne von Lakatos (1970) könnte man hier also von einer kompetitiven Parallelität zweier Forschungsprogramme sprechen. Entscheidend ist nun, dass die Fixierung auf das Begriffspaar Orthodoxie–Heterodoxie den Blick auf den eigentlichen Wandel in der Disziplin verstellt. Mit dem Aufstieg der „mainstream heterodoxy“ (Davis 2008: 354), wie der Verhaltensökonomik oder Neuroökonomik, verläuft die zentrale Konfliktlinie

nun zwischen den sich wandelnden *mainstream economics* und den durch die „Grenze der Modellierung“ weiterhin ausgeschlossenen *heterodox economics*.⁸ Diese bereits näher beleuchtete Dreiteilung des akademischen Feldes ist ebenfalls in *Abbildung 1* eingezeichnet. Der Kreis symbolisiert dabei den Radius der *mainstream economics*, welche auch Teile des heterodoxen (südwestlichen) Quadranten umfassen.

Aus feldtheoretischer Perspektive vollzieht sich dieser Wandel innerhalb der Profession wie folgt: „Elite“-Ökonomen, die im Laufe ihrer wissenschaftlichen Karriere einen wichtigen Beitrag für die neoklassische Theoriebildung geleistet haben, genießen in der Profession großes Ansehen. Sie besitzen also reines wissenschaftliches Kapital, das machtvoll und symbolisch wirksam ist. Da „Elite“-Ökonomen schon genug Kredit akkumuliert haben, können sie die Kapitalhierarchie des Feldes unterlaufen und sich auch für alternative Ideen offen zeigen. Sie beherrschen geradezu die „Kunst deserspürens von Tendenzen“ (Bourdieu 1998: 24), fördern so Erfolg versprechende heterodoxe Ökonomen und verschaffen diesen durch ihre symbolische Macht in der Wissenschaftlergemeinschaft Gehör. Auf einer Makroebene verschieben sich die Positionen im Feld: Einerseits werden heterodoxe Ansätze vom *Mainstream* adaptiert und angepasst, wandern dadurch – in *Abbildung 1* – also gen Norden; andererseits öffnet sich aber auch der *Mainstream* und akzeptiert neue Ideen aus dem vormals heterodoxen Lager (der Kreis wird größer und wandert gen Süden). Colander und Koautoren verweisen für ein derartiges „work at the edge“ (Colander et al. 2004: 489) auf Kenneth Arrow, der als Träger des sogenannten Nobelpreises über einen hohen wissenschaftlichen Kredit verfügt, wesentliche Beiträge zur Gleichgewichtstheorie geleistet und trotzdem der Komplexitätstheorie zur Akzeptanz verholfen hat.

Sowohl feld- als auch dogmenhistorische Überlegungen aufgreifend, ist also innerhalb des akademischen Universums eine langsame Strukturverschiebung zu beobachten, die das antagonistische Begriffspaar Or-

⁸ Wie schon weiter oben zitiert wurde: „If it isn't modeled, it isn't economics“ (Colander et al. 2004: 493).

thodoxie–Heterodoxie unterläuft. Die *doxa* des Feldes ist im Wandel begriffen, ohne dass es die Profession selbst merkt. Diese neue Dreiteilung prägt die Diskurse, ohne selbst umkämpft zu sein. Festgehalten werden kann hier jedenfalls, dass durch die neue Positionierung der „mainstream heterodoxy“ (Davis 2008: 354) eine Art Synthese entsteht, aber keine neue heterodoxe Kraft. Wohin der neue Mainstream steuert, bleibt zunächst unklar (Santos 2011: 725). Nach Pahls (2013: 14f.) Einschätzung etwa habe sich diese Konstellation im innerakademischen Feld auch seit der jüngsten Weltwirtschafts- und Finanzkrise nicht geändert.

Der Feldtheorie folgend müsste mit der Zweiteilung des Raums nun auch eine ausgeprägte Kapitalhierarchie verbunden sein. Zu erwarten wäre demnach, dass das wissenschaftliche Kapital der Neoklassiker – legitimiert durch das US-geprägte Zentrum der Macht – als machtvoller eingeschätzt wird und einen „symbolischen Effekt“ (Bourdieu 2001b: 311) erzeugt. Dies müsste sich auch konkret an entsprechenden Institutionen erkennen lassen. Dürmeier und Euler (2013: 29f.) argumentieren, dass die wichtigsten (inter-)nationalen Vereinigungen, Fachzeitschriften, Universitäten oder Lehrbücher tatsächlich von der neoklassischen Orthodoxie dominiert werden. Heterodoxe Meinungen seien nur schwach institutionalisiert, und wenn doch, dann nur an Fachhochschulen oder anderen niedriger bewerteten Organisationen. Eine Umfrage unter 570 Mitgliedern des VfS im Jahre 2006 ergab außerdem, dass sich die meisten Ökonomen für die Neoklassik begeistern können und sich an amerikanischen Vorbildern orientieren (Frey, Humbert & Schneider 2007: 361-366). Und in der Studie von Maeße (2013a: 261f.)⁹ werden als „führende“ deutsche VWL-Universitäten Mannheim, München, Bonn und Frankfurt benannt. In diesen konzentriert sich ein Großteil der „akademische[n] Exzellenz“, welche die je „neuesten Trend[s]“ setzt. Diese sind durchgehend nach amerikanischem Muster strukturiert, forschen mehrheitlich neoklassisch und publizieren in Top-Journals. Avantgardistische Forschung habe dort kaum eine Chance, akzeptiert bzw. publiziert zu werden (ebd.: 362).

⁹ Die Anführungszeichen verweisen auf Aussagen der Interviewpartner.

Andererseits berichten heterodoxe Ökonomen in der Studie von Pahl (2013), dass seit der jüngsten Weltwirtschafts- und Finanzkrise auch in dominierenden Institutionen wie der OECD eine neue Offenheit für alternative Ansätze erkennbar sei. Dazu ein Vertreter der Evolutionären Ökonomik:

„Also mit diesem Paper, mit diesen radikalen Ansichten, hat mich die OECD in Paris eingeladen, bei ihr vorzutragen. Weil die OECD intern verzweifelt ist, die Ökonomieabteilung, weil sie seit 5 Jahren Ratschläge geben, wie man die Krise überwindet und seit 5 Jahren scheitert. Das geben die im informellen Gespräch auch zu. Und sie sammeln jetzt Alternativvorschläge. [...] Aber allein die Tatsache, dass man eingeladen wird, das wäre mir vor 10 Jahren nicht passiert, unmöglich“ (ebd.: 18).

Horizontale Achse: Aktuelle Feldkämpfe und Diskurse

Nachdem für das innerakademische Feld bereits herausgestellt wurde, dass sich dort ein langsamer Wandel vollzieht, aber kein Umbruch, wird jetzt der Situation im medialen Feld näher nachgespürt. Ziel soll es auch sein, näher zu evaluieren, warum die öffentlichen Kommentatoren zu ihrer Einschätzung gekommen sind, dass in den Wirtschaftswissenschaften eine wissenschaftliche (oder symbolische) Revolution kurz bevorstehe.

Symbolischer Feldkampf: Neuerer Methodenstreit

Mit der jüngsten Weltwirtschafts- und Finanzkrise ist im Jahr 2009 innerhalb der deutschen Volkswirtschaftslehre ein Konflikt über die methodologische Ausrichtung des Fachs entbrannt. In Abgrenzung zum älteren Methodenstreit zwischen der deutschen Historischen Schule und der österreichischen Grenznutzenschule zu Beginn des 20. Jahrhunderts ist dieser als Neuerer Methodenstreit in die Literatur eingegangen (Caspari & Schefold 2011). Bevor der Disput nun näher analysiert werden kann, müssen erst noch der Hintergrund und der Streitgegenstand offengelegt werden: Bereits 2000 attestierte Bruno Frey (2000) der Volkswirtschaftslehre im Vergleich zur Betriebswirtschaftslehre einen zunehmenden Bedeutungsverlust, wenn sich die Disziplin

weiterhin mit „internen Puzzles“ (ebd.: 26) beschäftige und die Lösung gesellschaftlicher Probleme negiere. Dies lasse sich vor allem an einem rapiden Rückgang von VWL-Studierenden erkennen, die offensichtlich kein Interesse an einer abstrakt-mathematischen Ausbildung hätten und lieber BWL studieren würden (ebd.: 17f.). Vertreter der Ordnungsökonomik führten dies vor allem auf den Einfluss des amerikanischen Mainstreams zurück, von welchem sie sich wiederum an den wissenschaftlichen Rand gedrängt fühlten (Caspari & Schefold 2011: 11).

Vor diesem Hintergrund sind dann auch der eigentliche Auslöser und der Stellenwert des Neueren Methodenstreits zu betrachten: An der Universität Köln, die als Hochburg der Ordnungsökonomik gilt, sollten nämlich traditionsreiche Wirtschaftspolitik-Lehrstühle neu besetzt und entsprechend internationaler Maßstäbe umstrukturiert werden (Pahl 2011a: 263). So kam es dann im Zeitraum zwischen März und Juni 2009 zu „verbale[n] Gefechte[n], die die sonst eher etwas behäbige deutsche Nationalökonomik wohl so schon lange nicht mehr erlebt hat“ (Bachmann 2011: 260). Eingeleitet wurde der massenmedial ausgetragene Disput mit einem öffentlichen Aufruf von 83 Professoren zur Rettung der Wirtschaftspolitik an deutschen Universitäten („Rettet die Wirtschaftspolitik an den Universitäten!“, siehe FAZ 2009). Einen Monat später antworteten dann im *Handelsblatt* 188 Ökonomen, dass es der deutschen Volkswirtschaftslehre vielmehr an internationalen Standards mangle und diese deshalb zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit endlich umstrukturiert gehöre („Baut die deutsche VWL nach internationalen Standards um!“, siehe Handelsblatt 2009).

In feldtheoretischer Hinsicht konkurrieren hier also die Kräfte von Orthodoxie und Heterodoxie um die grundsätzliche Struktur im akademischen Feld. Sie versuchen, je die öffentliche Meinung für sich zu mobilisieren und dann dadurch gestärkt im innerakademischen Feld in den Kampf um den richtigen methodologischen Glauben (*doxa*) zu ziehen. Es handelt sich also um einen symbolischen Kampf, da hier zwei divergierende Wissenschaftsauffassungen aufeinandertreffen und direkt an der methodologischen Identität der Wirtschaftswissenschaften ansetzen. Um diese Einschätzung nun auch empirisch untermauern zu können, wird im Folgenden auf eine qualitative Studie von Pahl (2011a) zurückgegriffen. Er hat dazu zehn wesentliche Beiträge konkurrierender

Ökonomen, die in der *FAZ* bzw. im *Handelsblatt* erschienen sind, qualitativ analysiert und diskurstheoretisch interpretiert (ebd.: 263).

Die Vertreter der Ordnungsökonomik können demnach als deutsche Variante der *heterodox economics* definiert werden, die sich jenseits des Mainstreams befinden und befürchten, im Zuge einer Umstrukturierung endgültig an institutionellem Einfluss zu verlieren. Auf der anderen Seite befindet sich die moderne amerikanische Ökonomik, die hier mit Verweis auf das US-dominierte Feld der Macht selbst an symbolischem Kapital gewinnt und auch die deutsche Wissenschaftskultur nach amerikanischem Vorbild umstrukturiert haben möchte. Pahl (2011a: 267f.) zeigt nun auf, dass die beiden Kräfte bestimmte Allianzen eingehen: Die Ordnungsökonomien verweisen in ihren Beiträgen oft auf die „längst“ (#: 267)¹⁰ etablierten heterodoxen Ansätze in den USA, suchen dorthin also den Schulterchluss und versuchen sich dadurch von ihrer Außenseiterrolle zu befreien. Ihre Strategie besteht also darin, unter Verweis auf das Feld der Macht, das Dominanzverhältnis umzukehren und sich selbst mit dem symbolischen Kapital eines „Douglass North, James Buchanan, Amartya Sen, Daniel Kahneman, Vernon Smith oder Ronald Coase“ (#: 267) zu schmücken. Aufseiten des orthodoxen Mainstreams sind hingegen Verweise auf die Naturwissenschaften und die „höhere“ Wissenschaftlichkeit einer analytischen Vorgehensweise üblich (ebd.: 268). Gleichzeitig denunziert dieser die Ordnungsökonomik als „Kathederwissenschaft“ (#: 268), die einen „falsch verstandene[n] Methodenpluralismus“ (#: 267) aufweise und schon immer einen „Sonderweg eigener Art“ (#: 268) gegangen sei. Der Streit verläuft also entlang der schon bekannten diskursiven Frontlinien und hat sich im Laufe der Wochen auf den Streit um die Mathematik als (un-)angemessene methodologische Sprache verdichtet (ebd.: 270).

Für die Forschungsfrage besonders interessant ist, ob und wie sich die jüngste Weltwirtschafts- und Finanzkrise auf diese diskursive Zweiteilung des Feldes ausgewirkt hat: Aufseiten der heterodoxen Ordnungs-

¹⁰ Zur Abgrenzung von Pahls Aussagen verweist das Zeichen # hier und im Folgenden darauf, dass es sich um das empirische Material selbst handelt, also um Text-Ausschnitte aus den analysierten Zeitschriften.

ökonomik dient die Krise als Verifikationsinstanz von ökonomischen Theorien (Pahl 2011a: 266). Die Krise wird als „Waterloo der Ökonomik“ (#: 265) ausgelegt, während dem eigenen ordnungsökonomische Forschungsprogramm krisentheoretische Kompetenz zugesprochen wird (ebd.: 266). Aus Sicht des amerikanischen Mainstreams wird die Krise hingegen als Herausforderung wahrgenommen, um die vorhandenen Modelle noch besser zu gestalten. Die Hauptschuld an der Krise wird aber nicht bei sich selbst gesehen, sondern an die Politik weitergeleitet, welche die Forschungsergebnisse nicht beachtet habe (ebd.: 266f.). In Ergänzung zu Pahls Studie kann hier als Beispiel auch Gebhard Kirchgässners (2009: 437) Klage angeführt werden, dass die „offizielle Wirtschaftswissenschaft in der Öffentlichkeit kaum mehr zu Wort kommt.“

Zusammenfassend kann der Neuere Methodenstreit der deutschen Volkswirtschaftslehre also tatsächlich als symbolischer Kampf umschrieben werden, in dem sich die diskursive Zweiteilung des akademischen Feldes auch spiegelbildlich im öffentlichen Feld wiederfindet. Die Wirkrichtung verläuft damit vom akademischen ins öffentliche Feld. Dass aber nun auch andersherum der Disput zwischen Vertretern der deutschen Ordnungsökonomik und solchen des amerikanischen Mainstreams wieder aufs innerakademische Feld *zurückwirkt*, kann nicht einfach so behauptet werden. Im Gegenteil: Pahl (2011b: 384; 2013: 14f.) und Kirchgässner (2009) gehen davon aus, dass die innerakademische Struktur relativ unverändert bleibe, und verweisen darauf, dass das Bild in Deutschland nur besonders polarisierend erscheine. Dies liege vor allem am Neueren Methodenstreit (ebd.: 438).

Materieller Feldkampf: Euro-Kontroverse

Die realwirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone führten in den letzten Jahren zu einer europäischen Staatsschulden- und Vertrauenskrise. Aufgrund mangelnder Wettbewerbsfähigkeit und unsolider Fiskalpolitik sind Länder wie Griechenland, Portugal oder Spanien in Refinanzierungsprobleme geraten und haben den gesamten Euroraum erschüttert (Heinemann 2013: 210). Seit 2010 werden deshalb innerhalb der Eurozone verschiedene Maßnahmen zur Krisenbewältigung und Verhinderung einer Staatsinsolvenz diskutiert. Vor diesem Hintergrund ist auch innerhalb der deutschen Volkswirtschaftslehre

eine Kontroverse über mögliche Wege aus der Krise entbrannt. Im Verlauf der Ereignisse verdichtete sich die Debatte auf die Frage, ob die europäische Währungsunion in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung überhaupt noch eine Zukunft habe.

In dieser Arbeit interessiert nun nicht näher der inhaltliche Zwist, sondern nur die allgemeine Struktur und der Verlauf der Debatte. Wie Heinemann (2013: 209) zusammenfasst, ist die erste Runde des Konflikts im Februar 2011 durch eine Stellungnahme des Euro-kritischen Plenums der Ökonomen eröffnet worden. Im Juli 2012 ist dann in der *FAZ* (2012) ein von 172 Wirtschaftsprofessoren unterzeichneter Protestaufruf gegen eine Bankenunion auf europäischer Ebene erschienen. Wenige Tage später äußerten sich 15 weitere Wirtschaftswissenschaftler in ihrem offenen Brief hingegen positiv über eine Bankenunion und kritisierten ihre Fachkollegen für die Verbreitung von „Schreckgespenster[n]“ (Handelsblatt 2012). Unterdessen wurden beide Stellungnahmen jeweils von mehr als 200 Ökonomen unterschrieben (Achten & Bungartz 2013).

In feldtheoretischer Perspektive kann diese Euro-Kontroverse nun als materieller Feldkampf interpretiert werden, da um öffentlichen Einfluss, Deutungsmacht und vor allem die richtige Expertise konkurriert wurde. Es ging um die Verteilung von knappen Gütern wie öffentlicher Autorität und Reputation, aber nicht um die grundsätzlichen Spielregeln des Feldes. In den verschiedenen öffentlichen Stellungnahmen spiegelte sich hier im Gegensatz zum Neueren Methodenstreit überraschenderweise nicht die innerakademische Zweiteilung zwischen einem neoklassischen Zentrum und einer heterodoxen Peripherie wider, sondern ganz neue Allianzen. So unterzeichneten den (zweiten) offenen Brief für eine Bankenunion u.a. der heterodoxe IMK-Chef Gustav Horn *und* der neoklassische IW-Direktor Michael Hüther (Handelsblatt 2012). Die Konfliktlinie scheint hier vielmehr anhand deskriptiver Merkmale der Unterzeichner zu variieren. Als leichte empirische Evidenz kann dazu die empirische Auswertung von Achten und Bungartz (2013) auf der (seriösen) Internetplattform *Ökonomenstimme* herangezogen werden. Diese haben ausgewählte deskriptive Merkmale der beiden Unterzeichner-Gruppen verglichen. Demnach sind die Gegner durchschnittlich um vier Jahre älter, haben sechs Jahre früher promoviert und weisen selte-

ner eine inhaltliche Nähe zum Bankensystem auf (14%), wohingegen unter den Befürwortern einer Bankenunion sogar bei 35 Prozent der Ökonomen eine solche Affiliation zu erkennen ist. Opportunismus scheint hier also entscheidender zu sein als die Zugehörigkeit zu einem innerakademischen Paradigma. Und schließlich zeigt sich auch noch, dass alle Personen des ersten Aufrufs im akademischen Feld tätig sind (in der Befürworter-Gruppe nur 94%) und zu 97 Prozent Professoren sind (entgegen nur 82%). Hier zeigt sich also eine asymmetrische Verteilung von institutionellem Kapital, welche die erste Gruppe mit einem höheren wissenschaftlichen Kredit auszeichnet. Der Zusammenhang zwischen akademischer Reputation und öffentlicher Achtung soll deshalb noch kurz verdeutlicht werden.

Die Wissenschaftler exportieren hier nämlich ihr spezifisches Wissen aus dem akademischen Feld in die Öffentlichkeit und inszenieren sich als Experten. Maeße (2012: 121) zeigt am Beispiel eines Interviews des *Handelsblatts* mit Hans-Werner Sinn, dass dies schon allein an der Nennung von akademischen Titeln, z.B. am Zeichen „Prof.“, deutlich wird. „Die Bedeutungen der Aussagen des Experten stehen von nun an im Schatten der Aura des professoralen Gelehrtentums“ (ebd.). Und in ihren Stellungnahmen wenden sich die Experten ausdrücklich an die „lieben Mitbürger“ (FAZ 2012), um diese über die Gefahren und Probleme einer Bankenunion aufzuklären. Diese „Inszenierung von Expertentum“ (Maeße 2012: 122) gelingt Ökonomen nur dadurch, weil sie gleichzeitig im akademischen und medialen Feld stehen und ihre wissenschaftliche Reputation in öffentliche Autorität transformieren können (ebd.: 132; ähnlich: Lebaron 2006). Doch durch die Vielzahl an legitimen, aber widersprüchlichen Expertenmeinungen bleibt die Öffentlichkeit letztlich ratlos zurück (Heinemann 2013: 209). Aufseiten der akademischen Kollegen kann hingegen eine öffentliche Stellungnahme durchaus mit akademischem Prestige verbunden sein, da der öffentliche Ökonom es versteht, abstrakte wirtschaftstheoretische Begrifflichkeiten auf die konkrete Wirklichkeit anzuwenden (Maeße 2012: 125). Sein Zuwachs an öffentlichem Kapital geht dann auch mit einem Anstieg seines wissenschaftlichen Kredits einher. Medien-Ökonomen können also in der Öffentlichkeit feldexternes Kapital akkumulieren und dieses dann im innerakademischen Diskurs als Waffe benutzen (ebd.: 132).

Zusammenfassend konnte gezeigt werden, dass deutsche Ökonomen hinsichtlich der Zukunft des Euroraums gespalten sind und auch hier wieder ihren Diskurs öffentlich austragen und mit verschiedenen Stellungnahmen und Protestaufrufen ihre Positionen unterstreichen. Gleichzeitig scheint sich im öffentlichen Feld nicht der Konflikt zwischen der innerakademischen Orthodoxie und Heterodoxie widerzuspiegeln, sondern entlang spezifischer Merkmale und Opportunitäten zu neuen (Zweck-)Koalitionen zu führen. Und Streitgegenstand war demnach auch weniger die symbolische Ordnung innerhalb der Disziplin, sondern vielmehr der Anspruch auf öffentliche Autorität und Deutungsmacht. Dieses Expertentum wurde an ausgewählten Beispielen näher illustriert. Als materieller Kampf berührt er – anders als der Neuere Methodenstreit – damit aber nicht die *doxa* im akademischen Feld und hat somit weder Anspruch noch Potential, einen innerakademischen Umbruch einzuleiten. Der Diskurs verdeutlicht aber, dass die jüngste Staatsschuldenkrise tatsächlich eine Unübersichtlichkeit an Stellungnahmen und Protestaufrufen im medialen Feld auslösen konnte. Durch ihren eingeschränkten Blickwinkel im medialen Feld haben die Massenmedien und Kommentatoren vor allem solche Debatten registriert und daraus fälschlicherweise auch auf einen Aufruhr im akademischen Feld geschlossen.

Fazit

Ausgangspunkt dieses Beitrags war der vonseiten vieler Qualitätsmedien diagnostizierte Aufruhr in den Wirtschaftswissenschaften im Nachklang der jüngsten Weltwirtschafts- und Finanzkrise. Einleitend wurde daher die Frage aufgeworfen, ob sich diese Erregungen im öffentlichen Raum auch auf den innerakademischen Diskurs der Ökonomen übertragen und dort das Potential haben, einen Strukturbruch in der Disziplin einzuleiten. Aus dogmenhistorischer Warte konnte zunächst gezeigt werden, dass die ausgeprägte Zweiteilung der Wirtschaftswissenschaften in ein neoklassisches Zentrum und eine heterodoxe Peripherie seit den letzten Jahrzehnten einer leichten Erosion ausgesetzt ist. Durch einen sich öffnenden Mainstream und den Aufstieg der *mainstream*

heterodoxy wie der Verhaltensökonomik, Spieltheorie oder Neuroökonomik wird die Zentrum-Peripherie-Konstellation der Disziplin zunehmend unterlaufen. Und auch aus feldtheoretischer Perspektive erschien dieses durch besonders machtvolle „Elite“-Ökonomen ausgelöste „Changing Face of Mainstream Economics“ (Colander et al. 2004) als plausibel. Darüber hinaus konnte anhand unterschiedlicher Dimensionen demonstriert werden, wie die antagonistischen Kräfte von *orthodox economics* und *heterodox economics* um die symbolische Macht im akademischen Feld konkurrieren. Als Feld der Macht wurde dabei eine stark US-geprägte, transnationale Profession identifiziert. In institutioneller Hinsicht profitieren vor allem deutsche Neoklassiker vom modernen amerikanischen Mainstream.

Stand zu diesem Zeitpunkt bereits fest, dass sich im akademischen Feld kein Umbruch oder gar Paradigmenwechsel vollzieht, blieb noch offen, ob und inwieweit aktuelle Diskurse im öffentlichen Feld an dieser Situation etwas zu ändern vermochten. Deshalb wurden zwei aktuelle Feldkämpfe im öffentlichen Raum näher analysiert. Anhand des Neueren Methodenstreits wurde deutlich, wie der symbolische Kampf zwischen einem amerikanischen Mainstream und einer heterodoxen Ordnungsökonomik einen Aufruhr in der Öffentlichkeit bewirkte. Dieser Disput setzte an der methodologischen Identität des Fachs an und hatte daher tatsächlich das Ziel, eine symbolische bzw. wissenschaftliche Revolution in der deutschen Volkswirtschaftslehre einzuleiten. Dieser Kampf war aber viel zu kurz und selektiv, um ernsthaft eine komplette Disziplin umstürzen zu können. Seine Bedeutung liegt eher in der erzeugten Illusion eines tiefen Durcheinanders innerhalb der Wirtschaftswissenschaften, von der wohl viele Massenmedien geblendet wurden. Dies hat noch stärker die Kontroverse zwischen Befürwortern und Gegnern der Euro-Rettung untermauert. Hier handelte es sich um einen materiellen Feldkampf, in dem lediglich um öffentliche Expertise und Autorität gerungen wurde. Wirtschaftswissenschaftler konnten hier zwar ihr öffentliches Kapital als „Star“-Ökonomen auch im akademischen Feld in wissenschaftliches Kapital transformieren, aber keinen bedeutsamen Einfluss auf die Tiefenstruktur der Disziplin ausüben. Vielmehr verunsicherte auch hier die Vielzahl an konträren Stellungnahmen und Aufrufen die Öffentlichkeit, die dies als Anzeichen für eine tiefe interne Krise interpretierte.

Obwohl diese Schlussfolgerung auch empirisch untermauert ist, muss bei der Interpretation berücksichtigt werden, dass hier nur ausgewählte Schlaglichter auf die Wirtschaftswissenschaften geworfen werden konnten. Als problematisch erwies sich vor allem die Methode einer Literaturschau, da man letztlich immer auf die subjektiven Interpretationen von anderen Forschern angewiesen ist. Die festgestellte diskursive Zweiteilung des Feldes wirkt sich nämlich auch direkt auf die metawissenschaftliche Forschung aus. So sind die meisten angeführten Quellen mehr oder weniger immer einem der beiden Lager zuzuordnen. Der angesehene Dogmenhistoriker Mark Blaug (2001: 147) spricht hinsichtlich der *history of economic thought* sogar von einem „haven for heterodoxy“. Dies war auch der Grund dafür, weshalb ich mich hier stärker am „agnostischen“ Geist der *social studies of science* orientiert habe. Und auch die Nichtberücksichtigung des ökonomischen und staatlichen Feldes schränken den Aussagegehalt der Untersuchung ein. Denn der performative Charakter der Wirtschaftswissenschaften, deren Verbindung zum gesellschaftlichen Feld der Macht oder die staatsformende Rolle der ökonomischen Politikberatung konnten hier nicht näher beleuchtet werden. In einem nächsten Schritt müsste daher die hier vorgelegte Skizze des wirtschaftswissenschaftlichen Feldes ausgeweitet und im Rahmen einer echten Feldanalyse empirisch untermauert werden.

Nichtsdestotrotz kann festgehalten werden, dass sich die Wirtschaftswissenschaften seit der jüngsten Weltwirtschafts- und Finanzkrise nicht in einer tiefen Sinnkrise befinden, sondern lediglich einer langsamen Strukturverschiebung ausgesetzt sind. Dieser Wandel hat aber schon in den 1970er Jahren begonnen und wurde – soweit dies zu diesem Zeitpunkt überhaupt schon festgestellt werden kann – auch nicht *wesentlich* von der Wirtschaftskrise tangiert. Wenngleich die jüngste Wirtschaftskrise in wissenschaftstheoretischer Perspektive tatsächlich als Anomalie interpretiert werden kann, führte sie nicht zu einem (erwarteten) Paradigmenwechsel. Da es sich alles in allem nur um kleine Erregungen handelt, kann an dieser Einschätzung auch der aktuelle Rückenwind für keynesianische, marxistische und andere heterodoxe Positionen – von der (studentischen) Pluralismus-Bewegung bis hin zu alten und neuen

Medien-Stars wie Paul Krugman, Thomas Piketty oder Joseph E. Stiglitz – nichts ändern.

Dass trotzdem der mediale Eindruck entstanden ist, dass sich innerhalb der Wirtschaftswissenschaften eine symbolische Revolution vollziehen müsse, liegt an den öffentlichen Ökonomen-Disputen. Diese verunsichern durch ihre divergierenden Stellungnahmen und Protestaufrufe die Öffentlichkeit und verzerren den Blick aufs innerakademische Feld.

Literatur

- Achten, J. & D. Bungartz, 2013: Ökonomenaufrufe zur Bankenunion: Wem folgt die Politik? *Ökonomenstimme* (<http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2013/02/oekonomenaufrufe-zur-bankenunion-wem-folgt-die-politik>, 10.08.13).
- Bachmann, R., 2011: Zum Neueren Methodenstreit: Rückblick und Ausblick. S. 259-267 in: V. Caspari & B. Schefold (Hrsg.), *Wohin steuert die ökonomische Wissenschaft? Ein Methodenstreit in der Volkswirtschaftslehre*. Frankfurt am Main: Campus.
- Backhaus, J. & R. Hansen, 2000: Methodenstreit in der Nationalökonomie. *Journal for General Philosophy of Science* 31: 307-336.
- Backhouse, R.E., 1998: The transformation of U.S. economics, 1920-1960, viewed through a survey of journal articles. *History of Political Economy* 30: 85-107.
- Backhouse, R.E., 2011: History of economics. S. 210-216 in: J. Beckert & M. Zafirovski (Hrsg.), *International encyclopedia of economic sociology*. London: Routledge.
- Barlösius, E., 2012: Wissenschaft als Feld. S. 125-135 in: S. Maasen, M. Kaiser, M. Reinhart & B. Sutter (Hrsg.), *Handbuch Wissenschaftssoziologie*. Wiesbaden: VS.
- Beck, K., 2007: *Kommunikationswissenschaft*. Konstanz: UVK.
- Bernhard, S., 2010: Die Konstruktion von Inklusion: Europäische Sozialpolitik aus soziologischer Perspektive. Frankfurt am Main: Campus.
- Bernhard, S. & C. Schmidt-Wellenburg, 2012: Feldanalyse als Forschungsprogramm. S. 27-56 in: S. Bernhard & C. Schmidt-Wellenburg (Hrsg.), *Feldanalyse als Forschungsprogramm 1: Der programmatische Kern*. Wiesbaden: VS.
- Blaug, M., 1975: Kuhn versus Lakatos, or paradigms versus research programmes in the history of economics. *History of Political Economy* 7: 399-433.

- Blaug, M., 1985: *Economic theory in retrospect* (4. Aufl.). Cambridge: University Press.
- Blaug, M., 2001: No history of ideas, please, we're economists. *Journal of Economic Perspectives* 15: 145-164.
- Bourdieu, P., 1975: The specificity of the scientific field and the social conditions of the progress of reason. *Social Science Information* 14: 19-47.
- Bourdieu, P., 1983: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. S. 183-198 in: R. Kreckel (Hrsg.), *Soziale Ungleichheiten* (Soziale Welt, Sonderband 2). Göttingen: Schwartz.
- Bourdieu, P., 1987: *Sozialer Sinn: Kritik der theoretischen Vernunft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P., 1988a: *Homo academicus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P., 1988b: Vive la crise! For heterodoxy in social science. *Theory and Society* 17: 773-787.
- Bourdieu, P., 1998: *Vom Gebrauch der Wissenschaft: Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes*. Konstanz: UVK.
- Bourdieu, P., 2001a: *Die Regeln der Kunst: Genese und Struktur des literarischen Feldes*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P., 2001b: *Meditationen: Zur Kritik der scholastischen Vernunft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. & L.J.D. Wacquant, 2006: *Reflexive Anthropologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Callon, M. (Hrsg.), 1998: *The laws of the markets*. Oxford: Blackwell.
- Caspari, V. & B. Schefold (Hrsg.), 2011: *Wohin steuert die ökonomische Wissenschaft? Ein Methodenstreit in der Volkswirtschaftslehre*. Frankfurt am Main: Campus.
- Chick, V., 1998: On knowing one's place: The role of formalism in economics. *Economic Journal* 108: 1859-1869.
- Colander, D., 2000: The death of neoclassical economics. *Journal of the History of Economic Thought* 22: 127-143.
- Colander, D., R.P.F. Holt & J.B., Jr. Rosser, 2004: The changing face of mainstream economics. *Review of Political Economy* 16: 485-499.
- Davis, J.B., 2006: The turn in economics: Neoclassical dominance to mainstream pluralism? *Journal of Institutional Economics* 2: 1-20.
- Davis, J.B., 2008: The turn in recent economics and return of orthodoxy. *Cambridge Journal of Economics* 32: 349-366.

- Debreu, G., 1991: The mathematization of economic theory. *American Economic Review* 81: 1-7.
- DelReal, J.A., 2011: Students walk out of Ec10 in solidarity with „Occupy“. *The Harvard Crimson* (<http://www.thecrimson.com/article/2011/11/2/mankiw-walkout-economics-10>, 10.08.13).
- Dolfsma, W. & P.J. Welch, 2009: Paradigms and novelty in economics: The history of economic thought as a source of enlightenment. *American Journal of Economics and Sociology* 68: 1085-1106.
- Dürmeier, T., 2006: Post-autistic Economics: Eine studentische Intervention für plurale Ökonomik. S. 13-28 in: T. Dürmeier, T. v. Egan-Krieger & H. Peukert (Hrsg.), *Die Scheuklappen der Wirtschaftswissenschaft: Postautistische Ökonomik für eine pluralistische Wirtschaftslehre*. Marburg: Metropolis.
- Dürmeier, T. & J. Euler, 2013: Warum in der Wirtschaftswissenschaft keine Pluralität entsteht: Eine Zwischenbilanz nach zehn Jahren Real World Economics in Deutschland. *Kurswechsel* 1: 24-40.
- Fourcade, M., 2006: The construction of a global profession: The transnationalization of economics. *American Journal of Sociology* 112: 145-194.
- Fourcade, M., 2009: *Economists and societies: Discipline and profession in the United States, Britain, and France, 1890s to 1990s*. Princeton: University Press.
- Fourcade-Gourinchas, M., 2011: Sociology of economics. S. 216-221 in: J. Beckert & M. Zafirovski (Hrsg.), *International encyclopedia of economic sociology*. London: Routledge.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung [FAZ], 2009: Volkswirtschaftslehre: Rettet die Wirtschaftspolitik an den Universitäten! (<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/volkswirtschaftslehre-rettet-die-wirtschaftspolitik-an-den-universitaeten-1784189.html>, 10.08.13).
- Frankfurter Allgemeine Zeitung [FAZ], 2012: Protestaufruf: Der offene Brief der Ökonomen im Wortlaut (<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/protestaufruf-der-offene-brief-der-oekonomen-im-wortlaut-11810652.html>, 10.08.13).
- Frey, B.S., 2000: Was bewirkt die Volkswirtschaftslehre? *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 1: 5-33.
- Frey, B.S., S. Humbert & F. Schneider, 2007: Was denken deutsche Ökonomen? Eine empirische Auswertung einer Internetbefragung unter den Mitgliedern des Vereins für Socialpolitik im Sommer 2006. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 8: 359-377.

- Garnett, R.F., Jr., 2006: Paradigms and pluralism in heterodox economics. *Review of Political Economy* 18: 521-546.
- Garnett, R.F., Jr., 2011: Pluralism, academic freedom, and heterodox economics. *Review of Radical Political Economics* 43: 562-572.
- Handelsblatt, 2009: Aufruf: Deutsche VWL braucht internationale Standards (<http://www.handelsblatt.com/politik/oekonomie/nachrichten/aufruf-deutsche-vwl-braucht-internationale-standards/3193544.html>, 10.08.13).
- Handelsblatt, 2012: Gegenposition im Wortlaut: Keine Schreckgespenster! (<http://www.handelsblatt.com/politik/international/gegenposition-im-wortlaut-keine-schreckgespenster/6846830.html>, 10.08.13).
- Heinemann, F., 2013: Zwischen „Kernschmelze“ und „Fass ohne Boden“: Zum Dissens deutscher Ökonomen in der Schuldenkrise. *Zeitschrift für Politik* 60: 207-219.
- Hodgson, G.M., 2005: „The present position of economics“ by Alfred Marshall. *Journal of Institutional Economics* 1: 121-137.
- Kirchgässner, G., 2009: Die Krise der Wirtschaft: Auch eine Krise der Wirtschaftswissenschaften? *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 10: 436-468.
- Kregel, J.A., 1973: *The reconstruction of political economy: An introduction to post-Keynesian economics*. London: Macmillan.
- Kuhn, T.S., 1962: *The structure of scientific revolutions*. Chicago: University Press.
- Lakatos, I., 1970: Falsification and the methodology of scientific research programmes. S. 91-195 in: I. Lakatos & A. Musgrave (Hrsg.), *Criticism and the growth of knowledge*. Cambridge: University Press.
- Lazear, E.P., 2000: Economic imperialism. *Quarterly Journal of Economics* 115: 99-146.
- Lebaron, F., 2006: „Nobel“ economists as public intellectuals: The circulation of symbolic capital. *International Journal of Contemporary Sociology* 43: 87-101.
- Lee, F.S., 2011: The pluralism debate in heterodox economics. *Review of Radical Political Economics* 43: 540-551.
- Maeße, J., 2012: Ökonomisches Expertentum und transversale Öffentlichkeit. S. 113-137 in: A. Peltzer, K. Lämmle & A. Wagenknecht (Hrsg.), *Krise, Cash & Kommunikation: Die Finanzkrise in den Medien*. Konstanz: UVK.
- Maeße, J., 2013a: Das Feld und der Diskurs der Ökonomie. S. 241-275 in: J. Maeße (Hrsg.), *Ökonomie, Diskurs, Regierung: Interdisziplinäre Perspektiven*. Wiesbaden: VS.

- Maeße, J. (Hrsg.), 2013b: Ökonomie, Diskurs, Regierung: Interdisziplinäre Perspektiven. Wiesbaden: VS.
- Meyer, D., 2013: Mainstream Economics im Umbruch? Eine feldtheoretische Perspektive (unveröffentl. Manuskript). Nürnberg: Universität Erlangen-Nürnberg.
- Mikl-Horke, G., 2008: Klassische Positionen der Ökonomie und Soziologie und ihre Bedeutung für die Wirtschaftssoziologie. S. 19-44 in: A. Maurer (Hrsg.), Handbuch der Wirtschaftssoziologie. Wiesbaden: VS.
- Mirowski, P., 1989: More heat than light: Economics as social physics: Physics as nature's economics. Cambridge: University Press.
- Morgan, M.S. & M. Rutherford, 1998: American economics: The character of the transformation. S. 1-26 in: M.S. Morgan & M. Rutherford (Hrsg.), From interwar pluralism to postwar neoclassicism. Durham: Duke University Press.
- Nienhaus, L., 2009: Die Blindgänger: Warum die Ökonomen auch künftige Krisen nicht erkennen werden. Frankfurt am Main: Campus.
- Nienhaus, L. & C. Siedenbiedel, 2009: Was ist schiefgelaufen? Die Ökonomen in der Sinnkrise. Frankfurter Allgemeine Zeitung (<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/was-ist-schiefgelaufen-die-oekonomen-in-der-sinnkrise-1786021.html>, 10.08.13).
- Pahl, H., 2011a: Die Wirtschaftswissenschaften in der Krise: Vom massenmedialen Diskurs zu einer Wissenssoziologie der Wirtschaftswissenschaften. *Swiss Journal of Sociology* 37: 259-281.
- Pahl, H., 2011b: Textbook Economics: Zur Wirtschaftssoziologie eines wirtschaftswissenschaftlichen Genres. *Prokla* 41: 369-387.
- Pahl, H., 2012: Zentrum-Peripherie-Differenzierungen innerhalb der Wirtschaftswissenschaften: Grundriss und erste Befunde eines wissenschaftssoziologischen Forschungsprogramms (Working Paper 03/2012). Jena: Kolleg Postwachstumsgesellschaften.
- Pahl, H., 2013: Überleben als heterodoxer Ökonom: Wirtschaftssoziologische Befunde und Handreichungen, insbesondere Modellierungen betreffend (ohne Gewähr) (Working Paper 04/2013). Jena: Kolleg Postwachstumsgesellschaften.
- Pahl, H. & J. Sparsam, 2013a: Einleitung: Diskussionen im Anschluss an Joseph Vogls Das Gespenst des Kapitals. S. 7-23 in: H. Pahl & J. Sparsam (Hrsg.), Wirtschaftswissenschaft als Oikodizee? Diskussionen im Anschluss an Joseph Vogls Gespenst des Kapitals. Wiesbaden: VS.

- Pahl, H. & J. Sparsam (Hrsg.), 2013b: Wirtschaftswissenschaft als Oikodizee? Diskussionen im Anschluss an Joseph Vogls Gespenst des Kapitals. Wiesbaden: VS.
- Peltzer, A., K. Lämmle & A. Wagenknecht (Hrsg.), 2012: Krise, Cash & Kommunikation: Die Finanzkrise in den Medien. Konstanz: UVK.
- Samuelson, P.A., 1983: Foundations of economic analysis (erw. Aufl.). Cambridge: Harvard University Press.
- Santos, A.C., 2011: Behavioural and experimental economics: Are they really transforming economics? Cambridge Journal of Economics 35: 705-728.
- Schiffman, D.A., 2004: Mainstream economics, heterodoxy and academic exclusion: A review essay. European Journal of Political Economy 20: 1079-1095.
- Schumpeter, J.A., 1954: History of economic analysis. New York: Oxford University Press.
- Sent, E.-M., 2004: Behavioral economics: How psychology made its (limited) way back into economics. History of Political Economy 36: 735-760.
- Storbeck, O., 2009: Jahrhundertkrise: Das systemische Versagen der Ökonomen. Handelsblatt (<http://www.handelsblatt.com/politik/oekonomie/nachrichten/jahrhundertkrise-das-systemische-versagen-der-oekonomen/3274944.html>, 10.08.13).
- Vobruba, G., 2012: Kein Gleichgewicht: Die Ökonomie in der Krise. Weinheim: Beltz Juventa.
- Yonay, Y.P., 1994: When black boxes clash: Competing ideas of what science is in economics, 1924-39. Social Studies of Science 24: 39-80.

Daniel Meyer

ist graduiertes Sozialökonom (B.A.) und studiert derzeit Soziologie (M.A.) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Von Januar bis Mai 2015 war er als studentischer Gastwissenschaftler an der University of California in Berkeley tätig und hat dort an seinem Projekt einer feldtheoretisch inspirierten Wissenschaftssoziologie der Wirtschaftswissenschaften weitergearbeitet. Daniels aktuelle Studien- und Forschungsinteressen liegen auf den Gebieten der Wirtschaftssoziologie, der Vergleichenden Sozialpolitik und der Arbeitsmarktforschung.

Kontakt: d.meyer@posteo.de

Organisation, Autorität und Widerstand

Ein spieltheoretisches Modell des Milgram-Experiments

Laura Maleyka

Abstract

Einer der wenigen Beiträge, den die Organisationssoziologie zum Verstehen von organisational etablierten, brutalen Verhaltensweisen leistet, ist die These der „ganz normalen Organisation“, die Stefan Kühl im Anschluss an seine Neuinterpretation des Milgram-, des Stanford-Prison, des Soda-Cracker und des Deportationsexperimentes aufstellt. Diese Arbeit greift die These auf und möchte an ihr anschließend der Frage nachgehen, wie das Verhalten der Versuchsteilnehmenden erklärt werden kann, die sich der „ganz normalen Organisation“ widersetzen. Hierzu wird ein spieltheoretisches Modell des Milgram-Experiments entwickelt. Damit soll sich dafür ausgesprochen werden, dass die Soziologie sich in einer interaktionistischen Perspektive verortet, um einen eigenständigen Beitrag zum Themenbereich leisten zu können. Im abschließenden Kapitel sollen weiterführende Fragen und Forschungsperspektiven der organisationssoziologischen Interpretation sozialpsychologischer Experimente zur Gehorsamsbereitschaft diskutiert werden.

Einleitung: Organisation in der Krise?

Aktuell sprechen wir häufig von Krisen – von Wirtschaftskrisen, Jugendkrisen oder Identitätskrisen – doch was lässt sich als Krise verstehen? Jürgen Habermas (1976: 305f.) schreibt zum Krisenbegriff:

„Mit Krisen verbinden wir die Vorstellung einer objektiven Gewalt, die einem Subjekt ein Stück der Autonomie entzieht, über die es normalerweise verfügt. Indem wir einen Vorgang als eine Krise begreifen, geben wir ihm unausgesprochen einen normativen Sinn: die Lösung der Krise bringt für das verstrickte Subjekt eine Befreiung.“

Die Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland kann als Krise verstanden werden, bei der das Böse in die Form einer ganzen Gesellschaftsordnung gegossen wurde. In der wissenschaftlichen Aufarbeitung des Holocaust wurde insbesondere von Seiten der Psychologie versucht zu verstehen, wie das Verhalten der Akteure in dieser extremen Situation zu erklären ist. Die unterschiedlichen Forschungen zu dieser Fragestellung können in ihrem Erklärungsansatz drei psychologischen Perspektiven zugeordnet werden. Die erste Perspektive kann als „situationistischer Ansatz“ verstanden werden, der aus der These der *Banalität des Bösen* (Arendt 1963) und den sozialpsychologischen Experimenten zur Gehorsamsbereitschaft (Milgram 1974; Haney et al. 1973; Zimbardo 1973; Zimbardo 2004) hervorgeht. Der „dispositionistischer Ansatz“ widerspricht dem ersten, indem er die inhärenten Eigenschaften der Akteure als ursächlich für brutale und mörderische Handlungen erkennt (u. A. Harrower 1976; Ritzler 1978). Der „interaktionistische Ansatz“ hingegen vereint die beiden vorher genannten Ansätze, indem er das Verhalten der Akteure durch das Zusammenspiel ihrer persönlichen Dispositionen und den situationalen Strukturen determiniert sieht (u. A. Gilbert 1950).

Nun kritisiert Stefan Kühl (2005: 90f.) zurecht, dass die Soziologie einen weitgehend blinden Fleck in ihrem Forschungsfokus aufweist, denn ihr fehlen Erkenntnisse zu organisational etablierten und durchgeführten strukturalen Beschaffenheiten für die Durchführungen von Brutalitäten und Morden an bestimmten Bevölkerungsgruppen, wie sie beispielsweise während der Zeit des Nationalsozialismus stattfanden. Er zeigt daher einen Ansatz, um diesen blinden Fleck der Organisationssoziologie zu beheben, indem er vier sozialpsychologische Experimente zur Gehorsamsbereitschaft¹ mit organisationssoziologischen Begrifflichkeiten untersucht und neu interpretiert (vgl. Kühl 2005; 2007a; 2007b). Er stellt hierbei die These der „ganz normalen Organisation“ auf und kann

¹ Stefan Kühl legt eine organisationssoziologische Neuinterpretation des Milgram-Experimentes (Milgram 1963; 1974), des Stanford-Prison Experimentes (Haney et al. 1973; Zimbardo 1973; 2004), des Soda-Cracker Experimentes (Frank 1944) und des Deportationsexperimentes (Kraus 2003) vor.

zeigen, welche organisationalen Mechanismen den einzelnen Akteur an die Organisation binden und ihn dazu bringen brutale und menschenunwürdige Handlungen zu vollziehen. Somit kann Kühl zeigen, dass und vor allem *wie* die situationalen Strukturen in den sozialpsychologischen Experimenten zur Gehorsamsbereitschaft aus soziologischer Perspektive untersucht werden können.

Die sozialpsychologischen Experimente zur Gehorsamsbereitschaft können im Sinne von Habermas als Simulation einer Krise verstanden werden, in der versucht wird den Versuchsteilnehmenden ihre Autonomie zu entziehen. In diesem Aufsatz soll daher dafür argumentiert werden, dass sich die Soziologie in einer interaktionistischen Perspektive verorten sollte, um weitere Erkenntnisse über das Verhalten der Akteure in Krisensituationen, wie sie in den Gehorsamkeitsexperimenten simuliert wurden, zu generieren. Daher soll hier anhand des Milgram-Experiments ein spieltheoretisches Modell erarbeitet werden, das zeigt, wie sich die Disposition des Akteurs in einer extremen Situation aus soziologischer Perspektive denken lässt. Somit kann Kühls situationale Perspektive um eine dispositionistische Analyse ergänzt werden. Im abschließenden Kapitel soll dann dafür argumentiert werden, dass beide Perspektiven zusammen in einen interaktionistischen Ansatz überführt werden können und hieraus dann ein weitreichendes organisationssoziologisches Forschungsprogramm entwickelt werden kann, mit dem die Soziologie einen wertvollen Beitrag zu Autonomieverlust und selbstständiger Befreiung von Akteuren in Krisensituationen leisten kann.

Situation, Disposition oder Interaktion?

Aus situationistischer Perspektive wird Verhalten in erster Linie auf die situationalen Strukturen zurückgeführt. So werden die Handlungen der am Holocaust beteiligten Akteure nicht über deren devianten Charakter erklärt, sondern über externale Zwänge, die innerhalb einer gegebenen Situation geschaffen werden (vgl. Blass 1993: 31, Blass 1984). Dabei ist es Hanna Arendt (1963), die mit ihrer Metapher der „Banalität des Bösen“ diesen Ansatz innerhalb der Holocaustforschung einbrachte. Sie war 1961 Beobachterin des Gerichtsprozesses gegen Adolf Eichmann, der sich als zentrale Organisationsinstanz der Judenverfolgung und -tötung in Jerusalem verantworten musste. Arendt widersprach den

psychiatrischen Gutachten, die Eichmann eine gefährliche und perverse Persönlichkeit attestierten (vgl. Arendt 1963: 21). Sie sah in Eichmann vielmehr einen durchschnittlichen Bürokraten, der seine Arbeit pflichtbewusst und regelgetreu ausführte und somit einem „normalen Durchschnittsmenschen“ entsprach. In seiner durchschnittlichen Einfachheit als „Schreibtischtäter“ lag die Ignoranz dafür, dass er seine moralische Urteilskraft verlor und nur noch die technischen Details der bürokratischen Anforderungen verfolgte (ebd.: 252).

Zeitgleich zu Eichmanns Prozess in Jerusalem führte Stanley Milgram (1963, 1974) Untersuchungen zur Gehorsamsbereitschaft gegenüber Autoritäten durch. In dem Forschungsdesign von Stanley Milgram wurden Versuchspersonen in ein wissenschaftliches Labor der Universität Yale eingeladen, um an einem Experiment über die Auswirkung von Bestrafung auf den Lernprozess teilzunehmen. Die jeweilige Versuchsperson wurde gebeten als „Lehrer“ eine andere Versuchsperson, den „Schüler“ im Nebenraum, Wortpaare abzufragen, die der Schüler auswendig lernen sollte. Bei falscher Antwort des Schülers sollte der Lehrer ihm mittels eines Elektroschockgenerators, der sich im Raum des Lehrers befand, Stromstöße zur Bestrafung verabreichen. Die Anzeigeskala des Generators reichte von 15 Volt bis 450 Volt. Den Stromstoß sollte der Lehrer bei der nächsten falschen Antwort jeweils um 15 Volt erhöhen. Dabei wusste der Lehrer nicht, dass der Schüler ein Mitglied der Forschungsgruppe war und ihm keine Stromstöße zugeführt wurden, sondern seine Beschwerden und Schmerzschreie von ihm simuliert wurden (vgl. Milgram 1974: 34-40). Für die Forscher war das unerwartete Ergebnis, dass 65% (26 Versuchspersonen) das Experiment bis zum Ende, nämlich der Bestrafung des Schülers durch einen 450 Volt Stromstoß durchführten (diese waren *gehorsam* gegenüber der Autorität des Experimentleiters) und eine Minderheit von 35% (14 Versuchspersonen) das Experiment vorher abbrach (diese waren *ungehorsam* gegenüber der Autorität des Versuchsleiters) (vgl. Milgram 1974: 51). Diese Versuchsanordnung war die Ausgangsversuchsanordnung in einer Reihe von insgesamt 18 Varianten des Experiments. Stanley Milgram modifizierte aufgrund seiner Erkenntnisse unterschiedliche Parameter der ursprünglichen Versuchsanordnung, um herauszufinden, welchen Einfluss Parameter, wie beispielsweise die Nähe des Schülers oder die Anwesenheit

des Experimentleiters, hatten (vgl. Milgram 1974: 48-55; 73-100; 109-153).

Zur damaligen Zeit stand die These im Raum, dass die Gehorsamsbereitschaft gegenüber Autoritäten eine Disposition ist, die vornehmlich bei Deutschen anzutreffen sei, wodurch die deutsche Gesellschaft besonders anfällig für das nationalsozialistische Regime gewesen sei. Diese Annahme wollte Milgram mit seinen Experimenten widerlegen und sah Arendts Konzept der Banalität des Bösen als zutreffender (Milgram 1974: 23f):

„With numbing regularity good people were seen to knuckle under the demands of authority and perform actions that were callous and severe. Men who are in everyday life responsible and decent were seduced by the trappings of authority, by the control of their perceptions, and by the uncritical acceptance of the experimenter’s definition of the situation, into performing harsh acts” (Milgram 1963: 74).

Innerhalb einer solchen Situation verfallen die Akteure dann in einen „Agens-Zustand“, bei dem sie sich selbst nicht mehr als handelndes Subjekt wahrnehmen, sondern als den Willen einer Verantwortung tragenden Person ausführendes Objekt (vgl. Milgram 1974: 156).

Auch Philip Zimbardo, Craig Haney und Curtis Banks (Haney et al. 1973; Zimbardo 1973) schlossen sich bei der Interpretation ihres Stanford-Prison Experiments der situationistischen Perspektive an (vgl. Zimbardo 2004). Sie akquirierten eine Gruppe „durchschnittlicher“ Studenten und unterteilten diese nach dem Zufallsprinzip in „Wärter“ und „Gefangene“ eines im Rahmen der Untersuchung simulierten Gefängnisses. Innerhalb der ersten Tage des Experimentes entwickelten manche Wärter brutale und sadistische Verhaltensweisen und die Gefangenen litten unter ihren deprivierten Haftbedingungen. Daher wurde das Experiment nach sechs Tagen anstatt nach den ursprünglich geplanten zwei Wochen abgebrochen. Im Unterschied zu Milgram sahen Zimbardo und Kollegen die Ursache für das Verhalten der Versuchspersonen nicht durch den Einfluss einer Autorität gegeben. Es war vielmehr die soziale Rolle des Wärters, die eine pathologische Ausübung von Macht nahelegte und somit die Strukturen der Situation erschufen und die teilnehmenden Versuchspersonen in ihren Handlungen anleitete (vgl. Haney et al. 1973: 93f.). So stützt auch Christopher R. Browning

(1992) die Annahme, dass durchschnittliche Akteure Opfer ihrer situationalen Umstände werden, wenn sie ihre Handlungen nicht mehr nach moralischen Werten ausrichten und stattdessen brutale Verbrechen begehen. In seiner Studie über das Reserve-Polizeibataillon 101, das für die Ermordung von 38000 Juden im besetzten Polen verantwortlich ist, zeigt er, dass die Mitglieder der Einheit keine gewalttätige Veranlagung hatten, sondern aus der Arbeiterklasse stammende Hamburger mittleren Alters – also „ordinary men“ – waren (vgl. Browning 1992: 64). Er führt hierbei die Analysen von Milgram und Zimbardo zusammen, da er beschreibt, dass die Männer in einen Agens-Zustand verfielen, der ihre moralische Urteilskraft aussetzen ließ. Hierzu brauchte es keine Autorität, sondern die strukturalen Beschaffenheiten der Situation, die die Akteure glauben machten, „[t]hat they sincerely thought that they had had no choice when faced with orders to kill“ (Browning 1992: 170).

Auch Stefan Kühl verortet sich mit seiner These der „ganz normalen Organisation“ als Situationist (vgl. Kühl 2007b: 17). Mit dieser These möchte er zwei grundlegende Erkenntnisse über die Reichweite der Experimente postulieren. Zum einen stellt Kühl fest, dass die bisherigen sozialpsychologischen Analysen der Experimente zu weitreichend interpretieren beziehungsweise übergeneralisieren, wenn sie behaupten, dass die Experimente das Verhalten von Personen in der Gesellschaft allgemein² abbilden. Es ist vielmehr so, dass die Konzeption der Experimente (unbeabsichtigt) so angelegt wurde, dass organisationale Strukturen abgebildet wurden, welche in entscheidendem Maße, das Verhalten der Versuchspersonen determinieren (vgl. Kühl 2005: 90f.)³.

² Mit „allgemein“ soll hier das Verhalten von Personen in gesellschaftlichen Systemen, in denen eine Hierarchie vorzufinden ist, gemeint sein (vgl. Luhmann 1997: 828f).

³ Der Vollständigkeit halber sollen an dieser Stelle kurz das Soda-Cracker Experiment von Frank (1944) und das Deportationsexperiment von Kraus (2003) beschrieben werden. Dies wird nur in einer Fußnote erfolgen, da diese Experimente im wissenschaftlichen Diskurs um die sozialpsychologischen Experimente zur Gehorsamkeitsbereitschaft nicht den Stellenwert erreicht haben, wie es beim Milgram- und beim Stanford-Prison Experiment der Fall ist. Deswegen werden sie auch in der Aufarbeitung des Forschungsstandes, der in diesem Kapitel erfolgt, nicht im gleichen Umfang diskutiert. Im Soda-Cracker Experiment bittet der Versuchsleiter in der ersten Variante eine Gruppe von Teilnehmenden ungesal-

Das zentrale Moment in allen Experimenten ist die Zuspitzung der Situation in der sich die Experimentteilnehmenden befinden. Sie werden genötigt eine Entscheidung zwischen „Fortführen“ oder „Verweigern“ zu treffen. An diese Entscheidung ist die Frage der *Mitgliedschaft* gekoppelt, denn durch ihre Zustimmung zur Teilnahme am Experiment, haben die Versuchspersonen prinzipiell den Erwartungen, die an sie gestellt werden, zugestimmt. In diesem Sinne sind sie Mitglieder einer Organisation geworden, denn die Mitgliedschaft in einer Organisation wird eben durch die Anerkennung der Erwartungen an ihre Mitglieder definiert (vgl. Luhmann 1997: 826f.). Das bedeutet wiederum, dass die Experimentteilnehmenden bei der Entscheidung „verweigern“ gleichzeitig, die an sie gestellten Erwartungen, nicht mehr anerkennen, wodurch sie ihre Mitgliedschaft kündigen (vgl. Kühl 2005: 97f.). Somit wird die *Selbstbindung* der Teilnehmenden zum zentralen Punkt im Experiment. Durch das freiwillige Zustimmen zur Teilnahme am Experiment (und somit auch zur Mitgliedschaft in der Organisation) binden sich die Versuchspersonen aus freien Stücken an ihre Zusage das Experiment erfolgreich durchzuführen. Wenn sie kurz nach dieser Zusage nun ihre Meinung änderten und nicht mehr bereit wären, die an sie gestellten Erwartungen zu erfüllen, liefen sie Gefahr nicht mehr als kontingente Person wahrgenommen zu werden. Diese kurzfristige Meinungsänderung wäre ein Gesichtsverlust für beide Seiten, den Versuchsteilnehmenden sowie der Organisation. Denn die kurzfristige

zene und daher nicht sonderlich schmackhafte Cracker zu verzehren, da dies für das wissenschaftliche Experiment nötig sei. Hier weigert sich nur eine Minderheit dies zu tun. In der zweiten Variante wird den Teilnehmenden mitgeteilt, dass es für das Experiment nicht nötig ist die Cracker zu essen, der Versuchsleiter es aber verlangen werde. Hierbei weigerten sich rund zwei Drittel der Teilnehmenden die Cracker zu verzehren. In der dritten Variante wiederum verzehren die Teilnehmenden gemeinsam mit dem Versuchsleiter einen Cracker, anschließend erhalten sie die Information, dass der Verzehr für das Experiment nicht wichtig ist. Hier weigert sich nur noch knapp die Hälfte der Teilnehmenden weiterhin Cracker zu essen (vgl. Frank 1944). Das Deportationsexperiment hingegen ist als Planspiel konzipiert, bei dem die beteiligten Spielenden als Beamte der Eisbahndirektion beauftragt werden ein möglichst kostengünstiges und effektives Transportsystem zu entwickeln, das arbeitslose „Ausländer“ aus dem Norden Deutschlands in den radioaktiv verseuchten Südenwesten Deutschlands bringt, um dort zu arbeiten. Obwohl über die unmoralische Absicht, Migranten einer derartigen Gefahr auszusetzen, für die Spieler während des Spiels keinerlei Ungewissheit besteht, spielt eine signifikante Mehrheit der Gruppen das Spiel bis zum Ende (vgl. Kraus 2003).

Meinungsänderung müsste mit den Geschehnissen in der Organisation begründet werden und wäre somit eine direkte Kritik an der Organisation und ebenso an der Entscheidung, die der Versuchsteilnehmende zuvor noch getroffen hatte (vgl. Kühl 2005: 100f.).

Zudem weist Kühl darauf hin, dass bei den Experimenten nicht gleich zu Beginn eine schlichtweg unmoralische Handlungsweise von den Teilnehmenden erwartet wird. Es ist vielmehr so, dass die Teilnehmenden ihre Folgebereitschaft zusichern, ohne genau zu wissen, was daraufhin von ihnen erwartet wird. Nach dem Beginn des jeweiligen Experiments werden die Anforderungen erst erkennbar und dann sukzessive gesteigert. In diesem Vorgehen zeigen die Experimente, wie Organisationen die Folgebereitschaft ihrer Mitglieder ausnutzen können. Denn in der Folgebereitschaft mitbegründet liegt die *Indifferenzzone* eines jeden Organisationsmitgliedes. Dieser Bereich umfasst, nach Kühl, die Erwartungen an ein Mitglied, die nicht direkt festgeschrieben sind, aber ebenso nicht außerhalb ihres Aufgabenbereiches liegen⁴. Mit dieser Indifferenzzone stimmen Mitglieder zu, nicht eindeutig definierten Anweisungen in gewissem Umfang generalisiert zu folgen. In den Experimenten wiederum werden die Anforderungen schrittweise ausgeweitet, wodurch die Folgebereitschaft sukzessive heraufgefordert wird (vgl. Kühl 2005: 101ff.).

Durch die Existenz der Indifferenzzone verschafft sich die Organisation einen Vorteil, denn sie kann die Erwartungen, die sie an ihre Mitglieder stellt, flexibel modifizieren, wodurch sie unproblematischer auf eine sich wandelnde Umwelt reagieren kann. Die Indifferenzzone bringt aber auch einen Nachteil mit sich, denn durch sie entsteht ein Kontrollproblem. Dieses ist insofern der Fall, als dass die Aufgaben, die in die

⁴ Den Begriff der „Indifferenzzone“ könnte man mit dem aus der klassischen Rollentheorie stammenden Begriff der „Soll-Erwartungen“ (nach Ralf Dahrendorf) vergleichen. Diese Erwartungen über Handlungen von Akteuren in bestimmten Rollen sind unspezifische Handlungsmaximen, welche, ob ihrer ungenauen Eingrenzung, weitgehend der Auslegung bedürfen und ihre (positiven oder negativen) Sanktionen somit auch undefiniert sind. Tendenziell sind Akteure jedoch geneigt diesen Erwartungen nachzukommen, da sie bei Erfüllung mit positiven Sanktionen ihrer Umwelt rechnen (vgl. Dahrendorf 1964: 28-33).

Indifferenzzone fallen, eben nur grob umrissen sind, wodurch ihre Ausführung auch der Auslegung bedarf. Die Organisation kann jedoch nicht alle Mitglieder in ihrer Aufgabenerfüllung kontrollieren, wodurch für diese eine Motivation zum „tricksen“ besteht (vgl. Kühl 2005: 103).

Durch die Herausstellung der Relevanz der Mitgliedschaftsfrage, die eben durch Selbstbindung zur Weiterführung der Experimente führt, zeigt Stefan Kühl, dass es die strukturalen Bedingungen einer Organisation sind, die das Individuum zu seinen Handlungen bringt. Hieraus ergibt sich weiterhin, dass es eben *typische* Struktureigenschaften von Organisationen sind, beziehungsweise, dass nicht davon auszugehen ist, dass besonders strenge oder gar brutale Organisationsstrukturen wirken – in diesem Sinne ist These der ganz normalen Organisation zu verstehen.

Die dispositionistische Perspektive hingegen fokussiert die inhärenten Eigenschaften der Akteure, um anhand ihres Charakters ihre Verhaltensweisen zu verstehen. Für die Erklärung der Durchführung menschenverachtender Verbrechen während des Holocaust werden dann pathologische Dispositionen der Täter angenommen (vgl. Blass 1993: 37f.; Blass 1984).

Dabei war es Molly Harrower (1976), die ab 1975 eine umfassende Analyse der Rorschachtests vorlegte, welche während der Nürnberger Prozesse bei den inhaftierten Hauptkriegsverbrechern durchgeführt wurden. Sie konnte belegen, dass es eine weite und heterogene Spanne von Persönlichkeitstypen gab:

„Rather than a homogenous group, the Nurmberg defendants’ personalities show a frequently found distribution, a bell shaped curve with a cluster of scores in the center and a small percentage at each end ranging from well adjusted to impoverished. Arranged on such a scale the protocols showed far greater variation than they did uniformity”
(Zillmer et al. 2013: 90).

Yaacov Lozowick (2000) hält weiterhin fest, dass Adolf Eichmann und seine Mitarbeiter keineswegs unwissende Bürokraten waren, die nie wirklich realisierten, was sie taten. Er spricht sich vielmehr dafür aus, dass diese Männer eine ideologische und antisemitische Einstellung hatten, weshalb sie ihre Aufgaben über die Maßen gründlich ausführten

(vgl. Lozowick 2000: 8ff.). Diese Männer hätten dann einen „autoritären Charakter“, eine Persönlichkeitsdimension, wie sie zuerst Theodor W. Adorno beschrieb (vgl. Adorno 1987). Diese geht von einer latenten Eigenschaftsdisposition der autoritären Persönlichkeit aus, die für anti-semitische und faschistische Ideen empfänglich ist, dabei aber eine auslösende Situation braucht, die diesen Charakterzug freisetzt (vgl. Fahrenberg & Steiner 2004: 132f.; Adorno 1987). So bezweifeln auch Carnhan und McFarland (2007) die Aussage, dass die Teilnehmenden des Stanford-Prison Experiments durchschnittliche Männer gewesen seien, die durch situationale Strukturen zu unmenschlichen Verhaltensweisen verleitet wurden. Sie heben vielmehr auf eine Selbstselektionsthese ab, in dem Sinne, dass sie vermuten, dass Personen mit einer Disposition zu grausamen Verhalten die Nähe von hierarchisch und autoritär organisierten Gruppen suchen (vgl. Carnhan & McFarland 2007: 603). So vermuten sie, dass die Zeitungsanzeige, die männliche Studierende zur Teilnahme an einer psychologischen Studie zum „prison life“ aufforderte, eben diesen Selbstselektionseffekt auslöste und somit vornehmlich Teilnehmende rekrutiert wurden, die pathologische Dispositionen aufweisen. In ihrer Studie versuchen sie diese These zu untermauern, indem sie eine Anzeige mit demselben Text den Zimbardo und Kollegen verwendeten schalten. Gleichzeitig veröffentlichten sie eine zweite Anzeige, bei der sie auf den Zusatz „prison life“ verzichteten. Die Teilnehmenden die sich auf die erste Anzeige meldeten hatten signifikant höhere Werte für die Dispositionen Aggressionsbereitschaft, Autoritarismus, Machiavellismus, Narzissmus und Dominanz als die Teilnehmenden, die sich auf die zweite Anzeige meldeten (ebd.: 610).

Letztlich müssen auch Milgrams Schlüsse aus den Ergebnissen seines Experiments kritisch betrachtet werden. Seine These des Agens-Zustandes impliziert, dass die „gehorsamen“ Versuchspersonen nicht mehr fähig sind ein eigenes moralisches Urteil zu fällen, weil sie sich nur noch als den Willen einer hierarchisch höher gestellten Person ausführend definieren (vgl. Milgram 1974: 157). Das jedoch widerspricht den Beschreibungen des Verhaltens der Versuchspersonen. Milgram berichtet von Teilnehmenden, die ohne Skrupel das Experiment bis zum Ende durchführten (vgl. u. A. Milgram 1974: 61ff.) und es durchweg als

vollkommen richtig ansahen die Befehle des Versuchsleiters auszuführen. Andere hingegen trugen offensichtlich einen starken inneren Konflikt aus und waren immer wieder versucht das Experiment abzubrechen (vgl. u. A. Milgram 1974: 92). Das deutet darauf hin, dass auch die „gehorsamen“ Versuchspersonen sehr wohl ihr Verhalten reflektierten und moralisch beurteilten.

So arbeiten auch Haslam und Reicher (2007) heraus, dass sowohl Brownings „ordinary men“ als auch Zimbardos Wärter ihre Aufgaben auf unterschiedliche Art und Weise ausführten. Unter den Mitgliedern des Reserve-Polizeibataillons 101 gab es enthusiastische Killer, die ihre Aufgaben aktiv gestalteten sowie Männer, die sich bewusst weigerten hilflose Opfer zu erschießen. Ebenso lassen sich die Wärter im Stanford Prison Experiment unterscheiden. Manche stellten sich auf die Seite der Gefangenen, andere versuchten streng aber fair zu sein und ein weiterer Teil wollte die Gefangenen gezielt erniedrigen (vgl. Haslam & Reicher 2007: 618). Vor diesem Hintergrund fordern Haslam und Reicher dazu auf, Analysen der Brutalitäten während des Nationalsozialismus und Interpretationen der Experimente zur Gehorsamsbereitschaft in einer interaktionistischen Perspektive stattfinden zu lassen, bei der drei ineinandergreifende Dynamiken berücksichtigt werden. Es muss untersucht werden, welche inhärenten Dispositionen die Akteure aufweisen, welche situationalen Strukturen bestimmte positive oder negative Dispositionen zutage treten lassen und unter welchen sozialen Kontexten es gelingt autoritären Machtstrukturen Legitimität zu verschaffen (ebd.: 619ff.; Blass 1993: 41ff.).

Auch Thomas Klatetzki (2007) kritisiert Kühls organisationssoziologische Interpretation der Experimente zur Gehorsamsbereitschaft unter anderem für „das Auslassen der psychologischen Ebene“ (Klatetzki 2007: 307), ohne die das unterschiedliche Verhalten der Versuchspersonen eben nicht erklärt werden kann⁵. Dieses Argument macht Klatetzki insbesondere an dem Konzept der Indifferenzzone

⁵ Trotzdem stimmt Thomas Klatetzki Stefan Kühl darin zu, dass in den Experimenten organisationale Strukturen abgebildet werden (vgl. Klatetzki 2007: 305f), daher siehe auch Kühls Replik (Kühl 2007a oder auch Kühl 2007b).

deutlich, denn die Anforderungen an die Versuchspersonen werden nicht lediglich sukzessive gesteigert. Im Milgram-Experiment soll zu Beginn ein leichter Stromstoß zur Bestrafung abgegeben werden; am Ende ist die Bestrafung lebensgefährlich, daher zweifeln einige Versuchspersonen auch immer wieder an der Richtigkeit ihrer Handlungsentscheidung: „Die Untersuchungen lassen sich so verstehen, dass in ihnen die Zone der Indifferenz systematisch ausgeweitet und ihr Sinngehalt in spezifischer Weise transformiert wird.“ (Klatetzki 2007: 305).

Dieser Beitrag möchte an eine interaktionistische Perspektive anknüpfen und aufzeigen, wie die Soziologie weiterhin einen Beitrag zum Verstehen von brutalen Verhaltensweisen, wie sie bisher diskutiert wurden, leisten kann. Daher soll im anschließenden Kapitel an Kühls Konzept der Selbstbindung der Akteure angeknüpft werden, um hieran anschließend zu zeigen, wie die dispositionistische Perspektive gedacht werden kann. Dies soll am Beispiel des Milgram-Experiments erfolgen, indem ein spieltheoretisches Modell der Handlungsentscheidung der Versuchsteilnehmenden des Experimentes entwickelt wird. Dieses Modell soll in erster Linie verdeutlichen, dass die Definition der Situation als eine von organisationalen Strukturen geprägte, eine (wichtige) Seite der Medaille beleuchtet. Dadurch kann jedoch nicht die heterogene Verhaltensweise der individuellen Versuchsteilnehmenden erklärt werden.

Wie kann der Ungehorsam in sozialpsychologischen Experimenten zur Gehorsamsbereitschaft erklärt werden?

Das größte Erstaunen über die Experimente ruft verständlicherweise die Tatsache hervor, dass die Mehrheit der Versuchsteilnehmenden die Experimente bis zum grausamen Ende durchführt. Jedoch bleibt bei allen Experimenten ein (jeweils mehr oder minder großer) Prozentsatz der Teilnehmenden, die ihren Gehorsam verweigern (vgl. Kühl 2005: 92ff.). Im Milgram-Experiment sind bei der Baseline-Versuchs-

anordnung⁶ 35 Prozent der Teilnehmenden nicht gehorsam und brechen das Experiment vorzeitig ab (vgl. Milgram 1974: 78).

Klatetzki fokussiert diesen Aspekt, indem er danach fragt, warum sich die Versuchspersonen in einem Konflikt zwischen „Fortführen“ oder „Verweigern“ befinden und warum es Versuchspersonen gibt, die ungehorsam sind und das Experiment abbrechen. Klatetzki verweist hier auf Elliot Turiel, der herausarbeitet, dass für die Versuchspersonen hier zwei gegensätzliche Wissensdomänen aufeinander stoßen. Turiel stellt heraus, dass die Versuchspersonen sich in einer Entscheidungssituation befinden, in der sie ihr Handeln nach zwei gegensätzlichen Wissensdomänen ausrichten müssen: Zum einen wissen die Versuchspersonen, dass sie sich an die Konventionen in Organisationen halten müssen, zum anderen wissen sie aber auch, dass sie durch ihr Handeln moralische Grundwerte verletzen⁷ (vgl. Turiel 1983: 203f.). Kühl weist diese Erkenntnis als „banal“ zurück, da dieser Konflikt zwischen den Wissensdomänen in den Experimenten allein dazu führe, dass die Versuchsteilnehmenden heftige körperliche Reaktionen aufweisen, die Ausdruck ihres innerlichen Konfliktes sind (vgl. Kühl 2007b: 14f.).

Ich möchte jedoch behaupten, dass die Erkenntnis Turiels nicht banal, sondern grundlegend wichtig ist, da sie, wenn man sie konsequent weiter denkt, eine Antwort auf die Frage beinhaltet, wie das Verhalten der Versuchspersonen erklärt werden kann, die das Experiment abbrechen, sich also ungehorsam verhalten.

⁶ Ich übernehme die Bezeichnung von Kühl, der beim Milgram-Experiment der Variante 5 vom Baseline-Experiment spricht, da dieses der Ausgangsanordnung entspricht, in der die akustischen Proteste des Schülers deutlich an die Schockstufen gekoppelt sind (vgl. Kühl 2007b: 19).

⁷ Eine weitere interessante Möglichkeit wäre es für die Modellierung des im Experiment forcierten Konfliktes auf die ebenfalls aus der Sozialpsychologie stammende Theorie der kognitiven Dissonanz (vgl. Frey & Irle 2009: 276ff) zurückzugreifen.

Eine grundlegende Erkenntnis, die aus den Experimenten gezogen wurde, ist, dass es drei Faktoren gibt, die die Bereitschaft zum Ungehorsam erhöhen:

- Die Hierarchie wird aufgelöst
- Die Nähe zum Opfer wird erhöht
- Eine Gruppe widersetzt sich.

Zum ersten Punkt zeigt Milgram, dass die Bereitschaft zum Gehorsam sinkt, wenn die Hierarchie nicht mehr deutlich bestimmbar, beziehungsweise die Autoritätsperson nicht mehr deutlich erkennbar ist. Dies belegt er mit dem Experiment 15, in dem zwei Experimentleiter bei der Erreichung der 150 Volt Schockstufe unterschiedliche Befehle geben. In dieser Variante führt keiner der Teilnehmenden die Schockstufen bis zum Ende der Skala aus (vgl. Milgram 1974: 126ff.). Der zweite Punkt wird auch in Milgrams Experiment 4 belegt, in dem der Schüler seine Hand auf eine Platte legen sollte, über die die Elektroschocks verabreicht wurden. Als der Schüler sich bei der 150 Volt Schockstufe weigert die Hand weiterhin auf die Platte zu legen, fordert der Versuchsleiter den Lehrer auf die Hand des Schülers auf die Platte zu drücken. In dieser Variante sank die Bereitschaft der Lehrer zum Gehorsam auf 30 Prozent (vgl. Milgram 1974: 50ff.). In der Variante 17 zeigt sich, dass die Versuchspersonen sich einer Gruppe anschließen, die sich gegen eine Autorität erhebt. Hier wird die Aufgabe des Lehrers unter drei gleichrangigen Versuchspersonen aufgeteilt, zwei der Versuchspersonen sind eingeweihte Mitarbeiter, von denen nun einer die Fragen vorliest und der andere die Antwort des Schülers auf ihre Richtigkeit prüft. Die eigentliche Versuchsperson gibt weiterhin die Schocks. Bei der 150 Volt Schockstufe weigert sich erst der eine eingeweihte Lehrer das Experiment fortzuführen, bei der 210 Volt Schockstufe der andere eingeweihte Lehrer. Bei dieser Variante führen nur noch 10 Prozent der Versuchspersonen das Experiment bis zum Maximalschock durch (vgl. Milgram 1974: 137ff.). Wie Milgram, zeigt auch Kühl anhand dieser Variationen, welche Faktoren dazu beitragen der Hierarchie ihre Macht zu entziehen (vgl. Kühl 2007b: 13ff.).

Jedoch wird hierdurch gezeigt, dass es *externe* Faktoren gibt, die dazu führen, dass eine Autorität nicht mehr anerkannt wird. Oder auch an-

dersherum, gibt es *externe* Faktoren, die es dem Organisationsmitglied erleichtern seine Mitgliedschaft zu kündigen. Aber diese externen Faktoren erklären nicht, warum trotz der „Erleichterung der Mitgliedschaftsaufkündigung“ ein gewisser Prozentsatz der Personen das Experiment zu Ende führt. Oder auf das Baseline-Experiment bezogen: Warum kündigen immerhin 35 Prozent der Versuchsteilnehmenden ihre Mitgliedschaft?

Kühl selbst weist deutlich auf die zu schließende Lücke in dieser Debatte hin. Die sozialpsychologische Forschung koppelt die Folgebereitschaft an das Vorhandensein einer hierarchischen Autorität, um die Organisationhaftigkeit der Experimente auszuleuchten. Kühl wiederum sieht die *Selbstbindung der Akteure* als ausschlaggebendes Moment, um fruchtbare Rückschlüsse auf eine Theorie über organisationale Strukturen innerhalb der Experimente zu generieren (vgl. Kühl 2007a: 7).

Meine These ist, dass der Grund für die Selbstbindung der Akteure nicht ausschließlich durch externe Faktoren erklärt werden kann. Es ist vielmehr so, dass die Gehorsamsbereitschaft auf die Einstellung des jeweiligen Akteurs selbst zurückgeführt werden muss, um erfassen zu können, wie sich die jeweiligen Werte innerhalb der einzelnen Experimente erklären lassen. Das bedeutet, dass die Akteure selbst entscheiden, welche der beiden konfligierenden Wissensdomänen für ihre Handlungsentscheidung priorisiert wird. Das bedeutet, dass:

- Wenn die Versuchsperson die Wertigkeit „moralische Frage“ höher priorisiert, dann bricht sie das Experiment ab.
- Wenn die Versuchsperson die Wertigkeit „Verhalten in Organisationen“ höher priorisiert, dann führt sie das Experiment weiter.⁸

⁸ Turiel führt eine Studie von Judith Smetana an, die die Entscheidungsfindung von Frauen in Bezug auf einen möglichen Schwangerschaftsabbruch untersucht. Die Studie zeigt, dass sich die Entscheidungsfindung an zwei Wissensdomänen orientiert. Einerseits wird der Schwangerschaftsabbruch als persönliche Frage, zum anderen aber auch als moralische Frage kontextualisiert. Hier zeigte die Studie, dass die befragten Frauen, die den Schwangerschaftsabbruch als persönliche Frage einordnen, sich auch für die Durchführung dessen entschieden. Die befragten Frauen, die den Schwangerschaftsabbruch als moralische Frage bewerteten, entschieden sich gegen ihn (vgl. Turiel 1983:201ff.).

Bei meinen folgenden Überlegungen möchte ich mich, aufgrund des geringen Umfangs dieses Artikels, auf das Milgram-Experiment beschränken. Dennoch vermute ich, dass sich die These und das Modell auch auf das Deportations-, das Stanford-Prison- und das Soda-Cracker-Experiment übertragen lassen.

Statisches Modell des Milgram-Experiments

Um darzulegen, inwiefern die *Einstellung eines einzelnen Akteurs* eine tragende Rolle in den Experimenten spielt, möchte ich in diesem Kapitel ein *spieltheoretisches Modell* entwickeln, das die *subjektive Perspektive der Versuchsteilnehmenden* im Milgram-Experiment darstellen soll.

Um zu verdeutlichen, wie sich die subjektive Situation für den „Lehrer“ im Milgram-Experiment darstellt, kann diese als nicht-kooperatives Spielmodell dargestellt werden.

Dem Lehrer werden vor Beginn des Versuchs (hier: des Spiels) falsche Informationen über die Regeln gegeben. Ihm wird durch den Versuchsleiter mitgeteilt, dass er dem Schüler Aufgaben vorlesen soll und, bei falscher Beantwortung durch den Schüler, diesem einen Elektroschock zur Bestrafung verabreichen soll (vgl. Milgram 1974: 34-40). In dieser Handlungsanweisung liegen bereits zwei sich widersprechende Gewichte: Entscheidet er sich dafür den Versuch durchzuführen, wirkt er erfolgreich am Experiment mit (pro Verhalten in Organisationen), gleichzeitig verletzt er aber einen Menschen absichtlich (contra moralischer Wert). Wenn er sich entschließt, den Versuch nicht durchzuführen, vermeidet er es, einen Menschen absichtlich zu verletzen (pro moralischer Wert), er ist dann aber dafür verantwortlich, dass ein wissenschaftliches Experiment nicht durchgeführt werden konnte (contra Verhalten in Organisationen).

Der Lehrer muss annehmen, dass sich für den Schüler die Situation genauso darstellt, denn er geht davon aus, dass der Schüler auch ein Versuchsteilnehmer ist. Er vermutete also, dass der Schüler ein großes Interesse hat den Versuch erfolgreich durchzuführen und damit der Wissenschaft einen Dienst zu erweisen, andererseits möchte er keine Folter ertragen.

Wie nun bereits festgestellt wurde (vgl. Kühl 2007b: 14f.; Milgram 1974: 42; Turiel 1983: 208f.) befindet sich der Lehrer in einem Dilemma: Wenn er sich weigert den Versuch durchzuführen, trägt er die alleinige Schuld, dass ein wissenschaftliches Experiment nicht durchgeführt werden konnte. Wenn er den Versuch durchführt, dann verstößt er gegen basale gesellschaftlich-moralische Grundwerte. Der Lehrer weiß, dass der Schüler mit demselben Dilemma konfrontiert ist. Daher wäre es ihm am liebsten, wenn der Schüler aus dem Experiment aussteigt, denn dann befindet sich der Lehrer in einer optimalen Situation, er trägt nicht die Schuld daran, dass das Experiment nicht erfolgreich beendet werden konnte, aber er musste auch nicht foltern. Der Lehrer muss weiterhin davon ausgehen, dass es umgekehrt dem Schüler auch am liebsten wäre, wenn der Lehrer zuerst eine Verweigerung ausspricht. Durch diese Konstellation entsteht eine Konkurrenzsituation zwischen Schüler und Lehrer, die sich durch folgende Spielmatrix abbilden lässt:

Abbildung 1: Matrix 1.1

<i>Lehrer/ Schüler</i>	aussteigen S21	bleiben S22
aussteigen S11	2 2	1 4
bleiben S12	4 1	3 3

Quelle: Eigene Darstellung

Die Werte sollen als *subjektive Auszahlung*⁹ verstanden werden. Das soll bedeuten, dass die Spieler eine eigene Präferenz ihrer Handlungen festlegen. Man kann davon ausgehen, dass zu Beginn des Spiels die

⁹ Die „subjektive Auszahlung“ soll so verstanden werden, dass die Akteure ihre Ziele bewerten und somit eine Präferenzordnung ihrer Handlungsstrategien schaffen. Um dies abbilden zu können, werden hier fiktive Werte bestimmt. Diese gelten für beide, den Schüler und den Lehrer. Denn, dies sei zu beachten, das Spiel ist aus der Sicht des Lehrers modelliert. Dieser muss davon ausgehen, dass sich die Situation für den Schüler genauso darstellt, wie für ihn. Daher erhält der Schüler in diesem Modell ebenfalls eine subjektive Auszahlung.

höchste Wertigkeit darin besteht, den Versuch erfolgreich durchzuführen, denn dafür sind alle Teilnehmenden erschienen. Die zweithöchste Wertigkeit besteht darin, keine Folter auszuführen. Durch die Konkurrenzsituation entsteht in Kombination mit den Handlungen des jeweiligen Gegenspielers eine gestufte Handlungspräferenz.

Für den Lehrer ist (S12) eine strikt dominante Strategie, wenn er bleibt und der Schüler aussteigt (S21), verliert er kein Ansehen, denn er trägt keine Schuld daran, dass das Experiment nicht vollendet werden konnte, beziehungsweise musste er seine Mitgliedschaft nicht kündigen. Gleichzeitig musste er auch keinem Menschen Schmerzen zufügen. Somit ist bei der Strategiekombination (S12, S21) seine subjektive Auszahlung am höchsten.

Für den Schüler wäre jedoch „aussteigen“ (S21) die schlechteste Antwort auf die Strategie (S12), denn in dieser Situation müsste er sich damit belasten, dass er ganz alleine Schuld daran hat, dass das wissenschaftliche Experiment nicht zu Ende gebracht werden konnte. Die gleiche Situation mit umgekehrter Auszahlung zeigt sich, wenn der Lehrer zuerst aussteigt (S11), aber der Schüler bleibt (S22), dann hat der Schüler sein Ansehen bewahrt und der Lehrer muss alleine die Schuld für das nicht beendete Experiment auf sich nehmen.

Für den Fall, dass beide Spieler sich für „aussteigen“ entscheiden (S11, S21), ist ihre subjektive Auszahlung am zweitniedrigsten – keiner muss die alleinige Schuld am nicht Gelingen des Experiments tragen, jedoch wurde das eigentliche Ziel, nämlich das Experiment auszuführen, nicht erreicht. Für den Fall, dass sich beide Spieler für „bleiben“ entscheiden, erhalten sie die zweithöchste subjektive Auszahlung – sie kommen ihrer Aufgabe nach, jedoch mussten sie auch einem Menschen Schmerzen zufügen.

Das Lösungskonzept in dieser Matrix ergibt sich daraus, dass beide Spieler bleiben. Die Strategiekombination (S12, S22) ist für beide Spieler die strikt dominante Strategie, sie ist gleichzeitig auch das Nash-Gleichgewicht (vgl. Holler & Illing 2009: 9ff).

Dieses Modell bildet jedoch nur die Situation zu Beginn des Experiments ab. Es erklärt die subjektive Handlungslogik der Experimentteil-

nehmenden zu Beginn des Experiments. Wie verändert es sich während das Experiment fortschreitet beziehungsweise wie verändert sich die subjektive Auszahlung, wenn über mehrere Runden gespielt wird?

Dynamisches Modell des Milgram-Experimentes

Mit Fortschreiten des Experiments verändert sich auch die Qualität des Dilemmas, in dem sich der Lehrer befindet. Zu Beginn musste er nur einen relativ geringen Schock an den Schüler abgeben, jedoch muss er die Schockstufe bei jeder falschen Antwort des Schülers erhöhen. Diese Tatsache und die immer stärker werdenden Schmerzen des Schülers (welche dieser durch immer heftigere akustische Signale zum Ausdruck bringt), bringen ihn dazu, dass sich die Wertigkeit seiner Handlungen für ihn ändert. Die subjektive Auszahlung von „bleiben“ sinkt von Runde zu Runde, während die subjektive Auszahlung von „aussteigen“ im Verhältnis steigt. Diese Entwicklung wird im folgenden Modell abgebildet:

Abbildung 2: Matrix 1.2

Runde 1	L/S	aussteigen S21		bleiben S22	
	aussteigen S11	20	20	10	40
	bleiben S12	40	10	30	30
Runde 2	L/S	aussteigen S21		bleiben S22	
	aussteigen S11	21	21	12	38
	bleiben S12	38	12	29	28
Runde 3	L/S	aussteigen S21		bleiben S22	
	aussteigen S11	22	22	14	36
	bleiben S12	36	14	28	26
Runde 4	L/S	aussteigen S21		bleiben S22	
	aussteigen S11	23	23	16	34
	bleiben S12	34	16	27	24

Runde 5	L/S	aussteigen S21		bleiben S22	
	aussteigen S11	24	24	18	32
	bleiben S12	32	18	26	22
Runde 6	L/S	aussteigen S21		bleiben S22	
	aussteigen S11	25	25	20	30
	bleiben S12	30	20	25	20
Runde 7	L/S	aussteigen S21		bleiben S22	
	aussteigen S11	26	26	22	28
	bleiben S12	28	22	24	18
Runde 8	L/S	aussteigen S21		bleiben S22	
	aussteigen S11	27	27	24	26
	bleiben S12	26	24	23	16
Runde 9	L/S	aussteigen S21		bleiben S22	
	aussteigen S11	28	28	26	24
	bleiben S12	24	26	22	14

Quelle: Eigene Darstellung

Runde 1 wird durch die gleiche Spielmatrix, wie in Tabelle 1 abgebildet, die subjektiven Auszahlungswerte wurden allerdings in den Zehnerbereich angehoben, um die Änderungen über mehrere Runden besser abbilden zu können.

In *Runde 2* zeigt sich, wie sich die Wertigkeit der Handlungsentscheidungen ändern. Dem Lehrer wird bewusst, dass durch seine Entscheidung zu bleiben der Schüler leiden muss. Ebenso widerfahren dem Schüler Schmerzen, was für ihn die Entscheidungsoption „Experiment weiterführen“ abwertet. Somit steigt für beide Spieler die subjektive

Auszahlung, wenn sie beide gehen (S11, S21) und falls einer geht (S12, S21 oder S11, S22), ist dessen subjektive Auszahlung höher, die des bleibenden Spielers niedriger als in Runde 1.

Trotz des Auszahlungsverlustes bei der Wahl „bleiben“ ist die Strategiekombination (S12, S22) immer noch die strikt dominante Strategie für beide Spieler, wobei sich in diesem Feld zeigt, dass die subjektive Auszahlung für „bleiben“ beim Schüler schneller sinkt, denn dieser erleidet die Schmerzen.

Von *Runde 3 bis Runde 5* nimmt die subjektive Auszahlung für „bleiben“ weiter ab, wobei die Auszahlung für „aussteigen“ im gleichen Verhältnis ansteigt. Trotzdem bleibt in diesen Runden das Nash-Gleichgewicht bei der Strategie (S12, S22), die Spieler weichen nicht von ihrer Strategie ab.

Erst in *Runde 6* ändert sich die Auszahlung bemerkenswert. Hier befinden sich zwei Nash-Gleichgewichte in der Matrix; (S12, S21) sowie (S12, S22) stellen eine strikt dominante Strategie dar. In dieser Runde zeigt sich, dass die Spieler aus den vorigen Runden gelernt haben. Der Schüler weiß aus der Erfahrung der vorigen Runden, dass der Lehrer nicht aussteigt, seine Wahl wird also in dieser Runde wieder (S12) sein. Der Schüler verhält sich in dieser Runde noch indifferent zur Entscheidung des Lehrers, denn wenn dieser (S12) wählt, bleibt die Auszahlung des Schülers bei 20. Die Strategiekombinationen (S12, S21) und (S12, S22) stellen somit nur ein schwaches Nash-Gleichgewicht dar (Holler & Illing 2009: 57).

In *Runde 7* wiederum ist nur noch die Strategiekombination (S12, S21) ein strikt dominantes Gleichgewicht. Der Schüler weiß, dass der Lehrer (S11) nicht wählen wird. Daher ist seine beste Antwort (S21), gegeben (S12) wird gespielt. In dieser Runde bricht der Schüler das Experiment ab. Tatsächlich wurde diese Situation auch im Milgram-Experiment simuliert. Im Experiment 1 hämmert der Schüler bei Verabreichung der 300 Volt gegen die Laborwände, ab der nächsten Stufe gibt er keine Antworten mehr (vgl. Milgram 1974: 48).

In *Runde 8* verschiebt sich das Nash-Gleichgewicht zur Strategiekombination (S11, S21). In dieser Runde ist es also eine rationale Strategie des Lehrers ebenfalls auszusteigen. Im Experiment zeigt sich auch, dass die Mehrheit der Versuchsteilnehmenden, die das Experiment abbrechen,

dies im Anschluss an den Abbruch des Schülers tun. Im Experiment 1 beenden 9 der insgesamt 14 abbrechenden Lehrer das Experiment nachdem der Schüler nicht mehr reagiert (vgl. Milgram 1974: 51).

Dies ist der Moment, in dem die Versuchsperson für ihre Handlungsentscheidung nicht mehr die Wissensdomäne „Verhalten in Organisationen“ priorisiert, sondern zur Domäne „moralische Frage“ wechselt. Hier ist ihre subjektive Auszahlung für den Abbruch des Experiments höher, als für die Fortführung des Experiments.

Nun zeigt sich in dieser und noch deutlicher in anderen Varianten des Milgram-Experiments, dass der Ausstieg des Lehrers nicht immer so nah an den Ausstieg des Schülers gekoppelt ist. In der Variante 1 brechen 5 Lehrer erst bei Schockstufen ab, die über der 315 Volt Stufe liegen. Im Experiment 2 wurden verbale Proteste des Schülers eingesetzt, die jeweils an festgelegte Schockstufen gekoppelt waren. Hier brechen insgesamt 15 Lehrer das Experiment ab, 5 davon bei 150 Volt, der Stufe, bei der der Schüler auch abbricht, einer bereits vorher und 9 erst bei späteren Stufen (vgl. Milgram 1974: 50).

Dieses Verhalten wird in diesem spieltheoretischen Modell nicht abgebildet. Es wäre jedoch möglich das Modell so zu modifizieren, dass es auch die Austrittsentscheidungen abbildet, die nicht so zeitnah an den Austritt des Schülers gekoppelt sind. Hierzu müssten die Werte der subjektiven Auszahlung angepasst werden, was aber aufgrund des Umfangs dieses Artikels hier nicht mehr dargestellt werden soll.

Die zentrale Argumentation dieser Arbeit bildet das Modell jedoch ab, indem es zeigt, wie sich die Handlungsentscheidung durch die Verschiebung der priorisierten Wissensdomäne verändert.

Reflexion – Asymmetrie zwischen kollektivem und individuellem Akteur

Stefan Kühl hat mit seiner These der ganz normalen Organisation einen situationistischen Ansatz aufgezeigt, mit dem die Organisationssoziologie einen Beitrag zum Verstehen von gesellschaftlichen Brutalitäten, die durch organisationale Strukturen ermöglicht werden, leisten kann. Über sein Konzept der Selbstbindung der Akteure wird eine dispositionistische Perspektive eingenommen, mit der hier gezeigt werden kann, dass es zwar externe Faktoren gibt, die den einzelnen Akteur in seiner Handlungsentscheidung beeinflussen; jedoch lässt sich auch über das Konzept der subjektiven Auszahlung zeigen, dass die Akteure unterschiedliche Wissensdomänen benutzen, um ihre Handlungsentscheidung zu treffen. Inwiefern kann diese Erkenntnis für weiterführende soziologische Fragestellungen verwendet werden?

Die Erkenntnis dieser Arbeit schließt an eine Feststellung der Organisationssoziologie an, die das asymmetrische Verhältnis von Organisation und Gesellschaft in der Moderne kritisiert. James Coleman arbeitete heraus, dass in der Moderne die Anzahl der Organisationen stetig wächst, wodurch individuelle Akteure immer häufiger in Beziehung mit diesen kollektiven Akteuren stehen. Sozialisatorisch werden individuelle Akteure allerdings kaum auf den Umgang mit korporativen Akteuren vorbereitet, somit fehlt ihnen Wissen über den adäquaten Umgang mit Organisationen. Daher treten in der Beziehung zwischen individuellem und korporativem Akteur häufiger Probleme auf, denen der individuelle Akteur aufgrund seines Wissensdefizites unterlegen ist, wodurch zwischen diesen beiden Typen von Akteuren eine Machtasymmetrie zugunsten des korporativen Akteurs entsteht (vgl. Preisendörfer 2010: 170f). Dieser Aspekt der Unterlegenheit des individuellen Akteurs gegenüber der Organisation wird auch im Milgram-Experiment deutlich. Dies stellt Kühl durch die Herausarbeitung der Indifferenzzone fest. Weiterhin zeigt er sich auch in der Handlungsentscheidung der Akteure. Die Tatsache, dass die Experimentteilnehmenden eben unsicher sind, ob sie ihre Handlungsentscheidung anhand der Domäne „moralische Frage“ oder „Verhalten in Organisationen“ ausrichten sollen und, dass sich die Mehrheit für die letztere Wissensdomäne entscheidet,

belegt die asymmetrische Machtverteilung aufgrund fehlenden Wissens des einzelnen Akteurs. Daher könnten weiterführende Forschungen den Gedanken verfolgen, dass ein Akteur, der ausreichend Wissen und Erfahrung im Umgang mit korporativen Akteuren besitzt, nicht im Konflikt dieser Wissensdomänen stünde, sondern sich recht schnell für die Domäne „moralische Frage“ entscheiden könnte und es ihm dann auch leichter fällt seine Mitgliedschaft zu kündigen. Dies entspräche auch dem Forschungsdesiderat, das Haslam und Reicher (2007: 615) innerhalb einer interaktionistischen Perspektive sehen:

„However, there are many forms of interactionism, the most common of which is to argue that behavior is simply the product of two independent factors: person and situation. We argue for a more radical approach that asserts that both person and situation are transformed through their interplay.“

Somit sollte eine organisationssoziologische Forschung der Frage nachgehen, unter welchen sozialen Umständen bzw. in welchem sozialen Kontext es gelingen kann, dass die Strukturen einer „ganz normalen Organisation“ für unmoralische Handlungen missbraucht werden können, um Akteure glauben zu machen keine autonomen Entscheidungen treffen zu können.

In dieser interaktionistischen Perspektive bringen die Erkenntnisse dieser Arbeit vor allem Aufschlüsse für die organisationssoziologische Forschung, insbesondere für die lang geführte Debatte um die Erklärungsreichweite der Rational-Choice-Theorie (RCT). Obwohl das Modell einen *homo oeconomicus* vor Augen hat (was zwangsläufig der Fall ist, da es auf die Spieltheorie zurückgreift), tut sich eine gewisse Problematik auf. Das Modell soll darstellen, dass ein Teil der Akteure seine Präferenzordnung während des Experiments ändert. Das jedoch widerspricht den Annahmen der „engen“ RCT (vgl. Mayerl 2009: 161), die feste Handlungspräferenzen von Akteuren annimmt. Folgt man dieser Annahme, muss davon ausgegangen werden, dass die Akteure vor der Teilnahme am Experiment festlegen, welche Wissensdomäne sie für die Teilnahme am Experiment gebrauchen. Jedoch wird genau diese Annahme der festen Präferenzordnung in der RCT-Forschung kritisch diskutiert (vgl. Opp 1994: 16). Wie lässt sich diese Problematik auflösen?

Hier kann der seit Herbert A. Simon bestehenden Erkenntnis nachgegangen werden, dass Akteure nur über eine *bounded rationality* verfügen, da sie in den seltensten Fällen die Gesamtheit der Informationen abwägen (können) (vgl. Simon 1981: 116ff.). Das ist im Experiment in jeder Hinsicht der Fall, haben die Akteure durch die Anerkennung ihrer Mitgliedschaft auch einer generalisierten Folgebereitschaft zugestimmt. Zudem ändert sich in jedem Durchgang des Experimentes die *Logik der Situation*, indem „neue Informationen“ hinzukommen; der Schüler leidet immer mehr, wodurch sich der Druck auf den Lehrer auch stetig erhöht. Man könnte hier auch sagen, dass der Lehrer immer deutlicher die hohen Kosten seiner „falschen“ Wahl zu spüren bekommt. Somit steht er nach jedem abgegebenen Schock vor einer neuen Handlungsentscheidung. Das bedeutet wiederum, dass gerade für dieses Szenario die *subjektive Definition der Situation* äußerst interessant ist. In dieser Hinsicht kann zur Modellierung der Handlungsentscheidungen in den sozialpsychologischen Experimenten zur Gehorsamsbereitschaft auf das Modell der Frame-Selektion (MFS) zurückgegriffen werden (vgl. Esser 1996: 13-23). Dabei könnte die These verfolgt werden, dass die Akteure zu Beginn eines Experiments reflexartig in einem automatisch-spontanen Modus den Frame „Organisation“ wählen. Die Mehrzahl der Akteure bleibt in jeder Handlungsentscheidung in diesem Modus und wechselt daher auch nicht den Frame. Den ungehorsamen Akteuren hingegen gelingt es während des Fortschreitens des Experimentes, diesen Modus zu verlassen. Sie wechseln dann in den überlegt-kontrollierten Modus. Nun können sie die Situation in den Frame „moralische Frage“ setzen, wodurch sich auch ihre Handlungsentscheidung ändert und sie sich weigern, weiterhin am Experiment teilzunehmen, beziehungsweise es ihnen folgerichtig erscheint, ihre Mitgliedschaft zu kündigen.

Um diese These zu belegen, müsste dann gezeigt werden, wie die Handlungsentscheidungen gewichtet und nach welcher Regel sie selegiert werden. Hierzu bietet es sich an auf die Subjective-Expected-Utility Theorie zurückzugreifen (vgl. Kroneberg 2007: 217-220; Mayerl 2010). Die organisationssoziologische Untersuchung der sozialpsychologischen Experimente zur Gehorsamsbereitschaft anhand des MFS ist insbesondere aufschlussgebend, da davon ausgegangen werden muss, dass die Akteure gerade in diesem Szenario eine ganz spezielle subjektive Wahr-

nehmung der Situation haben, die nicht zuletzt auf die objektiven organisationalen Strukturen zurückzuführen sind¹⁰. So kann mit Esser gefragt werden:

"Wie sind eigentlich die Beziehungen zwischen den objektiven Merkmalen einer Situation und den subjektiven Interpretationen der objektiven Vorgaben durch die Akteure? Und welche Mechanismen können mit einer übersituativen gültigen Theorie erklären, daß Menschen fest in die absurdesten subjektiven Sinnwelten abtauchen und auf deren Grundlage die unglaublichsten und unverständlichsten Dinge tun können – mit oft genug ebenfalls unfaßbaren realen Konsequenzen?" (Esser 1996: 4, Hervorh. im Original).

Im Sinne des Themas dieses Bandes besteht hier ein großes Potential für die Soziologie: Mit dem Ziel der Behebung des „blinden Flecks“ der Organisationssoziologie könnten diese Überlegungen in ein Forschungsprogramm überführt werden, bei dem es dann um die Frage ginge, wie unter organisationalem Einfluss eine kollektiv einheitliche Definition der Situation erfolgt (der sich im schlimmsten Fall auch die Akteure beugen, die diese Situation kritisch reflektieren). Wie aggregieren sich also die Deutungen unter den strukturalen Einflüssen von Organisationen auf der Makroebene, sodass es den Organisationen gelingt brutale und mörderische Handlungen zu vollziehen? Und wie kann es gelingen, dass sich die Akteure in einer solchen Krise ihre Autonomie bewahren?

¹⁰ Zur Wichtigkeit der subjektiven Definition der Situation in Anlehnung an das Thomas-Theorem vgl. Esser (1996: 3ff.).

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1987): Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Arendt, Hanna (1963): Eichmann in Jerusalem: A report on the banality of evil. New York: Penguin.
- Blass, Thomas (1993): Psychological Perspectives on the Perpetrators of the Holocaust: The Role of Situational Pressures, Personal Dispositions, and Their Interactions, in: Holocaust Genocide Studies 7/1, S. 30-50.
- Blass, Thomas (1984): Social Psychology and Personality: Toward a Convergence, in: Journal of Personality and Social Psychology 47/5, S. 1013-1027.
- Browning, Christopher R. (1992): Ordinary men: Reserve Police Battalion 101 and the final solution in Poland. London: Penguin Books.
- Carnahan, Thomas; McFarland, Sam (2007): Revisiting the Stanford Prison Experiment: Could Participant Self-Selection Have Led to the Cruelty? in: Personality and Social Psychology Bulletin 33, S. 603-614.
- Dörner, Dietrich (1989): Die Logik des Mißlingens: strategisches Denken in komplexen Situationen. Reinbek: Rowohlt.
- Drepper, Thomas (2010): Soziale personenbezogene Dienstleistungsorganisationen aus neo-institutionalistischer Perspektive, in: Klatetzki, Thomas (Hrsg.): Soziale personenbezogene Dienstleistungsorganisationen. Soziologische Perspektiven. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Esser, Hartmut (1996): Die Definition der Situation, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 48/1, S. 1-34.
- Fahrenberg, Jochen; Steiner, John M. (2004): Adorno und die autoritäre Persönlichkeit, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 56, S. 127-152.
- Frank, Jerome D. (1944): Experimental Study of Personal Pressures and Resistance. Journal of General Psychology 30, S. 23-64.
- Frey, Dieter; Irle, Martin (Hrsg.): Theorien der Sozialpsychologie. Bd. I: Kognitive Theorien. 2. Aufl. Bern: Hans Huber.
- Gilbert, Gustav M. (1950): The Psychology of Dictatorship. Based on an Examination of the Leaders of Nazi Germany. New York: Ronald Press.
- Habermas, Jürgen (1976): Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Haney, Craig; Banks, Curtis; Zimbardo, Philip (1973): Interpersonal Dynamics in a Simulated Prison. *International Journal of Criminology and Penology* 1, S. 69-97.
- Harrower, Molly (1976): Rorschach Records of the Nazi War Criminals. An Experimental Study after Thrity Years, in: *Journal of Personality Assessment* 40/4, S. 341-51.
- Haslam, Alexander S.; Reicher, Stephen (2007): Beyond the Banality of Evil: Three Dynamics of an Interactionist Social Psychology of Tyranny, in: *Personality and Social Psychology Bulletin* 33, S. 615-622.
- Hasse, Raimund; Georg, Krücken (2005): *Neo-Institutionalismus*. 2. Aufl. Bielefeld: Transcript.
- Holler, Manfred J.; Illing, Gerhard (2009): *Einführung in die Spieltheorie*. 7. Aufl. Berlin: Springer.
- Klatetzki, Thomas (2007): Keine ganz normalen Organisationen. Eine Erwiderung auf Stefan Kühls Artikel: „Ganz normale Organisationen. Organisationssoziologische Interpretationen simulierter Brutalitäten“. In: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 36 (2007), S. 302-312.
- Kühl, Stefan (2007a): Willkommen im Club. Zur Diskussion über die Organisationshaftigkeit des Deportations-, Soda-Cracker-, Stanford-Prison- und Milgram-Experiments. In: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 36 (2007), S. 313-319.
- Kühl, Stefan (2007b): Wie normal sind die ganz normalen Organisationen? Zur Interpretation des Deportations-, Milgram-, Stanford-Prison- und Soda-Cracker-Experiments. Working Paper 2/2007, Universität Bielefeld.
- Kühl, Stefan (2005): Ganz normale Organisationen. Organisationssoziologische Interpretationen simulierter Brutalitäten. In: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 34 (2005), S. 90-111.
- Kraus, Andreas (2003): *Das Dritte Reich – bewältigte Vergangenheit? Ein Planspiel*. Hannover: acs.
- Kroneberg, Clemens (2007): Wertrationalität und das Modell der Frame-Selektion, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 59/2, S. 215-239.
- Lozowick, Yaacov (2000): *Hitler's bureaucrats: The Nazi security police and the banality of evil*. London: Continuum.
- Luhmann, Niklas (1997): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

- Mayerl, Jochen (2010): Die Low-Cost-Hypothese ist nicht genug. Empirische Überprüfung von Varianten des Modells der Frame-Selektion zur besseren Vorhersage der Einflussstärke von Einstellungen auf Verhalten, *Zeitschrift für Soziologie* 39/1, S. 38-59.
- Mayerl, Jochen (2009): *Kognitive Grundlagen sozialen Verhaltens, Framing, Einstellungen und Rationalität*. Wiesbaden: VS.
- Milgram, Stanley (1974): Das Milgram-Experiment. Zur Gehorsamsbereitschaft gegenüber Autoritäten. Hamburg: Rowolt.
- Milgram, Stanley (1963): Behavioral Study of Obedience, in: *Journal of Abnormal and Social Psychology* 67/4, S. 371-378.
- Opp, Karl-Dieter (1994): Der 'Rational-Choice'-Ansatz und die Soziologie sozialer Bewegung, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung* 7/2, S. 11-26.
- Preisendörfer, Peter (2011): *Organisationssoziologie. Grundlagen, Theorien und Problemstellungen*. 3. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag.
- Ritzler, Barry A. (1978): The Nuremberg Mind Revisited: A Quantitative Approach to Nazi Rorschachs, in: *Journal of Personality Assessment* 42/4, S. 344-353.
- Sahlins, Marshall (1999): Zur Soziologie des primitiven Tauschs. *Berliner Journal für Soziologie* 9, S. 149-178.
- Schimank, Uwe (2004): Handeln in Institutionen und handelnde Institutionen, in: Jaeger, Friedrich; Straub, Jürgen (Hrsg.): *Handbuch der Kulturwissenschaften*. Bd. 2: Paradigmen und Disziplinen. Stuttgart: Metzler, S. 293-307.
- Simon, Herbert A. (1981): *Entscheidungsverhalten in Organisationen. Eine Untersuchung von Entscheidungsprozessen in Management und Verwaltung*. 3. Aufl. Landsberg am Lech: Moderne Industrie.
- Turiel, Elliot (1983): *The Development of social knowledge*. Cambridge: University Press.
- Zillmer, Eric A.; Harrower, Molly; Ritzler, Barry A.; Archer, Robert P. (2013): *The Quest for the Nazi Personality: A Psychological Investigation of Nazi War Criminals*. New York: Routledge.
- Zimbardo, Philip (1973): The Mind is a Formidable Jailer. A Pirandellian Prison. *New York Times Magazin*, 08.04.1973, S. 38-60.
- Zimbardo, Philip (2004): A Situationist Perspective on the Psychology of Evil: Understanding How Good People are turned into Perpetrators, in: Miller, A.G. (Hrsg.): *The Social Psychology of Good and Evil*. New York: Guilford Press, S. 21-50.

Laura Maleyka, M.A.

Studium der Sprachwissenschaften, Interkulturellen Kommunikation und Soziologie an der Universität Hildesheim. Seit 2014 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Hildesheim. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Mediensoziologie, Social Media, Organisationssoziologie, Migrationssoziologie.

Kontakt: maleyka@uni-hildesheim.de

Herausforderungen von Lebenslauf, Generation und Kultur

Herausforderungen im modernen Lebenslauf ist dieses Kapitel gewidmet. Es wird durch Benjamin Neumann mit seinem Beitrag „Elternzeitnahme durch Väter“ eröffnet. Er beschäftigt sich darin mit Chancen und Konfliktfeldern die sich ergeben können, wenn Väter in Elternzeit gehen. Mit einem Phänomen auf YouTube beschäftigt sich Simon Moebius in seinem Artikel „Wer einfach zu faul ist, um Sport zu machen, SOLL unglücklich sein“. Durch die Analyse von YouTube-Kommentaren versucht dieser die Logik hinter der Abwertung von Übergewichtigen im World Wide Web zu rekonstruieren. Eine internationale Perspektive wird durch Jonas Vollmer eingebracht. Er beschäftigt sich in seinem Artikel „Politische Kultur im jungen Brasilien“ mit Jugendlichen und ihrer Einstellung zur Politik in Brasilien. Im Zentrum steht dabei das Phänomen der Politikverdrossenheit in Verbindung mit Generationenkonflikten und Kulturunterschieden. Den Abschluss des Kapitels bildet Heiner Schulze mit dem Beitrag „Silence Still Equals Death“. Hierbei untersucht er wie Homosexuelle die AIDS-Krise der 1980er Jahre in den USA versuchen zu überwinden und wie sie sich noch heute auf ihren Alltag auswirkt.

Elternzeitnahme durch Väter	123
<i>Benjamin Neumann</i>	
Wer einfach zu faul ist, um Sport zu machen, SOLL unglücklich sein.....	153
<i>Simon Moebius</i>	
Politische Kultur im jungen Brasilien	181
<i>Jonas Vollmer</i>	
Silence Still Equals Death.....	223
<i>Heiner Schulze</i>	

Elternzeitnahme durch Väter

Chancen und Konfliktfelder innerhalb des Paarkontextes

Benjamin Neumann

Abstract

Der Beitrag fokussiert aus einer geschlechtersoziologischen Perspektive Chancen und Konfliktfelder, die sich aus einer Elternzeitnahme durch Väter ergeben können. Hierbei werden drei Bereiche in den Blick genommen: die Sphäre der Erwerbsarbeit (a), der identitäre Aspekt des Individuums (b) und der Paarkontext (c). Nach einem Überblick über die möglichen Schwierigkeiten und Herausforderungen innerhalb dieser Felder werden mit Hilfe des „Doing Gender“ Ansatzes sowohl die möglichen Chancen, als auch die eventuell vorhandenen Schwierigkeiten innerhalb der drei genannten Bereiche untersucht. Hierbei werden die thematisierten Anforderungen insbesondere mit Blick auf ihre geschlechtliche bzw. vergeschlechtliche Bedeutung reflektiert. Dabei zeigt sich, dass sich aus den je spezifischen Arrangements sowohl emanzipatorische Potenziale als auch Konflikte sowie retraditionalisierende Effekte ergeben können. Der Beitrag schließt mit einem Ausblick auf zukünftige Forschungsfragen und benennt einige Leerstellen, die durch zukünftige Untersuchungen geschlossen werden könnten.

Elternzeitnahme durch Väter – Wandel und Persistenz

Seit nunmehr über zehn Jahren lässt sich ein steigendes Interesse innerhalb der sozialwissenschaftlichen und soziologischen Forschung im Bereich der Männer und Väter feststellen (vgl. Fthenakis & Minsel 2002; Walter 2002). Fragten Tölke und Hank (2005) noch, ob Männer „das „vernachlässigte“ Geschlecht in der Familienforschung“ seien, differenziert sich im Laufe der letzten zehn Jahre ein sichtbar eigenes Forschungsfeld mit diversen Frage- und Themenkomplexen aus (vgl. z.B. Drinck 2005; Mühling & Rost 2006, 2007; Bereswill et al. 2006; Werneck et al. 2006; Walter 2008; Baur & Luedtke 2008; Jurczyk & Lange 2009;

Walter & Eickhorst 2012; Oechsle et al. 2012), welches die Frage aufwirft, ob die damalige Konstatierung heute in dieser Form noch haltbar ist.

Insbesondere die Thematisierung eines Wandlungsprozesses von Männlichkeit und Vaterschaft in Form von Diskursen um „neue“ oder „aktive“ Vaterschaft und Väterlichkeit, finden sich im Rahmen dieser Studien häufig wieder. Auch die Elternzeitnahme durch Väter kann hierfür möglicherweise ein Indiz sein. Betrachtet man die Entwicklung der paternalen Elternzeitnahme im Zeitverlauf, so lässt sich anhand der Daten der amtlichen Statistik ein deutlicher Anstieg dieser nachweisen: zwischen 2003 und 2012 stieg der Anteil männlicher Elterngeldbeziehender von 2,6 Prozent auf 29,3 Prozent an (BMFSFJ 2005: 28; Statistisches Bundesamt 2014: 33). Insbesondere seit der Novellierung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes zum 1. Januar 2007 zeichnet sich ein kontinuierlicher Anstieg der Elternzeitnahme durch Väter ab. Nahmen im Jahr 2008 noch 20,8 Prozent der Väter Elternzeit, so stieg dieser Anteil von 23,6 Prozent (2009) auf 25,3 Prozent (2010) und kulminierte in besagten 29,3 Prozent des Jahres 2012 (Statistisches Bundesamt 2014: 33). Ob diese positive Entwicklung anhält, bleibt abzuwarten. Jedoch müssen die Zahlen dahingehend relativiert werden, dass über 75 Prozent der Väter lediglich für maximal zwei Monate in Elternzeit gehen (78,3 Prozent) (Statistisches Bundesamt 2014). Auch zeichnen sich sichtbare regionale Unterschiede hinsichtlich der Elternzeitnahme ab. Während Bayern und Sachsen mit 38,1 Prozent respektive 38,2 Prozent diejenigen Bundesländer mit der höchsten Elternzeitnahme durch Väter darstellen, fällt diese bspw. in Nordrhein-Westfalen mit 21,4 Prozent deutlich geringer aus. Das Saarland markiert mit 18,1 Prozent hierbei das Bundesland mit der geringsten paternalen Elternzeitquote, wobei der kontinuierlich positive Anstieg über alle Bundesländer hinweg seit 2008 deutlich sichtbar ist (Statistisches Bundesamt 2014: 33).

Auch innerhalb der sozialwissenschaftlichen und soziologischen Forschung wurde und wird das Thema der Elternzeitnahme durch Väter, insbesondere seit der gesetzlichen Novellierung, verstärkt aufgegriffen und untersucht. Beispielsweise untersuchte Ehnis (2009) Erziehungszeiten von Vätern sowie politische, kulturelle und subjektive Bedingungen

für mehr familiales Engagement durch diese. Eine gesicherte betriebliche Position auf mittlerer Hierarchieebene ist der Studie zufolge eine günstige Ausgangslage für väterliche Elternzeitnahme. Vogt (2010) ging der Frage nach, warum Väter ihre Erwerbstätigkeit (nicht) unterbrechen (vgl. auch Pfahl & Reuyß: 2010). Bedeutsame Einflussfaktoren sind Einkommens- und Bildungsdifferenzen zwischen den Partnern. Je stärker diese zugunsten der Väter ausfallen, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit einer väterlichen Elternzeitnahme und desto kürzer deren Dauer. Pfahl und Reuyß (2009) befassten sich in einer anwendungsorientierten Forschungsperspektive mit Möglichkeiten, eine Elternzeitnahme durch Väter sowohl auf familialer als auch betrieblicher Ebene zu befördern. Schutter und Zerle-Elsässer (2012) liefern neben einem Überblick über die Entwicklung des Elterngeldes und empirischen Befunden seiner Nutzung auch einen Überblick über die von 2000 bis 2012 existierenden Fassungen von Bundeserziehungsgeld und Elterngeld in ihrer alten und neuen Fassung. Richter (2012) untersucht in seiner Dissertation auf qualitativ-explorative Weise, wie Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse innerhalb der Erwerbsarbeit und Familie ablaufen und umgesetzt werden. Dabei wurden über Interviews mit Vätern, deren Partnerinnen und Arbeitgebern sowohl Einzelfallportraits als auch inhaltsanalytische Auswertungen vorgenommen und diverse „Elterngeldstrategien“ herausgearbeitet. Trappe (2013a, b, c) untersucht, welche Gruppen von Vätern in Elternzeit gehen und welche Faktoren diese Inanspruchnahme fördern bzw. hemmen. Sie kann die erhebliche Bedeutung ökonomischer Faktoren herausarbeiten, allerdings auch aufzeigen, dass die Lebenssituation der Partnerin Einfluss auf die Länge der paternalen Elternzeitnahme haben kann, was einen Hinweis auf die Bedeutung der Partnerin im Rahmen der Elternzeitnahme durch Väter darstellt.

Obwohl bereits erste Untersuchungen vorliegen, bleibt der Einbezug der Partnerin in vielen der vorliegenden Studien relativ unbeachtet. Dies ist insofern problematisch, da gerade der Paarkontext ein *relationales* Verhältnis zweier Individuen ist, die in vielfältiger und komplexer Weise aufeinander bezogen sind. Aufgrund dessen erscheint es relevant, nicht nur Väter nach den Gründen für ihre Elternzeitnahme zu fragen, sondern zum einen den Blick auf den gesamten Paarkontext auszudehnen sowie zum anderen auch deren Begründungen der Inanspruchnahme

zu untersuchen. Die Relevanz der Fokussierung auf den Paarkontext deutet sich nicht nur in einigen Studien zur Elternzeitnahme an, sondern findet sich auch in aktuellen Untersuchungen zu involvierter Vaterschaft wieder (Behnke 2012; Behnke & Meuser 2012; Meuser 2011, vgl. auch Kreppner 2002; Koppetsch & Burkhart 1999). Es werden nicht nur diverse Ambivalenzen von Müttern und Vätern bzgl. einer stärkeren Involvierung in haushalts- und kindbezogene Tätigkeiten deutlich, auf die im weiteren Verlauf des Aufsatzes noch einzugehen sein wird, sondern auch, dass es nicht ausreichend ist nur nach den Gründen für eine (nicht-)Inanspruchnahme von Elternzeit durch Väter zu fragen, sondern auch die zugrunde liegenden Begründungen selbst in den Blick zu nehmen. Es macht einen qualitativen Unterschied, ob ein Vater Elternzeit in Anspruch nimmt, weil dies aus einem ökonomischen Kalkül heraus geschieht, der normative Druck des persönlichen Nahbereichs mitsamt der ggf. vorhandenen Egalitätsnormen ihn dazu nötigt oder ob dieser aus einer „intrinsischen“ Motivation heraus in Elternzeit geht, da er ein „authentisches“ Bedürfnis besitzt, sich stärker in den familialen Kontext einzubringen.¹

Last but not least sind mit einem je spezifischen (Eltern-) Paararrangement auch spezifische Aushandlungsprozesse und Arrangements von Geschlecht und Geschlechtlichkeit verbunden, die innerhalb des Paarkontextes zusammenlaufen und durch eine stärkere Involvierung von Vätern in den familialen Binnenraum ggf. neu verhandelt werden müssen, da sie möglicherweise vormals unhinterfragte Gewissheiten in Frage stellen. Bevor jedoch stärker auf den Aspekt der Bedeutung von Geschlecht eingegangen wird, erscheint es relevant, zunächst einige (mögliche) Problemfelder intrinsisch motivierter Väter zu betrachten, sofern diese in Elternzeit gehen möchten.

¹ Allerdings ist fraglich, ob diese Unterscheidung empirisch fassbar ist, da nur schwer zu prüfen sein wird, ob und wann tatsächlich ein „authentisches“ „intrinsisches“ Bedürfnis vorliegt und wann nicht. Ich möchte jedoch durch die Unterscheidung intrinsisch-extrinsisch auf die qualitativ unterschiedlichen Motivationen hinweisen, da diese möglicherweise verschiedene Konsequenzen hinsichtlich Konfliktpotenzialen und/oder Geschlechterkonstruktionen nach sich ziehen können, auch wenn diese in beiden Fällen in einer Elternzeitnahme münden.

Problemfelder intrinsisch motivierter Väter

Insbesondere die intrinsisch motivierten Väter, also jene, denen es ein „inneres Bedürfnis“ ist, sich sowohl stärker in haushalts- und kindbezogene Tätigkeiten einzubringen, als auch ggf. die eigene Erwerbstätigkeit einzuschränken, stehen möglicherweise vor vielfältigen Problemen, da im Unterschied zu extrinsisch motivierten Vätern, d.h. solchen, die bspw. aufgrund eines ökonomischen Kalküls oder normativen Drucks in Elternzeit gehen, die Elternzeitnahme für intrinsisch motivierte Väter möglicherweise nicht nur eine kurze Episode darstellt, nach deren Abschluss „alles wieder normal“ abläuft, sondern deren familiäre Involvierung weit verbreitete Zuschreibungen und Konstruktionen sowohl von Männlichkeit und Weiblichkeit, als auch von Mütterlichkeit und Väterlichkeit mitsamt der zugehörigen Zuständigkeiten in Frage stellt. Anhand vorliegender Studien werden zur Darstellung drei Bereiche herausgegriffen: der institutionelle Bereich der Erwerbsarbeit, die identitäre Ebene des Individuums und der Paarkontext.

Institutionelle Konfliktfelder intrinsisch motivierter Väter

Im Anschluss an Meuser und Scholz (2012) gehe ich davon aus, dass sich im Laufe der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts eine spezifische hegemoniale Männlichkeitskonstruktion² herausgebildet hat, die sich durch „eine Ausrichtung auf [eine] lebenslange, kontinuierliche und die materielle Existenz sichernde Erwerbsarbeit, eine hohe Identifikation mit dem Beruf, oft auch mit dem Betrieb bzw. der Firma“ aus-

² Allgemein zum Konzept der hegemonialen Männlichkeit Connell (2005) [1995]. Hegemoniale Männlichkeit meint einerseits eine Dominanz von Männern gegenüber Frauen, andererseits aber auch eine Hierarchisierung von Männern und Männlichkeiten untereinander. Innerhalb der homosozial-geschlechtlichen Dimension wird zwischen hegemonialer, untergeordneter, komplizierter und marginalisierter Männlichkeit unterschieden. Es handelt sich hierbei um ein doppelt-relationales Machtverhältnis durch die grundlegende Unterordnung von Frauen sowie die Hierarchisierung innerhalb der unterschiedenen Formen von Männlichkeit. Die Herausarbeitung dieser „doppelten Distinktions- und Dominanzlogik im Verhältnis von Männern gegenüber Frauen und von Männern untereinander“ (Meuser 2010: 327) gilt als eine der wesentlichen Leistungen des Connell'schen Konzepts (ebd.). Bzgl. der einzelnen Formen hegemonialer Männlichkeit siehe Connell (2005: 76ff.)

zeichnet. Dabei ist dieses Konstrukt von Männlichkeit eng „mit dem sog. (implizit männlichen) Normalarbeitsverhältnis verbunden“ (ebd.: 28). Wesentlich ist dabei die Berufsorientierung, die eine familiäre Orientierung in den Hintergrund treten lässt. Die starke männliche Fokussierung auf die Erwerbsarbeit findet auch empirisch in verschiedenen Studien und Beiträgen ihren Niederschlag (z.B. Meuser & Scholz 2012; Scholz 2008: 117; 2009a: 55; Possinger 2009: 58; Zerle & Krok 2009; Baur & Luedtke 2008: 83f.; Baumgarten et al. 2012: 436), gilt jedoch nicht mehr uneingeschränkt, so dass verschiedene Wege „neuer“ oder „aktiver“ Vaterschaft gesucht und verhandelt werden. Männer, die sich als „aktive“ Väter stärker in den familialen Kontext einbringen möchten, stellen Normen der Erwerbsarbeit in Frage (Ranson 2001; Meuser 2011: 74f.). Insbesondere dann, wenn deren professionalisierte und qualifizierte Tätigkeit nicht ohne Weiteres substituierbar ist. Laut Born und Krüger (2002: 117) bricht sich das paternale familiäre Engagement an den institutionellen Grenzen des Arbeitsmarktes und der Erwartung, dass Männer zu jeder Zeit als Arbeitskräfte verfügbar seien (ebd.: 138). In Unternehmen ist es eine weithin unhinterfragte Norm, dass Care-Aufgaben von Müttern übernommen werden. Väter, die stärker am Aufwachsen ihrer Kinder partizipieren möchten, sehen sich häufig vor erhebliche betriebliche Schwierigkeiten gestellt.

Auf Seiten der Betriebe und Vorgesetzten zeigt sich häufig eine abwehrende (und ggf. abwertende) Haltung, wenn der Wunsch nach einer Reduktion des eigenen Erwerbsumfangs geäußert wird. „Überstunden gelten als Zeichen von Unentbehrlichkeit, Loyalität und Identifikation mit dem Unternehmen“ (Gesterkamp 2007: 107; Dellekönig 1995; Nelles 2012: 659). Auch interpretieren viele Vorgesetzte den Wunsch weniger zu arbeiten als Ausdruck von Unzufriedenheit und mangelndem Engagement. Zwar scheinen einige Unternehmen das Thema „Familienfreundlichkeit“ und entsprechende Maßnahmen zunehmend für sich zu entdecken, doch richten sich viele dieser Angebote vornehmlich an Frauen. Viele Betriebe begrüßen es nach eigenen Angaben zwar, wenn Väter sich mehr Zeit für die Familie nehmen, allerdings unterstützen sie dies „aufgrund antizipierter betrieblicher Schwierigkeiten im eigenen Unternehmen jedoch nicht.“ (Possinger 2009: 62). Wie Gesterkamp ausführt, geht es dabei in den konkreten innerbetrieblichen

Auseinandersetzungen nur *sekundär* um praktische Umsetzungsprobleme, die möglicherweise durch eine reduzierte Präsenz am Arbeitsplatz entstehen können, sondern mehr um die demonstrative Distanz zur bezahlten Tätigkeit, mit der eine mögliche Aushöhlung einer strengen Arbeitsmoral verbunden ist (2007: 107f.). Auch auf Seiten des Kollegiums kann ein Wunsch nach kürzeren Arbeitszeiten oder eine ausgeprägte Freizeitorientierung, sei es zur persönlichen Rekreation oder um mehr Zeit mit der Familie verbringen zu können, auf Skepsis und bisweilen Aggressionen stoßen. „Gerade den Männern gelingt es selten, eine glaubwürdige Begründung zu liefern, warum sie weniger arbeiten. Im Gegensatz zu Frauen in vergleichbaren Situationen fehlen ihnen gesellschaftlich anerkannte Rollenzuweisungen für die erwerbsarbeitsfreie Zeit“ (ebd.).

Insbesondere die intrinsisch motivierten Väter, die sich für eine Reduktion ihrer Arbeitszeit oder eine längere Auszeit im Rahmen der Elternzeit interessieren, sehen sich hier möglicherweise mit einem erheblichen Konfliktpotenzial konfrontiert, welches sie – ob nun antizipiert oder als Erfahrung konkretisiert – von einer entsprechenden Reduktion ihrer Erwerbstätigkeit abhält, denn im Gegensatz zu extrinsisch motivierten Vätern handelt es sich hierbei nicht um einen zeitlich terminierten überschaubaren Rahmen. Auch werden anhand der stark auf weibliche Arbeitnehmerinnen ausgerichteten familienfreundlichen Maßnahmen geschlechtsspezifische Rollenvorstellungen (re-)produziert. „Aktive“ Väter verletzen so nicht nur die mehr oder weniger latent vorhandenen ungeschriebenen Gesetze ihres Arbeitsplatzes, sondern auch die „natürliche“ geschlechtliche Ordnung in der die anfallenden familial-fürsorglichen Tätigkeiten von der Partnerin erbracht werden. Dabei *kann* die Kategorie Geschlecht zum Thema gemacht werden („Haben Sie keine Frau, die diese Aufgaben übernehmen kann“ bzw. „Wollen Sie wirklich die nächsten sechs Monate Windeln wechseln?“), *muss* aber *nicht* zum Thema gemacht werden, wenn bspw. mit der Auftragslage, Karriereknick oder Illoyalität und Mehrbelastung für das Unternehmen und das Kollegium argumentiert wird. „Männer, die sich dafür entscheiden zugunsten der Familie im Beruf zurückzustecken, laufen Gefahr am Arbeitsplatz als ‚halbe Portionen‘ oder ‚Softies‘ abgestempelt und von beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten ausgeschlossen zu werden“ (Bürgisser 2008: 102).

Identitäre Konfliktfelder intrinsisch motivierter Väter

Wie sich bereits im vorhergehenden Abschnitt angedeutet hat, kann mit einer Inanspruchnahme von Elternzeit durch Väter nicht nur ein institutionelles Konfliktpotenzial verbunden sein, sondern auch auf einer identitären Ebene entstehen. Gerade weil mit der Distanz vieler Väter zum Familienleben eine in der bürgerlichen Gesellschaft tief verankerte, über kulturelle Deutungsmuster getragene Feminisierung von Fürsorglichkeit („care“) verbunden ist, wird eine warmherzige, liebevolle und involvierte Elternschaft primär als feminin betrachtet (Meuser 2009: 219). Dies kann in der Selbstwahrnehmung und Identitätskonstruktion von Vätern konflikthaft werden, wenn die eigenen Deutungsmuster von „Männlichkeit/Weiblichkeit“ und „Mütterlichkeit/Väterlichkeit“ nicht oder nur schwer vereinbar sind. Hier stellen sich möglicherweise Fragen nach „richtiger“ bzw. „echter“ Männlichkeit, wenn verstärkt „weiblich“ konnotierte Haushalts- und Fürsorgetätigkeiten ausgeübt werden und gleichzeitig die Verantwortlichkeit für das familiale Auskommen reduziert oder an die Partnerin ganz oder in Teilen übertragen wird.³ Damit können jedoch auch in indirekter Weise gleichzeitig tradierte Zuschreibungen von „Weiblichkeit“ und „Mütterlichkeit“ in Frage gestellt werden, da damit ggf. auch die Figur der „guten“, „umsorgenden“ Mutter konterkariert wird.

Selbst wenn dies für die Individuen selbst zu keinem Konflikt führt, besteht die Möglichkeit, dass von Seiten des sozialen Nahbereichs das gefundene Arrangement problematisiert wird, da davon auszugehen ist, dass insbesondere diejenigen Männer mit erheblichen Rollenproblemen zu kämpfen haben, die versuchen aus ihrer „klassischen“ Rolle herauszutreten, „da häufig die eigene Herkunftsfamilie, die der Partnerin und die übrige Rahmengesellschaft von einer eher traditionell geprägten Rollenverteilung ausgeht, auch wenn in verschiedenen gesellschaftlichen Settings und den Medien egalitäre Rollenvorstellungen propagiert werden“ (Rollett & Werneck 2002: 328; vgl. auch Oberndorfer & Rost

³ Wie divers Vaterschaft definiert und praktiziert werden kann, zeigt sich auch in verschiedenen Typologien von Vaterschaft (z.B. Matzner 2004; Gumbinger & Bambej 2009).

2002: 76; Neumann 2012: 13). Viele (west-)deutsche Männer (und Frauen!) sehen die soziale Aufgabe des Mannes immer noch in der Erwirtschaftung des familialen Auskommens begründet (Baur & Luedtke 2008: 99), was sich wahrscheinlich auch durch die häufig stark ausgeprägte Verknüpfung identitätsstiftender und praktizierter Erwerbsorientierung widerspiegelt (vgl. z.B. Scholz 2009a, b) bzw. in der starken Fokussierung auf die Erwerbsarbeit (siehe letzten Abschnitt).

Die paternale Elternzeitnahme stellt auch hier entsprechende Ordnungen in Frage, da abhängig vom gefundenen Arrangement nicht nur die Zuständigkeiten selbst, sondern auch deren Frequenz sehr verschieden gehandhabt werden können. Obwohl bestimmte Arrangements für die übrige Rahmengesellschaft bzw. den persönlichen Nahbereich nicht unbedingt nachvollziehbar sein müssen und auch nicht unbedingt Rechtfertigungsdruck besteht, kann dennoch implizit oder explizit eine Verletzung der geschlechtlich-normativen Ordnung angezeigt werden. Dies kann u.a. dann problematisch werden, wenn das Elternpaar auf entsprechende Unterstützungsleistungen von Seiten der Angehörigen und/oder Freunden angewiesen ist.

Konfliktfelder intrinsisch motivierter Väter innerhalb des Paarkontextes

Verschiedene Studien thematisieren ambivalente Gefühle von Müttern und Vätern bei einer stärkeren Involvierung in haushalts- und kindbezogene Tätigkeiten. Kreppner stellt fest:

„Oft zeigen Mütter, deren Männer sich intensiv um das Baby kümmern, ambivalente Gefühle. Sie wechseln zwischen dem Bedürfnis nach Unterstützung und deren Zurückweisung. [...] Einerseits fordern die Mütter Unterstützung durch die Väter, wenn diese aber zuviel Engagement zeigen, werden sie von den Müttern wieder auf die Versorgerrolle reduziert. Ziehen sich die Väter dann darauf zurück, wird ihnen gerade dies zum Vorwurf gemacht.“ (Kreppner 2002: 355)

Abhängig vom Grad der praktizierten Involvierung kann es vor diesem Hintergrund also nicht nur zu Konflikten zwischen den Partnern kommen, wenn das eingeforderte Engagement *nicht erfüllt* wird, sondern auch dann, wenn Väter sich *zu umfassend* diesen Tätigkeiten widmen.

Dies führt auch zu ambivalenten Gefühlen auf Seiten der betroffenen Väter:

„Väter, die sich verstärkt in der Familienarbeit engagieren, befinden sich oft in einer ambivalenten Lage. Einerseits erfährt ihr Engagement die Wertschätzung ihrer Frauen, gleichwohl verteidigen diese den Haushalt als ihre Domäne. Sie beanspruchen die Standards der Hausarbeit zu definieren. Der Vater gerät leicht in die Position des Juniorpartners seiner Frau. Das väterliche Engagement erfolgt zu großen Teilen unter Anleitung der Mutter. In einer eigenen [...] Studie zu involvierter Vaterschaft bringt eine Frau dies in einem Paarinterview unmissverständlich auf den Punkt. Sie sagt zu ihrem ebenfalls am Interview teilnehmenden Mann: ‚Du bist so mehr mein Praktikant‘. Seinem Einwand, dass er sich nicht nur hin und wieder, sondern regelmäßig an der Hausarbeit beteilige, regelmäßig das Essen zubereite und einkaufe, entgegnet sie leicht ungehalten, sie sei für die Organisation des Haushalts zuständig: ‚Orga ist doch mein Part, den mache ich, sonst pasiersts doch nicht!‘.“ (Meuser 2011: 76)

Auch Bürgisser kommt zu dem Schluss:

„Feministisch orientierte Frauen kämpfen seit Jahren für eine verstärkte Beteiligung der Männer in der (unbezahlten) Familienarbeit. Dass dies nicht öfters [sic!] gelingt, haben sich Frauen zumindest teilweise auch selber zuzuschreiben. Vielen ist gar nicht bewusst, wie groß die Kontrolle ist, die sie zu Hause über Mann und Kind ausüben. Damit sich die Väter gleichwertig engagieren können, müssen die Mütter ihre Kinder ein Stück weit loslassen können.“ (Bürgisser 2008: 112)

Nicht selten hegen Mütter ernsthafte Zweifel an der Fürsorgekompetenz ihrer Partner. „Die Mütter nehmen ihren Stil der Fürsorge und Betreuung zum Maßstab, was zu einem Rückzug des Mannes aus der Kinderbetreuung führt“ (Meuser 2009: 219; Döge 2007: 31). Es geht an dieser Stelle nicht darum, nach Verantwortlichkeiten zu suchen oder diese zuzuweisen. Vielmehr soll verdeutlicht werden, dass zum einen ein möglicherweise vorhandenes paarspezifisches Konfliktpotenzial nicht unbedingt nur durch ein als *mangelhaft* empfundenes innerfamiliales Engagement hervorgerufen werden kann, sondern durchaus auch eine zu *umfangliche* Involvierung zu Konflikten führen kann. Zum anderen

wird erneut deutlich, dass der Paarkontext durch ein relationales Verhältnis zwischen den Partnern gekennzeichnet ist, was eine monofokale Betrachtung bzw. Untersuchung als unzureichend erscheinen lässt.

In Bezug auf die gerade genannten Beispiele spielt der Aspekt des „maternal gatekeeping“ eine wesentliche Rolle. Die Mütter nehmen hier eine Art „Türsteher“-Rolle ein und besitzen großen Einfluss darauf, in welcher Form und in welchem Umfang die Involvierung innerhalb des familialen Binnenraums durch Väter möglich ist. Der Aspekt des maternal gatekeeping wurde in verschiedenen Arbeiten, insbesondere im Bereich des Umgangs- und Sorgerechts im Rahmen von Nachscheidungsfamilien, aber auch hinsichtlich der Involvierung von Vätern bzgl. der Familienarbeit untersucht (z.B. King & Heard 1999; Carlson et al. 2008; Barnett & Baruch 1987: 30; McBride & Rane 1998: 234; Allen & Hawkins 1999; Fagan & Barnett 2003; McBride et al. 2005; Gaunt 2008, Schoppe-Sullivan 2008). Die intrinsisch motivierten Väter könnten auch hiervon stärker betroffen sein, da nicht nur deren Engagement umfanglicher motiviert ist, sondern sich ggf. auch deren Elternzeitnahme über einen längeren Zeitraum erstreckt. Auch erscheint denkbar, dass Väter, die ein größeres Maß an Engagement innerhalb der Familie an den Tag legen, durch das Auftreten von Widerständen, Konflikten und fehlender Anerkennung ihr Engagement reduzieren bzw. sich aus dem familialen Binnenraum zurückziehen, da ihre Praxen ggf. nicht wie erwartet anerkannt und wertgeschätzt werden, oder sie ihre Beziehung zur Partnerin nicht durch Konflikte oder Streitigkeiten belasten wollen.⁴

⁴ Siehe bzgl. der möglichen Wechselwirkungen zwischen paternalem Engagement und der Zufriedenheit mit der eigenen Partnerschaft z.B. Peuckert (2012: 520f.): „Sind Väter mit ihrer Partnerschaft zufrieden, so erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich bei der Kindererziehung engagieren und umgekehrt wirkt sich ein erhöhtes väterliches Engagement positiv auf die Beziehungsqualität aus“. Übereinstimmend dazu auch Kreppner (2002: 354). Insofern könnten diese Befunde in negativer Weise für oben genannte Vermutung sprechen, dass Väter ihr Engagement reduzieren, wenn sie durch ihr Engagement Konflikte mit ihrer Partnerin antizipieren oder bereits erlebt haben.

Eine geschlechtersoziologische Rahmung des Konfliktpotenzials

Die bisherigen Ausführungen weisen darauf hin, dass es bei dem Thema der Elternzeitnahme durch Väter und dem möglicherweise verbundenen Konfliktpotenzial nicht nur um die Frage des *warum*, sondern auch des *wie* geht: d.h. es geht nicht nur lediglich darum zu klären, welche Gründe und Begründungen für/gegen eine Elternzeitnahme väterlicherseits sprechen und dabei zu klären welche Rolle das Thema „Geschlecht“ diesbezüglich spielt, sondern auch um die Frage, *wie* es zu diesen Begründungen und ggf. entsprechend ablaufenden Aushandlungsprozessen kommt bzw. wie sich deren Ergebnisse konstituieren. Wie werden Männlichkeit und Väterlichkeit, Mütterlichkeit und Weiblichkeit vor dem Hintergrund der dargestellten Sphären mitsamt ihrer vielfältigen Verwobenheiten einerseits von den Individuen *selbst* (z.B. wann bin ich ein(e) „richtige(r)“ bzw. ein(e) „gute(r)“ Mann/Vater bzw. Frau/Mutter), andererseits aber auch *in Relation zueinander* definiert (d.h. empfinde ich meinen Mann noch als „männlich“ und mich als „weiblich“, wenn dieser vermeintlich „weibliche“ Arbeiten verrichtet bzw. empfinde ich meine Frau als „weiblich“ und mich als „männlich“, wenn sie stärker in den Bereich der Erwerbsarbeit integriert ist und ich nicht die Hauptverantwortung für das familiäre Auskommen trage?). Des Weiteren stellt sich die Frage, welche Konsequenzen sich daraus einerseits für die Elternzeitnahme durch Väter ergeben, andererseits aber auch für die Aushandlungsprozesse auf Paarebene.

Der *Doing Gender* Ansatz von West und Zimmerman (1987) scheint für eine geschlechtersoziologische Rahmung bezogen auf diese Fragestellungen sehr ergiebig und soll deshalb kurz vorgestellt werden (vgl. auch Gildemeister 2010: 137ff.; Villa 2011: 97ff.). Der Ansatz fasst dabei „Geschlecht“ bzw. „Geschlechtszugehörigkeit“ nicht als eine Eigenschaft oder angeborenes Merkmal einzelner Individuen, sondern nimmt die *sozialen Prozesse* in den Blick, in denen „Geschlecht“ als Unterscheidung produziert und reproduziert wird. Geschlechtszugehörigkeit und -identität werden dabei als kontinuierlicher Herstellungsprozess gedacht, welcher in quasi „jeder“ menschlichen Aktivität vollzogen wird und in den unterschiedliche institutionelle Ressourcen einfließen (Gil-

demeister 2010: 137; West & Zimmerman 1987: 126; Villa 2011: 97ff.).⁵ Geschlecht ist demnach nicht etwas, was ein Individuum *hat*, sondern was in einem Prozess der permanenten, intersubjektiven Validierung bestätigt (und damit auch hergestellt) werden muss (bzw. wird). „Man ‚hat‘ ein Geschlecht erst dann, wenn man es *für andere* hat.“ (Gildemeister 2010: 138; Hirschauer 1993: 53 – Hervorhebung im Original). Die Akteure innerhalb dieser Interaktionsprozesse sind dabei Teil eines formenden Prozesses eigener Art, da mit diesem Zwänge impliziert sind, denen sie sich nicht entziehen können. Hierzu zählt bspw. der „Zwang zur kategorialen und individuellen Identifikation der Interaktionsteilnehmer“, wobei genau dadurch die jeweilige Geschlechtszugehörigkeit zentral wird (Gildemeister 2010: 138). Während des Klassifikationsvorgangs einzelner Personen kommt das Schema zur Klassifikation jedoch nicht nur zur bloßen Anwendung, vielmehr aktualisieren die institutionellen Arrangements mitsamt der zugehörigen Verhaltens- und Handlungsmuster *gleichzeitig* den Klassifikationsprozess selbst (ebd.). Mit Blick auf diese theoretische Rahmung stellt sich die Frage, was dies für die oben genannten Bereiche hinsichtlich der Elternzeitnahme durch Väter und der Konstruktion von Geschlecht bzw. dem daraus resultierenden Konfliktpotenzial bedeutet.

Wie bereits angedeutet, stehen viele Väter, die ihre Erwerbstätigkeit zugunsten der Familie reduzieren möchten, möglicherweise vor erheblichen Konflikten, die bspw. aus einer ablehnenden oder gar abwertenden Haltung von Seiten der Vorgesetzten oder des Kollegiums resultieren können. Auch wurde argumentiert, dass vor dem Hintergrund hegemonialer Männlichkeit die Sphäre der Erwerbsarbeit (implizit) immer noch an einem „männlichen“ Normalarbeitsverhältnis

⁵ Auf Weiterentwicklungen des Konzepts des *Doing Gender* kann an dieser Stelle nur hingewiesen werden: vgl. z.B. West & Fenstermaker (1995). Wesentlich erscheint insbesondere der Fokus auf die Prozesshaftigkeit der Herstellung von Geschlecht, da dieser insbesondere innerhalb einer heterosexuellen Paarbeziehung vor einem heteronormativen Hintergrund große Bedeutung zukommen dürfte (vgl. zum Konzept der Heteronormativität z.B. Wagenknecht 2007). Auch die Frage, ob „Geschlecht“ tatsächlich „in quasi ‚jeder‘ menschlichen Aktivität vollzogen wird“ oder ob die Bedeutung von „Geschlecht“ dabei auch in den Hintergrund treten kann, kann hier nur mit einem Verweis auf aktuelle Debatten zum Thema *Undoing Gender* beantwortet werden (z.B. Hirschauer 2001; Deutsch 2007; Risman 2009).

orientiert ist, bei dem von einer Allverfügbarkeit männlicher Arbeitnehmer ausgegangen wird, welchen im Zweifelsfall ihre Partnerin (die ohnehin „weiblich“ konnotierte) Familienarbeit abnimmt bzw. in einer solchen Perspektive höchstens als Zuverdinerin das familiäre Auskommen ergänzt. Bereits hier bekommt der Aspekt des Geschlechts eine sichtbare Bedeutung. Diese wird jedoch weiter verstärkt, wenn man betrachtet, dass die betriebsinternen Logiken und Regeln (z.B. Arbeitszeitnormen, Anciennitätsnormen, Weiterbildungsanforderungen) (Hirschauer 2001: 229) die Geschlechter *scheinbar* unterschiedlich treffen:

„Sie erscheinen insofern „auf Männer zugeschnitten“, als sie die Personen beruflich benachteiligen, die durch Kinderbetreuung beansprucht werden. Es handelt sich um „gendering structures“, die als Differenzverstärker wirken. Was sie in sich aufnehmen, ist allerdings nicht unmittelbar die Geschlechterunterscheidung, sondern eine familiäre Arbeitsteilung, die dieser einen beherrschenden Platz gibt. Sie „vollenden“ gewissermaßen, was Attraktivitäts- und Mutterschaftsnormen auf den Weg bringen, aber sie erhöhen umgekehrt auch den Spezialisierungs- bzw. Entscheidungsdruck zwischen Berufs- und Familienarbeit und haben auf diesem Wege eine vermittelte Trägerschaft für die Geschlechterunterscheidung.“ (Hirschauer 2001: 229 – Hervorhebung im Original)

Insofern zeigt sich zum einen, welche komplexen geschlechtlichen Bezüge zwischen Erwerbs- bzw. Familienarbeit und Geschlecht bestehen; zum anderen aber auch, dass das Konfliktpotenzial, mit welchem sich Väter bei einer Reduktion ihrer Erwerbstätigkeit zugunsten von Familienarbeit konfrontiert sehen, sowohl mit kulturellen Deutungen und normativen Vorgaben hinsichtlich der Arbeitsteilung und der Zuständigkeiten bzgl. der Geschlechterunterscheidung zusammen hängt, als auch mit Vereinbarkeitsproblemen, die nur sekundär etwas mit „Geschlecht“ zu tun haben.⁶ Dadurch wird deutlich, dass mögliche Kon-

⁶ Dies wird dadurch einsichtig, da Männer und Väter, nun, ähnlich wie Frauen und Mütter seit Jahrzehnten, zunehmend mit Vereinbarkeitsproblemen zu kämpfen haben (Döge & Behnke 2005; Gesterkamp 2005; 2007; Marbach & Tölke 2007: 272; Krok & Zerle 2008: 16;

fliktpotenziale in direkter als auch indirekter Weise über die Kategorie „Geschlecht“ vermittelt sein können. Ob die Herstellung von Geschlecht im Sinne eines „Doing“ oder „Undoing“-Gender eine Relevanz besitzt, wird auch dadurch entschieden, ob diese in direkter Weise durch die spezifischen Interaktionen implizit oder explizit thematisiert, oder indirekt über institutionell-inkorporierte Logiken vermittelt wird.

Dies gilt auch für das Chancenpotenzial, welches sich aus positiven Rückmeldungen an motivierte Väter ergeben könnte. Eine positive Bewertung der Reduktion der Erwerbsarbeit zugunsten der Familie bzw. zur Inanspruchnahme von Elternzeiten könnte sowohl weitere Väter ermutigen, es entsprechenden Kollegen gleich zu tun, als auch die Verbreitung einer Vorbildfunktion sowie letztlich Veränderungen hinsichtlich familienpolitischer Maßnahmen oder Restrukturierungen von Erwerbsarbeit bewirken.

Bezogen auf den identitären Aspekt spielt die oben erwähnte kontinuierliche Herstellung von Geschlechtszugehörigkeit und -identität eine wesentliche Rolle. Wenn nach wie vor rund 75 Prozent aller Väter *nicht* in Elternzeit gehen, dann hat dies – obwohl brüchig werdend – Auswirkungen darauf, wie sich Männer als „Männer“ konstituieren. Auch wenn die Gründe für eine nicht-Inanspruchnahme von Elternzeit durch Väter vielfältig sein können, d.h. diese nicht unbedingt mit dem Kriterium „Geschlecht“ zu tun haben (müssen), wird damit dennoch eine geschlechtsspezifische Klassifikation produziert und reproduziert und zwar nicht nur in Abgrenzung zu Frauen, z.B. im Hinblick auf die „weiblich konnotierte care-Arbeit“, sondern auch zu anderen Männern

Gille 2009: 112; Kapella & Rille-Pfeiffer 2011; Pfahl & Reuyß 2009). Insofern steht nicht der geschlechtliche Aspekt gegen eine hinreichendere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern die kapitalistische Logik des Erwerbssystems als solche. „Sonst wäre es eine *Eigenschaft* des Mannes voll berufstätig zu sein und eine von Frauen, für die Kinder da zu sein. [...] Die genannten Strukturen [nehmen] die Geschlechterdifferenz wie gesagt gerade *nicht* in sich auf [...], sondern verhalten sich *indifferent* dazu, dass die Verfügbarkeit von Individuen für den Beruf an *anderer* Stelle wesentlich durch die Geschlechterunterscheidung bestimmt wird. Diese Strukturen machen einen Unterschied zwischen Kinder-versorgenden und ‚Kinderlosen‘, für sie sind Frauen ohne Kinder keine Frauen im Sinne des Arbeitsmarktes.“ (Hirschauer 2001: 229 – Hervorhebung im Original)

und von der Norm abweichenden Formen von Männlichkeit.⁷ Dadurch können Überlegungen einer Elternzeitnahme durch Männer für diese Fragen hinsichtlich des eigenen geschlechtsspezifischen bzw. geschlechteradäquaten Verhaltens evozieren. Dies kann für das Individuum verunsichernd wirken, beispielsweise dahingehend, ob man noch als „richtiger“ Mann wahrgenommen werde, wenn man sich „*hauptberuflich*“ um die Familienarbeit kümmert, da geschlechtliche Zuschreibungen z.T. implizit vorgenommen werden, indem Väter z.B. zu „Müttern“ werden.⁸ Solche vergeschlechtlichten Zuschreibungen können für manche Männer nicht nur symbolisch „entmännlichend“ wirken, sondern auch in praktischer Weise Konsequenzen haben, wenn diese bspw. als „Mutter“ oder über die als „weiblich“ vergeschlechtlichte Fürsorgearbeit als „feminin“ (und damit als „Frau“) angerufen werden. Zwar verlieren diese Männer nicht in direkter Weise die als „männlich“ vergeschlechtlichten Insignien des „Mannseins“, jedoch kann die Anrufung als „Frau“, durch explizite Benennung oder durch Bemerkungen und Witze anderer Personen, in praktischer Weise das sich selbst zugeschriebene „Mannsein“ absprechen oder infrage stellen. Im Sinne des Doing Gender „ist“ man eben erst dann ein „Mann“, wenn man als solcher *von anderen* entsprechend adressiert wird.

Die Individuen sind aus der Perspektive des *Doing Gender* nicht nur zur Klassifikation und Herstellung von Geschlecht ermächtigt, sondern auch verpflichtet. Entsprechend wird nicht nur aus einer Individualperspektive in Auseinandersetzung mit der Umwelt die Unterscheidung und Inszenierung von Geschlecht kontinuierlich produziert und reproduziert, sondern muss, wie weiter vorne bereits erwähnt, „permanent von anderen bestätigt und interaktiv validiert werden“ (Gildemeister 2010: 138). Dadurch kommt, neben der Umwelt, insbesondere der Partnerin und dem sozialen Nahbereich des Individuums eine besondere

⁷ Vgl. die unterschiedlichen Männlichkeitsformen im Konzept hegemonialer Männlichkeit bei Connell (2005: 76ff.).

⁸ Vgl. Ahnert (2011: 70ff.) „Wenn der Vater die Mutter ist“, womit sehr deutlich eingeschrieben ist, dass Männer/Väter Attribute und Tätigkeiten von Weiblichkeit/Mütterlichkeit übernehmen anstatt davon zu sprechen, dass geschlechtsneutrale, familiäre Aufgaben erbracht werden (müssen).

Bedeutung zu. Vor allem intrinsisch motivierte Väter, die ihre Erwerbstätigkeit zugunsten der Familie reduzieren oder eine längere Elternzeitnahme planen, sind auf die intersubjektive Anerkennung ihrer „Männlichkeit“ angewiesen, auch wenn diese von einer tradierten, vom familialen Bereich distanzierenden, auf den Beruf fokussierten Männlichkeit, abweicht.

Damit verbunden ist die Chance, dass sich der Deutungsspielraum erweitert und ein mit tradierter hegemonialer Männlichkeit verknüpftes Bild von „Männlichkeit“ und „Vaterschaft“ weiter brüchig(er) zu werden beginnt (vgl. Baumgarten et al. 2012: 435).⁹ Obwohl einerseits die Chance besteht, hegemoniale Männlichkeit zu verändern (oder langfristig aufzulösen) muss dies keineswegs zwangsläufig der Fall sein. Insbesondere vor dem Hintergrund der hohen Relevanz von Beruf und Karriere für die Konstruktion von Männlichkeit spielt das System der Erwerbsarbeit eine zentrale Rolle, ist jedoch nicht das einzige System von Belang (Meuser 2012: 253). Durch die Erosion bzw. sichtbare Veränderung des Normalarbeitsverhältnisses wird möglicherweise auch die enge Verbindung von Männlichkeit und Erwerbsarbeit zur Konstruktion männlicher Identität zunehmend prekär. Auch deshalb bleiben:

„Die Wirkungen dieser Veränderungen [...] nicht auf die Erwerbsarbeit begrenzt, auch das Verhältnis von Arbeit und Leben, von Beruf und Familie, von Öffentlichkeit und Privatheit, also diejenige Relation, deren Grenzziehungen konstitutiv sind für die Geschlechterordnung der bürgerlichen Gesellschaft und die darin eingelassene hegemoniale Männlichkeit, ist tangiert.“ (Meuser 2012: 253).

Dementsprechend kann über die Verbindung mit dem Doing Gender-Ansatz verdeutlicht werden, wie auch innerhalb eines spezifischen Paarkontextes „Geschlecht“ als aktiver Herstellungsprozess interaktiv produziert und reproduziert wird.

⁹ Bezogen auf die Bundesrepublik könnten die Überlegungen bzgl. des „Chancenpotenzials“ insbesondere das Resultat einer „westdeutschen“ Perspektive sein, wie sich anhand der Studien von Behnke (2012) oder Behnke, Lengersdorf und Meuser (2013) reflektieren lässt, da „[f]ür die Paare aus den östlichen Bundesländern [...] die Involviertheit des Vaters in Familienpflichten [...] bereits seit Jahrzehnten selbstverständlich [ist].“ (Behnke et al. 2013: 204).

Männlichkeit und Weiblichkeit, ebenso wie Mütterlichkeit und Väterlichkeit sind gleichermaßen in bestimmte Tätigkeiten bzw. Nichttätigkeiten eingeschrieben bzw. mit diesen verbunden und werden über diese aktualisiert. Mit der familialen Arbeitsteilung wird nicht nur lediglich die Binarität der Zweigeschlechtlichkeit (re-)produziert, sondern über die Zuweisung bestimmter Aufgaben und Tätigkeiten auch die identitätsstiftenden Konstruktionsmöglichkeiten *zweier* Geschlechtercharaktere ermöglicht. Aufgrund dessen sind Fragen nach Aufgaben- und Arbeitsteilung innerhalb des familialen Binnenraums sowie Zuständigkeiten während der Elternzeitnahme nicht nur eine Frage nach einem tradierten oder egalitären Verständnis von Partnerschaft, sondern stellen möglicherweise auch ganz grundsätzlich die Konstruktions- und Inszenierungspraxen von Männlichkeit und Weiblichkeit, Mütterlichkeit und Väterlichkeit zur Disposition. Mit dem Eindringen von Männern in vermeintlich „weibliche“ Bereiche (der haushalts- und kindbezogenen Tätigkeiten) beginnen kulturell normierte Definitionsbereiche von Männlichkeit und Weiblichkeit brüchig zu werden. Wie am Beispiel des Paarinterviews bei Meuser (2011: 76)¹⁰, in welchem die Partnerin ihren Partner nicht nur als „Praktikanten“ bezeichnet, sondern auch aktiv die Definitions- und Organisationsmacht beansprucht hat, deutlich wird, können mit einer stärkeren Involvierung von Vätern in den familialen Binnenraum nicht nur „herkömmliche“ Definitionen von Männlichkeit und Väterlichkeit in Frage gestellt, sondern auch Ausdeutungen und Zuständigkeiten von Weiblichkeit und Mütterlichkeit brüchig werden. Dies betrifft insbesondere die beschriebenen intrinsisch motivierten Väter in besonderem Maße, da diese aufgrund des größeren Umfangs und der grundsätzlich anderen Motivationslage ihrer involvierten Vaterschaft in einem höheren Maße bestehende kulturelle Deutungsmuster in Frage stellen (können), da deren Engagement sowohl umfänglicher ist als auch nicht nur eine bloße, zeitlich terminierte, Episode darstellt.

Die vorangegangenen Ausführungen machen auch deutlich, wie die drei dargestellten Bereiche „Institution/Erwerbsarbeit“, „Identität“ und „Paarkontext“ relational miteinander verbunden sind, weil die mehr

¹⁰ Vgl. Abschnitt über die Konfliktfelder innerhalb des Paarkontextes.

oder weniger vorhandene (Nicht-)Vereinbarkeit direkte und indirekte Auswirkungen auf die beschriebenen Problemfelder haben kann, da sich diese interdependent beeinflussen bzw. konstatieren, was sich sowohl hinsichtlich involvierter Vaterschaft, als auch der Elternzeitnahme durch Väter in (nicht-)realisierten Praxen niederschlägt bzw. niederschlagen kann.

Ausblick auf eine zukünftige Forschungsperspektive

Anhand der Ausführungen stellen sich folgende Fragen: Wie konstruieren Paare vor diesem Hintergrund „Geschlecht“? Konkret: was wird zur Inszenierung und Konstruktion von Männlichkeit und Weiblichkeit, Mütterlichkeit und Väterlichkeit relevant gemacht und was nicht? Wie wird Geschlecht im Rahmen von möglicherweise ablaufenden Aushandlungsprozessen relevant gemacht bzw. wo tritt es ggf. in den Hintergrund? Ergeben sich hieraus Konflikte innerhalb der Paarbeziehung und wenn ja, wie werden diese von Seiten des Paares gelöst? D.h. welche Konfliktlösungsstrategien gibt es dabei und in welcher Beziehung stehen diese zu geschlechtsspezifischen Aspekten?

Diese und andere Fragen erscheinen im Rahmen vorliegender Studien zu involvierter Vaterschaft (Behnke 2012; Behnke & Meuser 2012; Behnke et al. 2013) auch deshalb relevant, weil sich zeigt, dass sich – je nachdem, wie Paare mit den Chancen und Herausforderungen umgehen – diverse (neue) Handlungsspielräume für Mütter und Väter ergeben bzw. verschließen (können). Hat der Textauszug von Meuser (2011: 76) – bzgl. des „Praktikantenverhältnisses“ des Partners zu seiner Partnerin und deren aktive Verteidigung ihrer Position innerhalb der Familie – das mögliche Konfliktpotenzial und die Ambivalenz, die mit einer involvierten Vaterschaft verbunden sein können, illustriert, kann diese stärkere Involvierung von Männern in die Familie für manche Frauen auch neue Handlungsspielräume hinsichtlich Erwerbsarbeit, Ausbildung oder Rekreation eröffnen:

„Das war für mich immer wichtig, dass ich das Gefühl hab, ich habe keine Benachteiligung im Beruf [...] für mich (war) irgendwie so die Freiheit drin, wo ich wusste, okay der Volker bleibt daheim, ich tu ihm nichts böses, wenn er daheim bleibt.“ (Behnke & Meuser 2012: 140)

Bzw. im Hinblick auf eine andere Interviewpartnerin:

„Hab meine Magisterarbeit im sonnigen Süden geschrieben, hab mein Laptop mitgenommen und er war zu Hause und hat die Kinder betreut.“ (Behnke & Meuser 2012: 140)

Ob sich durch ein stärkeres familiales Engagement durch Väter entsprechende Freiheitsgrade für einen der beiden Partner (oder beide) ergeben, hängt zu nicht unwesentlichen Teilen auch von deren Partnerinnen ab, da diese, wie gezeigt wurde, sehr häufig die Standards von Haus- und Fürsorgearbeit definieren. In der Studie von Behnke und Meuser (2012: 140f.) konnten insbesondere diejenigen Frauen von den erhöhten Freiheitsgraden profitieren, denen nicht daran gelegen war, die Hausarbeit zu „perfektionieren“, was möglicherweise auch ein Indiz dafür ist, dass die Konstruktion von Weiblichkeit und Mutterschaft ggf. von ähnlichen Transformationsprozessen durchzogen ist, wie dies im Rahmen der Debatte(n) um die „neuen“ oder „aktiven“ Väter für Männer und Väter gilt.

Die Elternzeitnahme durch Väter bündelt viele der in diesem Beitrag beschriebenen Veränderungen, möglichen Chancen und Konfliktlinien. Wie diese und andere Fragen sich im Rahmen einer paternalen Elternzeitnahme auswirken, ob, wie und in welcher Form Aushandlungsprozesse diesbezüglich relevant werden und wie dies aus einer geschlechtersoziologischen Perspektive zu analysieren ist, untersucht mein Dissertationsvorhaben an der Technischen Universität Dortmund, welches im Rahmen eines von der Mercator Stiftung geförderten Drittmittelprojekts ab dem 1. Februar 2014 untersucht werden wird. Im Zentrum meiner Untersuchung steht neben besagten Aushandlungsprozessen auch die Rolle der Partnerinnen, die in die Untersuchung mit einbezogen werden. Zum einen wurde die Perspektive und Rolle der Partnerin, wie erwähnt, nur sehr unzureichend in den bisherigen Studien berücksichtigt, was aufgrund des relationalen und interdependenten Charakters von Paar- und Geschlechterbeziehungen der Komplexität von Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen nicht gerecht wird.

Zudem findet sich bisher keine systematische Aufarbeitung der unterschiedlichen erwerbsspezifischen Bezugsrahmen von Privatwirtschaft und Öffentlichem Dienst, die sowohl die Ebene der jeweiligen Paare als auch die institutionelle Seite der Arbeitgeber einschließt. Wichtige Faktoren stellen auch die Betriebsgröße und -branche dar, da davon auszugehen ist, dass die Nutzungsbedingungen im Öffentlichen Dienst und in größeren Organisationen einfacher zu realisieren sind als in kleineren oder privaten Unternehmen (Pfahl & Reuyß 2010: 231). Während im Öffentlichen Dienst aufgrund der klareren Karriereaufbahnen evtl. weniger Karriereprobleme antizipiert werden, könnte dies bei angestellten Männern in privaten Unternehmen als sehr viel problematischer gesehen werden. Auch der Aufgaben- und Tätigkeitsbereich könnte eine wichtige Rolle spielen. Eine Tätigkeit, die keine tägliche Anwesenheit erfordert, von Zuhause über das Home Office erledigt oder einfach(er) umverteilt oder vertreten werden kann, scheint für eine Elternzeitnahme als günstigere Voraussetzung (Pfahl & Reuyß 2010: 231; vgl. auch Halford 2006). Dies könnte es für höhere Angestellte in leitender Funktion deutlich schwieriger machen, ihren Wunsch nach Elternzeit zu realisieren.

Hieran schließt der Aspekt der Milieuzugehörigkeit der einzelnen Paare an, der sich u.a. aus unterschiedlichen sozio-ökonomischen Ressourcen der Individuen (und Paare) ergeben kann und der mit dem Bereich der Erwerbsarbeit in enger Verbindung (Bildungsgrad, Gehalt, Art der Tätigkeit etc.) steht. Mit der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Milieu ist eine spezifische sozio-ökonomische Lage verbunden, welche sich auf die Einstellungen und das Handeln der jeweiligen Väter auswirken kann (Matzner 2004: 86). Aufgrund dessen erscheint es plausibel, dass die spezifische Milieuzugehörigkeit nicht nur die Einstellungen und Handlungen eines Vaters beeinflusst, sondern auch Auswirkungen auf deren Partnerin hat und dadurch auf den Paarkontext wirkt. Mit der spezifischen Milieuzugehörigkeit ergeben sich wahrscheinlich differentielle lebensweltliche Bezüge, welche die Aushandlungs- und Entscheidungsfindungsprozesse der Paare durch ihre unterschiedliche sozio-ökonomische Verortung entscheidend beeinflussen. Diese Unterschiede zeigten sich bspw. in bereits vorliegenden Studien (z.B. Behnke 2012), in welcher die befragten Paare aus dem Arbeitermilieu die Gründe für eine aktive Vaterschaft wesentlich ökonomisch-pragmatischer rahmten,

als jene aus einem akademisch-bürgerlichen Milieu, welche vor allem auf eine geschlechterpolitische Rahmung rekurrierten. Es stellt sich die Frage, ob sich auch hinsichtlich der paternalen Elternzeitnahme milieuspezifische Unterschiede hinsichtlich des Aushandlungsprozesses der Paare abzeichnen.

Zusammenfassung und Fazit

Der vorliegende Beitrag hat den Versuch unternommen, diverse Konfliktlinien herauszuarbeiten, mit denen insbesondere intrinsisch motivierte Väter im Rahmen einer Elternzeitnahme konfrontiert sein können, da diese im Unterschied zu extrinsisch motivierten Vätern über eine qualitativ andere Motivation der Elternzeitnahme verfügen. Der Fokus wurde dabei sowohl auf institutionelle Aspekte der Erwerbsarbeit als auch auf identitäre Aspekte und vor allem den Paarkontext gelegt. Insbesondere durch die geschlechtersoziologische Perspektive konnte gezeigt werden, wie stark einerseits Aspekte von Männlichkeit und Weiblichkeit, Mütterlichkeit und Väterlichkeit sowohl mit den drei ausgewählten Bereichen verwoben sind, andererseits in einer konstitutiven Weise (z.B.) im Rahmen der Paarbeziehung produziert und reproduziert werden (können). Durch den stärkeren Einbezug von Männern und Vätern in den familialen Binnenraum werden nicht nur tradierte, über kulturelle Deutungsmuster getragene Vorstellungen von Männlichkeit und Väterlichkeit zunehmend brüchig, sondern stehen auch möglicherweise jene von Weiblichkeit und Mütterlichkeit zur Disposition.

Wie gezeigt werden konnte, können sich für beide Geschlechter neue, emanzipatorische Handlungsspielräume ergeben, von denen sowohl Väter in Form einer stärkeren Partizipation am familialen Geschehen als auch Mütter durch neue Handlungsspielräume hinsichtlich der eigenen Berufstätigkeit profitieren können. Ob und in wieweit diese Potenziale genutzt werden (können), wird zu weiten Teilen (mindestens) durch die drei betrachteten Teilaspekte (Institutionell/Erwerbsarbeit, Identitär und Paarkontext) vermittelt.

Literatur

- Ahnert, Lieselotte (2011): *Wieviel Mutter braucht ein Kind? Bindung – Bildung – Betreuung: öffentlich und privat*. Spektrum, Heidelberg.
- Allen, Sarah M./Hawkins Alan J. (1999): *Maternal Gatekeeping: Mothers' Beliefs and Behaviors That Inhibit Greater Father Involvement in Family Work*. *Journal of Marriage and the Family*, Jg. 61. Nr. 1. S. 199–212.
- Barnett, Rosalind C./Baruch Grace K. (1987): *Determinants of Fathers' Participation in Family Work*. *Journal of Marriage and the Family*, Jg. 49. Nr. 1. S. 29–40.
- Baumgarten, Diana/Kassner, Karsten/Maihofer, Andrea/Wehner, Nina (2012): *Warum werden manche Männer Väter, andere nicht? Männlichkeit und Kinderwunsch*. In: Walter, Heinz/Eickhorst, Andreas (Hrsg.): *Das Väter-Handbuch. Theorie, Forschung, Praxis*. Psychosozial-Verlag, Gießen. S. 415-443.
- Baur, Nina/Luedtke Jens (2008): *Männlichkeit und Erwerbsarbeit bei westdeutschen Männern*. In: Baur, Nina/Luedtke Jens (Hrsg.): *Die soziale Konstruktion von Männlichkeit. Hegemoniale und marginalisierte Männlichkeiten in Deutschland*. Barbara Budrich Verlag, Opladen, Farmington Hills. S. 81–103.
- Baur, Nina/Luedtke Jens (Hrsg.): *Die soziale Konstruktion von Männlichkeit. Hegemoniale und marginalisierte Männlichkeiten in Deutschland*. Barbara Budrich Verlag, Opladen, Farmington Hills. 2008.
- Behnke, Cornelia (2012): *Partnerschaftliche Arrangements und väterliche Praxis in Ost- und Westdeutschland*. Barbara Budrich Verlag, Opladen.
- Behnke, Cornelia/Lengersdorf, Diana/Meuser, Michael (2013): *Egalitätsansprüche vs. Selbstverständlichkeiten: Unterschiedliche Rahmungen väterlichen Engagements bei Paaren aus den westlichen- und östlichen Bundesländern*. In: Rusconi, Alessandra/Wimbauer, Christine/Motakef, Mona/Kortendiek, Beate/Berger, Peter A. (Hrsg.): *Paare und Ungleichheit(en). Eine Verhältnisbestimmung*. GENDER Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, Sonderheft 2. Verlag Barbara Budrich, Opladen. S. 192-209.
- Behnke, Cornelia/Meuser Michael (2012): *"Look here mate! I'm taking parental leave for a year" - involved fatherhood and images of masculinity*. In: Oechsle, Mechtild/Müller Ursula/Hess Sabine (Hrsg.): *Fatherhood in Late Modernity. Cultural Images, Social Practices, Structural Frames*. Barbara Budrich Verlag, Opladen. S. 130–145.

- Bereswill, Mechthild/Scheiwe Kirsten/Wolde Anja (Hrsg.): *Vaterschaft im Wandel. Multidisziplinäre Analysen und Perspektiven aus geschlechtstheoretischer Sicht*. Juventa. Weinheim, München. 2006.
- Born, Claudia/Krüger Helga (2002): *Vaterschaft und Väter im Kontext sozialen Wandels. Über die Notwendigkeit der Differenzierung zwischen strukturellen Gegebenheiten und kulturellen Wünschen*. In: Walter, Heinz (Hrsg.): *Männer als Väter. Sozialwissenschaftliche Theorie und Empirie*. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 107–143.
- Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2005): *Erziehungsgeld und Elternzeit. Bericht des Jahres 2003*. Dortmund der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (AKJ), Dortmund.
- Bürgisser, Margret (2008): *Väter in egalitärer Partnerschaft – Voraussetzungen, Chancen, Schwierigkeiten und Wirkungen*. In: Walter, Heinz (Hrsg.): *Vater wer bist du? Auf der Suche nach dem "hinreichend gutem" Vater*. Klett-Cotta Verlag, Stuttgart. S. 99-123.
- Carlson, Marcia J./McLanahan Sara S./Brooks-Gunn Jeanne (2008): *Coparenting and Nonresident Fathers' Involvement with young Children after a Nonmarital Birth*. *Demography*, Jg. 54. Nr. 2. S. 461–488.
- Connell, R. W. (2005): *Masculinities*. Polity Press, Cambridge.
- Dellekönig, Christian (1995): *Der Teilzeit-Manager. Argumente und erprobte Modelle für innovative Arbeitszeitregelungen*. Campus Verlag, Frankfurt am Main.
- Deutsch, Francine M. (2007): *Undoing Gender*. *Gender & Society*, Vol. 21, Nr. 1. S. 106-127.
- Döge, Peter (2007): *Männer – Auf dem Weg zur aktiven Vaterschaft? Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 7, 27-32.
- Döge, Peter/Behnke, Cornelia (2005): *Auch Männer haben ein Vereinbarkeitsproblem. Ansätze zur Unterstützung familienorientierter Männer auf betrieblicher Ebene. Endbericht. Institut für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung e.V., Berlin*.
- Drinck, Barbara (2005): *Vätertheorien. Geschichte und Perspektive*. Barbara Budrich Verlag. Opladen.
- Ehnis, Patrick (2009): *Väter und Erziehungszeiten. Politische, kulturelle und subjektive Bedingungen für mehr Engagement in der Familie*. Helmer Verlag, Sulzbach/Taunus.

- Fagan, Jay/Barnett Marina (2003): The Relationship between Maternal Gatekeeping, Paternal Competence, Mothers' Attitudes about the Father Role, and Father Involvement. *Journal of Family Issues*, Jg. 24. S. 1020–1043.
- Fthenakis, Wassilios E./Minsel, Beathe (2002): Die Rolle des Vaters in der Familie. Band 213, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Kohlhammer, Stuttgart.
- Gaunt, Ruth (2008): Maternal Gatekeeping: Antecedents and Consequences. *Journal of Family Issues*, Jg. 29. Nr. 3. S. 373–395.
- Gesterkamp, Thomas (2005): Betriebliche und politische Hindernisse engagierter Vaterschaft. *Zeitschrift für Familienforschung*, Jg. 17. Nr. 1. S. 66–75.
- Gesterkamp, Thomas (2007): Väter zwischen Laptop und Wickeltisch. In: Mühling, Tanja/Rost, Harald (Hrsg.): Väter im Blickpunkt. Perspektiven der Familienforschung. Verlag Barbara Budrich, Opladen. 2007. S. 97-113.
- Gildemeister, Regine (2010): Doing Gender: Soziale Praktiken der Geschlechterunterscheidung. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methode, Empirie. 3., erweiterte und durchgesehene Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. S. 137-145.
- Gille, Martina (2009): Familien- und Lebensmodelle junger Männer. In: Jurczyk, Karin/Lange Andreas (Hrsg.): Vaterwerden und Vatersein heute. Neue Wege - neue Chancen! Bertelsmannstiftung. Gütersloh. S. 97–120.
- Gumbinger, Hans-Walter/Bambey Andrea (2009): Zwischen "traditionellen" und "neuen" Vätern. Zur Vielgestaltigkeit eines Wandlungsprozesses. In: Jurczyk, Karin/Lange Andreas (Hrsg.): Vaterwerden und Vatersein heute. Neue Wege - neue Chancen! Bertelsmannstiftung. Gütersloh. S. 195–216.
- Halford, Susan (2006): Collapsing the boundaries? Fatherhood, organization and home-working. In: *Gender, Work and Organization*, vol. 13, Nr. 4. S. 383-402.
- Hirschauer, Stefan (1993): Die soziale Konstruktion der Transsexualität. Über die Medizin und den Geschlechtswechsel. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Hirschauer, Stefan (2001): Das Vergessen des Geschlechts. Zur Praxeologie einer Kategorie sozialer Ordnung. In: Heintz, Bettina (Hrsg.): Geschlechtersoziologie. Sonderheft 41/2001 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS). VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. S. 208-235.
- Jurczyk, Karin/Lange Andreas (Hrsg.): Vaterwerden und Vatersein heute. Neue Wege - neue Chancen! Bertelsmannstiftung. Gütersloh. 2009.

- Kapella, Olaf/Rille-Pfeiffer Christiane (Hrsg.): Papa geht arbeiten. Vereinbarkeit aus Sicht von Männern. Budrich UniPress. Österreichisches Institut für Familienforschung, Opladen, Farmington Hills. 2011.
- King, Valarie/Heard Holly E. (1999): Nonresident Father Visitation, Parental Conflict, and Mother's Satisfaction: What's Best for Child Well-Being? *Journal of Marriage and the Family*, Jg. 61. S. 385–396.
- Koppetsch, Cornelia/Burkart, Günter (1999): Die Illusion der Emanzipation. Zur Wirksamkeit latenter Geschlechtnormen im Milieuvvergleich. Universitätsverlag, Konstanz.
- Kreppner, Kurt (2002): Väter in ihren Familien. Differentielle Aspekte für die Sozialisation. In: Walter, Heinz (Hrsg.): Männer als Väter. Sozialwissenschaftliche Theorie und Empirie. Psychosozial Verlag, Gießen. S. 345–380.
- Krok, Isabelle/Zerle Claudia (2008): Was wünschen sich junge Männer und junge Väter von Politik und Arbeitgebern. *DJI-Bulletin*. Nr. 83/84. S. 16–19.
- Marbach, Jan H./Tölke Angelika (2007): Frauen, Männer und Familie: Lebensorientierung, Kinderwunsch und Vaterrolle. In: Konietzka, Dirk/Kreyenfeld Michaela (Hrsg.): Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 245–274.
- Matzner, Michael (2004): Vaterschaft aus der Sicht von Vätern. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- McBride, Brent A./Brown Geoffrey L./Bost Kelly K./Shin Nana/5 Vaughn Brian/Korth Byran (2005): Paternal Identity, Maternal Gatekeeping, and Father Involvement. *Family Relations*, Jg. 54. S. 360–372.
- McBride, Brent A./Rane Thomas R. (1998): Parenting Alliance as a Predictor of Father Involvement: An Exploratory Study. *Family Relations*, Jg. 47. Nr. 3. S. 229–236.
- Meuser, Michael (2009): Keine Zeit für Familie? Ambivalenzen involvierter Vaterschaft. In: Heitkötter, Martina/Jurczyk, Karin/Lange, Andreas/Meier-Gräwe, Uta (Hrsg.): Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien. Verlag Barbara Budrich, Opladen. S. 215-231.
- Meuser, Michael (2010): Geschlecht, Macht, Männlichkeit – Strukturwandel von Erwerbsarbeit und hegemoniale Männlichkeit. In: Benseler, Frank/Blanck, Bettina/Keil, Reinhard/Loh, Werner (Hrsg.): Erwägen, Wissen, Ethik (EWE). Streitforum für Erwägungskultur, Jg. 21, Nr. 3. Stuttgart, Lucius & Lucius Verlag. S. 325-336.
- Meuser, Michael (2011): Die Entdeckung der "neuen Väter". Vaterschaftspraktiken, Geschlechtnormen und Geschlechterkonflikte. In: Hahn, Korne-

- lia/Koppetsch Cornelia (Hrsg.): *Soziologie des Privaten*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 71–82.
- Meuser, Michael (2012): *Männlichkeiten in Bewegung – Zur Aktualität des Konzepts der hegemonialen Männlichkeit angesichts des Wandels von Erwerbsarbeit*. In: Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit (Hrsg.): *Erkenntnis und Methode. Geschlechterforschung in Zeiten des Umbruchs*. 2. Aufl., Springer VS, Wiesbaden.. S. 249-265.
- Meuser, Michael/Scholz, Sylka (2012): *Herausgeforderte Männlichkeit. Männlichkeitskonstruktionen im Wandel von Erwerbsarbeit und Familie*. In: Baader, Meike Sophia/Bilstein, Johannes/Tholen, Toni (Hrsg.): *Erziehung, Bildung und Geschlecht. Männlichkeiten im Fokus der Gender-Studies*. Springer VS, Wiesbaden. S. 23-40.
- Mühling, Tanja/Rost, Harald (Hrsg.): *ifb-Familienreport Bayern 2006. Zur Lage der Familie in Bayern. Schwerpunkt: Väter in der Familie*. Staatsinstitut für Familienforschung (ifb) an der Universität Bamberg, Bamberg. 2006.
- Mühling, Tanja/Rost, Harald (Hrsg.): *Väter im Blickpunkt. Perspektiven der Familienforschung*. Verlag Barbara Budrich, Opladen. 2007.
- Nelles, Hans-Georg (2012): *Väter – ein Gewinn für Unternehmen?! In: Walter, Heinz/Eickhorst, Andreas (Hrsg.): Das Väter Handbuch. Theorie, Forschung, Praxis*. Psychosozial-Verlag, Gießen. S. 657-667.
- Neumann, Benjamin (2012): *„Neue Männer“ braucht das Land. Eine Analyse ausgewählter Einstellungen von Männern und Vätern der ersten Welle des Generations and Gender Survey Deutschland*. Masterarbeit. Otto-Friedrich-Universität. Lehrstuhl für Soziologie I. Prof. Dr. Sandra Buchholz. Bamberg.
- Oberndorfer, Rotraut/Rost Harald (2002): *Auf der Suche nach den neuen Vätern. Familien mit nicht-traditioneller Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit*. ifb-Forschungsbericht Nr. 5. Bamberg.
- Oechsle, Mechtild/Müller Ursula/Hess Sabine (Hrsg.): *Fatherhood in Late Modernity. Cultural Images, Social Practices, Structural Frames*. Verlag Barbara Budrich, Opladen. 2012.
- Peuckert, Rüdiger (2012): *Familienformen im sozialen Wandel*. Aufl. 8. Springer VS, Wiesbaden.
- Pfahl, Svenja/Reuyß, Stefan (2009): *Das neue Elterngeld - Erfahrungen und betriebliche Nutzungsbedingungen von Vätern*. Hans-Böckler-Stiftung, Gender, Familie und Beruf, Bd. 239. Düsseldorf.
- Pfahl, Svenja/Reuyß, Stefan (2010): *Das neue Elterngeld: Erfahrungen und betriebliche Nutzungsbedingungen von Vätern*. In: Badura, Bern-

- hard/Schröder, Helmut/Klose, Joachim/Macco, Katrin (Hrsg.): *Fehlzeiten Report 2010. Vielfalt Managen: Gesundheit fördern, Potenziale nutzen. Zahlen, Daten, Analysen aus allen Bereichen der Wirtschaft.* Springer Verlag, Berlin, Heidelberg. S. 225-233.
- Possinger, Johanna (2009): Auf der Suche nach den „neuen Vätern“ – Vaterschaft zwischen Tradition und Modernität. *Archivheft für Wissenschaft und Praxis sozialer Arbeit – Familienpolitik auf dem Prüfstand*, Nr. 2/2009. S. 56-67.
- Ranson, Gillian (2001): Men at Work. Change – or No Change? – in the Era of the “New Father”. In: *Men and Masculinities* Jg. 4, Nr. 1, S. 3-26.
- Richter, Robert (2012): *Väter in Elternzeit – Umsetzungen und Strategien zwischen Familie und Beruf.* Dissertation. Institut für Erziehungswissenschaft Fakultät für Kulturwissenschaften der Universität Paderborn.
- Risman, Barbara J. (2009): From Doing to Undoing: Gender as we know it. *Gender & Society*, Vol. 23, Nr. 1. S. 81-84
- Rollett, Brigitta/Werneck Harald (2002): Die Vaterrolle in der Kultur der Gegenwart und die väterliche Rollenentwicklung in der Familie. In: Walter, Heinz: *Männer als Väter. Sozialwissenschaftliche Theorie und Empirie.* Psychosozial Verlag. Gießen. S. 323–343.
- Scholz, Sylka (2008): Männlichkeit und Erwerbsarbeit bei ostdeutschen Männern. Paradoxe Identitätskonstruktionen. In: Baur, Nina/Luedtke Jens (Hrsg.): *Die soziale Konstruktion von Männlichkeit. Hegemoniale und marginalisierte Männlichkeiten in Deutschland.* Verlag Barbara Budrich. Opladen. S. 105–122.
- Scholz, Sylka (2009a): Der soziale Wandel von Erwerbsarbeit. Empirische Befunde und offene Fragen. In: Bereswill, Mechthild/Meuser Michael/Scholz Sylka (Hrsg.): *Dimensionen der Kategorie Geschlecht: Der Fall Männlichkeit.* Aufl. 2. Westfälisches Dampfboot. Münster. S. 51–67.
- Scholz, Sylka (2009b): Männer und Männlichkeiten im Spannungsfeld zwischen Erwerbs- und Familienarbeit. In: Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hrsg.): *Arbeit. Perspektiven und Diagnosen der Geschlechterforschung.* Forum Frauen und Geschlechterforschung, Band 25. Westfälisches Dampfboot, Münster. S. 82-99
- Schoppe-Sullivan, Sarah J./Brown, Geoffrey L./Cannon, Elizabeth A./Mangelsdorf, Sarah C. (2008): Maternal Gatekeeping, Coparenting Quality, and Father Behavior in Families with Infants. *Journal of Family Psychology*, Vol. 22, Nr. 3, S. 389-398.

- Schutter, Sabina/Zerle-Elsässer, Claudia (2012): Das Elterngeld: Wahlfreiheit und Existenzsicherung für (alle) Eltern? WSI Mitteilungen: Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 65, Nr. 3. S. 216-225.
- Statistisches Bundesamt (2014): Öffentliche Sozialleistungen. Statistik zum Elterngeld. Beendete Leistungsbezüge für im Jahr 2012 geborene Kinder. Januar 2012 bis März 2014 geborene Kinder. Wiesbaden.
- Tölke, Angelika/Hank, Karsten (Hrsg.): Männer – Das „vernachlässigte“ Geschlecht in der Familienforschung. Zeitschrift für Familienforschung, Sonderheft 4. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. 2005.
- Trappe, Heike (2013a): Väter mit Elterngeldbezug: Nichts als ökonomisches Kalkül? Zeitschrift für Soziologie (ZfS), Jg. 42, Nr. 1. S. 28–51.
- Trappe, Heike (2013b): Väter mit Elterngeldbezug: zur Relevanz sozialstruktureller und ökonomischer Charakteristika im Partnerschaftskontext. In: Rusconi, Alessandra/Wimbauer, Christine/Motakef, Mona/Kortendiek, Beate/Berger, Peter A. (Hrsg.): Paare und Ungleichheit(en). Eine Verhältnisbestimmung. GENDER Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, Sonderheft 2. Verlag Barbara Budrich, Opladen. S. 165-191.
- Trappe, Heike (2013c): Väterzeit – das Elterngeld als Beschleuniger von Gleichstellung? Zeitschrift für Familienforschung (ZfF) Jg. 25, Nr. 2. S. 238–264.
- Villa, Paula-Irene (2011): Sexy Bodies. Eine soziologische Reise durch den Geschlechtskörper. 4. Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Vogt, Ann-Cathrin (2010): Warum Väter ihre Erwerbstätigkeit (nicht) unterbrechen. Ökonomische versus sozialpsychologische Determinanten der Inanspruchnahme von Elternzeit durch Väter. Rainer Hampp Verlag. München.
- Wagenknecht, Peter (2007): Was ist Heteronormativität? Zu Geschichte und Gehalt eines Begriffs. In: Hartmann, Jutta/Klesse, Christian/Wagenknecht, Peter/Fritzsche, Bettina/Hackmann, Kristina (Hrsg.): Heteronormativität. Empirische Studien zu Geschlecht, Sexualität und Macht. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. S. 17-34.
- Walter, Heinz (Hrsg.) Männer als Väter. Sozialwissenschaftliche Theorie und Empirie. Psychosozial-Verlag, Gießen. 2002.
- Walter, Heinz (Hrsg.): Vater wer bist du? Auf der Suche nach dem "hinreichend gutem" Vater. Klett-Cotta Verlag, Stuttgart. 2008.
- Walter, Heinz/Eickhorst, Andreas (Hrsg.): Das Väter-Handbuch. Theorie, Forschung, Praxis. Psychosozial-Verlag, Gießen. 2012.

- Werneck, Harald/Beham Martina/Palz Doris (Hrsg.): Aktive Vaterschaft. Männer zwischen Familie und Beruf. Psychosozial Verlag, Gießen. 2006.
- West, Candace/Fenstermaker, Sarah (1995): Doing Difference. Gender & Society, Vol. 9, Nr. 1. S. 8-37.
- West, Candace/Zimmerman, Don H. (1987): Doing Gender. Gender & Society, Vol. 1, Nr. 2. S. 125-151.
- Zerle, Claudia/Krok Isabelle (2009): Null Bock auf Familie!? Schwierige Wege junger Männer in die Vaterschaft. In: Jurczyk, Karin/Lange Andreas: Vaterwerden und Vatersein heute. Neue Wege - neue Chancen! Bertelsmannstiftung, Gütersloh. S. 121–140.

Benjamin Neumann, M.A.

studierte von 2009 bis 2012 an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg Soziologie (Master) und arbeitet derzeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Technischen Universität Dortmund in einem Forschungsprojekt zu „Vätern in Elternzeit. Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen zwischen Paarbeziehung und Betrieb“ welches zwischen Februar 2014 und Januar 2017 vom MERCATOR Research Center Ruhr gefördert wird.. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der soziologischen Geschlechterforschung (insb. Männlichkeits- und Väterforschung, Paarforschung, soziale Ungleichheiten und Gendertheorien). Seit 2012 arbeitet er an einer Dissertation zum Thema „Väter in Elternzeit. Eine Untersuchung von Aushandlungsprozessen innerhalb des Paarkontextes und deren Auswirkungen auf die paternale Elternzeitnahme“ (Arbeitstitel), welche das Thema „Väter und Elternzeit“ aus einer geschlechtersoziologischen Perspektive in den Blick nimmt.

Kontakt: benjamin.neumann@tu-dortmund.de

„Wer einfach zu faul ist, um Sport zu machen, SOLL unglücklich sein“

Eine raumsoziologische Analyse von Abwertungen Übergewichtiger am Beispiel YouTube

Simon Moebius

Abstract

Der Körper rückt derzeit immer stärker in den Fokus der (media- len) Öffentlichkeit. Das Ideal eines schlanken und trainierten Kör- pers wird dabei gerade für die Personen, die diesem Ideal nicht entsprechen, zu einer immer größeren Belastung. Abwertungen aufgrund von Übergewicht sind gerade im Internet mittlerweile all- täglich geworden. Deshalb beschäftigt sich der vorliegende Artikel mit der Frage, welche Logik sich hinter diesen Abwertungen im World Wide Web verbirgt. Da sich die Forschung zu sozialer Un- gleichheit im Netz aber hauptsächlich auf das Wissen als zentrale Ressource konzentriert, soll dafür ein neuer theoretischer Bezugs- rahmen geschaffen werden. Mithilfe der Verbindung zwischen Martina Löws Raumtheorie und Pierre Bourdieus Habitus- theorie wird aufgezeigt, wie die Praxis der Abwertung im Internet abläuft und welche Rolle dabei die strukturellen und technologischen Be- dingungen spielen. Durch die qualitative Analyse von YouTube- Kommentaren kann dabei gezeigt werden, warum die Abwertung von Übergewichtigen eine so hohe Legitimität besitzt.

Einleitung

In den letzten Jahren ist eine Wiederentdeckung des Körpers in der Soziologie zu verzeichnen (vgl. Schroer 2005: 7). Interessant daran ist rückblickend zunächst, dass etwas für Sozialität so Konstituierendes für fast ein halbes Jahrhundert aus dieser Disziplin ausgeblendet werden konnte. Erklärbar wird dieser Umstand durch die Aufhebung des Dualismus zwischen Körper und Geist in der philosophischen Anthropologie (vgl. ebd. 12). Auf diese Weise rückte die Kultur – als etwas vom Menschen Konstruiertes – in den Vordergrund. Für die Konsolidierung

der Soziologie als Fach war dieser Prozess notwendig, da er der jungen Disziplin einen eigenen Gegenstandsbereich ermöglichte, der Körper verlor aber im Gegenzug an Bedeutung, da er als (biologisch) vorgegeben angesehen wurde. Genau dieser Lücke widmet sich die Körpersoziologie in den letzten Jahren. Dabei wird der Körper als etwas gesellschaftlich Konstruiertes, aber auch Gesellschaft Konstruierendes begriffen. Über die Wechselwirkung zwischen Kultur und Körper gelingt so nicht nur eine erneute Beachtung des Körpers, sondern dieser wird sogar in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt. Wie wichtig dies ist, kann dabei leicht verdeutlicht werden. Denn Merkmale wie Geschlecht, Alter und Hautfarbe, genau wie Haltung, Akzent und Kleidung dienen den Menschen als erste Orientierungspunkte in Interaktionen (vgl. Funken 2005: 223). Darüber hinaus ist zu beobachten, dass der Körper in den Medien eine immer wichtigere Rolle spielt. Die Präsentation von (vermeintlich) idealen – und häufig retuschierten Personen – laufen dabei nach einem klaren Muster: schlanker, fitter, jünger. Der Körper wird zum Schauplatz der eigenen Identität (vgl. König 2011: 155f.). Dass diejenigen, die von diesem Ideal dabei am weitesten entfernt sind, Abwertungen vielfältiger Art ausgesetzt sind, kann deshalb nicht verwundern. Trotzdem wird dieses Merkmal bei der Forschung zu sozialer Ungleichheit größtenteils ausgeblendet. Das liegt zum einen daran, dass der Diskurs derzeit stark durch die zunehmende Exklusion aufgrund des vorherrschenden neoliberalen Wirtschaftssystems geprägt wird, andererseits aber auch daran, dass der Körper hier kaum Beachtung findet und eher als etwas (biologisch) Gegebenes und eben nicht sozial Konstruiertes gesehen wird. Dabei entspricht die Dimension des Übergewichts allen Merkmalen sozialer Ungleichheit. Definiert man diese nach Hradil als ungleiche Verteilung von „wertvollen Gütern“ (vgl. Hradil 2001: 30), wird deutlich, dass die negativen Assoziationen mit Übergewicht die *Chance* auf diese Güter verschlechtern. Denn Übergewichtige werden als weniger intelligent, weniger kompetent und weniger sympathisch wahrgenommen als schlanke Personen (vgl. Thiel 2007: 2, am Beispiel Jugendlicher). Das hat unter anderem einen Einfluss auf die Chancen im Bildungssystem und bei der Arbeitssuche als die zentralen Ressourcen in unserer Gesellschaft. Zudem ist so auch eine zweite Bedingung erfüllt, welche insbesondere in der Exklusionsdebatte zentral erscheint. Denn neben diesen strukturellen Faktoren ist

auch die symbolische Abwertung der Übergewichtigen als Gruppe gegeben (vgl. Sutterlüty 2010: 28). Ähnlich wie bei Arbeits- oder Obdachlosen liegt eine Herabsetzung dieser Personen vor, welche auf den kollektiven Vorstellungen zu diesen Merkmalen beruhen. Auf diese Weise wird Anerkennung – ebenfalls eine zentrale Ressource – verwehrt. Während aber beispielsweise die Abwertung von Arbeitslosen innerhalb der Exklusionsdebatte umfangreich beleuchtet wird (vgl. bspw. Heitmeyer & Mansel 2006), gibt es zur Abwertung von Übergewichtigen kaum Erkenntnisse.

Deshalb befasst sich der vorliegende Beitrag mit den Fragen, wie die Abwertung von Übergewichtigen abläuft und welche Gründe dafür vorhanden sind. Somit steht die Logik der Abwertung im Vordergrund, woraus Erkenntnisse über die Bedeutung des Körpergewichts in der heutigen Zeit gewonnen werden können. Zu diesem Zweck wurden Kommentare zu YouTube-Videos, in denen Übergewicht thematisiert wurde, mithilfe qualitativer Verfahren analysiert. Die Erhebung im Internet bietet sich dabei aus zwei Gründen an. Erstens liegen die Daten in natürlicher Form vor, sind also nicht durch den Forscher beeinflusst und zweitens sind im Netz häufig Verleumdungen, Beleidigungen und somit genau die Aussagen vorhanden, welche gut zur Analyse von Abwertungsprozessen geeignet sind. Das führt allerdings zu dem Problem, dass ein theoretischer Rahmen geschaffen werden muss, mithilfe dessen die Unterschiede der Interaktion im Internet und außerhalb dessen getrennt werden können. Gerade für die Betrachtung der symbolischen Dimension sozialer Ungleichheit im Internet gibt es bislang keine theoretische Fundierung. Deshalb soll in einem ersten Teil ein solcher Rahmen vorgestellt werden, mit dessen Hilfe soziale Ungleichheit im World Wide Web umfassend betrachtet werden kann. Dafür wird eine Verbindung zwischen Martina Löws Raumtheorie und Pierre Bourdieus Habituskonzept hergestellt und auf den virtuellen Raum übertragen. Im zweiten Teil wird dann das methodische Vorgehen erläutert, mit welchem die Daten gewonnen und ausgewertet wurden. Im dritten Abschnitt stehen dann die Ergebnisse zur Abwertung von Übergewichtigen im Vordergrund, wobei die Logik der Abwertung insbesondere in Bezug zu den strukturellen Bedingungen im Internet betrachtet werden sollen. In einem abschließenden Teil soll zudem der Frage nachgegangen wer-

den, ob die Ergebnisse eher Grund zur Sorge oder vielleicht sogar als Potenzial der neuen Medienlandschaft gesehen werden können.

Vom Medium zum virtuellen Raum

So leicht Daten zu verschiedenen Themen im Internet gewonnen werden können, so schwer gestaltet sich deren Einordnung bzw. Interpretation. Die anonymisierte Umgebung im Netz und der geschützte Raum, in dem agiert werden kann, werden häufig als Ursache dafür benannt, dass die Interaktion dort ungehemmter und aggressiver verläuft (vgl. Döring 2003: 270). Für Abwertungsprozesse spielt das eine zentrale Rolle, da nur unter Einbezug dieser Bedingungen bewertet werden kann, welche Teile der Aussagen der virtuellen Umgebung zuzurechnen sind und welche die tatsächlichen Meinungen der AkteurInnen widerspiegeln. Es ist also notwendig, einen theoretischen Rahmen zu entwickeln, welcher die gesonderten Interaktionsbedingungen im Internet in Bezug auf soziale Ungleichheit berücksichtigt.

Die aktuelle Literatur zu dem Thema bietet hierfür allerdings kaum Orientierung. Soziale Ungleichheit wird meist unter dem Aspekt der Wissensvermittlung untersucht, also der Frage, wer welches Wissen rezipiert und neuerdings auch der Frage, wer welches produziert (vgl. Zillien 2009: 56; Schradie 2011: 32). Zurückzuführen ist dies auf die historische Genese der Theorien. Die zentralen Annahmen entstammen der Wissensklutforschung aus den 1970er Jahren, bei der die Verteilung des Wissens schon in Bezug zum Fernsehen untersucht wurde (vgl. Zillien 2009: 70). Die symbolische Dimension sozialer Ungleichheit – in diesem Fall die Abwertung Übergewichtiger – kann damit aber kaum erklärt werden. Die Gründe dafür sind vielfältig. Erstens stellt die Fokussierung auf das Wissen als zentrale Ressource eine Einschränkung dar, welche Abwertungen von vornherein ausschließt. Untersucht wird nur, welches Wissen im Internet rezipiert wird. Die Ergebnisse aus Nicole Zilliens Studie zeigen dabei, dass Ungleichheit durch das Internet noch verschärft wird. Es herrscht das Matthäus-Prinzip: Wer hat, dem wird gegeben (vgl. ebd.). Konkret ist damit gemeint, dass Personen mit einer höheren Bildung (also mit mehr Wissen) eher Inhalte im Internet wählen, die informationsreich sind. Personen mit niedrigerer

Bildung dagegen wählen eher Unterhaltung (heißt: weniger Wissen). Auf diese Weise verstärken sich die ohnehin schon vorhandenen Unterschiede noch einmal. Die empirisch gut belegten Zusammenhänge verdeutlichen, welche Stellung das Wissen im Internet einnimmt. Beleuchtet werden aber nur die strukturellen Aspekte sozialer Ungleichheit. Allein mit Wissen als Ressource lassen sich aber Abwertungen nicht erklären. Die symbolische Dimension sozialer Ungleichheit kann auf diese Weise also nicht berücksichtigt werden. Dieser Umstand wird in ihrer Theorie sogar noch weiter manifestiert. Zillien geht davon aus, dass das Wissen eine so zentrale Stellung im Internet einnimmt, dass die Logik sozialer Ungleichheit umgekehrt wird. Nach Bourdieu transformieren AkteurInnen ökonomisches Kapital (Geld) in kulturelles, um auf diese Weise Distinktionsgewinne erzielen zu können (vgl. Rehbein 2006: 162). Zillien geht nun davon aus, dass sich dieser Prozess durch die steigende Bedeutung des Wissens umgekehrt hat. Die AkteurInnen nutzen nun das kulturelle Kapital (in Form von Wissen), um mehr ökonomisches Kapital zu generieren (vgl. Zillien 2009: 61). Das bedeutet, dass mehr Wissen von AkteurInnen mit einer höheren Bildung rezipiert wird, wodurch diese ihre Chancen auf einen guten Arbeitsplatz und ein höheres Gehalt steigern. Da aber symbolische Abwertungen auf dem Prinzip Bourdieus beruhen, können diese keine Beachtung in Theorien digitaler Ungleichheit finden.

Ein zweiter Grund dafür, dass symbolische Ungleichheit kaum erklärt werden kann, liegt in der Betrachtungsweise des Internets. Theorien, die das Wissen in den Fokus stellen, sehen das Internet als Medium, aus welchem sich die AkteurInnen (ungleich) bedienen. Damit stellt das Netz nur eine Hülle dar und ähnlich wie bei den klassischen Medien wird Ungleichheit mit der Verteilung der „wertvollen“ Inhalte gleichgesetzt. Wie Luhmann aber schon 1997 bemerkte, stellt das Internet kein Massenmedium dar (vgl. Laurin 1997: o.S.). Der wesentliche Unterschied zum Fernsehen oder Radio besteht darin, dass nicht wenige ProduzentInnen die Inhalte schaffen, die dann von den Massen rezipiert werden, sondern ein Großteil der NutzerInnen am Produktionsprozess beteiligt ist. Zwar wird die Produktion in neueren Theorien zur digitalen Ungleichheit mit einbezogen, allerdings wird damit nicht das erstgenannte Problem gelöst, dass die Analyse der Wissensverteilung nicht ausreicht. Denn was entsteht – und damit ist der dritte Grund benannt –

ist nicht nur eine Wechselwirkung zwischen Produktion und Rezeption, sondern schlicht Interaktion. Theorien, die Wissen als zentrale Ressource in Prozessen sozialer Ungleichheit betrachten, vernachlässigen die Emergenz, die aus den zahlreichen interdependenten sozialen Beziehungen im Internet entsteht. Genau hier muss aber angesetzt werden, um symbolische Abwertungsprozesse zu analysieren.

Damit können drei Bedingungen formuliert werden, welche notwendig sind, um die Abwertung von Übergewichtigen im Internet adäquat erfassen zu können. *Erstens* muss der Fokus auf das Wissen gelockert werden, um nicht nur strukturelle Aspekte, sondern auch symbolische Ungleichheit mit einbeziehen zu können. *Zweitens* darf das Internet nicht mehr als Hülle betrachtet werden, aus dem sich die AkteurInnen ungleich bedienen, sondern es muss *drittens* die Möglichkeit geschaffen werden, die vielfältigen Interaktionen – und hier insbesondere die Abwertungsprozesse – zu analysieren.

Dafür wird im Folgenden der Raumbegriff eingeführt, mit dessen Hilfe diese Bedingungen erfüllt werden können. Löw definiert Raum als „relationale (An-)Ordnung sozialer Güter und Personen“ (Löw 2001: 158) und wendet sich auf diese Weise gegen das bis dahin vorherrschende absolutistische euklidische Weltbild. In diesem wurde der Raum nur als etwas verstanden, in dem Handlungen stattfinden. Demgegenüber betont Löw, dass die räumlichen Aspekte mit den Menschen in Wechselwirkung stehen, wodurch Räume immer als Rahmen, aber auch Ergebnisse von Handlungen gesehen werden müssen. Dabei spielen das Spacing und die Synthese eine zentrale Rolle (vgl. ebd 159f.). Spacing meint bei Löw die Platzierungen, welche in Räumen vorgenommen werden. Das kann eine neue Couch im Wohnzimmer sein, wie auch ein Brunnen oder ein Gebäude in einer Stadt, aber auch Personen können an Orten platziert werden bzw. sich platzieren. Auf diese Weise werden Räume durch die Menschen konstituiert und sind nicht mehr bloß etwas außerhalb des Sozialen liegendes. In der Synthese werden die einzelnen Platzierungen nun in relationaler Weise verbunden. Was entsteht, ist eine Emergenz, die sich insbesondere in der Atmosphäre von Räumen ausdrückt. All das lässt sich nun auf das Internet übertragen. Auch hier finden sich relationale (An-)Ordnungen von sozialen Gütern und Personen wieder. Jedes soziale Netzwerk beispielsweise

wird von Menschen genutzt, die dort Dinge platzieren. Das Profilbild bei Facebook, ein Eintrag auf Twitter oder eben ein Kommentar auf YouTube können als Beispiele dienen. Dabei fällt auf, dass sich diese Platzierungen von denen in Räumen außerhalb des Internets unterscheiden. Denn im Netz liegen sie grundsätzlich in nicht-materieller Form vor. Während der Geruch in Krankenhäusern mit einem Unfall in der Kindheit verbunden werden oder der Bezug der neuen Couch kratzen kann, sind virtuelle Räume ausschließlich auf visuelle und auditive Eindrücke reduziert. Das soll aber weniger als Problem verstanden, sondern als systematischer Ausgangspunkt genutzt werden. Denn durch die fehlende Materialität im Internet ergeben sich grundlegende Veränderungen in der Konstitution von Räumen. Auch Löw befasst sich mit der Rolle von virtuellen Räumen (vgl. ebd. 94), da sie diese aber mehr als (dreidimensionale) Simulationen versteht, soll hier ein umfassenderes, aber auch abstrakteres Verständnis nahegelegt werden. Fasst man das Internet als Raum – und eben nicht als Medium – können so die Interaktionen von Personen im Verhältnis zu den relationalen (An-)Ordnungen analysiert werden. Damit sind zwei der oben genannten Bedingungen für die Betrachtung von Abwertungsprozessen erfüllt. Während Löw soziale Ungleichheit nun aber auf die Frage reduziert, wie die Chancen der Konstitution von Räumen verteilt sind (vgl. ebd. 210), soll der Fokus in diesem Artikel weiter geöffnet werden. Eine zentrale Frage lautet deshalb, wie sich die Praxis sozialer Ungleichheit im Internet verändert, wenn man von unterschiedlichen Bedingungen zwischen virtuellem und physischem Raum ausgeht. Es steht also nicht die Konstitution von Räumen im Vordergrund, sondern das Raumkonzept wird als analytische Kategorie, als Rahmen der Analyse verstanden.

Da soziale Ungleichheit aber nicht als die Chance, Räume zu konstituieren, gesehen werden soll, muss ein alternatives Konzept herangezogen werden. Dabei bietet sich Bourdieus Habitustheorie aus mehreren Gründen an. Erstens arbeitet auch Bourdieu mit dem Raumbegriff (vgl. Bourdieu 1991: 26). Während der physische und der physisch angelegene Raum bei Bourdieu aber – wie Löw zurecht kritisiert – einem absolutistischen Raumverständnis unterliegen (vgl. Löw 2001: 182), sollen diese mit der relationalen Denkweise verknüpft werden. Bezieht man diese Überlegungen auch auf Bourdieus sozialen Raum, kann dies leicht verdeutlicht werden. Der soziale Raum stellt bei Bourdieu „[die] Wech-

selbeziehungen zweier Räumen [dar] – dem der ökonomisch-sozialen Bedingungen und dem Lebensstile“ (Bourdieu 1987: 11f.). Demnach korreliert die Verteilung der verschiedenen Kapitalien bei Bourdieu mit einem spezifischen Klassenhabitus und damit einem jeweils eigenen Geschmack. Auf diese Weise verbindet er den Besitz (materieller und immaterieller) kultureller Güter mit einer symbolischen Komponente, nämlich der konstruierten Wertigkeit dieser Güter. Aus diesen folgen Abgrenzungsprozesse, welche er als Distinktion beschreibt (vgl. ebd. 162). In Bezug auf die oben genannte Fragestellung kann so die Verbindung zwischen strukturellen Faktoren und der symbolischen Abwertung hergestellt werden. Bezieht man den Raum als Strukturmerkmal mit ein, kann auf diese Weise auch Bourdieus Theorie auf das Internet angewendet werden. Wie beschrieben, stellt die fehlende Materialität im Internet die zentrale Differenz zum physischen Raum dar und dies hat massive Auswirkungen auf seine strukturellen Bedingungen im Internet. Denn erstens findet die Kommunikation überwiegend in schriftlicher Form statt. Diese Veränderung geht eng einher mit der Zeitlichkeit im Netz (vgl. Becker 2005: 25), denn die Praxis manifestiert sich über einen längeren Zeitraum. Geschriebenes bleibt in vielen Fällen dauerhaft bestehen, die Reaktionen müssen nicht unmittelbar erfolgen, sondern können zeitlich versetzt eintreten. Im Extremfall kann eine Antwort auf eine Frage erst Jahre später erfolgen. Für Abwertungsprozesse bedeutet das, dass auf Beleidigungen oder Abgrenzungen bedachter, überlegter, aber natürlich ebenso impulsiv geantwortet werden kann. Neben diesen strukturellen Faktoren wirken sich die räumlichen Unterschiede aber auch auf den Habitus aus. Der Habitus wird bei Bourdieu als Wahrnehmungs-, Denk- und Bewertungsschemata verstanden, wobei aus der Inkorporierung der verschiedenen Kapitalien bestimmte habituelle Dispositionen entstehen (vgl. Rehbein 2006: 167). Diese bestimmen den Geschmack, wodurch der Habitus selbst wieder als Ausgangspunkt für die Praxis dient. Der Habitus ist strukturierte und strukturierende Struktur (vgl. Bourdieu 1987: 279). Der Begriff der Inkorporierung ist dabei wörtlich zu nehmen. Die Dispositionen schreiben sich in den Körper ein, manifestieren sich beispielsweise in Haltung und Aussprache und ergeben so die „feinen Unterschiede“. Der Körper dient nach Bourdieu als Zeichengeber für die gesellschaftliche Stellung (Korte 2010: 250). Damit sind es nicht nur Geschlecht, Alter

und Hautfarbe, welche dem Gegenüber Informationen vermitteln, sondern auch die habituellen Dispositionen. Fehlende Materialität im Netz bedeutet nun, dass der Körper in den meisten Fällen nicht sichtbar ist. Damit fällt ein zentrales Orientierungsmerkmal bei Prozessen sozialer Ungleichheit weg. Trotzdem ist es falsch, von Körperlosigkeit im Internet zu sprechen. Über das Prinzip der Bilokalität nach Markus Schroer kann man verdeutlichen, dass der Körper auch bei der Praxis im Internet beteiligt ist (vgl. Schroer 2003). Denn zu diesem Zeitpunkt werden zwei Räume gleichzeitig konstituiert, einmal der physische, beim Sitzen vor dem Computer und einmal der virtuelle, bei der Interaktion im Netz. Dies ist aus zwei Gründen interessant. Erstens bedarf es so körperlicher Repräsentationen, um Informationen mitzuteilen, die im physischen Raum gesehen werden könnten (wobei wieder die Dominanz der Schrift hervorzuheben ist). Dabei tritt aber eine Reflexion ein, die diese Information auch bewusst verändern kann (beispielsweise kann vor dem Bildschirm gelacht werden, aber ein Emoticon kann gleichzeitig im Netz Traurigkeit ausdrücken). Zweitens kann so die Verbindung zwischen beiden Räumen aufgezeigt werden. Die Praxis im Internet kann nur verstanden werden, wenn von einer habituellen Gleichzeitigkeit im physischen und virtuellen Raum ausgegangen wird. Das bedeutet auch, dass es sich um die gleichen Dispositionen und damit auch um den gleichen Geschmack von einzelnen AkteurInnen handelt, die Praxis im Internet also auf grundlegend ähnliche Ursachen zurückzuführen ist, wie die im physischen Raum. Von der Differenz, die sich aus der fehlenden Materialität ergibt, bleibt der Habitus weitestgehend unberührt.¹ Was sich aber aus der fehlenden Sichtbarkeit des Körpers ergibt, ist eine grundlegende Veränderung der Praxis im Internet. Die Praxis fungiert bei Bourdieu als Reproduktionsinstanz für soziale Ungleichheit. Über die habituellen Dispositionen strukturiert, stellt die konkrete situative Praxis den Ausdruck des Geschmacks dar. Abwertungsprozesse werden also nur in der Praxis sichtbar, weshalb hier für eine Analyse

¹ Deshalb ist es verfehlt, von einem „virtuellen Habitus“ zu sprechen. Dieser meint häufig die Voraussetzungen, Vorgänge im Internet technisch zu beherrschen oder entsprechendes Wissen darüber zu besitzen. Ein vom Physischen losgelöster Habitus ist allerdings nicht denkbar, wenn man von der Inkorporierung ausgeht. Gemeint ist hier eher virtuelles Kapital, was aber klar vom Habitusbegriff zu trennen ist.

angesetzt werden muss. Die strukturellen Veränderungen, also die Schriftlichkeit und Unmittelbarkeit wirken dabei genauso auf die Praxis, wie die fehlende Sichtbarkeit des Körpers. Das heißt trotz der gleichen habituellen Dispositionen von AkteurInnen sind die Ergebnisse der Praxis im Internet potenziell verschieden. Da Bourdieu über die Praxis die erneute Anbindung an die Struktur findet, kann so auch von einer strukturellen Veränderung ausgegangen werden. Damit ist gemeint, dass sich die Wertigkeit von Kapitalien verschiebt. Körperliches Kapital verliert im Netz an Bedeutung, schriftliches wird zulasten des mündlichen Kapitals aufgewertet. Dies wirkt sich erneut auf den Habitus und damit wieder auf die weitere Praxis aus.

Festzuhalten ist also eine dreifache Unterscheidung zwischen virtuellem und physischem Raum. Erstens liegt eine *räumliche Differenz* vor, die sich in einer Dominanz der Schrift, sowie einer Unmittelbarkeit ausdrückt. Auf *habituellem Ebene* kann zweitens eine *Einheitlichkeit bzw. Gleichzeitigkeit* festgestellt werden. Auf Praxisebene kann zudem von einer *situativen Differenz* gesprochen werden. Mit der Kategorie des Raumes sind also alle Bedingungen für die Analyse von Abwertungsprozessen im Internet gegeben. Es ist möglich, abseits vom Wissen als zentraler Ressource die Interaktionen im Netz zu beschreiben und mithilfe der Habitusstheorie auch die symbolischen Abwertungen in Relation zu den strukturellen Merkmalen zu erklären. Bevor nun YouTube als Raum vorgestellt werden soll, wird zunächst noch das methodische Vorgehen erläutert.

Methodisches Vorgehen

Als methodologische Grundlage für die Analyse der YouTube-Kommentare wurde die Grounded Theory ausgewählt. Gerade eine qualitative Annäherung an das Thema bietet sich an, um theoretische Schlüsse aus der analysierten Praxis ziehen zu können. Um auch aktuelle Literatur mit berücksichtigen zu können, wurde das Vorgehen nach Strauß und Corbin realisiert (vgl. Strauß 1998). Hier steht der hermeneutische Zirkelprozess zwischen Daten und Theoriebildung im Vordergrund, allerdings ist der Abgleich mit bereits bestehenden Theorien eher möglich als bei der Verfahrensweise nach Glaser (vgl. Strübing

2011: 268). Als Datenbasis wurde auf Kommentare zu verschiedenen YouTube-Videos zurückgegriffen. Dabei wurden die Videos an sich nur als Eingangsimpuls für die eigentliche Analyse der Kommentare verstanden und inhaltliche Aspekte nur hervorgehoben, wenn diese für das Verständnis der Kommentare notwendig war. Das erste Video wurde mithilfe einer einfachen Zufallsstichprobe aus acht willkürlich ausgewählten Videos ermittelt. Die Auswahl erfolgt dabei erstens aufgrund einer fast durchweg negativen Bewertung des Inhalts, was die Vermutung nahe legt, dass es dort zu Abwertungsprozessen (welcher Art auch immer) kommt, das zweite war das Kriterium einer nicht-kommerziellen Intention der Erstellerin / des Erstellers, da die Abwertung sich nicht auf schon bekannte KünstlerInnen beziehen sollte. Drittens stand der Aspekt eines selbst gedrehten Musikvideos im Vordergrund, was vorrangig der Vergleichbarkeit der Videos dienen und zudem eine Besonderheit auf YouTube berücksichtigen sollte (YouTube heißt übersetzt so viel wie „Du sendest“). Nach der zufälligen Auswahl des ersten Videos und der Exploration erster vorläufiger Codes wurde dann mithilfe des Theoretical Sampling vorgegangen, was bedeutet, dass andere Videos aufgrund ihrer Nähe oder Ferne zu den ermittelten Codes bzw. Merkmalen der Videos ausgewählt wurden. Zentrale Aspekte waren dabei das Geschlecht der ProtagonistInnen, die Bewertung der Videos (sowohl negative als auch positive) sowie das schlussendlich bedeutende Merkmal des Übergewichts der zu sehenden AkteurInnen in Abgrenzung zum „Normalgewicht“. Am Ende des Kodierprozesses, der vom 27.04.2012 bis zum 16.08.2012 verlief, wurden ca. 2.000 Kommentare zu fünf verschiedenen Videos analysiert. Die Anzahl der Seitenbesuche variierte dabei zwischen 16.000 und 700.000, die Anzahl der Kommentare zu den Videos zwischen 250 und 2.250.

Der Raum YouTube

Wird YouTube nun als Raum definiert, lassen sich die räumlichen Strukturen als Vorbedingung für die konkreten Interaktionen – und hier insbesondere die Abwertungen – fassen. Dabei sind zwei Aspekte zentral. Erstens lässt sich aus den Möglichkeiten der Platzierung ein Interaktionsrahmen ableiten, welcher für YouTube als Ganzes gilt. Hier rückt der Körper wieder in der Fokus der Betrachtung. Zwar liegt dieser auch

auf YouTube nur in immaterieller Form vor, aber durch die Möglichkeit, Videos einzustellen, werden Körper zumindest wieder sichtbar. Dabei unterliegt diese Sichtbarkeit allerdings einer Asymmetrie, da die ProtagonistInnen der Videos zwar gesehen werden, KommentatorInnen hingegen körperlich unerkannt bleiben können. Somit entsteht in Bezug auf Abwertungsprozesse die Möglichkeit, die Informationen aus den Videos zu nutzen, um die ProtagonistInnen zu diffamieren, ohne selbst in diese Gefahr zu geraten. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit, Abwertungen tatsächlich zu äußern. Gerade deshalb ist es zweitens interessant zu beobachten, dass sich eine Legitimationsstruktur ausbildet, welche diese Möglichkeit zudem noch unterstützt. So finden sich in den Kommentaren Hinweise, dass die Plattform explizit zur Diffamierung genutzt werden kann (und darf).

YouTube-NutzerIn 1:

„wozu kann man den komentare schreiben ? [...]

Aber wenn die schon sowas ins internet stellt!

Muss die halt auch damit rechnen , das sie kritik einstecken muss!„²

Kommentare dieser Art finden sich häufig, wobei hier nicht die ProtagonistInnen, sondern die Plattform an sich im Vordergrund steht. Unabhängig von den Inhalten der Videos werden so Zuschreibungen zu YouTube (re)produziert, die als Vorbedingung für die einzelnen Abwertungen betrachtet werden können.

YouTube-NutzerIn 2:

„booarr wiso lasst youtube sowat zuuuuu das ist einfach nur“

YouTube-NutzerIn 3:

„Wer so ein Video hochlädt, hat auch nicht's anderes als beleidigungen verdient.. [...]“

² Die Kommentare werden in ihrer orthografischen und grammatikalischen Form beibehalten und nur bei Unklarheiten erläutert.

Anhand dieser Kommentare kann gut aufgezeigt werden, wie sich die einzelnen Raum-Ebenen gegenseitig bedingen. Auf den einzelnen YouTube-Seiten (bzw. Räumen) trägt die Praxis in Form von Kommentaren und dem Hochladen von Videos zur Konstitution von YouTube als Ganzem bei. Dabei liegt allerdings eine Wechselwirkung vor, denn auch die Zuschreibungen von YouTube als Ganzes werden genutzt, um die Praxis in den einzelnen Räumen zu legitimieren. Ähnlich verhält es sich beim Blick auf die höher gelegene Ebene. Wird YouTube in Relation zu anderen Internetplattformen gesetzt, wird deutlich, dass die Legitimität und die Ausdrucksweise durch die strukturellen Bedingungen (beispielsweise die Kontrolle durch Moderatoren) und die Zuschreibungen der Seiten beeinflusst werden. So wird auf YouTube ein niedriges Niveau „beklagt“, andere Internetseiten dagegen als eher niveaull beschreiben (wie z.B. tagesschau.de). Das wiederum wirkt sich auf die potenziell realisierbare Praxis in den einzelnen Räumen aus. Doch nicht nur innerhalb des virtuellen Raums kann diese relationale (An-)Ordnung beobachtet werden. Auch der virtuelle Raum als Entität im Vergleich zum physischen Raum unterliegt einer solchen Konstruktion. Anhand von Begrifflichkeiten wie „rechtsfreier Raum“ oder „freiheitliche Utopie“ kann aufgezeigt werden, dass die Praxis in beiden Räumen stark von Zuschreibungen gerahmt und somit nicht nur von situationsabhängigen Faktoren beeinflusst wird, sondern eben auch von strukturellen Bedingungen. Für die Analyse der YouTube-Kommentare bedeutet das, dass die Asymmetrie der Sichtbarkeit und die Zuschreibungen als Vorbedingung für die konkreten Abwertungen auf YouTube gesehen werden muss. Nur so können die teilweise massiven Anfeindungen im Kontext verstanden werden.

Interaktionsstruktur auf YouTube

Ein weiterer Punkt, der zum Verständnis der Abwertungen von Übergewichtigen beitragen kann, ist die Analyse der Interaktionsstruktur. Dabei konnten drei Idealtypen ausgemacht werden, welche enorm zur Dynamik in den Diskussionen beitragen. Als erstes sind dabei die *AgitatorInnen* zu nennen. Personen dieser Gruppe initiieren meistens eine Diskussion, indem überspitzte, sehr einseitige und häufig auch beleidigende Kommentare zu den ProtagonistInnen in den Videos geäußert

werden. Diese Kommentare bilden die Grundlage für anschließende Kommentare, für die zwei weitere Idealtypen ausgemacht werden konnten. Die *ModeratorInnen* schreiten meist aufgrund der Aussagen von *AgitatorInnen* ein. Sie verteidigen die ProtagonistInnen der Videos bzw. versuchen die Beleidigungen einzuschränken. Dies gelingt in vielen Fällen jedoch nicht, was meist hitzige Diskussionen hervorbringt. Die dritte Gruppe bilden die *MitläuferInnen*. Sie äußern sich nur zu bereits bestehenden Kommentaren, bestätigen oder relativieren diese also. Meist bestehen die Kommentare der *MitläuferInnen* nur aus zustimmenden Floskeln, dennoch sind diese in der Analyse von großer Bedeutung. Durch sie zeichnet sich die Zustimmung und damit auch die Legitimität der Abwertungen ab, was neben den „Likes“ zu den Kommentaren einen enormen Einfluss auf die Diskussionen hat. Hinzu kommt, dass die Kommentare der *AgitatorInnen* meist direkt auf die ProtagonistInnen in den Videos bezogen sind, die kritische Reaktion der *ModeratorInnen* dagegen von diesen Personen ablenken und die angesprochenen Merkmale der Abwertung generalisieren. So wird nicht mehr über die übergewichtige Person im Video gesprochen, sondern über Übergewichtige im Allgemeinen. Ab diesem Zeitpunkt handelt es sich also nicht mehr nur um Mobbing³, sondern um (Aushandlungs-)prozesse sozialer Ungleichheit. Deshalb soll im Folgenden die Logik der Abwertung von Übergewichtigen aufgezeigt werden, zuvor wird jedoch noch der aktuelle Forschungsstand zu diesem Thema beleuchtet.

Zur Abwertung Übergewichtiger

Wie bereits angesprochen, stellt das Übergewicht ein vernachlässigtes Thema in der Soziologie dar. Die wenigen existierenden Studien zeigen jedoch, dass Übergewichtige als weniger intelligent und auch weniger sympathisch wahrgenommen werden als normalgewichtige Personen (vgl. Thiel 2007: 2, am Beispiel Jugendlicher) und ihnen häufig Charakterzüge wie „Nachlässigkeit, Faulheit und Dummheit“ (Ried 2010: 182,

³ Dieses wird definiert über die systematische Abwertung einer Person, um die eigene Stellung in einer Gruppe zu stärken (vgl. Schäfer & Herpel 2010: 23).

unabhängig vom Alter) zugeschrieben werden. Gerade im Zuge einer immer größer werdenden Bedeutung des Körpers und der Idealisierung einer schlanken und trainierten Figur, welche insbesondere durch die Medien vermittelt wird, gewinnt das Übergewicht an stigmatisierender Wirkung. Dabei gilt das Vorurteil „Dick gleich dumm“. Statistisch ist diese Korrelation zwar festzustellen, jedoch stellt sich die wissenschaftliche Erklärung anders dar, als die Zuschreibungen vermuten lassen (vgl. ebd. 191). Nicht das Übergewicht führt zu einer niedrigeren Bildung, sondern die Bildung hat einen Einfluss auf das Körpergewicht. Mit Bourdieu kann verdeutlicht werden, dass mit der formalen Bildung und auch dem Wissen Lebensstile einhergehen, die für die anhand dieser Merkmale konstruierten Klassen spezifisch sind. So hat die Bildung einen Einfluss auf das Ernährungsverhalten, darauf, wie häufig sich sportlich betätigt wird und auch, ob mehr oder weniger Tabak und Alkohol konsumiert werden (vgl. bspw. Hurrelmann & Richter 2013). Die Wahrscheinlichkeit, bei all diesen Faktoren mit einer höheren Bildung besser abzuschneiden, wirkt sich auch auf das Körpergewicht aus. Dazu spielen auch räumliche Aspekte eine Rolle. So ist beispielsweise die Dichte an Bioläden, welche auf eine bewusste Ernährung hinweisen, in Stadtteilen, welche von eher bildungshöheren Personen bewohnt werden, höher als in „sozialen Brennpunkten“ (vgl. Richter 2012: 8). Übergewicht ist also stark strukturell verankert und zieht zahlreiche Zuschreibungen nach sich, welche eine hohe Legitimität besitzen. So titelt die Frankfurter Allgemeine Zeitung 2012: „Fettleibige Menschen haben geringeres Denkvermögen“ (Schmitt 2012: o. S.) und schließt sich damit dem gängigen Vorurteil an. Interessant ist dabei die umgekehrte Kausalität in der Argumentation. Nicht die fehlende Bildung „mache dick“, sondern das Übergewicht dumm. Genau diese Logik spiegelt sich auch in den YouTube-Kommentaren wider. Neben einer Verallgemeinerung auf alle Übergewichtigen fungiert die „mangelnde Intelligenz“ besonders gut, um die Korrelation als eine natürliche erscheinen zu lassen. Die sprachlichen Abgrenzungen rekurren immer auf diesen biologischen Umstand und verschaffen damit eine hohe Legitimität. Wie die Abwertungen jedoch in der Praxis ablaufen, wurde bislang kaum untersucht. Wie fruchtbar so eine Analyse jedoch sein kann, soll deshalb anhand der YouTube-Kommentare verdeutlicht werden.

Dabei fällt zunächst auf, dass die übergewichtigen ProtagonistInnen einer Vielzahl von Vorurteilen und Abwertungen unterliegen. So wird die naheliegende Verbindung vom Konsum ungesunder Lebensmittel und Übergewicht genutzt, um die Personen in den Videos zu diffamieren. Immer wieder wird ein übermäßiger Konsum von Fastfood, Fettigem und Süßigkeiten unterstellt, was einen ersten Hinweis darauf gibt, dass das Übergewicht der ProtagonistInnen aus einer Selbstverschuldung resultiert. Jedoch bleibt es selten bei dem Vorwurf, die Betroffenen würden zu viel essen. Im Gegenteil werden daraus charakterliche Defizite und Vorwürfe abgeleitet, die sich auf alle Lebensbereiche erstrecken.

YouTube-NutzerIn 4:

„besingt die dicke da ein snickers oder wen liebt sie sonst mehr als alles andere?“

YouTube-NutzerIn 5:

„mal ehrlich so wie du aussiehst brauchst dich nicht wundern das deine wünsche nicht in erfüllung gehn !!“

Partnerschaft, Freundschaft und auch einfache Anerkennung sind Dinge, die die *AgitatorInnen* den ProtagonistInnen in den Videos absprechen und das nur aufgrund des Körpergewichts. Als zentrale Mechanismen haben sich dabei die Beleidigung und der Humor – also das Auslachen – herauskristallisiert. Beides sind wirksame Mittel, die übergewichtigen Personen zu diffamieren. Hinzu kommt, dass manche Kommentare klare Argumentationen verfolgen („Wer dick ist, der/die...“), andere jedoch rein emotional auf die gezeigten Personen reagieren.

YouTube-NutzerIn 6:

„du ferfiktes fettes kind du fette fette fette fette schlampe eysowas regt mich immer volll auffffff“

Die Vehemenz, mit der die Abneigung gezeigt wird, stellt dabei keine Ausnahme dar, sondern die Regel. Die Mehrheit der Kommentare würde den Tatbestand der Beleidigung oder Nötigung erfüllen, was auch für die wahrgenommene Legitimität der Äußerungen spricht. Auch Drohungen finden sich regelmäßig in den Kommentaren.

YouTube-NutzerIn 7:

„ich würde aufsteh, zu dir rüber gehn und dir auf die fresse hauen.“

YouTube-NutzerIn 8:

„WIE FETT UND HÄSSLIG MAN EYY DER DICH AUF DIE ERDE GEBRACHT HAT GEHÖRT ERSCHOSSEN !!“

Dass diese tatsächlich umgesetzt werden, ist unwahrscheinlich⁴, aber was diese Kommentare zeigen, sind die Implikationen, welche mit dem Übergewicht einhergehen. Allein aufgrund dieses Merkmals werden die Personen in jeder erdenklichen Weise abgewertet⁵.

Während bislang aber nur Kommentare von *AgitatorInnen* betrachtet wurden, ist es für die Analyse sehr fruchtbar, auch die der *ModeratorInnen* mit einzubeziehen. Dabei fällt auf, dass gegen die Anfeindungen kaum Argumente vorgebracht werden können. Deshalb reagieren die *ModeratorInnen* meist selbst mit Beleidigungen auf *AgitatorInnen*. Eine Ausnahme ist jedoch festzustellen.

YouTube-NutzerIn 9:

„Was seid ihr den für Menschen -.-“

Vill hat die eine Krankheit und deswegen ist die nicht Dünn. [...]"

Wird die Möglichkeit einer Krankheit in den Raum gestellt, wird darauf von den *AgitatorInnen* meist in der gleichen Weise reagiert.

⁴ Das zeigt sich am Beispiel einer Protagonistin, die aufgrund ihres Übergewichts einer massiven Diffamierung ausgesetzt ist. Diese hat neben dem analysierten Video noch ein anderes eingestellt, worin sie ihren vollen Namen nennt und auch ihre Adresse erkennbar wird. Obwohl vereinzelte Hinweise darauf im analysierten Video folgen, bleibt das Interesse daran sehr gering. Auch hier wird deutlich, dass es nicht um die Person im Video geht, sondern um die Abwertung von Übergewichtigen im Allgemeinen.

⁵ Die einzige Ausnahme stellt allerdings die Kleidung der ProtagonistInnen dar, die kaum Beachtung findet.

YouTube-NutzerIn 10:

„Natürlich darf man Fett sagen, es kommt immerwieder diese scheiß Aussage 'vllt können sie ja garnichts dafür'... JA, vllt können 2% nichts dafür, der rest davon ist einfach nur widerlich Fett.“

Hier wird noch deutlicher, dass den Übergewichtigen eine Selbstverschuldung unterstellt wird. Diese stellt den zentralen Grund für die hohe Legitimität der Abwertung dar. Schlank sein wird als Frage des Willens dargestellt und wer nicht in der Lage ist, dies zu erreichen, gilt als faul, dumm und unfähig. Der Versuch, die ProtagonistInnen mit dem Argument der Krankheit in Schutz zu nehmen, schlägt dabei oft fehl, weil schlicht unterstellt wird, dass diese nicht vorliegt. Bemerkenswert ist dabei, dass andere Argumente nicht hervorgebracht werden. Auch darin liegt die hohe Legitimität der Abwertungen begründet.

YouTube-NutzerIn 11 – Antwort an YouTube-NutzerIn 12:

„Du kannst mir erzählen was du willst jeder dicke mensch will abnehmen und was willst du denn bitte in diesem leben erreichen? du bekommst keine jungs, du hast freunde die entweder hässlich sind oder genau so fett sind wie du.. also kannst du mir nicht erzählen das du es einfach hinnimmst ;) den ganz tief in dir drin weisst du das du unglücklich bist“

YouTube-NutzerIn 12 – Antwort an YouTube-NutzerIn 11:

„[...] du weisst schon das viele dicke menschen on solchen leuten wir dir "krank" werden, & sich umbringen etc?? aber das freut dich sicher & du dekst " JEA EIN DICKEN MENSCHWENIGER" ? boah ne geht gar nicht.“

YouTube-NutzerIn 11 – Antwort an YouTube-NutzerIn 12:

„[...] wenn diese "dicken" menschen ihren fetten arsch bewegen würden wären sie auch nicht fett also ist es eine sache der psyche und wer einfach zu faul ist um sport zu machen SOLL unglücklich sein.“

Ein Merkmal ist allerdings in der Lage, die Abwertungen enorm einzudämmen. In einem der analysierten Videos wird relativ früh in den Kommentaren vermutet, dass der gezeigte – ebenfalls übergewichtige – Mann eine Behinderung haben könnte. Nachdem auch hier die *Agitator-*

Innen schnell provokante Diffamierungen in den Raum stellen, ändert sich aber der Verlauf der Diskussion entscheidend. Allein die Vermutung, der Mann könnte das Down-Syndrom haben, lässt den Rückhalt der *MitläuferInnen* für diese Art von Kommentaren drastisch sinken. Es finden sich nur noch wenige zustimmende Äußerungen, die Abwertungen der *AgitatorInnen* verlieren an Gewicht. Zudem können *ModeratorInnen* nun mit dem Argument der Behinderung in die Diskussion eingreifen. Diese erfüllt gerade nicht den Verdacht der Selbstverschuldung, welches sich beim Übergewicht noch deutlich herauskristallisierte.

YouTube-NutzerIn 13:

„Der arme Mann. Er ist, davon gehe ich aus, behindert. Über sowas macht man keine Witze.“

Schlagartig wird der Ton von Seiten der *ModeratorInnen* sachlicher, Rechtschreibung und Orthografie werden – wie sonst kaum – eingehalten und den Diffamierungen der *AgitatorInnen* wird vehement begegnet. Dabei ist interessant, dass das Merkmal der Behinderung das des Übergewichts zu überlagern scheint. Die vermutete geistige Beeinträchtigung lässt alle zuvor genutzten Mittel der Abwertung wirkungslos erscheinen. Die Konsequenzen davon sind weitreichend. Es wird sich nicht mehr lustig gemacht, sondern Respekt für den Mut (in diesem Fall in einer Straßenbahn zu singen) geäußert, obwohl in einem anderen Video der Umstand, dass in einem Zug gesungen wird, immer wieder Anlass für die Abwertungen ist. Statt die ProtagonistInnen der Videos zu beleidigen, sie aufzufordern zu verschwinden oder das Video aus YouTube herauszunehmen, wird der Mann mit der vermuteten Behinderung als „Held“ beschrieben, „Idol“, jemand, den man „gerne als Freund hätte“. Statt Aggression schlägt ihm Freundlichkeit entgegen. Und es sind kaum noch Drohungen zu lesen, sondern die KommentatorInnen beschreiben, dass sie gerne mitgetanzt hätten, wären sie in der Straßenbahn gewesen. Hinzu kommt, dass den wenigen diffamierenden Äußerungen der *AgitatorInnen* beispielsweise mit Anzeigen gedroht wird (sowohl bei YouTube als auch bei der Polizei). Dieser Umstand und der geringe Rückhalt durch die *MitläuferInnen*, lässt die diffamierenden Äußerungen im Verlauf der Diskussionen immer weniger wer-

den. Allein der Verdacht genügt, um den übergewichtigen Mann und damit auch Übergewichtige im Allgemeinen in Schutz zu nehmen.

YouTube-NutzerIn 14:

„Allein wenn ich schon lese, "FETTER MANN" könnt ich grad denjenigen aufs Maul haun.- macht euch lieber über Magersüchtige lustig!“

An diesem Kommentar wird deutlich, dass das Körpergewicht im Allgemeinen einer Konstruktion unterliegt, die sich am Ideal eines schlanken Körpers orientiert. Der Verfasser des Kommentars versucht die Diffamierungen von dem verteidigten Protagonisten auf den anderen Pol der Skala – nämlich die Magersucht – zu lenken. Solche Äußerungen finden sich nur in dem Video zu dem vermeintlich behinderten Mann, diese geben aber Aufschluss darüber, warum es gerade die Übergewichtigen sind, die zur Zielscheibe der Abwertungen werden. Das lässt sich besonders an den Reaktionen zu diesem Kommentar aufzeigen.

YouTube-NutzerIn 15 – Antwort an YouTube-NutzerIn 14:

*„also über fette darf man nix sagen, aber über magersüchtige schon. geniale logik, da ja die fetten im gegensatz zu den magersüchtigen nix dafür können?!?
ungefähr so clever wie:sag ja nichts gegen dunkelhäutige, aber juden darfst du ruhig beschimpfen. du verzapfst 1A bullshit. selber fett?“*

YouTube-NutzerIn 16 – Antwort an YouTube-NutzerIn 14:

„tja wahrscheinlich, weil du auch fett bist.“

Wieder wird hier das Argument der Selbstverschuldung von Übergewichtigen genannt. Dem Versuch, die Beleidigungen in Richtung Bulimie bzw. Anorexie zu lenken, wird mit dem Argument der Krankheit begegnet, was verdeutlicht, dass diese vermeintliche Schuld hier nicht vorliegt. Hinzu kommt, dass direkt vermutet wird, dass der/die VerfasserIn selbst übergewichtig ist, was erneut eine Abwertung zur Folge hat. Doch auch weitere Antworten sind aufschlussreich.

YouTube-NutzerIn 17 – Antwort an YouTube-NutzerIn 14:
*"Sag du nicht macht euch über magersüchtige lustig.-. Ich hab zufällig ein Problem mit meinem Gewicht, ich bin 1,86 groß und wiege gerade mal knappe 60 Kilo und das obwohl ich durchschnittlich viel wenn nicht mehr esse
Es gibt dünne und dicke Menschen, die etwas dafür können, aber genauso Menschen in beiden Kategorien die es sich nicht aussuchen können..."*

YouTube-NutzerIn 18 – Antwort an YouTube-NutzerIn 14:
*„warum über magersüchtige lustig machen !?!
findest du lustig nur 30 kilo zu wiegen wen du 26 jahre alt bist und jeden tag dein blutdruck zu niedrig ist oder dein kreislauf zussamen bricht NEIN also gusch !“*

Denn es melden sich umgehend Personen, die von Anorexie betroffen sind und beschreiben die negativen körperlichen Auswirkungen. Ähnliche Symptome sind auch bei Adipositas festzustellen, trotzdem äußert sich zu keinem der analysierten Videos eine übergewichtige Person in ähnlicher Weise. Im Gegenteil gibt es nur eine handvoll KommentatorInnen, die sich überhaupt als übergewichtig beschreiben. Hier scheint die Hemmschwelle sehr groß zu sein, da in diesem Fall persönliche (und eben nicht mehr allgemeine) Beleidigungen folgen. Bei Magersucht ist das nicht der Fall. Die Anerkennung als Krankheit steht der Selbstverschuldung entgegen, wodurch Abwertungen ausbleiben. So lassen sich drei konstruierte Punkte beim Gewicht feststellen. Der idealisierte, schlanke Körper wird als erstrebenswerte und erreichbare Normalität benannt. Das Unterschreiten einer (medizinischen) Grenze in Richtung Untergewicht wird mit dem Argument der Krankheit vor Abwertungen geschützt. So bleibt nur das Übergewicht, welches durch die vermeintliche Selbstverschuldung prädestiniert ist für Beleidigungen, wodurch seine stigmatisierende Wirkung in umfassender Weise über die Kommentare (re-)produziert wird.

Allein die Analyse der Kommentare reicht allerdings nicht aus, um die Abwertungsmechanismen vollständig zu verstehen. Wie im Laufe der Analyse deutlich wurde, handelt es sich bei den KommentatorInnen überwiegend um Jugendliche. Dieser Altersgruppe kommt bei der Bedeutung von körperlichen Aspekten eine gesonderte Rolle zu. Diese

Lebensphase zeichnet sich dadurch aus, dass die Jugendlichen lernen, Körper zu haben und Leib zu sein, also die Differenz zwischen außen und innen herzustellen (vgl. Niekrentz & Witte 2011: 8). Die Wirkung auf andere wird – auch über unterschiedliche Identitäten – erprobt, wodurch auch die Abgrenzung zum Übergewicht eine besondere Rolle einnimmt. Auch in den Kommentaren spiegelt sich diese Ambivalenz wider, das Thema Jugend wird immer wieder mit in die Diskussionen eingebracht. So ist es ein – wenn auch wenig erfolgreiches – Mittel von *ModeratorInnen*, die *AgitatorInnen* als kindisch darzustellen und sachliche Kommentare werden durch den Hinweis auf eine sehr erwachsene Haltung honoriert. Doch auch das Thema Übergewicht wird in diesem Kontext beleuchtet.

YouTube-NutzerIn 11 – Antwort an YouTube-NutzerIn 12:

[...] Ältere dicke menschen sind nicht schlimm den sie brauchen nicht mehr gut auszusehen, ihre jugend ist ja eh vorbei aber die jungen leute sollen sich verdammt nochmal bewegen und mir kann keiner davon erzählen das sie nicht fett sein wollen!“

Ein gutes Aussehen – und damit gerade ein schlanker Körper – wird als zentrales Merkmal der (eigenen) Jugendphase gesehen. Der Vergleich mit Gleichaltrigen erfolgt also zu einem Großteil über das Merkmal des Körpergewichts, was gerade im Kontext der Identitätserprobung einen Teil der massiven Abwertungen erklären kann. Hinzu kommt, dass diese Lebensphase stark durch die Medien (sowohl das Internet selbst, als auch das Fernsehen) beeinflusst wird. Körperliche Ideale stehen im Fokus von Werbung und Castingshows, welche insbesondere die Jugendlichen als Zielgruppe ansprechen (vgl. Götz & Gather 2010). Vorbilder werden bei *Germany’s next Topmodel* oder *Deutschland sucht den Superstar (DSDS)* gesucht. Dies spiegelt sich in den Kommentaren deutlich wider. Da in allen analysierten Videos gesungen wird, beziehen sich viele KommentatorInnen direkt oder indirekt auf DSDS und dabei insbesondere auf den Chefjuror Dieter Bohlen, welcher für seine provokanten Bewertungen bekannt ist. Dabei steht aber weniger die tatsächliche Gesangleistung der ProtagonistInnen im Vordergrund, sondern auch hier sind es körperliche Merkmale, welche die Diskussion dominieren.

YouTube-NutzerIn 19:

„der soll bei dsds gehen dann sagt dieter du bist so fett und ein schwuchtel“

YouTube-NutzerIn 20:

„hahahaah

1.MOBING OPFA

2. KANNST NIICHT SIINGEN

3.BIST HASSLIICH

4TRIFFST KEINEN EINZIEGEN TON

5 DENK NIICHT DU KANNSZ SIINGEEN FETTE SAUU

6 WENN DU ES SCHEZZE FIINDESST TUU ES NIICHT EIN -.-

BOOA IICH HASSE SOOOLCHE LEUUTE“

Der tatsächliche Gesang der ProtagonistInnen spielt nur eine neben-sächliche Rolle, im Gegenteil wird der Gesang sogar gerade aufgrund des Übergewichts negativ bewertet. Dies wird immer wieder von den ModeratorInnen moniert, ohne aber wirklich Beachtung zu finden.

YouTube-NutzerIn 21:

„wenn sie gut aussehen würde , würde hier jeder schreiben wie gut sie ist -.-“

Sowohl die Lebensphase der meisten KommentatorInnen als auch der Einfluss der Medien sind also wichtige Aspekte, die zur Interpretation und Einordnung der abwertenden Kommentare beitragen.

Abwertungen im virtuellen Raum: Chancen und Gefahren

Die in diesem Artikel nahe gelegte raumsoziologische Betrachtung von Abwertungsprozessen im Internet zielt zusammengefasst auf drei Aspekte ab. *Erstens* müssen die räumlichen Strukturen mit einbezogen werden, um die technischen Voraussetzungen für die konkrete Praxis zu rahmen. Hier sind insbesondere die fehlende Sichtbarkeit des Körpers und die Dominanz der Schrift hervorzuheben. Diese bewirken in der konkreten Praxis der Abwertung Übergewichtiger einerseits eine größere Eindeutigkeit, da die Kommentare durch die schriftliche Manifestierung über einen längeren Zeitraum sichtbar bleiben und die sonst

eher subtilen, feinen Unterschiede, welche die Abwertungsprozesse im physischen Raum prägen, deutlicher zum Vorschein kommen. Andererseits wird die fehlende Sichtbarkeit des Körpers durch körperliche Repräsentationen kompensiert, welche aber ebenfalls den Effekt haben, dass die Abwertung nicht mehr subtil erfolgt, sondern offenkundig wird. Hinzu kommen die strukturellen Bedingungen von YouTube, welche durch die Asymmetrie der Sichtbarkeit den diffamierenden Äußerungen weiter Vorschub leisten.

Zweitens wird durch die Analyse der konkreten Praxis, hier in Form von Kommentaren, die Logik der Abwertung deutlich. Die vermeintliche Selbstverschuldung stellt dabei den zentralen Aspekt der Legitimität der Abwertung dar. Übergewicht wird als pathologische Abweichung gegenüber der Norm des Idealgewichts gesehen und hat umfangreiche Diffamierungen zur Folge. Der Körper dient dabei als Projektionsfläche, um charakterliche, soziale und psychische Defizite zu vermuten. Übergewicht scheint ein Abwertungsmerkmal darzustellen, welches sich wie kaum ein anderes Merkmal sozialer Ungleichheit eignet, um die betroffenen Personen umfassend abzuwerten, ohne dass ein wirksames Argument gegen diese Praxis in den analysierten Kommentaren vorzufinden war. Bezieht man nun noch die räumlichen Strukturen mit ein, kann eine klare Manifestation der Konflikte um die Aushandlung der Abwertung Übergewichtiger festgehalten werden. Gerade in den Diskussionen zwischen *AgitatorInnen* und *ModeratorInnen* kommt es häufig zur Eskalation, heftige Beleidigungen und Drohungen sind eher die Regel als die Ausnahme.

Dennoch wäre es *drittens* ein Fehlschluss, diese Manifestation des Konflikts und die Eskalationen nur auf die Struktur im virtuellen Raum zurückzuführen. Denn der Einfluss von außen – und hier besonders des Fernsehens – ist von großer Bedeutung. Die feindlichen Einstellungen gegenüber Übergewichtigen entstehen nicht im Internet, sondern sie werden dort nur mit einer höheren Wahrscheinlichkeit geäußert. Dies lässt sich besonders mit der Einheitlichkeit des Habitus aufzeigen. Der virtuelle Raum stellt keine abgeschlossene Einheit dar, in welcher die AkteurInnen aufgrund von Anonymität und fehlenden Hemmungen Personen grundlos diffamieren. Die Praxis im Internet ist genauso durch habituelle Dispositionen geprägt wie die Praxis im physischen

Raum. Nicht nur das, es sind die *gleichen* Dispositionen, welche in den Körper inkorporiert vorliegen. Dass diese nun im physischen Raum auf andere Weise in der Praxis umgesetzt werden (d.h. weniger zum Vorschein kommen), ist mit den strukturellen Bedingungen im Internet erklärbar. Deshalb verfehlen die häufig in der Politik geforderten Einschränkungen oder Kontrollen im Internet das eigentliche Problem, nämlich die Ursache der Einstellungen. Während in zahlreichen Studien aufwändig versucht wird, die latenten Einstellungen von Personen zu bestimmten Merkmalen herauszufiltern (wie beispielsweise Wilhelm Heitmeyer mit dem Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (2002-2011)), treten diese sonst latenten Einstellungen im Internet häufig manifest zutage. Das ist Chance und Gefahr zugleich. Gefahr deshalb, weil die Manifestation immer auch mit einer Eskalation und Verstärkung der Abwertung einhergehen kann. Chance aber deshalb, weil die offene Austragung viel eher zur Lösung solcher Konflikte beitragen kann, als das bei latent bleibenden Konflikten der Fall ist.

Ausblick

Die raumsoziologische Annäherung an die Problematik ermöglicht es, die Praxis im virtuellen Raum in Relation zum physischen zu analysieren. Die Frage, die sich daran anschließt ist aber, wie sich die veränderte Praxis im Internet wiederum auf den physischen Raum auswirkt. Stellt die Manifestation der Konflikte eher ein Risiko in Form einer vermehrten Abwertung von Übergewichtigen dar oder trägt sie zur Austragung und damit zu einer potenziellen Abschwächung des Konflikts bei? Mithilfe einer Analyse der Wechselwirkung zwischen beiden Räumen kann diese Frage angegangen werden, ohne das Internet als abgeschlossene Entität, als rechtsfreien Raum oder freiheitliche Utopie zu betrachten. Der Ansatz, die konkrete Praxis in Bezug zu den räumlichen Strukturen zu analysieren, ermöglicht einen Blick auf die Gesellschaft, welcher sowohl die Gefahren, als auch die Chancen des Internets auszuloten in der Lage ist.

Literatur

- Becker, Cornelia (2005): Die Institutionalisierung virtueller Räume am Beispiel von Bürgerbeteiligungen im Internet - eine raumsoziologische Betrachtung. Online verfügbar unter: <http://tuprints.ulb.tu-darmstadt.de/711/1/D17.pdf>, zuletzt geprüft am 27.02.2014.
- Bourdieu, Pierre (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main.
- Bourdieu, Pierre (2005): Was heisst sprechen? Zur Ökonomie des sprachlichen Tausches. Wien.
- Döring, Nicola (2003): Sozialpsychologie des Internet. Die Bedeutung des Internet für Kommunikationsprozesse Identitäten soziale Beziehungen und Gruppen. Göttingen / Bern.
- Funken, Christiane (2005): Der Körper im Internet. In: Markus Schroer (Hg.): Soziologie des Körpers. Frankfurt am Main, S. 215–240.
- Götz, Maya; Gather, Johanna (2010): Wer bleibt drin, wer fliegt raus? Was Kinder und Jugendliche aus Deutschland sucht den Superstar und Germany's Next Topmodel mitnehmen. In: TELEVISION Jg. 23 (Heft 1), S. 56–63. Online verfügbar unter: http://www.br-online.de/jugend/izi/deutsch/castingshows_bedeutung.pdf, zuletzt geprüft am 27.02.2014.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2005): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Wiesbaden.
- Heitmeyer, Wilhelm; Mansel, Jürgen (2006): Gesellschaftliche Entwicklung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Unübersichtliche Perspektiven. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände. Frankfurt am Main, S. 13–35.
- Hradil, Stefan (2001): Soziale Ungleichheit in Deutschland. Opladen.
- Hurrelmann, Klaus / Richter, Matthias (2013): Gesundheits- und Medizinsoziologie: Eine Einführung in sozialwissenschaftliche Gesundheitsforschung. Weinheim.
- König, Alexandra (2011): Wie Jugendliche sich kleiden. Reproduktion sozialer Ungleichheit – im Sinne des Geschmacks. In: Yvonne Niekrenz (Hg.): Jugend und Körper. Leibliche Erfahrungswelten. Weinheim / München, S. 155–172.
- Korte, Hermann / Schäfers, Bernhard (2010): Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie. 8. Auflage. Wiesbaden.

- Laurin, Stefan (1997): Interview mit Niklas Luhmann: Das Internet ist kein Massenmedium. Online verfügbar unter: <http://www.ruhrbarone.de/niklas-luhmann-%E2%80%9Edas-internet-ist-kein-massenmedium%E2%80%9C/>, zuletzt geprüft am 27.02.2014.
- Löw, Martina (2001): Raumsoziologie. Frankfurt am Main.
- Neckel, Sighard; Sutterlüty, Ferdinand (2005): Negative Klassifikationen – Konflikte um die symbolische Ordnung sozialer Ungleichheit. In: Heitmeyer, Wilhelm; Imbusch, Peter (Hg.): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Wiesbaden, S. 409-428.
- Niekrenz, Yvonne; Witte, Matthias D. (2011): Zur Bedeutung des Körpers in der Lebensphase Jugend. In: Yvonne Niekrenz (Hg.): Jugend und Körper. Leibliche Erfahrungswelten. Weinheim / München, S. 7–22.
- Rehbein, Boike (2006): Die Soziologie Pierre Bourdieus. Konstanz.
- Richter, Matthias (2012): Armut, soziale Ungleichheit und Gesundheit. Online verfügbar unter: http://www.weiterdenken.de/downloads/Vortrag_Dresden_Inklusion_%28Richter%29.pdf, zuletzt geprüft am 27.02.2014.
- Ried, Jens (2010): Deutung und Stigmatisierung von Übergewichtig und Adipositas. In: Anke Abraham (Hg.): Körperhandeln und Körpererleben. Multidisziplinäre Perspektiven auf ein brisantes Feld. Bielefeld, S. 181–202.
- Schäfer, Mechthild; Herpel, Gabriela (2010): Du Opfer! Wenn Kinder Kinder fertigmachen; der Mobbingreport. Reinbek.
- Schmitt, Peter-Philipp (2012): Dick und doof. Studie: Fettleibige Menschen haben geringeres Denkvermögen. Online verfügbar unter: http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/gesundheit/dick-und-doof-studie-fettleibige-menschen-haben-geringeres-denkvermoegen-11_869909.html, zuletzt geprüft am 27.02.2014.
- Schradie, Jen (2011): The Digital Production Gap: The Digital Divide and Web 2.0 Collide. Online verfügbar unter: <http://www.scribd.com/doc/18284790/The-Digital-Divide-And-Web-20-Collide-The-Digital-Production-Gap>, zuletzt geprüft am 27.02.2014.
- Schroer, Markus (2003): Raumgrenzen in Bewegung – Zur Interpretation realer und virtueller Räume. In: Funken, Christiane; Löw, Martina (Hg.): Raum, Zeit, Medialität: Interdisziplinäre Studien zu neuen Kommunikationstechnologien. Opladen. S. 217-236.
- Schroer, Markus (Hg.) (2005): Soziologie des Körpers. Frankfurt am Main.
- Strauss, Anselm L. (1998): Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung. München.

- Strübing, Jörg (2011): Zwei Varianten von Grounded Theory? Zu den methodologischen und methodischen Differenzen zwischen Barney Glaser und Anselm Strauss. In: Mey, Günter; Mruck, Katja (Hg.): Grounded Theory Reader, Wiesbaden, S. 261-277.
- Sutterlüty, Ferdinand (2010): In Sippenhaft. Negative Klassifikationen in ethnischen Konflikten. Frankfurt.
- Thiel, Ansgar (2007): Pressemitteilung: Wer dick ist, wird auch leicht für dumm gehalten. Online verfügbar unter: http://www.medizin.uni-tuebingen.de/Presse_Aktuell/Pressemeldungen/Jahr+2007/2007_09_18.html, zuletzt geprüft am 27.02.2014.
- Zillien, Nicole (2009): Digitale Ungleichheit. Neue Technologien und alte Ungleichheiten in der Informations- und Wissensgesellschaft. Wiesbaden.

Dipl.-Soz. Simon Moebius

studierte von 2006 bis 2013 Soziologie und Politikwissenschaften an der TU Dresden und absolvierte seine Abschlussarbeit zum Thema „Transformationsprozesse sozialer Ungleichheit im virtuellen Raum“. Seit 2013 ist er als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Institut für Soziologie und Kulturorganisation an der Leuphana Universität Lüneburg tätig. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich (kultur-)soziologischer Theorie, sozialer Ungleichheit sowie Mediensoziologie (mit Schwerpunkt Internet).

Kontakt: simon.moebius@leuphana.de

Politische Kultur im jungen Brasilien

Ein Blick auf soziale Ungleichheit und nachhaltige Entwicklung

Jonas Vollmer

Abstract

Im Zentrum der qualitativ-empirischen Studie zu diesem Artikel stehen brasilianische Jugendliche als Träger politischer Kultur, verstanden als Gesamtheit kollektiver Orientierungsmuster und Vorstellungswelten von Politik (Rohe 2003). In Gruppendiskussionen mit Jugendlichen wurde thematisiert, wie sie Politik im Zusammenhang mit sozialer Ungleichheit und nachhaltiger Entwicklung wahrnehmen. Die Analyse und Typologisierung anhand der dokumentarischen Methode brachten verschiedene Grundvorstellungen vom Politischen im Umgang mit beiden Themen zum Vorschein: Politik als funktionaler Modus, als feindliche Sphäre gegenüber der alltäglichen Lebenswelt, als Gesprächsthema und als sozial definierte Zeit (Wahlen). Daneben prägt Konsum die Wahrnehmung beider Themen: Nämlich als Handlungsbereich, der Bedürfnisbefriedigung über Produkte und Ressourcen wie auch Identitätskonstruktionen ermöglicht. Die Jugendlichen sehen dabei das eigene „ich“ als Zentrum und Ausgangspunkt interindividueller Handlungsveränderung. Mit sozialer Ungleichheit und nachhaltiger Entwicklung machen die Jugendlichen alltägliche Erfahrungen. Diese integrieren sie in ihre politische Kultur im Rückgriff auf globalisierte, medial rezipierte urbane Vorstellungswelten von Konsum, Status, Gleichheit und Nachhaltigkeit.

Einleitung

Seit 2008/09 verändert sich die globale Machtkonstellation nicht nur im Dauerprozess der Finanz- und Wirtschaftskrisen. Sie äußert sich vielmehr auch im Aufstreben von Gesellschaften wie Brasilien und ist geprägt von wachsender Interdependenz gesellschaftlicher Problemzusammenhänge. Dazu zählen soziale Ungleichheit sowie das Gesellschaftsziel einer ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltigen

Entwicklung (United Nations 1987: 13f., 24f.). Beide politische Problemfelder haben auch in dem politisch-wirtschaftlich aufstrebenden Schwellenland Brasilien Konjunktur, umfassen jedoch unterschiedliche Traditionen und Potenziale zu ihrer Bearbeitung.

Es scheint daher wichtig, zu verstehen, wo und inwiefern hier innerhalb der nachwachsenden Generation brasilianischer BürgerInnen Potenziale bestehen. Wie stellt sie sich Gesellschaft vor? Entwickelt sie konkrete Praktiken zur deren Gestaltung, zumal angesichts der nachwirkenden und kommenden Großereignisse (Fußballweltmeisterschaft 2014, Olympische Spiele 2016)? Welchen Stellenwert und welche Bedeutung im (Alltags-)Handeln haben also soziale Ungleichheit und nachhaltige Entwicklung als Themen und politische Problemfelder innerhalb der politischen Kultur brasilianischer Jugendlicher?

Zur (jugendlichen) politischen Kultur in Brasilien liegen Ergebnisse der *World Values Surveys*, des Latinobarómetros (siehe Werz 2010: 364-372) und zahlreicher brasilianischer Studien vor (u.a. Ribeiro et al. 2005, Nazzari 2006). Zudem besteht global schon eine Tradition ländervergleichender, quantitativer politischer Kulturforschung im Bereich schulischer politischer Bildung (Oesterreich 2002: 29-33). Quantitativ und/oder qualitativ orientierte Studien in deutscher Sprache existieren bislang nur randständig (u. a. bei Kühn & Souza 2006). Vor diesem Hintergrund scheint eine qualitative „Tiefenbohrung“ angebracht, um thematisch fokussiert Grundstrukturen politischer Kultur brasilianischer Jugendlicher zu analysieren.

Im folgenden Beitrag geht es zunächst um das neu in den Blick gerückte Feld der politischen Kulturforschung (siehe u.a. Lane & Wagschal 2012). Anschließend werden „soziale Ungleichheit“ und „nachhaltige Entwicklung“ definiert und bisherige Studien zu brasilianischen Jugendlichen und Politik resümiert. Auf dieser Grundlage erfolgt die Vorstellung der in der Arbeit triangulierend eingesetzten Methoden (Gruppendiskussionen und ergänzend Experteninterviews). Das Hauptgewicht liegt auf der Präsentation der empirischen Ergebnisse aus den insgesamt vier Gruppendiskussionen mit Jugendlichen aus halbbländlichen und urban-peripheren Lebenswelten (Nord-Minas Gerais: Vale do

Jequitinhonha; Belo Horizonte). Das Fazit fragt, wie weitere Forschungen an die Ergebnisse anknüpfen könnten.

Theoretische Fundierung und Definitionen

Empirische Erforschung in der Tradition Almonds & Verbas

Die Frage nach politischer Kultur als empirisch fassbares soziales Phänomen begründeten Almond & Verba (1963) mit dem Werk „The civic culture. Political attitudes and democracy in five nations“.¹ Die Autoren untersuchen die Stabilität politischer Systeme, d.h. wie kongruent Makro- (System) und Mikroebene (Einstellungen der Bürger gegenüber dem System) sind (Almond & Verba 1963: 21f., 37-40; Greiffenhagen 2009: 13).² Politische Kultur der Bürger besteht somit aus

„specifically political orientations – attitudes toward the political system and its various parts, and attitudes towards the role of the self in the system.“ (Almond & Verba 1963: 13).

Methodisch arbeitet der Vergleich politischer Kulturen in dieser Tradition mit Umfragen und Surveys, um generalisierbare Aussagen zu ermöglichen (Pickel & Pickel 2006: 29-48).

Die politikwissenschaftliche Kulturforschung ist stark von dieser Forschungstradition geprägt. Sie beeinflusst politische Partizipations-, Wahl- und Demokratieforschung sowie die Studien zu Wertewandel und Sozialkapital (Lane & Wagschal 2012: 82-225). Insbesondere Ronald Ingleharts World Values Surveys und seine These der „stillen Revolution“ postmaterieller Werte (Inglehart 1977, 1997) sowie Putnams Arbeiten (Putnam 1993, 2000) zählen dazu. Zu und in Lateinamerika/Brasilien sind zahlreiche Arbeiten in dieser Tradition entstanden (u.a. Lagos 2000; Carvalho 1998).

¹ Zur Einschätzung als methodisch-theoretische Pionierstudie: Greiffenhagen 2009: 13; Zur „emanzipatorische Leistung“, den Bürger und nicht mehr nur Makropolitik zu betrachten: Dittmer 1977: 553.

² Das „Ideal“ politischer Kultur, die „Civic Culture“, wird erläutert bei Almond & Verba (1963: 6).

Politische Kultur als Gruppenphänomen: Rohe, Elkins & Simeon

Dieses Konzept politischer Kultur hat auch breite Kritik erfahren: *Konzeptionell* wird die Engführung des „Kultur“-Begriffs kritisiert (Schwelling 2001: 605f.; Johnson 2003: 92-97, Lane & Wagschal 2012: 3f., 35) und eine mögliche normative Bias (u.a. Sturm 2004: 305). *Methodisch* geht es um die Fraglichkeit des Schließens von Einstellungen auf das Handeln (Oesterreich 2002: 60f.) und die Problematik des „individualistischen Fehlschlusses“ (Greiffenhagen 2009: 11).³

Mit dieser Kritik haben sich „kulturalistische“ Zugänge politischer Kulturforschung entwickelt, wie beispielsweise kulturtypologische (z. B. Douglas & Wildavsky 1982) und semiologische Ansätze (Dittmer 1977: 566-583). Im deutschsprachigen Raum sind dies insbesondere die Arbeiten Karl Rohes (u.a. Rohe 1994, 2003). Er fragt, welche Codes, Weltbilder und Vorstellungen noch *hinter* den Einstellungen gegenüber bestimmten politischen Systemen stehen (Greiffenhagen 2009: 18). So versteht Rohe als „politische Kultur“

„die für eine soziale Gruppe maßgebenden Grundannahmen über die politische Welt und damit verknüpfte operative Ideen [...]. Diese Grundannahmen stellen so etwas wie Maßstäbe dar, an Hand derer Politik wahrgenommen, interpretiert und beurteilt wird. Sie sind in der Regel auf einer grundsätzlicheren Ebene anzusiedeln als die politischen Orientierungen und Einstellungen, wie sie in der Almond/Verba-Tradition erforscht werden“ (Rohe 2003: 111).

Politische Kultur als kollektives Phänomen sozialer Gruppen zu fassen, haben schon Elkins & Simeon (1979) erwogen: „Individuals have beliefs, values, and attitudes but they do not have cultures“ (ebd.: 129). Politische Kultur verstehen sie als „mind set“ aus Annahmen und unbewußten Voraussetzungen über die politische Welt, die politischem Entscheiden und Handeln in der sozialen Welt Orientierung geben (ebd.: 128, 131).

³ Viele Kritikpunkte wurden in der späteren Neuauflage der „Civic Culture“ – Studie berücksichtigt (Almond & Verba 1980).

Folgerungen

Könnte man politische Kultur nicht nur auf der Basis der individuellen, eventuell fluideren *Einstellungen*, sondern möglicherweise tiefgreifender mit der Frage nach den *Vorstellungen über Politik* in sozialen (Groß-)gruppen betrachten? Politische Kultur ließe sich dann, im Anschluss an Schwelling, als Beschreibungskategorie verwenden und als ein Netz grundlegender, kollektiver Sinnstrukturen und Orientierungsmuster verstehen (Schwelling 2001: 614-617). Innerhalb eines sozialen Verbandes prägt es die Bilder von der politischen Welt als „types of assumption which constitute political culture“ (Elkins & Simeon 1979: 131). Forschungspraktisch schlagen Elkins & Simeon Methoden wie Interviews und Feldbeobachtung vor (ebd.: 138). Es scheint daher naheliegend, soziale Gruppen als solche in den Blick zu nehmen und politische Kultur als Gruppenphänomen über Gruppendiskussionen zu erforschen. Zudem machen Almond & Verba darauf aufmerksam, neben politischen Systemen und Nationen als „Träger“-Einheiten politischer Kultur auch „Subkulturen“ innerhalb national gefasster Gesellschaften zu fassen, die sich nach sozialen Variablen (wie Bildung, Generation, Ethnie etc.) in den politischen Einstellungen unterscheiden können (Almond & Verba 1963: 377-385).

Für die Frage dieser Studie richtet sich damit der Blick auf Jugendliche als mögliche Träger politischer Kultur. Angesichts der eingangs skizzierten Diskurse scheinen soziale Ungleichheit und nachhaltige Entwicklung als „Output“-Felder politischer Systeme (Almond & Verba 1963: 15) für die politisch-kulturellen Orientierungen brasilianischer Jugendlicher relevant zu sein.

Soziale Ungleichheit im brasilianischen Kontext

Als gesellschaftlich bedingte, relativ dauerhafte Unterschiede zwischen Individuen und sozialen Gruppen in Teilhabe (-chancen) an Herstellung, Verteilung und Konsum (im-)materieller Güter und Ressourcen (z.B. Bildung, Einkommen) manifestiert sich soziale Ungleichheit in Verteilungs- und Bewusstseinsunterschieden sowie in Beziehungsmustern. Oft wird zwischen Chancen- und Verteilungs-/Ergebnis-

ungleichheit unterschieden (Solga et al. 2009b: 13-15, 22).⁴ Lateinamerika prägen hohe soziale Ungleichheiten im Bereich Einkommen, Landverteilung und Zugang zu öffentlichen Gütern wie Bildung und Gesundheit (Wehr 2011: 9-11, 16f.): Strukturelle, generationenübergreifende soziale Ungleichheit im Zugang zu sozialen Gütern und Positionen (Kreckel 1997: 17). Die Ursprünge dessen liegen, nach Arbeiten des historischen Institutionalismus und speziell im Fall Brasiliens, in der kolonialen, auf Sklavenarbeit basierenden Ausformung der Gesellschaft (Wehr 2011: 18). Jessé Souza zu Folge sind soziale Ungleichheit in Brasilien und ihre Naturalisierung im Alltagsleben Ergebnis eines „effektiven Modernisierungsprozesses“ (Souza 2006: 20, 46). Trotz spürbarer Reduktion der Einkommensungleichheit seit Beginn des 21. Jahrhunderts bestehen soziale Ungleichheiten, insbesondere der Chancen, in Brasilien auf hohem Niveau fort (Ferreira 2012: 9f.). Ein Blick in die Literatur zeigt nun, dass die Verminderung sozialer Ungleichheiten verschiedenster Ausprägung als integraler Bestandteil nachhaltiger Entwicklung gesehen wird (u.a. Littig & Griefler 2005: 68, 70). Doch wie lässt sich Nachhaltige Entwicklung fassen, als politisches Leitbild wie als Problemfeld mit Alltagsrelevanz für Jugendliche?

Nachhaltige Entwicklung im brasilianischen Kontext

Der Brundlandt-Bericht 1987 und die Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro haben soziale Gerechtigkeit zwischen heutigen und künftigen Generationen als Entwicklungsziel gleicher Chancen auf Bedürfnisbefriedigung thematisiert und mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen kombiniert (United Nations 1987: 24). Nachhaltige Entwicklung wurde ein zentraler Leitgedanke inter-, intra- und nationaler Politik und Forschung (Burgess & Barbier 2001: 15329). Als Ziel nachhaltiger Entwicklung hat sich ein Drei-Säulen-Modell ökologischer, sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit etabliert (Littig & Griefler 2005: 66ff.).

⁴ Dabei treten Ungleichheiten oft in gehäufte Form und als ökonomische oder politische Ungleichheiten auf, die sich gegenseitig verstärken (Fialho 2008: 10, 26).

Das Konzept nachhaltiger Entwicklung und die 1992 in Rio geschaffene Agenda 21 (United Nations 1992) als Konkretisierungsinstrument sind seitdem aus verschiedenen Perspektiven kritisiert worden (siehe u.a. Dietz 2011: 113f., 121). Den meisten Ausdifferenzierungen nachhaltiger Entwicklung seit den neunziger Jahren ist gemeinsam, dass sie Unternehmen und den Marktmechanismus als regulatorisch zentrale Achsen sehen, was nicht unkritisiert blieb (u.a. Harribey 2012: 16ff.). Das vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen entwickelte Konzept der „Green economy“⁵ und Gesetze zum Emissionshandel illustrieren diesen Wandel.

In Brasilien etablierte sich nachhaltige Entwicklung als politisches und gesellschaftliches Leitbild mit jener UNCED-Konferenz 1992 (Zellhuber 2012: 353). Dies zeigen Programme nachhaltiger urbaner oder regionaler Entwicklung (Frey 1997) und eine 2002 veröffentlichte nationale Agenda 21.⁶ Insbesondere das mit der Regierung unter Inácio „Lula“ da Silva (2003-2010) eingebrachte Modell „Programa de Aceleração do Crescimento“ (Programm zur Beschleunigung des Wachstums, PAC) steht einer „nachhaltigen Kehrtwende“ entgegen. Kritische Stimmen sehen neuere Vorschläge der Regierung zur Eindämmung der Abholzung in Amazonien angesichts des auf exportorientierten Extraktivismus und Agrobusiness ausgerichtete Entwicklungsmodells als bloßen „grünen Anstrich“ (Zellhuber 2012: 363; Abramovay 2010: 99).

Wie Sorj & Martucelli, Sorj & Jackson zeigen, ist die Logik von Individualismus und Konsum als zentrale Interaktions- und Identifizierungsmuster marktbasierter Gesellschaften, wie der brasilianischen, lebensweltlich sehr relevant. Produkte sind Nutzgüter, aber auch Identitätsarsenale zum Ausdruck von Persönlichkeit, Lebensstil und sozialer Zugehörigkeit (Sorj & Martucelli 2008: 16, 23f., 58f., 62; Sorj 2006: 44-53; Jackson 2012: 102-106). Güter wie Handlungspraktiken sind an persönliche und soziale Spielräume gebunden („Kann ich mir das leisten?

⁵ <http://www.unep.org/greeneconomy/AboutGEI/WhatisGEI/tabid/29784/Default.aspx> (Abruf: 20.12.2014).

⁶ <http://www.brasilpnuma.org.br/saibamais/agenda21.html> (Abruf: 20.12.2014).

Was bringt mir das? Macht man das?“). An Konsum manifestieren sich somit (im-)materielle Fragen von Wohlstand, Lebensbedürfnissen und folglich auch der Lebensorganisation im Sinne nachhaltiger Entwicklung.

Auf diesen Ebenen, die auch in der Agenda 21 auftauchen, kommt nachhaltige Entwicklung mit der (jugendlichen) Lebenswelt in Berührung. Sie sind entscheidend, um in der Diskussion mit brasilianischen Jugendlichen zu erfahren, welche Bedeutung nachhaltige Entwicklung für sie lebensweltlich und allgemein in ihrem kulturellen Kontext besitzt. Zudem sind der Brundlandt-Report wie auch Kapitel 25 der Agenda 21 explizit an Jugendliche als zentrale Akteure nachhaltiger Entwicklung gerichtet (United Nations 1987: 16; United Nations 1992: 281). Für eine Beschäftigung mit nachhaltiger Entwicklung in Brasilien sind Jugendliche und ihre Erfahrungswelten daher unverzichtbar.

Brasilianische Jugendliche und politische Probleme:

Studien zur politischen Kultur

Das Verhältnis Jugendlicher zur politischen Welt erfährt schon seit den späten 90er Jahren breite Aufmerksamkeit in der (quantitativen) lateinamerikanischen Sozialforschung (u.a. Mische 1997, Nazzari 2006). Ein oft zitiertes Phänomen ist die „Repräsentationskrise“.⁷ Kunst und Kultur haben für die Jugendlichen in Lateinamerika allgemein großen Stellenwert als Experimentierfelder von Identität und Öffentlichkeit (Novaes 2007: 103), gerade auch als politische „Sprachrohre“ (Brenner & Carrano 2008: 68). Verschiedene quantitative und qualitative Studien zu zahlreichen Regionen (u.a. Ribeiro et al. 2005; Abramo et al. 2013) ergänzen für Brasilien dieses Bild.⁸ So will ein großer Teil der brasilianischen Jugend

⁷ Gemeint ist damit eine Vertrauenskrise der Jugendlichen, wie auch breiter Kreise der Gesellschaft des Kontinents, gegenüber des politischen Systems, die von nicht eingehaltenen Versprechen, soziale Probleme zu lösen, herrührt (Abramo 1998 bei Novaes 2007: 100). Damit wird auch das eher geringe Engagement in Parteien und die stärkere Partizipationsbereitschaft in sozialen und kulturellen Feldern begründet, innerhalb derer Jugendliche kurzfristige, konkrete Projekte mit spürbaren Ergebnissen präferieren (Novaes 2007: 100; Brenner & Carrano 2008: 70).

⁸ So stehen 8,5% politisch Aktiven und 65,6% politisch Interessierten (nicht-Aktive) 24,7%

politisch teilhaben, sieht jedoch dafür keine geeigneten, d.h. der eigenen Lebensrealität nahestehenden Räume und beklagt mangelnde Beachtung jugendlicher Belange (Ribeiro et al. 2005: 72). Die Jugendlichen zeigen ein großes Misstrauen in die Politiker, gegenüber der aktuellen repräsentativen Demokratie in Brasilien, Korruption und Klientelismus, nicht jedoch gegenüber der Politik als öffentlicher Sache. Vielmehr sehen sie sich als mitverantwortlich für die politische Gestaltung der Gesellschaft (ebd.: 77). Auch andere Arbeiten bestätigen dieses kontinuierliche Interesse brasilianischer Jugendlicher am Politischen und die Suche nach neuen Ausdrucks- und Auseinandersetzungsformen jenseits traditioneller institutioneller Räume (Novaes 2007: 100; Brenner & Carrano 2008: 67-70). Ein „düsteres“ Bild von entpolitisierte Jugend, die nur die Arbeit fernab von Solidaritätsempfinden fixiere und Distanz zum als egoistisch, intransparent und klientelistisch wahrgenommenen Politischen einnehme (Nazzari 2006: 136; Kühn 2006: 136, 140ff.), muss daher relativiert bzw. regional-zeitlich kontextualisiert werden.

Im Rahmen der Studien zeigte sich, dass innerhalb dieses Rahmens politischer Kultur brasilianischer Jugendlicher soziale Ungleichheit einen wichtigen Platz einnimmt. So klagten die Jugendlichen vor allem Rassismus, durch Armut und regionale Diskrepanzen verursachte Ungleichheit sowie Chancenungleichheit an (Ribeiro & Novaes 2010: 47-55). Kühn erläutert ergänzend, dass für die Jugendlichen fehlende Anerkennung im Alltag ein relevanter Aspekt sozialer Ungleichheit ist (Kühn 2006: 138-140). Zu Umweltfragen und nachhaltiger Entwicklung hingegen zeigten die diskutierten Studien (Novaes 2007; Ribeiro et al. 2005; Ribeiro & Novaes 2010) sowie Kruschke (2004) wenige Resultate.⁹

nicht-aktive Uninteressierte gegenüber, wie per quantitativer Meinungsumfrage gezeigt werden konnte (Ribeiro et al. 2005: 46-47).

⁹ Nach Novaes sind für die aktuelle Generation lateinamerikanischer Jugendlicher Umweltfragen selbstverständliche politische Herausforderungen. Die urbane wie die ländlichen Jugendlichen leiden alte Probleme, z.B. Müll- und Infrastrukturprobleme in der Stadt, in die neue „ökologische“ Sprache. Ebenso sei diese Generation durch Umwelterziehung und –bildung in Schule, TV und Umweltprojekten mit den ökologischen Vorstellungswelten vertraut (Novaes 2007: 101f.). In den genannten Studien (Ribeiro et al. 2005; Ribeiro & Novaes 2010) tauchen Fragen der Nachhaltigkeit ebenfalls kaum auf. Bei Kruschke findet sich der „Respekt vor der Umwelt“ als angegebener Wert deutlich hinter Chancengleichheit und Arbeitsamkeit (Kruschke 2004: 20).

Dieses Bild sollte nun über eine qualitative Untersuchung überprüft und ausgebaut werden, und zwar in Gruppendiskussionen zur Frage, was als gutes Leben angesehen wird, und Impulsen aus der Agenda 21, um die lebensweltliche Verknüpfung zu Aspekten nachhaltiger Entwicklung und sozialer Ungleichheit zu erreichen.

Empirische Untersuchung und Analyse

Zahlreiche sozialwissenschaftliche qualitative (Jugend-) Studien haben Gruppendiskussionen verschiedenster Ausprägung eingesetzt (u.a. Weller 2006). „[W]eil mit ihnen Sinnstrukturen und Orientierungsrahmen spezifischer (großer) gesellschaftlicher Gruppen identifiziert werden können“ (Schirmer 2009: 198), wurden für diese Arbeit Gruppendiskussionen und die dokumentarische Analyseverfahren im Sinne der rekonstruktiven Sozialforschung eingesetzt (u.a. Bohnsack 2008). Es geht hier um Kollektivität im Sinne Karl Mannheims und der Chicagoer Schule (Bohnsack 2008: 25). In der Gruppe als „Epi-Phänomen“ artikuliert sich das handlungspraktische Wissen, z.B. einer Generation, und liefert somit einen validen empirischen Zugang zu kollektiven Sinnzusammenhängen (ebd.: 63). Hinter den „objektiv“ greifbaren Kommunikationsprozessen in Gruppendiskussionen wirkt ein soziales Band, der „konjunktive Erfahrungsraum“ (Nentwig-Gesemann 2013: 304).

Für eine politische Kulturforschung, die nach dem *kollektiv-sozialen Charakter* politischer Kultur brasilianischer Jugendlicher fragt, scheint diese Perspektive aussichtsreich; dies nicht zuletzt auch, weil die Diskurse um Nachhaltigkeit und soziale Ungleichheit in gesellschaftliche Erfahrungen eingebettet sind. Für die vorliegende Arbeit meint dies, dass zentrale Themenaushandlungen in den Diskussionen der Jugendlichen den Zugang zu Grundmustern eröffnen; denn aufgrund gleicher sozialstruktureller Zusammenhänge (z.B. Alter, sozio-kulturelles Engagement), Erfahrungsraum (z.B. Kleinstadt/Land), soziale Schicht (Einkommen) der Jugendgruppen bestehen kollektive Orientierungsmuster.

Im Analyseablauf der dokumentarischen Methode werden die Vergleichshorizonte des Interpretierenden innerhalb *einer* Diskussion durch solche ersetzt, die er/sie aus den Interpretationen *anderer* Gruppendiskussionen des Forschungsprojekts herausgearbeitet hat (Przyborski & Wohrab-Sahar 2010: 296-299). Diese Vorgehensweise des beständigen Vergleichens von Fällen ist auch konstitutiv für die sinn- und soziogenetische Typenbildung, auf die der Analyseprozess hinausläuft (Bohnsack et al. 2013: 9-26). Kelle & Kluge (2010: 94) schlagen vor, Vergleichsdimensionen für die Typenbildung dem Stichprobenplan oder Leitfaden zu entnehmen. Ein solches einfaches „Überstülpen“ kann jedoch aus Sicht der dokumentarischen Methode die Gültigkeit der Typenbildung einschränken (Nentwig-Gesemann 2013: 310f.). Die Forschungsfrage sensibilisiert jedoch für bestimmte Bereiche, die auch den thematischen Leitfaden – meist in lexikalischer Reihenfolge - für die Moderation der Diskussionen bildete (Grafik 1). Entsprechend gestaltete sich die Rolle des Moderators: themenorientiert, ohne strikt „abzufragen“.¹⁰

Grafik 1: Dimensionen für Typenbildung und Diskussion

- Soziale Ungleichheit: Alltagsrelevanz von Ungleichheit und Wahrnehmung zeitlicher (In)konsistenz; Möglichkeiten (Chancengleichheit)
- Allgemeine Wahrnehmung von und Umgang mit Politik: Diskussion politischer Angelegenheiten und Festlegung, was als politisch gilt
- Vorstellungen vom guten Leben als nachhaltige Entwicklung: Ideen vom guten Leben in der Region, Wahrnehmung von Umweltproblemen und Sicht auf deren (mitgestaltende) Lösung, Verständnis von nachhaltiger Entwicklung und deren Umsetzung im Alltag

Quelle: Eigene Darstellung

¹⁰ Unter dem Kriterium der Selbstläufigkeit und zugleich dem Forschungsinteresse an den Leitthemen „soziale Ungleichheit“ und „nachhaltige Entwicklung“ sowie begrenzter zeitlicher und finanzieller Ressourcen musste ein passendes Design entworfen werden. Das Ergebnis waren problemzentrierte Diskussionsblöcke (nach Kühn & Koschel 2011: 63; 97-102; 255-256). Diese etablierten mit drei Fragen eine Grobstruktur, ohne den Raum für die freie Diskussion zu sehr einzudämmen. Die thematisch nacheinander geschalteten Blöcke wurden durch assoziative Gruppendynamiken verkoppelt.

Mit diesem Erwartungshorizont wurde das empirische Material untersucht ohne die Offenheit für mögliche andere typenstrukturierende Zusammenhänge zu verlieren. Zur Validierung/Kontrolle der Interpretationen wurde eine methodische Triangulation mit Experteninterviews vorgenommen (Flick 2004: 11ff., 98; Przyborski & Wohlrab-Sahr 2010: 131-138; Meuser & Nagel 2005: 83-91). Deutungen und Kontextwissen der Experten brachten zudem neue Dimensionen ein.¹¹

Grafik 2: Forschungsdesign der Studie

- Mix Snowball-Sampling und Sampling nach festgelegten Kriterien; Kontakt zu Jugendgruppen über Jugendparlament in Belo Horizonte und Jugendprojekte der Kommunikationswissenschaften der UFMG in Belo Horizonte/ im Jequitinhonha-Tal
- Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren aus „neuer Mittelschicht“¹², engagiert in kulturellen Gruppen: Theater, Chor, Rap, Uniaufnahme-Lerngruppe (→Realgruppen für Gruppeninteraktion, gemeinsame Erfahrungsräume)
- 2 Gruppen aus dem Jequitinhonha –Tal (ländliche strukturschwache Region), 2 Gruppen aus Belo Horizonte (Metropole)
- n = 4 (Gruppen à 8 TN (4 männlich, 4 weiblich)) bzw. n = 2 (Interviews mit der NGO FASE aus Rio de Janeiro¹³ und 1 Prof. der UFMG in Belo Horizonte)
- Erhebungszeitraum (inkl. Pretest): Juni bis August 2013
- Audioaufzeichnung, Transkription nach TiQ-Standards¹⁴; Analyse nach Schritten der dokumentarischen Interpretation: Themennachzeichnung, formulierende und reflektierende Analyse, Typenbildung (Przyborski & Wohlrab-Sahr 2010: 164ff., 286ff.)

Quelle: Eigene Darstellung

¹¹ Die befragten Experten interessierten in Bezug auf das Deutungswissen, an dem sie als Akteure von Diskurskreisen partizipieren. Im Fall der NGO FASE (Federação de Órgãos para Assistência Social e Educacional: Föderation der Organe für Soziale Arbeit und Bildung) in Rio de Janeiro war dies das Wissen um Diskurse des zivilgesellschaftlichen Sektors, der sich um Staatsbürgerrechte und Umweltgerechtigkeit bemüht. Im anderen Fall (des Pädagogikprofessors der Bundesuniversität in Belo Horizonte (UFMG)) war es das Wissen um die Diskurse in der universitären Pädagogik und ihrer Lehre. Ebenso wichtig war das Kontextwissen der Experten zu Fragen von sozialer Ungleichheit und nachhaltiger Entwicklung im Allgemeinen.

¹²Siehe zur „neuen Mittelschicht“ als Einkommensklasse auch: Comissão para Definição da Classe Média no Brasil (CDCMB) (o.J.): Relatório Definição de Classe Média, online: <http://www.sae.gov.br/vozesdaclassemedia/wp-content/uploads/Relatório-Definicao-da-Classe-media-no-Brasil.pdf>, (Abruf: 20.12.2014).

¹³ <http://www.fase.org.br/v2/subindex.php?id=11> (Abruf: 20.12.2014).

¹⁴ TIQ steht hierbei für „Talk in Qualitative Social Research“, einem Transkriptionssystem,

Für die Darlegung der Diskursverläufe hat der Autor Passagen aus dem portugiesischen Transkripten übersetzt. Für die fremdkulturelle Forschungspraxis in Brasilien wurde auf die Ratschläge von Kruse et al. (2012) geachtet.

Die übergreifenden kollektiven Orientierungsmuster: Eine sinngenetische Typologie

Im Rahmen der in der Studie angestrebten sinngenetischen Typenbildung wurden die kontrastierenden Orientierungsmuster als eigenständig betrachtet und so vom konkreten Einzelfall der jeweiligen Diskussionsgruppe abstrahiert.¹⁵ So konnten die einzelnen Diskussionsgruppen durchaus zu mehreren typischen Orientierungsmustern zugeordnet werden oder in einem Typus aufgehen (Nentwig-Gesemann 2013: 316; Kelle & Kluge 2010: 111). Thematisch entfalten die vier Gruppen jenes Spektrum, das in den Forschungen zu politischer Kultur brasilianischer Jugendlicher im theoretischen Teil dieser Arbeit aufgezeigt wurde. Doch in welchen Strukturen bearbeiten die Gruppen diese Themen? Es lassen sich zwei Haupttypen herauskristallisieren.

Typ 1: Soziale Exklusion und Diskriminierung als biographischer Herausforderungsmodus

Unter diesem Typ können alle herausgearbeiteten Orientierungsmuster der verschiedenen Diskussionen über soziale Ungleichheit gefasst werden. Als „Modus“, also als Art und Weise des Funktionierens sozialer Prozesse, durchdringt der Umgang mit den verschiedenen Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit biographische Entwürfe und treibt

das als Richtlinie zur Transkription von Interviews und Gruppendiskussionen dient. Zugunsten einer schnelleren Orientierung für mit Transkriptdaten weniger vertraute Menschen wurden zentrale Passagen aus den Diskussionen, die im Folgenden diskutiert werden, stark der Standardschriftsprache angepasst.

¹⁵ Die Typisierung kommt dadurch zustande, dass möglichst untereinander ähnliche Muster einander zugeordnet und von maximal anderen Mustern unterschieden werden (Nohl 2013: 46). So erhält man die innere Homogenität auf der Ebene des Typus und externe Heterogenität auf der Ebene der Typologie (Kelle & Kluge 2010: 85; Nentwig-Gesemann 2013: 316).

soziale Behauptungsversuche an. Darunter zeigen sich weitere Subtypen. In Padre Paraíso¹⁶ zeigt die Gruppe, dass sie soziale Exklusion aktiv zur Selbstabgrenzung nutzt (gegenüber der „minderwertigen“ Kultur der restlichen Bevölkerung, deren Festkultur und der mangelnden Chancen im Ort). Dies illustriert ein Ausschnitt aus der Diskussion, die sich auf die Frage des Moderators (Y) nach der Wahrnehmung von Ungleichheit am eigenen Wohnort entsponnen hatte (Padre Paraíso, Ausschnitt aus 39-50):

Pa8m: Ich, ich fühle mich ausgeschlossen, persön-, äh von der Gesellschaft von Padre Paraíso, denn es gibt ein paar Leute, die nichts im Kopf haben. Äh, und so fühl ich mich halt so halb ausgeschlossen von dieser Ecke, Alter. Und und es ist so, wie alle grade sagen, Alter: Ich fühl mich nicht traurig deswegen, verstehste? Das das ist ne Sache die mich immer mehr fröhlich macht; ausgeschlossen durch eine Gesellschaft, die nichts im Kopf hat, ne, die äh fertig ist, ne.

[Daraufhin lacht die ganze Gruppe kurz].

Pa8m: Aber sich ausgeschlossen fühlen durch die Gesellschaft heutzutage, ich weiß nicht, ich finde das ne tolle Sache.

[Lachen mehrerer Teilnehmer und von Y2].

In einem Orientierungsdilemma leidet die Gruppe aus Itinga dagegen unter der Wahrnehmung der regionalen Exklusion und Stigmatisierung ihrer Stadt. Im Gegensatz zu „Padre Paraíso“ schafft sie jedoch, trotz Versuchen der Entstigmatisierung durch Fokussierung vorhandener Chancen und sozialer Verbesserungen, keine dauerhafte Bewältigung im Sinne des Aufbaus eines positiven Selbstbildes und von Lösungsansätzen (Itinga, Ausschnitt aus 28-58):

Y: Haste die Frage verstanden? Was sind die, also, im Allgemeinen, was sind die Möglichkeiten, die ihr heute habt, im Allgemeinen?

It8f: In der katholischen Kirche oder AMAI.

It2m: Ich glaube, dass, nur in den kulturellen Gruppen

¹⁶ Die Gruppen aus dem Vale do Jequitinhonha (Padre Paraíso, Itinga) wurden je nach den Kleinstädten benannte, in denen sie agieren, während die Namen der Gruppen aus der Metropole Belo Horizonte Eigenbezeichnungen durch die Gruppenmitglieder sind.

It8f: *hier, also äh also AMAI bietet uns Kurse zu den Sachen von hier an. Aber es geht nicht, das hier drinnen zu entwickeln, weisste. Ich kenne viele Jugendliche, die, wenn sie zu mir kommen, sagen: Ah, das erste, was ich machen will, ist, den Abschluss zu kriegen und wegzugehen von hier. Ich sehe das schon anders, aber der Traum meines Lebens wäre, jegliche Art von Beruf hier ausüben zu können. Aber ich weiß, dass es nicht klappt, wegen den Bedingungen, die/ [...]*

It4m: *Äh, als ich vorher diesen Punkt angesprochen habe, wollte ich sagen, dass Itinga eine Lösung haben könnte. [...] Die Sache ist auch manchmal die, dass das, was hier geschieht, dass wir das manchmal nicht wertschätzen, das, wir haben, die Geschichte unserer Stadt, die Kult, die Kultur, der Sport, die Freizeit, die Bildung, die Gesundheit, das sind die Punkte.*

Bei beiden Gruppen wird jedoch klar, dass es vor allem um soziale Exklusion von Bildungs- und Arbeitsschancen, um Erfüllung von Lebensträumen geht (Chancenungleichheit), nicht um Einkommens- und Verteilungsfragen. Sie spiegeln damit die Hoffnungen wieder, die auch seitens der brasilianischen Bundesregierung durch verschiedene Entwicklungsprogramme seit den 1970er Jahren in der Region des Vale do Jequitinhonha geschürt wurden (Guerrero 2009: 82-87). Die Frage, ob soziale Ungleichheit für beide Gruppen eine politische Herausforderung darstellt und damit in der politischen Kultur eine Rolle spielt, konnte stärker in der Gruppe „Itinga“ als in der Gruppe „Padre Paraíso“ beobachtet werden, die öffentliche Politiken zur Reduktion von Bildungs- und Versorgungsungleichheit diskutierte (Itinga 247-253). Was jedoch die Ergebnisse von Ribeiro et al. (2005), Ribeiro & Novaes (2010) und den anderen diskutierten Studien angeht, bestätigt sich das Interesse am Öffentlichen und Politischen; dies insbesondere an den Stellen, wo der Bezug der Lebenswelt der Jugendlichen hergestellt werden kann (Kommunalpolitik, Wahlen, öffentliche Sicherheit, soziale und politische Rechte). Diesem Interesse liegt die Wahrnehmung der getrennten Sphären Politik und Lebenswelt zugrunde. Eine interaktiv dichte Passage aus der Diskussion der Gruppe Itinga kann dies veranschaulichen. Sie hatte ihren Anfang mit der Frage des Moderators (Y) genommen, ob die Gruppe untereinander politische Themen diskutiert und gewann mit

dem Einwand der Teilnehmerin It5f an Dynamik ((Itinga, Ausschnitt aus 198-229):

It5f: *Zeit der Wahlen.*

It4m: *Ach herrje!*

It2m: *Bei der Wahl ist es schreck-*

It5f: *es ist schreck-*

It2m: *bei der Wahl ist es*

[Auflachen eines TN]

It2m: *in der Zeit der Wahl , ja (.) in der Schule nur in der Soziologiestunde und, äh, beim MJPOP. In den Gruppen, manchen Gruppen [...]*

It2m: *In Itinga ist es gut, in Itinga wählt man nicht nach Personen, man wählt nach Partei.*

It8f: *Genau.*

It2m: *Wenn du von der PT bist, wirst du PT wählen. Wenn du*

It8f: *PSDB ()*

(Durcheinander) [...]

It6f: *In der Zeit der Politik siehst du nie*

[unverständlich]

It6f: *siehst du nie eine Umarmung.*

In Itinga zeigte sich darüber hinaus die Verbindung von öffentlicher Politik und Identitätsfragen bzw. Fragen regionaler Ungleichheit.

Für die Gruppen aus der Metropole Belo Horizonte zeigen sich ebenso weitere Subtypen. So ist auch für die Gruppe „União Libertária“ - vom Moderator offen danach gefragt - Ungleichheit vor allem hinsichtlich Chancengleichheit (des Zugangs zu (universitärer) Bildung) zentral. Doch sieht sie Chancen in Formen von (Aus-) Bildung und Arbeitsmöglichkeiten als ambivalent: Sozioökonomisch unabhängige Bildung kann mehr Menschen Chancen eröffnen, erhöht dadurch auch den Druck und Wettbewerb um noch mehr Bildung und Chancen (União Libertária, 79-101). Ebenso schlägt die Gruppe in ihrer Orientierung die Brücke zur Verteilungsungleichheit und präsentiert kompetitiven Konsum als *Verhinderung* sozialer Exklusion. Dieses Muster wird von einem Teilnehmer anhand eines populären Musikstücks exemplifiziert, was

weitergeführt wird auf Konsum zu Status-, Anerkennungs und Selbstrepräsentationszwecken (União Libertária, 142-167):

Un5m: *Ganz zu schweigen von Leuten, die schon ein niedriges Einkommen haben, zum Beispiel, die was kaufen wollen, nur um zu zeigen, dass sie es haben*

Un1f: *Mhm.*

Un5m: *nur, mit dem niedrigen Einkommen fehlt's dann zu Hause*

Un1f: *ich seh das*

Un5m: *zum Beispiel*

Un1f: *Ich seh das bei Klassenkameraden von mir, zum Beispiel, die zu mir in die Klasse kommen, in den Unterricht, manchmal mit Sonnenbrillen, oder auch mit Sneakern, und zeigen sie und reden so: Alter, schau mal*

[...]

Un1f: *hat tausend Reais gekostet, die Sneakers auch, kommt schon so an, hält sich für sonstwas ne, wirklich. Manche Leute aus meiner Klasse haben sogar schon ein Moped, manchmal haben sie null Geld. Also schau mal, weil der nen guten Lohn hat, ne Arbeit und alles, aber gibt das Geld aus*

Un5m: *nur um zu sagen, dass er es hat*

Un1f: *alles, was er hat, nur um es auszugeben, manchmal wegen der Musik, ne, die es schon so sagt.*

Un5m: *Nur, damit er zeigen kann*

Un1f: *er hat es schon*

Un5m: *zu versuchen, auf der Ebene zu landen, der*

Un2f: *Der Akzeptanz.*

Un1f: *Genau das, der Akzeptanz-*

Un5m: *der Akzeptanz!*

Un1f: *Wirklich, der Akzeptanz, wenn er so redet-: Alter, ich hab ne Sonnenbrille für tausend Reais, jetzt geh ich mit dem Mädchen da.*

Das Beispiel von den Klassenkameraden, die all ihr Geld für bestimmte, prestigeträchtige Konsumgüter (Sonnenbrillen, Mopeds, Schuhe) ausgeben, um Aufmerksamkeit zu erlangen, das Un1f einbringt, illustriert den von Un5m geschilderten Zusammenhang des „Haben-Wollens, um zu sein“. Es geht hier also um ein Verhalten, das in medialgesellschaftlich präsentem Konsumismus und sozialem Wettbewerb als

Ausdruck gesellschaftlich präsenter Einkommensungleichheit wurzelt. Die biographisch-identitäre Herausforderung besteht darin, soziale Anerkennung über Konsum abzusichern und auszuloten – ein Element, das in der Literatur angesprochen wurde (Sorj & Martucelli 2008: 16, 23f., 58f., 62; Sorj 2006: 44-53; Jackson 2012: 102-106), jedoch noch bislang keine Verortung in Orientierungsmustern gefunden hatte.

An dem Punkt der Verknüpfung von Chancen- und Ergebnisgleichheit lässt sich die Gruppe „Casa Amarela“ unter denselben Subtyp fassen wie die Gruppe „União Libertária“: Chancengleichheit ist auch für sie ambivalent, weil die Chance sich erst in konkreten Ergebnissen (Einkommen, Besitz, „gutem Leben“ als materiellem Besitz und Absicherung) als positiv herausstellt und ansonsten in ihrer Bedeutung leer bleibt, wie ein kleiner Ausschnitt aus einer moderatorinitiierten Diskussion zu Chancen verdeutlicht (Casa Amarela, 332-340):

Ca8f: *Äh, ich sehe also die Chancen der Jugendlichen heute in Brasilien, ja es gibt viele Chancen für die Jugendlichen, weil früher gabs nicht so viele junge Leute. Heute gibts verschiedene Programme, damit du deine erste Anstellung schaffst, verschieden Kurse, die du machen kannst. Heute vergibt die Regierung verschiedene Stipendien, verschiedene Anreize, damit der Jugendliche ein besseres Leben schafft oder, keine Ahnung, nen Abschluss hat, man hilft bei der Uni*

Ca2f: *genau, für deinen Lebensunterhalt, ne*

Ca8f: *genau, es gibt verschiedene Hilfen. Von daher sehe ich Chancen. Aber es bringt auch äh nichts, Chancen zu haben*

Ca2f: *Chancen gibts viele hier*

Ca8f: *viele Chancen und das Land nutzt nicht diese Chancen.*

Soziale Ungleichbehandlung wird auch als zeitliches Kontinuum und je nach sozioökonomischer Struktur von Stadtregionen mit rassistischen Vorurteilen oder Markenkleidungsfragen (Prestige durch Konsum) verknüpft. Wie es die Gruppe als Muster präsentiert, erscheint sie ebenso als „Kraft von außen“ (von Ca1m als von außen konstruierter Makel, als Prozess, der übermächtig und zeitlos erscheint: als „Erbfluch“) wie die Stigmatisierung in Itinga (und bleibt ebenso als Orientierungsdilemma ungelöst). Ein kleiner Ausschnitt hierzu (Casa Amarela, 230-239):

Ca3m: *Ich glaube, das kommt auch auf die Ecke an, wo du gerade bist. Ich glaube, hier wüßte die Frage der Kleider und so sein, aber geht mal in ne Ecke, ne besser angesehene, in Anführungszeichen, also da*

Ca2f: *genau*

Ca3M: *schon wird die Sache mit der Hautfarbe stärker, ich glaub, die wird dann gleich stärker*

Ca1m: *und da überwiegt die*

Ca3m: *genau*

Ca2f: *ja*

Ca1m: *dieser Erbfluch*

Konsum als Angelpunkt der biographischen (Annerkennungs-) Herausforderung sozialer Exklusion ist hingegen ähnlich relevant wie für „União Libertária“.

Die Verknüpfung von sozialer Ungleichheit und Politik erfolgt in beiden „Stadt“-Gruppen deutlich expliziter als in den Gruppen des ländlichen Jequitinhonha-Tals. Für alle vier Gruppen ist Politik als Sphäre von derjenigen der Lebenswelt des Alltags getrennt. Doch lässt sich bei eindeutiger Verantwortungszuschreibung der Politik für den Umgang mit sozialer Ungleichheit ein grundsätzlich verschiedener Interaktionsmodus erkennen. „União Libertária“ distanziert sich explizit zu der als chaotisch, unverständlich, Bedrohung/Zwang ausübend wahrgenommenen Sphäre Politik, wie ein Ausschnitt aus der von der Teilnehmerin Un2f initiierten Diskussion um politische Skandale zeigt (União Libertária, 234-244):

Un2f: *Aber wir sehens bei TV Globo. Die Skandale, das ist Machtmissbrauch, das ist lächerlich, das muss man der Bevölkerung zeigen, weisste, wir vertrauen, weil wir die als Repräsentanten einsetzen, wir sagen: Ich vertrau auf dich, damit du mich repräsentierst und dann passiert genau das, weisste.*

Un3f: *In Wahrheit vertrauen wir gar nicht, ne, wir haben keine Wahl*

Un2f: *Wir haben keine Wahl! Genau!*

[...]

Un2f: *genau, du wählst oder du bekommst nicht dein Gehalt*

[..]

Un1f: *Du kommst ins Gefängnis.*

Hier klingt genau jene im theoretischen Teil dieser Arbeit angesprochene „Repräsentationskrise“ an, die nicht nur unter brasilianischen Jugendlichen, sondern in der Bevölkerung allgemein zu beobachten ist (Novaes 2007). Zugleich erkennt die Gruppe der Politik jedoch eine „Dienstleistungsfunktion“ im Bereich Ungleichheitsmilderung zu (União Libertária, Ausschnitt aus 81-97):

Un2f: *Es verbessert sich jetzt, ne, wohl oder übel, die Regierung machts möglich, ne, wenn du diese Politikprogramme zum Stipendium (.) Stipendium „Schule“, Stipendium (.) „Familie (.)*

[...]

UN2f: *die es gibt, ne, Stipendium, Stipendium, Prouni, Stipendium äh „Du bist Schwarzer“, Stipendium*

Un1f: *FIES*

Un2f: *genau, FIES äh, die Bundesuniversitäten von äh*

[...]

Un4m: *die Regierung vergibt ein Stipendium, äh, das erleichtert - früher, vor kurzer Zeit, da war der Zugang zur Uni ziemlich schwierig, äh, [...] Es gibt Anforderungen, damit du was im Leben bist, das wäre zunächst, dass du die Mittelschule hast und dann, wenn du den Hochschulabschluss hast, da hast du schon einen riesen Sprung gemacht [...].*

Die Gruppe „Casa Amarela“ nimmt die getrennte Sphäre Politik dagegen funktional-pragmatischer wahr: Als Chancenvergrößerer (durch Hilfsprogramme) und Ressourcengeber für die Umsetzung kollektiver lebensweltlicher Ziele, wie sie es auf die Moderatorfrage hin entwickelt, ob die Gruppe auch politische Themen diskutiere (Casa Amarela, 427-441):

Ca8f: *Wir gehen hier drinnen damit praktisch die ganze Zeit um.*

Ca3m: *Wir gehen immer damit um. Weil eine Sache zu machen, du wirst immer mit den Typen zu tun haben, die da arbeiten, da musst du die Arbeit verstehen, verstehste? Also, im Rathaus drinnen gibts viel in dieser Frage von Politik, von daher musst du auch gut artikuliert sein, ansonsten fällste nach hinten zurück. Und hier drinnen, vom Eigenen? Nicht so sehr, wir diskutieren nicht Politik. Aber nehmen wir an, wir wollen den Raum nutzen, um den es viel Streit gibt, damit er*

nicht benutzt wird, ne. Es gibt eine ganze Demokratie, ich weiß nicht was, an Bürokratie. Es gibt ein Geschiebe, es gibt so Sachen, weisste? Von daher, wohl oder übel diskutieren wir schließlich darüber, verstehste?

Y: Aber über was? Welche Themen?

Ca3m: Ah, zum Kulturraum, also, ne

Ca8f: Nachfragen, also zur Verbesserung des Raums, oder wir diskutieren Nachfragen

Ca1m: für die Gemeinde, Nachfragen für die Gemeinde

Ca5m: Immer haben wir eine Sache diskutiert äh, Fragen der Musik, ne, Rap und so

Diese andere Wahrnehmung von Politik fußt auch auf dem Verständnis von Politik als Modus; Politik als Funktionslogik der Prozesse in sozialen und politischen Gruppen (wie Kirchen, Vereinen, aber auch Kulturzentren wie das der Gruppe „Casa Amarela“), die ein instrumentaler Modus für die Erreichung von Zielen ist, wie die Gruppe selbst zusammenfasst (Casa Amarela, 489-498):

Ca3m: Ich glaube, in allem haste Politik.

Ca1m: in allen Bereichen.

Ca8f: Ich glaube, dass

Ca3m: ich glaub, dass, sowohl in der Frage, im politischen Bereich selbst bei, äh, Parteipolitik als auch in der Kirche, als auch im äh in der Schule, im Verein, ich glaube, in allem haste Politik.

Ca7f: In allem.

Ca1m: [...] beim Arbeiten

Ca3m: und in der Politik drinnen auch. [...]

In den Orientierungsmustern der Gruppen „Uniao Libertária“ und „Casa Amarela“ zeigt sich somit auch eine grundlegende Tendenz auf der makropolitischen Ebene: Der kontinuierliche Ausbau von Sozial- und Bildungspolitik, insbesondere seit der Regierung Lula (2003 bis 2011). Eine der neuesten Studien quantitativer Art bestätigt diesen Aspekt insoweit, dass brasilianische Jugendliche öffentliche Sozialpolitiken als Normalität und Notwendigkeit betrachten (Abramo et al. 2013). Dieses Makrophänomen – sowohl im Bereich der *policies* wie auch unter der brasilianischen Jugend allgemein – korrespondiert mit den hier aufgezeigten Beobachtungen im Mikrobereich: nämlich die Sicht auf Politik

als „Dienstleister“, „Ressourcengeber“, „Chancenvergrößerer“ und Modus/Funktionslogik in Gruppen.

Typ 2: Vom Ich zum Wir: Soziale Begrenzungen, ökologische Grundprobleme und die Relevanz von Konsumdistinktion in Status und Bedürfnis

Grundlegend fällt in allen Gruppen auf, dass die Wahrnehmung von und das Verhältnis zu Politik sich nicht nur in Fragen nach Ungleichheit, sondern auch zu nachhaltiger Entwicklung widerspiegelt. Gleichzeitig greifen auch die Muster, die die Wahrnehmung von Ungleichheit steuern, in das Feld nachhaltiger Entwicklung über. Entsprechend ergeben sich verschiedene und zugleich einander überlagernde Muster. Das bewusste „Umdrehen“ von Exklusionserfahrung in eigenständige Abgrenzung, das die Ungleichheitswahrnehmung in Padre Paraíso prägt, schlägt sich in der moderatorinitiierten Frage nach der Lösung von Umweltproblemen nieder. Die Gruppe nennt neben „neuen Ideen“ wie Regenwassernutzung und Solarenergie auch die externe Kontrolle gegen Abholzung, da sie die Bevölkerung als verantwortungslos/unwissend, ergo behindernde sozialen Konventionen und Routinen wahrnimmt. Bezüge zu politischen oder anderen gesellschaftlichen Akteuren oder Mechanismen bleiben verschwommen. Dazu ein Auszug (Padre Paraíso, 419-436):

Pa2f: *Äh vor allem von hier ab ins untere Jequitinhonhatal, sie werden nicht verstehen, warum man nicht abholzen darf, weisste. Du kommst an und sagst, das ist darum und darum und darum, sie werden es nicht verstehen. Also, ich glaube, es müsste auch ein bisschen mehr Information geben für diese Leute. Weil, genau wie, als mein Opa wirklich was zerstört hat, er holzt das nicht ab, fackelt das nicht aus Bosheit ab. Das ist, weil er es nicht versteht, wirklich, den Grund, warum, diese Kommunikation. Ich glaube daher, ein bisschen Information wäre, ne.*

Y1: *Information, und du hast über die Wasserfrage geredet, ne?*

Pa6m: *Genau.*

Y1: *Und was noch für Lösungen, glaubt ihr, sollten gemacht werden um diese Probleme zu lösen?*

Pa8m: *Äh, im Zusammenhang mit dem Abholzen, glaube ich, muss es jemand Verantwortlichen dafür geben. Weil, in jedem Fall wird die Person nicht alleine damit umgehen, ne, zum Beispiel: Es ist gesetzlich verboten! –Ach, echt?*

[Lachen der TN]

Pa2f: *Und dann, was machste dann?*

Pa8m: *Ne, so kommt er an. Der Typ wird in jedem Fall fällen, er Holz in jedem Fall ab. Ich glaube, es sollte eine Art Rat geben, der helfen wird, funktionieren wird beim Aufpassen.*

Auf der Ebene des Alltagshandelns geht es um das individuelle Vorbildsein in Umweltverschmutzungsfragen (der Moderator hatte gefragt, welche Lösungen für Umweltprobleme die Jugendlichen persönlich sähen). Interindividuelle Handlungsketten über die Vorbildfunktion als Praxis werden handlungsferner Belehrung vorgezogen (Padre Paraíso, 466-477):

Pa2f: *Weisste, ich glaube, es fängt mit einem Bonbonpapier an. Du findest ein Papier in der Schule, keine Ahnung. Dann bewahrst du es in der Hosentasche auf, und wenn du zu Hause ankommst, ziehst du es raus und schmeißt es in den Müll daheim, weisste. Also, ich glaube, das ist eine Sache, die wir viel im Murion diskutieren und ich glaube, auf die Art läuft es, weil wenn jeder es auf seine Art macht und sich ändert, wird sich ein kleiner Prozentsatz ändern, aber er verändert eine Sache. Also, ich glaube, dass von unserer Seite es das ist, ne. Und in dieser Art zu denken äh, ich fang bei mir an und so lernt mein Kamerad mit mir, der lernt mit dem nächsten und so weiter, weisste. Damit mein Vater mit mir lernt, meine Mutter hat was hingeworfen - Mutter, sag mal - weisste, also ich glaube, ja, das fängt damit an.*

Pa5m: *Genau, es ist nicht das, dass du ankommst und redest, du gibst ein Beispiel*

Pa2f: *genau, ganz genau*

Pa5m: *wie mans macht.*

Ebenso allgemein wie in Padre Paraíso – wie jedoch auch für die naturräumlichen Gegebenheiten sensibel – sind nachhaltige Ansätze für die Gruppe „Itinga“ auf Vorschläge zur Wasserverwendung und Solarenergie gerichtet. Das lebensweltlich geprägte Interesse und Verständnis von Politik, das die Gruppe präsentiert, klingt hier leicht an. Die Option für

individuelles Handeln taucht auch in Itinga auf, doch scheint sie – eventuell aus einer „Stigmatisierungsstarre“ – von sozialen Normen und Routinen erdrückt zu werden und über theoretisches Wissen nachhaltigen Handelns nicht hinaus zu kommen. Die Frage der Anerkennung überschattet Eigeninitiativen und nicht-regelkonformes Handeln, weshalb nachhaltige Lösungen konkret im Alltag für die Gruppe aussen vor bleiben. Auch in einer vom Moderator angestoßenen Diskussion um nachhaltiges Leben im Alltag (Itinga, 560-666) spitzt es sich dahin zu (624-646):

It2m: *Du musst dein Leben anpassen, auf eine Weise machst du etwas. Nicht nur denken, es geht nicht nur drum, dass du den Hahn zudrehst, um nicht Wasser zu verbrauchen. Es geht drum, dass du das Produkt kaufst und überlegst, was es dir bringt, wenn du es kaufst, das Hemd da, äh, und du weißt, dass sein Stoff mit einem Produkt behandelt ist, das die Natur schädigt.*

It5f: *Aber das sind schwierigere Sachen,*

It2m: *Ja eben!*

[...]

It5f: *Niemand macht das!*

It2m: *Eben!*

It4m: *Leichter ists, loszugehn und ein modisches Hemd zu wollen, eine Hose*

It5f: *Niemand macht das!*

It2m: *es hieße, du passt dein Leben an*

It6f: *genau!*

[...]

It6f: *Es interessiert nicht, was gemacht wurde. Wenn du auf den Gemeindeplatz kommst und du wie alle gut gekleidet bist, so ist es das. Es entscheiden die Schäden, die dein Leben danach erleiden wird, es zählt das Jetzt, ob es dir jetzt gutgeht. Du bist auf dieselbe Art da, die jetzt ist, die sehr gut gekleidet ist, wie alle, und so denken sie nicht ans Danach.*

It2m: *Genau.*

It6f: *Das ist schlecht für uns, ne, weil was sie heute machen, bekommt Auswirkungne für die, die später Erfahrungen sammeln.*

In beiden Gruppen der Metropole wird das interindividuell „ansteckende“ Vorbildhandeln angesprochen. Doch greifen auch hier die Orientierungsmuster gegenüber Politik und sozialer Ungleichheit über. Analog zu ihrem distanzierten, „Dienstleistung einfordernden“ Verhältnis zur bedrohlichen Sphäre Politik ist für die Gruppe „União Libertária“ nachhaltiger Entwicklung als politischer Aufgabe zu misstrauen. Diese Beobachtungen bestätigen und zeigen sich besonders deutlich an einer Schlüsselstelle mit Initiation durch den Moderator (União Libertária, Ausschnitt aus 558-587):

Y: *Also, aus eurer Sicht, was wäre eine nachhaltige Entwicklung für Belo Horizonte?*

Un4m: *Also, ich glaube, auf die Fahrradwege zu setzen, das wäre schon sehr cool, äh wir machen, was wir schon machen sollten, also unseren Müll in den Mülleimer werfen, alles schön trennen /*

Un2f: *Recycling*

Un4m: *genau, Recycling auch*

Un2f: *aber es gibt dieses Bewusstsein nicht, die Schulen/*

Un4m: *ja, das gibts nicht mehr.*

Un2f: *Es ist echt schwierig, dass eine öffentliche Schule ein Programm für Recycling hat. Wenn die Schule kein Programm hat, stellst du dir bei uns zu Hause vor!*

Un4m: *Genau.*

[...]

Un1f: *Manchmal holen die den Mülleimer, alles schön getrennt, Metall, Plasti und alles. Die holen das alles und decken es ab, sogar Toilettenmüll*

Un2f: *Alter, ja!*

Un1f: *wir denken manchmal, wir machen was Gutes, aber wirklich, ist es am Ende etwa, wird das, wenn es da ankommt, wo es das zum Recyceln, wird das gemacht, passiert das wirklich? Ich glaube, man muss sich das mal klar machen und aufpassen, kritischer sein, weil*

[...]

Un1f: *es passieren wirklich viele versteckte Sachen.*

Vielmehr und viel deutlicher entscheidet sich nachhaltige Entwicklung für die Gruppe „União Libertária“ im Positiven im alltäglichen Konsum. Individueller Konsum nach Bedürfnissen und kollektiv geteilten Krite-

en funktionaler Notwendigkeit bedeuten effektive nachhaltige Entwicklung in den Augen dieser Gruppe, wie eine Teilnehmerin verdeutlicht (União Libertária, 610-614):

Un1f: Ich, zum Beispiel, jetzt gerade, hab keine Händypläne, es funktioniert voll, und ich hab keinen Bedarf, noch nicht, ein Handy zu kaufen, aber ich glaub, wenn man eins von den besseren Handys kauft, die gehen schneller kaputt. Ich würde das behalten. Ich glaub, das sind so kleine Formen, das sind kleine Sachen, die wir im Alltag machen, wenn wir wirklich die Natur runterreiten, wir kriegen das nicht mal mit.

Deutlich vielschichtiger – analog zu ihrer Wahrnehmung von Politik – stellt sich für die Gruppe „Casa Amarela“ nachhaltige Entwicklung als eine Frage der Verantwortlichkeit gesellschaftlicher Gruppen dar. Nachhaltige Entwicklung beginnt hier bei der Initiative von Bürgern, die mit Akteuren aus Wirtschaft und Politik zur Lösung kollektiver Probleme interagieren – „einsäulige“ Lösungen wie nur individuelles Handeln, nur Bildung oder ähnliches fallen dagegen aus den Erwägungen heraus. Pointiert zeigt sich dies an folgender Überlegung zu einem Nachhaltigkeitsprojekt für das eigene Stadtviertel, das die Gruppe entwirft, als der Moderator danach fragt, welche Rolle sie für sich bei der Lösung von Umweltproblemen sähen (Casa Amarela, Ausschnitt aus 685-712):

Ca3m: Und da, im Projekt, unser Part wäre welcher? An den Orten, die die Viertelgemeinschaft geschaffen hat, Müllbehälter aufstellen, Mülleimer zu haben, verschiedene Mülleimer und arbeiten, mit dieser Sache also. Bei der Trennung bringste zuerst einen Müll, der recyclebar ist, der biologisch ist, in diese Mülleimer (.) biste im Bild? Und versuchst zusammenzuarbeiten mit Unternehmen, die mit Recycling arbeiten (.) altem Eisen und es über das Rathaus kaufen. Zum Beispiel, nehmen wir an, die Müllabfuhr, die vorbeikommt, am Dienstag/

Ca2f: am Donnerstag, am Sa-

Ca3m: am Dienstag, am Donnerstag und am Samstag. Und da, wenns ein Recyclingunternehmen gäbe, hier im Viertel gibt's das, das vorbeikäme

Ca7f: Montag kommt

[...]

Ca3m: *und die Leute würden den Müll an diesen Tagen raustun*

[...]

Ca3m: *wie sagt man, Verbündete dafür. Dieses Projekt funktioniert wirklich. Weil, was machen mit unserem kleinen Team*

Ca2f: *funktioniert nicht*

Ca3m: *funktioniert nicht, es muss ein großes Unternehmen dabei sein, es muss die Stadtverwaltung dabei sein.*

Y: *Mhm.*

Wie sich in der Frage zu nachhaltiger Entwicklung als Systemänderung jedoch zeigt, ist Dreh- und Angelpunkt für Veränderung in Handeln und sozialem Miteinander das horizontale Handeln, in dessen Mitte die individuelle Initiative steht: Vom Ich zum Wir. Dazu eine zentrale Passage (Casa Amarela, 793-813):

Ca3m: *Ich stell mir folgendes vor: Diese Sache mit dem Kapitalismus ist was sehr starkes, um zerstört zu werden, das ist sehr schwer.*

Ca2f: *Genau.*

Ca3m: *Also ich glaub, dass, äh ich spreche von äh Schadensreduzierung. Ich glaub, innerhalb des Kapitalismus zu reduzieren versuchen, dieses Sache, also, keine Ahnung. Nehmen wir an/*

Ca8f: *sehr stark*

Ca3m: *äh, ich will wachsen, ich will mit niemandem arbeiten, ich will nicht Angestellter von jemandem sein. Also mach ich ein Unternehmen für mich auf. Nur, dann hab ich die Idee, dass das, was ne super Sache für mich ist, abgeben wird, und ich überlege, genauso wie ich mit niemandem arbeiten will*

Ca2f: *keiner will arbeiten*

Ca4m: *niemand*

Ca3m: *keiner (wird) arbeiten wollen für mich, verstehste? Weil*

Ca8f: *Also, ich denke*

Ca3m: *also ich stell mir folgendes vor: So, wenn ich grade am Wachsen bin, wenn ich Möglichkeiten hab zu wachsen, wieso kann ich nicht äh helfen*

Ca2f: *wirst*

Ca3m: *zu wachsen, also er wird wirklich nicht Angestellter sein, er wird so nützlich arbeiten, checkste das?*

Ca2f: *dieselbe Ebene.*

Tabelle 1: Ergebnisse Grund- und Subtypen der kollektiven Orientierungsmuster

Gruppen (Vorstellungen vom Politischen): allen Gruppen gemeinsam: Wahrnehmung von Politik und Alltag als getrennte Sphären					
		Vale do Jequitinhonha 1 - Padre Paraiso (Interesse)	Vale do Jequitinhonha 2 – Itinga (sozial definierte Zeit und Situation alltäglicher Erfahrung)	Belo Horizonte 1 - Uniao Libertária (Zwang/Bedrohung/Chaos)	Belo Horizonte 2 - Casa Amarela (Bereitsteller von Mitteln; funktioneller Modus)
Typ 1: Soziale Ungleichheit – Soziale Exklusion/Diskriminierung als biographische Herausforderung		X	X	X	X
	Subtyp 1.1: Abgrenzung	X			
	Subtyp 1.2: Stigma		X		X
	Subtyp 1.3: Chance an sich	X	X		
	Subtyp 1.4: Chance + Ergebnis			X	X
	Subtyp 1.5: Konsum gegen Exklusion			X	X
Typ 2: Nachhaltige Entwicklung – Soziale Begrenzungen, Umweltprobleme und die Bedeutung des Konsums		X	X	X	X
	Subtyp 2.1: Individuelles vorbildliches Handeln	X	(X)	X	X
	Subtyp 2.2: Konsum		(X)	X	
	Subtyp 2.3: Öffentliche Lösungen	X			
	Subtyp 2.4: Integriertes Handeln				X

Legende:

Typ 1, Typ 2: In allen Gruppen wirkende Grundtypen themenspezifischer Wahrnehmungen

Subtyp 1.1 (Abgrenzung): Soziale Ungleichheit wahrgenommen als "positive" Exklusion, um sich kollektiv von der als kulturell "schlechter" wahrgenommenen Gesellschaft abzugrenzen

Subtyp 1.2 (Stigma): Soziale Ungleichheit wahrgenommen als Stigmatisierung der eigenen Gruppe oder Wohnregion

Subtyp 1.3 (Chance an sich): Soziale Ungleichheit als Chance und Herausforderung, sie zu überwinden

Subtyp 1.4 (Chance + Ergebnis): Ungleichheit gesehen und bewertet aus der Zielperspektive der Chancen- und Ergebnisgleichheit/materiellen Gleichheit

Subtyp 1.5 (Konsum gegen Exklusion): Konsum wahrgenommen als Mittel, um soziale Exklusion durch Produkte, Arbeit und Statuschancen zu überwinden

Subtyp 2.1 (Individuelles vorbildliches Handeln): Nachhaltige Entwicklung wahrgenommen als vorbildliches individuelles Verhalten zur Bewirkung von Kettenreaktionen und Wandel des sozialen Kontextes (z.B. mittels Recycling)

Subtyp 2.2 (Konsum): Konsum gesehen als zentrales Scharnier in Umweltfragen, sowohl im positiven Sinne (bewusster Konsum) wie auch im negativen (Konsum "überflüssiger" Produkte, durch Unternehmen künstlich geschaffene Bedürfnisse)

Subtyp 2.3 (Öffentliche Lösungen): Nachhaltige Entwicklung verstanden als Handlungsaufgabe und als öffentliche Verantwortung (öffentlicher Politiken, unternehmerischen Handelns)

Subtyp 2.4 (Integriertes Handeln): Nachhaltige Entwicklung wahrgenommen als organisiertes Handeln der verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren (institutionalisierte Politik, Unternehmen, organisierte Bürger)

Quelle: Eigene Darstellung

Die Option individuellen (Vorbild-)Handelns, die Trennung zwischen Politik und Lebenswelt und funktionale Beziehungen dazwischen, die Dominanz der Fragen zu sozialer Exklusion und Ungleichheit sowie die entscheidende Rolle sozialer (Konsum-)Distinktionsmuster für nachhaltige Lösungen vereinen alle Gruppen in ihren Orientierungen. Über dies hinaus zeigt sich, dass Unterschiede in den Orientierungen nicht nur zwischen städtischen und ländlichen Gruppen auftreten. Vielmehr verwischen bzw. überschneiden sich kollektive Orientierungsmuster der Jugendgruppen oftmals, so dass beispielsweise die Option für individuelles nachhaltiges Handeln in Padre Paraíso ebenso zentral ist wie für die Gruppe „União Libertária“. Tabelle 1 (siehe oben) verdeutlicht dies.

Triangulation mit den Experteninterviews

Auf die Frage, welche Bedeutung soziale Ungleichheiten für brasilianische Jugendliche haben, werden übereinstimmend die Zugangsgleichheit zum öffentlichen Raum und seinen Gütern angegeben (siehe Tabelle 2, Zeile 1 „Soziale Ungleichheit“), was in dieser Form in den Diskussionen nur teilweise auftauchte. Deutlichere Übereinstimmungen zwischen den Diskussionsgruppen und den Experten gibt es zur Frage der Relevanz nachhaltiger Entwicklung. Ob Aspekte des Lebensraums Stadt, der Kritik am Kapitalismus, nachhaltige Entwicklung als Teil der „subjektiven Ökonomie“ der Jugendlichen (so der Experte aus Belo Horizonte, Zeile 2) – all diese Aspekte tauchen als Bestandteile der (Sub-)Typen der herausgearbeiteten kollektiven Orientierungsmuster auf. Die Expertenanalysen decken sich darin auch mit der diskutierten Forschungsliteratur zu politischer Kultur brasilianischer Jugendlicher (u.a. Novaes 2007; Ribeiro & Novaes 2010; Ribeiro et al. 2005). Zur Frage, ob eine neue politische Kultur brasilianischer Jugendlicher im Entstehen sei, stimmen die Experten mit der Forschungsliteratur zum Thema überein, jedoch unterschiedlich deutlich (siehe Zeile 5, beide Experten). So entstehe aus der Unzufriedenheit mit der repräsentativen Demokratie in Brasilien eine Kultur, die größere Partizipation in Angriff nehme. Dass dabei Fragen nachhaltiger Entwicklung (noch) hinter Ungleichheits- und Identitätsaspekten rangieren, deckt sich wiederum mit der analysierten Forschungsliteratur und den erarbeiteten Orientierungsmustern.

Tabelle 2: Antwortkategorien aus den Experteninterviews

	Experte Rio de Janeiro (FASE)	Experte Belo Horizonte (UFMG)
Soziale Ungleichheit	Rechte (Kultur, Freizeit, Bildung), Zugang zum öffentlichen Raum; Problem der Naturalisierung (→ Bewusstsein schaffen)	Meritokratische versus soziale Erklärungsmuster, Konsum/Produktion als "falscher Ausweg", Zugang zum öffentlichen Raum (weniger Klassen- und Konsumungleichheit)
Nachhaltige Entwicklung (NE)	Über Fragen der Zugangsrechte zur Stadt (Lebensraum Stadt), Umweltgerechtigkeit (Betroffenheit) , Lebensweltliche Distanz zur internationalen Umweltpolitik	Kritik an NE aufgrund des Paradoxons Kapitalismus versus Naturschutz; Teil der "subjektiven Ökonomie" der Jugendlichen (Müll, Umweltpolitik, Medien)
Schichtzugehörigkeit der Themen	Ähnliche Bedeutung in unterschiedlichen Erfahrungswelten	Nur für die Mittelklasse; bei extrem Armen und extrem Reichen Glaube an Unerschöpflichkeit der Natur dominant
Stadt - Land	Relevanz für alle, ungleiche und (politisch) diskriminierende Auswirkungen	...
Neue politische Kultur?	"Etwas neues": Empörung/Enttäuschung/Misstrauen gegenüber den "alten Institutionen", Partizipation und Politikform Ungleichheit heute zentraler, NE eher in naher Zukunft, wenn auch heute schon "im Blick"	"Ja": Bahnen für neue politische Kultur im Entstehen, gegen den Zynismus der bürokratisierten Demokratie Kampf um Identitäten heute zentraler, wenn auch heute schon NE "im Blick"

Quelle: Eigene Darstellung

Die Bedeutung sozialer Ungleichheit und nachhaltiger Entwicklung für brasilianische Jugendliche – ein Fazit

Welchen Stellenwert und welche Bedeutung haben nun die Themen und politischen Problemfelder soziale Ungleichheit und nachhaltige Entwicklung innerhalb der politischen Kultur brasilianischer Jugendlicher, auch angesichts der Verzahnung globaler Nachhaltigkeits- und Ungleichheitsdiskurse? Das theoretische Basisargument dieser Arbeit war hierbei: Solche Grundvorstellungen lassen sich durch ein breiteres, über Almond & Verba (1963) hinausgehendes Verständnis von politischer Kultur erschließen, das diese nicht nur als Gesamtheit individueller Einstellungen, sondern als kollektives Phänomen gesellschaftlicher Groß- und Subgruppen, als „die für eine soziale Gruppe maßgebenden Grundannahmen über die politische Welt“ (Rohe 2003: 111) auffasst und normativ explizit offen hält (Elkins & Simeon 1979). Im methodologischen Teil wurden die Gruppendiskussion und die dokumentarische Methode als geeignetes Erhebungs- und Analyseverfahren für eine derartige qualitative politische Kulturforschung vorgestellt und eine Typologie präsentiert.

Zunächst bestätigten sich zahlreiche Beobachtungen, die in der Forschung diskutiert wurden (u.a. Krishcke 2004, Ribeiro et al. 2005, Ribeiro & Novaes 2010): Eine politisch mehrheitlich interessierte, gegenüber der aktuellen Politik kritische bis misstrauische, aber partizipationsbereite junge brasilianische Bevölkerung sieht die verschiedenen Formen von sozialer Ungleichheit und Exklusion als alltägliche Erfahrung und politische Herausforderung an. Nachhaltigkeitsfragen rangieren auf den „hinteren Plätzen“. Allerdings hatten bisherige Studien nicht zu den strukturellen Orientierungsmustern zu sozialer Ungleichheit und noch weniger zu nachhaltiger Entwicklung geforscht. Die theoretischen Auseinandersetzungen mit sozialer Ungleichheit wie auch mit nachhaltiger Entwicklung und Forschungen zur politischen Kultur brasilianischer Jugendlicher (u.a. Brenner & Carrano 2008, Ribeiro et al. 2005) gaben dafür wichtige Vertiefungshinweise. Insbesondere, was die seit den neunziger Jahren zunehmende Ökonomisierung des Konzeptes nach-

haltiger Entwicklung und die Agenda 21 zum einen und die Relevanz von Chancen- und Verteilungsgleichheit (Bildung, Arbeit, materieller Besitz) bzw. Exklusion, Anerkennung, Stigmatisierung und Identität für brasilianische Jugendliche zum anderen angeht.

Die Bemerkungen Sorjs & Martucellis (2008) und Jacksons (2012) zur Bedeutung von Konsum als Bedürfnisbefriedigung und Identitätsarsenal wiesen auf zentrale Dimensionen für die jugendliche Wahrnehmung von sozialer Ungleichheit und nachhaltiger Entwicklung in Brasilien hin. In fast allen Diskussionsgruppen dieser Arbeit wurde deutlich, dass der Konsum von Statusprodukten (Kleidung) eng mit der Bewältigung der Herausforderung „soziale Exklusion“ zusammenhängt. Zugleich zeigte sich, eng an Konsumfragen gekoppelt, die Frage der Bedürfnisse in der Hälfte der Gruppen als relevantes Scharnier für individuelle Nachhaltigkeitsstrategien. Das Ineinandergreifen der kollektiven Orientierungsmuster zeigte sich, indem soziale Ungleichheit und nachhaltige Entwicklung als einander inhaltlich oft übergreifend diskutiert wurden. Ebenso war der Blick auf die Wahrnehmung des Politischen an sich höchst aufschlußreich, da sich die Vorstellungen von Politik (ob als Modus, als feindliche Sphäre, als Gesprächsthema oder sozial definierte Zeit (Wahlen)) in den Feldern sozialer Ungleichheit und nachhaltiger Entwicklung widerspiegelten und damit ihre politisch-kulturelle Bedeutung bekräftigten.

Das Individuum selbst schließlich war in allen Gruppen Ausgangspunkt der Orientierungen gegenüber nachhaltiger Entwicklung und sozialer Ungleichheit. Der über Konsum handelnde Einzelne, der über ökonomische Aktivitäten und Akteure interindividuell oder im Schritt Ich-Wir nachhaltige Entwicklung umsetzt: So könnte man zusammenfassend die „Nachhaltigkeits“-Orientierungsmuster der Gruppen beschreiben. Damit rücken Überlegungen in den Vordergrund, wonach aus (konsum)kulturellem Angebot Erfahrungen kollektiver Identifizierung erwachsen, dies jedoch aus Elementen, die als zutiefst subjektiv erlebt werden (Sorj & Martucelli 2008: 85). Dasselbe gilt auch für die Reflexionen zu nachhaltiger Entwicklung. Über alle vier Gruppen zeigten sich dieselben Muster von Merksätzen zum Recycling, zum interindividuellen Vorbild-Sein in der Müllvermeidung wie auch zur Frage des individuellen Umweltbewusstseins. Diese Orientierungsmuster aus dem

Mikrobereich korrespondieren auf der makropolitischen Ebene mit der Ausweitung von Umweltschutz- und Nachhaltigkeitsstrategien brasilianischer Institutionen und Unternehmen und zeigen zugleich die Ambivalenz des aktuellen konsum- und binnenmarktorientierten Entwicklungsmodells Brasiliens (Zellhuber 2012).

Der Geltungsbereich der Aussagen ist nicht statistisch repräsentativ für alle brasilianischen Jugendlichen. Gleichwohl wurde maximale qualitative Repräsentativität im Sinne der Vollerfassung möglicher Merkmale bei der Typenbildung angestrebt. Dazu wurden die folgenden konstanten Vergleichsdimensionen beachtet: eine breite Altersspanne von 15-24 (Jugenddefinition des IBGE), die soziale Schicht (neue Mittelschicht, umfasst mittlerweile über 50% der brasilianischen Bevölkerung (CDCMB (o.J.): 20-21) und das Engagement in kulturellen Gruppen. Ebenso wurde auf konstante und gleiche Geschlechterverhältnisse in den Diskussionsgruppen geachtet und kontrastiert (zwei Gruppen aus der Metropole, zwei aus dem ländlichen Bereich).

Für weiterreichende Aussagen zum brasilienweiten Geltungsanspruch der Befunde (zur Vollerfassung möglicher Varianz) müssten weitere Merkmale berücksichtigt werden. Beispielsweise wäre zu fragen, ob sich die Orientierungsmuster in Gruppen anderer Einkommens- und Bildungsschichten, regional oder zwischen den Geschlechtern ändern. Ein nächster Schritt könnte auch ein internationaler Vergleich sein. Dies wäre in weiteren Studien eventuell unter Einsatz der hier entwickelten sinngenetischen Typologie zu überprüfen und (mit einer soziogenetischen Typologie) weiterzuentwickeln. Es konnte gezeigt werden, dass das hier angewandte Verfahren ein großes Tiefenpotential für qualitative und integrative Forschungen zur politischen Kultur bereithält. Die im Forschungsdesign integrierte Annahme von Unterschieden zwischen Jugendlichen des „Brasil urbano“ und „Brasil agricola“ (Santos 2005: 75f.) bezüglich der beiden untersuchten Aspekte bestätigte sich nicht, mehr noch: Die Verflüssigung der Unterschiede zwischen Stadt und Land wurde auch in den Überschneidungen und im Ineinandergreifen von Orientierungsmustern ländlicher bzw. städtischer Jugendlicher sichtbar. Globalisierte Vorstellungswelten von Konsum, Status, Gleichheit und Nachhaltigkeit zeigten sich in „der Peripherie des Westens“ (Kuhn 2006) ebenso wie eine „Deterritorialisierung“ (Castells 1998 bei

Sorj & Martucelli 2008: 57) der Lebenswelten. Die medial-virtuell rezipierten Diskurse dienen dabei als Interpretationsangebote für konkrete lebensweltliche Erfahrungen.

Es bleibt jedoch (noch) offen, inwiefern die beobachteten Orientierungsmuster schon Teil einer neuen politischen Kultur brasilianischer Jugendlicher sind, wie dies in den Experteninterviews anklang. Die mediale Weltöffentlichkeit blickt in den nächsten Jahren weiterhin auf das größte Land Südamerikas. Auch etwaige Proteste werden dann zeigen, ob nachhaltige Entwicklung und soziale Ungleichheit weiterhin Vorstellungen vom Politischen unter brasilianischen Jugendlichen beeinflussen - in neuen Vermischungen oder in ganz neuen Formen.

Literatur

- Abramo, Helena Wendel/Castro, Elisa Guaraná de/Venturi, Gustavo/Lobato, Ana Laura/Bezerra, Carla de Paiva (2013): *Agenda Juventude Brasil: Pesquisa Nacional sobre Perfil e Opinião dos Jovens Brasileiros*, Brasília.
- Abramovay, Ricardo (2010): *Desenvolvimento sustentável: Qual é a estratégia para o Brasil?*, in: *Novos Estudos* 87/Juli, S. 97- 113.
- Almond, Gabriel/Verba, Sidney (1963): *The civic culture. Political attitudes and democracy in five nations*, Pinceton.
- Almond, Gabriel/Verba, Sidney (1980): *The civic culture revisited: an analytic study*, Boston/Toronto.
- Baquero, Marcello/Cremonese, Dejalma (2006): *Capital social. Teoria e prática*, Ijuí.
- Bogner Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (2005): *Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung*, 2. Aufl., Wiesbaden.
- Bohnsack, Ralf (2008): *Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden*, 7. Aufl., Opladen.
- Bohnsack, Ralf/Nentwig-Gesemann, Iris/Nohl, Arnd-Michael (2013): *Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis. Grundlagen qualitativer Sozialforschung*, 3. Aufl., Wiesbaden.
- Brenner, Ana Carina/Carrano, Paulo (2008): *Formas e conteúdos da participação de jovens na vida pública*, in: *Proposta (Revista Trimestral de Debate da FASE)*, n° 115, S. 66-71.
- Burgess, J.C./Barbier, E.B. (2001): *Sustainable development*, in: *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences*, 2001, S. 15329-15335.

- Carvalho, José Murilo de (1998): O motivo edênico no imaginário social brasileiro, in: RBCS, vol. 13, n° 38, S. 63-79.
- Comissão para Definição de Classe Média no Brasil (CDCMB) (o.J.): Relatório Definição de Classe Média, online: <http://www.sae.gov.br/vozesdaclassemidia/wp-content/uploads/Relatório-Definição-da-Classe-Média-no-Brasil.pdf>, (Abruf: 20.12.2014).
- De La Fontaine, Dana/Stehnen, Thomas (2012): Das politische System Brasiliens, Wiesbaden.
- Dietz, Kristina (2011): Sozial-ökologische Ungleichheiten. Zum Verhältnis von Gesellschaft, Natur und Demokratie in Lateinamerika, in: Wehr/Ingrid/Burchardt, Hans-Jürgen (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten in Lateinamerika. Neue Perspektiven auf Wirtschaft, Politik und Umwelt, Baden-Baden, S. 107-136.
- Dittmer, Lowell (1977): Political culture and political symbolism: toward a theoretical synthesis, in: World Politics, Volume 29, Issue 04, July 1977, S. 552-583.
- Douglas, Mary/Wildavsky, Aaron (1982): Risk and culture: An essay on the selection of technical and environmental dangers, Berkeley.
- Dornheim, Andreas/Greiffenhagen, Sylvia (2003): Identität und politische Kultur, Stuttgart.
- Elkins, David J./Simeon, Richard E.B. (1979): A cause in search of its effect, or what does political culture explain?, in: Comparative Politics, vol. 11/2, S. 127-145.
- Ferreira, Francisco H. G. (2012): Inequality of opportunity around the world: What do we know so far?, in: Inequality in Focus, Volume 1, Number 1, April 2012, S. 8-11, online: Poverty Reduction and Equity Department, online: http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2013/08/02/000356161_20130802141408/Rendered/PDF/799210BRI0Ineq0Box0379795B00PUBLIC0.pdf (Abruf: 20.12.2014).
- Fialho, Fabrício Mendes (2008): Participação e desigualdade política: um exercício em teoria e método, Belo Horizonte.
- Flick, Uwe (2004): Triangulation. Eine Einführung, Wiesbaden.
- Frey, Klaus (1997): Demokratie und Umweltschutz in Brasilien: Strategien nachhaltiger Entwicklung in Santos und Curitiba, Münster.
- Greiffenhagen, Sylvia (2009): Theorie(n) der Politischen Kultur, in: Salzborn, Samuel (Hrsg.): Politische Kultur. Forschungsstand und Forschungsperspektiven (Politische Kulturforschung 1) Frankfurt/Berlin/Bern, S. 11-27.

- Guerrero, Patrícia (2009): Vale do Jequitinhonha. A região e seus contrastes, in: Revista Discente Expressões Geográficas, n° 05, ano V, S. 81 – 100.
- Harribey, Jean-Marie (2012): Rio+20: mercantilização da natureza ou preservação do Bem Comum?, in: Proposta (Revista Trimestral de Debate da Fase), n° 125/36, S. 13-21.
- Helms, Ludger/Jun, Uwe (2004): Politische Theorie und Regierungslehre. Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenforschung, Frankfurt/New York.
- Inglehart, Ronald (1977): The Silent Revolution: changing values and political styles among western publics, Princeton.
- Inglehart, Ronald (1997): Modernization and postmodernization: cultural, economic, and political change in 43 societies, Princeton.
- Jackson, Tim (2012): Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt, übersetzt aus dem Englischen von Eva Leipprand, Bonn.
- Johnson, James (2003): Conceptual problems as obstacles to progress in political science: four decades of political culture research, Journal of Theoretical Politics 15 (1), S. 87- 115.
- Kelle, Udo/Kluge, Susann (2010): Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung, 2. Aufl., Wiesbaden.
- Kreckel, Reinhard (1997): Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit (Theorie und Gesellschaft 25), Studienausgabe, Frankfurt/New York.
- Krischke, Paulo J. (2004): Perfil da juventude brasileira: Questões sobre cultura política e participação democrática, in: interthesis, vol. 1, n° 2, S. 1-27.
- Kruse, Jan/Bethmann, Stephanie/Niermann, Debora/Schmieder, Christian (2012): Qualitative Interviewforschung in und mit fremden Sprachen: Eine Einführung in Theorie und Praxis, Wiesbaden.
- Kühn, Thomas/Souza, Jessé (2006): Das moderne Brasilien. Gesellschaft, Politik und Kultur in der Peripherie des Westens, Wiesbaden.
- Kühn, Thomas (2006): Alltägliche Lebensführung und soziale Ungleichheit – eine explorative Studie in Salvador (Bahia), in: ders./Souza, Jessé (Hrsg.): Das moderne Brasilien. Gesellschaft, Politik und Kultur in der Peripherie des Westens, Wiesbaden, S. 129 – 143.
- Kühn, Thomas/Koschel, Kay-Volker (2011): Gruppendiskussionen. Ein Praxis-Handbuch, Wiesbaden.
- Lagos, Marta (2000): A máscara sorridente da América Latina, in: Opinião Pública, Campinas, vol. VI, n° 1, S. 1-16.

- Lane, Jan-Erik/Wagschal, Uwe (2012): *Culture and politics*, London/New York.
- Littig, Beate/Grießler, Erich (2005): *Social sustainability: a catchword between political pragmatism and social theory*, in: *International Journal for Sustainable Development*, vol. 8, n° 1/2, S. 65-79.
- Meuser, Michael und Ulrike Nagel (2005): *ExpertInneninterviews vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion*. In: Bogner Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hrsg.): *Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung*, 2. Aufl., Wiesbaden, S. 71-93.
- Mische, Ann (1997): *De estudantes a cidadãos: redes de jovens e participação política*, in: Peralva, Angelina Teixeira/Sposito, Marília Pontes (Hrsg.): *Juventude e contemporaneidade*, Mai/Jun/Jul/Ago 1997 n° 5 Set/Out/Nov/Dez 1997 n° 6, o.O., S. 134-150.
- Nazzari, Rosana Katia (2006): *Capital social, cultura e socialização política. A juventude brasileira*, in: Baquero, Marcello/Cremonese, Dejalma (Hrsg.): *Capital social. Teoria e prática*, Ijuí, S. 123 -140.
- Nentwig-Gesemann, Iris (2013): *Die Typenbildung der dokumentarischen Methode*, in: Bohnsack, Ralf/Nentwig-Gesemann, Iris/Nohl, Arnd-Michael (Hrsg.): *Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis. Grundlagen qualitativer Sozialforschung*, 3. Aufl., Wiesbaden, S. 295-323.
- Niedermayer, Oskar/Von Beyme, Klaus (1994): *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland*, Berlin.
- Nohl, Arnd-Michael (2013): *Relationale Typenbildung und Mehrebenenvergleich. Neue Wege der dokumentarischen Methode*, Wiesbaden.
- Novaes, Regina (2007): *Nada será como antes: notícias das juventudes sulamericanas*, in: *Relatório do Observatório da Cidadania*. Rio de Janeiro, S. 99-107.
- Oesterreich, Detlef (2002): *Politische Bildung von 14-Jährigen in Deutschland: Studien aus dem Projekt Civic Education*, Opladen.
- Peralva, Angelina Teixeira/Sposito, Marília Pontes (Hrsg.): *Juventude e contemporaneidade*, Mai/Jun/Jul/Ago 1997 n° 5 Set/Out/Nov/Dez 1997 n° 6, o.O.
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert (2006): *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung*, Wiesbaden.
- Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika (2010): *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch*, 3. Aufl., München.
- Putnam, Robert (1993): *Making democracy work: civic traditions in modern Italy*, Princeton.

- Putnam, Robert (2000): *Bowling alone: the collapse and revival of american community*, New York.
- Ribeiro, Eliane/Lânes, Patrícia/Carrano, Paulo (2005): *Juventude brasileira e democracia: participação, esferas e políticas públicas – relatório final*. Rio de Janeiro/São Paulo.
- Ribeiro, Eliane/Novaes, Regina R (2010): *Livro das Juventudes Sul-americanas*, Rio de Janeiro.
- Rohe, Karl (1994): Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, in: Niedermayer, Oskar/Von Beyme, Klaus (Hrsg.): *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland*, Berlin, S. 1-21.
- Rohe, Karl (2003): Politische Kultur und ihre Analyse, in: Dornheim, Andreas/Greifenhagen, Sylvia (Hrsg.): *Identität und politische Kultur*, Stuttgart, S. 110-126.
- Salzborn, Samuel (2009): *Politische Kultur. Forschungsstand und Forschungsperspektiven (Politische Kulturforschung 1)*, Frankfurt/Berlin/Bern.
- Santos, Milton (2005): *A urbanização brasileira*, São Paulo.
- Schirmer, Dominique (2009): *Empirische Methoden der Sozialforschung. Grundlagen und Techniken*, München.
- Schwelling, Birgit (2001): Politische Kulturforschung als kultureller Blick auf das Politische. Überlegungen zu einer Neuorientierung der Politischen Kulturforschung nach dem ‚cultural turn‘, in: *ZfP* 11. Jg., Heft 2, S. 601-629.
- Sorj, Bernardo (2006): *A nova sociedade brasileira*, 3. Aufl., Rio de Janeiro.
- Sorj, Bernardo/Martucelli, Danilo (2008): *O desafio latino-americano. Coesão social e democracia*, tradução de Renata Telles, Rio de Janeiro.
- Souza, Jessé (2006): Die soziale Grammatik der peripheren Ungleichheit: Für ein neues Paradigma zum Verständnis der peripheren Gesellschaften, in: Kühn, Thomas/Souza, Jessé (Hrsg.): *Das moderne Brasilien. Gesellschaft, Politik und Kultur in der Peripherie des Westens*, Wiesbaden, S. 20- 48.
- Solga, Heike/Powell, Justin/Berger, Peter A. (2009a): *Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse*, Frankfurt/New York.
- Solga, Heike/Powell, Justin/Berger, Peter A. (2009b): Einleitung, in: dies.: *Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse*, Frankfurt/New York, S. 11-45.
- Sturm, Roland (2004): Politische Kultur, in: Helms, Ludger/Jun, Uwe (Hrsg.): *Politische Theorie und Regierungslehre. Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenforschung*, Frankfurt/New York, S. 302-323.

- United Nations (1992): United Nations Conference on Environment & Development Rio de Janeiro, Brazil, 3 to 14 June 1992, AGENDA 21, online: <http://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/Agenda21.pdf> (Abruf: 20.12.2014).
- United Nations (1987): Report of the World Commission on Environment and Development. Our Common Future, o. O., online: http://www.bne-por-tal.de/fileadmin/unesco/de/Downloads/Hintergrundmaterial_international/Brundtlandbericht.File.pdf?linklisted=2812 (Abruf: 20.12.2014).
- Wehr, Ingrid/Burchardt, Hans-Jürgen (2011): Soziale Ungleichheiten in Lateinamerika. Neue Perspektiven auf Wirtschaft, Politik und Umwelt, Baden-Baden.
- Wehr, Ingrid (2011): Zur problematischen Koexistenz von Demokratie und eklatanter sozialer Ungleichheit in Lateinamerika, in: Wehr/Ingrid/Burchardt, Hans-Jürgen (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten in Lateinamerika. Neue Perspektiven auf Wirtschaft, Politik und Umwelt, Baden-Baden, S. 9-28.
- Weller, Wivian (2006): Grupos de discussão na pesquisa com adolescentes e jovens: aportes teórico-metodológicos e análise de uma experiência com o método, in: Educação e Pesquisa, São Paulo, v.32, n° 2, S. 241-260.
- Werz, Nikolaus (2010): Lateinamerika. Eine Einführung, Bonn.
- Zellhuber, Andrea (2012): Umweltpolitik in Brasilien. Spannungsfeld zwischen Umweltschutz und Wachstumsideologie, in: De la Fontaine, Dana/Stehnken, Thomas (Hrsg.): Das politische System Brasiliens, Wiesbaden, S. 347-366.

Verwendete Internetquellen

- <http://www.unep.org/greeneconomy/AboutGEI/WhatisGEI/tabid/29784/Default.aspx> (Abruf: 20.12.2014).
- <http://www.fase.org.br/v2/subindex.php?id=11> (Abruf: 20.12.2014).
- <http://www.brasilnuma.org.br/saibamais/agenda21.html> (Abruf: 20.12.2014).
- http://www.ibge.gov.br/home/estatistica/populacao/populacao_jovem_brasil/ (Abruf: 20.12.2014).

Jonas Vollmer

hat Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichte und Deutsch an der Universität Freiburg und an der Bundesuniversität Minas Gerais in Belo Horizonte studiert. Kultur und Gesellschaft Brasiliens sind ihm durch Studium und Forschung sowie durch die Arbeit in pädagogischen Austauschprojekten in Freiburg und Porto Alegre vertraut. Zu seinen wissenschaftlichen Interessengebieten zählen die Politische Kultur- und Sozialisationsforschung, qualitative Methoden empirischer Sozialforschung sowie Geschichte und politische Systeme Südamerikas.

Kontakt: jonas.vollmer@gmx.net

Silence Still Equals Death

Exploring the Consequences of the Early Years of the AIDS Crisis on Middle-Aged Gay Men in New York City.

Heiner Schulze

Abstract

Since the 1980s hundreds of thousands of gay men died in the AIDS crisis, with the highest losses occurring before 1996 when the first protease inhibitor was approved and triple-drug-therapy became available. This article focuses on the gay men who survived this siege on their marginalized community, during which they were seeing countless people around them die. It provides first some contextualization around gay history and the place of HIV/AIDS in it. Using ethnographic research conducted in 2013 and 2014 it illustrates how the AIDS crisis influenced the lives of the survivors and how they understand their experience. Using the examples of overlapping and reinforcing syndemics of mental health problems, drug addictions, etc., the survivors' way of framing their experiences in war terms and the construction of the cultural trauma of the AIDS Generation, the article shows the AIDS crisis not just as a biological disease, but a socio-integrative phenomenon.

Introduction

Rock Hudson's death from AIDS in 1985 produced an uproar in American society. His death caused the mainstream media to cover HIV/AIDS in a way they had not before, and straight America was confronted with an AIDS death they could not ignore and felt personal in ways other AIDS deaths had not. The deaths of thousands of other people before Rock Hudson, mostly consisting of members of marginalized communities, were dismissed as being either unimportant to the nation at large, or significant only to the marginalized homosexuals who were dying of the disease. Rock Hudson's death caused then American President Ronald Reagan's first mention of HIV/AIDS publically, and from that

moment reporting on HIV/AIDS accelerated and an emerging radical AIDS movement brought the issue aggressively further into public focus in a fierce battle for survival.

All of that seems pretty forgotten nowadays, though. HIV/AIDS, which killed more than half a millions Americans, seems rather relegated now to Africa in the public mind, and the suffering and dying of people with AIDS is almost forgotten again. Even the gay community, which was affected the most by the epidemic, is sometimes remarkably silent and ignorant around the issue. New York City, one of the epicenters of the epidemic, still has no memorial commemorating the more than 100,000 New Yorkers with HIV who died.

As a comparison: Germany had approximately 30,000 HIV-infected people dying (see Robert-Koch-Institut 2012: 467). More than 50 percent of the HIV-infected persons who died in the US were men having sex with men¹ (MSM). A huge part of the epidemic hit therefore a rather small part of the US population, as was pointed out by others (see Halkitis 2014: 2).

Knowledge about the extent of the epidemic is not widespread, especially in people of younger generations who were born too late to experience consciously the first years. This not-knowing goes hand in hand with being unaware what the activists struggling against AIDS actually achieved. Sarah Schulman, a writer and AIDS activist, describes how she encountered many young people of the younger generations and realized how there is a lack of consciousness, resulting in a lack of knowledge how one can change the world, and how others like them had done so before. (Schulman 2012: 6ff.).

Not only the dead are invisible, but so too are the survivors. Many men and women have seen friends, lovers, acquaintances, colleagues and

¹ Naming them “gay“ could be misleading, since gay denotes also an identity category from my perspective; not all MSM who died would have called themselves gay. In this article I speak of gay men, using the identity category to focus on men who identified also as part of a community. MSM not identifying as gay might nevertheless have similar experiences to the ones I describe here.

family members die to the disease. Some of them have lost dozens, sometimes even hundreds of people to AIDS. This article shall focus on these survivors, the ones who survived the AIDS crisis. Remembering also their fate and acknowledging their existence is important to be able to make them visible and have a closer look at what having that experience means.

This article is the product of a presentation I gave at the 4th Student Sociology Congress in Bamberg and builds upon ethnographic research I conducted in New York City in 2013 and 2014. The leading question was what it means for gay men to have survived the AIDS crisis in New York City in the 1980s and early 1990s, probing how it influences their lives and how they understand their experience.

In the overall frame of the conference (“Crisis, Processes, Potentials”) is this article situated primarily in the crisis part. Crisis because it is linked directly to the AIDS crisis, in particular its beginnings in the 1980s and 1990s before effective medication was available. It shows how this crisis perpetuates itself until today, influencing the lives of people also today, and how they come to use rhetoric borrowed from other situations of crisis (here: war) to frame their own experience. The crisis is not over – it is simply transformed.

The article begins with a short literature overview and closer look on the research question and limitations. This is followed by a contextualization of the research topic and an introduction into the methodology behind the project. The introduction of the concept of syndemics taps into the question where the community stands now by showing how survivors are affected by having high levels of depression and anxiety, drug addiction, etc., stating that traumatic experiences they have continue until today, creating syndemics. Following up on that is a short elaboration on how one exemplary way to understand their experience is to frame it in war-related narrative, with the AIDS crisis being understood similar to a war, in which the gay community is under siege and the survivors are soldiers and veterans of said war. Building on that are some thoughts on the question how a shift can now be observed, in which the “AIDS Generation” as a cultural trauma gets established through a shift from communicative to cultural memory. This leads to the construction of a frame under which an identity and community becomes established, experiences structured and a legacy created.

Literature

Similar to the lack of widespread knowledge about the extent of the epidemic spawned the experience of the AIDS crisis as a field less researched than I expected, in particular in the social sciences. Research I found could mostly be categorized in two directions, both of which are heavily dominated by studies in psychology, medicine and gerontology. The first direction of research centers on the question of survival and living with HIV. This research is in most cases defined very narrow on specific aspects, mostly biopsychosocial aspects of living with HIV/AIDS. The research subjects studied are almost exclusively people who are HIV-positive, leaving out the majority of people who have lived through the crisis but did not become infected. The last few years saw in particular a huge increase in questions of the intersection of HIV/AIDS and aging, reflecting the increasing average age of the infected population.² *Surviving AIDS* by activist Michael Callen (1990) became a well-known book in that regard, interviewing several long-term survivors with HIV, chronicling their struggles and recording their strategies of survival.³

The other direction of research tried to ask a broader question, wondering how the AIDS crisis affects gay men in general. Most of it was written before or shortly after the introduction of the effective drug cocktail in 1996, which was able to grant relief to the infected masses. Important was here Walt Odets with his book *In the Shadow of the Epidemic: Being HIV-Negative in the Age of AIDS* (1995), in which he conceptualizes “survivor's guilt” in HIV-negative gay men as similar to that of survivors of other traumatic events like the Shoah.⁴ Other discussions revolved around posttraumatic stress disorder and/or “multiple loss syndrome”, a

² See Heckmann/Halkitis (2014) for an overview on HIV and aging.

³ Survival and long-term survivor, phrasings which Michael Callen uses a lot, become important and re-signified in the most recent discussions.

⁴ His concept of “survivor's guilt” was and still is controversial. Several of my interviewees explicitly refused this notion, which is in line with other empirical research (see Halkitis 2014: 151ff.). Only one of them wholeheartedly embraced it and recommended me further readings on it. Despite its controversial status is it an important discussion to have when reflecting on this generation of gay men.

notion also picked up by non-scientists like the writer Simon Watney, who published an essay in 1996, elaborating on existing research and exploring how there was an (often failed) attempt to “make sense” out of the many losses gay men experienced, and how emotional and behavioral reactions to this experience might look like (see Watney 2000: 216ff.). The end-1990s saw the interest in the impact on the broader gay population decrease, and it took several years to come up again. Spencer Cox, a well-known AIDS activist, took a closer look on his peers in the mid-2000s, constituting to my knowledge the first two recent studies (2006; 2007) into what would later be called the AIDS Generation. Employing the concept of syndemics he wanted to focus public attention on the generation of middle-aged gay men who have seen the first 15 years of the AIDS crisis and the consequences this experience has for their later lives, but was not as successful as he hoped for.⁵ The last years increased the interest in this community nevertheless. Traces of this discussion can also be found in other works. The emotional turmoil middle-aged gay men (and women) face nowadays can be seen for instance in Deborah Gould's work on the AIDS activism of the group ACT UP (2009), as well as in Sarah Schulman's *The Gentrification of the Mind*, in which she analyzes the intersection of gentrification and the AIDS crisis in parts of New York City (2012).

The only comprehensive recent study is Perry Halkitis' 2014 book *The AIDS Generation*, which is the first recent book to discuss the impact of the AIDS crisis on the people who witnessed it on a broader level. In his book, which popularized the term “AIDS Generation”, the psychologist Halkitis interviews 15 HIV-positive survivors on their strategies of survival, thereby mostly documenting their stories, and conceptualizes a theory of resilience, asking what enabled these men to survive the last decades.

⁵ At an event it was reported how even AIDS organizations dismissed his warnings of issues and traumas middle-aged gay men face(d) as not being part of their work. Ironically was Cox's suicide in the end of 2012 an important touchstone in raising awareness for the plight of his generation (see Andrew Miller (2013), Peter Staley (2013) and John Voelcker (2013a)).

Summarizing one can attest that recent research on the experience of middle-aged gay men is strongly dominated by psychology, medicine and gerontology. This research is furthermore often rather narrowly focused on specialized aspects and/or on only HIV-positive people, rarely providing a broader discussion about this community and how these men are now, in the second decade of the 21st century. This question got picked up on a broader scale only recently with Spencer Cox and Perry Halkitis as important figures.

Research Question

When this research was started the Halkitis book was not yet published, leaving only Spencer Cox' descriptive studies as recent guide. The exploratory character of this study had originally to be situated therefore in the seemingly non-existence of a debate about this generation of gay men.⁶

It was opted initially for a rather broad and open research question, enabling me to be as flexible as possible towards the chosen field of interest:

“What does it mean to have survived the AIDS plague for gay men who lived in New York City of the 1980s and early 1990s?”

The broadness of the question allows for an openness to see which sub-topics could emerge and then followed. The main leading questions were:

1. How does the AIDS crisis reflect itself in their lives nowadays?
2. How do they understand their experience?

The overall research question already indicates some of the inherent problems and limitations. In particular the question of who shall be included as “survivor” of the AIDS Plague came up. Although certain communities were the primary victims in the early days, were they never

⁶ This did change to a certain extent over the course of my own research. Research is slowly picking up (again), and inside of the AIDS and the older gay community a conversation about this generation of gay men has started.

hermetically closed-off communities. The study focuses on gay men, the most heavily impacted subgroup of society, battling the disease while at the same time fighting off societal abuse and discrimination. With this it goes beyond most of the existing literature, which focuses mainly on HIV-positive people as “survivors”. Consequently it did not specify the sero-status of people it is interested in.⁷ Partially due to resource limitations, partially to the specific importance of HIV/AIDS for the city, the data collection is restricted mostly to people who lived in New York City during the heydays of the epidemic. New York City was gay mecca and a prime location, with over 100,000 HIV-positive New Yorkers who died. NYC government ignored to a big extent the suffering of the devastated communities. Furthermore was I in particular interested in people who lived in New York City in the 1980s until 1996, the year combination antiviral combination therapy got developed, bringing a huge release to the infected community (if they have access to health care) by decreasing a mortality rate of nearly 100 percent by a large degree and improving the health situation of most patients. This era could be considered the Era of the Plague.⁸

The Gay Metropolis and the advent of AIDS

Together with San Francisco, New York City became unquestioningly the center of American gay life in the second part of the 20th century. Historian Charles Kaiser notes: “In the postwar period, New York City became the literal gay metropolis for hundreds of thousands of immigrants from within and without the United States: the place they chose to learn how to live openly, honest and without shame” (Kaiser 2007: xiv).

⁷ Being (not) infected is nevertheless of course an important topic; the situation of HIV-positive people is different to those of their HIV-negative peers, seemingly complicating matters. And changing the perspective rather radical, especially when one has become poz in this time period and faced the expectation of living probably only some more months.

⁸ Sarah Schulman describes these years as the time “when there was a mass death experience of young people. Where folks my age watched in horror as our friends, their lovers, cultural heroes, influences, buddies, the people who witnessed our lives as we witnessed theirs, as these folks sickened and died consistently for fifteen year” (Schulman 2012: 45).

Until around 1970 there existed mostly an atmosphere of fear, and a consciousness of “gay“ being a full identity or identifiable movement was rare. Men who loved men were very much threatened by society and other people, gayness was very much in the periphery. Gay people lived mostly under a cloak of invisibility and silence, but also started to feel the need to matter. 1969 became game-changing, and although not the first protests of gays (and other queers) in the US, the Stonewall Riots of 1969 are often considered to be a seminal moment for the emergence of a gay movement and gay identity (Duberman 1994). A group of lesbians, drag kings and queens, trans* people and gay men decided to not put up with police harassment in the Stonewall Bar in Manhattan. Several days of protests followed. Stonewall became an important reference point of the emerging gay movement, which developed a strategy of “gay identity“, based on a logic of identity politics that equated the potential for social change with individual authenticity. Politics of social transformation by the previous gay liberationists get replaced by politics of inclusion in society, identity trumps revolution (Gould 2009: 51f., Ghaziani 2008: 25ff., Bronski 2011: 211ff.).

The emerging gay movement showed non-straight people all over the US that they are not alone, that they do not have to be restricted to their local community and live silently with some of their desires. Gay life, which was been mostly decentralized and local, shifted increasingly to big cities. Gay “ghettos“ emerged, New York City's West Village and Greenwich Village being one of the biggest and most important ones. These places offered the infrastructure for public debate, the formation of a self-affirming group culture and the development of institutions like gay doctors, gay bath houses, gay associations, etc. (Ghaziani 2008: 29ff., Levine 1979). Gays became visible in parts of New York City and nationwide, with the first March on Washington in 1979 being a strong statement for the visibility and demands of non-straight Americans.

In this time of progress for non-gays comes the arrival of HIV/AIDS. The Center of Disease Control and Preventions (CDC) reports for the first time in early 1981 the rise of a rare cancer in the gay population. Although it was not clear what caused this sudden outbreak of mostly rare diseases, it became clear very fast that it was linked also to other emerging health problems in the gay community. An outbreak of this

mysterious disease starts, and the toll of infected and dead rises fast. Randy Shilts (1987) chronicled the early history of AIDS, showing how ignorant the mainstream media were towards the mysterious disease, which will later be known as AIDS. Only when HIV/AIDS started to affect non-marginalized groups, mainly the white, heterosexual male, did the media pick up the topic having reported on it previously only very loosely.

Adding to the invisibility by the media is the widespread negligence of the disease by government creating havoc among the devastated communities. The rise of Ronald Reagan and the Religious Right created a resistant cultural and political climate, where especially the coupling of AIDS and homosexuality allowed the government to neglect funding and support for people who could be considered a thorn in the backside of the ruling conservative and anti-gay majority.⁹ A moral hysteria around AIDS develops, which can only be understood against the backdrop of massive homophobia in American society (see Halkitis 2014: 3f., Ghaziani 2008: 72ff., Gould 2009: 49ff.). The situation on the local level, in the gay Mecca of New York City, was not much better. Governing major Ed Koch responded weakly to the crisis, making him a target for AIDS activists and survivors.¹⁰ Members of the AIDS Generation blame government and administrative negligence for a great deal of the pain and death that followed the onset of AIDS, claiming that much of the death caused by the epidemic could have been prevented by political action early on.¹¹ People responsible for the negligence (Ronald Reagan, Ed Koch, etc.) were never held accountable, as Schulman points out (see Schulman 2012: 45ff.).

⁹ As illustration: Within months spent the National Institute of Health (NIH) in 1976 nine million dollars after an outbreak of Legionnaire's Disease with thirty-four deaths in a conference of veterans of the armed forces. In the first year of HIV/AIDS however were only one million dollars spent although more than 200 deaths were reported (see Gould 2009: 50.).

¹⁰ Perry Halkitis calls Koch "one of the great villains in our war against AIDS" (Halkitis 2014: 192). Or as Richard Kim wrote: "[T]here is a special place reserved for Koch in gay hell" (Kim 2013).

¹¹ Not just in the US, but also on a global scale.

After all this led to the death of more than 600,000 people in the US alone, the majority of them MSM. In the last year of the plague nearly as many Americans died of AIDS as in the Vietnam War (see France 2014: x).

Being surrounded by a society and politics, which responded to HIV/AIDS with stigma, panic, isolation and ignorance, brought the gay movement to a halt (see Halkitis 2014: 3). The gay community was torn between the ideas of gay liberation, the gay movement and the dominant homophobic discourse (Gould 2009). Adding to this ambivalence were the problems of a lack of scientific knowledge, previous negative experiences, and a general distrust of politics and society in general, all of which complicated the question of an adequate response to the emerging crisis, and instilled a feeling of primarily being alone in the gay community. The first reactions of the community were therefore rather community-centered, dominated by silence and care-taking, quiet lobbying and peaceful symbolic actions like candlelight vigils. This started to change in the mid-1980s, when it became apparent that the community itself was not able to handle and sustain the crisis. A more confrontational AIDS activism emerged in the late 1980s. AIDS activism went on to become one of the most important social movements, maybe the most important one of the last decades in the US.

1996 changed the playing field. The arrival of HAART (highly active antiretroviral therapy), the triple AIDS drug cocktail, drastically reduced the number of deaths and hospitalizations. The following years see the image of the gay community being transformed, and an Era of Normalization ensues. Gay people became increasingly visible in media and society, a process of embourgeoisement and mainstreaming sets in, gay culture gets hetero-sexualized, and the diversity of the dominant gay community decreases with the increasing exclusion of queer people of color, gender diverse people, low class gays, etc. At the same time is the recent history gradually rewritten, forgotten and/or silenced. Linked to that is also a re-stigmatization of HIV/AIDS, while at the same time the numbers of infected people still rises and diversifies (in particular with an increasing number of people of color becoming HIV-positive).

Almost 20 years after the beginning of an Era of Normalization the plague years seem far away for many, and a whole generation of gay men came of age who never witnessed the devastation of the 1980s and 1990s.

Methodology

The research was embedded early on in an ethnographic field methods course I attended while studying as a graduate student in NYC in 2013. Ethnography was not seen as a method itself, but rather as an approach which can include a variety of methods. 2014 saw the return to NYC for further data collection.

For this project there was a focus on three things: 1. 14 formal interviews with 13 different men were conducted (four in 2013, ten in 2014).¹² The interviews lasted between one to four hours. The interviews were semi-structured to allow for maximum flexibility.¹³ Even though a general structure for the interviews was prepared in advance around main clusters of information¹⁴ was intervened as little as possible in the general structure of the narrative interview. Similar to what Grada Kilomba describes when researching on the phenomenon of racism, is the experience of the men interviewed “not a momentary or punctual act, but rather a continuous experience throughout one's biography, an experience that involves a historical memory of [...] oppression” (Kilomba 2013: 46). This approach of minimal interference allows the interviewees to create their own biographical narratives and construct their own subjective realities, as well as providing opportunities for them to provide additional associations and experiences beyond the prepared

¹² One might call these “qualitative” interviews, to distinguish them from interviews more steered towards survey research (see Weiss 2004: 44). In this case these were narrative interviews, assisted by an in advance prepared questionnaire.

¹³ See Halkitis 2014: 18 for a similar approach.

¹⁴ The clusters were identity and community, the impact of HIV/AIDS, knowledge about recent discussions on the “AIDS Generation”, memories, aging, legacy and the relation to the younger generation(s) as well as trauma.

structure (see Kilomba 2013: 46f.). The general openness of the interviews allowed to also incorporate unexpected responses.

Studying gay men is somewhat of a difficult issue since they are not easily identifiable, constituting almost a “hidden population”. In addition interfere social stigma, a history of oppression and the difficulty of issues like HIV/AIDS and trauma with the process of sampling.¹⁵

To find interview partners several entry points were used. Social contacts were activated and asked for referrals, interview requests with a description of the project were posted in three Facebook groups (two of them for active members and alumni of a prominent AIDS organization, one of the groups was main interaction hub for a network of gay men in NYC with thousands of members).¹⁶ Furthermore were meetings of a NYC-based AIDS activist organization attended and further interview partners recruited there. In addition to that was snowball-sampling employed, in which interview partners were asked to nominate further potential interviewees from their social networks.

These interviews were held in places convenient for the interview partners. The interviewees were in their mid-Forties up to their mid-60s, and lived (at least) for several years during the Plague years in New York City. While the majority of interview partners were white, were three of them black and very conscious about their position as black men in a racialized society. One was Chinese-American. The men came from a variety of professions, from unemployed to engineer, from health care worker to writer. All of them were college-educated. Interview partners were never asked explicitly to reveal their sero-status, the majority of them nevertheless did.

The interviews were partially transcribed according to the content of passages. Passages of no apparent importance for the research were not

¹⁵ For a discussion of problems and methodologies around studying gay populations as well as populations in the context of HIV/AIDS see for instance Kalton 1993, the articles in Meyer/Northridge 2007 and Meyer/Wilson 2009.

¹⁶ The wording of the project description already generated lively debates among group members.

transcribed. Afterwards they were openly coded. The emerging codes of every interview were later compared with each other as well as with the main clusters of information the structuring questionnaire was organized around.

2. Besides the formal interviews were additional informal talks and interviews with a variety of people pursued. This included other members of the AIDS generation, their friends and an (AIDS) health educator. These interactions were sometimes random encounters, sometimes intentionally sought out, sometimes facilitated through interviewees or social contacts knowing about that study. The people talked to were from a diversity of professional, racial, gender and sexual preference backgrounds. None of these talks were audio-recorded due to the contexts in which they were taking place. It was relied heavily on headnotes, scratch and later field notes.¹⁷

3. In addition to the interviews was participant observation employed. This for mainly two reasons: First, not everything of interest is “necessarily conscious in the minds of the participants” as Rachel Sherman points out (Sherman 2007: 272). Participant observation might help to better understand the things which are not said or maybe even cannot be said. Second, participant observation is important for further immersion into the field. As Leslie Salzinger shows this immersion can help to change perspective and question underlying assumptions (see Salzinger 1991: 158ff.).

This approach posed a problem insofar, that it is rather hard to study a community which was only beginning to understand itself as community sharing a common experience. Identifying members of this community is hard, since it is not apparent at a given event which of the participants belong to it. Having that in mind events were attended which would have a high likelihood that survivors will be present. Some of the discussions during and after the events were audio-recorded, if possible. The recent emergence of a consciousness of their mutual experience and the ensuing forming of a community as “AIDS survivors“

¹⁷ For the distinction see Sanjek 1990.

and “AIDS Generation“ facilitated also the existence of events which would deal specifically with their status as survivors.¹⁸ One of the more recent interview partners also let himself get “shadowed” in his routine check up as an HIV-positive person, which gave access to the opportunity to experience a long-term survivor interacting with hospital bureaucracy, his doctor, several nurses, his social worker and a psychologist.

In addition were also virtual spaces explored where survivors (could) meet. Interviewee Matthew¹⁹ pointed to the Facebook group of an old AIDS activist organization, in which dozens of survivors participated, posted article and thoughts, discussed, etc.

Furthermore did I start to spend regularly time with Charles, and got through him insight into the life of a survivor. He was a main contact person out of this generation, and a partner with whom it was possible to reflect and mirror some of the data collected over the months. This helped to mitigate my own position as stranger, and enabled me to get access to places and events I would not have gotten access without him as a gatekeeper.

In general my own positioning was repeatedly of importance. For a lot of survivors is their experience shaped by HIV/AIDS and the loss and suffering they encountered over the years. Talking about their experience can become very emotional, and it is not easy to talk about things which are often also really intimate with a complete stranger. Sometimes it can also trigger memories and trauma.²⁰ Trust-building is often a prerequisite for opening up and telling their story. Three of formal interview partners already knew me before being interviewed. Depending on the context I sometimes revealed my own positioning to the people I talked to. The age difference was apparent, and my foreignness got revealed by

¹⁸ Sometimes people identified themselves directly or indirectly as “survivors” when talking/commenting/asking questions. One might even understand it as similar to the “coming out as gay”, a narrative which has become something like a “rite of passage” in the gay movement (see Saguy/Ward 2011).

¹⁹ The names of my interview partners are anonymized.

²⁰ During the interviews and participant observation was an outpouring of emotions sometimes very apparent, with crying as one of the most obvious signs.

my accent. If people did not know already that I was a gay/queer man myself, did I sometimes “reveal” myself to them either directly or indirectly through a side remark, breaking the usual heteronormative assumption of straightness.²¹ In general I got the feeling that people assumed that I would be more genuinely interested in their experience when I was part of the non-straight community, which might have helped to get them to open up and them feeling not “used” or “exploited”. Somebody once even told me directly, that it is easier for people to talk to me when they have the feeling that we are “in the same boat”. Especially the intersection of me being queer, but at the same time much younger and foreign, was in some situations very helpful – talking to a person they perceived as sympathetic stranger allowed people to open up. Talking to me was unlike the experience of talking to other survivors, which Matthew described as “looking into a mirror” and which might cause pain to some since that would also require, to a certain extent, that they face the mirror and acknowledge their own experience. Nevertheless might my being such an obvious stranger also result in some of people having trouble opening up to me; Matthew mentioned to me that he could think of several people who would not like to talk to me because of that.²²

The exploratory character of my research defies any assumption of widespread generalizability. To increase generalizability more interviews and further observation will be necessary. Generalizability was nevertheless not the primary objective of this study – the field is so underdeveloped so far that this exploratory study can provide at least a first step for further research.

²¹ That positioning matters, especially also when working with sexual minorities, has been discussed already widely in the past (see for instance Bolton 1995 and Walby 2010).

²² Halkitis mentions that, reflecting on his own positioning in relation to his interviewees. Being part of the generation was an advantage to him in his experience (see Halkitis 2014: 15).

Findings

The following chapters will deal each with the question of where these men are now and how they frame their experience.

Charles, the first person to be interviewed, remarked that “it”, the AIDS experience, is just part of who he is – although he is HIV-negative himself. HIV/AIDS made a significant impact on the life of the community of middle-aged gay men. Charles is not the only one, as becomes clear with the increasing visibility of the AIDS Generation. After years of silence they start to let their voice heard, and try to assess how this common experience influence(d) their lives. Almost no man of this generation seems to be untouched of it:

“Every gay person walking around who lived in New York or San Francisco in the 1980s and early 1990s is a survivor of devastation and carries with them the faces, and fading names, of the otherwise forgotten dead. When you meet a queer New Yorker over the age of forty, this should be your first thought, just as entire male generations were assumed to have fought in World War II or Korea or Vietnam.” (Schulman 2012: 45).

This also extends to people who lived elsewhere in the States. Although not necessarily touched directly, it was also present for them. Either through personal connections and the people they met (see Halkitis 2014: 141), or through the general climate following the advent of AIDS. The close connection between HIV/AIDS and homosexuality and the ensuing setbacks for the gay community were felt also in the lives of those not in the gay centers. The overarching climate of hostility towards non-straight people was also one of the reasons (among others) some lesbians started to care for their gay brothers (see Gould 2009: 60ff., Ghaziani 2008: 83).

Being part of this generation meant for gay men that their lives were interrupted in ways many people would never experience. Gay men had to face a health crisis which threatened their life and the life of the people around them. Thousands had to face the expectation to be dead in a few months, after they have been told they are HIV-positive; the ones who were negative instead had to face the sudden loss and suffering

around them, fight society's hostility, and were aware that they could get infected when acting upon their sexual desires.

The journalist Andrew Holleran describes this experience very vividly: "Living in New York [...] felt like attending a dinner party at which some of the guests were being taken outside and shot, while the rest of us were expected to continue eating and making small talk." (Holleran 2008: 5).

Maintaining a "normal" life in a time of such a crisis became almost impossible. These men, often still at the beginning of their adult life, could not simply go on as if nothing around them was happening, and the trajectory they imagined for their life when they were younger would sometimes be completely derailed. Many people were painfully aware of that. As one interviewee said: there's always "the fact that you haven't had the kind of life you thought you were going to for the past twenty years".

Syndemics

Even when moving away, it is doubtful if persons can rid themselves completely of the experience they made as a member of the AIDS Generation. It is important to note that in most cases one has to account also for the existence of a multiple-loss syndrome, where the "constant interruption of the grieving process by the additional loss prolonged the mourning process and prevented completion of the tasks of mourning" (Cox 2006: 4). People did not only lose one person as for instance when somebody loses a relative in a car accident, but several people, again and again. People like Charles who lost up to 250 people in the last thirty years are not an exception, and there are still people dying. Telling me about the loss of an old college friend of his a couple of years ago Charles describes the strong emotional reaction that evoked: "And I just remember being so hurt that he is dead... and me thinking that in my life the people who mattered to me, .. the people who been instrumental and important to me are all dying and gone... and, you know, that thing which happened in my twenties was continuing to happen... and it's kinda fucked up... you know... you shouldn't be 40 years old and already have a life history of dead people in your life". This experience ingrained

itself into the life of many survivors, influencing their thoughts, their feelings, their behaviour.

The deeply ingrained experience manifests itself in a variety of conditions and behaviors which are opposed to the well-being of the survivors, sometimes even although (or maybe because?) they have an explicit knowledge of the dangers and the devastation this behavior can cause. Researching the situation of gay men in mid-life (roughly forty to sixty years of age now) Spencer Cox defines certain risks these men seem to suffer from disproportionately. Cox mentions:

1. Depression and anxiety
2. drug and alcohol addiction
3. sexual risk-taking
4. partner violence (and broken relationships/inability to have a lasting relationship)
5. the inability to positively imagine or plan for the long-term future.

Often these manifestations are direct (e.g. depression) or indirect (drug use to counter the depression) results of the AIDS experience. As Ron Stall points out are these risks often not independent from each other, but overlap and reinforce each other in a phenomenon he called "syndemics" (see Cox 2006: 20, Cox 2007: 28). All of these come up repeatedly in various forms during the research. Especially Matthew speaks a lot to that in the interview. He has seen most of them during his life, and proceeds to tell how they are interrelated, overlapping and sometimes reinforcing each other. Beginning with all the forms of depression, dysthymia (a form of chronic depression which is less severe but longer-lasting) and anhedonia (inability to receive pleasure from activities usually deemed pleasurable) which seem to be widespread in his generation, he then moves on to the recurrence of drug abuse, in particular alcohol and crystal meth.²³ He goes on to explain how unsafe sex is

²³ Estimates from the US report between 5 to 25 percent of gay men using crystal meth. Some researchers even call it a "second epidemic", or an "intertwining epidemic" with its strong connection between use of the drug and HIV. Research indicates a connection

a huge problem in the AIDS generation, even though they know well how to have safer sex, and links that back to the usage of drugs and an anxiety around sex ingrained in his generation, for whom for a long time every sexual encounter might have been poisonous, and which now encounters “the epidemic of a counterphobic reaction“. He continues talking about how a lot of people were not able to achieve what they might have, in particular also regarding relationships. He stresses that he means the plural: “I think a lot of people have been unable to maintain relationships or have gotten involved into [...] broken relationships... successively, [...] not just one marriage which didn't work out, but, five, [...] that they couldn't keep together“. Linked to that is also to a certain extent the problem to envision a future which some men of this generation still have.

Not being able to maintain relationships or getting involved in abusive and problematic ones is even more problematic since it deprives people of the social support which might prove helpful in the first place to battle the problems which might lead to their relationship problems. Social isolation is a general problem for members of this generation. Different factors come together: while mental health problems and their traumatic experiences might contribute to them not going into public and social life in the first place, has led the epidemic to a loss of their old social networks as well, increasing the need for but also the difficulty in obtaining meaningful new relationships. Many survivors also face the problem of discrimination in a society still deeply anti-gay. Even in the gay community, they encounter rampant age discrimination which might contribute even further to their isolation.²⁴ Enhancing the problem of isolation are economical constraints: social activities cost money. Even simply going to the movies or a café might prove an obstacle, because

between the usage of crystal meth and practices which might lead to a higher risk of HIV transmission (see Diaz 2010).

²⁴ Halkitis interview partners talk about being middle-aged gay men in a youth-obsessed gay culture searching for physical perfection, creating an emotional challenge for socializing in the community, and leading many of them to take themselves out of the gay community and gay places (see Halkitis 2014: 174ff.).

survivors are sometimes forced to spend the money they have on drugs or therapy instead of building up meaningful social relationships.²⁵

The overlap and constant reinforcement of the different factors make the syndemic phenomenon almost like a vicious circle. Depression and anxiety, addictions, risk-behavior, problematic and sometimes even violent relationships, as well as a problem to envision the future ties in with social isolation, creating vulnerabilities. Approaches to tackle only one of the problems (e.g. safer sex education, drug prevention) can only have a limited influence; a more wholesome approach is needed if one wants to break the syndemic character. The interview with Matthew is a good example how members of this generation are also aware of these issues nowadays, and how they see them playing out in the lives around them. Nevertheless one has to be careful about the assessment of these factors, not always are they problematic. Halkitis provides an alternative view. He stresses the importance of alcohol and other drugs as well as sex: Although they are “not traditionally viewed as an effective or active coping strategy, for the men of the AIDS Generation, these outlets provided a form of escape, a release, a decompression, from the ongoing onslaught of the AIDS epidemic. It is too simplistic to judge these behaviours as deviant or destructive unless you have walked in the shoes of these men“ (Halkitis 2014: 136).

Sometimes it goes one step further, though, and men of the AIDS Generation break out of it on their own by committing suicide. The issue of suicide and men deciding to end their own lives comes up again and again in private and public meetings, constituting a serious issue. Spencer Cox, who identified the five different factors just introduced, is a prominent example for taking this last consequence, by taking his own life in the end of 2012. The death of Spencer reverberated through the community, starting lot of conversations about death, survival and the situation of the AIDS Generation now. Also Charles told me in our first

²⁵ HIV/AIDS can also be beneficial in that respect, though. See for instance the article by Johanna Crane, Kathleen Quirk and Ariane van der Straten (2002), in which they show how a diagnosis with HIV/AIDS can actually benefit the urban poor by granting them access to resources.

interview, after being asked about Spencer, how his death “was really disturbing“ and how he heard several stories like his, with people having their lives which suddenly imploded, leaving them without the intensity of their youth, without a community, without a sense of purpose, and how they end up killing themselves. Suicide as a way to escape their conditions seems to be an option for some survivors. This might even prove potentially dangerous for other survivors as well: seeing that some of them used this “exit option“ could that reduce the barriers survivors' have and encourage them to maybe take this route as well, leading into a cycle in which suicide and the perception of it through others lead to even more suicides – it becomes infectious, in a way. Even more so when one keeps in mind that for some survivors their own generation is the main social network; when suicides shatter parts of this network it might become weaker or even collapse, leaving surviving members of it even more vulnerable.

War

As Matthew and others show members of the AIDS Generation are nowadays increasingly aware of their vulnerabilities and the problem their generation faces. The question for me was as well now how they understand, how they construct it to fit into the narrative of their lives. I want to focus on one framing which is common in the conversations and interviews conducted as well as in recent publications and documentaries. While the term “Plague“ indicates a rather passive word, where an epidemic spreads through the population as a natural phenomenon and it is rather fate deciding who will live and who will die, survivors use and used a lot more active language to explain their experience. In particular allusions to “war“ or something military seem to be popular. Marita Sturken remarks on this, explaining how AIDS is often compared to the Vietnam War, and how AIDS activism is compared to Anti-Vietnam activism (see Sturken 1997: 15). Similar comparisons appear in the documentary “United in Anger“, when activist Matt Ebert comments “It was our World War Two“, or Vivian Shapiro remarks “We are at war. We are absolutely at war“. In addition are articles of survivors full of references to that. Kergan Edwards-Stout writes about a time “in which I often felt as though I were engaged in a secret war“, comparing

his sexual awakening in the AIDS crisis with a “series of battles, describing AIDS activism as “quiet war“ growing to a “loud roar“ (Edwards-Stout 2013). Similar to that describes Michelangelo Signorile how “[o]ur community was under siege“ (Signorile 2013). My interviews contain almost the exact rhetoric, as Charles illustrates: “you felt under siege as a gay man“.

Although I encountered the usage of war metaphors for the AIDS crisis again and again, another war-related metaphor seemed even more prevalent to me: being a soldier. Signorile uses this rhetoric and talks about an “experience“ many survivors have: “All of us who were in the trenches of the AIDS war“, evoking an image of a young soldier lying in the dirt, anxiously waiting what will happen next. Other articles even use these themes even in their headlines, as John Voelcker's article *The Death of Activist Spencer Cox: Wound AIDS Warriors Suffering, Dying on Their Own* illustrates (2013b). The interviews bring up similar things, with Charles for instance describing his good relationship to his dad, a war veteran, partially also resulting out of a somewhat similar experience, and compares the fear one felt again and again as very similar to what soldiers felt when going into battle. Other survivors in public events used comparable language to describe their emotional state, with one man comparing his feelings to what it means to come home from a war.

Three main patterns become visible: 1. The AIDS crisis as war. Members of the AIDS Generation employ this analogy now for several decades, stressing the severe impact it had (and still has) on their generation. Part of that is also how it is often linked to silence, calling it a “secret war“ or “quiet war“, of which mainstream America does (and did) not know much about (or is/was rather ignorant). 2. Linked to the feeling that there is a war is the notion of the gay community being under siege, under attack. This implies a more concrete targeting of the community, in which it is specifically aimed at by outside forces, some which are named, some which are unknown. 3. Thinking about their role in this war quite often people start to describe their own role in it, often as soldiers or at least in a position similar to soldiers. Over time this changes to a certain extent, taking the passed time and experience into consideration, and the role of the soldier transforms sometimes into

the role of a veteran, a survivor, a wounded warrior, of whom is not taken care of. This marks also a profound difference in relation to other soldiers who have been to war (e.g. in Vietnam), which receive support and recognition (at least to a certain extent) from society and government, while AIDS veterans are silenced and unsupported in their suffering. Another pronounced difference is the feeling that the war is not over – the crisis is still on-going, people still die. Matthew alludes to that: “You know the peculiar thing for gay men is that... not only have all your friends died but there is still the possibility that you might [still] as well...” Another aspect of this “being a soldier” is the description sometimes of how hard it is to re-integrate into society, especially a society which does not acknowledge and is not interested in what you have been through. This feeling of not being taken care of can be linked again to the theme of being under attack – quite often the same “enemies” are responsible, and/or the silence results out of the attacks of the past.

Although the enemy seemed sometimes rather unknown and unidentified, rather vague, some people had less problems with identifying their enemies. Well-known as enemy was the federal government and administration, mainly characterized through its negligence and silence on the issue, as well as by repressive legislation (some proposed, some enacted), leaving people behind in fear of being let die or being rounded up. The main opponent here was easily personified as Ronald Reagan (leading to protest posters targeting especially him), but also Democrats reluctant in the fight against AIDS drew the scorn of activists. In New York City mayor Ed Koch was criticized, for remaining stunningly inactive although New York City was a center of the epidemic. The ascendancy of the Religious Right together with the election of Ronald Reagan and its moral crusade against homosexuality had a severe impact on the gay community, which in connection with AIDS also shifted mainstream opinion in disfavor (while at the same time cultural representation increased) (see for instance Ghaziani 2008, Loughery 1999: 421f.).

The disease itself was also of course perceived as an enemy. In particular after the HI Virus became identified, the gay community had another opponent who transformed from an unknown cause of the epidemic to a known non-human actor “attacking” the gay community. People wondered about this tiniest player in the game of death, mesmerized how

such a small being can devastate a whole community, spreading terror and fear.

Cultural Trauma

The recent interviews and research suggest now that at the moment a shift in meaning-making can be observed. The war rhetoric has been existent for decades as Marita Sturken already observed. I would argue now that the recent surge of cultural production around HIV/AIDS (e.g. with documentaries, (online) articles, Halkitis' book, etc.) and the "(re-)discovery" of the unique experience gay men of this generation produces a new framing, which Halkitis for instance calls the "AIDS Generation", while the interviews conducted for this study point more to a re-organization of the "long-term-survivor" trope. This frame picks up on existing framings (e.g. the above mentioned war rhetoric), and organizes them slowly new. A new form of "cultural trauma" is constructed. According to the sociologist Jeffrey Alexander "occurs [cultural trauma] when members of a collectivity feel they have been subjected to a horrendous event that leaves indelible marks upon their group consciousness, marking their memories forever and changing their future identity in fundamental and irrevocable ways" (Alexander 2004: 1). Although there have been discussions around their experience I argue now that the recent production of artifacts indicates a shift from a communicative memory to a cultural memory, through which this social group "not only cognitively identif[ies] the existence and source of [their] human suffering but «take on board» some significant responsibility for it" (Alexander 2004: 1).

Important to note is that an event (or a series of events like 15 years of AIDS crisis) is not traumatic in itself, but it becomes traumatic. Cultural trauma can therefore be understood as a process in which a group starts to attribute a traumatic aspect to an event/a series of events. Alexander: "Trauma is not the result of a group experiencing pain. It is the result of this acute discomfort entering into the core of the collectivity's sense of its own identity." (Alexander 2004: 10).

The construction of the AIDS Generation is now an interplay between academics, artists, writers/journalists, and activists. The last years saw a

sudden increase of interest in HIV/AIDS and its effects on this generation of gay men. Many men who have been silent around their experiences in the past (sometimes even actively trying to repress them in their conscious mind as some of my interviews suggest) start to speak up and confront their experience. Previous discussions around their experiences were mostly part of communicative memory. Communicative memory is a memory created mostly in interaction, characterized by “non-specificness, reciprocity of roles, thematic non-fixedness and non-organization”²⁶ (Assmann 1988: 10). Harald Welzer describes it as functioning through the “interactive praxis in the area of conflict of the envisioning of the past by individuals and groups”²⁷ (Welzer 2001: 13). The creation of fixed points of reference functions through cultural formation, communicative memory becomes transformed through “organized and ceremonialized communication about the past”²⁸ (Welzer 2001: 13). Cultural formation transforms communicative memory into cultural memory, which is a reservoir of texts, images, rituals, which help a community to stabilize their image and helps to distribute a commonly shared knowledge (primarily) about the past, which in turn helps this community to construct its consciousness and unique character (see Assmann 1988: 15).

The recent proliferation of cultural artifacts transforms the existing frames and organizes them new. Especially the rhetoric around “veterans” and “survivors” becomes important in the new framing of the AIDS Generation. While documentaries like *How To Survive a Plague* and *United in Anger* create a historical backdrop against which the AIDS Generation can be historicized, create the recently published articles and books the trope of the AIDS Generation, sometimes even incorporating that term already in the title.^{29,30} In addition to this publicity are also

²⁶ Translations by H.S.; Original: “Unspezialisiertheit, Rollenreziprozität, thematische Unfestgelegtheit und Unorganisiertheit“.

²⁷ German: “in interaktiver Praxis im Spannungsfeld der Vergegenwärtigung von Vergan-gem durch Individuen und Gruppen.“

²⁸ German: “durch organisierte und zeremonialisierte-Kommunikation über die Vergan-genheit“

²⁹ See Halkitis 2014, Signorile 2013.

³⁰ It is also interesting to have a closer look on who can actually participate in that cultural

events created who feed into the same rhetoric and references. The flyer for the first of these events called it a “free community forum to discuss the needs of the generation of AIDS Survivors“, referencing a bit later “the unique challenges and struggles we share“ (Medius Working Group 2013). A unique collective is constructed here, with its specific experiences and needs, a common knowledge shared and the collective stabilized. These events also fulfill a double function here mentioned for the construction of cultural traumas Jeffrey Alexander describes: While they identify the existence and the source of their suffering, do they also assume a certain responsibility by addressing the needs of the generation itself, as well as relating their own experiences to what it means for their relationship to and responsibility towards younger generations, as it happened at that specific event. Similar events are taking place now all over the US. Fall 2013 saw even the creation of the first organization by and for the AIDS Generation: Let's Kick ASS (AIDS Survivor Syndrome) in San Francisco, which organizes events and promoted the 1st “National HIV/AIDS Long-Term Survivor Awareness Day“ on June 5, 2014, thereby ritualizing the memory of the AIDS Generation similar to other memorializations like “Veterans Day“ (November 11).

Even though not many people might employ the terminology of the AIDS Generation or as Long-Term Survivor as source for their self-identification on an everyday basis, would I argue that a process of forming a new cultural trauma is taking place. The experiences of the past get charged in constant re-signification with this cultural trauma. This trauma gets constructed and increasingly spread through cultural production and activist work. It gives voice to a diversity of experiences which will be all connected to each other through the construction of a shared history of experiencing systemic forms of oppression around HIV/AIDS in the 1980s and early 1990s, maybe even up to now (post-1996: silence around HIV/AIDS and ensuing stigma, erasure of HIV/AIDS history, invisibility of their experiences in the broader dis-

production, therefore deciding which stories get memorialized and which not. As one interviewee remarks: It is about people who are now in position of power – which makes it almost completely white and culturally privileged.

course in society). In that it defies a definition of trauma as something private and “resists the melodramatic structure of an easily identifiable origin of trauma” (Cvetkovich 2008: 33). This diffusing of the causes of trauma into a broader context opens up the need for more structural changes instead of just “fixing” individuals (see Cvetkovich 2008: 33).

By linking experiences to the AIDS crisis and crystalizing the experiences of many of their peers produce members of the gay community interested in the AIDS Generation a new collectivity and create a frame for potential identification. At the same time are past experiences fit into this new perspective, thereby attributing new meaning to them and connecting them with the experiences of other. Linking oneself to this frame also allows people to create a legacy of their own, sometimes even through the simple fact of surviving.

Conclusion

The HI-Virus itself may be really small, but it had a profound impact on the gay community in New York City. AIDS, which results out of an infection with HIV, is more than a biological disease, though. Focusing only on the biological aspect of it does not serve justice to the impact it had and has on society. The HIV/AIDS epidemic should rather instead be considered a socio-integrative phenomenon. Apart from the high number of dead and infected, it encompasses many more people whose lives have been touched in profound ways.

As a phenomenon it experienced certain continuities and transformations over the last decades. The same populations are still impacted heavily by it (marginalized communities), and it still can have devastating impacts on them. It creates inter- and intra-community dividing lines (e.g. young vs. old, gay vs. non-gay, people with access to health care and those without), and there exists a frightening silence and ignorance around it. At the same time is the number of HIV-positive people in the US still rising, and the positive population diversifies (e.g. encompassing more and more people of color), while AIDS can be better prevented from breaking out. Society is more ready to accept that this is a problem than in the early 1980s, and organizations to fight against HIV/AIDS and support HIV-positive people developed, although now

faced with processes of commodification and professionalization creating new conflicts. As was shown through the syndemics affects HIV/AIDS people nowadays also in many different ways, including HIV-negative people.

This article explored, from the perspective of a young foreigner, the context of the arrival of HIV/AIDS in the gay community and the massive impact it had on it. Using ethnographic research it focuses on the survivors, the AIDS Generation, wondering what that experience meant for their lives. It argues that it had a striking impact on the lives of members of this generation, and continues to have by showing the syndemics these men face in the present. Framing the AIDS crisis in war terms is then shown as an exemplary way to understand the impact it had on the community and how members of this generation construct a narrative to understand their experiences. A new frame develops more recently. A new form of cultural trauma gets constructed, one through which an identity and community gets created, experiences restructured, and a legacy can get created.

A real understanding of what happened and how it shaped their experiences is only emerging recently for survivors. A community develops in which they can talk and engage each other and confront their feelings and memories. The intense recent debates and increasing attention this generation creates, its willingness to come together and organize, and the outpouring of emotions and urge to tell me about their experiences seems a good indicator how there seems to be the time ripe for them to face the ambiguities of remembrance.

Literature

- Alexander, Jeffrey C. (2004): Toward a Theory of Cultural Trauma. In: Alexander, Jeffrey C. / Eyerman, Ron / Giesen, Bernhard / Smelser, Neil J. / Sztpmka, Piotr: *Cultural Trauma and Collective Identity*. Berkeley: University of California Press. Pp. 1 – 30.
- Assmann, Jan (1988): Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität. In: Assmann, Jan / Hölscher, Tonio (Hrsg.): *Kultur und Gedächtnis*. Frankfurt am Main: Suhrkamp. Pp. 9-19.
- Bolton, Ralph (1995): Tricks, friends, and lovers. Erotic encounters in the field. In: Kulick, Don / Willson, Margaret (editors): *taboo. Sex, identity and erotic subjectivity in anthropological fieldwork*. New York: Routledge. Pp. 106 – 126.
- Bronski, Michael (2011): *A Queer History of the United States*. Beacon Press.
- Callen, Michael (1990): *Surviving AIDS*. New York: HarperCollins.
- CDC (2013): Basic Statistics. Accessible under: <http://www.cdc.gov/hiv/basics/statistics.html> (February 28th, 2014).
- Cox, Spencer (2006): The Legacy Of The Past. Gay Men in Mid-Life and the Impact of HIV AIDS. Accessible under: http://www.treatmentactiongroup.org/sites/tagone.drupalgardens.com/files/legacy_of_the_past.pdf (last access: February 28th, 2014).
- Cox, Spencer (2007): Living On The Edge. Gay Men, Depression and Risk-Taking Behaviors. Accessible under: <http://www.treatmentactiongroup.org/sites/tagone.drupalgardens.com/files/DEPRESSION%20WHITE%20PAPE R%20Sixth%20Draft.pdf> (last access: February 28th, 2014).
- Crane, Johanna / Quirk, Kathleen / Straten, Ariane van der (2002): 'Come back when you're dying:' the commodification of AIDS among California's urban poor. In: *Social Science & Medicine* 55 (2002). Pp. 1115 – 1127.
- Cvetkovich, Ann (2008): *An Archive of Feelings. Trauma, Sexuality, and Lesbian Public Cultures*. Durham: Duke University Press.
- Diaz, Rafael M. (2010): Sex under the influence of crystal meth. The experience of Latino gay men in San Francisco. In: Aggleton, Peter / Parker, Richard: *Routledge Handbook of Sexuality, Health and Rights*. London/NY: Routledge. Pp. 213 – 223.
- Duberman, Martin Bauml (1994): *Stonewall*. NY: Plume.

- Edwards-Stout, Kergan (2013): How I Survived a Plague. Accessible under: http://www.huffingtonpost.com/kergan-edwardsstout/how-i-survived-a-plague_b_3220342.html (last access: February 28th, 2014).
- France, David (2014): Foreword. In: Halkitis, Perry N.: *The AIDS Generation*. Oxford University Press. Pp. ix – xi.
- Ghaziani, Amin (2008): *The Dividends of Dissent. How Politics and Culture Work in Lesbian and Gay Marches on Washington*. Chicago: University of Chicago Press.
- Gould, Deborah (2009): *Moving Politics. Emotion And ACT UP's Fight Against AIDS*. Chicago: University of Chicago Press.
- Halkitis, Perry N. (2014): *The AIDS Generation*. NY: Oxford University Press.
- Heckmann, Timothy G. / Halkitis, Perry N. (2014): Biopsychosocial Aspects of HIV and Aging. In: *Behavioural Medicine*, 40:3, 2014, pp. 81-84.
- Holleran, Andrew (2008): *Chronicle of a Plague. Revisited: AIDS and Its Aftermath*. Da Capo Press.
- Kaiser, Charles (2007): *The Gay Metropolis*. New York: Grove Press.
- Kalton, Graham (1993): Sampling Considerations when Researching on HIV Risk and Illness. In: Ostrow, David G. / Kessler, Ronald C. (eds.): *Methodological Issues in AIDS Behavioral Research*. New York: Springer. Pp. 53-74.
- Kilomba, Grada (2013): *Plantation Memoirs. Episodes of Everyday Racism*. Münster: UNRAST-Verlag.
- Kim, Richard (2013): Ed Koch and the Cost of the Closet. Accessible under: <http://www.thenation.com/blog/172620/ed-koch-and-cost-closet#> (last access: February 28th, 2014)
- Levine, Martin (1979): Gay Ghetto. In: Levine, Martin (ed.): *Gay Men: The Sociology of Male Homosexuality*. Hagerstown: Harper & Row. Pp. 182 – 204.
- Lougherty, John (1999): *The Other Side of Silence: Men's Lives and Gay Identities. A Twentieth-Century History*. New York: Henry Holt.
- Medius Working Group (2013): Flyer to event "Is This My Beautiful Life" on May 9, 2013. Accessible under: <http://theseattlelesbian.com/wp-content/uploads/2013/04/Is-This-My-Beautiful-Life-May-9-2013-POSTCARD.jpg> (last access: September 14th, 2014).
- Meyer, Ilan H. / Northridge, Mary E. (eds.) (2007): *The Health of Sexual Minorities. Public Health Perspectives on Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender Populations*. New York: Springer.

- Meyer, Ilan H. / Wilson, Patrick A. (2009): Sampling Lesbian, Gay, and Bisexual Populations. In: *Journal of Counseling Psychology*, Vol. 56., No. 1, pp. 23 – 31.
- Miller, Andrew (2013): The Coming Epidemic. Is HIV Really What Killed Spencer Cox. Accessible under: http://www.huffingtonpost.com/andrew-miller/the-coming-epidemic-is-hiv-really-what-killed-spencer-cox_b_2587136.html?view=print&comm_ref=false (last access: September 14th, 2014).
- New York State Department of Health (2013): New York State HIV/AIDS Surveillance Report Annual Report
- Odets, Walt (1995): *In the Shadow of the Epidemic: Being HIV-negative in the Age of AIDS*. Durham: Duke University Press.
- Robert-Koch-Institute (2012): *Epidemiologisches Bulletin* 47, November 26th 2012.
- Salzinger, Leslie (1991): A Maid By Any Other Name: The Transformation of “Dirty Work” by Central American Immigrants.. In: Buroway, Michael et al.: *Ethnography Unbound. Power and Resistance in the Modern Metropolis*. Berkeley: University of California Press. Pp. 139 – 160.
- Sanjek, Roger (1990): A Vocabulary for Fieldnotes. In: Sanjek, Roger (editor): *Fieldnotes. The Makings of Anthropology*. Ithaca: Cornell University Press. Pp. 92 – 115.
- Schulmann, Sarah (2012): *The Gentrification of the Mind. Witness to a Lost Imagination*. Berkeley: University of California Press.
- Sherman, Rachel (2007): *Class Acts. Service and Inequality in Luxury Hotels*. Berkely: University of California Press.
- Shilts, Randy (1987): *And The Band Played On: Politics, People, And the AIDS Epidemic*. St Martins Press.
- Signorile, Michelangelo (2013): The First AIDS Generation. Grappling With Why We're Alive and What It Means. Accessible under: http://www.huffingtonpost.com/michelangelo-signorile/the-first-aids-generation_b_3245461.html (last access: February 28th, 2014).
- Staley, Peter (2013): Grief Is a Sword. An Eulogy for Spencer Cox. Accessible under: http://www.huffingtonpost.com/peter-staley/spencer-cox_b_2546621.html (last access: September 14th, 2014)
- Sturken, Marita (1997): *Tangled Memories. The Vietnam War, the AIDS Epidemic, and the Politics of Remembering*. Berkeley: University of California Press.

- Voelcker, John (2013a): A Celebration of Life. Accessible under: <http://vimeo.com/58266820> (last access: September 14th, 2014).
- Voelcker, John (2013b): The Death of Activist Spencer Cox: Wounded AIDS Warriors Suffering, Dying on Their Own. Accessible under: http://www.huffingtonpost.com/john-voelcker/spencer-cox-death_b_2425635.html (last access: February 28th, 2014).
- Walby, Kevin (2010): Interviews as encounters: issues of sexuality and reflexivity when men interview men about commercial same sex relations. In: *Qualitative Research*, Vol. 10, No. 6, pp. 639-657.
- Watney, Simon (2000): These waves of dying friends: gay men, AIDS, and multiple loss. In: Watney, Simon: *Imagine Hope. AIDS and Gay Identity*. London: Routledge. Pp. 216 – 227.
- Weiss, Robert S (2004): In Their Own Words: Making the Most Out of Qualitative Interviews. In: *Contexts*, 3:4, 2004, pp. 44-51.
- Welzer, Harald (2001): Das soziale Gedächtnis. In: Welzer, Harald (Hrsg.): *Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung*. Hamburg: Hamburger Edition. Pp. 9 – 24.

Heiner Schulze, B.A.

Heiner Schulze studied sociology and political sciences at Humboldt University in Berlin. He also spent periods abroad as guest student and guest researcher at Sorbonne Nouvelle Paris 3 in Paris, the New School of Social Research in New York City, and the University of Agder in Kristiansand, Norway. His main research interests are social inequality and marginalization, gender and queer studies, labour and education.

Kontakt: heiner.schulze@gmx.net

Politik, Globalisierung und Vertrauen

Den Themenbereich Politik, Globalisierung und Vertrauen beginnen Janosik Herder und Stefan Wallaschek mit ihrer gemeinsamen Arbeit „Das Weltsozialforum – Mehr als ein globalisierungskritischer Akteur?“. Darin beschäftigen sie sich mit dem Weltsozialforum und der Frage: Was für eine Institution ist das Weltsozialforum überhaupt? Den zweiten Beitrag in dieser Reihe machen dann Michael Angenendt und Johannes Schmitt. In „(Warum) Vertrauen wir Politikern?“ analysieren sie den Begriff des Vertrauens und gehen auf Basis der Rational-Choice-Ansatzes der Frage nach, wie das Vertrauensdilemma in modernen Demokratien gelöst werden kann. Auch mit dem Thema des Vertrauens, hier jedoch gegenüber dem Europäischen Parlament beschäftigen sich Debora Eicher, Julian Kalcher und Katharina Kunißen in ihrem Artikel „In Vielfalt geeint?“. Hierbei untersuchen sie insbesondere welchen Einfluss die individuellen Werteprioritäten und die nationalen Kontexte auf den Transfer von Vertrauen auf das Europaparlament haben. Abschließend beschäftigt sich Bianka Plüschke in ihrem Beitrag „Kolonisatoren von gestern, MitbürgerInnen von Heute?“, mit dem Wandel der estnischen Nationalität. Das zentrale Thema sind hierbei Grenzziehungsdiskurse und deren Veränderung, über die nationale Zugehörigkeit.

Das Weltsozialforum – Mehr als ein globalisierungskritischer Akteur? ...257 <i>Janosik Herder und Stefan Wallaschek</i>	
(Warum) Vertrauen wir Politikern?293 <i>Michael Angenendt und Johannes Schmitt</i>	
In Vielfalt geeint?319 <i>Debora Eicher, Julian Kalcher und Katharina Kunißen</i>	
Kolonisatoren von gestern, MitbürgerInnen von heute?347 <i>Bianka Plüschke-Altorf</i>	

Das Weltsozialforum – Mehr als ein globalisierungskritischer Akteur?

Subversive und kosmopolitische Perspektiven

Janosik Herder und Stefan Wallaschek

Abstract

Das Weltsozialforum (WSF), das nun bereits seit über zehn Jahren stattfindet, gibt der Sozialwissenschaft in vielen Hinsichten noch immer Rätsel auf. Vor allem anderen fehlt es der Forschung zum WSF an einem theoretischen Rahmen, mit dem die empirischen Beobachtungen auch theoretisch eingebettet werden können. Wir legen deshalb zwei theoretische Perspektiven dar, mit denen sich das Forum besser verstehen lässt: Die Perspektive der Subversion, die wir in Auseinandersetzung mit Gilles Deleuzes Konzept der Assemblage entwickeln und die Theorie des Kosmopolitismus nach Seyla Benhabib. Damit plädieren wir für eine theoretische Multi-perspektivität bei der Betrachtung von neuen Phänomenen. Um unsere explorative Untersuchung empirisch zu fundieren, werden wir die theoretischen Prämissen durch eine strukturierte Inhaltsanalyse der Abschlussberichte des WSF von 2001, 2005 und 2011 überprüfen. Wir werden zeigen, dass sich trotz der unterschiedlichen theoretischen Perspektiven Einblicke ergeben, die das WSF zu mehr machen, als „nur“ einem globalisierungskritischen Akteur.

Einleitung

Seit 2001 findet an verschiedenen Orten im „globalen Süden“ regelmäßig ein mehrtägiges Treffen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), sozialen Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen aus aller Welt statt.¹ Auf zahlreichen Veranstaltungen zu einer fast unüber-

¹ Wir danken den Teilnehmenden des Panels „Globale Prozesse“ auf dem Studentischen Soziologiekongress in Bamberg, den anonymen ReviewerInnen, den Herausgebern sowie Tanja Kunze und Sandra Reinecke für ihre kritisch-konstruktiven Anmerkungen zu früheren Versionen unseres Textes.

schaubaren Menge unterschiedlicher Themen tauschen sich AktivistInnen, Engagierte, „normale“ Menschen, politisch Interessierte und Betroffene über den Zustand der Welt aus. Dieses Treffen trägt den Namen Weltsozialforum (WSF) und wurde 2001 in Porto Alegre (Brasilien) ins Leben gerufen. Dem Weltsozialforum werden heute verschiedene Funktionen, Potentiale und Ziele zugeschrieben: Mal soll es den „globalen Süden“ repräsentieren, mal die Macht des Neoliberalismus brechen, mal einen Raum des Austausches und der Diskussion bieten, mal selbst eine soziale Bewegung oder eine Bewegung von sozialen Bewegungen sein. Fraglos ist es jedoch gegenwärtig „the most consistent manifestation of counter-hegemonic globalization“ (De Sousa Santos 2008: 249).

Vor dem Hintergrund dieser Fülle an Zuschreibungen stellt sich nicht nur die Frage, warum einem einmal im Jahr stattfindenden Treffen so viel Bedeutung beigemessen wird. Vor allem steht zur Diskussion, auf welche Weise ein Phänomen wie das Weltsozialforum theoretisch gefasst werden kann. Wie lässt sich das Forum verstehen, ohne es bloß empirisch zu beschreiben? Ist das Weltsozialforum ein Treffen und schafft einen Raum, wo sich Akteure zusammenfinden und Ideen und Gedanken austauschen können (Brand 2013)? Ist es ein (kollektiver) Akteur (Härlein 2008)? Oder ist es gar eine „Bewegungsinstitution“ (Müller 2013)? Welche Ziele verfolgt das WSF und welche Werte zeichnen es aus? Ändern sich durch immer wieder auftretende Krisen die Ziele und Werte des WSF?

Um diese Fragen aus der Literatur aufzunehmen und beantworten zu können, schlagen wir vor, zwei sehr unterschiedliche Theorieperspektiven auf das WSF zu richten und diese anschließend empirisch zu überprüfen. Die Verschiedenheit beider Perspektiven dient uns damit als Ausgangspunkt für die theoretische Analyse. Wir nutzen *einerseits* zum Verständnis des Phänomens und der Frage nach der *Praxis* des WSF die *Assemblage Theory*, die Manuel De Landa in Auseinandersetzung mit Gilles Deleuze und Félix Guattari entwickelt hat. Um *andererseits* die Frage nach den *Zielen und Werten* des Phänomens zu beantworten, stellen wir die Theorie des föderativen Kosmopolitismus nach Seyla Benhabib vor. Wir werden schließlich eine strukturierte Inhaltsanalyse der Abschlussberichte der Weltsozialforen von 2001, 2005 und 2011 durch-

führen, um unsere theoretischen Perspektiven am Material zu überprüfen. Die Auswahl von unterschiedlichen Jahren bei den analysierten Dokumenten basiert auf der Annahme eines Krisenzyklus: Während 2005 keine Krise in Sicht war, steckte die Weltwirtschaft 2011 in einer tiefen Krise. Das WSF-Gründungsdokument 2001 dient uns als Ausgangspunkt der Inhaltsanalyse. Als Manifestierung einer kritischen Gegenbewegung zur Globalisierung müssten sich die verschiedenen Szenarien in den Abschlussberichten des WSF niederschlagen. Trotz der Verschiedenheit beider Theorien in vielen Aspekten, werden wir im letzten Teil der Arbeit dafür plädieren, dass sich beide in ihrem prozessorientierten und differenz-sensiblen Denken überlappen. Wir werden sie daher am Ende des Beitrages gemeinsam reflektieren.

Im nächsten Kapitel werden wir einen kurzen Überblick über die Geschichte und Entwicklung des WSF geben, bevor wir in Kapitel drei unsere Theorien erläutern und theoretische Kategorien vorstellen, die anschließend der Strukturierung der Inhaltsanalyse dienen; dabei zeigen wir Schnittpunkte zur bisherigen Forschung auf. Nach der Begründung der Fallauswahl und einer knappen Erklärung unserer Methodik in Kapitel vier, stellen wir unsere empirischen Befunde vor. Darauf aufbauend führen wir beide Theorieansätze und die empirischen Resultate zusammen und diskutieren die Implikationen unserer Ansätze. Abschließend resümieren und reflektieren wir unser Vorgehen und weisen auf noch ungeklärte Fragen hin.

Das Weltsozialforum: Geschichte und Entwicklung

Das Weltsozialforum ist eine jährlich stattfindende, mehrtägige Veranstaltung, bei der interessierte Personen sowie lokale, nationale und internationale Organisationen und soziale Bewegungen zusammenkommen. Das WSF gilt als zentraler Treffpunkt der Anti- bzw. Alterglobalisierungsbewegung. Bereits durch den Namen „Weltsozialforum“ wird ersichtlich, dass sich die Veranstaltung als ein Gegenstück zu dem in Davos (Schweiz) stattfindenden Weltwirtschaftsforum versteht. Statt ein Ort für Wirtschaft und Politik des entwickelten Nordens, will das WSF ein globaler, inklusiver Ort für die Diskussion politischer und sozialer Probleme sein. Ebenfalls im Gegensatz zum Weltwirtschaftsforum sind die wechselnden Veranstaltungsorte des WSFs im globalen

Süden angesiedelt. Das mittlerweile weitgehend bekannte Motto des Forums lautet: „Eine andere Welt ist möglich“. Zur Teilnahme am WSF sind Privatpersonen, NGOs und soziale Bewegungen (dazu zählen neben unzähligen regionalen und lokalen Initiativen z. B. auch Gewerkschaften und Organisationen wie die UNESCO) eingeladen. Rechte und gewalttätige linksextreme Gruppen (wie die FARC) sowie politische Parteien und gewählte RegierungsvertreterInnen sind von der Teilnahme ausgeschlossen.²

Das erste WSF fand 2001 im brasilianischen Porto Alegre statt. Ins Leben gerufen und veranstaltet wird das WSF von den acht Gründungsorganisationen, darunter zum Beispiel ATTAC (Teivainen 2002; Rucht 2011: 13). Die Verbindung zum brasilianischen Gründungsort ist bis heute tief. Die Foren in den Jahren 2002, 2003, 2005, 2012 fanden alleamt in Porto Alegre statt. 2004 lief mit dem WSF in Mumbai das erste Forum außerhalb Brasiliens ab und mit Indien als Veranstaltungsort bekräftigten die Organisatoren ihren Fokus auf den globalen Süden. 2006 wurde entschieden, das Forum an drei Orten gleichzeitig abzuhalten, um die Hürden der Anreise und die finanziellen Kosten zu begrenzen. Während das Vorhaben eines zeitgleichen Forums in Caracas und Bamako gelang, musste es in Karachi aufgrund des schweren Erdbebens in Pakistan nachgeholt werden. 2007 fand das WSF in Nairobi statt, 2009 in Belem, 2011 in Dakar und 2013 in Tunis, womit das WSF auch auf dem afrikanischen Kontinent etabliert wurde. 2008 und 2010 gab es keine zentralen Veranstaltungsorte. 2008 wurde stattdessen zu „Global Days of Action“ aufgerufen, mit vielen einzelnen dezentralen Veranstaltungen und einer koordinierten Aktion an einem festen Tag; 2010 gab es größere Veranstaltungen in Porto Alegre und knapp 35 kleinere regionale und lokale Treffen an mehreren Orten. Das WSF erfreut sich mittlerweile großer Beliebtheit. Nahmen am ersten Sozialforum 2001 knapp

² Gerade im Bezug auf den Ausschluss von Regierungsvertretern ist die Praxis weniger eindeutig als die Forderung vermuten lässt. Den Staatschefs Hugo Chavez und Fidel Castro wurde es 2002, verwehrt auf dem WSF zu sprechen. Zu anderen Gelegenheiten oder am Rande der Sozialforen sprachen jedoch der ehemalige brasilianische Präsident Lula da Silva und Boliviens Präsident Evo Morales. Auch Chavez konnte am Rande des WSF 2006 in Caracas die Gelegenheit nutzen über seine Politik zu sprechen (Rucht 2011: 18).

10.000 Menschen teil, waren es beim bis heute größten WSF im Jahr 2005 über 150.000 (Grzybowski 2006: 7).³

Während der Sozialforen wird eine Vielzahl von Veranstaltungen zu verschiedenen Themen organisiert. Die Struktur der Veranstaltungen beim WSF hat sich dabei verschoben. Bei den jüngeren Foren gab es weniger große, zentrale Veranstaltungen, wie sie noch in den ersten WSFs dominierend waren, und mehr selbstorganisierte, kleinere Aktionen. Beim WSF 2013 in Tunis wurden so über 650 Veranstaltungen zu elf thematischen Punkten durchgeführt (WSF Programm 2013). Zu den Veranstaltungsformen zählen neben Vorträgen, Seminaren und Workshops auch kleinere und größere Diskussionsrunden, Aktionen und große Versammlungen. Bekannte Intellektuelle wie Noam Chomsky, Naomi Klein, Immanuel Wallerstein oder David Harvey zählten bereits zu TeilnehmerInnen und RednerInnen in den Foren.

Im Vorfeld des ersten Forums 2001 wurde eine „Charta von Prinzipien“ aufgestellt, die während und durch die Veranstaltung verändert und bestätigt wurde, und die den Prozess des Forums bis heute prägt. In den 14 Punkten wird das Selbstverständnis des Forums und der politische und gesellschaftliche Anspruch deutlich. Das Forum versteht sich der Charta von 2001 nach als „offener Treffpunkt für reflektierendes Denken, demokratische Debatte von Ideen, Formulierung von Anträgen, freien Austausch von Erfahrungen und das Verbinden für wirkungsvolle Tätigkeit“ (Weltsozialforum 2001). Als offener, pluraler und vielfältiger Ort bietet das Forum Raum, um über Alternativen zur bestehenden globalen Ordnung nachzudenken. Als zentrales globales Problem benennt die Charta den vorherrschenden neoliberalen Kapitalismus und die Dominanz der *ökonomischen* Globalisierung. Das WSF will demgegenüber ein Ort für das Entwickeln von Alternativen sein, die in Opposition stehen zu einem „Prozess der Globalisierung, der befohlen wird

³ Aufgrund des Erfolgs des WSFs und der auf Dezentralisierung angelegten Philosophie der Veranstaltung wurden im Laufe der Zeit mehrere regionale und sogar thematische Sozialforen organisiert. So zum Beispiel US Sozialforen, die 2007 in Atlanta und 2010 in Detroit stattfanden sowie mehrere europäische, amerikanische, asiatische und afrikanische Sozialforen. Thematisch gab es zum Beispiel ein Sozialforum zum Nahost-Konflikt (Smith & Smythe 2011: 35–47).

von den großen multinationalen Konzernen und von den Regierungen und internationalen Institutionen“ (Weltsozialforum 2001). Ein konkretes Ziel oder eine bestimmte Forderung wird in der Charta nicht genannt. Im Gegensatz zur existierenden Globalisierung wird allerdings die Forderung nach einer planetarischen Staatsbürgerschaft und einer Welt gestellt, in der die universellen Menschenrechte und die Beziehung der Menschheit zur Umwelt im Mittelpunkt stehen.

Um das Weltsozialforum hat sich eine stete wissenschaftliche Auseinandersetzung ergeben, in der es um das Wesen, die Ziele und die Potentiale des Forums geht. Mal stehen dabei Fragen nach der Klassifizierung im Vordergrund, etwa ob das WSF eine soziale Bewegung ist oder etwas anderes; mal stehen die Ziele des Forums im Mittelpunkt. Härlin (2008) zeigt auf, dass seit 2003 WSF-intern debattiert wird, ob sich das WSF als (kollektiver) Akteur – gar als „movements of movements“ (Patomäki & Teivainen 2004) – begreifen und so Handlungsfähigkeit beweisen sollte. Härlin erläutert jedoch, dass das WSF damit die Gründungsgedanken der Pluralität, Egalität und Reflexivität zum Teil ablegen würde. Auch Bello (2007) betont den Pluralitätsaspekt beim WSF und sieht im Konzept des offenen Raumes für Debatte und Reflexion, welcher durch verschiedene Gruppen, Initiativen und Bewegungen geteilt wird, die Stärke des WSF (dazu auch Patomäki & Teivainen 2004; Ponniah 2011). Sen (2007) sieht darin eine neue politische und internationale Architektur im Entstehen, in der nicht mehr nur internationale Organisationen global sichtbar sind, sondern auch Akteure wie das WSF; ob sich daraus aber der von ihm proklamierte Lernprozess ergibt, mag fraglich bleiben. Es scheint eher um die Formulierung von gegen-hegemonialen Projekten zu gehen und der gemeinsamen Suche nach Alternativen – ohne evolutionär-kognitive Schlagseite. Brand (2013: 96) fasst die gegenwärtige Lage des WSF wie folgt (selbst-)kritisch zusammen: Das WSF ist „weiterhin zur Selbstverständigung und Strategieentwicklung der sozialen Bewegungen auf globaler Ebene [da] [...]. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.“ Unser Argument lautet, dass sich die Diskussionen und Probleme innerhalb des Forums auch daraus ergeben, dass bislang kaum unterschiedliche theoretische Perspektiven genutzt wurden, um den Prozess zunächst einmal nachzuvollziehen. Mit unseren theoretischen Ansätzen wollen wir diese Debatte in ein neues Licht rücken und

versuchen, auch theoretisch neue Perspektiven auf das WSF zu eröffnen.

Multiperspektivität der Theorie

Wir gehen nicht davon aus, dass es bei einem so schwierig bestimmbareren Untersuchungsgegenstand wie dem WSF ausreichend ist, eine einzige Theorie auf ihre Erklärungskraft hin zu prüfen. Ein vielseitiges und heterogenes Phänomen lässt sich besser verstehen und einordnen, wenn die Betrachtung nicht lediglich von einer Perspektive gelenkt wird. Deshalb nutzen wir zwei Theorien, die sich dem WSF aus unterschiedlichen Richtungen nähern, aber trotz ihrer Verschiedenheit mögliche Schnittpunkte aufweisen. Wir versuchen so, das Verständnis des WSFs zu erweitern. Dabei plädieren wir nicht für einen blinden Theorienpluralismus, sondern es geht uns „um eine erkenntnisgeleitete Rekonstruktion und Integration in eine komplexer angelegte Theorie“ (Demirovic 2008: 36). Eine „Theorie für das WSF“ oder auch nur der Hinweis auf eine dem WSF adäquatere Theorie können durchaus aus verschiedenen Elementen anderer theoretischer Arbeiten bestehen. Wir beanspruchen nicht, unmittelbar eine passende Theorie zu entwickeln, wollen aber Möglichkeiten aufzeigen, wie sich das Phänomen gehaltvoller interpretieren und verstehen lässt.

Wir werden argumentieren, dass die Theorie der Subversion uns dazu dient, den Aspekt des WSF zu theoretisieren, in dem es um Widerstand und das Unterlaufen der bestehenden globalen Ordnung geht. Dabei setzt das WSF auf Strategien wie Offenheit, Netzwerkartigkeit und ein prozesshaftes Selbstverständnis. Wir werden für diese Theorie der Subversion zuerst auf den Begriff *Assemblage*⁴ in den Theorien von Gilles

⁴ Im französischen Original lautet der Begriff „agencement“ und wurde auf deutsch mit den Begriffen „Gefüge“ und „Verkettung“ übersetzt. Das französische „agencement“ kann sowohl eine räumliche Anordnung und Verknüpfung als auch eine Anordnung im Sinne einer Ansammlung oder Zusammenstellung meinen. *Assemblage* ist die gängige englische Übersetzung. Wenn hier in starker Anlehnung an die von Manuel De Landa weiterentwickelte *Assemblage* Theorie einfachheitshalber auch auf deutsch von *Assemblages* die Rede ist, sind beide Bedeutungen impliziert, die im Wort „agencement“ stecken.

Deleuze und Manuel De Landa eingehen und erläutern, was darunter konkret zu verstehen ist. Als zweite Theorie haben wir die Theorie des föderativen Kosmopolitismus nach Seyla Benhabib ausgewählt. Ihr Fokus auf Normen und Werte als handlungsleitend für Akteure und deren kritisches Potential gegen herrschende Zustände sehen wir als wichtigen zweiten Ansatzpunkt, um das WSF theoretisch besser fassen zu können.⁵ Wie wir überdies in den jeweiligen Kapiteln zeigen werden, haben bisherige Arbeiten zum WSF zwar versucht, beide Theorien auf das WSF anzuwenden, dabei jedoch erhebliche theoretische Verkürzungen vorgenommen, die sowohl dem WSF als auch den Theorien nicht gerecht werden.

Theorie der Subversion

Um das Weltsozialforum zu verstehen, muss man die ihm eigene Praxis verstehen. Diese Praxis zielt auf das Unterlaufen der bestehenden globalen Ordnung. Es geht um die bewusste Unterwanderung der bestehenden Ordnung durch eine Praxis, die die bestehenden Vorstellungen und Identitäten aufzulösen bemüht ist. *Eine* Möglichkeit, eine solche Praxis zu fassen, sind die Theorien und Konzepte von Gilles Deleuze. Interessanterweise existiert keine ausformulierte Theorie der Subversion auf der Basis der Arbeiten Gilles Deleuzes. Abgesehen von der Erwähnung des Begriffs „Subversion“ bei AutorInnen, die sich an den theoretischen Konzepten und Einsichten Deleuzes bedient haben (bspw. Negri 2005), gibt es keine ausgearbeitete Theorie gesellschaftlichen Wandels nach

⁵ Überlegungen, das WSF als Teil einer existierenden oder entstehenden Weltgesellschaft zu denken, haben wir aus zwei Gründen verworfen. TheoretikerInnen der Weltgesellschaft und -kultur wie John W. Meyer und seine KollegInnen (Meyer 2005) fokussieren zum einen zu sehr institutionelle Faktoren für die globale Durchsetzung von Normen (z. B. im Umweltbereich). Damit würden wir jedoch dem WSF bereits eine „Institutionenhülle“ überstülpen, die unserer theoretischen Multiperspektivität und der Idee der Subversion entgegen stehen. Auch Vergleiche zu internationalen Organisationen wie der Welthandelsorganisation (WTO) wären damit nicht zielführend. Zum anderen fassen Meyer et al. die „Weltkultur“ immer noch zu nationalstaatlich auf. Sie scheinen nur Nationalstaaten und internationale Organisationen als zentrale Akteure auf globaler Ebene auszumachen und vergessen dabei (kollektive) organisatorisch fluidere Akteure wie das WSF. Der kosmopolitische Ansatz Benhabibs umgeht genau diese Fallstricke, wie wir ausführlich weiter unten zeigen werden.

Deleuze. Das ist verwunderlich, denn Deleuzes Ontologie behauptet eine radikale Offenheit und Kontingenz der sozialen und politischen Welt. Die Vorstellung einer sich im Wandel befindlichen Welt und die Art, in der Deleuze die Veränderungen und Aporien der Verhältnisse begreift, bietet sich zur Theoretisierung von etwas wie dem WSF durchaus an. Neben der Annahme einer grundlegenden Dynamik basiert Deleuzes Philosophie auf der Ablehnung des Begriffs der Identität. Stattdessen postuliert Deleuze, die Welt bestehe primär aus Differenzen, die sich erst nachträglich und sozusagen erst durch unser Zutun in höhere Identitäten aufheben (Deleuze 1992). Statt auf die Untersuchung von unwiderlegbaren Tatsachen und logischen Notwendigkeiten ist Deleuzes Philosophie auf die Theoretisierung des Geworden-Seins der Dinge und die praktische Infragestellung der Gegenwart zugunsten einer anderen und neuen Welt durch Experimentieren aus.

Kein Wunder, dass Deleuzes Konzepte häufig genutzt werden, um politische und soziale Ereignisse zu beschreiben, die die Richtigkeit und Notwendigkeit der Gegenwart in Frage stellen; aktuell etwa Occupy Wallstreet (Thoburn 2012) oder eben das von uns untersuchte Weltsozialforum (Chesters 2007; Funke 2012). In diesen bisherigen Arbeiten zum Weltsozialforum erscheint die Nutzung der Konzepte Deleuzes allerdings fast beliebig. Es wird zumeist behauptet, dass die Theorie Deleuzes der Praxis des Weltsozialforums ganz und gar entspreche, ohne dass diese Behauptung einer Prüfung unterzogen würde. Dazu nutzen die Autoren unterschiedliche Begriffe Deleuzes, mal den des Rhizoms (Funke 2012), mal den des Plateaux (Chesters 2007), ohne sich jedoch um die Eignung dieser Konzepte für die Untersuchung gesellschaftlicher Dinge zu kümmern. Um dieser Beliebigkeit zu entgehen, möchten wir an dieser Stelle den Begriff der Assemblage einführen und damit zunächst in knapper Form umreißen, was eine Theorie der Subversion nach Deleuze ausmacht und weshalb wir der Überzeugung sind, dass sich zur Untersuchung von gesellschaftlichen Fragen der Begriff „Assemblage“ wesentlich besser eignet als die von den Autoren vorgeschlagenen Begriffe Rhizom und Plateaux.⁶

⁶ Im Folgenden wird, wie im Text auch ausdrücklich betont, der Begriff Assemblage syno-

Einen ersten Hinweis auf eine solche Theorie der Subversion, wobei wir Subversion hier, wie angedeutet, als das Unterlaufen der bestehenden globalen Ordnung verstehen, bietet deshalb die Assemblagetheorie. Im Gegensatz zu den von den anderen Arbeiten verwendeten Begriffen, sind in dem Begriff Assemblage bereits Annahmen und Elemente einer solchen Theorie der Subversion angelegt. Die Assemblagetheorie, die gegenwärtig vor allem von Manuel De Landa entwickelt wird (2011), basiert auf Gilles Deleuzes Begriff der Assemblage (Deleuze & Parnet 1980: Kapitel 2; Deleuze & Guattari 2005: Kapitel 4; auch: Boutang & Pamart 2009). Was also ist eine Assemblage?

„Eine Vielheit, die, zahlreiche heterogene Glieder umschließend, zwischen diesen Gliedern Verbindungen, Beziehungen unterschiedlicher Natur stiftet [...] So bildet die einzige Einheit der [Assemblage] denn auch nur die des gemeinsamen Funktionszusammenhangs: sie ist Symbiose, „Sympathie““ (Deleuze & Parnet 1980: 76).

Grundsätzlich lässt sich alles als Assemblage theoretisieren wie Deleuzes' Beispiel zeigt: Ein Mensch, ein Pferd und eine Waffe ergeben eine Assemblage (Deleuze & Parnet 1980: 76). Auch ein Computer ist eine Assemblage von Chips, Leitern, Tasten, Kabeln; ein Chip wiederum eine Assemblage von seltenen Erden, Silizium usw. Der Begriff Assemblage beschreibt im weitesten Sinne eine Ansammlung von sich voneinander unterscheidenden Elementen.

Die erste wichtige Einsicht ist dabei, dass eine Assemblage sich nicht auf ihre Teile reduzieren lässt, das Ganze also mehr ist, als die Summe seiner Teile. Assemblages sollen jedoch bewusst ein Gegenstück zu

nym für subversive Assemblage verwendet. Wir betrachten subversive Assemblages als eine Form, bei der die Bestrebung zur Deterritorialisierung besonders ausgeprägt ist. Bei Deleuze hat der Begriff der Assemblage auch eine ontologische Funktion. Er dient ihm, wie die Definition zeigen wird, als eine „andere“ Weise des Weltverständnisses, die nicht zwangsläufig auf eine subversive Praxis zielt. Gerade im Hinblick auf die grundlegende kritische Funktion der Ontologie Deleuzes halten wir es allerdings für einen Akt der begrifflichen Schärfung, Assemblages als latent subversiv aufzufassen. Kurz gesagt ist nicht jede Assemblage subversiv, aber jede Subversion lässt sich als Assemblage auffassen. Im Gegensatz etwa zu De Landa (2011) vertreten wir damit eine eher „revolutionäre“ Auffassung des Begriffs Assemblage.

Vorstellungen bilden, die die Identität und Homogenität von Dingen betonen (Totalität, organisches Ganzes). Deshalb behauptet Deleuze zugleich die Heterogenität und die Wandelbarkeit von Assemblages. Eine Einheit bilden die Teile, wie Deleuze betont, nur in ihrem Funktionieren (Deleuze & Parnet 1980: 76). Die Assemblagetheorie betont deshalb die Bedeutung der Beziehungen und Interaktion der einzelnen Elemente, die die Assemblage konstituieren. Es ist die spezifische Interaktion der Teile, die die Assemblage konstituiert und die sie zu mehr macht als zur Summe ihrer Teile. Als Computer haben die Teile beispielsweise eine Fähigkeit, die über die Summe der Teile hinaus geht, eine emergierende Kapazität. Diese Kapazität entwickeln sie nur durch ihr gemeinsames Funktionieren.

Es geht bei Assemblages vordergründig darum, die Heterogenität und Kontingenz innerhalb von Dingen anzuerkennen und zum Ausgangspunkt für eine Untersuchung ihrer Funktion zu machen. Assemblagetheorie ermöglicht allgemein gesprochen eine bestimmte Betrachtung, auch von gesellschaftlichen und politischen Gegenständen und Prozessen, die sehr aufschlussreich sein kann. Sie setzt aber auch einige ontologische Annahmen voraus.

Eine Theorie der Subversion benötigt Vorstellungen über die Welt, die Gesellschaft, die Politik, Institutionen, Akteure. Sie benötigt ein Konzept der bestehenden Verhältnisse und eines, wie diese Verhältnisse verändert werden können. Schließlich benötigt sie auch Antworten, oder zumindest Hinweise auf die Alternativen und Utopien, die an die Stelle der Gegenwart treten sollen. Mit der Assemblagetheorie haben wir an dieser Stelle zwei entscheidende Vorteile, die uns erlauben, eine langwierige theoretische Auseinandersetzung zunächst aufzuschieben. *Erstens* lässt sich gemäß Deleuzes „flacher Ontologie“ (Deleuze & Guattari 2005: 354) alles als Assemblage theoretisieren. Eine Institution hat ontologisch gesehen keinen anderen Status als eine einzelne Person. Es braucht in ontologischer Hinsicht zunächst keine unterschiedlichen Theorien für die Analyse von Gruppen, Individuen oder beliebigen organischen oder anorganischen Körpern (De Landa 2011: 3). *Zweitens* beinhaltet das Konzept der Assemblage bereits Antworten auf die Fragen nach den bestehenden Verhältnissen und ihrer Veränderung in einer Nussschale. Eine genauere Spezifizierung des Konzepts der As-

semblage liefert daher auch einen ersten Hinweis auf eine Theorie der Subversion. Schließlich erhalten wir so einen Katalog über die wichtigsten Charakteristika der Deleuze'schen Theorie, den wir dann empirisch überprüfen können.

Das Konzept der Assemblage ist ein sehr grundsätzliches Konzept, das sich auf viele Dinge anwenden lässt. Die Art von Assemblages, die wir untersuchen wollen, bezeichnen wir im Folgenden als *subversive Assemblages*. Es handelt sich dabei um eine Form von Assemblage, die auf gesellschaftliche Veränderung aus ist.

Tabelle 1: Charakteristika von subversiven Assemblages (Codes)

Abwehr einer festen Identität (<i>Nicht-Identität</i>)	Eigenschaften
Ablehnung der Repräsentation von bestimmten Ideen oder Akteuren (<i>Nicht-Repräsentation</i>)	
Betonung und Anerkennung der eigenen Vielheit (<i>Multiplizität</i>)	
Infragestellung des „Bestehenden“ und Abwendung von der Gegenwart (<i>Deterritorialisierung</i>)	Kapazitäten
Anschlussfähigkeit des WSF-Prozesses an verschiedene Diskurse und Probleme (<i>Reterritorialisierung</i>)	

Quelle: Eigene Darstellung

Wir haben die wichtigsten Eigenschaften von subversiven Assemblages (im Rest dieses Abschnitts einfach „Assemblages“) deshalb in folgende Kategorien untergliedert (Tabelle 1), die wir nun mit Bezug auf das WSF erläutern. Die Charakteristika von Assemblages lassen sich in zwei Bereiche einteilen, wobei ein Bereich Eigenschaften im strengen Sinne bezeichnet, während der zweite Fähigkeiten oder Kapazitäten zum Gegenstand hat.

Assemblages besitzen *keine Identitäten*, zumindest nicht das, was man klassischerweise unter Identität versteht. Die Vorstellung einer Identität impliziert, dass Dinge sich durch ihr Wesen auszeichnen und einen festen Kern besitzen, der einheitlich und homogen ist. Assemblages

jedoch bestehen aus heterogenen Teilen und können sich ständig verändern. Statt zu fragen, was das Weltsozialforum ausmacht – das wäre die Frage nach der Identität – fragt man mit der Assemblagetheorie nach dem Funktionieren des Forums: Welche Funktionseinheit bildet das WSF? In Übereinstimmung damit müsste innerhalb des WSFs die Frage nach der Identität des Forums in den Hintergrund rücken. Stattdessen sollte innerhalb des Prozesses der Versuch im Vordergrund stehen, die Frage nach der Identität, bzw. den Vorgang der Identifizierung selbst abzuwehren.

Da die Idee einer Assemblage darauf beruht, dass das aus vielen Teilen gebildete Ganze sich nicht auf seine Teile reduzieren lässt, kann eine Assemblage *nichts und niemanden repräsentieren*. Der Gedanke, dass jemand die Interessen von anderen oder etwa eine bestimmte Gruppe vertritt, funktioniert für eine Assemblage nicht. Als Assemblage funktionieren die verschiedenen Teile tatsächlich zusammen; das bestimmte Teile andere bloß abbilden, oder das Ganze seine Teile repräsentiert, widerspricht dieser Vorstellung. Betrachtete man beispielsweise eine Partei und die gewählte Parteiführung als Assemblage, dann gibt es eine Funktionsbeziehung zwischen den Gewählten und den Wählern an der Parteibasis, aber diese Beziehung basiert nicht auf der bloßen Repräsentation der Ideen oder Überzeugungen der Basis durch die Führung. Bezogen auf das WSF wäre also anzunehmen, dass es sich nicht als Vertreter bestimmter Werte oder bestimmter Personen versteht, und dass niemand „im Namen“ des WSF spricht.

Als Resultat dieser beiden Charakteristika, ist eine Assemblage immer eine Vielheit, eine *Multiplizität*, die ihre eigene Heterogenität zum Ausgangspunkt ihres Funktionierens macht. Während die Vorstellung eines (auch kollektiven) Akteurs die Einheitlichkeit von Interessen voraussetzt, ist die Voraussetzung einer Assemblage ihre Heterogenität, ihre Vielheit. Das heißt, dass es während des Prozesses des Weltsozialforums nicht zu Versuchen oder Forderungen kommen sollte, als homogener Akteur zu handeln, sondern im Gegenteil, die Vielfältigkeit und Unterschiedlichkeit des Forums anzuerkennen und zu betonen.

Während diese ersten drei Charakteristika Eigenschaften darstellen, sind die übrigen zwei eher Fähigkeiten. Bei ihnen geht es gemäß der zweiten Dimension, die Deleuze einer Assemblage gibt (Deleuze &

Parnet 1980: 78) um die Re- bzw. Deterritorialisierung. Diese zwei Richtungen der Territorialisierung sind

„variable processes in which these components [einer Assemblage] become involved and that either stabilize the identity of an assemblage, by increasing its degree of internal homogeneity or the degree of sharpness of its boundaries, or destabilize it“ (De Landa 2011: 13).

Während *Reterritorialisierung* einen Prozess beschreibt, an dem sich etwas geographisch oder ideell einschreibt und verfestigt, meint *Deterritorialisierung* genau das Gegenteil. Es ist ein Prozess, der Bestehendes auflöst und destabilisiert.

Die Fähigkeit zur Deterritorialisierung nennt Deleuze auch die Fluchtlinien einer Assemblage: Keine Assemblage „ohne Deterritorialisierungsspitzen, ohne Fluchtlinien, die sie neuen Schöpfungen zuführt oder, mag sein, dem Zufall, dem Tod“ (Deleuze & Parnet 1980: 78). Die Bedeutung dieser Fähigkeit zeichnet eine Assemblage, da es uns hier um subversive Assemblages geht, vor allen anderen aus. Die Fähigkeit beschreibt einen kreativen Prozess, der sich vom Gegebenen abwendet, vor ihm „flieht“ und sich etwas neuem, noch nicht genau Spezifiziertem zuwendet.

Doch auch die Fähigkeit zur Reterritorialisierung ist wichtig. Es geht dabei nicht nur um die Fähigkeit der Schärfung der Grenzen einer Assemblage oder der Steigerung der Homogenität (was gerade einer subversiven Assemblage nicht gemäß wäre). Entscheidend ist die Fähigkeit des Reterritorialisierens an verschiedene Probleme und Diskurse, die der Assemblage äußerlich sind. Man kann hier an die Fähigkeit denken, sich an verschiedene Dinge, Fragen und Probleme anzuschließen, sich mit ihnen zu verknüpfen und sie anschließend in einer Deterritorialisierungsbewegung mitzureißen. Es geht, auf das WSF bezogen, darum, wie bestrebt das Forum ist, verschiedene Themen und Probleme zu besetzen und in den Prozess miteinzubeziehen.

Diese bislang abstrakt klingenden Kategorien – Nicht-Identität, Nicht-Repräsentation, Multiplizität, Deterritorialisierung und Reterritorialisierung – werden in der späteren Auswertung unseren Blick durch das Material leiten. Durch die konkrete Auseinandersetzung mit dem

Prozess des Forums wird deutlich werden, wie diese Kategorien im einzelnen zu verstehen sind. Bereits hier deutet sich aber an, dass wir mit dem Begriff der Assemblage eher die Ebene des Funktionierens, also im weitesten Sinne die *Praxis* des Forums betrachten. Unbeachtet bleiben dabei zunächst die Werte und Vorstellungen, die auf den Foren zirkulieren. Um diese im Folgenden genauer zu untersuchen, werden wir nun auf die Theorie des Kosmopolitismus nach Seyla Benhabib zu sprechen kommen.

Theorie des Kosmopolitismus

Die zweite Theorie, welche wir für unsere Analyse der WSF-Berichte nutzen, ist die des Kosmopolitismus. Die normative politische Theorie wendet sich zunehmend der internationalen Ebene zu. Dabei spielen Schriften zum Kosmopolitismus eine bedeutende Rolle (bspw. Held 1997; Appiah 2006; Broszies & Hahn 2010). Neben der stoischen Fundierung von Kosmopolitismus ist gegenwärtig vor allem der Kant'sche Kosmopolitismus vorherrschend (Long 2008). Eine der TheoretikerInnen des Kant'schen Kosmopolitismus ist Seyla Benhabib. Nach ihren Arbeiten zur deliberativen Demokratietheorie und zu Identitätskonzepten (Benhabib 1995; Benhabib 2002) mündeten ihre Überlegungen 2004 in ihrem Werk *The Rights of Others* (dt. 2009 erschienen), in dem sie ihren kosmopolitischen Föderalismusansatz entwickelte und in folgenden Arbeiten verfeinerte.

Benhabib argumentiert für einen normen-basierten kosmopolitischen Föderalismus, der nicht versucht, neue institutionelle Arrangements zu schaffen und keine inner-institutionellen Veränderungen vorschlägt. Sie stützt ihre Argumentation stattdessen auf die zahlreichen bestehenden internationalen Abkommen, wie z. B. die Genfer Flüchtlingskonvention (inkl. Zusatzprotokoll) von 1967 und in besonderem Maße auf die Menschenrechtscharta von 1948. Sie konstatiert, dass der normative Geltungsanspruch von universellen Rechten sich zunehmend über staatliche Souveränität hinwegsetzt, und dass sich kosmopolitische Normen im Lokalen, Nationalen und Globalen finden lassen (Benhabib 2006b; 2009). Benhabib betont die Prozesshaftigkeit und Dynamik der Normgenese und unterstreicht, dass Normen nicht einfach entstehen, sondern (demokratischen) Aushandlungsprozessen – demokratischen Iterationen – unterliegen.

Das WSF unter kosmopolitischen Aspekten zu betrachten wurde, unseres Wissens nach, erst zweimal, und zwar durch Janet Conway und Giuseppe Caruso, versucht. Conway bezeichnet das WSF in ihrer Arbeit als „contact zone“, also als Raum, der den Austausch von kosmopolitischen und kolonialen Auffassungen ermöglicht und eine Vernetzung zwischen verschiedenen Bewegungen herstellt (Conway 2011: 219-220). Conways theoretische Überlegungen zum WSF als einem neuen Raum für unterschiedliche Akteure sind interessant, und auch ihre empirische Forschung durch Beobachtungen und Interviews ist wichtig, um zu zeigen, wie die verschiedenen Herangehensweisen für feministische und indigene Gruppen im WSF funktionieren. Trotz allem bleibt ihr Begriff des Kosmopolitischen erstaunlich vage. Sie reduziert Kosmopolitismus auf die Anerkennung von Differenzen bei der gleichzeitigen Forderung nach Egalität (Conway 2011: 228-229) und wird damit – wie wir zeigen werden – der Komplexität des Kosmopolitismus nicht gerecht. Caruso (2012: 211-212) hingegen versucht mit Verweis auf kosmopolitische Ansätze das emanzipatorische Transformationspotential des WSF herauszustellen und begreift Kosmopolitismus als das Angehen gegen globale Ungleichheit und Ungerechtigkeiten. Damit betont er ähnliche Punkte wie Benhabib (siehe unten), doch expliziert er diese Aspekte in seiner Fallstudie zum WSF 2004 in Mumbai nicht weiter. Die sinnvolle theoretische Basis zeigt sich also in der empirischen Analyse (leider) nicht. Anknüpfungsfähige theoretische Argumente und empirische Umsetzungen zum WSF sind, wie wir dargestellt haben, zumindest aus kosmopolitischer Sicht rar gesät.

Um die Benhabibsche Konzeption zu testen, bedarf es noch eines kleinen Umweges. Denn Benhabibs Ansatz lässt sich nicht ohne weiteres empirisch testen. David Held (2005) argumentiert daher für acht Prinzipien, die einen Kosmopolitismus ausmachen und die zunächst scheinbar empirietauglich sind: (1) Gleichheit aller Individuen, (2) Selbstbestimmung des eigenen Lebens, (3) persönliche Verantwortlichkeit im eigenen Handeln und Umgang mit Menschen, (4) Mündigkeit, (5) kollektive Entscheidungen über politische Themen durch Wahlen, (6) In-

klusion und Subsidiarität, (7) Vermeidung von Gewalt und Verbesserung der grundlegenden Bedürfnisse und (8) Nachhaltigkeit der ökonomischen Entwicklung.⁷ Da aber fraglich erscheint, wie sich z. B. Mündigkeit operationalisieren lässt, muss mit Bernhard Peters (2000: 279) eher davon gesprochen werden, dass sich die „Überzeugungskraft allgemeiner Prinzipien [...] auch [...] an der Plausibilität konkreter Applikation [erweisen]“ muss, weswegen wir für die vorliegende Arbeit die acht Prinzipien in vier Bereiche zusammenfassen. Dabei erfolgt diese in Tabelle 2 ersichtliche Zusammenführung in Anlehnung an den Benhabib'schen Kosmopolitismus. Die Kategorien erlauben es uns, die Berichte des WSF auf ihren kosmopolitischen Gehalt zu prüfen.

Tabelle 2: Charakteristika eines Kosmopolitismus

Kategorien in Anlehnung an Benhabib	Held'sche Kategorien
I. rechtliche Egalität aller Menschen	(1),
II. Selbstbestimmtes Handeln und reziproke Freiheit der Menschen	(2), (3), (4)
III. Partizipation für alle Menschen am politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Geschehen	(5), (6)
IV. globale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Verantwortung	(7), (8)

Quelle: Eigene Darstellung

Nachfolgend werden die vier Kategorien knapp erläutert, um die Nachvollziehbarkeit und Transparenz der durchgeführten empirischen Analyse zu ermöglichen.

⁷ Benhabib steht dem Held'schen Katalog (Benhabib 2006a: 43-44, Fn. 36) kritisch gegenüber, weil bei Held offen bleibt, wie er zu diesen acht Prinzipien kommt. Trotzdem können sie als Ausgangspunkt für eine empirische Kosmopolitismusforschung dienen. Eine empirische Prüfung kann helfen, die theoretischen Überlegungen zu schärfen und ggf. den Prinzipienkatalog zu überarbeiten.

(I) Benhabibs Verständnis des Kosmopolitischen ist mit einer rechtlichen *Ungleichheit* unvereinbar. Die Grundlage ihres Denkens ist die allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948. Dabei lässt sich vor allem ein Wandel in der Stellung des Rechts seit 1948 erkennen. Während vorher internationales Recht in Form von Verträgen und Abkommen zwischen Staaten geschlossen wurde und staatliche Belange zum Gegenstand hatten, sind es immer häufiger die Individuen, die davon betroffen sind. Das bedeutet, individuelle Rechte, Freiheiten und Schutzklärungen werden zum Gegenstand von internationalen Verträgen und als Akteure tauchen dabei sowohl Staaten, als auch nicht-staatliche Akteure auf; einschließlich Individuen. Die häufige Bezugnahme auf die Menschenrechte in internationalen Konflikten, jüngst in Libyen und Syrien, zeigt ihren hohen normativen und international anerkannten Stellenwert für Staaten.⁸ Benhabib sieht in der zunehmenden Vielfalt der Akteure und deren Belangen auf internationaler Ebene „cosmopolitan norms of justice“ im Entstehen (Benhabib 2006a: 16). Aus einem nur nationalen Rechtskontext entwickelte sich ein völkerrechtlicher Kontext und schließlich interpretiert Benhabib (2006a: 21) diese *entstehende* Ordnung als kosmopolitische im Sinne Kants.

Neben dieser rechtlichen Fundierung bezieht sich Benhabib zudem auf Hannah Arendts Formulierung, dass jedem Menschen das „Recht, Rechte zu haben“ zustehe (Benhabib 2009: Kap. 2). Betont wird, dass Mensch-sein nicht von der staatlichen oder nationalen Zugehörigkeit abhängt, sondern durch die Menschenrechtscharta allen Individuen, als Teil der Menschheit, gewährt wird: „I propose that the ‚right to have rights‘ needs to be understood more broadly as the claim of each human person to be recognized and to be protected as a legal personality by the world community“ (Benhabib 2011: 9). Die rechtliche Gleichheit aller Menschen und der Bezug auf die Menschenrechte ist demnach eine

⁸ Menschenrechte werden allerdings ebenso häufig von bestimmten Machtgruppen (aus)genutzt, um Gewaltakte, kriegerische Konflikte und „humanitäre Interventionen“ zu rechtfertigen (zur Problematik im Kosovo-Krieg Bonacker & Brodacz 2001: 191-197; in der Debatte um „Gerechten Krieg“ Sutch 2012). Dies mindert jedoch nicht den Stellenwert der Menschenrechtserklärung an sich.

zentrale Komponente eines Benhabib'schen kosmopolitischen Föderalismus.

(II) Wie auch Held hebt Benhabib die Rechte und Freiheiten des Individuums im Kosmopolitismus hervor. Demnach knüpft ihr Kosmopolitismus an die liberale Idee an, dass die Freiheit der Einzelnen dort aufhört, wo die Rechte anderer Menschen verletzt würden. Die kosmopolitische Interpretation setzt die reziproke Anerkennung der Freiheit für alle Menschen voraus. Indem sich verschiedene Akteure (staatliche und nicht-staatliche) öffentlich äußern und demnach demokratisch-politisch Handeln, schaffen sie durch ihre Aussagen eine globale öffentliche Sphäre. Die Selbstbestimmung und die daran geknüpfte politische Partizipation ist ein zentrales demokratisches Recht in westlich-liberalen Nationalstaaten. Indem globale Akteure diese Rechte und Freiheiten anerkennen, tragen sie dazu bei, dass sich diese auch transnational etablieren. Selbstbestimmung und Freiheit der Menschen bleiben demnach nicht auf den Nationalstaat begrenzt, sondern die Forderung danach weitet sich aus.

(III) Die diskurstheoretischen Argumente von Benhabib beziehen sich auf einen möglichst inklusiven Diskurs. Das betrifft sowohl die direkte Teilnahme am Diskurs – die einzelnen Äußerungen der Teilnehmenden müssen gegenseitig gehört und anerkannt werden – als auch den Zugang, der allen prinzipiell offen stehen soll. Jegliche Ausschlusskriterien *a priori* sind unzulässig. Benhabib fokussiert durch ihren Diskursbegriff die Einmischung von Personen und/oder Personengruppen in der Öffentlichkeit durch Stellungnahmen, (Protest-)Handlungen und andere Aktionsformen. Durch die öffentliche Austragung von Konflikten und Protesten lassen sich Rechte demokratisch und auf Basis eines menschenrechtlichen Universalismus ändern. Benhabib bleibt aber pragmatisch genug, um zu wissen, dass universalistische moralische Normen und demokratische Mehrheitsentscheidungen nicht stets übereinstimmen und es deshalb um die prozessuale Dimension geht: „Benhabib teaches us that the contradiction between the universalism of ethics and the particularity of law can never be fully transcended but only progressively ameliorated in time“ (Post 2006: 5). Das heißt zwar, dass, wenn man die Input-Dimension demokratisiert und universalisiert, dass auch die Output-Dimension demokratischer ist. Das

bedeutet aber nicht, dass sie auch notwendig kosmopolitischer und progressiver wäre. Wie Benhabib (2006b: 49) nämlich anmerkt, können demokratische Iterationen ebenso regressive Momente und Rückschritte in der Gesetzgebung beinhalten.

(IV) Das letzte Merkmal ist das umstrittenste; und man kann wohl Thomas Nagel (2010: 104) zustimmen, der sagt, dass sich Theorien der Gerechtigkeit einzig in der Prämisse einig sind, dass die gegenwärtige Welt ungerecht sei. Benhabib nimmt eine Perspektive auf Gerechtigkeit ein, die nicht die *Verteilungsgerechtigkeit*, sondern die *Zugehörigkeitsgerechtigkeit* fokussiert. Wenn es um demokratische Entscheidungen, also um den *demos* geht, muss nicht nur gefragt werden, in welchen Verfahren demokratisch über *etwas* entschieden wird, sondern wer überhaupt zum *demos* gehört. Hier zeigt sich das „paradox of democratic legitimacy“ (Benhabib 2006a: 32-36): Eine Demokratie lässt sich nicht demokratisch begründen und demnach besteht immer eine Spannung zwischen Liberalismus und Demokratie in solchen politischen Ordnungen. Die Grenze, die ein *demos* oder eine Demokratie einhegt, kann selbst nicht demokratisch sein. Benhabib versucht diesem Paradox gerechtigkeitstheoretisch zu begegnen und argumentiert für selbstreflexive Prozesse, die die Grenzen des *demos* re-definieren können (Benhabib 2006a: 35f.).

Nachdem also die vier Kategorien für die nachfolgende Kodierung vorgestellt und expliziert wurden, ist noch eine Anmerkung für den Kosmopolitismusteil zu machen. Denn Benhabib bezieht sich selbst in einem Artikel auf das WSF, und sieht es als Teil einer sich im Entstehen befindenden „global civil society“ (2007: 31). Sie betont damit das Anwachsen von gegen-hegemonialen Kräften gegenüber unilateralen und aggressiven Aktionen durch Nationalstaaten. Diese Kräfte verhinderten, dass sich die kosmopolitischen Normen in ihr Gegenteil verkehren (Benhabib 2011: 15). Sie zeigt auf, dass die ihrer Ansicht nach entstehende kosmopolitische Ordnung einen „rights at work“-Ansatz (Benhabib 2006b: 70) darstellt. Ob eben dies der Fall ist und das WSF als Teil einer kosmopolitischen Ordnung gesehen werden kann, soll nachfolgend am empirischen Material überprüft werden.

Methodik und Fallauswahl

Die qualitative Inhaltsanalyse ist eine der anerkanntesten Methoden, um große (Text-)Mengen systematisch, transparent und nachvollziehbar auszuwerten. Die strukturierende Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring ist dabei eine besondere Art, die Inhaltsanalyse weiter zu formalisieren. Dabei werden vorher theoretisch festgelegte Kategorien aus der bestehenden Forschungsliteratur zum Untersuchungsgegenstand extrahiert und dann im Material kodiert. Es werden nicht induktiv die Kategorien aus dem Material gebildet, sondern es werden Vorüberlegungen angestellt, um „das Material aufgrund bestimmten Kriterien einschätzen“ zu können (Mayring 2010: 65). Da wir theoriegeleitet vorgehen und unsere theoretischen Überlegungen überprüfen, bietet sich diese Form der Inhaltsanalyse an. Eine stärker induktive oder abduktive Vorgehensweise, wie sie etwa die Grounded Theory oder die objektive Hermeneutik bereitstellen (Franke & Roos 2010), bietet sich aufgrund unserer starken Vorannahmen weniger an. Die im Theorieteil gebildeten Kategorien beider Theorien schaffen eine Systematik, mit dem das Material bearbeitet werden kann. Mayring spezifiziert diese Herangehensweise nochmal als inhaltliche Strukturierung des Materials (Mayring 2010: 66). Wir folgen Mayring auch in unserem Vorgehen, da wir durch unsere Theoriediskussionen bereits unsere Kategorien definiert haben und so gegen andere Kategorien abgrenzen können. Damit haben wir vor der empirischen Analyse bereits „Ankerbeispiele“ herausgearbeitet, die uns als Leitfäden für die Kodierung einzelner Kategorien dienen (Mayring 2010: 92).⁹

Die Fallauswahl erfolgte aus drei Gründen. *Erstens*, nehmen wir aus forschungspragmatischen Gründen keine Vollerhebung aller Abschlussberichte vor, um die Textmenge bewältigen zu können. Das ist auch deshalb sinnvoll, da nicht für jedes Jahr Abschlussberichte vorliegen. *Zweitens* haben wir versucht, einen größeren Zeitraum und eine gewisse Varianz der Veranstaltungsorte und -themen abzudecken, um

⁹ Bei der Kodierung haben wir mit MAXQDA gearbeitet. Wie der Entwickler Kuckartz herausstellt, verbessert das computergestützte Vorgehen vor allem die Transparenz und Zusammenarbeit zwischen zwei oder mehr ForscherInnen (Kuckartz 2004).

mögliche Veränderungen im Status als auch in den Zielen und Werten des WSF analysieren zu können. *Drittens* hat die 2008 einsetzende Finanzkrise eine globale Wirkung und gegenüber 2005 und 2001 vermuteten wir einen möglichen Bruch in der Argumentation des WSF-Abschlussberichts 2011. Deshalb wählten wir den Bericht von 2005, da erst mit der Insolvenz der Bank Lehman Brothers 2008 die globale Finanzkrise ausgelöst wurde, die bis zur Gegenwart anhält; oder sich in Form von erhöhter Staatsschuldenquote der Länder in andere Krisen transformiert.¹⁰ Weil ein klares Ende „der“ Krise nicht auszumachen ist, haben wir uns für den Bericht von 2011 entschieden. Eine Analyse der Ausgangslage im WSF in der Charta von 2001 hilft, die späteren Dokumente zu kontextualisieren und mögliche Veränderungen (durch Krisen) interpretieren zu können.¹¹

Empirische Befunde

Die Durchsicht des Materials, geleitet durch den Blick der zwei dargelegten theoretischen Perspektiven, ergibt ein interessantes und in einigen Hinsichten etwas anderes Bild, als bloß empirische oder theoretische Betrachtungen. Im Folgenden werden wir zunächst sukzessiv die in den Theorien dargelegten Kategorien aus dem Material heraus rekonstruieren. Im darauf folgenden Abschnitt werden wir dann die Ergebnisse beider Theorien und die Theorien selbst noch einmal reflektieren.¹²

¹⁰ Wir sind uns bewusst, dass die zeitliche und räumliche Verortung von Krisen schwierig ist. Vergegenwärtigt man sich die Asien-Krise, Russland-Krise und den Fast-Staatsbankrott Argentiniens um die Jahrtausendwende, muss man feststellen, dass das WSF zur Krisenzeit des globalen Südens initiiert wurde. Dennoch bildet die Finanzkrise von 2008 zumindest als diskursives, globales Narrativ einen wichtigen Punkt für die kritische Diskussion. Zudem sind die Folgen dieser Krise weiterhin global spürbar (Krätke 2013).

¹¹ Das Gründungsdokument von 2001 sowie der Abschlussbericht von 2005 lagen uns für die Kodierung in deutsch vor. Der 2011er-Bericht hingegen wurde in der englischen Fassung kodiert. Deshalb werden die direkten Zitate teils deutsch, teils englisch sein.

¹² Im Auswertungsteil machen wir direkte Zitate aus den Abschlussberichten mit der Nennung der Jahreszahl in Klammern kenntlich. Die Angaben zu den Abschlussberichten befinden sich im Literaturverzeichnis.

Ist das Weltsozialforum eine subversive Assemblage?

Wir hatten eine Reihe von Kategorien dargelegt, denen das WSF entsprechen sollte, damit man es sinnvollerweise als subversive Assemblage bezeichnen kann. Der Durchgang durch das Material anhand der Kategorien beantwortet nicht nur die Frage, ob das WSF eine solche Assemblage ist oder nicht, sondern auch, ob sich ein Phänomen wie das Forum überhaupt sinnvoll mit den theoretischen Werkzeugen der Deleuze'schen Theorie bearbeiten lässt. Wir werden mit denjenigen Kategorien beginnen, die am eindeutigsten im Material wiedergefunden werden konnten.

Unter *Reterritorialisierung* hatten wir weiter oben die Fähigkeit verstanden, sich immer wieder an verschiedene Probleme und Entwicklungen anzuschließen. In der von Deleuze benutzten geographischen Bildsprache geht es dabei um eine Art „niederlassen auf“ oder „anschließen an“ bestimmte Themen. Diese Fähigkeit ist deshalb zentral, weil sich eine subversive Assemblage auch und gerade durch ihre Anschlussfähigkeit nach Außen auszeichnet; durch ihre Kapazitäten, mit diesem Anschließen andere Assemblages mit in eine Veränderungsbewegung hinein zu ziehen. Während sich in der Gründungscharta 2001 des ersten Forums zu dieser Fähigkeit nicht viel finden lässt, ist es sowohl in dem Dokument aus dem Jahr 2005 als auch aus dem Jahr 2011 evident, dass Reterritorialisierung eine zentrale Rolle im Prozess des Forums spielt. So findet sich 2005 an wichtiger Stelle die Passage: „Wir fordern das Ende der Besetzung des Irak. Wir fordern, daß die USA mit ihren Drohungen gegen den Iran, Venezuela und andere Länder aufhören“ (Weltsozialforum 2005). Das Forum nimmt damit direkten Bezug auf die seit 2003 von den USA ausgehende Besetzung des Iraks, schließt sich an das Thema an und stellt Forderungen. Dieser direkte Bezug auf zeitlich gleich gelagerte Ereignisse findet sich auch 2011. In dem Abschlussbericht des Jahres finden sich Passagen, in denen unter anderem Stellung genommen wird zu den Umwälzungen der arabischen Welt, dem „Arabischen Frühling“ in Tunesien und Ägypten. Außerdem auffällig ist neben dieser Reterritorialisierung von zeitlich ähnlich gelagerten Ereignissen der räumliche Bezug. So heißt es im Bericht von 2011: „we are gathered here to affirm the fundamental contribution of Africa and its peoples in the construction of human civilisation“ (Weltsozialforum

2011). 2011 fand das Weltsozialforum zum ersten Mal in einem afrikanischen Land statt. Diese Tatsache spielte offensichtlich eine wichtige Rolle, weil innerhalb des Forums direkt auf bestimmte lokale Probleme Bezug genommen wurde. Insgesamt lässt sich die Kapazität des Forums, an verschiedene Probleme räumlich und zeitlich anzuschließen, als sehr hoch bezeichnen.

Die Fähigkeit der *Deterritorialisierung* ist eine Kategorie, die sich beinahe ebenso deutlich im Material finden lässt, wie die Reterritorialisierung. Deterritorialisierung war die Fähigkeit einer Assemblage, einerseits Bestehendes in Frage zu stellen, andererseits aber auch die Bewegung, sich auf einer Fluchtlinie von diesem Bestehenden abzuwenden. Ganz deutlich findet sich dieses Bestreben in der Gründungscharta. Hier wird prognostiziert, das Forum werde „ein permanenter Prozess des Suchens und des Aufbaus von Alternativen sein“ (Weltsozialforum 2001). Die doppelte Betonung eines Prozesses des Suchens und Aufbaus entspricht der Vorstellung eines Prozesses, der sich vom Gegebenen abwendet, sehr genau. Ebenso verhält es sich für die Infragestellung des Bestehenden. So wird in der Charta mehrfach betont, dass sich das WSF gegen die vorherrschende Globalisierung und die gegenwärtigen Verhältnisse stellt, in denen ökonomische Fragen und Prinzipien alle anderen überragen. Bereits im Motto „Eine andere Welt ist möglich“ wird dies deutlich. In den Dokumenten von 2005 und 2011 finden sich weniger eindeutige Aussagen, allerdings liegt das auch darin begründet, dass sich das WSF in diesen Dokumenten kaum noch mit sich selbst beschäftigt. Bedeutend sind die Funde aus der Charta 2001 auch deshalb, weil sie als Gründungsdokument für den gesamten Prozess bis heute Gültigkeit besitzt und die Praxis des Forums prägt.

Die Kategorien *Identität*, *Repräsentation* und *Multiplizität* sind, wie bereits gesagt, eng miteinander verknüpft. Die Ablehnung oder Infragestellung der eigenen Identität, die Problematisierung der Repräsentation und die Betonung der Multiplizität bedingen einander. Interessanterweise lässt sich in dieser Hinsicht ein einigermaßen eindeutiger Trend feststellen. Gerade im Gründungsdokument lassen sich diese drei Kategorien sehr klar formuliert finden. So heißt es in einer Formulierung, der Forumsprozess könne „nicht auf die Ereignisse reduziert werden [...] die ihn unterstützen“ (Weltsozialforum 2001). Der

Versuch, das Forum auf eines der Ereignisse zu reduzieren, wäre demnach falsch. Damit wird deutlich, dass sich das Forum nicht als Akteur betrachtet, der eine einfache Identität aufweist. Stattdessen versteht es sich als Diskussionsort, als Raum und als pluraler Zusammenhang. Die Vielfältigkeit wird in der Gründungscharta mehrfach betont:

„Das Weltsozialforum wird immer ein Forum sein, das offen ist für Pluralismus, Vielfältigkeit der Aktionen und Arten des Engagements der Organisationen und der Bewegungen, die sich entscheiden, an ihm teilzunehmen“ (Weltsozialforum 2001).

Wir finden hier die Problematisierung einer einfach zu benennenden Identität des WSF, genauso wie die Betonung der Heterogenität als einer Stärke des Forums. Weiterhin beabsichtigt das WSF nicht „eine Institution zu sein, welche die Weltzivilgesellschaft repräsentiert“ (Weltsozialforum 2001). Und es ist ebenfalls nicht so, dass die konkreten Treffen des Forums ein abstraktes Weltsozialforum repräsentieren: „Folglich wird niemand im Namen irgendwelcher der einzelnen Veranstaltungen des Forums autorisiert, Positionen auszudrücken, die behaupten, die aller seiner Teilnehmer zu sein“ (Weltsozialforum 2001). Eindeutig positioniert sich die Gründungscharta also gegen Repräsentationsmechanismen.

Während vor allem die Bedeutung der Pluralität auch in den Berichten von 2005 und 2011 eine Rolle spielt, gibt es 2011 auch die Tendenz zur Forderung einer einheitlicheren Position des Forums. Wie oben aufgezeigt, gibt es WSF-intern eine organisatorische Debatte darum, ob das WSF als Akteur auftreten sollte oder sich seinen Charakter als Raum für Diskussion treu bleiben sollte. Eine klare Tendenz dazu, dass das Forum sich dann tatsächlich stärker als Akteur versteht, bescheinigt auch der letzte Satz des Berichts von 2011. Hier heißt es: „Social movements of the world, let us advance towards a global unity to shatter the capitalist system!“ (Weltsozialforum 2011). Diese Aufforderung zur Einheit im Kampf gegen den Kapitalismus ist in zwei Hinsichten interessant. Während *erstens* 2001 und 2005 zur Bezeichnung der hegemonialen Verhältnisse der Gegenwart der Begriff „Neoliberalismus“ benutzt wird, taucht er 2011 nur noch als Adjektiv auf; stattdessen wird dort zentral der Begriff des Kapitalismus verwendet. Im Bericht von 2011 lässt sich dafür vor allem der Hinweis auf die Krise 2008 und die

damit offensichtlich gewordene Fehlbarkeit des kapitalistischen Systems anführen. Dieser Wechsel lässt sich als Radikalisierung des Forums verstehen. *Zweitens* ist die Aufforderung auch deshalb interessant, weil sie im Kern gegen die Betonung der Pluralität und die Problematisierung der eigenen Identität und der Repräsentation steht.

Deshalb muss die Frage, ob das WSF dem Konzept einer subversiven Assemblage entspricht mit einem *ingeschränkten Ja* beantwortet werden. Die Einschränkung lautet, dass der Prozess weiterhin verfolgt und untersucht werden muss, um die festgestellte Tendenz hin zu einem stärkeren Bezug auf die Identität und die Einheit des Forums, um als Akteur mehr bewirken zu können, im Auge zu behalten.

Eine Kosmopolitisierung von unten?

Die Darlegung der vier Kategorien für die empirische Analyse hat bereits angedeutet, dass es beim Benhabib'schen Kosmopolitismus vor allem um die Kategorien I und III – rechtliche Egalität aller Menschen und Partizipation in allen Bereichen – geht. In der Kodierung schließlich konnten wir über die drei Berichte verschiedene Fokusse auf die Bereiche feststellen. Zeitlich betrachtet lässt sich sagen, dass die Charta von 2001 eine grundlegende Verortung des WSF darstellt, in der sich alle Kategorien wiederfinden. 2005 wird diese grundlegende Position auf konkrete Themenfelder angewendet und dabei lassen sich einigen Verschiebungen feststellen. 2011 hingegen kann eine gewisse Diffusion der Kategorien festgehalten werden. Im Folgenden werden wir diese „Trends“ näher erläutern.

Die rechtliche Egalität aller Menschen findet sich in dem starken Bezug auf die Menschenrechte wieder. Die WSF-Charta verortet sich eindeutig im Menschenrechtsdiskurs und fordert schließlich eine „planetarische Staatsbürgerschaft“ (Weltsozialforum 2001). Dies wandelt sich 2005 insofern, als dass der Abschlussbericht nun auf konkrete Themenfelder eingeht, und damit die rechtliche Gleichstellung und den Respekt der Menschenrechte z. B. für Kinder und marginalisierte Gruppen im „globalen Süden“ einfordert. Es werden für verschiedene Gruppen Rechte artikuliert und eingefordert oder man könnte auch sagen: Das „Recht, Rechte zu haben“, wie es oben mit Verweis auf Hannah Arendt erläutert wurde, findet in der Proklamierung durch das WSF seinen öffentlichen

Ausdruck. Interessanterweise ändert sich während der Krisenzeit 2011 die Art und Weise der Artikulation erneut, indem recht unspezifisch „the freedom of movement for all the human beings“ gefordert wird. Damit wird zwar ein zentraler Kritikpunkt an der Menschenrechtscharta formuliert – Menschen haben das Recht auszureisen (Art. 15), aber nicht das Recht in ein Land ihrer Wahl einzureisen – doch die Forderung bleibt allgemein. Rein quantitativ nehmen die Bezüge auf die rechtliche Egalität zudem auch ab. Trotzdem bleibt die rechtliche Egalität eine zentrale Handlungsgrundlage und eine wichtige moralisch-politische Verortung.

Die Kategorie der Selbstbestimmung und Freiheit lässt sich vornehmlich als Ausdruck der Anerkennung von Differenz und Vielfalt im WSF verstehen. Die Vielheit der Aktionsformen durch die Teilnehmenden des WSF sowie deren verschiedene Aktionsreichweite und geografische Verortung soll respektiert werden. Selbstbestimmung wird daher als Möglichkeit der Selbstverwirklichung verstanden. Dies wird 2005 auf indigene Gruppen bezogen und so gefordert „eine starke internationale Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt“ zu gründen. Selbstbestimmung wird zum Empowerment-Ansatz, der ausgegrenzten oder unterdrückten Gruppen helfen soll, ihre Interessen zu vertreten. Trotz der Bedeutung der Kategorie von Selbstbestimmung *und* Freiheit, überwiegt bei den WSF-Berichten der Selbstbestimmungsaspekt deutlich und so wird dann auch „the right to gender self-determination“ (Weltsozialforum 2011) gefordert. Freiheit, so ließe sich schlussfolgern, ist für die Beteiligten des WSF zu stark mit eurozentristischen und neoliberalen Gedanken besetzt, als dass sich positiv darauf bezogen werden könnte. Selbstbestimmung kann hingegen als Schutzort für die eigenen Rechte und Interessen gesehen werden, die es gilt auszuweiten oder zu verteidigen.

Eines der Hauptanliegen des WSF ist der umfassende Partizipationsansatz. So verwundert es nicht, dass die Kategorie sehr stark in der WSF-Charta vertreten ist und 2001 die Forderung nach einer „partizipatorischen Demokratie“ besteht. Überdies werden Diskussionsräume und das Zusammenkommen der verschiedenen Organisationen, Beteiligten und Ideen in den Vordergrund des WSF gestellt. Wie schon bei Kategorie eins (rechtliche Egalität) wird in der Entwicklung von 2001 zu 2005

der abstrakte Partizipationsgedanke gegen konkrete Anliegen getauscht. So lassen sich im Bericht von 2005 zahlreiche Protestfelder finden, in denen das WSF zur Beteiligung aufruft; beispielsweise gegen den Irakkrieg oder für einen stärkeren Klimaschutz. Besonders wichtig für die Partizipationskategorie ist, dass 2011 eine recht unkonkrete und inhaltlich andere Ausrichtung erfolgt. Es wird eine Kapitalismuskritik geäußert, die eine andere Art der Globalisierung fordert und dabei alle sozialen Gruppen einbezieht. Beteiligen heißt demnach 2011 in erster Linie Kapitalismuskritik üben. Die anhaltende Krise und die bestehenden Auswirkungen scheinen hier den Hintergrund für diese Verschiebung – von der Partizipationsdemokratie zur Kapitalismuskritik – zu sein.

Die letzte Kategorie unserer Analyse bezieht sich auf die Gerechtigkeits- und Verantwortungsdimension in den WSF-Dokumenten. Dabei lässt sich konstatieren, dass 2001 der Verantwortungsbegriff sehr stark ist und sowohl auf eine internationale Verantwortung als auch eine Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen und der Natur Bezug genommen wird. Die Gerechtigkeitsfrage wird erst 2005 explizit gestellt, dabei wird auf ungerechte Verhältnisse in den Klimabemühungen der Staaten hingewiesen, ein unzureichender und zu restriktiver Umgang mit Flüchtlingen und MigrantInnen kritisiert und auch die ungleiche ökonomische Verteilung zwischen „globalem Norden“ und „globalen Süden“ angesprochen. 2011 findet diese Gerechtigkeitsperspektive vor dem Hintergrund der Krise ihren relativen Höhepunkt. Hier wird auf den Widerspruch der Forderung nach gerechten Lebensverhältnissen und dem Fortbestehen einer globalen kapitalistischen Struktur verwiesen. Forderungen nach „climate justice“ (Weltsozialforum 2011) werden dabei nicht separat vom Kapitalismus betrachtet, sondern die bestehende Ungerechtigkeit wird als Ausdruck des Kapitalismus gesehen.

Zusammenfassend lassen sich drei Aspekte hervorheben. *Erstens* und am wichtigsten konnten in den WSF-Berichten zahlreiche und substantielle kosmopolitische Aussagen gefunden werden. Nimmt man die Idee eines egalitären, basis-orientierten und offenen partizipatorischen WSF auf, entwickelt das WSF *Kosmopolitisierung von unten*. Daran anknüpfend kann *zweitens* gesagt werden, dass die Charta von 2001 und der Bericht von 2005 zahlreiche und konkrete kosmopolitische Aussagen

beinhalten, die sich vor allem in den Kategorien der rechtlichen Egalität und der Partizipation zeigen. Diese sind die Hauptpunkte einer einsetzenden Kosmopolitisierung jenseits staatlicher oder internationaler Institutionen. Schließlich *drittens* muss kritisch konstatiert werden, dass die Kosmopolitisierung im Bericht von 2011 als weniger stark oder gar abnehmend bewertet werden muss. Die Krisenzeit seit 2008 scheint eine Verschiebung der Themen und Forderungen im WSF zur Folge zu haben. Das WSF kann daher als kosmopolitisiert angesehen werden, doch bleibt diese Verortung vorläufig und gerade mit Blick auf 2011 fragil.

Resümee

In dem vorliegenden Beitrag haben wir ausgehend von zwei theoretischen Perspektiven das Phänomen des Weltsozialforums genauer untersucht. Dazu haben wir Dokumente aus dem WSF-Prozess qualitativ ausgewertet, um zu überprüfen, inwieweit das Forum als kosmopolitisch oder subversiv bezeichnet werden kann. Dabei haben wir uns auf die WSF-Charta 2001 und die Abschlussberichte von 2005 und 2011 beschränkt und diese anhand einer strukturierten Inhaltsanalyse kodiert und ausgewertet. Es lässt sich für die Assemblagetheorie konstatieren, dass Deleuzes Theorie sehr wohl hilft, das Phänomen zu verstehen. Allerdings darf Deleuzes Theorie nicht als Ersatz für die auch empirische Auseinandersetzung mit bestimmten Phänomenen herhalten. Unsere Analyse hat gezeigt, dass das Konzept der Assemblage und die entwickelten Überlegungen zur Subversion helfen können, das „Neue“ an der Praxis des WSF zu begreifen und beschreibbar zu machen. Gleichwohl ist es nicht unmöglich, dass das WSF sich anders entwickelt und seinen subversiven Charakter einbüßt. Das WSF zeigt überdies auch kosmopolitische Tendenzen, die jedoch durch Krisen (-erfahrungen) abgeschwächt und instabil werden. Anstatt es also a priori als „globalisierungskritisch“ zu bezeichnen, lässt sich das WSF aus unserer Sicht als *subversiv-kosmopolitisches Phänomen* bezeichnen.

Abschließend möchten wir noch einmal unsere theoretischen Perspektiven und ihre angesprochene Verknüpfung reflektieren und unsere Ergebnisse einschätzen. Wie bereits dargestellt wurde, lassen sich die beiden theoretischen Ansätze nicht einfach in einen größeren Ansatz

integrieren. Zwar ist in unserer Arbeit deutlich geworden, dass es gerade durch das Denken in Differenzen und die Betonung der Vielfältigkeit der sozialen Welt überraschende Ähnlichkeiten zwischen den Ansätzen gibt. Allerdings können diese Ähnlichkeiten nicht über die existierenden Unterschiede hinwegtäuschen. Dem Ansatz des Kosmopolitismus geht es in erster Linie um Normen und Normengenesen, die Theorie ist stark verankert in einem Denken in Begriffen von Rechten und Rechtsordnungen sowie in der damit einhergehenden liberalen Fokussierung auf Individuen. Die Assemblagetheorie und eine hier skizzierte Theorie der Subversion fokussieren hingegen andere Aspekte. Der Ansatz funktioniert auf ontologischer Ebene und betrachtet Dinge aus der Perspektive ihres Funktionierens. Während es also dem Kosmopolitismus wichtig ist, ob in einem Prozess, wie dem des Weltsozialforums, bestimmte Werte Ausdruck finden und ob eine gewisse Entwicklung hin zu einer kosmopolitischen Ordnung zu beobachten ist, ist es der Assemblagetheorie wichtig, wie die Praxis des Sozialforums aussieht und welche ontologischen Prämissen den Prozess prägen. Es hat sich gezeigt, dass das Sozialforum sich besonders durch die dem Kosmopolitismus entsprechenden Werte der rechtlichen Egalität und Partizipation auszeichnet. Auch ist relativ eindeutig aus unserer Analyse hervorgegangen, dass sich das Sozialforum mit dem Begriff der subversiven Assemblage gut beschreiben lässt.

Aus diesen Ergebnissen lassen sich zwei Schlussfolgerungen ziehen. *Erstens* ist es gerade für eine eher explorative Untersuchung eines Phänomens, das sich mit gegebenen theoretischen Ansätzen bisher nicht so einfach erklären ließ, sinnvoll, eine Strategie der Multiperspektivität der Theorie zu verfolgen. So lassen sich verschiedene Schwerpunkte und Fragen an ein und das selbe Phänomen richten und die Möglichkeit neue, interessante Erkenntnisse zu gewinnen, erhöhen. *Zweitens* ist es zentral, dass diese Multiperspektivität nicht einfach beliebig auf theoretische Ansätze zurückgreift. Die Kombination muss die verschiedenen Schwerpunkte, Vorannahmen und Implikationen genau abwägen und reflektieren. In unserem Fall wurde vor allem durch die empirische Auswertung deutlich, dass sich die Ansätze für unterschiedliche Aspekte des Forums interessieren. Nichtsdestotrotz erscheint es uns möglich, nach einer vorherigen Wahl des theoretischen Schwerpunktes, Aspekte

des einen theoretischen Ansatzes in den anderen zu integrieren. So ließe sich der kosmopolitische Ansatz von Benhabib durchaus um ontologische Fragen erweitern, ebenso wie eine Assemblagetheorie sich genauer mit der Ebene von Werten und Rechtsordnungen bei der Untersuchung von Assemblages beschäftigen könnte. Es wäre vorstellbar, sich Benhabibs Idee der „demokratischen Iteration“ (Benhabib 2007: 31; Benhabib 2009: 114, 175f.) als subversive Praxis des WSF vorzustellen. Indem sich das WSF durch öffentliche Auseinandersetzungen auf bestehende (internationale) Normen bezieht und diese hinterfragt, können die Normen als prinzipiell veränderbar gedacht werden. Diese Infragestellung fordert die gegenwärtige Ordnung heraus und kann die Beteiligten in die Lage versetzen, die Ordnung und deren Normen zu verändern. Die Beteiligten, so die Mahnung aus der Assemblagetheorie, sollten jedoch vermeiden, dem WSF eine Identität aufzuzwingen oder ihm eine (kosmopolitische) Repräsentationsfunktion zuzuschreiben. Damit deutet sich auch gleich die zweite Kopplung beider Theorieperspektiven an.

Beide Ansätze zeigen sich sensibel für die Differenzen und Vielfalt im WSF. Während eine kosmopolitische Perspektive auf die verschiedenen Akteure und ihre Normen fokussiert, versucht die subversive Perspektive das Ineinandergreifen der Akteure im WSF ohne deren Auflösung im WSF als höherer Einheit zu begreifen, also als subversive Assemblage. Bezogen auf das Weltsozialforum bietet sich für eine weitere Untersuchung des Phänomens unter den hier dargelegten theoretischen Prämissen eine genauere und umfassendere Analyse an.

Was implizieren unsere Ergebnisse? Es ließen sich zum Beispiel die in der Forschung verwendeten und zum Teil irreführenden Label „Alterglobalisierungsbewegung“ oder „Global Justice Movement“ gegen präzisere Begrifflichkeiten austauschen. Das WSF, so zeigt unsere Analyse, ist weder primär auf globale Gerechtigkeit, noch auf eine bloß *andere* Globalisierung aus. Beide Aspekte prägen zweifellos den Forumsprozess, allerdings ist damit weder die eigensinnige Praxis, noch die normative Fundierung des Forums benannt. Wir argumentieren, dass genau die subversive Praxis und die kosmopolitische Ausrichtung des Forums die zwei wichtigsten Eigenschaften des Forums sind. Wir

schlagen daher vor, bei der weiteren Untersuchung des Forums mit diesen hier gemachten Überlegungen zu arbeiten.

Eine weitergehende Untersuchung, die einen stärker empirischen Schwerpunkt als die vorliegende Arbeit aufweist, sollte die Menge und Art der untersuchten Dokumente – z. B. in Form einer Diskurs- oder Netzwerkanalyse noch ausweiten, um zu valideren Ergebnissen zu gelangen. Überdies muss die Krisenerfahrung im Allgemeinen und nach 2008 im Besonderen weiter berücksichtigt werden, um eine möglicherweise grundlegendere Transformation des WSF verstehen zu können. Hier ließe sich die in Ansätzen innerhalb des Forums bereits geführte Diskussion um die Rolle des Forums (soll es stärker als Akteur auftreten, oder eher ein Raum bleiben?) theoretisch vertiefen. Was bedeutet eine solche Transformation für das WSF? Welche neue Rolle könnte es ausfüllen?

Auch bietet es sich an, weitere theoretische Perspektiven heran zu ziehen, um das Phänomen theoretisch zu „triangulieren“, das heißt, von mehreren Seiten aus zu betrachten und zu weiteren, neuen Erkenntnissen darüber zu gelangen. Eine wichtige Forschungsfrage ist auch die Übereinstimmung oder Verschiedenheit der Positionen innerhalb des Forums, mit der Wahrnehmung von Außen. Wir haben uns in dieser Arbeit auf die Positionen des Forums selbst konzentriert, eine zusätzliche Diskursanalyse könnte dabei die Frage beantworten, ob das Forum auch nach außen als subversiv-kosmopolitisch wahrgenommen wird oder wie der diskursive Aushandlungsprozess innerhalb des WSF funktioniert. Ein solches Vorhaben bietet sich an, denn, dass das Sozialforum ein globaler Ort ist, der auch in Zukunft einige Bedeutung für die kritische Diskussion der Lage der Welt hat, steht wohl außer Frage. Die kommenden Weltsozialforen werden dahingehend nicht nur spannende Diskussionen, sondern auch neue Fragen über die eigene Rolle aufwerfen.

Literatur

- Appiah, K. A., 2006: *Cosmopolitanism: Ethics in a World of Strangers*. New York: W. W. Norton & Company.
- Bello, W., 2007: *The Forum at the Crossroads*. *Foreign Policy in Focus*, 19 (2).
Abrufbar unter: <https://www.commondreams.org/archive/2007/05/05/991>
(Zugriff am 19.08.2014).
- Benhabib, S. 1995: *Selbst im Kontext. Kommunikative Ethik im Spannungsfeld von Feminismus, Kommunitarismus und Postmoderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Benhabib, S. 2002: *The Claims of Culture. Equality and Diversity in the Global Era*. Princeton: Princeton Univ. Press.
- Benhabib, S. 2006b: *Democratic Iterations: The Local, the National, and the Global*. S. 45-80 in: S. Benhabib (Hrsg.), *Another Cosmopolitanism*. Oxford: Oxford Univ. Press.
- Benhabib, S., 2006a: *The Philosophical Foundations of Cosmopolitan Norms*. S. 13-44 in: S. Benhabib (Hrsg.), *Another Cosmopolitanism*. Oxford: Oxford Univ. Press.
- Benhabib, S., 2007: *Twilight of Sovereignty or the Emergence of Cosmopolitan Norms? Rethinking Citizenship in Volatile Times*. *Citizenship Studies* 11 (1), 19-36.
- Benhabib, S., 2009 [2004]: *Die Rechte der Anderen. Ausländer, Migranten, Bürger*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Benhabib, S., 2011: *Introduction: Cosmopolitanism without Illusions*. S. 1-19 in: S. Benhabib, (Hrsg.), *Dignity in Adversity. Human Rights in Troubled Times*. Cambridge: Polity.
- Bonacker, T. & A. Brodacz, 2001: *Im Namen der Menschenrechte. Zur symbolischen Integration der internationalen Gemeinschaft durch Normen*. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 8 (2), 179-208.
- Boutang, P.-A. & M. Pamart, 2009: *Abécédaire - Gilles Deleuze von A bis Z* (DVD). Berlin: absolut Medien.
- Brand, U., 2013: *Transformation tut Not. Zwölf Jahre Weltsozialforum*. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 58 (5), 91-96.
- Broszies, Ch. & H. Hahn, (Hrsg.) 2010: *Globale Gerechtigkeit. Schlüsseltexte zur Debatte zwischen Partikularismus und Kosmopolitismus*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Caruso, G., 2012: *Toward an Emancipatory Cosmopolitan Project: The World Social Forum and the Transformation of Conflicts*. *Globalizations* 9 (2), 211-224.

- Chesters, G. 2007: Complex and Minor: Deleuze and the Alterglobalization Movement(s). S. 236-250 in: A. Hickey-Moody & P. Malins (Hrsg.), *Deleuzian Encounters. Studies in Contemporary Social Issues*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Conway, J., 2011: Cosmopolitan or Colonial? The World Social Forum as 'Contact Zone'. *Third World Quarterly* 32 (2), 217-236.
- De Landa, M., 2011: *A New Philosophy of Society. Assemblage Theory and Social Complexity*. London: Continuum.
- Deleuze, G. & C. Parnet, 1980: *Dialoge*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Deleuze, G. & F. Guattari, 2005: *Tausend Plateaus. Kapitalismus und Schizophrenie 2*. Berlin: Merve.
- Deleuze, G., 1992: *Differenz und Wiederholung*. München: Fink.
- Demirovic, A., 2008: Leidenschaft und Wahrheit. Für einen neuen Modus der Kritik. S. 9-40 in: A. Demirovic (Hrsg.), *Kritik und Materialität*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Franke, U. & U. Roos, 2010: Rekonstruktionslogische Forschungsansätze. S. 285-303 in: C. Masala, F. Sauer & A. Wilhelm (Hrsg.), *Handbuch der Internationalen Politik*. Wiesbaden: VS.
- Funke, P. N., 2012: The Global Social Forum Rhizome: A Theoretical Framework. *Globalizations* 9 (3), 351-364.
- Grzybowski, C. 2006: The World Social Forum: Reinventing Global Politics. *Global Governance* 12 (1), 7-13.
- Härlin, D., 2008: Intellektuelle in Bewegung? Der Aufruf von Bamako und die Raum-Akteur-Debatte auf dem Weltsozialforum. S. 126-137 in: Ch. Haug, R. Maier & B. Schröder (Hrsg.), *Kampf um Teilhabe. Akteure – Orte – Strategien*. Hamburg: VSA.
- Held, D., 1997: *Democracy and the Global Order. From the Modern State to Cosmopolitan Governance*. Cambridge: Polity Press.
- Held, D., 2005: Principles of Cosmopolitan Order. S. 10-27 in: G. Brock & H. Brighouse (Hrsg.), *The Political Philosophy of Cosmopolitanism*. Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Krätke, M. R., 2013: Boom – Blase – Crash: Fünf Jahre nach Lehman und vor Transatlantien. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 58 (9), 53-60.
- Kuckartz, U., 2004: QDA-Software im Methodendiskurs: Geschichte, Potenziale, Effekte. S. 11-26 in: U. Kuckartz, H. Grunenberg & A. Lauterbach (Hrsg.), *Qualitative Datenanalyse: Computergestützt*. Wiesbaden: VS.

- Long, A. A., 2008: The Concept of the Cosmopolitan in Greek & Roman Thought. *Dædelus* 137 (3), 50-58.
- Mayring, P., 2010: *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*. 11. Auflage. Weinheim: Beltz.
- Meyer, J. W., (Hrsg.) 2005: *Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Müller, T., 2013: Ist das Weltsozialforum noch zeitgemäß? Abrufbar unter: <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=wu&dig=2013%2F03%2F27%2Fa0080&cHash=195823bc8c628ff5d4d5844c9c2a354c> (Zugriff am 19.08.2014).
- Nagel, T., 2010: Das Problem globaler Gerechtigkeit. S. 104-145 in: C. Broszies & H. Hahn (Hrsg.), *Globale Gerechtigkeit. Schlüsseltexte zur Debatte zwischen Partikularismus und Kosmopolitismus*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Negri, A., 2005: *The Politics of Subversion: A Manifesto for the Twenty-First Century*. Cambridge: Polity.
- Patomäki, H. & T. Teivainen, 2004: The World Social Forum: An Open Space or a Movement of Movements? *Theory, Culture & Society* 21 (6), 145–154.
- Peters, B. 2000: Normative Theorien und soziale Empirie. S. 274-298 in: S. Müller-Doohm (Hrsg.), *Das Interesse der Vernunft. Rückblicke auf das Werk von Jürgen Habermas seit „Erkenntnis und Interesse“*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Ponniah, T., 2011: The Space as Actor. The Form and Content of the Social Forum Process. S. 378-396 in: J. Smith, E. Reese, S. Byrd & E. Smythe (Hrsg.), *Handbook on World Social Forum Activism*. Boulder, CO: Paradigm Publishers.
- Post, R., 2006: Introduction. S. 1-9 in: S. Benhabib (Hrsg.), *Another Cosmopolitanism*. Oxford: Oxford Univ. Press.
- Rucht, D., 2011: Social Forums as Public Stage and Infrastructure of Global Justice Movements. S. 11-28 in: J. Smith, E. Reese, S. Byrd & E. Smythe (Hrsg.), *Handbook on World Social Forum Activism*. Boulder, CO: Paradigm Publishers.
- Sen, J., 2007: The World Social Forum as an emergent learning process. *Future* 39 (5), 505-522.
- Smith, P. & E. Smythe, 2011: (In)Fertile Ground? Social Activism in Its Regional and Local Dimensions. S. In: Smith, Jackie/Reese, Ellen/Byrd, Scott/Smythe, Elizabeth (Hrsg.), *Handbook on World Social Forum Activism*. Boulder, CO: Paradigm Publishers, 29–49.
- Sutch, P., 2012: Human Rights and the Use of Force: Assertive Liberalism and Just War. *European Journal of Political Theory* 11 (2), 172-190.

- Teivainen, T., 2002: The World Social Forum and Global Democratisation: Learning from Porto Alegre. *Third World Quarterly* 23 (4), 621-632.
- Thoburn, N., 2012: Minor Politics, Territory and Occupy. *Mute*, 3 (3). Abrufbar unter: <http://www.metamute.org/editorial/articles/minor-politics-territory-and-occupy> (Zugriff am 19.08.2014).
- Weltsozialforum (2001): Charta der Prinzipien. Abrufbar unter: http://weltsozialforum.org/_wdss_/prinzipien/index.html (Zugriff am 19.08.2014).
- Weltsozialforum (2005): Abschlussbericht 2005. Abrufbar unter: http://weltsozialforum.org/_wdss_/2005/2005.wsf.1/2005.wsf.erklaerung/index.html (Zugriff am 19.08.2014).
- Weltsozialforum (2011): Abschlussbericht 2011. Abrufbar unter: http://weltsozialforum.org/_wdss_/2011/2011.wsf.erklaerung/index.html (Zugriff am 19.08.2014).
- WSF Programm 2013: Programm. Abrufbar unter: <http://weltsozialforum.org/2013/2013.wsf.2/index.html> (Zugriff am 19.08.2014).

Janosik Herder

studierte im Master Politikwissenschaft an der Universität Bremen. Seit September 2015 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachgebiet Politische Theorie an der Universität Osnabrück. Seine Masterarbeit ist eine Genealogie des Konzepts der sozialen Bewegung. Weitere Interessen umfassen moderne politische Theorie, Poststrukturalismus und Netzpolitik. Er ist Mitglied im Vorstand der Arbeitsgruppe „Politische Theorie“ in der Deutschen Nachwuchsgesellschaft für Politik- und Sozialwissenschaft (DNGPS).

Kontakt: jherder@posteo.de

Stefan Wallaschek

studierte im Master Politikwissenschaft an der Universität Bremen und schrieb seine Masterarbeit über Kosmopolitismus in der Öffentlichkeit. Seit September 2014 ist er Doktorand an der Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS). Seine Forschungsinteressen sind moderne politischer Theorie, Öffentlichkeits- und Europaforschung sowie qualitative Methoden. Er ist im Beirat der Deutschen Nachwuchsgesellschaft für Politik- und Sozialwissenschaft sowie Mitglied der Arbeitsgruppe „Politische Theorie“ in der DNGPS.

Kontakt: wallaschek@bigsss.uni-bremen.de

(Warum) Vertrauen wir Politikern?

Die empirische Überprüfung individueller und kontextueller Determinanten des Vertrauens in politische Repräsentanten

Michael Angenendt und Johannes Schmitt

Abstract

Im Zuge der turbulenten Entwicklungen an den europäischen Finanzmärkten wurde im medialen Diskurs zunehmend auch eine politische Vertrauenskrise thematisiert (bspw. Nelles 2010 auf Spiegel Online). Aus der Perspektive eines liberalen Politikverständnisses ist dies allerdings wenig verwunderlich, steht doch der einzelne Bürger einem ganzen Staatsapparat gegenüber. Misstrauen scheint demnach gerechtfertigt, da Politiker die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen auch zur Realisierung ihrer eigenen Interessen, statt im Sinne ihrer Wähler, verwenden können. Aus dieser Problemstellung leitet sich die Forschungsfrage ab: Warum sollten Bürger ihren Politikern vertrauen?

Zur Beantwortung wird zunächst mit Hilfe einer spieltheoretischen Konzeptualisierung der Vertrauensbegriff näher definiert und das Vertrauensproblem aus Sicht der Rational-Choice-Theorie dargestellt. Dabei zeigt sich, dass ohne eine Modifikation des Modells ein Vertrauensbruch die dominante Strategie der Akteure ist. Anschließend werden in der theoretischen Diskussion zwei unterschiedliche Lösungsansätze aufgezeigt: Das Vertrauensdilemma könnte einerseits durch institutionelle bzw. extrinsische Anreize (Vetospieler, Wahlsystem) oder andererseits durch intrinsische Faktoren (generalisiertes Vertrauen) gelöst werden. Abschließend werden die unterschiedlichen Hypothesen mittels Mehrebenenanalyse empirisch überprüft. Hierbei zeigt sich, dass ein generalisiertes Vertrauen auf Individualebene eine wesentlich höhere (statistische) Erklärungskraft hat als das institutionelle Design demokratischer Systeme.

Brauchen wir vertrauenswürdige Repräsentanten?¹

„Vertrauen, bitte! Unsere Politiker sind besser als ihr Ruf“, fordert die Journalistin Fietz (2012) in ihrer Kolumne auf Focus Online, während Bundestagspräsident Lammert feststellt: „Demokratie braucht auch Vertrauen, sie gründet [...] auf dem Vertrauen in ihre Repräsentanten. Ein auf Dauer gesetztes Misstrauen zerstört nicht nur jede persönliche Beziehung, sondern macht auch die Wahrnehmung öffentlicher Ämter unmöglich“ (vgl. Lammert 2012, zitiert nach Süddeutsche Online). Die Zitate aus Politik und Medien zeigen beispielhaft eine Thematik auf, die auch schon seit längerem in der sozialwissenschaftlichen Forschung diskutiert wird: Die Bedeutung von Vertrauen für eine demokratische Gesellschaft (vgl. u.a. Schmalz-Bruns 2002: 9; Schweer 2003: 323). Dem Begriff des Vertrauens werden dabei meist positive Eigenschaften für die Kooperationsbereitschaft der Bürger untereinander sowie gegenüber ihren Repräsentanten zugesprochen. Das Vertrauensniveau der Bürger in ihre politischen Stellvertreter lässt sich somit als Potenzial bzw. gesellschaftliche Ressource verstehen, mit der soziale, wirtschaftliche und politische Krisen leichter überwunden werden können als in der Abwesenheit politischen Vertrauens. Charakteristisch für Situationen, in denen es Vertrauen bedarf, ist aus soziologischer Perspektive, dass diese nicht unmittelbar durch denjenigen kontrolliert werden können, der an eine oder mehrere Personen sein Vertrauen vergibt. Nach Bernd Lahno (2002: 50f.) entsteht dadurch ein Vertrauensproblem, das immer dann auftritt, wenn

„[...] die Folgen der Handlungsentscheidungen eines Akteurs von den Entscheidungen eines zweiten Akteurs abhängig sind“. Da die Person, die das Vertrauen vergibt, „die Entscheidungen des zweiten nicht unmittelbar kontrollieren kann, handelt es sich um Situationen der Entscheidung in Unsicherheit. Der Vertrauende in einem Vertrau-

¹ Unser besonderer Dank gilt Herrn Prof. Michael Baurmann und Dr. Tilo Beckers, die uns in ihren Seminaren das notwendige theoretische und methodische Werkzeug vermittelten. Ebenso gilt unser Dank Stefan Walfort, der aufmerksam frühe Versionen unseres Aufsatzes Korrektur las sowie Martin Weweler, der in vorausgegangenen gemeinsamen Projekten wichtige Impulse und Ideen für unseren Aufsatz lieferte.

ensproblem macht sich durch die Wahl einer Vertrauenshandlung letztlich, denn der Adressat seines Vertrauens besitzt Handlungsoptionen, bei deren Wahl dem Vertrauenden ein vermeidbarer Schaden entsteht“ (ebd.).

Das Vertrauensproblem zwischen Bürger und Staat hat dabei aufgrund der Asymmetrie in den Ressourcen der Akteure eine relevante und prägende Besonderheit: Auf der einen Seite ein einzelner Bürger, auf der anderen Seite ein Staatsapparat inklusive Polizei, Militär und Geheimdienst. Scheinbar logisch schlussfolgern liberale Theoretiker wie Russell Hardin (1999: 23) im Gegensatz zu den oben aufgeführten Zitaten: „Among the core understandings of liberalism is that citizens should distrust and be wary of government“. Dieses Vertrauensproblem führt zu der entscheidenden Frage: Warum vertrauen Bürger in Demokratien ihren gewählten Repräsentanten?

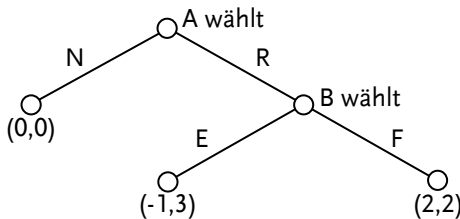
Zur Beantwortung der genannten Forschungsfrage soll im Folgenden zunächst aus theoretischer Perspektive in Anlehnung an Geoffrey Brennan (1998) davon ausgegangen werden, dass sich sowohl extrinsische als auch intrinsische Anreize identifizieren lassen müssen, damit von einer rationalen Vertrauensvergabe gesprochen werden kann. Kritisch wird dabei insbesondere auf die von der Public Choice Theorie betonte Fixierung auf extrinsische Anreize eingegangen und die Bedeutung persönlicher Vertrauenswürdigkeit innerhalb eines rationalen Erklärungsansatzes aufgezeigt (vgl. dazu ausführlich Brennan & Hamlin 1999; 2000)². Anschließend werden die abgeleiteten Hypothesen mittels Mehrebenenanalyse einer empirischen Prüfung unterzogen, wobei sich die aufgestellte Hypothese vorläufig verifizieren lässt, dass ein generalisiertes Vertrauen unter den Mitgliedern einer Gesellschaft einen positiven Effekt auf das Vertrauen in Politiker ausübt. Zusätzlich lässt sich auch ein schwacher, positiver Effekt der Anzahl der Vetospieler in den politischen Systemen identifizieren.

² Einen Überblick des deutschen und internationalen Forschungsstandes zu ökonomischen Theorien der Politik bietet Holzinger 2009.

Das Dilemma des Vertrauens

Die Merkmale eines typischen Vertrauensproblems sollen zunächst über die charakterisierende Interaktionssituation mit ihren spezifischen Handlungsanreizen und -risiken für den Vertrauensgeber und Vertrauensnehmer spieltheoretisch dargestellt werden. Zur Veranschaulichung wird hierfür ein sog. 'Entscheidungsbaum' verwendet (vgl. u.a. Brennan 1998):

Abb 1: Das Vertrauensproblem³



Quelle: Eigene Darstellung nach Brennan 1998: 201

Die Abbildung verdeutlicht die für den Vertrauensgeber- und -nehmer in einer typischen Vertrauenssituation existierenden Handlungsanreize. So birgt eine erfolgreiche Vertrauensvergabe für beide Akteure eine Verbesserung ihrer Situation im Vergleich zum Status Quo: Beide erhalten zwei statt null Nutzeneinheiten. Kennzeichnend ist zudem, dass der Vertrauensgeber im Falle eines Missbrauchs durch den Vertrauensnehmer einen geringeren Nutzen erhält als beim Unterlassen der Vertrauensvergabe. Akteur A hat demnach die Chance seine Situation im Vergleich zum Status Quo zu verbessern, jedoch mit der Gefahr, bei einem Vertrauensmissbrauch durch B seine Situation zu verschlechtern. Der Vertrauensgeber wird also aus Sicht der Rational Choice Theorie

³ Die Zahl vor dem Komma entspricht dem Nutzenwert für Person A, hinter dem Komma für Person B. Entscheidend sind hier nicht die Werte als solche, sondern lediglich die Annahme, dass eine höhere Zahl symbolisch für einen höheren Nutzen des Akteurs steht.

sein Vertrauen nur dann aussprechen, wenn er sich sicher genug ist, dass der andere Akteur dieses nicht missbraucht und er in seinem Sinn handeln wird (vgl. Brennan 1998: 198ff.). Im Folgenden wird dementsprechend die Definition von Vertrauen, wie sie Pettit (1998: 296) formuliert hat, verwendet werden:

„It (Anm. des Verfassers: trust) may be used in relation to relying on people or on things, for example, to act in a certain way or just to be of certain sort” (Pettit 1998: 296).

Der Akt des Vertrauens ist also die positive Abwägung von Annahmen eines Akteurs über das zukünftige Verhalten eines anderen Akteurs. Das *Vertrauensproblem* stellt sich unter den Annahmen eines ausschließlich eigennutzorientierten homo oeconomicus, der als handlungstheoretische Grundlage der Rational Choice dient, allerdings als *Vertrauensdilemma* dar. Unter den getroffenen Annahmen würde der Vertrauensnehmer immer das Vertrauen missbrauchen, weil dies den größeren Nutzen für ihn selbst birgt. Unter der Annahme vollständiger Information würde ein potenzieller Vertrauensgeber dann jedoch bereits im Vorfeld misstrauen, um künftigen Schaden von sich abzuwenden. Spieltheoretisch ausgedrückt bildet somit Defektion die dominante Strategie. Beide Akteure verhindern dabei durch ihr individuell rationales Verhalten das Erreichen des Pareto Optimums, des größten gemeinsamen Nutzens durch eine erfolgreiche Vertrauensvergabe.

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser?

Um erklären zu können, warum trotz der Annahme eigeninteressierter Akteure eine Kooperation zustande kommen kann, verweist insbesondere die Public Choice Theorie auf die Bedeutung extrinsischer Anreize zur Lösung des Dilemmas. Eine wirksame Kontrolle gewählter Politiker durch geschickt angeordnete Kontrollinstanzen, wie z.B. in Deutschland den Bundesrat als zweite Kammer oder das Bundesverfassungsgericht, sollen durch ggf. wirksame Sanktionen (Vetorecht, Feststellung der Unrechtmäßigkeit bestimmter Gesetze mit dem Inhalt der Verfassung) einen Machtmissbrauch und den damit verbundenen Vertrauensbruch verhindern. Aus der Perspektive des homo oeconomicus, so lässt sich argumentieren, dient die Gewaltenteilung in demokratischen Systemen dazu, dass die Akteure innerhalb der Legislative, Judikative und Exekutive aus reinem Eigeninteresse darauf achtgeben werden, die Macht der

jeweils anderen Akteure nicht zu groß werden zu lassen, wodurch eine Monopolisierung politischer Macht wirksam verhindert werden soll (vgl. u.a. Weingast 1997). In Bezug auf die Ausgestaltung konkreter politischer Institutionen ist dabei die Anordnung der Delegationsbeziehungen von besonderer Bedeutung, damit der politische Auftrag des Bürgers durch den Politiker möglichst unverfälscht umgesetzt wird (vgl. Strøm 2000: 266).

Da der Bürger jedoch nicht vollständig über die Absichten der jeweiligen Politiker informiert ist („hidden information“) und zudem nicht alle Handlungen der Politiker kontrollieren kann („hidden action“), ist es notwendig, durch den Wahlmechanismus den Bürgern eine effektive Sanktionsdrohung gegenüber unliebsamen Politikern zur Verfügung zu stellen (ebd.: 269). Um *ex post* Handlungsweisen von Politikern zu vermeiden, die den Interessen der Bürger schaden könnten, besteht daher die Notwendigkeit des „monitoring and reporting“ (Strøm 2000: 271; Mitchell 2000: 339; McCubbins & Schwartz 1984), worunter sich die Vielzahl der Kontrollmechanismen subsumieren lässt, die den Bürger über die Handlungen der Politiker informieren sollen. Bezogen auf die Fragestellung dieses Aufsatzes lässt sich demnach ableiten, dass die Effektivität und Effizienz der Delegationsbeziehungen zwischen Bürgern und Parlamentariern ebenso wie die Gestaltung des Wahlmechanismus einen Effekt auf das erfolgreiche Eingehen einer wechselseitigen Vertrauensbeziehung zwischen Bürger und Politiker haben sollten: Effiziente Auswahl- und Sanktionsmöglichkeiten der Bürger verhindern die Gefahr eines Machtmissbrauchs der Politiker durch extrinsisch wirkende Anreize wie wechselseitige Kontrollen der politischen Akteure untereinander und dem Wunsch nach Wiederwahl. *Unpersönliches Vertrauen* in die Konzeption und Wirksamkeit demokratischer Institutionen ist somit aus Sicht der Public Choice Theorie der Schlüsselbegriff zur Lösung des skizzierten Vertrauensproblems.

Um *ex ante* die Auswahl vertrauenswürdiger Repräsentanten zu gewährleisten misst Paul Mitchell (2000) der Gestaltung des Wahlsystems eine besondere Bedeutung zu: „[Different] electoral institutions may provide voters with different means to attempt to control their representatives“ (Mitchell 2000: 336f.). Zwar weist Mitchell auf die kontrovers geführte Diskussion in der Literatur hin, ob und inwieweit Wahlsysteme über-

haupt einen Einfluss auf das Maß an Vertrauen nehmen können, doch resümiert er: „[...] some electoral laws have *fairly* predictable consequences“ (ebd.: 336).

Je stärker nämlich die Erlangung eines Parlamentssitzes für einen Kandidaten von der Gunst der eigenen Partei abhängt, desto eher wird er sich nicht dem eigentlichen Auftraggeber – dem Bürger – verantwortlich fühlen, sondern versuchen, im innerparteilichen Wettbewerb einen möglichst hohen Listenplatz zu erlangen: „The rational candidate should focus her attentions on whichever level of the party determines list placement“ (ebd.: 347). In „party-centred systems“ (ebd.), wie beispielsweise Deutschland, kann dies dazu führen, dass Politiker 'über die Hintertür' noch ins Parlament einziehen, da sie im innerparteilichen Wettkampf einen hohen Listenplatz erlangt haben. Die Sanktionsmacht des Bürgers unliebsame Abgeordnete effektiv aus dem Parlament zu verbannen ist folglich geringer als in sogenannten „intermediate systems“. In England z.B. ist es nicht möglich, einen Parlamentssitz zu bekommen, wenn man in seinem Wahlkreis keine Mehrheit erlangt hat. Auch prominente Politiker verlieren demnach ihren Sitz, wenn sie nicht genügend Rückhalt im eigenen Wahlkreis mobilisieren können.

Ein rationaler Politiker wird sich folglich mehr um die Belange seines eigentlichen Auftraggebers – dem Wähler – kümmern (ebd.: 343f.). Ableiten lässt sich hieraus, dass institutionelle Arrangements vor allem dann einen Vertrauensmissbrauch verhindern sollten, wenn die Interessen von Politikern und Bürgern möglichst deckungsgleich sind⁴. Dies erfolgt umso eher, je mehr der Erfolg des Parlamentariers unmittelbar vom Votum des Bürgers beeinflusst werden kann, da der Kandidat so in die Situation gebracht wird, eine erfolgreiche Reputation im Wahlkreis aufbauen zu müssen, statt in der eigenen Partei. Theoretisch tritt dies laut Mitchell (ebd.: 342) am ehesten dort auf, wo das Wahlsystem den Bürgern erlaubt zu kumulieren und zu panaschieren (vgl. dazu auch Gabriel & Holtmann 2004: 433).

⁴ Mitchell spricht diesbezüglich von „incentive compatibility“ (2000: 348).

Faktisch lässt sich dieses Wahlsystem auf nationaler Ebene jedoch bisher nicht vorfinden. Für die anschließende empirische Analyse folgt daraus, dass in Staaten mit einem reinen Mehrheitswahlrecht das Vertrauen der Bürger ins nationale Parlament höher sein sollte als in Ländern mit Mischwahlsystem. Da allerdings in Letzteren noch die Möglichkeit besteht, zumindest in Teilen zwischen Kandidaten aus dem eigenen Wahlkreis zu wählen, sollte sich in diesen Ländern ebenfalls ein positiverer Effekt auf das Vertrauen ergeben als in Ländern mit reiner Listenwahl. Dort besteht schließlich keine Möglichkeit der direkten Auswahl einzelner Parlamentarier durch den Bürger. Vielmehr treten dort neben dem Bürger die jeweiligen nationalen Parteien als weitere Akteure auf und entscheiden über die Zusammensetzung der Kandidaten auf der jeweiligen Parteiliste. Letztlich lässt sich daher folgende Hypothese aufstellen:

H1: Je stärker in einem Land Elemente des Mehrheitswahlrechts verwirklicht sind, desto größer wird das Vertrauen des Bürgers in Politiker sein.

Wie gut diese Maßnahmen insgesamt geeignet sind, die Handlungen der Politiker *ex post* an den Willen der Bürger zu binden, hängt dabei besonders davon ab, wie die unterschiedlichen „Delegationsstränge“⁵ zueinander in Beziehung stehen. Mit Blick auf demokratische Systeme konstatiert Strøm (2000: 269), dass sich parlamentarische Systeme im Gegensatz zu präsidentiellen idealtypisch durch das Fehlen sich überschneidender Verantwortlichkeiten kennzeichnen („singularity principle“; Strøm 2000: 369) und dadurch der Wettbewerb gewählter Repräsentanten untereinander potenziell eingeschränkt wird: Der Wähler delegiert seine Stimme an das Parlament, das im Anschluss die Regierung wählt, deren einzelne Minister wiederum Anweisungen an ihre Ministerien geben (ebd.). Dieser Strang lässt sich schließlich weiterführen, indem der einzelne Minister Weisungen an einen Staatssekretär vergibt, der diese wiederum an den Ressortleiter weiterreicht usw.⁶ Im

⁵ Im engl. Original der „chain of delegation“ (Strøm 2000: 266)

⁶ Das Prinzip der Delegationskette kennt man aus dem 'Stille Post'-Spiel: Der Letzte soll schließlich möglichst unverfälscht das wiedergeben, was der Erste tatsächlich gesagt bzw. gewollt hat.

präsidentiellen System hingegen beauftragt der Wähler mehrere um die Gunst des Wählers konkurrierende Institutionen. Strøm (2000: 279) weist jedoch mit Blick auf die Aussagen Tsebelis (1995) daraufhin, dass in parlamentarischen Mehrparteienregierungen die wechselseitige Kontrolle zwischen den Koalitionsparteien vergleichbar sei mit der Kontrolle des Präsidenten durch den Kongress im präsidentiellen System. So ist für Tsebelis (1995, 2002) vor allem die Zahl der Vetospieler von Bedeutung, also derjenigen Akteure, die durch institutionelle Regelungen in die Position versetzt werden, eine bestimmte politische Entscheidung blockieren zu können. Strøms idealtypische Sichtweise von parlamentarischen Systemen (2000: 269) übersieht nämlich beispielsweise die Einrichtung zweiter Kammern wie in Deutschland dem Bundesrat.

Folgt man der Annahme, dass Transparenz eine notwendige Bedingung ist, um als Bürger das Verhalten des Politikers beurteilen und bewerten zu können (Strøm 2000: 277f.), sollte somit eine starke wechselseitige Kontrolle der politischen Institutionen mehr potenzielle Informationen für den Bürger zur Verfügung stellen. Die Repräsentanten werden nämlich im Wettbewerb um die Gunst des Wählers versuchen, diesen durch Informationen von der Überlegenheit ihrer politischen Programme zu überzeugen⁷. Des Weiteren sollte eine höhere Anzahl an Vetospielern dazu führen, das von Strøm (2000: 277) beklagte Problem einzudämmen, dass durch eine „einfache Delegationskette“ politische Fehlentscheidungen zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr revidiert werden können. Die geringere Wahrscheinlichkeit von politischen Fehlentscheidungen sowie vermehrte Informationen über die politischen Akteure sollten demnach die Entstehung von rationalem Vertrauen in die gewählten Repräsentanten begünstigen. Modelltheoretisch drückt sich dies darin aus, dass die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Vertrauensvergabe zunehmen sollte. Dies führt zu folgender Hypothese:

H2: Je größer die Anzahl der Vetospieler, desto größer ist das Vertrauen der Bürger in ihre Politiker.

⁷ Dies ist die optimistische Sichtweise. Denkbar wäre nicht nur eine Überzeugung des Bürgers durch Informationen sondern, vor allem unter den restriktiven Annahmen des homo oeconomicus, denen die Public Choice Theorie verhaftet bleibt, eine Diskreditierung des politischen Gegners.

Der Stellenwert persönlicher Vertrauenswürdigkeit

Bei näherer Betrachtung der Struktur von Institutionen, welche die Präferenzen der Akteure verändern, scheint der Verweis auf ausschließlich extrinsisch wirkende Anreize als nicht ausreichend. Der Verweis, dass Personen aufgrund institutioneller Kontrollen normorientiert handeln, verschiebt die Frage nur auf die Person, die diese Kontrolle auch tatsächlich wirksam werden lässt. Wenn ein politischer Akteur A demnach normorientiert handelt, weil ein anderer Akteur B ihn kontrolliert, dann stellt sich die Frage, warum ein rationaler Nutzenmaximierer B ein Interesse an der Normbefolgung von A hat und diese auch tatsächlich versucht wirksam umzusetzen. Der Verweis auf eine Norm, die ihm dieses Verhalten wiederum gebietet, ist dann insofern nicht zielführend, da es mindestens einen Akteur geben muss, durch dessen Willen eine Norm erst entstehen kann. Die Gründe für den Willen der Normentstehung auf die Norm selbst zurückzuführen ist dann allerdings zirkulär. Bekannt ist diesbezüglich die Frage, wer denn letztlich die Kontrolleure kontrolliere (vgl. u.a. Eckenrod et al. 1976). Da Menschen als Subjekte aktiv handeln und nicht nur passive Vollstrecker von unabhängig der menschlichen Interessen existierenden Normen sind, sollte die Erklärung menschlichen Handelns letztlich auch in der Lage sein, handelnde Menschen und deren Motive zu identifizieren⁸. Schließlich besitzen politische Kontrollinstitutionen, wie der Bundesrat und das Bundesverfassungsgericht, die Eigenschaft, als solche prinzipiell unselbstständig und unvollständig zu sein (Baumann 2002: 109f.).

So kann ein Regelwerk nicht alle künftig möglichen Entscheidungsmomente abdecken. In der Zukunft können neue unerwartete Situationen entstehen, die nicht explizit geregelt wurden. Kann die Reglementierung also ex ante nicht vollständig sein, bleibt ein Entscheidungs- bzw. Ermessensspielraum vorhanden, in dem die Akteure innerhalb der Insti-

⁸ Wenn daher in diesem Aufsatz von einer Norm gesprochen wird, dann ist damit der sich auf das Verhalten einer anderen Person richtende Wille einer Person gemeint. Durch diesen Definitionsvorschlag wird verdeutlicht, dass letztlich handelnde Personen für die Entstehung von Normen ursächlich verantwortlich sind und diese somit auch identifiziert werden müssen (vgl. zur Diskussion auch Baumann 1996: 60ff.).

tutionen agieren können. Fehlten in diesen Situationen extrinsische Anreize zur Vertrauens Erfüllung, würde ein rationaler Nutzenmaximierer in seinem Sinne versuchen Vorteile zu generieren. Ein gewisses Maß an intrinsischer Motivation scheint in diesem Fall unerlässlich für das Vertrauen (Baurmann 2002: 109f.; vgl. auch Zintl 2000)⁹. Darauf aufbauend stellt Offe (2001: 274ff.) fest, dass Regelwerke einem Prozess unterliegen sowie von Akteuren interpretiert und ausgelegt werden. Würden Akteure nur aufgrund von institutionellen Regeln das Vertrauen erfüllen, wäre diese Situation instabil, da die Akteure probieren würden, die institutionellen Regeln zu unterlaufen oder in ihrem Sinne auszulegen.

Baurmann (2002) zeigt in seiner folgenden Argumentation auf, dass institutionelle Regeln trotzdem eine zentrale Rolle in der Vertrauenssituation einnehmen können: *Auswahlmechanismen* können zur Rekrutierung besonders vertrauenswürdiger Menschen für die Institution (bzw. deren Positionen) führen, beispielsweise mittels Eignungstests oder Wahlen. Auch können einzelne Positionen in den Befugnissen limitiert werden, so dass sich kein nennenswerter Nutzen für extrinsisch motivierte Akteure entwickeln kann. *Allokationsmechanismen* können dagegen den Einsatz vertrauenswürdiger Menschen in entscheidenden Positionen innerhalb der Institutionen, in einen hohen Ermessensspielraum benötigende Positionen oder in Kontrollfunktionen mit Sanktionsgewalt erwirken. Letztlich können auch *Verstärkungsmechanismen* zu einem Vertrauenswürdigkeit statt Opportunismus fördernden Belohnungssystem führen, beispielsweise indem Kosten für das gewünschte Handeln gesenkt werden (vgl. Baurmann 2002: 112f.).

Möchte man nun die Annahme rationalen Handelns nicht gänzlich aufgeben, hängt die Beantwortung der Forschungsfrage davon ab, ob ein Bürger letztlich davon ausgeht, dass die Parlamentarier seines Landes

⁹ Offe (2001: 275) merkt zu diesem Punkt ebenfalls an, dass „[...] institutionelle Regeln [...] nie 'flächendeckend' gelten“. In institutionellen Regelwerken gibt es immer die Möglichkeit, diese zu unterlaufen, um eigene Vorteile zu erwirtschaften. Entscheidungen nehmen unvermeidlich eine bedeutende Rolle ein, da Regeln kontextabhängig und unvollkommen sind (vgl. Offe 2001: 275), d.h., dass diskretionäre Entscheidungen der Akteure als unverzichtbar angesehen werden können.

genügend intrinsische Motivation besitzen, auch bei Abwesenheit extrinsischer Anreize sein Vertrauen nicht zu missbrauchen. Um zu einer rationalen Beurteilung über das Ausmaß der intrinsischen Motivation Dritter zu gelangen ist die subjektive Einschätzung des Bürgers über die Charaktereigenschaften einer hinreichend großen Anzahl weiterer Gesellschaftsmitglieder zentral. Hierbei stellt sich jedoch die Frage, ob Personen überhaupt in der Lage sind, andere Personen objektiv einschätzen zu können (vgl. Frank 1992: 101-116; Brennan 1998: 204; Bacharach & Gambetta 2001). Während dies in der Literatur teils skeptisch beurteilt wird (vgl. u.a. Elster 2007: 178ff.), sprechen andere Autoren metaphorisch verklausuliert von einem „quasi-statistischen Organ“ (Noelle-Neumann 1980), das es uns ermöglicht bspw. eine Einschätzung über Annahmen dritter, uns unbekannter Personen, zu entwickeln. Gemäß der verwendeten Definition rationalen Handelns, so wie sie bspw. Jon Elster (2007: 191) vertritt, wäre die Einschätzung eines Individuums über die Motive und Absichten dritter insoweit rational, als dass sie aus einer optimalen Informationssuche resultiert und den täglichen Erfahrungen des Individuums im Umgang mit ihm unbekanntem Gesellschaftsmitgliedern nicht widerspricht. Da die Frage nach den Gründen rationalen Vertrauens eines Akteurs nur aufgrund seiner *subjektiven* Überzeugungen zu beantworten ist, gilt es demnach in der folgenden empirischen Analyse auch eben diese subjektiven Überzeugungen zu erfassen und in Bezug zu den jeweils länderspezifischen Delegations- und Auswahlverfahren zu setzen.

Wenn die Einschätzung eines Akteurs über die intrinsische Motivation von politischen Repräsentanten davon abhängt, ob er Ihnen unterstellt seine Interessen angemessen zu berücksichtigen, dann geht dies mit der Annahme einher, dass Personen auch außerhalb instrumenteller Reziprozität in engen Bezugsgruppen in der Lage sind, sich nicht konsequent opportunistisch zu verhalten: Die subjektive Annahme, dass die meisten anderen Individuen bereit sein werden mein Vertrauen zu erfüllen, sollte eine wesentliche Voraussetzung dafür sein, auch politischen Institutionen und den darin befindlichen Repräsentanten zu vertrauen, dass politische Macht nicht missbraucht wird. Ein „horizontales Vertrauen“ zwischen den Bürgern sollte folglich auch zu einem „vertikalen Vertrauen“ in politische Repräsentanten führen (vgl.

Morgenstern 2010: 901) Ein generalisiertes Vertrauen aufgrund der positiven Erfahrung mit heterogenen gesellschaftlichen Gruppen und deren wechselseitige Akzeptanz (vgl. Baumann 2007) wird daher als einflussreiche Hypothese zur Erklärung des Explanandums betrachtet. Die Grundlage dieses generalisierten Vertrauens fußt allerdings auf einer Anzahl von persönlichen Erfahrungen mit konkreten Menschen, deren Aussagen als verlässlich eingeschätzt werden und denen Anerkennung und persönlicher Respekt gezollt wird (Baumann & Brennan 2009). Diese Erfahrung muss sich dabei nicht unbedingt auf den konkret gewählten Politiker beziehen, so wie es die Sichtweise von Mitchell (2000) impliziert, sondern auf eine Person die als glaubwürdiger Vertreter eben dieser Gruppe wahrgenommen wird. Auch wenn dem Wähler die konkreten Kandidaten oft unbekannt sind, beruht das Vertrauen in das angemessene Verhalten eben dieser Personen doch darin, dass der Wähler persönliche Erfahrungen mit Menschen gemacht hat, die er als Vertreter dieser (politischen) Gruppe identifiziert und denen er auf der Grundlage seines eigenen Urteils vertraut (Lahno 2002: 387). Folgende Hypothese lässt sich somit ableiten:

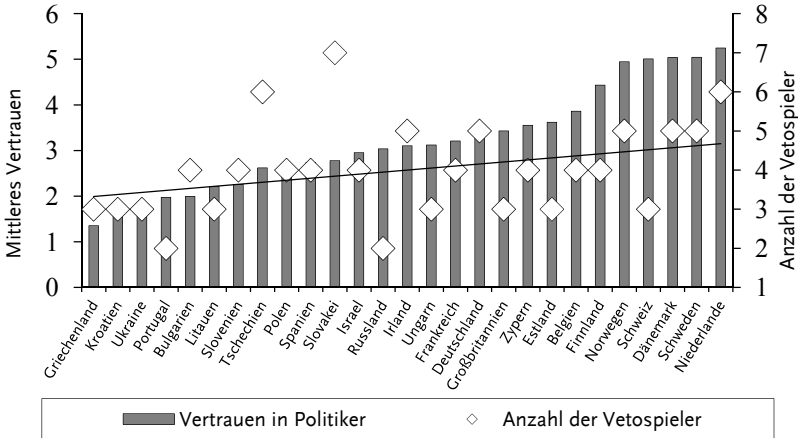
H3: Je stärker das generalisierte Vertrauen einer Person ausgeprägt ist, desto stärker wird sie Politikern vertrauen.

Empirische Ergebnisse

Um die deduzierten Hypothesen zu testen, wurde auf die Umfrage des „European Social Survey“ von 2010 (kurz: ESS) zurückgegriffen, die die Analyse von 27 Ländern ermöglicht. Weiterhin wurden die Kontextmerkmale mit dem Datensatz „Quality of Government“ (kurz: QoG; vgl. Teorell et. al. 2011) operationalisiert. Bei der näheren Betrachtung der Hypothesen wird deutlich, dass die unabhängigen Variablen sowohl auf Individual- als auch Länderebene liegen, während das zu erklärende Merkmal wiederum auf der Mikroebene zu finden ist. Um diese theoretischen Annahmen in einem statistischen Modell korrekt, also frei von möglichen Verzerrungen, schätzen zu können, wird eine Mehrebenenanalyse notwendig. Um neben der theoretischen auch die

statistische Erfordernis dieses Ansatzes zu klären, soll zunächst ein deskriptiver Überblick über die abhängige Variable (Vertrauen in Politiker¹⁰) gegeben werden:

Abb. 2: Verteilung des mittleren Vertrauens und der Anzahl der Vetospieler¹¹



Quelle: Eigene Darstellung

In der Abbildung zwei zeigt sich, dass das mittlere Vertrauen über die Länder des ESS stark variiert. So ist das durchschnittliche Vertrauen in skandinavischen Ländern wie Schweden und Dänemark mit einem Wert von über fünf relativ hoch, während Griechenland (1,35) den geringsten Wert aufweist. Gleichzeitig wird in der Darstellung deutlich, dass sich die Anzahl der Vetospieler ebenfalls in den beobachteten Ländern stark unterscheidet. Bei genauerer Betrachtung der aggregierten Ebene fallen sowohl Fälle auf, die der theoretischen Annahme – umso höher die Anzahl der Vetospieler, desto höher das politische Vertrauen – entsprechen (bspw. Niederlande, Griechenland), als auch von dem ver-

¹⁰ Es wurde die Variable „Trust in politicians“ (trstplt) aus dem ESS verwendet, die von 0 (kein Vertrauen) bis 10 (vollständiges Vertrauen) reicht.

¹¹ Aus dem QoG wurde die Variable „Number of Veto Players“ (dpi_checks) verwendet. Die niedrigste Ausprägung der Variable hat den Wert 1 und bedeutet, dass keine Vetospieler vorhanden sind.

muteten Zusammenhang abweichende Fälle (bspw. Slowakei, Schweiz). Vor allem osteuropäische Länder scheinen auffällig häufig abweichende Fälle darzustellen. Neben der Slowakei weisen auch Russland, Tschechien und Estland besonders große Residuen in der linearen OLS-Schätzung auf. Insgesamt zeigt die vorläufige Schätzung einen schwachen positiven Effekt. Ein Eta-Quadrat von 0,45 und der Intraklassenkoeffizient (0,184; s. Abb. 3) im Nullmodell bestärken neben der deskriptiven Darstellung die statistische Notwendigkeit der Modellierung beider Ebenen als Einflussfaktoren auf das individuelle Vertrauen in Politiker.

Als unabhängige Einflussfaktoren werden im Modell eine Kontrollvariablen hinzugefügt, um etwaige Effekte von Bildung¹², Alter und Geschlecht kontrollieren zu können und gleichzeitig die Testbedingungen zu verschärfen. Auch wenn einige dieser Variablen signifikant sind, sollen sie mangels theoretischen Hintergrundes nicht weiter diskutiert werden. Im nächsten Schritt wird nun das generalisierte Vertrauen in das Modell aufgenommen. Hierdurch wird die Devianz im Vergleich zum Nullmodell nochmal deutlich gesenkt. Gleichzeitig steigt das R-Quadrat auf Level eins und zwei an: Das Modell gewinnt also – in statistischer Hinsicht – an Erklärungskraft hinzu. Folgerichtig ist auch ein Rückgang der Varianz zu beobachten. Der Koeffizient zeigt sich in allen Modellen positiv und damit der Annahme entsprechend. Ein höheres generalisiertes Vertrauen führt zu einem höheren Vertrauen in Politiker. Da dieser Effekt zudem hoch signifikant ist, kann die Hypothese H3 als vorläufig bestätigt betrachtet werden.

¹² Die Bildungsvariable EISCED im ESS 2010 standardisiert die Bildungsabschlüsse in Europa in sieben Kategorien. Aus diesen Ausprägungen wurde sieben Dummies gebildet, da eine metrische Interpretation als problematisch gesehen wird.

Abb. 3: Random-Intercept-Fixed-Slope-Modell

	Null- modell	M1	M2	M3	M4	M5
Konstante	2,89**	2,72**	2,87**	2,87**	3,09**	3,05**
Geschlecht: Frau		,10**	,06*	,06*	,06*	0,06*
Alter		,00*	,00	,00**	,00**	0,00**
Ref. EISCED 1						
EISCED 2		,05	,03**	,03	,03	,03
EISCED 3		-,32**	-,30**	-,31**	-,30**	-,30**
EISCED 4		-,01	-,08+	-,08+	-,08+	-,08+
EISCED 5		,10+	,03	,03	,03	,03
EISCED 6		,31**	,15*	,15*	,15*	,15*
EISCED 7		,19**	,07	,07	,07	,07
Generalisiertes Vertrauen			,35**	,35**	,35**	,35**
Vetospieler				,26		,26
Ref. Verhältniswahl- system						
Gemischtes Wahlsys- tem					-,58	-,52
Mehrheits- wahlssystem					,13	,30
ICC	,18	,19	,14	,13	,14	,12
R ² L1		,01	,13	,14	,13	,15
R ² L2		,00	,34	,42	,35	,43
Devianz (-2LL)	208839	208608	204830	204829	204826	204825
Varianz L1	5,01	4,98	4,59	4,59	4,59	4,59
Varianz L2	1,13	1,13	0,74	0,66	0,73	0,64
Fallzahl (n)	46912	46912	46912	46912	46912	46912

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis des ESS 2010 und QoG; Schätzmethode REML¹³; Signifikanz-niveaus: + p < 0,05, * p < 0,01, ** p < 0,001; Abkürzung „Ref.“ steht für Referenzkategorie; die Reduktion der Devianz wird im Verhältnis zum Nullmodell betrachtet; alle unabhängigen Variablen sind am Grand-Mean zentriert.¹⁴¹⁵

¹³ Es wird beim Schätzverfahren auf „Restricted-Maximum-Likelihood“ (REML) anstelle des „Full-Information-Maximum-Likelihood“ (FIML) zurückgegriffen, da die Fallzahl auf Makroebene 30 unterschreitet (s. hierzu Langer 2009: 102f. und Luke 2004: 27).

¹⁴ Die Wahlsysteme wurden aus den Variablen „Proportional Representation“ (dpi_pr) und „Plurality“ (dpi_plurality) des QoG berechnet. Sind pluralistische und proportionale Elemente vorhanden, handelt es sich um ein gemischtes Wahlsystem.

¹⁵ Das generalisierte Vertrauen ist ein Index auf Basis dreier Fragen zum allgemeinen

Schwieriger wird die Beurteilung der Kontexteffekte. Zunächst einmal weisen diese keine signifikanten Effekte auf. Allerdings soll dieser Umstand nicht überbewertet werden, da es sich auf Länderebene beim ESS nicht um eine Zufallsstichprobe handelt, sondern die Auswahl auf anderen Kriterien beruht. Zudem ist die Fallzahl auf Länderebene gering. Bei Betrachtung des Koeffizienten zeigt sich, dass eine höhere Anzahl an Vetospieler zu einem höheren politischen Vertrauen führt. Die Varianz auf Ebene zwei sinkt und das R-Quadrat steigt bei Hinzunahme dieser Variable etwas an. Die Reduktion der Devianz im Vergleich zum vorherigen Modell fällt zwar sehr gering aus, ist aber vorhanden. Zudem ist der Standardfehler von 0,14 im Vergleich zum Koeffizienten von 0,26 in Modell drei deutlich geringer, so dass die Hypothese zwei nach Abwägung der aufgeführten Kriterien vorläufig bestätigt werden kann. Einschränkung ist allerdings die nur geringe Modellverbesserung zu erwähnen, welche durch Aufnahme dieser Variable erfolgt¹⁶.

Etwas eindeutiger fällt die Beurteilung des Einflusses der Wahlsysteme in Modell vier aus. Das gemischte und das pluralistische Wahlsystem werden jeweils zur Referenzkategorie proportionales Wahlsystem betrachtet. Beide sollten nach den theoretischen Überlegungen positive Koeffizienten aufweisen, wobei der Koeffizient des Mehrheitswahlrechts als stärker positiv vermutet wird. Gänzlich gegen diese Annahme weist die Dummy-Variable des gemischten Wahlsystems einen negativen Koeffizient auf. Dagegen entspricht das pluralistische Wahlsystem von der Wirkungsrichtung der getroffenen Annahme. Allerdings ist auch bei diesem Kontextmerkmal die Devianzreduktion minimal, und zudem sinkt die Varianz auf Ebene zwei bei gleichzeitig hohem Standardfehler gar nicht, so dass die Hypothese eins abgelehnt wird.

Vertrauen (ppltrst, pplfair, pplhlp) und reicht wie das politische Vertrauen von 0 (kein Vertrauen) bis 10 (vollständiges Vertrauen). Eine explorative Faktorenanalyse mit Varimax-Rotation zeigt, dass alle Variablen auf einen Faktor laden. Eine Reliabilitätsanalyse ergibt einen Cronbachs Alpha Wert von 0,79.

¹⁶ Legt man einen schwächeren Schwellenwert bei der Beurteilung der Signifikanzniveaus an, bleibt zudem die Signifikanz der Variable Vetospieler auf dem Zehn-Prozentsniveau anzumerken.

Diskussion der Ergebnisse

Abschließend sollen die empirischen Resultate noch unter dem Hintergrund der theoretischen Diskussion betrachtet werden. So wurde dargelegt, dass in der Public Choice Theorie vor allem institutionelle Faktoren als zentraler Mechanismus betont werden, um Politikern vertrauen zu können. Spezielle Arrangements von Akteuren und Regelwerke, so das Argument, können erst eine positive, rationale Erwartungshaltung über das zukünftige Verhalten von Politikern, denen ein nicht unerhebliches Maß an Macht übertragen wird, rechtfertigen. Die beiden in der Literatur als zentrale institutionelle Stellschrauben im politischen System diskutierten Kontextvariablen Wahlsystem und Vetospieler verbesserten die Modellgüte nur geringfügig. Auch wenn die Hypothese zwei bestätigt wurde, ist hier durchaus eine Diskrepanz zwischen der beigemessen Relevanz der Faktoren in der Theorie und der gemessenen Relevanz im empirischen Modell festzustellen. Insgesamt zeigte bereits der Interklassen-Koeffizient, dass der Kontext durchaus eine (statistische) Relevanz zur Erklärung des Vertrauens in Politiker hat, aber ebenso ein Großteil der zu erklärenden Varianz voraussichtlich auf individuelle Determinanten zurückzuführen ist. Ein theoretisches Argument gegen die Überschätzung der Ausgestaltung politischer Institutionen bei der Vertrauensvergabe könnte mit Verweis auf das Wahlparadoxon¹⁷ formuliert werden: Eventuell sind Kosten für die rationale Vertrauensvergabe aufgrund dieser Faktoren zu hoch. Schließlich sind politische Systeme mitunter komplexe Gebilde, in denen Delegationsbeziehungen und Wahlmechanismen erst einmal vollständig durchschaut werden müssen. Zudem scheint auch bei der Vertrauensvergabe des einzelnen Bürgers diese im Aggregat nicht ausschlaggebend zu sein, so dass es sich ggf. um ein Kollektivgut handelt – mit den sich daraus für einen rationalen Akteur ergebenden bekannten Problemen.

¹⁷ Unter diesem Begriff wird ein häufiger Kritikpunkt an Anthony Downs Modell des rationalen Wählers verstanden (1968), der beinhaltet, dass die Kosten für den Wahlakt aufgrund der Insignifikanz einer einzelnen Stimme immer höher als der Nutzen sind und somit keiner (aus rationalen Gründen) wählen gehen würde (vgl. Elster 2007: 217).

Andere Argumente für die geringe Performance der Kontextvariablen könnte schlicht die fehlende Operationalisierung der wesentlichen institutionellen Arrangements sowie die relative Ähnlichkeit der im ESS als Teil der Länderstichprobe untersuchten europäischen politischen Systeme sein; obendrein verhindert eine mangelnde Varianz die Findung eines statistischen Effekts. So weisen bspw. nur zwei Länder das Merkmal eines reinen Mehrheitswahlrechts auf: Frankreich und Großbritannien.

Dagegen zeigt sich das generalisierte Vertrauen in allen Modellen als erklärungsstarker, signifikanter, die Annahme der Hypothese H3 bestätigender Effekt. Die Frage nach den Gründen für das Vertrauen in Politiker scheint also nicht durch extrinsische Anreize und das institutionelle Design eines politischen Systems beantwortet werden zu können. Vielmehr spielt im empirischen Modell ein generalisiertes, soziales Vertrauen eine entscheidende Rolle zur Erklärung des individuellen Vertrauens. Sind Bürger also bereit ihren Mitmenschen allgemein zu vertrauen, scheint es auch einen Spill-Over-Effekt auf Politiker zu geben. Diese Ergebnisse sprechen gegen die Überlegung, allein ein gut konzeptioniertes institutionelles Design könne hinreichend für das Funktionieren einer Demokratie sein - zumindest unter der Annahme, dass ein Mindestmaß an Vertrauen in die zentralen Akteure des Systems hierfür notwendig ist. Diese These gewinnt mit Blick auf den Versuch von „Demokratieexporten“ in bislang undemokratische Staaten an praktischer Relevanz: Eine vorhandene Vertrauenskrise in politische Repräsentanten ist nämlich möglicherweise weniger das Problem fehlender Vetospieler oder Schwächen im Wahlsystem, sondern – in der Argumentation dieses Modells - ein Mangel an generalisiertem Vertrauen der Bürger untereinander.

Allerdings sollen hierzu noch abschließend drei einschränkende Argumente berücksichtigt werden: Erstens könnte ein Teil des Effekts auf die Anordnung des Fragebogens zurückgehen. So werden die Fragen nach dem politischen Vertrauen nur kurz nach den Items zum generalisierten Vertrauen gestellt, so dass es eventuell aufgrund von Signalwörtern zu ähnlichen Antwortmustern gekommen ist. Zweitens kann eine statistische Analyse einer Querschnittsstichprobe nicht die Frage der Kausalität klären. So wäre beispielsweise denkbar, dass mit dem generalisierten

und politischen Vertrauen schlicht eine latente Dimension „Vertrauen“ gemessen wurde, wodurch ein statistischer Zusammenhang der beiden Variablen zustande kommt. In diesem Fall wäre ein generalisiertes Vertrauen kein Erklärungsfaktor des Vertrauens in Politiker. Drittens könnte zwar die Konklusion „Generalisiertes Vertrauen bedingt Vertrauen in Politiker“ korrekt, aber die Ableitung aufgrund von rationalen Verhaltensstrukturen falsch sein – kurz: Ein fehlerhaftes theoretisches Modell kann auch eine korrekte Schlussfolgerung produzieren.

Zusammenfassung

Es wurden zwei unterschiedliche Theoriestränge aus der Rational Choice Perspektive gegenübergestellt, um die Frage – Warum vertrauen Bürger Politikern? – zu beantworten. Es wurde veranschaulicht, dass zum einen die Vertrauensvergabe aus individuellen als auch institutionellen Gründen rational erfolgen kann. Während Public Choice Theoretiker insbesondere die Bedeutung extrinsischer Anreize hervorheben, verweisen stärker soziologisch orientierte Vertreter der Theorie rationaler Wahl auf die Bedeutung intrinsischer Faktoren. Um die konträren Thesen in ihrer Relevanz einschätzen zu können, wurden sie mittels einer Mehrebenenanalyse einer statistischen Überprüfung unterzogen. Während das generalisierte Vertrauen die Modellgüte erheblich verbesserte, konnten die Kontextvariablen die Erklärungskraft des statistischen Modells nur mäßig steigern, so dass die Frage gestellt werden muss, ob die Public Choice Theorie institutionelle Merkmale als vertrauensstiftende Elemente zur Lösung von Vertrauensproblemen in einer Gesellschaft nicht überschätzt. Damit soll keine Unerheblichkeit institutioneller Designs im Allgemeinen für die Erklärung politischen Vertrauens lanciert werden, schließlich wurden hier ausschließlich Länder mit demokratischem Arrangement – und damit einer relativ geringen Varianz – untersucht. Insofern kann es durchaus der Fall sein, dass das grundsätzliche Vorhandensein demokratischer Institutionen notwendig ist, um überhaupt Vertrauen zwischen Repräsentanten und Repräsentierten zu etablieren. *Innerhalb* dieser Staaten macht es jedoch für eine rationale Rechtfertigung des Vertrauens in Politiker keinen relevanten Unterschied, ob es sich dabei bspw. um ein Mehrheits- oder

Verhältniswahlrecht handelt. Es besteht ein Grenznutzen des Wissens über politische Strukturen: Die Annahme, den meisten Mitbürgern werde vertraut, begünstigt die subjektive Überzeugung, auch politisches Vertrauen sei gerechtfertigt. Detailwissen über politische Strukturen und Prozesse beeinflussen diese Überzeugung dabei jedoch nicht signifikant. Unsere Ergebnisse sind daher auch in Ergänzung zu empirischen Befunden zu deuten, nach denen ein Großteil der Bürger politisch eher uninformiert sind (vgl. z.B. Damico et al. 2000: 397).

Für künftige Forschungsvorhaben ist einerseits von Interesse, einen detaillierten Einblick in die Entstehung generalisierten Vertrauens zu gewinnen: Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit Bürgerinnen und Bürger zu der Überzeugung gelangen, dass den meisten Mitmenschen vertraut werden kann? Die hier vorgestellten theoretischen Implikationen knüpfen damit an die aktuelle Debatte an, welche Voraussetzungen auf der Mikroebene erfüllt sein müssen, damit Vertrauen in die Wirksamkeit rechtlicher Begrenzungen staatlichen Handelns entstehen kann (vgl. dazu jüngst Hadfield/Weingast 2012; 2014). Andererseits ist zu klären inwieweit Vertrauen in politische Institutionen tatsächlich Ergebnis einer kognitiven Entscheidung ist und in welchem Umfang das verwendete Schema daher ggf. modifiziert werden muss.

Literatur

- Bacharach, Michael, und Diego Gambetta. 2001. Trust in signs. In *Trust in Society*, Hrsg. Karen S. Cook, 148-183. New York.
- Baurmann, Michael. 1996. *Der Markt der Tugend - Recht und Moral in der liberalen Gesellschaft. Eine soziologische Untersuchung*. 2. Aufl. 2000. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Baurmann, Michael. 2002. Vertrauen und Anerkennung. Wie weiche Anreize ein Vertrauen in Institutionen fördern können. In *Neuer Institutionalismus. Zur soziologischen Erklärung von Organisation, Moral und Vertrauen*, Hrsg. Andrea Maurer und Michael Schmid, 107-132. Frankfurt/Main; New York: Campus.
- Baurmann, Michael. 2007. Markt und Soziales Kapital: Making Democracy Work. In *Politisches Denken. Jahrbuch 2006 / 2007*, Hrsg. Karl G.

- Ballestrem, Volker Gerhardt, Henning Ottmann, Martyn P. Thompson und Barbara Zehnpfennig, 129-155. Berlin: Duncker & Humblot.
- Baurmann, Michael, und Geoffrey Brennan. 2009. What Should the Voter Know? Epistemic Trust in Democracy. *Grazer Philosophische Studien*, 159-186.
- Brennan, Geoffrey. 1998. Democratic Trust: A Rational Choice Theory View. In *Trust and Governance*, Hrsg. Valerie Braithwaite und Margaret Levi. New York: Russell Sage Foundation.
- Brennan, Geoffrey, und Alan Hamlin. 1999. On Political Representation. *British Journal of Political Science* 29:109–127.
- Brennan, Geoffrey, und Alan P. Hamlin. 2000. *Democratic Devices and Desires*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Damico, Alfonso J., Conway, Margaret, und Sandra Bowman Damico. 2000. Patterns of Political Trust and Mistrust: Three Moments in the Lives of Democratic Citizens. *Polity* 32, 377-400
- Downs, Anthony. 1968. *Ökonomische Theorie der Demokratie*. Tübingen: Mohr.
- Eckenrod, James S, R. H. Williams, Timothy H. Breen, und Ariela J. Gross. 1976. *Who Controls the Controllers? : A Case Study of Political Behavior*. Boston: Allyn and Bacon.
- Elster, Jon. 2007. *Explaining Social Behavior: More Nuts And Bolts for the Social Sciences*. Cambridge: Cambridge University Press.
- European Social Survey. 2012. ESS Round 5 (2010/2011) Technical Report.
- Fietz, Martina. 2012. Mehr Vertrauen, bitte! Unsere Politiker sind besser als ihr Ruf. http://www.focus.de/politik/deutschland/fietz-am-freitag/fietz-am-freitag-mehr-vertrauen-bitte-unsere-politiker-sind-besser-als-ihr-ruf_aid_837746.html (Stand: 27.09. 2013).
- Frank, Robert H. 1992. *Die Strategie der Emotionen*. München: Oldenbourg.
- Gabriel, Oscar W, und Everhard Holtmann. 2004. *Handbuch politisches System der Bundesrepublik Deutschland*. Oldebourg: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Hadfield, Gillian K., und Barry R. Weingast. 2012. What is Law? A Coordination Model of the Characteristics of Legal Order. *Journal of Legal Analysis* 4: 471–514.
- Hadfield, Gillian K., und Barry R. Weingast. 2014. Microfoundations of the Rule of Law. *Annual Review of Political Science* 17: 21-42.

- Hardin, Russell. 1999. *Liberalism, Constitutionalism, and Democracy*. New York: Oxford University Press.
- Holzinger, Katharina. 2009. Vom ungeliebten Störenfried zum akzeptierten Paradigma? Zum Stand der (Neuen) Politischen Ökonomie in Deutschland. *Politische Vierteljahresschrift* 50: 539-576.
- Lahno, Bernd. 2002. *Der Begriff des Vertrauens*. Paderborn: Mentis.
- Lammert, Norbert. 2012. "Demokratie braucht Vertrauen". Rede vor der Bundesversammlung am 18.03.2012. <http://www.sueddeutsche.de/politik/bundestagspraesident-lammert-demokratie-braucht-auch-vertrauen-1.1312219> (Stand: 27.09.2013).
- Langer, Wolfgang. 2009. *Mehrebenenanalyse. Eine Einführung für Forschung und Praxis*. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Luke, Douglas A. 2004. *Multilevel modeling*. Thousand Oaks, Calif: Sage Publications.
- Mc Cubbins, Mathew D, und Thomas Schwartz. 1984. Congressional Oversight Overlooked: Police Patrols versus Fire Alarms. *American Journal of Political Science* 28, 165-179.
- Mitchell, Paul. 2000. Voters and their Representatives: Electoral Institutions and Delegation in Parliamentary Democracies. *European Journal of Political Research* 37, 335-351.
- Morgenstern, Christine. 2010. Die soziale Realität in Europa. Ausgewählte Indikatoren und Einstellungen in der Bevölkerung. In *Kriminalität, Kriminalpolitik, strafrechtliche Sanktionspraxis und Gefangeneneraten im europäischen Vergleich*, Hrsg. Frieder Dünkel, 877-934. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.
- Nelles, Roland. 2010. Schwarz-gelbes Sparpaket. Die dreifache Vertrauenskrise. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/schwarz-gelbes-sparpaket-die-dreifache-vertrauenskrise-a-699286.html> (Stand: 31.07.2014).
- Noelle-Neumann, Elisabeth. 1980. *Die Schweigespirale*. München: Piper.
- Offe, Claus. 2001. Wie können wir unseren Mitbürgern vertrauen? In *Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts*, Hrsg. Martin Hartmann, 241-294. Frankfurt ;, New York: Campus.
- Pettit, Philip. 1998. Republican Theory and Political Trust. In *Trust and Governance*, Hrsg. Valerie Braithwaite und Margaret Levi, 295-313. New York: Russell Sage Foundation.
- Schmalz-Bruns, Rainer. 2002. Vertrauen in Vertrauen? Ein konzeptueller Aufriß des Verhältnisses von Politik und Vertrauen. In *Politisches Vertrauen. Sozi-*

- ale Grundlagen reflexiver Kooperation, Hrsg. Rainer Schmalz-Bruns und Reinhard Zintl, 9-35. Baden-Baden: Nomos
- Schweer, Martin K.W. 2003. Vertrauen als Organisationsprinzip: Vertrauensförderung im Spannungsfeld personalen und systemischen Vertrauens. *Erwägen. Wissen. Ethik* 14, 323-332.
- Strøm, Kaare. 2000. Delegation and Accountability in Parliamentary Democracies. *European Journal of Political Research* 37, 261-289.
- Teorell, Jan, Nicholas Charron, Marcus Samanni, Sören Holmberg, und Bo Rothstein. 2011. The Quality of Government Dataset, Version 6Apr11. <http://www.qog.pol.gu.se> (Stand: 11. Dezember 2012).
- Tsebelis, George. 1995. Decisionmaking in Political Systems: Veto Players in Presidentialism, Parliamentarism, Multicameralism, and Multipartyism. *British Journal of Political Science* 25, 289-325.
- Tsebelis, George. 2002. *Veto Players. How Political Institutions Work*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Weingast, Barry. 1997. The Political Foundations of Democracy and the Rule of Law. *The American Political Science Review* 91: 245–263.
- Zintl, Reinhard. 2000. Constitutions as External Constraints? In: *Rationality, Rules, and Structure*, Hrsg. Julian Nida-Rümelin und Wolfgang Spohn. Dordrecht: Kluwer.

Michael Angenendt, M.A.

ist seit Beendigung des Studiums im April 2014 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung (PRuF) sowie am Lehrstuhl für vergleichende Politikwissenschaft der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf tätig. In seiner Masterthesis analysierte er mittels spieltheoretischer Modellierung, wie in einem liberal-demokratischen Rechtsstaat Vertrauen in politische Repräsentanten entstehen kann. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der modernen politischen Theorie (insb. Ökonomische Theorien der Politik), der vergleichenden Analyse politischer Systeme sowie der Parteienforschung. Bis März 2016 forscht er im DFG-Projekt „FREIE WÄHLER: Mitglieder, Identität und Organisation“ zu den Beweggründen sich in einer kommunalen Wählergemeinschaft zu engagieren.

Kontakt: michael.angenendt@uni-duesseldorf.de

Johannes Schmitt, M.A.

hat im April 2014 sein Masterstudium Sozialwissenschaften an der Heinrich-Heine-Universität abgeschlossen (Titel der Thesis: „Zur Mikrofundierung von Parteienwettbewerbsdynamiken. Eine Analyse auf Basis agentenbasierter Modelle“) und arbeitet seitdem als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für vergleichende Politikwissenschaft sowie am Institut für Internationales Parteienrecht und Parteienforschung (PRuF) an der der Heinrich-Heine-Universität. Seine Forschung ist dabei vor allem in den thematischen Gebieten Parteienwettbewerb und Parteiensysteme angesiedelt. Weitere Schwerpunkte stellen die theoretische Mikrofundierung und (agentenbasierte) Modellbildung, Anwendung quantitativer und vergleichender Methoden sowie Computersimulationen dar.

Kontakt: johannes.schmitt@uni-duesseldorf.de

In Vielfalt geeint?

Zum Einfluss individueller Werteprioritäten und nationaler Kontexte auf den Transfer von Vertrauen auf das Europäische Parlament.¹

Debora Eicher, Julian Kalcher und Katharina Kunifßen

Abstract

Gegenstand der Untersuchung ist das individuelle Vertrauen in das Europäische Parlament, welches hier sowohl als Repräsentant der Bevölkerung als auch der europäischen Institutionen zu verstehen ist. In einer interdisziplinären Herangehensweise wird ausgehend von soziologischen und politikwissenschaftlichen Theorien zu Entstehung und Transfer von Vertrauen eine Generalisierung nationalen Institutionenvertrauens auf die europäische Ebene angenommen und anhand einer Mehrebenenanalyse empirisch überprüft. Die Ergebnisse bestätigen, dass Vertrauen übertragen wird, sofern Individuen mit ihren nationalen Institutionen zufrieden sind. Auf individueller Ebene geschieht diese Übertragung jedoch unbeeinflusst von Werteprioritäten, während auf Kontextebene in ökonomisch besser gestellten und politisch stabileren Mitgliedstaaten ein geringeres Vertrauensniveau zu finden ist.

Die Europäische Union (EU) zählt zu den wohl dynamischsten politischen Systemen der Gegenwart. In den vergangenen Jahrzehnten durchlief sie einen Integrationsprozess, der weltweit einzigartig ist. Nicht zuletzt durch die Osterweiterungen und die damit verbundene Ausweitung auf 28 Mitgliedstaaten haben die gesellschaftlichen Strukturen und Wertvorstellungen, ebenso jedoch auch die Konfliktlinien erheblich an Vielfalt gewonnen. Die mit der Europäischen Integration verbundene, kontinuierliche Übertragung nationalstaatlicher Kompe-

¹ Für kritische Anregungen und wertvolle Hinweise danken wir Michael Angenendt, Tilo Beckers, Mira Hassan, Johannes Schmitt und den anonymen Gutachtern.

tenzbereiche auf die europäische Ebene stellt eine beachtliche Herausforderung für die nationale und europäische Politik dar (Gabriel & Kropp 2008: 11). Dass mit Teilaspekten dieses einzigartigen Integrationsprozesses, besonders angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise, Interessenskonflikte, Europaskepsis und starke Meinungsverschiedenheiten innerhalb der europäischen Bevölkerung einhergehen, scheint unvermeidlich. Hinzu kommen Unzulänglichkeiten bezogen auf Kompetenzverteilung und demokratische Legitimierung, die nicht zu leugnen sind. Zentral ist dabei die Problematik, dass trotz des wachsenden Einflusses der Europäischen Union kein Anstieg der Bereitschaft zur passiven Partizipation innerhalb der Bevölkerung zu beobachten ist, was nicht zuletzt in der geringen Wahlbeteiligung bei EU-Parlamentswahlen zum Ausdruck kommt. Dies mag auf der Distanz der Bürger zu der europäischen Politik und einem Mangel an politischer Informiertheit basieren (Trüdinger 2008: 217), es wiegt jedoch umso schwerer, bedenkt man, dass die Implikationen von EU-Verordnungen die Lebensrealität der Bürger zunehmend beeinflussen.

Angesichts dieser Tatsachen stellt sich die Frage nach der Legitimität der politischen Organisationen in Europa, welche eng an die Frage nach dem Vertrauen der Bevölkerung in die europäischen Institutionen geknüpft ist (Trenz 2008a). Vor diesem Hintergrund spielt das Europäische Parlament als einzige vom Volk direkt gewählte Institution auf europäischer Ebene eine besondere Rolle, weshalb mangelndes Vertrauen hier besonders schwer wiegen würde. Dieser Beitrag widmet sich daher der Aufdeckung eines möglichen Vertrauensdefizits in Europa, ebenso wie der Ergründung erklärender Einflussfaktoren.

Da die Vertrauensforschung in der Soziologie gründet, ist es nicht ausreichend, Institutionenvertrauen aus rein politikwissenschaftlicher Perspektive zu untersuchen, sondern es bedarf vielmehr einer interdisziplinären Herangehensweise, die beide Theoriestränge verknüpft. Dabei werden dreierlei Aspekte berücksichtigt: Erstens wird untersucht, inwiefern Elemente klassischer Ansätze zum institutionellen Vertrauen auf das Europäische Parlament übertragen werden können. Der zweite Anknüpfungspunkt besteht in der Berücksichtigung des Einflusses individueller Werteprioritäten der europäischen Bürger auf das Vertrauen in das Europäische Parlament, was angesichts der oft

betonten Annahme einer europäischen Wertegemeinschaft einen beachtenswerten Aspekt darstellt. Drittens ist es unumgänglich auch den nationalen Kontext zu berücksichtigen, da zu erwarten ist, dass das Vertrauen in das Europäische Parlament über die Mitgliedstaaten hinweg Unterschiede aufweist, die auf nationale Begebenheiten zurückzuführen sind.

Aus diesen drei Aspekten resultiert die Frage: *„Inwiefern beeinflussen individuelle Werteprioritäten und nationale Kontexteinflüsse die Bereitschaft, Vertrauen auf das Europäische Parlament zu übertragen?“*

Hypothesenentwicklung und Forschungsstand

Zweierlei Probleme müssen eingangs berücksichtigt werden: Zum einen die Distanz der europäischen Institutionen zu der Lebenswirklichkeit vieler europäischer Bürger und zum anderen die Tatsache, dass Vertrauen in Institutionen und nicht in Personen erklärt werden soll, womit der Erklärungsgegenstand sehr abstrakt ist. Soziologische und politikwissenschaftliche Ansätze bieten Lösungen für beide Probleme, müssen dafür aber kombiniert werden. Zentral ist dabei das Prinzip der Generalisierung, welches einen Abstraktionsvorgang beschreibt, bei dem individuelle Erfahrungen mit vertrauten Personen und Situationen auf die Begegnung mit Fremden übertragen werden, sodass Vertrauen und damit aufeinander bezogenes Handeln möglich werden.

Dieses Generalisierungsprinzip findet sich innerhalb der Soziologie zum einen als allgemeines Konzept. Der „generalisierte Andere“ nach Berger und Luckmann (1969) ist hierfür ein gutes Beispiel. Zum anderen formulieren Putnam (v.a. 1993; 2000) und Luhmann (v.a. 1973; 2000) Generalisierungsannahmen, die, weil sie einen direkten Bezug zu Vertrauen aufweisen, hinsichtlich der Forschungsfrage besonders hervorzuheben sind. Putnam stellt in seiner Auseinandersetzung mit dem Vertrauensbegriff vor allem die Bedeutung von generalisiertem Vertrauen für das Entstehen von Sozialkapital und damit das Funktionieren gesellschaftlichen Zusammenlebens in den Vordergrund. Luhmann hingegen betrachtet generalisiertes Vertrauen als notwendige Bedingung zur Reduktion der Komplexität einer, das Individuum umgebenden, sozialen Realität.

Putnam löst den Übergang von interpersonalem in soziales Vertrauen und in einem weiteren Schritt auch in generalisiertes politisches Vertrauen durch die Bereitschaft des Individuums, einen Vertrauensvorschuss zu leisten. Vertrauenserfahrungen im sozialen Umfeld werden abstrahiert und generalisiert und auf Fremde und ebenso politische Institutionen übertragen (Putnam 1993: 171; 176ff.; vgl. auch Frings 2010: 53). Im Aggregat entsteht somit akkumuliertes generalisiertes Vertrauen.

Luhmann verwendet das Generalisierungsprinzip ähnlich: Er erkennt im Vertrauen einen wirksamen Mechanismus zur Reduktion der äußersten Komplexität der Welt und des menschlichen Erlebens, weil durch ein System aus Vertrauen der Überschuss an Handlungsalternativen für das Individuum gesenkt werden kann (Luhmann 1973: 5ff.) Eine richtungsweisende Bedeutung innerhalb dieser Annahme erlangt das Problem der riskanten Vorleistung (Luhmann 1973: 23). Bei einem generellen Vertrauen in das zukünftige Handeln anderer, seitens des Individuums, entstehen insgesamt mehr Möglichkeiten für vertrauensvolles reziprokes Handeln untereinander und es kommt zu einem Übergang in Kontinuitätsersparungen. Vertrauensurteile verallgemeinern dementsprechend spezifische Vorerfahrungen und dehnen sich auf ähnliche zukünftige Fälle aus (ebd.: 23-27). Dieser Generalisierungsprozess von Vertrauen bei Luhmann reduziert schließlich die Komplexität, die durch die Freiheit und Entscheidungsvielfalt des Individuums entsteht.

Beide Ansätze liefern jedoch keine stichhaltige Erklärung von politischem Institutionenvertrauen. Diese Lücke füllt Eastons (v.a. 1965; 1975) in der Politikwissenschaft verortete Theorie der diffusen politischen Unterstützung, welche sich durch die Unterscheidung von spezifischem, auf aktuelle Amtsinhaber bezogenem Vertrauen und diffusem generalisiertem Vertrauen gegenüber politischen Institutionen auszeichnet. Zu einem Übergang von der ersten zur zweiten Vertrauensform kommt es bei anhaltenden Erfahrungswerten und der Übertragung von persönlichen Wertebindungen auf ein politisches Regime und seine Institutionen (Easton 1975: 437-454). Das Individuum hofft hierbei, individuelle Wertebindungen in politischen Institutionen wiederzufinden. Der Wechsel von spezifischem zu diffusem Vertrauen

funktioniert, indem positive oder negative Erfahrungen mit einzelnen politischen Autoritäten – auch in Bezug auf Performanz- und Output-Zufriedenheit – im Sinne von Luhmanns riskanter Vorleistung auf das gesamte politische Regime inklusive seiner Institutionen projiziert werden (ebd.: 448f.). Der Generalisierungsprozess schafft folglich eine Form diffusen politischen Vertrauens, welches unabhängig von tagesaktuellen Outputs spezifischer Entscheidungsträger existiert.

Eine Kombination der drei Ansätze ermöglicht die Erklärung des Vertrauens in das Europäische Parlament: So lässt sich aus Putnams Argumentation schlussfolgern, dass das soziale Vertrauen die Grundlage für jegliche Form von Vertrauen darstellt, eine Hypothese, die es auch in Bezug auf den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit zu überprüfen gilt. Luhmann hingegen liefert mit der Annahme einer in den verschiedensten Zusammenhängen notwendigen Reduktion von Komplexität durch Vertrauen ein Kernargument, auf welches auch in der Auseinandersetzung mit dem individuellen Vertrauen in das Europäische Parlament zurückgriffen werden kann. Easton schließlich ermöglicht eine vom individuellen Vertrauen losgelöste Erklärung institutionellen Vertrauens. In allen drei Ansätzen findet sich zudem das für die Argumentation tragende Prinzip der Generalisierung wieder.

Abgeleitet aus diesen Vorannahmen besteht der wesentliche Schritt der Erklärung von Vertrauen in das Europäische Parlament für uns darin, einen Übertragungseffekt des Vertrauens in nationale politische Institutionen auf das Vertrauen in Institutionen auf supranationaler Ebene anzunehmen, welcher der gleichen Logik folgt wie die Generalisierung von Vertrauen auf der Individualebene. Begründet wird dieser Schritt der Luhmannschen Argumentation folgend. Denn geht man davon aus, dass die Distanz der Bürger zur Europäischen Union und die mit einem Mangel an Informationen verbundene Komplexität der Bewertungssituation eines der Kernprobleme bei der Vertrauensbildung darstellen, so ist anzunehmen, dass die Generalisierung von Vertrauen auch in diesem Rahmen eine einfache Maßnahme zur Reduktion dieser Komplexität ist: Positive Erfahrungen und wahrgenommene Werteübereinstimmungen mit den (vertrauten) nationalen Institutionen werden generalisiert und lassen sich auf das Europäische Parlament ausdehnen. Im übertragenen Sinne bedeutet dies, dass die selben Faktoren, die nach

Easton das Vertrauen beziehungsweise die politische Unterstützung in nationale Institutionen beeinflussen, auch als Erklärung des Vertrauens in Institutionen auf supranationaler Ebene herangezogen werden können.

Während sich zahlreiche Studien mit dem Vertrauen in politische Institutionen im Allgemeinen beschäftigen (u.a. Citrin 1974) und auch die Auswahl an Untersuchungen zum Vertrauen in europäische Institutionen noch relativ umfangreich ist (u.a. Karp et al. 2003; Kritzinger 2003; Zmerli et al. 2007; Zmerli & Newton 2008), lassen sich nur wenige Studien finden, die sich explizit mit dem Vertrauen in das Europäische Parlament beschäftigen (Roth et al. 2011: 2). Ein Überblick über Ansätze, welche das Vertrauen in europäische Institutionen, ebenso wie den speziellen Fall des Vertrauens in das Europäische Parlament beinhalten, findet sich bei Roth (2009), Roth et al. (2011) und Bonet, Munoz und Torcal (2007; 2011).

Die Autoren benennen zwei Modelle zur Erklärung von Vertrauen in europäische Institutionen: Das *Kongruenzmodell* sagt aus, dass Bürger aufgrund von mangelnder politischer Bildung oder Informiertheit in Bezug auf Europapolitik ihre Kenntnisse und Bewertungen der nationalen Politik auf die europäische Ebene übertragen (vgl. u.a. Anderson 1998; Kritzinger 2003), was im Kern mit der von uns angenommenen Generalisierungslogik übereinstimmt. So argumentieren Bonet et al. (2007) mit einem Verweis auf die Forschung von Anderson (1998), dass Bürger keine eigenständigen Urteile über EU-Institutionen entwickeln, sondern ihre Meinungen über nationale Institutionen als „Proxies“ für europäische Politik verwenden. Demzufolge werden im Sinne der Kongruenz bei positiven Bewertungen der nationalen politischen Institutionen die europäischen ebenso positiv bewertet. In diesem Kontext sollte auch auf die negative Umkehrung dieses Modells hingewiesen werden: Bürger, die ein starkes Misstrauen in nationale politische Institutionen aufweisen, übertragen diese Empfindungen ebenso auf die europäische Ebene (Díez-Medrano 1995).

Hingegen besagt das *Kompensations- oder Inkongruenzmodell*, dass Bürger, welche die eigene Regierung überdurchschnittlich positiv bewerten, diese mit europäischen Institutionen vergleichen und letztere demnach

schlechter beurteilen (Roth et al. 2011: 2). Diese Auffassung beinhaltet somit, verglichen mit dem Kongruenzmodell, eine genau gegensätzliche Wirkungsannahme. Der Kerngedanke, der dieser Überlegung zugrunde liegt, besteht darin, dass bei einem positiven Vertrauensverhältnis in Ländern mit effizienten „Outcomes“ der politischen Institutionen eine gefühlte Unsicherheit oder Sorge bei der Übertragung von Souveränität und Vertrauen auf europäische Institutionen entsteht (vgl. u.a. Bonet et al. 2007; Sánchez-Cuenca 2000). Im Umkehrschluss wird davon ausgegangen, dass in Ländern mit mangelhafter institutioneller Performanz eine höhere Bereitschaft zur Übertragung von Vertrauen besteht, da auf supranationaler Ebene eine Korrektur nationaler Missstände erhofft wird (Munoz et al. 2011).

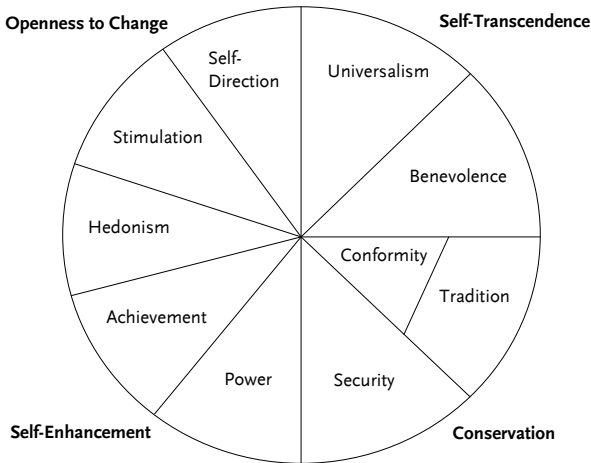
Aufgrund seiner Verwandtschaft mit unserem Generalisierungskonzept wird bei der Hypothesenbildung die Logik des Kongruenzmodells angewendet. Es wird demnach davon ausgegangen, dass *mit steigendem sozialen Vertrauen auch das individuelle Vertrauen in das Europäische Parlament steigt (H1a)* und dass im zweiten Schritt *mit dem Ausmaß des individuellen Vertrauens in nationale Institutionen auch das Ausmaß an individuellem Vertrauen in das Europäische Parlament steigt (H1b)*.

Ausgehend von der Theorie der diffusen politischen Unterstützung nach Easton werden Werte beziehungsweise individuelle Werteprioritäten in ihrem Einfluss auf das individuelle Vertrauen ins Europäische Parlament untersucht. Um Hypothesen darüber aufstellen zu können, welche Werteprioritäten in diesem Zusammenhang relevant sind und welche Richtung der Einfluss von Werten annehmen kann, wird auf eine der wenigen Studien, in welcher der allgemeine Zusammenhang zwischen Werten und dem Vertrauen in Institutionen untersucht wurde von Devos, Spini und Schwartz (2002) zurückgegriffen. Die Autoren betrachten Institutionenvertrauen als ein Zusammenspiel aus Annahmen und Erwartungen gegenüber den Institutionen, wobei sie auf Basis des Schwartzschen Werteinventars² davon ausgehen, dass das Vertrauen

² Vgl. Abbildung 1. Das Werteinventar nach Schwartz ordnet Wertorientierungen auf Basis des jeweiligen motivationalen Ziels, das sie ausdrücken, zehn übergeordneten Typen zu. Diese zehn Kategorien ermöglichen eine klare Zuweisung beziehungsweise Bündelung einzelner Werte und setzen sie in einer zirkulären Struktur in Beziehung zueinander.

davon abhängig ist, für welche Werte Institutionen stehen beziehungsweise welche Werteprioritäten durch sie eingeschränkt werden.

Abbildung 1: Das Werteinventar nach Schwartz



Quelle: Eigene Darstellung nach Schwartz/Sagie (2000: 470)

Da Institutionen unabhängig von ihrer Art dazu beitragen, die soziale Ordnung und Stabilität in der Gesellschaft aufrecht zu erhalten, dafür auf der anderen Seite jedoch die Freiheit von Individuen einschränken, gehen Devos et al. davon aus, dass auf höchster Ebene die Dimension *Conservation vs. Openness to Change* für den Einfluss von Werten auf das

Wertetypen die nebeneinander liegen, drücken ähnliche motivationale Ziele aus, wohingegen Wertetypen, die gegenüberliegen, gegensätzliche motivationale Ziele enthalten. Auf Basis ihrer Gemeinsamkeiten und Unterschiede werden die Wertetypen schließlich in zwei übergeordneten Dimensionen zusammengefasst. Die Dimension „Openness to Change vs. Conservation“ kontrastiert Wertetypen, die Offenheit für Veränderung favorisieren mit solchen, die für den Erhalt der traditionellen Ordnung stehen. In der Dimension „Self-Enhancement vs. Self-Transcendence“ wiederum werden Wertetypen, die für das Wohlergehen Anderer stehen solchen gegenübergestellt, die die Dominanz über Andere favorisieren (vgl. u.a. Schwartz 1994).

Institutionenvertrauen bedeutsam ist (ebd.: 484). Die stärksten positiven Einflüsse konnten sie dabei für Werte, die Sicherheits-, Traditions- und Konformitätsdenken ausdrücken, nachweisen, während der stärkste negative Einfluss von Selbstbestimmungswerten ausging (ebd.: 482).

Auf Basis dieser Ergebnisse gehen wir davon aus, dass der Einfluss von Werten auch bezüglich des Vertrauens in das Europäische Parlament durch die Eigenschaften, die man diesem als Institution zuschreibt, bestimmt wird. Nach der oben formulierten Annahme einer Generalisierung von Institutionenvertrauen ist die Zuschreibung dieser Eigenschaften abhängig von den Erfahrungen, die man mit nationalen Institutionen gemacht hat. Es wird angenommen, dass die Übereinstimmung der wahrgenommenen Werte einer Institution mit den individuell präferierten Werten einen verstärkenden Einfluss bei der Übertragung von generalisiertem Institutionenvertrauen auf die supranationale Ebene hat. Auch hier wird insbesondere die Wertedimension „Conservation vs. Openness to Change“ als ausschlaggebend angenommen, da sowohl nationale Institutionen, als auch das Europäische Parlament in seiner Eigenschaft als Institution die Gewährleistung von Werten wie „nationale Sicherheit“, „gesellschaftliche Ordnung“ oder „Harmonie“ stützen: *Je stärker ein Individuum Werte der Higher-Order-Dimension „Conservation“ vertritt, desto höher ist sein Vertrauen in das Europäische Parlament (H2a)*, während Werte wie „Selbstbestimmung“, „Unabhängigkeit“ oder „Freiheit“ mit einer skeptischeren Einstellung zu Institutionen einhergehen: *Je stärker ein Individuum Werte der Higher-Order-Dimension „Openness to Change“ vertritt, desto geringer ist sein Vertrauen in das Europäische Parlament (H2b)*.

Die vorangegangenen Überlegungen zeigen, dass das Institutionenvertrauen, beziehungsweise der Grad der politischen Unterstützung nach Easton, stark durch Systemeigenschaften und Performanzindikatoren auf Ebene des nationalen Kontextes beeinflusst wird. Dabei ist im Sinne des Kongruenzmodells davon auszugehen, dass politische Unterstützung steigt, wenn der Output eines Systems den Erwartungen der Bürger entspricht (Easton 1976: 436). Hierbei sind zwei Dimensionen kontextueller Einflüsse zu berücksichtigen, die zugleich wesentliche Handlungsbereiche eines Systems abdecken. Sie bestehen im politischen und ökonomischen Kontext.

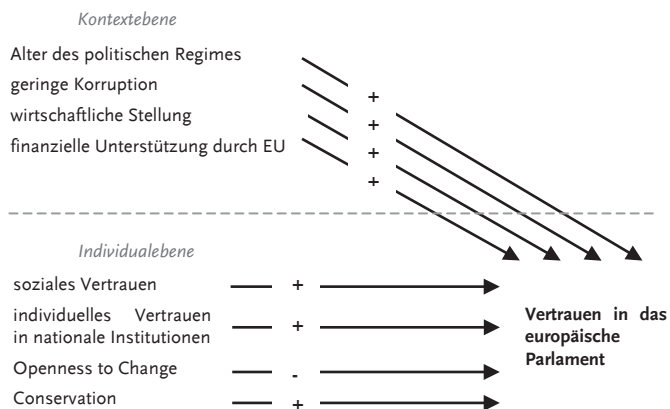
Die Annahme einer Wirkung der politischen Dimension auf das individuelle Vertrauen in Institutionen – seien sie national oder supranational – kann in vielerlei Hinsicht begründet werden. Zum einen scheint es naheliegend, dass sich in verschiedenen Nationen mit ganz unterschiedlichem demokratischen Werdegang auch völlig andere Einstellungen zu Institutionen herausgebildet haben und diese quasi pfadabhängige Entwicklung auch auf das Vertrauen des Einzelnen wirkt. So stellt Braun (2010) fest, dass die neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas deutlich weniger politisches Vertrauen aufweisen, als die etablierten Demokratien Westeuropas. Nach Bühlmann und Kunz (2011) könnte dies dadurch begründet sein, dass die Legitimität von politischen Institutionen in Westeuropa historisch stärker verwurzelt ist. Ob dies in gleichem Maße für die europäischen Institutionen gilt, ist dabei unklar, da diese selbst alles andere als althergebracht sind. Die Annahme, dass Vertrauen in Institutionen in postsozialistischen Mitgliedstaaten geringer ist, soll aufgrund der Generalisierungslogik dennoch beibehalten werden: *Je älter das bestehende politische Regime eines Staates, desto höher ist das individuelle Vertrauen in das Europäische Parlament (H3a).*

Neben diesem Einflussfaktor, der auf die grundsätzliche Ausprägung von Vertrauen wirkt, stellt auch die wahrgenommene Vertrauenswürdigkeit einer Institution einen maßgeblichen Bestandteil der Kontexteinflüsse innerhalb der politischen Dimension dar (Kotzian 2011: 30). Der Grad der Korruption innerhalb eines Systems gilt im Rahmen von Untersuchungen des Vertrauens in nationale Institutionen als gängiger Indikator für diese Komponente (vgl. u.a. Freitag & Bühlmann 2005; Kelleher & Wolak 2007; Kotzian 2011): *Je geringer die wahrgenommene Korruption in einem Land, desto höher ist das individuelle Vertrauen in das Europäische Parlament (H3b).*

Der Einfluss der Leistung eines Systems beziehungsweise einer Regierung im ökonomischen Bereich auf das individuelle Vertrauen und die Unterstützung von nationalen Institutionen wurde häufig untersucht. Demnach wird ein Zusammenhang zwischen objektiven makroökonomischen Faktoren, wie beispielsweise dem Bruttoinlandsprodukt und der Vertrauensbildung vermutet (vgl. u.a. Kelleher & Wolak 2007; Kotzian 2011): *Je besser die wirtschaftliche Situation in einem Staat, desto höher ist das individuelle Vertrauen in das Europäische Parlament (H4).*

Dalton (2004) weist jedoch darauf hin, dass solch objektive Kriterien mitunter stark von der Wahrnehmung der Bevölkerung abweichen und letztere viel stärker auf die Unterstützung einer Institution wirkt. Im Gegensatz zur politischen Dimension, deren Performanzindikatoren über die Zeit hinweg stabil wirken und tief in den Grundfesten eines Systems verankerte Strukturen darstellen, sind objektive makroökonomische Gegebenheiten größeren Schwankungen unterlegen. Hinzu kommt möglicherweise eine starke Variation ihrer Wirkung auf die Meinungsbildung des Einzelnen, abhängig von der Art und Weise in der Informationen hierzu von Politik und Medien vermittelt werden. Im Gegensatz dazu folgt die individuelle Wahrnehmung der ökonomischen Stellung eines Landes einer völlig anderen Logik und ist viel stärker an die gegenwärtige Situation eines Individuums gebunden. Diese Annahme gilt es in späteren Analysen zu kontrollieren.

Neben diesen nationalen Indikatoren liegt es nahe, auch einen kontextuellen Einfluss zu testen, der in direktem Bezug zur Europäischen Union steht und eine Verbindung zwischen dem Wirkungsbereich der EU und Performanz auf nationaler Ebene herstellt: Zahlungen der EU an ihre Mitgliedsstaaten. Der bisherigen Logik folgend müsste hierbei ein negativer Einfluss angenommen werden, da die Staaten, welche Hilfszahlungen beziehen, eine schlechtere ökonomische Performanz aufweisen. Abseits der theoretischen Grundlage ist es jedoch naheliegend zu vermuten, dass ein solch direkter Einfluss der Leistung der Europäischen Union stärker wirkt als die Generalisierung in Abhängigkeit von nationaler Performanz, was einen positiven Einfluss suggeriert: *Je höher die finanzielle Unterstützung durch die EU, desto höher ist das individuelle Vertrauen in das Europäische Parlament (H5).*

Abbildung 2: Modell der Kontext- und Individualhypothesen

Quelle: Eigene Darstellung

Analysestrategie

Da sich die im vorangegangenen Teil entwickelten Hypothesen sowohl auf Individual- als auch auf Kontexteinflüsse beziehen, bedarf es einer Methode, die diese hierarchische Struktur angemessen modelliert und die Wirkungsweisen und Varianzanteile beider Ebenen simultan berücksichtigt (vgl. u.a. Hox 1998; Snijders & Bosker 1999; Hox 2002; Langer 2009). Aus diesem Grund bietet sich angesichts der vorliegenden Forschungsfrage eine Mehrebenenanalyse an.

Die Individualdaten der folgenden Analyse basieren auf Daten der fünften Welle des European Social Survey (ESS), welche vom Sommer 2010 bis zum Sommer 2011 erhoben wurden. Da für die hier zu untersuchende Fragestellung einzig Befragte aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union relevant sind, werden alle Nationen, auf die dies nicht zutrifft, aus der Analyse ausgeschlossen. Darüber hinaus liegen keine Daten aus Italien, Luxemburg, Lettland, Litauen, Malta, Österreich und Rumänien vor, weshalb nur die 20 verbleibenden Mitgliedsländer untersucht werden können.

Die verwendeten Kontextdaten stammen neben Angaben des Europäischen Parlaments von Transparency International, der Worldbank und aus dem Polity IV Datensatz.

Aus der Fragestellung und den Hypothesen dieser Arbeit ergibt sich das Vertrauen in das Europäische Parlament als abhängige Variable der folgenden Untersuchung. Des Weiteren werden soziales Vertrauen (Index aus drei hierzu im ESS enthaltenen Indikatoren), ebenso wie die Higher-Order Wertedimensionen *Openness to Change* und *Conservation* und drei Variablen zur individuellen Zufriedenheit mit nationalen Institutionen³ (Polizei, Gerichte und Regierung) als unabhängige Variablen auf Individualebene hinzugezogen.

Darüber hinaus werden die Einflüsse der verbleibenden Wertedimension nach Schwartz kontrolliert, ebenso wie die soziodemografischen Variablen Alter, Bildung und Geschlecht und eine sozioökonomische Variable zur Zufriedenheit mit dem eigenen Haushaltsnettoeinkommen.

Auf Ebene der Gruppenkontexte werden die verstrichenen Jahre seit dem letzten Regimewechsel, der Corruption Perception Index (CPI), das Bruttoinlandsprodukt und eine Variable zum Status als Nettozahler oder –Empfänger von EU-Finanzmitteln in die Analyse miteinbezogen.

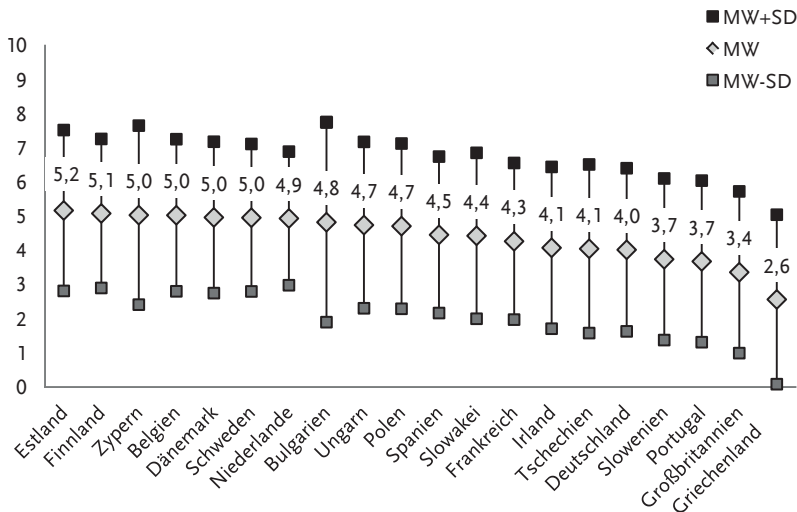
Sofern es sich nicht um Dichotomien handelt, werden alle unabhängigen Variablen und Kontrollvariablen vor Durchführung der Mehrebenenanalyse anhand des Grand Means zentriert, was verschiedene Vorteile bietet: Erstens erhalten Variablen somit einen plausiblen Nullpunkt, zweitens kann die Regressionskonstante als kontextübergreifender Schätzwert für Personen mit Merkmalen mittlerer Ausprägung interpretiert werden und drittens verringert sich die Kovarianz zwischen den Varianzkomponenten der Regressionskoeffizienten und der Konstanten (Braun et al. 2010: 31).

³ An dieser Stelle wurde bewusst davon abgesehen das explizite Vertrauen in die jeweiligen nationalen Institutionen als unabhängige Variable zu wählen, da dieses im ESS in der gleichen Fragebatterie wie die abhängige Variable erhoben wird und zu befürchten ist, dass die Antworten durch einen Halo-Effekt verzerrt sind (vgl. u.a. Diekmann 2007: 464f.).

Analyse

In Abbildung 3 zeigt sich, dass bezüglich der abhängigen Variable deutliche Unterschiede im Ländervergleich zu beobachten sind. Das Maximum findet sich mit einem durchschnittlichen Wert von 5,2 in Estland, während Griechenland mit einem Wert von 2,6 das Minimum repräsentiert. Der gesamteuropäische Mittelwert (nicht dargestellt) des individuellen Vertrauens in das Europäische Parlament liegt bei 4,2 Skalenpunkten und deckt damit angesichts der 10-stufigen Skala ein insgesamt recht geringes Vertrauensniveau auf.

Abbildung 3: Mittelwerte des Vertrauens in das Europäische Parlament



Quelle: Eigene Darstellung

Mittelwerte und Streuung der Variable „trust in the European Parliament“ (Skala 0= „no trust at all“ bis 10= „complete trust“),

Bemerkenswert ist an dieser Stelle, dass – entgegen der zuvor aufgestellten Vermutung – anhand des Mittelwertvergleichs kein geringeres Vertrauensniveau in osteuropäischen Ländern zu erkennen ist. Vielmehr zeigt sich für die Mehrheit derselben gar ein überdurchschnittliches Maß an Vertrauen in das Europäische Parlament. Dies mag den Krisen geschuldet sein, die zum Zeitpunkt der Erhebung in vielen Ländern

Europaskepsis auf der einen (man beachte an dieser Stelle die niedrigen Werte in Griechenland und Portugal) und Hoffnung auf ein gelungenes Krisenmanagement auf der anderen Seite geschürt haben. Es mag jedoch auch darauf zurückzuführen sein, dass in den jüngeren Mitgliedsstaaten noch eine gewisse Euphorie hinsichtlich der neuen Möglichkeiten, die sich durch den Beitritt ergeben, herrscht.

Angesichts der beobachteten nationalen Mittelwertunterschiede scheint die Untersuchung möglicher Makroeffekte auf das individuelle Vertrauen in das Europäische Parlament sinnvoll.

Die folgende Mehrebenenanalyse (Random Intercept Fixed Slope)⁴ basiert auf der Restricted-Maximum-Likelihood-Schätzung (REML). Im Gegensatz zu der Full-Information-Maximum-Likelihood-Schätzung (FIML) berücksichtigt diese in ihrer Likelihood-Funktion nur die Varianzkomponenten der Fehlerterme, nicht jedoch die Regressionsparameter. Das REML-Verfahren bietet sich bei wenigen vorliegenden Gruppen an, da es in diesem Fall genauere Schätzer produziert (Langer 2009: 102f.). Grundsätzlich lautet die Daumenregel, dass *vielen* Gruppen ab einer Zahl von etwa 30 vorliegen (Snijders & Bosker 1999: 56). Da im vorliegenden Fall jedoch nur 20 Länder einbezogen und darüber hinaus keine Random Slopes und Interaktionsterme untersucht werden, wird demnach die REML-Schätzung verwendet. Das vollständige Modell gestaltet sich dabei wie folgt:

$$trstep_{ij} = \gamma_{00} + \gamma_{Individualvariablen_{ij}} + \gamma_{Kontrollvariablen_{ij}} + \gamma_{Aggregatvariablen_{ij}} + u_{0j} + r_{ij}$$

⁴ In diesem Fall wird angenommen, dass die Steigung der Regressionsgeraden nicht variiert.

Tabelle 1: Mehrebenenmodelle

	Modell 0	Modell 1	Modell 2	Modell 3
<i>Fixe Effekte</i>				
Konstante	4,414***	4,409***	4,389***	4,340***
<i>Level 1</i>				
Conservation		0,078***	0,085***	-0,003
Openness to Change		0,119***	0,089***	0,114***
Soziales Vertrauen			0,346***	0,204***
Zufr. Polizei				0,145***
Zufr. Gerichte				0,454***
Zufr. Regierung				0,339***
Alter				
Bildung				
Geschlecht				
Zufr. Einkommen				
Self-Enhancement				
Self-Transcendence				
<i>Level 2</i>				
Regimedauer				
CPI				
BIP				
Nettoempfänger				
<i>Varianzkomponenten</i>				
σ^2	5,494	5,480	5,115	4,300
τ_{00}	0,500	0,509	0,410	0,349
<i>Modellgüte</i>				
R ² Level 1		0,003	0,069	0,217
R ² Level 2		-0,017	0,180	0,302
ICC	0,083	0,085	0,074	0,075
-2 Log Likelihood	146695,778	146625,154	144403,288	138823,218
% Devianzreduktion ^{a)}		0,048	1,563	5,367
N (Level 1)	32.279	32.279	32.279	32.279
N (Level 2)				

Modell 4	Modell 5	Modell 6a	Modell 6b	Modell 6c	Modell 6d
4,270***	4,273***	4,252***	4,285***	4,272***	4,017***
0,082***	-0,005	-0,006	-0,006	-0,006	-0,006
0,003	-0,083***	-0,083***	-0,083***	-0,082***	-0,083***
0,192***	0,189***	0,190***	0,190***	0,190***	0,189***
0,167***	0,164***	0,165***	0,165***	0,164***	0,164***
0,428***	0,428***	0,428***	0,428***	0,428***	0,428***
0,335***	0,336***	0,337***	0,337***	0,337***	0,337***
-0,012***	-0,011***	-0,011***	-0,011***	-0,011***	-0,011***
0,058***	0,050***	0,050***	0,050***	0,050***	0,050***
0,109***	0,105***	0,105***	0,105***	0,105***	0,105***
0,092***	0,093***	0,094***	0,094***	0,094***	0,093***
	0,101***	0,100***	0,100***	0,100***	0,101***
	0,147***	0,147***	0,147***	0,147***	0,147***
		-0,014***			
			-0,156*		
				-0,043**	
					0,464+
4,239	4,228	4,228	4,228	4,228	4,228
0,338	0,336	0,155	0,269	0,220	0,296
0,228	0,230	0,230	0,230	0,230	0,230
0,323	0,328	0,691	0,462	0,559	0,408
0,074	0,074	0,035	0,060	0,050	0,065
138387,688	138318,552	138312,804	138316,957	138316,415	138316,115
5,663	5,711	5,715	5,712	5,712	5,712
32.279	32.279	32.279	32.279	32.279	32.279
		20	20	20	20

Quelle: Eigene Darstellung

Signifikanzniveaus: +p<0,1, *p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001, AV: Vertrauen in das EP (Skala 0 bis 10), REML Schätzverfahren (mixed, SPSS), Fixed Slope; a) verglichen mit dem Nullmodell

Der anhand des Nullmodells berechnete Intraklassenkorrelationskoeffizient (ICC) zeigt in einem ersten Schritt, dass 8,3 Prozent der Varianz des individuellen Vertrauens in das Europäische Parlament auf Einflüsse zurückgeführt werden kann, die sich aus der Unterschiedlichkeit der europäischen Staaten ergeben. Wenngleich dieser Anteil vergleichsweise gering ist, so scheint es doch Kontexteinflüsse zu geben, deren Untersuchung sich lohnt.

Die Modelle 1 bis 5 schließen nacheinander vorerst aus der Theorie heraus erklärende Variablen zur Überprüfung der Hypothesen und ab Modell 4 soziodemographische und sozioökonomische Kontrollvariablen sowie in Modell 5 die verbleibende Higher-Order-Wertedimension als Kontrollvariablen ein. Auffällig ist, dass in Modell 5, dem vollständigen Individualmodell, neben 23 Prozent der Varianz auf Level 1 auch rund 33 Prozent der Varianz auf Ebene der Gruppenkontexte erklärt werden kann. Dies deutet auf einen Kompositionseffekt hin, der in spezifischen nationalen Mustern gründet – besonders hinsichtlich des sozialen Vertrauens und der Zufriedenheit mit nationalen Institutionen.

In den Modellen 6a bis 6d sind zudem die Aggregatvariablen miteingeschlossen. Aufgrund hoher Multikollinearität kann dabei jeweils nur eine Kontextvariable in ein Modell aufgenommen werden. Die beste Erklärungskraft liefert Modell 6a, welches die Dauer des gegenwärtigen Regimes beinhaltet. Nach wie vor können rund 23 Prozent der Varianz auf Level 1 und zudem fast 70 Prozent der Varianz auf Level 2 erklärt werden. Hinsichtlich letzterer muss jedoch auf den eingangs beschriebenen Intraklassenkorrelationskoeffizienten des Nullmodells hingewiesen werden, welcher angibt, dass nur rund 8 Prozent der gesamten Varianz auf Kontexteinflüsse zurückgeführt werden können, sodass selbst eine hohe Varianzaufklärung auf Level 2 nur einen vergleichsweise kleinen Teil der Gesamtvarianz aufklären kann.

Resultate und Interpretation

Hypothese 1a legt einen vermuteten Zusammenhang zwischen generalisiertem interpersonalem Vertrauen und dem Vertrauen in das Europäische Parlament nah. Diese Annahme wurde untersucht, indem im Rahmen der Analyse der Einfluss sozialen Vertrauens getestet wurde. Es

zeigt sich, dass dieser zwar durchweg positiv und hoch signifikant ist, jedoch unter Kontrolle der Zufriedenheit mit nationalen Institutionen, soziodemographischen und sozioökonomischen Variablen, sowie der zwei weiteren Higher-Order-Wertedimensionen an Stärke verliert. Soziales Vertrauen scheint das Vertrauen in das Europäische Parlament demnach über alle Länder hinweg und unabhängig von anderen Variablen auf der Individualebene zu beeinflussen: Je mehr ein Individuum dazu in der Lage ist, seinen Mitmenschen zu vertrauen, desto höher ist auch sein Vertrauen in das Europäische Parlament. Diese Beobachtung entspricht der Annahme aus Hypothese 1a, womit diese im Rahmen dieses Beitrags als bestätigt angesehen wird.

Hypothese 1b impliziert gemäß der Annahme einer Generalisierung von Institutionenvertrauen einen positiven Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in nationale Institutionen und dem Vertrauen in das Europäische Parlament. Um dies zu testen wurden Variablen zur Zufriedenheit mit Polizei, Gerichten und der Regierung als Ersatz herangezogen. Die Analyse zeigt, dass die Einflüsse dieser Variablen auf das Vertrauen in das Europäische Parlament sowohl in allen Individualmodellen als auch in den Kontextmodellen positiv und hoch signifikant sind. Hinzu kommt, dass die Erklärungskraft des Modells bei Hinzunahme der drei Variablen den deutlichsten Anstieg aufweist. Diese Beobachtungen sprechen dafür, dass die Zufriedenheit mit nationalen Institutionen über alle Länder hinweg zu einer erhöhten Bereitschaft führt, dem Europäischen Parlament zu vertrauen, was der Generalisierungsannahme aus Hypothese 1b entspricht. Allerdings geschieht dies unter dem Vorbehalt, dass die ausgewählten Variablen möglicherweise keine perfekten Indikatoren für das Vertrauen in nationale Institutionen darstellen. Es ist nicht auszuschließen, dass Befragte zwar in einem bestimmten Rahmen zufrieden mit ihrer nationalen Regierung sind oder die Arbeit der Polizei und Gerichte als gut erachten, aber dennoch auf einer echten Vertrauensskala einen anderen Wert für diese Institutionen angeben würden, da Vertrauen, wie sich aus der Theorie ergibt, mehr ist als bloße Zufriedenheit mit der Performanz von Institutionen. Aus diesem Grund liefern die Analyseergebnisse zwar einen ersten Hinweis dafür, dass die Generalisierungshypothese zutrifft, können diese jedoch nicht endgültig bestätigen. Unabhängig davon lassen sich die Ergebnisse allerdings im Sinne des Kongruenzmodells

interpretieren: Es scheint zuzutreffen, dass Befragte, die mit ihren nationalen Institutionen zufrieden sind, diese Zufriedenheit auf das Vertrauen in supranationale Institutionen übertragen. Über die Gründe dafür, welche laut dem Kongruenzmodell vor allem in der Distanz zu supranationalen Institutionen und der damit einhergehenden Unwissenheit in Hinblick auf deren Arbeitsweise liegen, lassen sich jedoch anhand der durchgeführten Analysen keine Aussagen treffen.

In Bezug auf die Hypothesen zum Einfluss der individuellen Wertedimension zeigt sich ein eher ernüchterndes Bild. Die Varianzaufklärung der Higher-Order-Dimensionen strebt gen Null und auch die Signifikanzen und Wirkungsrichtungen der Effekte sind über die Modelle hinweg, je nach Kombination mit anderen Variablen, starken Schwankungen ausgesetzt. Dabei zeigt sich zumindest in den vollständigen Modellen (5 bis 6d) der vermutete negative Einfluss von Werten, die unter *Openness to Change* subsummiert sind. Aufgrund der minimalen Varianzaufklärung muss jedoch festgestellt werden, dass diese Variable trotz hoher Signifikanz nicht zur Erklärung der Übertragung von Vertrauen auf das Europäische Parlament beitragen kann. Ähnliches gilt für den Einfluss der Wertedimension *Conservation*, die darüber hinaus in-signifikante Koeffizienten produziert. Aus diesem Grund können die Hypothesen 2a und 2b weder angemessen verifiziert noch falsifiziert werden. Dieses Ergebnis mag verschiedene Ursachen haben. So ist zum einen denkbar, dass das Werteinventar nach Schwartz nicht abbilden kann, was beispielsweise Easton unter demokratischen Werten versteht. Sehr viel plausibler ist jedoch die Vermutung, dass das Europäische Parlament aufgrund seiner Distanz zur Lebensrealität des Bürgers in seiner Wirkungsweise so abstrakt und diffus erscheint, dass der Einzelne bei der Vertrauensgebung von ganz anderen Dingen geleitet wird als der eigenen Wertepreferenz. Hinzu kommt eine gewisse Problematik hinsichtlich der abhängigen Variablen selbst. Hier ist durchaus denkbar, dass die Befragten mit dem Vertrauen in das Europäische Parlament eine Vielzahl verschiedener Aspekte assoziieren, die weder einzig auf das Parlament bezogen sind, noch speziell Vertrauen abbilden, sondern vielmehr die allgemeine Einstellung in Hinblick auf die Europäischen Union betreffen. Da jedoch im ESS keine weiteren Variablen enthalten sind, die einen direkten Bezug zur Bewertung der EU implizieren, lässt

sich diese Vermutung anhand der gegebenen Datenbasis nicht untersuchen.

Hinsichtlich der Hypothesen zu den drei Kontextvariablen mit Bezug auf die nationalstaatliche Performanz zeigt sich ein unerwartetes Ergebnis – besonders aufgrund der Tatsache, dass Hypothese 1b zumindest mit Hilfe der verwendeten Zufriedenheitsvariablen als bestätigt angesehen werden kann. Statt der vermuteten positiven Wirkung hoher wirtschaftlicher und politischer Performanz ist ein negativer Einfluss der entsprechenden Variablen zu beobachten. Die Hypothesen 3a bis 4 können damit nicht bestätigt werden. Vielmehr legt dieses Resultat nahe, dass das Kongruenzmodell im Falle der Wirkung des nationalen Kontextes auf das Vertrauen in das Europäische Parlament nicht zutreffend ist und innerhalb der Bevölkerung von Staaten mit längerer demokratischer Tradition, geringer Korruption und hoher Wirtschaftskraft ein geringeres Vertrauensniveau vorherrscht. Verglichen mit den Ergebnissen der individuellen Bewertung nationaler Institutionen, erscheint dies paradox. Während das Kongruenzmodell in letzterem Fall zuzutreffen scheint, legt die Wirkung des nationalen Kontextes einen Mechanismus im Sinne des Inkongruenzmodells nahe, auch wenn hier eine differenziertere Untersuchung vonnöten ist, um zu überprüfen, ob im Umkehrschluss in Ländern mit geringer Performanz demnach ein höheres Vertrauensniveau vorliegt. Eine Begründung für diese scheinbar gegensätzlichen Resultate könnte darin liegen, dass die individuelle Bewertung von Institutionen gemäß Dalton (2004) einer anderen Logik folgt als die Wirkungsweise objektiver Makroeinflüsse und dass in Ländern, die ein hohes Maß an Stabilität und ökonomischer Sicherheit bieten, sehr viel mehr Skepsis in Hinblick auf einen gefürchteten Verlust nationaler Souveränität herrscht. Hinzu kommen weitere Ängste, die bezüglich der Arbeitnehmerfreizügigkeit, der Krisen der vergangenen Jahre und auch der wachsenden Hilfszahlungen an schwächere Mitglieder der EU zu vermuten sind. Gegebenenfalls sind jedoch die Bevölkerungen besser gestellter Staaten generell skeptischer – auch hinsichtlich der eigenen nationalen Institutionen – weshalb es naheliegt, zu vermuten, dass der beobachtete positive Einfluss der Bewertung von Regierung, Polizei und Justiz nicht kontextabhängig, sondern staatenübergreifend wirkt.

Im Gegensatz zu den nationalen Performanzindikatoren, zeigt die Variable zum Status als Nettoempfänger, beziehungsweise –zahler die erwartete positive Wirkungsrichtung. Dies hat zweierlei Implikationen für die Schlüsse, die aus dieser Arbeit gezogen werden können. Zum einen ist die Erwartung bestätigt, dass dort, wo die Europäische Union einen direkten finanziellen Vorteil birgt, auch in höherem Maße vertraut wird: dass also im Falle eines direkten Einflusses Vertrauen auch direkt übertragen wird. Sofern der Status als Nettoempfänger als Defizit der nationalen Performanz aufgefasst wird, stützt es zum anderen die oben erwähnte Annahme, dass bezüglich der Kontexteinflüsse nicht das Kongruenz- sondern vielmehr das Inkongruenzmodell Anwendung finden sollte. Denn in diesem Fall kompensiert die Europäische Union Mängel auf nationalstaatlicher Ebene. Diese Leistung ist natürlich nicht einzig auf das Europäische Parlament zurückzuführen, da jedoch aus bereits beschriebenen Gründen davon auszugehen ist, dass mit der Frage auch andere europäische Institutionen assoziiert wurden, erscheint diese Vermutung plausibel. Hypothese 5 kann damit als bestätigt angesehen werden.

Fazit

Im Rahmen dieser Arbeit kann bestätigt werden, dass Vertrauen übertragen wird, sofern Individuen mit den nationalen Institutionen zufrieden sind. Diese Übertragung geschieht jedoch unabhängig vom objektiven makroökonomischen oder politischen Kontext, welcher – zumindest in seinem direkten Einfluss auf das Vertrauen – im genauen Gegenteil resultiert. Damit lassen sich die Ergebnisse sowohl in Richtung des Kongruenzmodells als auch in Richtung des Inkongruenzmodells interpretieren. Dies erscheint zunächst konträr, die Widersprüche lassen sich jedoch auflösen, wenn man berücksichtigt, dass die Effekte auf unterschiedlichen Ebenen auftreten. Hier sollten in künftigen Analysen Cross-Level-Interaktionseffekte geprüft werden, um festzustellen inwieweit der Effekt der individuellen Zufriedenheit durch die nationale Performanz beeinflusst wird. Wird dieses Zusammenspiel jedoch, wie im vorliegenden Fall, nicht berücksichtigt, so zeigt sich, dass diejenigen, die mit ihrem nationalen System zufrieden sind, Vertrauen

auch auf die europäische Ebene übertragen, diejenigen, die jedoch zufrieden sein sollten, es nicht tun. Die Frage warum Bürger in besser gestellten Mitgliedstaaten weniger Vertrauen in das Europäische Parlament aufweisen, stellt einen interessanten Anknüpfungspunkt für anschließende Forschungsvorhaben dar. Einige Vermutungen wurden bereits im vorangegangenen Kapitel angeführt, es scheint jedoch lohnenswert auch hier künftig sowohl Cross-Level-Interaktionen zu berücksichtigen, als auch einzelne Länder separat zu untersuchen. Letzteres würde zudem ermöglichen, länderspezifische Erklärungen aufzudecken, was im Rahmen der hier durchgeführten Analyse nicht möglich ist.

Neben der Erklärung von Vertrauen über die Zufriedenheit mit nationalen Institutionen spielt, wie sich in den Analysen bestätigt, auch das Vorhandensein von sozialem Vertrauen eine Rolle. Da allerdings die Erklärungskraft von interpersonalem Vertrauen und Zufriedenheit mit nationalen Institutionen auch unter Kontrolle soziodemographischer und sozioökonomischer Faktoren nicht ausreicht, um das Vertrauen in das Europäische Parlament erschöpfend zu erklären, erscheint es naheliegend, sowohl auf Basis individueller Eigenschaften und Einstellungen als auch auf der Kontextebene nach weiteren möglichen Erklärungsansätzen zu suchen. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass, Forschungsstand und Eigenarbeit zusammen genommen, das Vertrauen in das Europäische Parlament bei weitem nicht vollständig erschlossen ist. Im Rahmen weiterführender quantitativer Analysen ist zu empfehlen, einige bislang nicht getestete Einflussfaktoren wie zum Beispiel die politische Orientierung der Befragten, ihr generelles Interesse an europäischen Themen und ihre Kenntnisse des politischen Systems der EU sowie die Medienberichterstattung und die Präsenz von Parlamentariern im Mitgliedstaat zu berücksichtigen.

Was anhand der Ergebnisse dieser Arbeit vermutlich ausgeschlossen werden kann, sind Einflüsse der individuellen Wertpräferenz – zumindest nach dem Werteinventar von Schwartz. Der generelle Einfluss von Werten erscheint in diesem Zusammenhang zweifelhaft, da auch in anderen Studien, welche diesen zum Beispiel anhand des Inglehartschen „Materialismus-Postmaterialismus-Index“ testen, die Varianzaufklärung auffällig gering ist (vgl. u.a. Bonnet et al. 2007). Eine mögliche Erklärung für den marginalen Einfluss neben den oben bereits

getroffenen Vermutungen zu finden, gestaltet sich schwierig, und die Berücksichtigung der Wertepreferenz bei Untersuchungen mit ähnlichem Explanandum erscheint fragwürdig.

In vielerlei Hinsicht können die Ergebnisse dieser Arbeit die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Vertrauen in das Europäische Parlament dennoch bereichern. Denn auch wenn die Erklärungsleistung eher gering ist, lässt sich diese Einschätzung dadurch relativieren, dass eine Herangehensweise an das Thema gefunden wurde, die bestehende Ansätze ergänzt und die sowohl auf theoretischer als auch auf empirischer Basis Elemente einführt, die bislang nur bedingt Berücksichtigung fanden. Zudem ergibt sich im Rahmen dessen eine Vielzahl an Ideen für zusätzliche Forschung und auch der Ausschluss unzureichender Erklärungsfaktoren ist ein Beitrag zur Erschließung des Themas.

Die inhaltliche Botschaft der Ergebnisse bleibt jedoch ernüchternd. Impliziert diese doch, dass gerade in den wirtschaftlich starken und politisch stabilen Ländern, auf die sich hilfsbedürftige Mitglieder stützen müssen, ein generell stärkeres Misstrauen gegenüber der einzig demokratisch legitimierten Institution innerhalb der EU herrscht. Dies ist, hinsichtlich der Idee einer Gemeinschaft, die auf dem Prinzip intensiver Zusammenarbeit und länderübergreifender Solidarität gründet, ein bedenkliches Ergebnis. Ob man vor dem Hintergrund der Ergebnisse jedoch in Teilen der Europäischen Union von einer Vertrauens*krise* sprechen kann, bleibt offen. Denn wenngleich dieser Beitrag zeigt, dass das Vertrauensniveau insgesamt auffällig gering ist und Misstrauen mitunter durch nationale Kontexteinflüsse (gar strukturell) verstärkt wird, so bleibt dieses Ergebnis in Hinblick auf den „Krisenaspekt“ ein beschreibendes. Eine Krise würde aus dem niedrigen Vertrauensniveau dann resultieren, wenn dieses durch öffentliche Meinung und Politik als Defizit wahrgenommen wird und die Legitimation der Europäischen Union damit tatsächlich gefährdet. Dies zu untersuchen und das Krisenpotenzial zu bewerten, bleibt der Anschlussforschung überlassen.

Literatur

- Anderson, Christopher J. (1998): When in Doubt, Use Proxies: Attitudes toward Domestic Politics and Support for European Integration. In: *Comparative Political Studies* 31: 569-601.
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (1969): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt a.M.
- Bonet, Eduardo/Muñoz, Jordi/Torcal, Mariano (2007): Trust in the European Parliament. Individual and Contextual Determinants. In: *IntUne Papers – Integrated and United: A quest for Citizenship in an ‘ever closer Europe’* No.MA-07. URL: [http://www.intune.it/file_download/58/Spanish\(09.01.2014\)](http://www.intune.it/file_download/58/Spanish(09.01.2014)).
- Braun, Daniela (2010): Politisches Vertrauen in neuen Demokratien Europas. Ein tausch- oder gemeinschaftsbasiertes Phänomen? *Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung*: 131.
- Braun, Daniela/Seher, Nicole/Tausendpfund, Markus/Wolsing, Ansgar (2010): Einstellungen gegenüber Immigranten und die Zustimmung zur Europäischen Integration. Eine Mehrebenenanalyse. *Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung*: 136.
- Bühlmann, Marc/Kunz, Ruth (2011): Confidence in the Judiciary: Comparing the Independence and Legitimacy of Judicial Systems. In: *West European Politics* 34(2): 317-345.
- Citrin, Jack (1974): Comment: The political relevance of trust in government. In: *American Political Science Review* 68(3): 973-988.
- Dalton, Russel J. (2004): *Democratic Challenges, Democratic Choices – The Erosion of the Political Support in Advanced Industrial Democracies*. Oxford.
- Devos, Thierry/Spini, Dario/Schwartz, Shalom H. (2002): Conflicts among human values and trust in institutions. In: *British Journal of Social Psychology* 41: 481-494.
- Díez Medrano, Juan (1995): *La Opinión Pública Española y la Integración Europea: 1994*. Madrid.
- Easton, David (1965): *A Systems Analysis of Political Life*. New York/NY.
- Easton, David (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support. In: *British Journal of Political Science* 5(4): 435-457.
- Easton, David (1976): Theoretical Approaches to Political Support. In: *Canadian Journal of Political Science* 9(3): 431-448.

- Europäisches Parlament (2010): Zusatzthema zu Modul 7 Der Haushalt der EU: Nettozahler und Nettoempfänger in der EU. URL: http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/modul_07/Zusatzthemen/Pdf/Nettozahler.pdf (09.01.2014).
- Freitag, Markus/Bühlmann, Marc (2005): Politische Institutionen und die Entwicklung generalisierten Vertrauens. Ein internationaler Vergleich. In: Politische Vierteljahresschrift 46(4): 575-601.
- Frings, Cornelia (2010): Soziales Vertrauen. Eine Integration der soziologischen und der ökonomischen Vertrauensstheorie. Wiesbaden.
- Gabriel, Oscar W./Kropp, Sabine (2008): Einleitung: Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. In: Gabriel, Oscar W./Kropp, Sabine (Hrsg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. 3. Auflage. Wiesbaden: 11-30.
- Hox, Joop (1998): Multilevel Modeling: When and Why. In: Balderjahn, I./Mathar, R./ Schader, M. (Hrsg.): Classification, data analysis and data highways. New York/NY: 147-154.
- Hox, Joop (2002): Multilevel Analysis: Techniques and Applications. London.
- Karp, Jeffrey A./Banducci, Susan A./Bowler, Shaun (2003): To know it is to love it? Satisfaction with Democracy in the European Union. In: Comparative Political Studies 36(3): 271-292.
- Kelleher, Christine A./Wolak, Jennifer (2007): Explaining Public Confidence in the Branches of State Government. In: Political Research Quarterly 60(4): 707-721.
- Kotzian, Peter (2011): Conditional trust: The role of individual and system-level features for trust and confidence in institutions. In: Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft 5(1): 25-49.
- Kritzinger, Sylvia (2003): The Influence of the Nation-State on Individual Support for the European Union. In: European Union Politics 4(2): 219-241.
- Langer, Wolfgang (2009): Mehrebenenanalyse: Eine Einführung für Forschung und Praxis. 2. Auflage. Wiesbaden.
- Luhmann, Niklas (1973): Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. 2. Auflage. Stuttgart.
- Luhmann, Niklas (2000): Familiarity, Confidence, Trust: Problems and Alternatives. In: Gambetta, Diego (Hrsg.) Trust: Making and Breaking Cooperative Relations. Oxford: 94-107.

- Muñoz, Jordi/Torcal, Mariano/Bonet, Eduardo (2011): Institutional trust and multilevel government in the European Union: Congruence or compensation? In: *European Union Politics* 12(4): 551-574.
- Putnam, Robert D. (1993): *Making Democracy Work. Civil Traditions in Modern Italy*. 5. Auflage. (Erstausgabe 1993). Princeton/NJ.
- Putnam, Robert D. (2000): *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. New York/NY u.a.
- Roth, Felix (2009): The effect of the financial crisis on systematic trust. In: *Intereconomics* 44(4): 203-208.
- Roth, Felix/Nowak-Lehmann D., Felicitas/Otter, Thomas (2011): Has the financial crisis shattered citizen's trust in national and European governmental institutions? Evidence from the EU member states 1999-2012. CEPS Working Document No. 343. URL: [http://www.ceps.eu/ceps/dld/4159/pdf\(09.01.2014\)](http://www.ceps.eu/ceps/dld/4159/pdf(09.01.2014)).
- Sánchez-Cuenca, Ignacio (2000): The Political Basis of Support for European Integration. In: *European Union Politics* 2000 1(2): 147-171.
- Schwartz, Shalom H. (1994): Are There Universal Aspects in the Structure and Contents of Human Values? In: *Journal of Social Issues* 50(4): 19-45.
- Schwartz, Shalom H./Sagie, Galit (2000): Value Consensus and Importance: A Cross-National Study. *Journal of Cross-Cultural Psychology* 31(4): 465-497.
- Snijders, Tom/Bosker, Roel (1999): *Multilevel Analysis: An introduction to basic and advanced multilevel modeling*. London.
- Transparency International (2010): *Corruption Perception Index*.
- Trenz, Hans-Jörg (2008): *Elements of Sociology of European Integration*. Arena Working Paper No. 11, Centre for European Studies, University of Oslo.
- Trüdinger, Eva-Maria (2008): Die Europäische Integration aus Sicht der Bevölkerung: Akzeptanz trotz Vielfalt? In: Gabriel, Oscar W./Kropp, Sabine (Hrsg.): *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*. 3. Auflage. Wiesbaden: 215- 235.
- Worldbank (2010): *Gross domestic product at purchasing power parity per capita*.
- Zmerli, Sonja / Newton, Kenneth / Montero, José Ramón (2007): Trust in people, confidence in political institutions, and satisfaction with democracy. In: Van Deth, Jan W./ Montero, José Ramón/Westholm, Anders (Hrsg.): *Citizenship and Involvement in European Democracies. A comparative analysis*. London, New York/NY: 35-65.
- Zmerli, Sonja/Newton, Kenneth (2008): Social Trust and Attitudes Toward Democracy. In: *Public Opinion Quarterly* 72(4): 706-724.

Debora Eicher

studierte Soziologie, Politikwissenschaft und Kommunikations- und Medienwissenschaften an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Seit April 2014 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arbeitsbereich Sozialstrukturanalyse der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Kontakt: debora.eicher@uni-mainz.de

Julian Kalcher

studierte Soziologie, Politikwissenschaft und Kommunikations- und Medienwissenschaften an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Er promoviert dort am Lehrstuhl für soziologische Theorie.

Katharina Kunißen

studierte Soziologie, Politikwissenschaft und Kommunikations- und Medienwissenschaften an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Seit April 2014 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arbeitsbereich Sozialstrukturanalyse der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Kontakt: katharina.kunissen@uni-mainz.de

Kolonisatoren von gestern, MitbürgerInnen von heute?

Wandelnde Grenzziehungen gegenüber der russischen Minderheit in Estland

Bianka Plüschke-Altöf

Abstract

Wer zum nationalen Wir gehört, wird erst in der Abgrenzung zu Anderen deutlich. Grenzen werden jedoch nicht nur in Krisenzeiten verhandelt, sondern auch an gewöhnlichen Tagen. Meine Analyse der estnischen Grenzziehungsprozesse gegenüber der russischen Minderheit schließt daher die Komponente des Wandels ein. Mithilfe einer eigens entwickelten Typologie der „Darstellungstechniken des Andersseins“ werden die Grenzziehungsdiskurse und ihre Folgen vom Beginn der russischen Zuwanderung 1965 bis zu den Bronzenen Nächten 2007 in einer Langzeitstudie aufgearbeitet.

Grenzen trennen nicht nur, sie vereinen auch. Das gilt sowohl für die geografischen als auch für die diskursiven Grenzen einer Nation. Wer zu der *imaginierten homogenen Gemeinschaft* gehört (Anderson 1991), wird erst durch die Abgrenzung zu Anderen deutlich. Denn nur durch die Grenzziehung nach Außen kann sich das nationale Wir dauerhaft konstituieren. Das gilt auch für die Identitätsbildung in der 1991 wiederhergestellten Republik Estland.

Diese stützt sich auf eine Vielzahl von Anderen. Dazu zählen einerseits interne Andere, wie die baltendeutschen, jüdischen, altgläubigen und südestnischen Minderheiten, und andererseits externe Andere wie das Baltikum und Skandinavien, die Europäische Union und Russland (Petersoo 2007). Vor dem Hintergrund der jahrzehntelangen sowjetischen Vorherrschaft auf estnischem Territorium gilt jedoch die russische Minderheit als *signifikantes negatives Anderes* des estnischen Selbst. Nach der Annexion Estlands im Zweiten Weltkrieg initiierte die Sowjetregierung einen „staatlich gesteuerten Bevölkerungsaustausch“ (Münch

2008: 96). Im Zuge dessen fielen bis zu zehn Prozent der estnischen Bevölkerung den Deportationswellen 1940/41 und 1948 zum Opfer (Urdze 2012: 199). Anschließend wurde die gezielte Zuwanderung russischer SowjetbürgerInnen organisiert. Das führte zu einer Reduzierung ethnischer EstInnen von 97 Prozent im Jahre 1945 auf 62 Prozent im Jahre 1989, sodass die russische Minderheit heute knapp ein Drittel der in Estland lebenden Bevölkerung ausmacht (Münch 2008: 96).

In der Analyse der estnisch-russischen Grenzziehungsprozesse folgen bisherige Studien größtenteils der Annahme, dass Grenzziehungen vor allem in Krisenzeiten verhandelt werden. Krisen offenbaren, wer wir und die Anderen sind. Der Fokus liegt daher auf ethnischen Konfliktsituationen, wie der Krise um die Ausländergesetzgebung 1993 und die Bronzenen Nächten 2007 (Aklaev 1999, Münch 2008, Selg 2013). Da Identitätsbildung ein Grenzziehungsprozess (Barth 1996), muss die Krisegebundenheit der bisherigen Forschung jedoch hinterfragt werden. Die *gewöhnlichen Tage* in den Blick zu nehmen (Billig 1995: 8), offenbart daher großes Potenzial für die Grenzziehungsforschung.

Um den Wandel und die Prozesshaftigkeit von Diskursen zu beleuchten, habe ich die Grenzziehung zur russischen Minderheit in Estland in einer Langzeitstudie aufgearbeitet. Im Ergebnis der Analyse steht ein Phasenmodell, welches den Zeitraum vom Beginn der forcierten Zuwanderung russischer SowjetbürgerInnen im Jahr 1965 bis zu den *Bronzenen Nächten 2007* umfasst, in denen die Verlegung eines von der Sowjetregierung zum Gedenken an den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg errichteten Denkmals in Tallinn zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Teilen der estnischen Mehr- und der russischen Minderheit führte.

Im Fokus stehen dabei die Darstellungen des estnischen Wir und der russische Anderen, anhand derer mithilfe einer eigens entwickelten Typologie der „Darstellungstechniken des Andersseins“ Rückschlüsse auf die Stärke der Grenzziehung und folglich auf die Möglichkeiten ihrer Überwindung geschlossen werden. Dementsprechend gibt das Phasenmodell nicht nur einen Überblick über Kontinuität und Wandel des estnischen Diskurses, sondern auch über die durch den Diskurs ermöglichten politischen Praxen.

Diskursive Grenzziehungen im Wandel

Wie die Dominanz von Grenzziehungsdiskursen in Estland und anderen Nationalstaaten zeigt, sieht sich die Nation als „Gesellschaft der Gleichen“ gezwungen (Steinbach 2004: 25), ihre Zugehörigkeit mithilfe von Grenzen gegenüber Anderen zu bestimmen. Indiz dafür ist die symptomatische Entstehung von Minderheiten seit Beginn der Nationalstaatsbildung (ebd.). Das schließt sowohl die Minderheiten ein, die durch Wanderungen über Grenzen entstehen als auch die, die durch die Verschiebung nationalstaatlicher Grenzen konstituiert werden (Steinbach 2004: 26). Letzteres trifft auf die Entstehung der russischen Minderheit zu, welche erst durch die Auflösung der Sowjetunion und der damit einhergehenden Wiederherstellung der Estnischen Republik im Jahre 1991 sichtbar wurde. Die Grundlage für diese Erkenntnis legte Barth bereits 1969, in dem er Grenzziehungen als das konstituierende Merkmal von Gruppenbildung definierte. Durch die Grenzziehung zu Anderen wird die eigene Besonderheit und Unverwechselbarkeit deutlich. Die Merkmale, die dabei als Distinktionskriterium dienen, variieren (Barth 1996: 79). Es kommt allein darauf an, dass die Unterschiede bewusst gemacht und anerkannt werden (Steinbach 2004: 26).

Grenzziehungen sind folglich kein Produkt *sui generis*, sondern werden von Menschen „gemacht“ und in realen geografischen, staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Grenzen manifestiert (Eder 2006). Den Fokus auf dieses „boundary making“ (Wimmer 2013: 204) legen Grenzziehungstheoretiker wie Alba (2005), Petersoo (2007) und Wimmer (2013). Sie gehen davon aus, dass Grenzziehungen gleichzeitig gegenüber mehreren Anderen erfolgen (Petersoo 2007: 117). Die Grenzen können dabei klar oder blass gezogen werden (Alba 2005: 22, 25). Wie stark die Grenzziehungen sind, hängt für Wimmer (2013: 58ff.) davon ab, wie die nationale Zugehörigkeit definiert ist. Für ihn gehen ethnische Nationsdefinitionen mit klaren, zivile hingegen mit blassen Grenzziehungen einher (ebd.). Während blasser Grenzziehungen Möglichkeiten für eine kollektive Grenzverschiebung bieten, sodass bisherige Andere Teil des nationalen Wirs werden, können klare Grenzen nur durch die Anpassung einzelner Individuen an die herrschende Wir-Gruppe überwunden werden (Alba 2005: 22).

Die Darstellung der Anderen und ihre Folgen

Um die Stärke einer Grenzziehung analytisch zu erfassen, spielt die diskursive Darstellung des Anderen eine entscheidende Rolle. Wer im Diskurs als *falsche Art Mensch* dargestellt wird (Alexander 2006: 56), kann nur schwer die Grenzen zum nationalen Wir überwinden. Wer hingegen als mustergültiges Integrationsbeispiel gilt, hat die Chance, diskursive und reelle Grenzen aufzulösen. Um der Frage nachzugehen, ab wann die Beschreibung des Anderen als so positiv zu bewerten ist, dass sie Möglichkeiten der Grenzverschiebung bietet, habe ich in der Auseinandersetzung mit bestehenden Grenzziehungs- und Otheringtheorien eine Typologie der „Darstellungsformen des Andersseins“ entwickelt, die im Folgenden vorgestellt wird. Die Formen unterscheiden sich vorrangig durch den Grad und die Bedeutung positiver Beschreibungen. Sie machen deutlich, dass nicht jede positive Beschreibung der Anderen auch zwangsweise positiv gemeint ist. Die Darstellungsformen sind idealtypisch und können aufgrund antagonistischer Positionen in kollektiven Identitätsdiskursen auch zeitgleich auftreten.

Klassisch: Freund-Feind Dichotomie

In der klassischen Freund-Feind Dichotomie werden nur negative Beschreibungen der Anderen verwendet. Indem die Anderen zum Feind erklärt werden, wird ihr Ausschluss mithilfe einer simplen Bedrohungsrhetorik gerechtfertigt. Denn wer unzivilisiert, antidemokratisch und damit gefährlich ist, kann rechtmäßig zum Schweigen gebracht und marginalisiert werden, um so die besten Mitglieder der Gemeinschaft vor den schlechtesten zu schützen (Alexander 2006: 61f.).

Dafür werden altbewährte Gegenüberstellungen von Gut und Böse in einen binären Diskurs auf den drei Ebenen Motive, Beziehungen und Institutionen überführt (Alexander 2006: 57). Auf diese Weise wird die Gesellschaft gesplittet in jene, die die nötigen Charaktereigenschaften und Beziehungen besitzen, um die richtigen Institutionen hervorzu- bringen und jene, denen sie nicht eigen sind (ebd.). Die charakterliche Unterscheidung zwischen aktiv und passiv sowie zurechnungsfähig und wahnsinnig begründet die Marginalisierung der Minderheit zu ihrem

eigenen Schutz sowie zum Schutze der Mehrheit und der Gesellschaft im Ganzen (ebd.). Während wir ehrlich und mitfühlend sind, sind die Anderen unwahrhaftig und selbstbezogen (Alexander 2006: 58). Dementsprechend bringen die klar abzugrenzenden Anderen patrimoniale und willkürliche institutionelle Strukturen hervor. Die Institutionen der Mehrheit sind dagegen durch ein meritokratisches und regelgeleitetes System gekennzeichnet (Alexander 2006: 59).

Niemals: Hierarchische Unterordnung

Die hierarchische Unterordnung schließt sich an das klassische Freund-Feind Schema an. Die Grenzen zwischen Uns und den absolut Anderen sind klar gezogen. Sie können *niemals* Teil von Uns werden. Said (2009) und Hall (1992) zeigen das anhand der Konstruktion des rückständigen Ostens bzw. Orients durch den „fortschrittlichen“ Westen.

Zentrale Merkmale der Niemals-Perspektive sind: die bedrohliche Darstellung des Anderen, die absolute und systematische Unterscheidung des hochwertigen Eigenen vom gleichbleibend minderwertigen Anderen sowie die Projektion eigener unerwünschter Elemente auf die Anderen (Hall 1992: 314; Said 2009: 345). Die Anderen sind immer das, was Wir nicht sind und damit auch konstitutiv für Uns. Hall (1992: 279, 314) beschreibt den Mechanismus der hierarchischen Unterordnung für den europäischen Blick auf den Rest so: „The Other was the dark side – forgotten, repressed and denied; the reverse image of enlightenment and modernity“. Said (2009: 60) zufolge ist der Orientalismus außerdem von der Tendenz zur „Schubladenbildung und Schwarzweißmalerei“ geprägt, wodurch „die Überlegenheit des Westens über den Osten wie selbstverständlich als eine wissenschaftlich erwiesene Tatsache“ gilt.

Die Hierarchisierung erfolgt in zwei Schritten. Zuerst werden differenzierte Realitäten über die Anderen vereinfacht. Infolge dessen steht das Andere dem Selbst diametral gegenüber (Hall 1992: 279f.). „[S]everal characteristics are collapsed into one simplified figure which stands for or represents the *essence* of the people“, so Hall (1992: 308, Hervorhebung i.O.). Im Anschluss daran wird der Stereotyp des Anderen in gute und schlechte Klischees gespalten (ebd.). Die Darstellung der Anderen ist daher inhärent bipolar. Die Anderen sind gleichzeitig anziehend und abstoßend, zivilisiert und barbarisch, freundlich und feindlich (Hall 1992: 307ff.). Jedes positive Bild hat damit sein negatives

Gegenstück. Die Beschreibung der Anderen muss daher nicht zwingend negativ sein, sondern kann auch positive Elemente enthalten. Beide stehen in einem komplizierten Mischverhältnis zueinander. Die entscheidende Hierarchie wird dennoch nicht durchbrochen (Reinke de Buitrago 2012: xv). Die „höchste Civilisation“ ist stets fester Bestandteil der „tiefste[n] Barbarei“ (Schröder 2010: 83).

Noch nicht: Zentrum und Peripherie

Die dritte Darstellungsform ist aus der postkolonialen Diskursanalyse bekannt, wo zwischen Uns, dem Zentrum bzw. der Vernunft und den Anderen, der Peripherie oder den Extremen, unterschieden wird (Hennig 2011: 242; Holy 1994: 820ff.). Hennig (2011), Holy (1994), Brubaker (1996) und Kolb (2011) haben gezeigt, wie Wir-Gruppen sich als stille Norm setzen, welche nur durch die Maßstabsabweichungen oder -erfüllungen der Anderen sichtbar wird. Die fehlende Thematisierung des Standards dient der impliziten Legitimierung bestehender Herrschaftsverhältnisse (Hennig 2011: 242).

Holy (1994) und Brubaker (1996) beschreiben, wie in der Tschechoslowakei und der Sowjetunion das tschechische respektive russische Weißsein (*whiteness*) als unsichtbare Norm etabliert wurde. Der Mechanismus ist in beiden Fällen derselbe: Sowohl die TschechInnen als auch die RussInnen sahen das jeweilige Staatengebilde, dem auch andere Gruppen angehörten, als ihr eigenes Territorium an (Brubaker 1996: 50; Holy 1994: 811). Tschechisch oder Russisch zu sein war „*in a sense invisible [...] the general norm, the zero-value, the universal condition against which other nationalities existed as particular deviations*“ (Brubaker 1996: 49). Die Analyse des medialen Umgangs mit der Orangen Revolution in der Ukraine und die Diskussion um den Beitritt Estlands zur Eurozone offenbaren hingegen Westeuropa als stille Norm innerhalb Europas. Indem Westeuropa sich diskursiv mit Europa gleichsetzt, steht der Westen im Zentrum und der Osten am Rand (Hennig 2011: 242). Auf der einen Seite werden einzelne Aspekte wie bürgerschaftliches Engagement und Protest in der Ukraine oder die Einhaltung der Maastricht-Kriterien durch den „Musterschüler“ Estland positiv hervorgehoben. Auf der anderen Seite bleibt die Ukraine der bedrohliche und gewalttätige Osten (Hennig 2011: 246) und Estland als „einstige Sowjetrepublik“

(Kolb 2011) durchbricht erst durch den „Ritterschlag“ (ebd.) von EU und NATO die Aufteilung in Ost und West.

Die positiven Bewertungen der Anderen erfolgen aufgrund der individuellen Anpassung an den eigenen Standard. Der Standard, d.h. die Grenze zwischen Zentrum und Peripherie, bleibt hingegen unverändert. Daher bezeichnet Hennig (2011: 245) diese Darstellungsform als Noch nicht-Perspektive: Ihr werdet zwar teilweise unserem Maßstab gerecht, es bleibt aber *unser* Maßstab.

Vielleicht: Aus Negativ wird Positiv

Doch die Anderen müssen nicht zwangsläufig dem Feindbildschema, der hierarchischen Unterordnung oder Peripherisierung unterworfen sein. Sie können „simply different“ (Reinke der Buitrago 2012: xvii) sein. Da sich die kollektive Identität einer Nation aus verschiedenen Komponenten zusammensetzt, können dafür jeweils verschiedene Andere benötigt werden. Petersoo (2007: 120f.) differenziert zwischen vier Anderen-Typen, denen unterschiedliche Rollen zukommen: externe und interne sowie negative und positive Andere.

Ihre Definition von negativen Anderen entspricht der Freund-Feind Dichotomie sowie der hierarchischen Unterordnung. Externe negative Andere sind traditionellerweise Nachbarstaaten. Die Abgrenzung basiert auf der Angst vor der territorialer und kultureller Beeinflussung durch den anderen Staat (Petersoo 2007: 127). Als Paradebeispiel gelten die Abgrenzungsprozesse der baltischen Staaten gegenüber Russland. Im Gegensatz dazu fungieren interne negative Andere als Homogenisierungsfaktor für die nationale Mehrheit. Diese grenzt sich positiv von der Minderheit ab und legitimiert dadurch deren gesellschaftlichen Anschluss (Petersoo 2007: 123).

Die positiven Anderen gehen jedoch über die bisher erläuterten Darstellungsformen hinaus, welche zwar positive Beschreibungen zulassen, aber die klaren Grenzziehungen zwischen Uns und den Anderen nicht durchbrechen. Im Gegensatz dazu überwinden Petersoos (2007: 121, 126) positive Formen des Andersseins die manifesten Abgrenzungen, sodass die Grenzen verblassen und die Anderen vielleicht zu einem Teil unserer Selbst werden können. Externe positive Andere erfüllen eine Vorbildfunktion, ihnen wird versucht nachzueifern. Schweden wirkt auf

diese Weise auf die estnische Identitätsbildung ein (Petersoo 2007: 126). Die Vorherrschaft im 17. Jahrhundert gilt heute gar als „gute alte Schwedenzeit“ (Goehrke 2002: 182). Interne positive Andere sind Minderheiten, die nicht (mehr) als bedrohlich für die Identität und Integrität der Mehrheit angesehen werden (Petersoo 2007: 121). Sie werden stattdessen als alteingesessene Minderheiten oder Muster gelungener Integration dargestellt, wie es für die russischen Altgläubigen in Estland der Fall ist (Petersoo 2007: 123).

Schema I: Darstellungsformen des Andersseins

	Wir	Grenzziehung	Andere	Möglichkeit der Grenzveränderung
Klassisch: Freund-Feind Dichotomie	Die Guten positiv	Klar	Die Bösen negativ	keine
Niemals: Hierarchische Unterordnung	Negation der Anderen positiv	Klar	Anziehend/ abstoßend negativ <u>und</u> positiv	keine
Noch nicht: Zentrum und Peripherie	Stille Norm Bewertungsmaßstab	Klar bis verblässend	Abweichung/ Erfüllung negativ <u>und/oder</u> positiv	Keine bis individuell
Vielleicht: Positiv	Neues Wir Integration mit Anderen	Verblässend	Vorbild/ Musterbeispiel positiv	Individuell bis kollektiv

Quelle: Eigene Darstellung

Wie *Schema I* zeigt, gibt die Darstellungsform des Andersseins Aufschluss darüber, wie klar oder blass die Grenzen zwischen Uns und den Anderen gezogen sind. Während feindliche und hierarchische Darstellungen keine Chancen der Grenzveränderung eröffnen, können angepasste Musterschüler die Grenze zwischen Peripherie und Zentrum überschreiten. Doch nur dann, wenn die Anderen positiv oder schlichtweg anders dargestellt werden, ergeben sich für sie Möglichkeiten der

Grenzverschiebung, wodurch das Anderssein verblasst und sie mit Uns verschmelzen. Das Bild der Anderen ist nicht für die Ewigkeit festgeschrieben, sondern unterliegt dem gesellschaftlichen Wandel (Petersoo 2007: 118). Folglich können sich Darstellungsformen ändern, was wiederum auf eine Veränderung der Grenzziehungen zwischen Uns und den Anderen schließen lässt.

Wandelnde Grenzziehungen zur russischen Minderheit in Estland

Aufschluss darüber, ob sich „yesterday's antagonistic Other“ zu „tomorrow's ally“ (Noreen & Sjösted 2004: 747) entwickelt, kann daher nur eine Langzeitanalyse der Darstellungsformen des Andersseins geben. Diese habe ich für die im Zuge der sowjetischen Vorherrschaft in Estland zugewanderte russische Minderheit vorgenommen, welche als *signifikantes negatives Anderes* des estnischen Selbst gilt. Die russische Minderheit wird in Estland nicht staatsbürgerschaftlich, sondern ethnisch definiert und schließt RussInnen mit estnischem, russischem und Fremdenpass ein (Stoiber & Urdze 2012: 182). Die Begriffe russische und russischsprachige Minderheit werden oft simultan verwendet, obwohl letzterer auch die Angehörigen der weißrussischen, kasachischen und ukrainischen Minderheiten einschließt, die überwiegend russisch assimiliert sind (Brown 2012: 198). Rechtlich wird vorrangig zwischen BürgerInnen und NichtbürgerInnen unterschieden (Hughes 2005: 744). Zu den NichtbürgerInnen zählen sowohl rechtliche AusländerInnen (*välismaalased*) als auch Staatenlose (*kodakondsuseta isikud*), die auch „Menschen mit unbestimmter Staatsangehörigkeit“ (Järve 2004: 71, eig. Übersetzung) genannt werden. Da hier der estnische Mehrheitsdiskurs über die Anderen aufgearbeitet wird, verwende ich den weit verbreiteten Begriff der russischen Minderheit, der gleichzeitig die ethnische Konnotation estnischer Identitätskonstruktionen widerspiegelt.

Wie sich die Darstellung der russischen Minderheit verändert hat, soll durch das im Folgenden erläuterte Phasenmodell gezeigt werden. Dafür habe ich in den zentralen Meinungsaustauschforen, dem *Journal of Baltic Studies* und der Meinungssektionen der *Estnischen Tageszeitung* (Eesti Päevaleht, EPL) sowie des *Postboten* (Postimees, PM), die Haupt-

stränge des akademischen und öffentlichen Diskurses von 1965 bis heute herausgearbeitet und diese in fünf chronologische Phasen mit jeweils unterschiedlichen Darstellungen der russischen Anderen unterteilt. Der Datenkorpus setzt sich zum einen aus Sekundärliteratur zusammen. Um der Prozesshaftigkeit von Identitätsdiskursen gerecht zu werden und einer Essentialisierung des Mehrheitsdiskurses vorzubeugen, wurden disziplin- und sprachübergreifend (estnisch, englisch, deutsch) über 100 Aufsätze und Studien zum Thema Identitäts- und Nationenbildung, Grenzziehungsprozesse und Minderheitenpolitik seit den 1980er Jahren bis heute gesichtet. Da die estnische Sprache geschlechtsneutral ist, werden alle Begriffe gendergerecht übersetzt. Im Ergebnis wird deutlich, dass die bis zum Ende der 1990er Jahre vorherrschenden klaren Grenzziehungen zwischen der estnischen Mehr- und russischen Minderheit Anfang der 2000er Jahre durch einen zunehmenden Integrationsdiskurs und vorsichtigen Optimismus abgelöst wurden.

Um die Lücke zu schließen, die zwischen diesem Optimismus und den wiedererstarkenden Grenzziehungen während des ethnischen Konfliktes in den *Bronzenen Nächten* klafft, habe ich für die Jahre 2005-2007 außerdem Meinungsartikel berücksichtigt, die unter dem Stichwort „RussInnen“ (venelased) in den Onlinearchiven von EPL und PM zu finden waren. Als zentrale Analyseeinheit dienten hier die Bezeichnungen des Selbst (wenn vorhanden) und des russischen Anderen. Aus diesen wurden mithilfe der Typologie der Darstellungsformen des Andersseins Rückschlüsse auf die Stärke der Grenzziehungen gezogen. Dabei offenbarten sich entscheidende Differenzen im wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs. Während im ersteren noch der Integrationsdiskurs der 2000er Jahre vorherrschte, zeigten sich in der öffentlichen Debatte fortwährende Grenzziehungen gegenüber der russischen Minderheit. Dass unter der Integrationsrhetorik alte Denkmuster weiterlebten, ist eine zentrale Erkenntnis der Analyse.

Da das diskursive Anderssein der Anderen reelle Folgen hat, beleuchte ich außerdem die manifesten Grenzen in den Bereichen Staatsbürgerschaft, Bildungs- und Sprachpolitik sowie politische Partizipation. Sie verdeutlichen, dass der Wandel im Diskurs auch einen Wandel in seiner Wirkung nach sich zog.

1965-1987: Russische Russifizierer und Estnische

Russifizierungsopfer

Für die Zeit von 1965 bis 1987 gehen Anderson & Silver (1983), Brokaw & Brokaw (2001), Rozenvalds (2012), Virkkunen (1999) und Waldstein (2007) übereinstimmend davon aus, dass die sowjetische Okkupation Estlands im Lichte einer Weiterführung zaristischer Russifizierungspolitik gesehen wurde. Dieser Diskurs erlaubte es den EstInnen, sich als positiven Gegenpol zum russischen Anderen zu konstituieren (Brokaw & Brokaw 2001: 24). Die Gegenüberstellung war absolut. Die estnischen Opfer russischer Russifizierer würden niemals Teil eines sowjetischen Universalismus werden.

Den Hintergrund für den Russifizierungsdiskurs bildete die sowjetische Nationalitätenpolitik. Obwohl die Sowjetunion (UdSSR) nicht national konzipiert war, blieb die Vorstellung nationaler Zugehörigkeit auf substaatlicher Ebene erhalten (Brubaker 1996: 28). Denn das Regime institutionalisierte Nationalitäten auf zweierlei Weise. Territorial wurde die Sowjetunion in 15 Unionsrepubliken, 20 autonome Republiken, acht autonome Gebiete und zehn lokale Selbstverwaltungen untergliedert, welche bestimmten nationalen Gruppen zugeteilt wurden (Feldman 2005: 681). Ethnisch wurde jedem/r SowjetbürgerIn eine Nationalität zugeordnet, die in den Personaldokumenten registriert und zu administrativen Kontrollzwecken verwendet wurde (Brubaker 1996: 23ff.).

Trotz der Republiken von und für eine Nation den Besitz durch die dortige Titularnation suggerierten, baute die Regierung unter der Prämisse der Schaffung eines einheitlichen Sowjetvolkes mit einer gemeinsamen russischen Sprache die *de facto* Vormachtstellung der seit 1965 zugewanderten russischen SowjetbürgerInnen aus (Brubaker 1996: 28, 38). Die Konstruktion einer grenzüberschreitenden Identität der „Soviet people“ (Waldstein 2007: 575) in einem „Great Soviet Motherland“ (Virkkunen 1999: 83), konnte die EstInnen daher nicht über die russische Dominanz hinwegtäuschen. So setzt die estnische Geschichtsschreibung bis heute die Sowjetzeit (Nõukogude aeg) wörtlich mit der russischen Zeit (vene aeg) gleich (Kattago 2009: 161). „Das hiesige Wir wurde in der sowjetischen Nation unterhalb des russischen Wir positioniert“, so Ventsel (2005: EPL, eig. Übersetzung). Diese diskursive Positionierung wurde in der Praxis durch den Bevölkerungsaustausch, die

Durchsetzung der russischen Sprache als „lingua franca“ und die Besetzung von Schlüsselpositionen durch russische MigrantInnen gefestigt (Brubaker 1996: 28; Münch 2008: 96f.; Rozenvalds 2012: 60). Damit sollte ein ethnischer Elitenwandel erfolgen, der mit einer verstärkten Anbindung der Estnischen Sozialistischen Sowjetrepublik (ESSR) an die Sowjetunion einhergeht.

Die machtbesetzte Mehr- und Minderheitensituation führte auf beiden Seiten zu einem regen Grenzziehungsdiskurs, der von den EstInnen besonders intensiv geführt wurde, da sie sich durch das sowjetische (=russische) Zentrum an den Rand verwiesen fühlten (Aklaev 1999: 145). Auch wenn die binäre Gegenüberstellung von „Russian Russifiers and Estonian victims of Russification“ (Waldstein 2007: 593) in ihrer Absolutheit nicht den realen Bedingungen entsprach, bestimmte sie den Diskurs. Die estnische Seite reagierte daher mit einem „bottom up nationalism“ (Virkkunen 1999: 85), der sich in den 1980er Jahren in zahlreichen privaten und öffentlichen Widerstandsaktionen niederschlug. So wandten sich estnische Intellektuelle im Brief der 40 (Neljakümne kiri)¹ gegen die Sprachpolitik; die Grüne Bewegung im Phosphorkrieg² gegen die Bevölkerungspolitik und die *Estonian Heritage Society* (Eesti muinsuskaitse selts) gegen die Ersetzung estnischer Symbolik durch sowjetische (Virkkunen 1999: 86ff.).

Die gegensätzlichen Grenzziehungsdiskurse wirkten bis in die Transitionsphase hinein. Auf der einen Seite erlebten die russischen SowjetbürgerInnen die estnische Abweichung von der stillen russischen Norm als unvollendeten Versuch einer sowjetischen Grenzerweiterung. Auf der anderen Seite erkannten die EstInnen den vermeintlichen Internationalismus schnell als russische Standardsetzung. Sie wirkten

¹ Der Brief der 40 wurde 1980 an die russische Zeitung Pravda verschickt, jedoch nie veröffentlicht. In ihm prangerten bekannte estnische Intellektuelle vor allem die zunehmende sprachliche Russifizierung Estlands an (Feldman 2005: 682).

² Der Phosphorkrieg bezeichnet die 1987 beginnenden Massenproteste gegen die Planung eines Phosphortagebaus in der Region Virumaa, die sich sowohl gegen die potentiellen ökologischen Schäden als auch gegen die damit einhergehende russische Zuwanderung richteten (Brokaw & Brokaw 2001: 25; Kneuer 2012: 80).

ihrerseits mit einem feindlichen Abgrenzungsdiskurs entgegen, indem sie die russischen MigrantInnen zum bedrohlichen Anderen erklärten.

1988-1992: Ehemalige Kolonisatoren einer bedrohten Nation

Trotz der politischen Umwälzungen in der Transitionsphase blieben die estnisch-russischen Grenzen weiterhin klar gezogen. Aklaev (1999), Feldman (2008), Kuus (2002), Laitin (1998), Linz & Stepan (1996), Ruutsoo (2002) und Smith et al. (1996) zeigen, dass die Phase zu Beginn der 1990er Jahre durch einen polarisierenden und exkludierenden Diskurs gekennzeichnet war. Die Wiederherstellung der estnischen Republik kam dabei einer „Dekolonisierung“ (Kneuer 2012: 80) gleich. Die russische Minderheit wurde als Kolonisatoren, Feinde und Fremde sowie „Okkupanten in Zivil“ (Pärtelpoeg 2005: EPL, eig. Übersetzung) beschrieben und der estnischen „endangered majority“ (Koreinik 2011: 252) gegenüber gestellt. Jedes Zugeständnis an die RussInnen kam damit einem Aussterben der estnischen Nation gleich, welche um jeden Preis geschützt werden sollte (Kuus 2002: 100). Die Prämisse lautete: Entweder wir beenden den illegitimen Aufenthalt der ehemaligen Kolonisatoren oder wir gehen unter (Linz & Stepan 1996: 417f.).

Auch wenn sich mittlerweile viele PolitikerInnen von der Kolonialismusthese abgewandt haben, übte sie in der Transitionsphase einen erheblichen Einfluss auf politische Entscheidungen aus. Nach innen bewirkte sie, dass kritische Stimmen, die mehr Teilhabe für RussInnen forderten, nicht mehr gehört wurden. Stattdessen wurden Alternativvorschläge als prosovietisch, prorussisch und antiwestlich diffamiert (Ruutsoo 2002: 332). Das zeigt sich insbesondere in der Diskussion um die Wiederherstellung der Unabhängigkeit. Sowohl die seit 1988 von Marju Lauristin und Edgar Savisaar geführte Volksfront (Eestimaa Rahvarinne) und das 1989 von DissidentInnen gegründete Bürgerkomitee (Eesti Kodanike Komitee) wollten Estland in die Unabhängigkeit führen, jedoch auf sehr verschiedenen Wegen (Aklaev 1999: 147ff.). Die Volksfront strebte eine zivile Nation an, in der die gesamte Bevölkerung der ESSR automatisch Zugang zur Staatsbürgerschaft erhält (Aklaev 1999: 147ff.). Die sogenannte *Nulloption* sollte durch eine Abspaltung von der Sowjetunion durchgesetzt werden. Das Bürgerkomitee bevorzugte das Prinzip legaler Kontinuität, demzufolge die estnische Republik zwar sowjetisch okkupiert war, aber *de jure* seit 1918 fortbe-

standen hat (ebd.). Dieses Nationalstaatsmodell sah die Restauration der Rechte der estnischen Gemeinschaft vor (Ruutsoo 2002: 330). Entsprechend dem Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) von 1938 sollten alle BürgerInnen der Zwischenkriegsrepublik und ihre Nachkommen in den Nationalstaat einbezogen, alle späteren MigrantInnen hingegen ausgeschlossen werden (Rozenvalds 2012: 69). Letztere könnten nur infolge eines Einbürgerungsprozesses StaatsbürgerInnen werden, dessen Regeln die estnische Mehrheit bestimmt. Auch wenn Aklaev (1999: 159) darauf verweist, dass die Kontinuitätslösung theoretisch kein rein ethnisches Staatsbürgerschaftsmodell darstellt, entspricht sie aufgrund der sehr homogenen Bevölkerung der Zwischenkriegszeit einer faktischen ethnischen Selektion (Järve 2004: 79).

Der hegemoniale Diskurs um ehemalige Kolonisatoren einer gefährdeten Nation führte letztlich zur Durchsetzung des Kontinuitätsparadigmas und ermöglichte es der estnischen Regierung nach der Unabhängigkeitserklärung vom 20. August 1991, ihr ethnisches Nationsverständnis in entsprechende rechtliche Regelungen umzusetzen (Feldman 2008: 314). Am 26. Februar 1992 beschloss der Estnische Oberste Sowjet daher die Wiedereinführung des alten StAG (Aklaev 1999: 158). Damit wurden alle, die nach 1940 zugewandert sind, von der Staatsbürgerschaft ausgeschlossen. Zugleich wurden Kriterien für eine Einbürgerung festgelegt. Da Estnisch wieder zu alleinigen Staatssprache erklärt wurde und seither als „the heart of civic and national identity“ (Brown 2012: 196) gilt, gehörte dazu der Nachweis von Estnischenkenntnissen auf fortgeschrittenem Niveau. Außerdem wurde beginnend vom 30.3.1990 ein rechtmäßiger Aufenthalt von zwei Jahren vor und ein Jahr nach der Antragstellung (2+1 Regelung) gefordert (Aklaev 1999: 158). Durch die Fristenregelung konnten 40 Prozent der Bevölkerung, darunter v.a. die russische Minderheit, weder am Verfassungsreferendum noch an den Gründungswahlen 1992 teilnehmen (Linz & Stepan 1996: 415, 425). Damit machte die estnische Mehrheit deutlich, „[that they] wanted to be among themselves in the early phase of their new statehood“ (Aklaev 1999: 159). Das schlug sich auch in der Präambel der neuen Verfassung nieder. Durch die Unterscheidung des zivilen Konzepts der Estnischen BürgerInnen (*rahvas*) und des ethnischen Konzep-

tes der estnischen Nation (rahvus) wird deutlich, wessen Schutz der Staat gewährleisten soll: den der ethnischen EstInnen (Järve 2004: 68).

Nach außen bewirkte die Kolonialismusthese eine schnelle Anerkennung Estlands als „*restored nation-state*“ (Feldman 2008: 325, Hervorhebung i.O.). Dies erlaubte es der estnischen Regierung, „*to treat their minorities within a framework of ‘decolonization’, thus recasting the minority as ‘foreigners’ who can be legitimately denied many fundamental rights*“ (Hughes 2005: 749). Dadurch wurde die Wiedereinführung des alten StAG überhaupt erst möglich. Die alternative Herstellung von Unabhängigkeit durch Sezession hätte die Verweigerung der Nulloption unter internationalem Recht nur schwer zugelassen (Hughes 2005: 746).

Der Diskurs in der Transitionsphase ist gekennzeichnet durch die klare Dichotomie von Gefahr und Schutz, UnterdrückerInnen und Unterdrückten sowie Recht und Unrecht. Auf der einen Seite forderte die russische Minderheit die Beibehaltung der weiten Grenzen des Sowjetbürgertums. Sie bestanden darauf, „[that] Soviet annexation was not illegal“ (Feldman 2008: 327) und lehnten somit die Zuschreibung als ehemalige Kolonisatoren ab (Smith et al. 1996: 181). Auf der anderen Seite zogen estnische EntscheiderInnen diskursive und reelle Grenzen zusammen, sodass diese nur noch Mitglieder der gefährdeten Nation, d.h. ZwischenkriegsbürgerInnen und deren Nachkommen, umfassten. Obwohl die estnische Regierung 1993 konsequenterweise den 75. Jahrestag der Estnischen Republik beging (Merritt 2000: 245), verdeutlicht die Kontroverse zwischen der Volksfront und dem Bürgerkomitee, dass die legale Kontinuität und der damit einhergehende staatsbürgerschaftliche Ausschluss der RussInnen nicht so unumstritten waren, wie sie später präsentiert wurden.

1993-1997: Ausschluss einer wurzellosen Minderheit aus einer sesshaften Nation

Die dichotome Grenzziehung blieb bis zum Ende der 1990er Jahre erhalten, auch wenn sich die Darstellung der russischen Minderheit wandelte. Waren sie vorher die Russifizierer und Kolonisatoren, wurden in der Phase bis zum Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen ihre fehlenden Wurzeln im und die daraus folgende potentielle Illoyalität gegenüber dem estnischen Staat hervorgehoben. Berg (2002), Feldman (2005),

Järve (2004), Kuus (2002), Linz & Stepan (1996), Merritt (2000) und Rausing (2004) arbeiten das Bild der Wurzellosigkeit der „recent immigrants“ (Kuus 2002: 101) heraus. Dahinter steht zum einen das ethnische Nationsverständnis der estnischen Mehrheit. Diese versteht Estland als „exclusive homeland of the core ethnic nation“ (Järve 2004: 69). Da dies der einzige Ort ist, an dem sie *ihren Staat* konstituieren können, steht es ihnen zu, diesen so zu gestalten, dass er die Titularnation bevorzugt (Järve 2004: 70). Zum anderen reklamieren sie ihr Vorrecht auf den Grund und Boden. Phrasen wie „Estonian soil“, „indigenous culture“ und „traditional way of life“ (Berg 2002: 111) begründen die historische gewachsene Verbindung zu *ihrem Land* (Rausing 2004: 147ff.). Demgegenüber werden die russischen Durchreisenden positioniert. „Non-Estonians are depicted as (urban) transients who cannot establish a steady connection with place/land“, so Berg (2002: 112). Die „Nomadisierten“ (Pärtelpoeg 2005: EPL, eig. Übersetzung) passen nicht in das Bild einer homogenen und sesshaften Nation (Feldman 2005: 680).

Die Wurzellosigkeit begründet darüber hinaus die Darstellung als illoyale Minderheit, die zum Sicherheitsrisiko für die estnische Nation avanciert. Brubaker (1996) hat diesen Diskurs prominent aufgearbeitet. Dem Konzept des „Triadic Nexus“ (Brubaker 1996: 4) zufolge, stehen der sich nationalisierende estnische Staat, die dort lebende russische Minderheit und der russische Staat in einem wechselseitigen Verhältnis zueinander. Die estnische Mehrheit, die die Nation für sich reklamiert, fühlt sich durch den Nationalismus der auf ihrem Territorium lebenden Minderheit bedroht und interpretiert deren Verbindung zum russischen „external national homeland“ (Brubaker 1996: 58) als Illoyalität. So ist es nicht verwunderlich, wenn sich in den 1990er ein Sicherheitsnarrativ entwickelt, welches Feldman (2008), Järve (2004), Jurado (2003), Kalmus (2003), Noreen & Sjösted (2004) und Virkkunen (2002) in politischen Handlungs- und Strategiepapieren, Printmedien und Schulbüchern wiederfinden. „Russlands MitbürgerInnen im Ausland“ (Kremez 2009: 23, eig. Übersetzung) wurden aufgrund ihrer Verbindung zum russischen Heimatland als „security threat“ (Jurado 2003: 423), „disoriented“ (Feldman 2008: 336) und „disloyal Russian other“ (Virkkunen 2002: 423) dargestellt. Der estnische Außenminister Jüri Luik geht 1994 sogar so-

weit, Parallelen zwischen Russlands Verbindung zur Minderheit in Estland und Hitlers Schutz der außerhalb des Dritten Reiches lebenden Volksdeutschen zu ziehen (Noreen & Sjösted 2004: 747). Kalmus (2003) zeigt, wie sich dieser nationalistische und exkludierende Diskurs in den Essays estnischer SchülerInnen wiederfinden, die klare ethnische Grenzen zwischen der indigenen und der fremden Bevölkerung ziehen. Die potentielle Illoyalität der RussInnen mindert in ihren Augen das russische Integrationspotenzial (Kalmus 2003: 686).

Nach Linz & Stepan (1996: 428ff.) ist bei klaren ethnischen Grenzziehungen mit zwei Minderheitenpolitiken zu rechnen: strategischer Ausschluss oder Institutionalisierung einer ethnischen Demokratie. Hughes (2005) geht davon aus, dass die Politik der estnischen Regierung die russische Minderheit zur Nutzung ihrer *exit*-Option animieren und somit ihre Auswanderung forcieren sollte. Das zeigte sich besonders in der Krise um die Ausländergesetzgebung 1993. Der Diskurs um eine wurzellose Minderheit in einer sesshaften Nation bildete den Rahmen für das im Juni 1993 vom estnischen Parlament (Riigikogu) verabschiedete Gesetz, welches alle Nicht-BürgerInnen zu AusländerInnen erklärte, die in 5 Jahres-Intervallen eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis beantragen müssen. Für die in Estland lebenden RussInnen wäre die Umsetzung dieser Gesetzgebung einem Wandel von „non-citizens into illegal immigrants“ (Aklaev 1999: 163) gleichgekommen. Infolgedessen fanden massive Proteste im russisch dominierten Nordosten Estlands statt und Ministerpräsident Mart Laar rief sowohl die KSZE als auch den Europarat um Hilfe an (Aklaev 1999: 164ff.). Durch die im Juli 1993 beschlossenen Gesetzesänderungen, zu deren bedeutendsten die garantierte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für alle vor dem 1. Juli 1990 Zugewanderten zählt, konnte der Konflikt letztlich erfolgreich deeskaliert werden (Aklaev 1999: 165).

Als deutlich wurde, dass die russische Minderheit ihre *exit*-Option nicht nutzen würde, ging die estnische Regierung zur Institutionalisierung einer ethnischen Demokratie über (Järve 2004, Linz & Stepan 1996, Stoiber & Urdze 2012). So wurde 1993 u.a. das Gesetz über die kulturelle Autonomie nationaler Minderheiten und das Kommunalwahlgesetz verabschiedet. Letzteres legte das passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene für alle fest, die sich rechtmäßig in Estland aufhalten (Aklaev

1999: 170). Das Autonomiegesetz eröffnete nationalen Minderheiten Möglichkeiten zur kulturellen Selbstverwaltung (Thiele 2002: 738). Da die rechtliche Minderheitendefinition an den Besitz der estnischen Staatsbürgerschaft gekoppelt ist, führte das Gesetz jedoch zu einer Trennung der russischen Minderheit in estnische Staatsangehörige mit Minderheitenstatus und rechtliche AusländerInnen ohne Minderheitenstatus (ebd.). Diese Einschränkung ist vor dem Hintergrund des 1995 verschärften Staatsangehörigkeitsgesetzes, das nun eine 5+1 Regelung vorsah, besonders relevant (Thiele 2002: 735). Das aus demselben Jahr stammende Sprachgesetz schreibt außerdem Estnisch nicht nur als Staats-, sondern auch als Amtssprache fest (Hughes 2005: 54). Verwaltungen in Gebieten mit einem russischen Bevölkerungsanteil von über 50 Prozent können einen Antrag auf die Zulassung von Russisch als zweiter Amtssprache stellen, die pflichtgemäße Verwendung der ersten Amtssprache wird aber in regelmäßigen Abständen durch Sprachinspektionen geprüft (ebd.). Trotz partieller Gewährung politischer und bürgerlicher Rechte für die Minderheit hat sich die estnische Kernnation damit ihre Vorherrschaft gesichert (Linz & Stepan 1996: 431ff.).

Die klaren ethnischen Grenzziehungen, die in festen Grenzen manifestiert wurden, können nur durch assimilierende Grenzüberschreitung überwunden werden, sofern die grenzziehende Mehrheit das zulässt. Laitins (1998: 248) viel zitiertes „tipping game“ legt den Schluss nahe, dass sich die in Estland lebenden RussInnen zunehmend einer kompetitiven Assimilationslogik fügen würden, die die Mehrheit mit einer Grenzen verblassenden Integrationspolitik beantwortet. Laitin (1998) unterschätzte allerdings den forcierten Grenzerhalt durch die estnische Mehrheit, die weiterhin glaubte, dass aus RussInnen niemals EstInnen werden könnten (Hughes 2005). Grenzüberschreitungen oder -verschiebungen waren unter diesen Umständen unmöglich. Stattdessen führte die klare Grenzziehung, die die russische Minderheit weiterhin als Feinde darstellt, zuerst zu dem Versuch, sie durch institutionalisierte Grenzen von der estnischen Staatsbürgerschaft und später zumindest von nationaler politischer Mitbestimmung auszuschließen.

1998-2004: Ein russisches Integrationsproblem, das gelöst werden muss

Obwohl sich stets mehrere Diskurse überlagern, sind die Hauptstränge in den bisherigen Phasen durch klare ethnische Grenzziehungen gekennzeichnet. Aklaev (1999), Järve (2004), Laitin (2003), Petersoo (2007) und Vihalemm & Kalmus (2008) gehen allerdings davon aus, dass die Grenzen zum Ende der 1990er Jahre zunehmend porös wurden. Es wird eine Hinwendung des estnischen Eliten zu einem multikulturellen Nations- und Staatsmodell postuliert, die zu verblassenden Grenzziehungen gegenüber der russischen Minderheit führt (Berg 2002: 113). Petersoos (2007: 125) Optimismus geht sogar so weit, dass sie den Wandel von einer negativen zu einer positiven Minderheit für möglich hält, sodass „eventually, post-World War II Russian immigrants will be viewed as a legitimate internal Other“. Als Grund dafür wird vor allem der durch den EU- und NATO-Beitritt ausgelöste liberale politische Richtungswechsel genannt (Berg 2002: 115; Järve 2004: 75).

Obwohl die politische Elite in Estland im Verbleib der RussInnen weiterhin eine potentielle gesellschaftliche und sicherheitspolitische Bedrohung sah, ging sie jedoch erstmals davon aus, dass sie dieser durch Integrationsmaßnahmen entgegen treten könne. Mithilfe des ersten staatlichen Integrationsprogrammes 2000-2007, das am 2. März 1999 verabschiedet wurde, sollte die russische Minderheit ihrer Gefährlichkeit beraubt werden (Feldman 2005: 683, Feldman 2008: 331). Das Programm legte fest, dass durch die Förderung des estnischen Spracherwerbs die gesellschaftliche Spaltung überwunden und eine gemeinsame zivile Identität geschaffen werden soll (Brown 2012: 201). Damit wird deutlich, dass sich hinter dem Integrationsbegriff die Forderung nach sprachlicher Anpassung der russischen Minderheit an die estnische Mehrheit verbirgt. Während eine individuelle Anpassung zwar ausdrücklich unterstützt wurde, war eine massenhafte Assimilation hingegen weiterhin unerwünscht (Järve 2004: 77).

Auch die europäischen und internationalen Eliten rahmten Staatsbürgerschaft und Integrationspolitik als „security matters“ (Feldman 2005: 676). Indem die internationale Gemeinschaft das Integrationsprogramm sowie das Sprachtraining großzügig finanzierte, verfolgte auch sie das Ziel die „alien individuals“ (Feldman 2005: 683) durch Einwanderungs-

und Staatsbürgerschaftspolitik zu regulieren (Feldman 2008: 330f.). Dadurch wurde die russische Minderheit zu einem konkreten Sicherheits- und Integrationsproblem erklärt, das gelöst werden muss. In Folge des veränderten Diskurses, der Integration zum Imperativ für Regierungshandeln erklärte, wurden u.a. die Einbürgerungsanforderungen gelockert und diverse Maßnahmen zur Förderung der Integration der russischen Minderheit ergriffen (Hughes 2005: 753, Feldman 2008: 314). Dazu gehörte die Einrichtung eines Runden Tisches beim estnischen Präsidenten und die Gründung der Integrationsstiftung (Integratsiooni Sihtasutus) 1998, welche die Umsetzung der Regierungsbeschlüsse und die Gelder der internationalen Geberorganisationen koordinieren sollte (Feldman 2008: 314; Urdze 2012: 207).

Der öffentliche Vorwurf Viktor Andrejevs von der oppositionellen Vereinigten Volkspartei Estlands (1999-2003), dass das im Programm propagierte Ideal eher einer einseitigen Anpassung entspricht, zeigt, dass die russischsprachige Elite den assimilatorischen Ansatz hinter dem estnischen Integrationsbegriff schnell erkannte (Feldman 2008: 334). Dass die russische Minderheit an den Entscheidungen der Integrationsstiftung nur minimal beteiligt wurde, zeugte für diese davon, dass die Integrationspolitik im Kern die estnische Dominanz sichern soll (Feldman 2008: 314). „Estonians make proposals, Russians must accept it“, so ein russischer Journalist (Feldman 2005: 685). Zu den größten Kritikpunkten zählten die Sprachpolitik und die als „Sprachinquisition“ verunglimpfte Sprachinspektion (Brown 2012: 197 ff.; Laitin 2003: 203).

Wie sind die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen zu Beginn der 2000er Jahre zu bewerten? Wenn die modifizierten Darstellungen der russischen Anderen und die neu ausgerichtete Minderheitenpolitik zu einer zunehmend zivilen Nationskonstruktion geführt haben, sollte dies mit verblassenden Grenzziehungen einhergehen. An diesem Punkt besteht jedoch Uneinigkeit. Laitin (2003) und Vihalemm & Masso (2007) verzeichnen einen doppelten Integrationsprozess in Estland, bei dem sich einerseits RussInnen zusehends in die estnische Gesellschaft und andererseits die estnische Mehr- und die russische Minderheit zunehmend ins englischsprachige Europa integrieren. Das würde ein Verblässen der Grenzen bedeuten, da die Identifizierung mit Europa eine universalistische Grenzerweiterung zulässt. Dieser Trend

wird durch die veränderten Darstellungen in estnischen Medien und Schulbüchern unterstützt, in denen seit Ende des Jahrzehnts eine Zunahme von integrationsfördernden Bildern zu beobachten ist (Kalmus 2003: 671f.). Auch Noreen & Sjøsted (2004: 747) konstatieren einen Rückgang dichotomer Grenzziehungen bei einem zeitgleich veränderten Verständnis von Integration „as a two-way process“. Sie machen dafür die gefestigtere estnische Identität verantwortlich, sodass die Grenzen zur russischen Minderheit nicht mehr permanent geltend gemacht werden (Noreen & Sjøsted 2004: 736).

Die Arbeiten von Ehala & Zabrodskaia (2011), Kalmus (2003), Korts (2009) und van Ham & Tammaru (2011) lassen hingegen an einem Verblässen der Grenzen zweifeln. Sie gehen von weiterhin klar gezogenen Grenzen aus, die nur vereinzelt überschritten werden können. Grund dafür ist die „tacit segregation“ (Kalmus 2003: 671) durch die die russischen Anderen vom estnischen Zentrum an den Rand verwiesen werden. Die Studien zeigen, dass die Segregation nicht nur räumlich, sondern vor allem sozial ist. EstInnen und RussInnen haben vorrangig instrumentelle, aber kaum persönliche Kontakte (Korts 2009: 127f.; van Ham & Tammaru 2011: 330). Die Segregation im Bereich Bildung und Arbeit führt außerdem zu einer zunehmend ethnisch definierten sozialen Ungleichheit (Lauristin & Vihalemm 2009: 17). Während die russische Minderheit daher vor allem auf eine Verringerung sozialer Ungleichheit hinarbeiten möchten, wirkt eine gefestigte estnische Mehrheit einem kollektiven Grenzübertritt entgegen (Ehala & Zabrodskaia 2011: 228f.; Korts 2009: 122).

Auch wenn eine gesamtgesellschaftliche Integration zu dieser Zeit nicht möglich war, ist doch eine bedeutende Veränderung zu verzeichnen: Erstmals wendet sich die estnische Regierung vom Ziel des Ausschlusses ab und dem Inklusionsgedanken zu. Auch wenn sie die Integration der russischen Minderheit mittlerweile als Problem anerkennt, das gelöst werden muss, werden die Entscheidungen jedoch von EstInnen *über* die russische Minderheit und nicht *mit* ihnen getroffen. Demzufolge ist der im staatlichen Integrationsprogramm festgeschriebene Integrationsbegriff nicht mit einer Auflösung der Grenzen gleichzusetzen, sondern eher mit bedingt durchlässigen Grenzziehungen. Einzelne RussInnen können zwar durch sprachliche Assimilation die Grenzen

vom Rand ins Zentrum überschreiten, eine kollektive Grenzverschiebung, die die ethnisch definierten sozialen Ungleichheiten in der Gesellschaft in Frage stellen würde, war allerdings unerwünscht.

2005-2007: Übermächtige Täter oder machtlose Opfer?

Die Entscheidung des 2006 neu gewählten Präsidenten Toomas Hendrik Ilves, seinen ersten innerstaatlichen Besuch dem russisch dominierten Landkreis Ida-Virumaa abzustatten, schien das Bild wachsender gesellschaftlicher Integration zu stützen. Mit folgenden Worten richtete er sich an die Bevölkerung: „In Estland lebend seid ihr doch unsere MitbürgerInnen. Unsere RussInnen. Unsere UkrainerInnen. Unsere WeißrussInnen. Unsere Menschen. Genauer gesagt unsere, nicht russische MitbürgerInnen“ (Kaljuvee 2006: EPL, eig. Übersetzung). Kaljuvee (2006: EPL) interpretiert den Aufruf an die „hiesigen Nicht-EstInnen“ in seinem Leitartikel vom 15.11.2006 so:

„Es ist doch deutlich, dass die hiesigen RussInnen nirgendwo hingehen, auch wenn der russische Präsident sie nach Hause ruft. [...] Daher muss man sich damit versöhnen, dass in Estland eine verhältnismäßig große nicht-estnische Gemeinschaft lebt und lernen in Achtung miteinander zu leben. [...] auch vor dem Zweiten Weltkrieg lebten viele Menschen russischer Herkunft in Estland. Sie waren sehr loyal zum Estnischen Staat und ihre Identität war ganz anders als die ihrer Volkszugehörigen in Russland. [...] Genau dafür, dass die estnischen RussInnen im heutigen Estland ihre eigene, sich von den russischen RussInnen unterscheidende Identität hätten, lohnt es sich für den Staat sich tüchtig anzustrengen“ (eig. Übersetzung & Hervorhebung).

Hervorzuheben sind die veränderten Bezeichnungen der Anderen, welche politisch korrekt als „estnische RussInnen“ betitelt werden, ein Begriff, der durch eine Untersuchung des Bevölkerungsministeriums (rahvastikuministeerium) geprägt wurde (Kremez 2009: 9). Den Verweis auf die Vorzeigintegration der schon vor dem Zweiten Weltkrieg in Estland lebenden Altgläubigen nutzt Kaljuvee (2006) bezeichnender Weise nicht als Anpassungsappell an die russische Minderheit, sondern an den estnischen Staat, der sich „tüchtig anstrengen“ soll. Auf der einen Seite hält er damit an der Anfang der 2000er Jahre etablierten Prä-

misse fest, dass das Integrationsproblem gelöst werden muss. Auf der anderen Seite steht der Leitartikel exemplarisch für die aufkommende Kritik am Erfolg der „großzügig finanzierten Integrationskampagne, die EstInnen und anderssprachige Menschen einander nicht besonders nah gebracht habe“ (Juske 2006: EPL, eig. Übersetzung).

In der Interpretation der Ursachen für die fehlende Integration zeigen sich jedoch große Unterschiede. Einige argumentieren fatalistisch, dass das Boot voll sei und Estland nicht „100.000 monolinguale RussInnen“ (Karrik 2005: EPL, eig. Übersetzung) integrieren kann. Interessant ist hier die Verwendung des Wortes „umbkeelsed“ (monolinguale). Es bezeichnet jene, die die einheimische Sprache nicht oder nur schlecht sprechen – sowohl im Sinne von nicht sprechen können als auch nicht sprechen wollen. Damit zweifelt Karrik (2005: EPL) nicht nur an den Sprachfähigkeiten, sondern auch an der Motivation der RussInnen. Seliste (2005: EPL) begründet die mangelnde Integration hingegen mit der fortwährenden Grenzziehung der estnischen Mehr- zur russischen Minderheit. Aufgrund dessen ruft er die EstInnen auf, sich von zentralen Mythen zu verabschieden. Dazu gehört der „Mythos russischer Drogensüchtiger und Banditen, die unaufhörlich rauben und klauen“ (ebd., eig. Übersetzung). Ergänzt wird die Darstellung durch den noch weiter verbreiteten Mythos, „der vom Russen erzählt, der sich ein leichtes Leben wünscht und nicht vorhat, Estnisch zu erlernen“ (ebd., eig. Übersetzung). Die althergebrachten Bilder der rosinenpickenden und kriminellen RussInnen lebten in einer segregierten Gesellschaft unter der Oberfläche des Integrationsdiskurses weiter.

Die mächtigste Grenzziehung in dieser Phase entwickelte sich jedoch in Bezug auf die kollektive Erinnerung. Durch die Denkmalkontroverse um den schwedischen Löwen in Narva 2000 (Burch & Smith 2007: 913) und die Errichtung eines Denkmals zur Erinnerung an den estnischen Unabhängigkeitskampf in Lihula³ 2004 (Smith 2008: 423-424) wurde bereits die Frage nach dem richtigen Umgang mit der bewegten Ge-

³ Die Lihula-Affäre beschreibt die Errichtung einer Statue in Lihula 2004, die aufgrund ihrer Darstellung eines estnischen Freiheitskämpfers in SS-Uniform über Nacht von der estnischen Regierung entfernt wurde und eine breite Debatte über legitimes Gedenken hervorrief (Smith 2008: 423-424).

schichte aufgeworfen. Die Diskussion um den unabhängigen Parlamentarier Indrek Tarand, der 2005 zu einem estnisch-russischen Fußballspiel im Trikot mit der provokativen Aufschrift „Kommunisten in den Ofen“ (Pettai 2010: 960) erschien, entfachte die Diskussion weiter. Doch erst die durch die Umsetzung des Bronzenen Soldaten entstandene Debatte um die Erinnerung an den Einzug der Roten Armee in Tallinn entzündete den schwelenden Konflikt um die Anerkennung vergangenen Unrechts und gegenwärtiger Forderungen nach Zugehörigkeit. Dem russischen Erinnerungsdiskurs zufolge wurde Tallinn am 22. September 1944 im Zuge des Großen Vaterländischen Krieges befreit (Ehala 2009: 140f.). Die „Befreiung“ Estlands durch die Sowjetunion wurde 1947 im „Denkmal für die Befreier“ (Vabastajate Monument) verewigt, welches seither aktiv für die rituellen 9. Mai-Feierlichkeiten genutzt wurde (Ehala 2009: 140f.; Selg 2013: 81). Für die estnische Mehrheit stellt dieser Tag hingegen den Beginn sowjetischer Besatzung dar, für die viele die russische Minderheit mitverantwortlich machen (Lehti et al. 2008: 406; Virkkunen 2002: 243). Die Botschaft des Bronzenen Soldaten ist für sie eine andere: Er steht symbolisch für die Besatzung des Landes und die Unterdrückung ihrer Bevölkerung.

Im Zuge der 2000er Jahre wurden die Stimmen nach einer Umsetzung des Bronzenen Soldaten vom Tõnisberg im Stadtzentrum auf einen Soldatenfriedhof an den Stadtrand daher immer lauter (Hõbemägi 2006: EPL; Selg 2013: 81). Das Wahlversprechen der Reformpartei (Reformierakond) und des Ministerpräsidenten Andrus Ansips sowie ein kontroverser Zwischenfall bei den Siegesfeierlichkeiten 2006, der mit einem Angriff auf die estnische Flagge einherging, führten zu der Entscheidung, das Denkmal noch vor der Jährung des sowjetischen Siegestages 2007 zu verlegen (Ehala 2009: 142; Kivirähk 2006: EPL; Selg 2013: 81). Eine weitere russische Siegesfeier sollte nicht toleriert werden. Die Umsetzung des Denkmals in der Nacht vom 26. auf den 27. April 2007 führte letztlich zu gewaltsamen Ausschreitungen. Es wurde am 8. Mai 2007 als „Denkmal für den unbekanntem Soldaten“ (Tundmatule Sõdurile) am neuen Standort wiedereröffnet (Lehti et al. 2008: 393).

Darüber, wie der Konflikt um den Bronzenen Soldaten zu interpretieren ist, herrscht Uneinigkeit. Einige beleben für die Interpretation der *Bronzenen Nächte* alte Diskurse wieder, in dem sie erneut einen Zusammenhang zwischen der russischen Minderheit in Estland und der Russischen Föderation herstellen und damit die historische Schuld auf die russischen ZuwanderInnen verschieben. Für Mälksoo (2007) versuchen diese, durch das Festhalten am russischen Erinnerungsdiskurs der historischen Verantwortung zu entkommen. Der Rückgriff auf die Darstellung als übermächtige TäterInnen fungiert als Legitimation für das verteidigende Handeln der estnischen Regierung. Da sie „den estnischen Staat und die estnische Nation hassend“ (Leitartikel PM 31.12.2007 in Selg 2013: 86) unter *uns* leben, ist die Verlegung *ihres* repräsentativen Ortes aus dem Fokus der estnischen Öffentlichkeit dementsprechend die einzig richtige Lösung. Der Denkmalstreit stellt folglich ein sicherheitspolitisches Problem dar (Mälksoo 2007), das nur dadurch gelöst werden konnte, dass das Denkmal an einen Ort versetzt wird, der „kein Problem für die innere Sicherheit bereiten“ und „die EstInnen nicht stören würde“ (Höbemägi 2006: EPL, eig. Übersetzung).

Astrov (2005) und Ehala (2006) sehen den Denkmalstreit hingegen als symptomatisch für den gesellschaftlichen Umgang mit der russischen Minderheit. Für sie sind die Bronzenen Nächte „emancipation struggles“ (Astrov 2007 zitiert in Mälksoo 2007) und sie warnen davor, dass „der Bronzene Soldat zum Symbol für die Marginalisierung der russischen Minderheit in der estnischen Gesellschaft“ wird (Ehala 2006: EPL, eig. Übersetzung). Während die russischen ZuwanderInnen also einerseits im Anschluss an frühere Grenzziehungen als übermächtige Ex-Kolonisatoren und Gefahr für die estnische Mehrheit beschrieben werden, sind sie für Astrov (2005) und Ehala (2006) andererseits marginalisierte, machtlose Opfer der estnischen Mehrheitstyrannie, die ihnen nur zwei Zukunftsalternativen bietet: Exit oder Anpassung. „Entweder Koffer-Bahnhof-Russland [...] oder Naturalisierung, d.h. die Staatsbürgerschaftsentscheidung“ (Astrov 2005: EPL, eig. Übersetzung). Auch wenn die Opferdarstellung Elemente enthält, die die Schuld von der russischen Minder- auf die estnische Mehrheit verschiebt, sind sie diesem Diskurs zufolge machtlos und nur begrenzt handlungsfähig. Damit gelten sie nicht als gleichwertige Gesellschaftsmitglieder, sondern werden den EstInnen hierarchisch untergeordnet.

Der Denkmalkonflikt brachte aber auch neue innerestnische Grenzziehungen gegenüber kritischen AkademikerInnen hervor (Selg 2013: 97). Ehala, Ruutsoo und neun weitere estnische und finnische ProfessorInnen ergriffen daher stellvertretend für die russische Minderheit die Initiative und wiesen am 23. April 2007 – vier Tage vor den Bronzenen Nächten – in einem offenen Brief an den Verteidigungsminister Jaak Aaviksoo auf die durch die Denkmalumsetzung verursachten Risiken für die innere Stabilität und internationale Glaubwürdigkeit Estlands hin und boten Hilfe bei der Beendigung des Konflikts an (Eamets et al. 2007: PM; Selg 2013: 91). Der Vorsitzende der bei der russischen Minderheit populären Zentrumspartei (Keskerakond), Edgar Savisaar, zog in einem Artikel zwei Tage später Parallelen zwischen dem Protestbrief an den Verteidigungsminister und dem „Brief der 40“ aus dem Jahre 1980, in dem sich ProfessorInnen der Universität Tartu gegen die sowjetische Regierung wandten (Selg 2013: 92). Die strategische Gleichsetzung der UnterzeichnerInnen mit estnischen DissidentInnen und der jetzigen mit der sowjetischen Regierung führte jedoch nicht zum gewünschten Ergebnis. Stattdessen wurden die protestierenden ProfessorInnen in der Folge als „Rote WissenschaftlerInnen“ diffamiert und ihre Interessen mit denen Russlands gleichgesetzt wurden (Münch 2008: 69; Selg 2013: 88, 93). Ihre Ansicht lief der estnischen Mehrheitsmeinung diametral entgegen und wurde in der Folge kaum gehört, sodass die Denkmalverlegung eine „im estnischen Kontext kaum umstrittene Aktion“ (Brüggemann 2009: 274) blieb.

Was bedeutet diese Phase für die estnisch-russischen Beziehungen? Auf der einen Seite wird vom Erhalt klarer Grenzen ausgegangen, sodass der Freund-Feind Diskurs über die russischen Anderen Wirkung in der Praxis zeigt. Durch die 2006 erfolgte Erhöhung der Mindestaufenthaltsdauer für den Erwerb der Staatsbürgerschaft auf acht Jahre und die chronische Unterfinanzierung der Sprach- und Bildungsreform werden Grenzen aufrechterhalten und ihre Überwindung erschwert (Urdze 2012: 190). Auf der anderen Seite interpretieren Lauristin & Vihalemm (2009: 17) die Bronzenen Nächte als Möglichkeit für eine „wahre“ Integration. Das 2007 verabschiedete neue Integrationsprogramm priorisiert die Überwindung sozialer und ökonomischer Ungleichheiten sowie die Schaffung effektiver Partizipationsmöglichkeiten. Die russische Min-

derheit werde so erstmals zu „partners, not targets of the minority policy“ (ebd.). Das eröffnet Möglichkeiten für individuelle Grenzüber-schreitung, sofern die russische Minderheit dazu bereit ist.

Schema II: Wandelnde Darstellungsformen der russischen Minderheit

	Wir	Grenzzie-hung	Andere	Möglichkeit der Grenz-veränderung
Phase I 1965-1987 Freund-Feind Dichotomie & Zentrum und Peripherie	Estnische Russifizierungs- opfer unterdrückt Estnischer Rand Abweichung	Klar Ethnisch	Russische Russifizierer übermächtig Russische Dominanz Norm	Keine Keine bis individuell
Phase II 1988-1992 Freund-Feind Dichotomie	Bedrohte Nation Gefährdet	Klar Ethnisch	Ehemalige Kolonisatoren Bedrohlich	Keine
Phase III 1993-1997 Freund-Feind Dichotomie	Sesshafte Nation loyal	Klar Ethnisch	Wurzellose Minderheit illoyal	Keine
Phase IV 1998-2004 Zentrum und Peripherie	Estnisch- sprachige Lösung Norm	Klar bis verblas- send zuneh- mend zivil	Russisches Integrationsprob- lem Abweichung	Keine bis individuell
Phase V 2005-2007 Freund-Feind Dichotomie & Hierarchische Unterord- nung	Verteidiger gefährdet Estnische Bürge- rInnen = Mehr- heitstyannei handlungsfähig	Klar ethnisch	Übermächtige Täter feindlich Unsere MitbürgerInnen = machtlose Opfer begrenzt hand- lungsfähig	Keine Keine

Quelle: Eigene Darstellung

Wie die unterschiedlich starken Grenzziehungen, Bezeichnungen und Konsequenzen des im *Schema II* dargestellten Phasenmodells zeigen, lohnt sich eine Langzeituntersuchung, die auch den Wandel im Blick hat. Denn nicht immer waren die Grenzziehungen gegenüber der russischen Minderheit so schwarz-weiß wie sie es in den viel untersuchten Krisenzeiten 1993 und 2007 waren. Obwohl die Grenzen über Jahrzehnte hinweg klar und ethnisch definiert wurden, wiesen sie in der vierten Phase (1998-2004) Merkmale des Verbllassens auf. Wie in der von mir entwickelten Typologie angenommen, gehen klare Grenzziehungen mit dichotomen Freund-Feind Darstellungen einher, die in Phase V (2005-2008) teilweise durch Formen der hierarchischen Unterordnung ergänzt werden. In Phase I (1965-1987) gesellt sich zur Freund-Feind Dichotomie außerdem die Perspektive von der estnischen Peripherie ins sowjetische (=russische) Zentrum hinzu. Die verbllassenden Grenzziehungen in Phase IV werden durch einen zivilen Diskurs um Multikulturalität und Toleranz sowie die Darstellungsform des estnischen Zentrums gerahmt, welches nur durch die Standarderfüllungen/-abweichungen am russischen Rand sichtbar wird. Es ist jedoch zu beachten, dass sich in keiner Phase eine Entwicklung hin zu einer positiven Darstellungsform und somit zur Möglichkeit einer kollektiven Grenzverschiebung abzeichnet, sondern Konfrontation sich vorrangig mit Segregation abwechselt.

Besonders interessant ist die Diskrepanz zwischen den (nahezu) gleichbleibend klaren Grenzen und den sich wandelnden Bezeichnungen für die russischen Anderen. Während die ersten beiden Phasen durch (post-)koloniale Zuschreibungen als Russifizierer, ehemalige Kolonisatoren geprägt sind, passt sich der estnische Diskurs über die russische Minderheit in den folgenden Phasen zunehmend westlichen Mustern der Grenzziehung zu MigrantInnen an. Sie werden in der Folge sowohl als wurzellose und illoyale Minderheit als auch als zu lösendes Integrationsproblem bezeichnet. Hervorzuheben sind die Grenzziehungen in Phase V, die einerseits durch ein ungekanntes Ausmaß an politisch korrekten Bezeichnungen als hiesige und estnische RussInnen, andererseits durch einen Rückfall in postkoloniale Täter-Opfer Diskurse gekennzeichnet sind.

Die Verbindung des diskursanalytischen Ansatzes mit der Untersuchung estnischer Minderheitenpolitik verdeutlicht außerdem, dass Diskurs und Praxis nicht im luftleeren Raum existieren. Die diskursiven Grenzziehungen schlugen sich in manifesten Grenzen nieder, die in den Bereichen Integrations- und Staatsbürgerschaftspolitik sowie soziale Ungleichheit deutlich wurden. Diese beeinflussen wiederum die Möglichkeiten der Grenzüberwindung. Der estnische Widerstand gegen die Zuwanderung russischer SowjetbürgerInnen in der ersten Phase, der staatsbürgerschaftliche Ausschluss durch die Wiedereinführung des alten Staatsangehörigkeitsgesetzes 1992 sowie die Verschärfung der Ausländergesetzgebung, die 1993 in die erste ethnische Krise mündete, boten kaum Möglichkeiten der Grenzveränderung. Erst die Implementation des ersten und zweiten Integrationsprogrammes eröffneten begrenzte Aussichten für individuelle Grenzüberschreitung durch sprachliche Anpassung, die allerdings durch die zweite ethnische Krise in den Bronzenen Nächten 2007 wieder in Frage gestellt wurden. Die Minderheitenpolitik der estnischen Regierung wandelte sich vom strategischen Ausschluss der RussInnen bzw. der Ermutigung zur Nutzung der *exit*-Option über die zunehmende Institutionalisierung einer ethnischen Demokratie durch fehlende politische Partizipationsrechte auf nationaler Ebene hinzu der Forderung nach sprachlicher Anpassung, die begrenzte Möglichkeiten zur Grenzüberschreitung bot. Eine kollektive Grenzverschiebung, die die Kolonisatoren von gestern zu MitbürgerInnen von heute machen würde, scheint jedoch nicht in Aussicht.

Literatur

- Aklaev, Airat R. (1999): Democratization and ethnic peace. Patterns of ethnopolitical crisis management in post-Soviet settings. Aldershot [u.a.]: Ashgate. S. 143-177.
- Alba, Richard (2005): Bright versus Blurred Boundaries. Second Generation Assimilation and Exclusion in France, Germany and the United States. In: Ethnic and Racial Studies, Jg. 28, Nr. 1. S. 20-49.
- Alexander, Jeffrey C. (2006): The Civil Sphere. Oxford: Oxford University Press. S. 53-106, 395-424.

- Anderson, Barbara A./Silver, Brian D. (1983): Estimating russification of ethnic identity among non-Russians in the USSR. In: *Demography*, Jg. 20, Nr. 4. S. 461-489.
- Anderson, Benedict (1991): *Imagined communities. Reflections on the origin and spread of nationalism*. London/New York: Verso.
- Astrov, Aleksandr (2005): Aga sellepärast, et on po... In: *Eesti Päevaleht (EPL)*, 20.10.2005. URL: <http://www.epl.ee/news/arvamus/aleksandr-astrov-aga-sellepärast-et-on-po.d?id=51021936>, letzter Zugriff am 21.07.2013.
- Barth, Fredrik ([1969] 1996): *Ethnic Groups and Boundaries*. In: Hutchison, John/Smith, Anthony D. (Hrsg.): *Ethnicity*. Oxford/New York: Oxford University Press. S. 75-83.
- Berg, Eiki (2002): Local Resistance, National Identity and Global Swings in Post-Soviet Estonia. In: *Europe-Asia Studies*, Jg. 54, Nr. 1. S. 109-122.
- Billig, Michael (1995): *Banal Nationalism*. London: Sage Publications. S. 1-12, 93-127, 174-177.
- Brokaw, Alan J./Brokaw, Marianne A. (2001): Identity Marketing: The Case of the Singing Revolution. In: *Journal of Nonprofit & Public Sector Marketing*, Jg. 8, Nr. 4. S. 17-29.
- Brown, Kara D. (2012): The State, Official-Language Education, and Minorities: Estonian-Language Instruction for Estonia's Russian-Speakers and the Võro. In: Bekerman, Zvi/Geisen, Thomas (Hrsg.): *International Handbook of Migration, Minorities and Education. Understanding Cultural and Social Differences in Processes of Learning*. Dordrecht [u.a.]: Springer. S. 195-212.
- Brubaker, Rogers (1996): *Nationalism reframed. Nationhood and the national question in the New Europe*. Cambridge: Cambridge University Press. S. 1-75.
- Brüggemann, Karsten (2009): Felix Münch. Diskriminierung durch Geschichte? Der Deutungsstreit um den „Bronzenen Soldaten“ im postsowjetischen Estland. In: *Nordost-Archiv: Zeitschrift für Regionalgeschichte*, Jg. 18. Sonderheft „Nordosteuropäische Geschichte in den Massenmedien: Medienentwicklung, Akteure und transnationale Öffentlichkeit“. S. 273-277.
- Burch, Stuart/Smith, David J. (2007): Empty Spaces and the Value of Symbols. Estonia's "War of Monuments" from Another Angles. In: *Europe-Asia Studies*, Jg. 59, Nr. 6. S. 913-936.
- Eamets, Raul/Ehala, Martin/Heidmets, Mati/Hennoste, Tiit/Hint, Mati/Kattel, Rainer/ Pulver, Aleksander (2007): Professorite avalik kiri: pronkssõduri teisaldamises peituvad riskid. In: *Postimees (PM)*, 23.04.2007. URL:

- <http://euro.postimees.ee/230407/esileht/arvamus/256754.php>, letzter Zugriff am 22.07.2013.
- Eder, Klaus (2006): Europe's borders. The narrative construction of the boundaries of Europe. In: *European Journal of Social Theory*, Jg. 9, Nr. 2. S. 255-271.
- Ehala, Martin (2006): Maarjamägi ei ole lahendus. In: *Eesti Päevaleht (EPL)*, 08.06.2006. URL: <http://www.epl.ee/news/arvamus/martin-ehala-maarjamagi-ei-ole-lahendus.d?id=51041368>, letzter Zugriff am 22.07.2013.
- Ehala, Martin (2009): The Bronze Soldier. Identity Threat and Maintenance in Estonia. In: *Journal of Baltic Studies*, Jg. 40, Nr. 1. S. 139-158.
- Ehala, Martin/Zabrodszkaja, Anastassia (2011): Interethnic discordance and stability in Estonia. In: *Journal of Baltic Studies*, Jg. 42, Nr. 2. S. 213-237.
- Feldman, Gregory (2005): Culture, state, and security in Europe. The case of citizenship and integration policy in Estonia. In: *American Ethnologist*, Jg. 32, Nr. 4. S. 676-694.
- Feldman, Gregory (2008): The Trap of Abstract Space. Recomposing Russian-Speaking Immigrants in Post-Soviet Estonia. In: *Anthropological Quarterly*, Jg. 81, Nr. 2. S. 311-342.
- Goehrke, Carsten (2002): Das Baltikum an einer Schnittstelle europäischer Geschichte. Ein Rückblick. In: Goehrke, Carsten/ von Ungern-Sternberg, Jürgen (Hrsg.): *Die baltischen Staaten im Schnittpunkt der Entwicklungen. Vergangenheit und Gegenwart*. Basel: Schwabe&Co.AG. S. 179-193.
- Hall, Stuart (1992): The West and the rest. Discourse and power. In: Hall, Stuart/Gieben, Bram (Hrsg.): *Formations of Modernity*. Cambridge: Polity Press. S. 275-332.
- Hennig, Irina (2011): „Europe but not Europe“. Konstruktionen europäischer Identität in der deutschsprachigen Presseberichterstattung zur „Orange Revolution“. In: Thomas, Tanja/Hobuß, Steffi/Kruse, Merle-Marie/Hennig, Irina (Hrsg.): *Dekonstruktion und Evidenz. Ver(un)sicherungen in Medienkulturen*. Sulzbach: Ulrike Helmer Verlag. S. 239-265.
- Hõbemägi, Priit (2006): Tõnismäe kriis. kaitsepolitsei vs poliitikud. In: *Eesti Päevaleht (EPL)*, 01.06.2006. URL: <http://www.epl.ee/news/arvamus/priit-hobemagi-tonismae-kriis-kaitsepolitsei-vs-poliitikud.d?id=51040756>, letzter Zugriff am 22.07.2013.
- Holy, Ladislav (1994): Metaphors of the Natural and the Artificial in Czech political discourse. In: *Man*, Jg. 29, Nr. 4. S. 809-829.

- Hughes, James (2005): "Exit" in Deeply Divided Societies. Regimes of Discrimination in Estonia and Latvia and the Potential for Russophone Migration. In: *JCMS*, Jg. 43,
- Järve, Priit (2004): Re-Independent Estonia. In: Smooha, Sammy/Järve, Priit (Hrsg.): *The Fate of Ethnic Democracy in Post-Communist Europe*. Budapest: Local Government and Public Service Reform Initiative, Open Society Institute. S. 61-79.
- Jurado, Elena (2003): Complying with European standards of minority education. Estonia's relations with the European Union, OSCE and Council of Europe. In: *Journal of Baltic Studies*, Jg. 34, Nr. 4. S. 399-431.
- Juske, Ants (2006): Suvine lõimumine. In: *Eesti Päevaleht (EPL)*, 24.07.2006. URL: <http://www.epl.ee/news/arvamus/ants-juske-suvine-loimumine.d?id=51045160>, letzter Zugriff am 20.07.2013.
- Kaljuvee, Ardo (2006): Sümbolse tähendusega visiit. In: *Eesti Päevaleht (EPL)*, 15.11.2006. URL: <http://www.epl.ee/news/arvamus/juhtkiri-sumbolsetahendusega-visiit.d?id=51064227>, Zugriff am 20.07.2013, 16:35 Uhr.
- Kalmus, Veronika (2003): Is interethnic integration possible in Estonia? Ethno-political discourse of two ethnic groups. In: *Discourse and Society*, Jg. 14, Nr. 6. S. 667-697.
- Karrik, S. (2005): Suur hoop eestlusele. In: *Eesti Päevaleht (EPL)*, 13.06.2005. URL: <http://www.epl.ee/news/arvamus/s-karrik-suur-hoop-eestlusele.d?id=51012847>, letzter Zugriff am 20.07.2013.
- Kattago, Siobhan (2009): War Memorials and the Politics of Memory. The Soviet War Memorial in Tallinn. In: *Constellations*, Jg. 16, Nr. 1. S. 150-166.
- Kivirähk, Andrus (2006): Eesti lipp Tõnismäel. In: *Eesti Päevaleht (EPL)*, 13.05.2006. URL: <http://www.epl.ee/news/arvamus/andrus-kivirahk-eestilipp-tonismael.d?id=51038912>, letzter Zugriff am 22.07.2013, 11:16 Uhr.
- Kneuer, Marianne (2012): Die baltischen Staaten als Transformationsstaaten. In: Knodt, Michèle/Urdze, Sigita (Hrsg.): *Die politischen Systeme der baltischen Staaten*. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag. S. 75-95.
- Kolb, Matthias (2011): Die Euro-Stars aus Tallinn. In: *Süddeutsche Zeitung (SZ)*. URL: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/estland-die-euro-stars-aus-tallinn-1.1120477>, letzter Zugriff am 14.05.2013.
- Koreinik, Kadri (2011): Public Discourse of (De)legitimation. The Case of South Estonian Language. In: *Journal of Baltic Studies*, Jg. 42, Nr. 2. S. 239-261.
- Korts, Külliki (2009): Inter-Ethnic Attitudes and Contacts Between Ethnic Groups in Estonia. In: *Journal of Baltic Studies*, Jg. 40, Nr. 1. S. 121-137.

- Kremez, Mihhail (2009): Venemaa Kajastamine Eesti ja Soome Päevalehtedes. Eesti Päevalehe, Molodjož Estonii ja Helsingin Sanomat Näitel. Tallinn: Tallinna Ülikool Magistritöö (unveröffentlichtes Manuskript).
- Kuus, Merje (2002): European Integration in Identity Narratives in Estonia. A Quest for Security. In: *Journal of Peace Research*, Jg. 39, Nr. 1. S. 91-108.
- Laitin, David D. (1998): *Identity in Formation. The Russian-Speaking Populations in the Near Abroad*. Ithaca [u.a.]: Cornell University Press.
- Laitin, David D. (2003): Three models of integration and the Estonian/Russian reality. In: *Journal of Baltic Studies*, Jg. 34, Nr. 2. S. 197-222.
- Lauristin, Marju/Vihalemm, Peeter (2009): The Political Agenda During Different Periods of Estonian Transformation. External and Internal Factors. In: *Journal of Baltic Studies*, Jg. 40, Nr. 1. S. 1-28.
- Lehti, Marko/Jutila, Matti/Jokisipilä, Markku (2008): Never-Ending Second World War. Public Performances of National Dignity and the Drama of the Bronze Soldier. In: *Journal of Baltic Studies*, Jg. 39, Nr. 4. S. 393-418.
- Linz, Juan/Stepan, Alfred (1996): When Democracy and the Nation-State Are Conflicting Logics. Estonia and Latvia. In: dies.: *Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*. Baltimore [u.a.]: John Hopkins University Press. S. 401-433.
- Mälksoo, Maria (2007): The fallen 'Bronze Soldier'... (a response to: Is this the order we wanted?). In: *Rahvusvaheline Kaitseuringute Keskus News (RKK)*, 11.05.2007. URL: [http://www.icds.ee/index.php?id=73&type=98&L=1&tx_ttnews\[tt_news\]=165&tx_ttnews\[backPid\]=153&cHash=ba1639d934](http://www.icds.ee/index.php?id=73&type=98&L=1&tx_ttnews[tt_news]=165&tx_ttnews[backPid]=153&cHash=ba1639d934), letzter Zugriff 15.07.2013.
- Merritt, Martha (2000): A geopolitics of identity: Drawing the line between Russia and Estonia. In: *Nationalities Papers*, Jg. 28, Nr. 2. S.243-262.
- Münch, Felix (2008): Diskriminierung durch Geschichte? Der Deutungsstreit um den „Bronzenen Soldaten“ im postsowjetischen Estland. Tectum Verlag: Marburg. S. 9-15, 65-86, 87-119.
- Noreen, Erik/Sjöstedt, Roxanna (2004): Estonian Identity Formations and Threat Framing in the Post-Cold War Era. In: *Journal of Peace Research*, Jg. 41, Nr. 6. S. 733-750.
- Pärtelpoeg, Ilmar (2005): Okupantid tsiviilis. In: *Eesti Päevaleht (EPL)*, 24.01.2005. URL: <http://www.epl.ee/news/arvamus/ilmar-partelpoeg-okupandid-tsiiviilis.d?id=51002180>, letzter Zugriff am 20.07.2013.
- Petersoo, Pille (2007): Reconsidering otherness. Constructing Estonian Identity. In: *Nations and Nationalism*, Jg. 13, Nr. 1. S. 117-133.

- Pettai, Vello (2010): Estonia. In: *European Journal of Political Research*, Jg. 49, Nr. 7-8. S. 955-963.
- Rausing, Sigrid (2004): *History, memory, and identity in post-Soviet Estonia. The end of a collective farm.* Oxford [u.a.]: Oxford University Press. S. 128-152.
- Reinke de Buitrago, Sybille (2012): *Portraying the Other in International Relations. Cases of Othering, Their Dynamics and the Potential for Transformation.* Newcastle: Cambridge Scholars Publishing. S. xiii-xxv.
- Rozenvalds, Juris (2012): *Baltische Staaten und ihre Gesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg.* In: Knodt, Michèle/Urdze, Sigita (Hrsg.): *Die politischen Systeme der baltischen Staaten. Eine Einführung.* Wiesbaden: Springer VS. S. 55-73.
- Ruutsoo, Rein (2002): *Civil Society and the Nation Building in Estonia and the Baltic States. Impact of Traditions on Mobilization and Transition 1986-2000. Historical and Sociological Study.* Rovaniemi: Lapin Yliopisto. S. 325-351.
- Said, Edward W. ([1978] 2009): *Orientalismus.* Frankfurt/Main: Fischer Verlag. S. 9-39, 43-90, 327-376.
- Schröder, Hans-Henning (2010): „Tiefste Barbarei“, „höchste Civilisation“ Stereotypen im deutschen Russlandbild. In: *Osteuropa*, Jg. 60, Nr. 10. S. 83-100.
- Selg, Peeter (2013): A political-semiotic introduction to the Estonian “bronze-night” discourse. In: *Journal of Language and Politics*, Jg. 12, Nr. 1. S. 80-100.
- Seliste, Tarmo (2005): *Võõras venelane.* In: *Eesti Päevaleht (EPL)*, 11.04.2005. URL: <http://www.epl.ee/news/arvamus/tarmo-seliste-vooras-venelane.d?id=51007852>, letzter Zugriff am 20.07.2013.
- Smith, Graham/Aasland, Aadne/Mole, Richard (1996): *Statehood, Ethnic Relations and Citizenship.* In: Smith, Graham (Hrsg.): *The Baltic States. The National Self-Determination of Estonia, Latvia and Lithuania.* New York: St. Martin's Press. S. 181-205.
- Smith, David J. (2008): „Woes from Stones“. Commemoration, Identity Politics and Estonia's “War of Monuments”. In: *Journal of Baltic Studies*, Jg. 39, Nr. 4. S. 419-430.
- Steinbach, Anja (2004): *Soziale Distanz. Ethnische Grenzziehung und die Eingliederung von Zuwanderern in Deutschland.* Wiesbaden: VS Verlag. S. 17-41.
- Stoiber, Michael/Urdze, Sigita (2012): *Beteiligungsformen ethnischer Minderheiten und demokratische Qualität in den baltischen Staaten.* In: Knodt, Michèle/Urdze, Sigita (Hrsg.): *Die politischen Systeme der baltischen Staaten. Eine Einführung.* Wiesbaden: VS Verlag. S. 173-196.

- Thiele, Carmen (2002): Staatsangehörigkeit in den baltischen Staaten: Das Beispiel Estland. In: Osteuropa, Jg. 52, Nr. 6. S. 729-742.
- Urdze, Andrejs (2012): Minderheiten und Minderheitenpolitik in den baltischen Staaten. In: Knodt, Michèle/Urdze, Sigita (Hrsg.): Die politischen Systeme der baltischen Staaten. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag. S. 197-216.
- van Ham, Martin/Tammaru, Tiit (2011): Ethnic Minority-Majority Unions in Estonia. In: European Journal of Population, Jg. 27, Nr. 3. S. 313-335.
- Vihalemm, Triin/Kalmus, Veronika (2008): Mental Structures in Transition Culture. Differentiating Patterns of Identities and Values in Estonia. In: East European Politics and Societies, Jg. 22, Nr. 4. S. 901-927.
- Vihalemm, Triin/Masso, Anu (2007): (Re)Construction of Collective Identities after the Dissolution of the Soviet Union: The Case of Estonia. In: Nationalities Papers, Jg. 35, Nr. 1. S. 71-91.
- Virkkunen, Joni (1999): The politics of identity. Ethnicity, minority and nationalism in Soviet Estonia. In: GeoJournal, Jg. 48, Nr. 2. S. 83-89.
- Virkkunen, Joni (2002): Place and Discourse in the Formation of the Northeast Estonian Borderland. In: Kaplan, David H./Häkli, Jouni (Hrsg.): Boundaries and Place. European Borderlands in Geographical Context. Lanham [u.a.]: Rowman & Littlefield Publishers, Inc. S. 239-254.
- Waldstein, Maxim (2007): Russifying Estonia? Iurii Lotman and the Politics of Language and Culture in Soviet Estonia. In: Kritika: Explorations in Russian and Eurasian History, Jg. 8, Nr. 3. S. 561-596.
- Wimmer, Andreas (2013): Ethnic Boundary Making. Institutions, Power, Networks. Oxford [u.a.]: Oxford University Press. S. 1-15, 44-112, 205-214.

Bianka Plüschke-Altöf, M.A.

ist Doktorandin im Marie Curie International Training Network „Socio-economic and Political Responses to Regional Polarisation in Central and Eastern Europe“ an der Universität Tartu in Estland. Sie hat zuvor Sozialwissenschaften, Europäische Ethnologie und Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, der Freien Universität Berlin und der Universität Warschau studiert. Während ihres Studiums arbeitete sie am Lehrbereich für Vergleichende Demokratieforschung und Politische Systeme Osteuropas sowie in diversen interkulturellen Projekten. Zu ihren Forschungsinteressen gehören regionale Identität, Minderheitenpolitik sowie Grenzziehungs- und Peripherisierungsprozesse in Mitteleuropa.

Kontakt: pluschke@ut.ee

Arbeitswelt und Beruf

Das letzte Kapitel des Sammelbandes umfasst Beiträge zum Themenbereich Arbeitswelt und Beruf. Es beginnt Benedikt Hassler mit seinem Artikel „Arbeitswelt auf dem Prüfstand“. Er beschäftigt sich darin mit atypischen Beschäftigungen und versucht diese theoretisch neu zu formieren. Weiter geht es mit einem Beitrag von Hannah Schurian und Lucienne Wagner, die sich in „Zu viel Herz? – Streik in der Altenpflege“ mit dem Thema Streik in Pflegeberufen auseinandersetzen. Hierbei steht besonders der Einfluss der Arbeitseinstellung und Arbeitskultur von Altenpflegern auf deren Umgang mit dem Rationalisierungsdruck und ihrer Streikbereitschaft im Mittelpunkt. Den Abschluss des Sammelbandes übernimmt Barbara Mühlbacher mit ihrem Beitrag „Migration jenseits ökonomischer Motive?“, in dem sie sich mit Migrationsverläufen hochqualifizierter deutscher Arbeitskräfte in Rumänien beschäftigt und damit wichtigen Beitrag zu der klassischen Migrationssoziologie leistet.

Arbeitswelt auf dem Prüfstand.....	385
<i>Benedikt Hassler</i>	
„Zu viel Herz?“ - Streik in der Altenpflege.....	405
<i>Hannah Schurian und Lucienne Wagner</i>	
Migration jenseits ökonomischer Motive?	433
<i>Barbara Mühlbacher</i>	

Arbeitswelt auf dem Prüfstand

Atypische Beschäftigungsverhältnisse und soziale Ungleichheit

Benedikt Hassler

Abstract

Der vorliegende Beitrag führt grundlegend in die Begriffsbildung zur atypischen Beschäftigung ein, zeigt spezifische Probleme in international vergleichenden Studien zu atypischer Beschäftigung auf und etabliert die Unterscheidung von arbeitnehmer- und arbeitgebergesteuerter Flexibilität. In einem zweiten Teil demonstriert der Artikel unter Bezugnahme auf die Segmentationstheorie, dass atypische Beschäftigungsverhältnisse die Lebenslagen von Menschen beeinflussen und soziale Ungleichheiten verstärken können. Damit schafft der Beitrag eine theoretisch begründete, kritische Betrachtung atypischer Arbeitsverhältnisse.

Vorwort

Dieser Artikel basiert auf meiner Masterarbeit mit dem Titel „Atypische Arbeitsverhältnisse in der Schweiz. Eine theoretische und empirische Analyse“, die ich 2012 an der Universität Bern eingereicht habe. Aufgrund des beschränkten Platzes ist es nicht möglich, die gesamte theoretische Herleitung und quantitative empirische Auswertung wiederzugeben. Für den Vortrag am 4. Studentischen Soziologiekongress im Herbst 2013 in Bamberg habe ich versucht, einzelne Aspekte der Masterarbeit zu isolieren und neu aufzubereiten. In jener Fokussierung standen insbesondere diejenigen Fragen im Vordergrund, die nicht nur spezifisch für die Schweiz, sondern auch in internationaler Perspektive interessant sind. Diese Neuausrichtung schlägt sich nun auch im vorliegenden Beitrag nieder, womit dieser thematisch zum Tagungsband passt, indem er Krisen der Arbeit(-sverhältnisse) aufzeigt. Für die Möglichkeit der Veröffentlichung des Vortrags in der Form dieses Artikels bedanke ich mich herzlich bei den dafür verantwortlichen Personen und Institutionen. Besonderer Dank gilt auch den beiden anonymen GutachterInnen für die konstruktive Kritik an der Erstfassung dieses Artikels.

Einleitung

Seit den 1980er Jahren gibt es in Wissenschaft und Öffentlichkeit rege Diskussionen über den Wandel der Arbeitsverhältnisse. Zentraler Ausgangspunkt dieser Debatten ist dabei meist das Normalarbeitsverhältnis, das sich nach dem Ersten Weltkrieg ausgebildet hat und bis heute die dominierende Form der Arbeit geblieben ist. Im wissenschaftlichen Diskurs war in den letzten 30 Jahren häufig von Wandel, Krise oder Erosion des Normalarbeitsverhältnisses die Rede. Diese Bezeichnungen sind allerdings umstritten: Die empirischen Daten bringen je nach Fokussierung und Operationalisierung unterschiedliche Ergebnisse bezüglich der Transformation der Beschäftigungsverhältnisse zu Tage. Unbestritten ist hingegen die Tatsache, dass nach wie vor die Mehrheit der Arbeitsverhältnisse Normalarbeitsverhältnisse sind. Empirisch gut und eindeutig belegt ist ebenfalls der zahlenmäßige Anstieg der atypischen Beschäftigung, der von verschiedenen Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern in unterschiedlicher Weise bewertet wird.

In der Schweiz gibt es bezüglich atypischer Beschäftigung und den Folgen der Veränderung der Arbeitsverhältnisse vergleichsweise wenige Studien. Dies hängt damit zusammen, dass die Transformation des Arbeitsmarkts in der Schweiz mit einer gewissen Verzögerung eingetreten ist; die *Scientific Community* kleiner ist als in anderen Ländern; Diskussionen in der Europäischen Union selten auf die Schweiz ausgeweitet werden und der Arbeitsmarkt sowie die Arbeitsverhältnisse vergleichsweise in geringem Maße im Fokus der Öffentlichkeit stehen. In anderen Ländern – unter anderem und vor allen Dingen in Deutschland – ist atypische Beschäftigung hingegen stärker ein Thema. Den bisher vorhandenen Studien fehlte allerdings oftmals eine theoretische Betrachtung und definitorische Schärfe. Diese Tatsache legitimiert die überwiegend theoretische Ausrichtung dieses Artikels.

Der vorliegende Beitrag schafft eine neue Perspektive auf atypische Beschäftigungsverhältnisse. In einem ersten Schritt wird die Entwicklung und Definition atypischer Arbeit dargestellt, ausgeführt weshalb diese Begriffskonstruktion sinnvoll ist und dargelegt, wie sich der Begriff der atypischen Arbeit von prekärer Arbeit abgrenzt. Anschließend werden empirische Daten zu Europa präsentiert, um die Relevanz atypi-

scher Beschäftigung besser einschätzen zu können und Probleme einer international komparativen Analyse atypischer Beschäftigung aufzuzeigen. Abschließend werden die vorangegangenen Überlegungen zur Synthese gebracht und es wird anhand der Segmentationstheorie analytisch demonstriert, welche Veränderungen der Lebenslagen sich durch die Verbreitung atypischer Arbeitsverhältnisse ergeben und was dies für die soziale Ungleichheit bedeutet.

Flexibilität am Arbeitsmarkt

Arbeitsverhältnisse und das Verhältnis des Menschen zur Arbeit haben sich in der Menschheitsgeschichte immer wieder gewandelt (vgl. bspw. Jochum 2010; Nippel 2000). In der Frühindustrialisierung war die Beziehung der Arbeitnehmenden zum Arbeitgeber labil. Häufige Wechsel der Arbeitsstelle waren keine Seltenheit (Castel 2000: 285f.). Durch die Entstehung und zunehmende Verbreitung des fordistischen Lohnarbeitsverhältnisses während der Blütezeit der Industrialisierung verstärkte sich die Bindung der Arbeiterinnen und Arbeiter zu den Unternehmen. Zeitgleich wurde die Erwerbsarbeit zunehmend reguliert, vor Willkür geschützt und damit auch dekommodifiziert (Polanyi 2001 [1944]: 122ff.). Es kam zu einer „Synthese zwischen wirtschaftlicher Effizienz und sozialer Sicherung“ (Bosch 2002: 111). Die Transformation der Beschäftigungsverhältnisse führte zur Etablierung des fordistischen Lohnarbeitsverhältnisses, das aufgrund seiner starken Verbreitung rückblickend auch Normalarbeitsverhältnis genannt wird. Diese Form der Beschäftigung ist bis heute ein wichtiger Referenzpunkt für die Wissenschaft geblieben und die arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Absicherung richtet sich nach wie vor stark danach aus (Böhringer et al. 2007: 145; Keller et al. 2011).

Wesentliche Merkmale eines solchen Normalarbeitsverhältnisses sind (Böhringer 2001: 18; Kalleberg 2000: 341):

- Vollzeitanstellung
- unbefristete Dauer der Beschäftigung
- Anstellung mit einem Vertrag bei einem Arbeitgeber
- Verrichtung der Arbeit bei diesem Arbeitgeber
- Abhängigkeit von diesem Arbeitgeber

Seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts entstanden in entwickelten Industrienationen „neue“ Formen der Erwerbsarbeit. Einflussfaktoren für diese Entwicklung können sowohl auf Seiten der konsumierenden als auch der produzierenden Akteure identifiziert werden: Eine zunehmende Integration der Märkte intensivierte den globalen Wettbewerb und die verstärkte Nachfragefluktuation erhöhte den Bedarf an flexibler Produktion; gleichzeitig erleichterte der technologische Fortschritt – insbesondere im Bereich der Kommunikation – diese flexiblen Produktionsprozesse (vgl. Boltanski & Chiapello 2001: 463f.; Kalleberg 2009: 2). Im gegenseitigen Wechselspiel mit wachsenden Märkten änderte sich aber auch das Konsumverhalten und die Kundenwünsche wurden fortwährend individueller und spezifischer (vgl. Dörre 2009: 51). Diese veränderten Bedingungen erschwerten eine starre Produktion und eine konstante Nutzung des Arbeitskräftepotentials. Folglich stieg im „flexiblen Kapitalismus“ (Sennett 1998) die Zahl der atypischen Arbeitsverhältnisse an, da diese den Unternehmen eine flexiblere Produktion und straffere Profitsteuerung ermöglichten. Diese Arbeitsformen werden deshalb oft auch als flexible Arbeitsverhältnisse bezeichnet. Ebenso gebräuchlich sind Begriffe wie nichttraditionelle Arbeitsverhältnisse, *contingent work* oder *non-standard work* (De Grip et al. 1997). Allerdings meinen diese Bezeichnungen nicht exakt das Gleiche (Kalleberg 2000; Polivka 1996; Sato 2001), weshalb sie im wissenschaftlichen Diskurs nicht synonym verwendet werden können. Obwohl diese neuen Formen der Beschäftigung schon seit den 1980er Jahren Gegenstand der Forschung sind, ist der Begriff der atypischen Beschäftigung vage geblieben. Die Definition stellt eine Residualgröße in Bezug zum Normalarbeitsverhältnis dar. Im Allgemeinen werden folgende abhängigen Beschäftigungsformen gemeint, wenn von atypischer Arbeit die Rede ist (vgl. Keller et al. 2011):

- Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung
- befristete Beschäftigung, temporäre Beschäftigung
- Zeitarbeit, Leiharbeit
- Arbeit auf Abruf
- Scheinselbständigkeit

Bei einer derartigen Dichotomisierung in atypische und normale Arbeitsverhältnisse bleiben einige Arbeitsformen außen vor. Die Unterscheidung konzentriert sich ausschließlich auf abhängige Erwerbsarbeitsformen; unbezahlte Arbeit und Selbständigkeit finden darin keinen Platz. Auch bleiben spezifische Beschäftigungsformen, die nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt angesiedelt sind, wie beispielsweise geschützte Arbeitsplätze, unterstützte oder subventionierte Beschäftigung, in den Analysen meist unerwähnt. Somit wird jeweils nur ein begrenzter Ausschnitt der Arbeitswelt analysiert und spezifische Personengruppen (z.B. Menschen mit einer Behinderung) bleiben in der Diskussion um (gute) Arbeit oftmals außen vor. Auch dem vorliegenden Beitrag haftet dieser Makel an.

Probleme bei der Definition atypischer Beschäftigung bestehen auch bei der Abgrenzung zu prekärer Beschäftigung. Gerry Rodgers (1989) legte vier Faktoren fest, welche bestimmen, ob eine Arbeitsform als prekär bezeichnet werden kann: Zeithorizont, Kontrolle, Schutz und Einkommen. Dieser Charakterisierung folgend, wird prekäre Arbeit analog zu Keller und Seifert (2009: 43) als eine Beschäftigung verstanden, bei der mindestens eines der folgenden Risiken *objektiv* gegeben ist:

- unsicheres oder nicht existenzsicherndes Einkommen
- geringe Beschäftigungsstabilität
- kein Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit im Job
- unzureichende Integration in soziale Sicherungssysteme

Atypisch Beschäftigte sind überproportional oft den oben genannten Prekaritätsrisiken ausgesetzt (vgl. Brehmer und Seifert 2008). Befristete Beschäftigung ist durch geringe Beschäftigungsstabilität gekennzeichnet, während bei der Teilzeitarbeit das Einkommen oftmals gering ausfällt und die ökonomische Grundsicherheit nicht gewährleistet ist. Bei anderen atypischen Arbeitsformen, wie Arbeit auf Abruf oder Scheinselbständigkeit, sind oft mehrere Risikofaktoren zugleich erfüllt. Verschiedene Publikationen weisen allerdings auf den Umstand hin, dass nicht alle atypischen Arbeitsverhältnisse zugleich auch prekär sind (Keller & Seifert 2007: 11; Nollert & Pelizzari 2007: 31; Sander 2012: 39f.). So kann beispielsweise bei einem hohem Einkommen und guten Chancen

am Arbeitsmarkt eine befristete Beschäftigung oder eine Teilzeitarbeit nicht als prekär bezeichnet werden.

Andererseits gibt es Normalarbeitsverhältnisse, die durchaus als prekär eingestuft werden müssen. Dies ist zum Beispiel für Arbeitsverhältnisse in Branchen der Fall, die strukturelle Probleme aufweisen und immer wieder von Entlassungswellen erschüttert werden. In jenen Wirtschaftszweigen bestehen sowohl objektive als auch subjektive Unsicherheiten bezüglich des Arbeitsplatzes und der ökonomischen Versorgung, obwohl diese Arbeitsverhältnisse per se in die Kategorie der „Normalarbeitsverhältnisse“ fallen. Eine solch differenzierte Betrachtungsweise verhindert, bei der kritischen Analyse atypischer Beschäftigung die Normalarbeitsverhältnisse zu idealisieren sowie prekäre und atypische Arbeitsverhältnisse zu vermischen. Diskussionen um abhängige Arbeitsverhältnisse sollten deshalb in zwei abgetrennten Dimensionen geführt werden:

- Normalarbeitsverhältnisse versus atypische Arbeitsverhältnisse
- Sichere, stabile Beschäftigung mit ausreichender Entlohnung und Weiterbildungsmöglichkeiten versus prekäre Beschäftigung

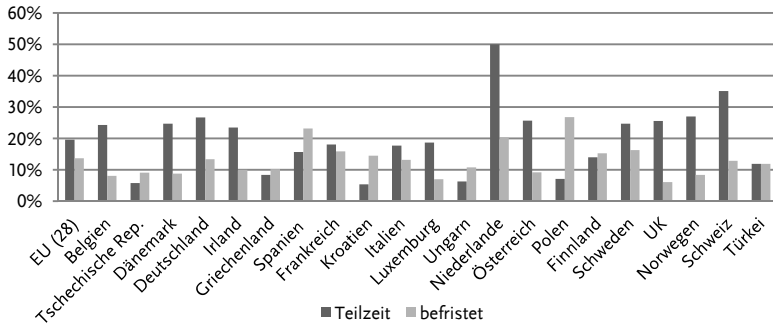
Die wissenschaftliche Literatur zur atypischen Beschäftigung vernachlässigte diese Unterscheidung in der Vergangenheit oftmals und vermischte dadurch verschiedene Konzepte miteinander, was der theoretischen Schärfe der Analysen schadete. Die vorliegende Arbeit behandelt ausschließlich die erste Dimension, d.h. die Differenz zwischen Normalarbeitsverhältnissen und atypischen Arbeitsverhältnissen.

Empirische Sicht auf atypische Arbeitsverhältnisse in Europa

Die empirischen Darstellungen dieses Artikels beschränken sich auf einige deskriptive Analysen atypischer Arbeitsverhältnisse in Europa. Zweck dieser Betrachtung ist die Demonstration der Relevanz atypischer Arbeit in Europa sowie der Probleme quantitativer Analysen und Vergleiche in diesem Themenbereich. In Abb. 1 sind Teilzeitarbeit und befristete Beschäftigung in einigen ausgewählten europäischen Ländern

dargestellt. Ebenso abgebildet ist der Mittelwert der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Datenbasis ist Eurostat. In allen betrachteten Ländern sind atypische Arbeitsverhältnisse eine relevante Kategorie am Arbeitsmarkt.

Abbildung 1: Teilzeitbeschäftigung und befristete Beschäftigung in Europa (2013)

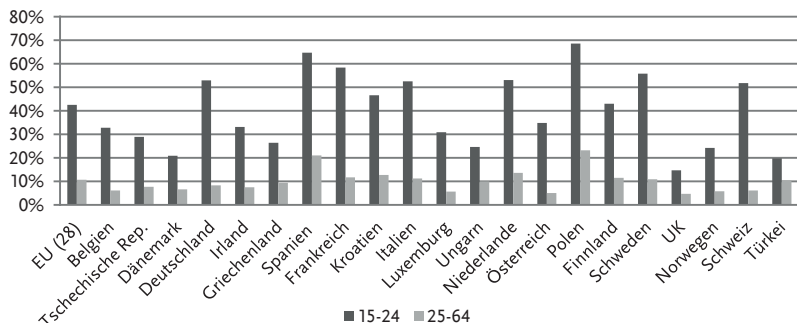


Quelle: Eurostat, eigene Darstellung.

Die Niederlande liegen bei der Teilzeitarbeit weit über dem Mittelwert der EU und bei der befristeten Beschäftigung weist Polen die höchsten Prozentzahlen auf. Diese Ländervergleiche sind allerdings problematisch. Befristete Beschäftigung ist beispielsweise in der Schweiz mit über 10 % ausgewiesen. In diese Zahl sind allerdings Personen in Ausbildung mit eingerechnet, die per Gesetz einen befristeten Vertrag aufweisen. Für die Schweiz mit einem ausgeprägten dualen Berufsbildungssystem wird dadurch der Prozentwert der befristeten Beschäftigung massiv nach oben verzerrt. Bei der für diesen Beitrag zugrundeliegenden Masterarbeit wurde der Anteil der befristet Beschäftigten für das Jahr 2010 berechnet. Jene Analyse ließ allerdings Personen in Ausbildung außen vor und betrachtete lediglich befristete Arbeitsverhältnisse mit einer Maximaldauer von zwei Jahren. Der prozentuale Anteil der befristet Beschäftigten beläuft sich für die Schweiz nach Anwendung dieser alternativen Operationalisierung auf lediglich 4,8 % (Hassler 2012: 42). In Abb. 2 sind die befristet Beschäftigten in ausgewählten Ländern deshalb nach zwei Alterskohorten aufgeschlüsselt abgetragen. Deutschland und die Schweiz mit dem System der dualen Berufsausbildung weisen bei der jungen Kohorte (15- bis 24-Jährige)

hohe Prozentzahlen an befristeter Beschäftigung auf. Bei der Altersgruppe der 25- bis 64-Jährigen liegen die Prozentzahlen für beide Länder aber deutlich unter dem Mittelwert der EU Mitgliedstaaten (vgl. Abb. 2).

Abbildung 2: Befristete Beschäftigung nach Altersgruppen (2013)



Quelle Eurostat, eigene Darstellung.

In Abb. 1 zeigt sich in Ansätzen, dass die Gründe für das Ansteigen verschiedener Arten atypischer Beschäftigung unterschiedlicher Natur sind. Befristete Beschäftigung und Teilzeitarbeit korrelieren nicht signifikant zwischen den Ländern (Pearson-Korrelationskoeffizient beträgt $-0,032$ bei einem p -Wert von $0,89$). Während ein hoher prozentualer Anteil an Teilzeitarbeit oft mit einer hohen Erwerbstätigenquote der Frauen einhergeht, fungieren für befristete Beschäftigungsverhältnisse andere Rahmenbedingungen als Bestimmungsfaktoren. Fred Henneberger et al. (2004) identifizieren in einer Analyse von Daten des ISSP, dass die Quote befristeter Beschäftigung positiv mit der Arbeitslosenquote korreliert. Begründet wird dies durch die theoretische Annahme, dass eine hohe Zahl von Arbeitslosen die Verhandlungspositionen der Arbeitnehmenden schwächt (Henneberger et al. 2004: 260).

Daraus könnte man folgern, dass die einzelnen Arten atypischer Arbeitsverhältnisse in empirischen Analysen getrennt untersucht werden sollten, da jede Form atypischer Beschäftigung (d.h. Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigung, Arbeit auf Abruf etc.) spezifische Gründe der Entstehung aufweist und unterschiedliche Herausforderungen, Chancen sowie Probleme mit sich bringt (vgl. Giesecke 2003; Hassler 2012; Smith 1997). Diese Einsicht wird im nächsten Kapitel allerdings teilweise relativiert.

Atypische Arbeit und neue Freiheiten

An dieser Stelle muss in einem kurzen Exkurs der grundsätzlichen Frage nachgegangen werden, inwiefern die Analyse der konstruierten „Sammelgruppe“ der *atypischen Beschäftigungsverhältnisse* überhaupt notwendig bzw. gewinnbringend ist. Diese Frage stellt sich aus zwei Gründen: Zum einen, da der Begriff unterschiedliches miteinander verbindet, was das vorangegangene Kapitel aufzeigte. Zum anderen gibt es insbesondere aus feministischer Perspektive Kritik am Konzept des Normalarbeitsverhältnisses, da es stark mit dem male-breadwinner Ansatz verknüpft ist und die Realität der Erwerbstätigkeit der Frauen auf dem Arbeitsmarkt völlig falsch wiedergibt, was sich auch in den Daten so widerspiegelt (vgl. Bauer & Schilling 1993: 213; Hassler 2012). Für Frauen war eine unbefristete Vollzeitstellung nämlich auch im Fordismus nicht die Regel und damit auch nicht *Normalität*.

Für die Verwendung des Begriffs gibt es sowohl einen empirischen als auch einen theoretischen Grund. Einerseits war das Normalarbeitsverhältnis über lange Zeit die dominante Arbeitsform am Arbeitsmarkt und ist es trotz Postfordismus und verstärkter Erwerbstätigkeit der Frauen bis heute geblieben. Normalarbeitsverhältnisse werden in der Gesellschaft auch nach wie vor als *normale* Form der Beschäftigung angesehen und ein Abweichen von dieser Norm unterliegt einer Begründungspflicht. Andererseits ist das Arbeits- und Sozialversicherungsrecht nach wie vor auf Normalarbeitsverhältnisse ausgerichtet.

Atypische Beschäftigungsverhältnisse verbinden Verschiedenes; trotz aller Differenzen weisen sie aber bestimmte gemeinsame Charakteristika auf. Insbesondere sind sie individueller und flexibler als Normalarbeitsverhältnisse. Einige Arbeitnehmende nehmen die dadurch entstehenden Freiheiten als positiv wahr und können die Flexibilität zu ihren eigenen Gunsten nutzen. Diese Personen bezeichnen die eigene atypische Arbeitsform oftmals als erwünscht (vgl. Hakim 1997; Hassler 2012). Allerdings schließt diese subjektive Erwünschtheit nicht aus, dass ein solches Arbeitsverhältnis nicht gleichzeitig prekär ist. Auch ist die Befragung nach der Erwünschtheit der eigenen Arbeitsform in hohem Maße problembehaftet. Im Laufe der Zeit fügen sich Personen in ihre sozialen Positionen ein und passen ihre Erwartungen und Wünsche den

Chancen an, die sich ihnen bieten (vgl. Bourdieu 2000: 108; Tilly 1996: 3). Andere Personen sind von den neuen Möglichkeiten überfordert, bringen nicht die notwendigen Ressourcen für die veränderte Arbeitswelt mit, oder erfahren eine Art von Flexibilität, die sie sich gar nicht wünschen (Pongratz & Voß 2004; Sennett 2006).

Arbeitgeber- und arbeitnehmergesteuerte Flexibilität

Um diesem Umstand gerecht zu werden, ist ein elaborierter Flexibilitätsbegriff unabdingbar. Flexibilität ist kein eindimensionaler Begriff. In der Literatur werden zum einen interne und externe Flexibilität unterschieden (vgl. Keller 2008: 330). Interne Flexibilität bezieht sich auf unternehmensinterne Anpassung, bei externer Flexibilität greifen die Unternehmen auf den externen Arbeitsmarkt zurück, um auf Nachfragefluktuationen reagieren zu können (vgl. Vobruba 2006: 29). Zum anderen wird differenziert zwischen numerischer, d.h. Anpassung der Anzahl Angestellten und deren Arbeitsstunden sowie funktionaler Flexibilität, womit unternehmensinterne Reorganisationen gemeint sind (vgl. Pfeifer 2005: 406). Für eine kritische Betrachtung atypischer Arbeitsverhältnisse aus der Sicht der Arbeitnehmenden sind diese beiden Unterscheidungen allerdings nicht adäquat. Deshalb wird hier eine andere Differenzierung vorgeschlagen, die ein hilfreiches Analyseinstrument sein kann: Die Unterscheidung von arbeitnehmer- und arbeitbergesteuerter Flexibilität verstanden als Webersche Idealtypen. Arbeitnehmergesteuerte Flexibilität meint dabei Arbeitsformen, bei denen Ort und Zeitpunkt der Verrichtung der Arbeitsleistung wesentlich durch die Arbeitnehmenden bestimmt werden. In der Literatur wird diese Art der Flexibilität bisweilen auch als *Zeitsouveränität* bezeichnet (vgl. z.B. Bauer & Schilling 1993: 217). Arbeitgebergesteuerte Flexibilität schließt im Gegensatz dazu Beschäftigungsverhältnisse ein, bei denen die Flexibilität den Arbeitnehmenden aufgebürdet wird; der Extremfall ist Arbeit auf Abruf ohne garantierte Wochen- bzw. Monatsarbeitszeit. Der Begriff der atypischen Arbeit allein sagt noch nichts darüber aus, von welcher Art die Flexibilität ist.

Die neue Flexibilität wirkt sich auf die Lebenslagen der Menschen aus. Gerhard Weisser (1978) definiert die Lebenslage als

„Spielraum, den die äußeren Umstände dem Menschen für die Erfüllung der Grundanliegen bieten, die ihn bei der Gestaltung seines Lebens leiten oder bei möglichst freier und tiefer Selbstbesinnung und zu konsequentem Verhalten hinreichender Willensstärke leiten würden“ (Weisser 1978: 275).

Ingeborg Nahnsen führt die Überlegungen Weissers zum Lebenslagenkonzept noch weiter, indem sie den Spielraum präzisiert und ausdifferenziert. Sie unterscheidet die folgenden Spielräume (Nahnsen 1975: 150):

- Versorgungs- und Einkommenspielraum
- Kontakt- und Kooperationsspielraum
- Lern- und Erfahrungsspielraum
- Muße- und Regenerationsspielraum
- Dispositionsspielraum

Weiter oben wurde argumentiert, dass atypische Beschäftigungsverhältnisse eine höhere Flexibilität ermöglichen. Entscheidender Faktor für die Bewertung der Flexibilität ist der Umstand, wer die Steuerungsmacht der Flexibilität innehat. Arbeitnehmergesteuerte Flexibilität führt zu einer Ausweitung der Spielräume. Arbeitgebergesteuerte Flexibilität schränkt die Spielräume ein. Beide Arten der Flexibilität beeinflussen somit direkt die Lebenslagen der betroffenen Personen. Die Wirkungsrichtungen sind dabei, je nachdem wer die Steuerungsmacht innehat, gerade entgegengesetzt.

Arbeitsmarktsegmentation, Flexibilität und soziale Ungleichheit

Im Folgenden wird gezeigt, weshalb die Ausweitung der Zahl der atypischen Beschäftigungsverhältnisse die soziale Ungleichheit verstärkt. Für die Argumentation wird die Segmentationstheorie, ein theoretisches Konstrukt der Arbeitsmarktsoziologie, verwendet. Die Grundlagen dieses Konzepts gehen auf den 1954 veröffentlichten und oft zitierten Aufsatz *Die Balkanisierung des Arbeitsmarktes* von Clark Kerr zurück (Köhler et al. 2007: 388). Es waren aber insbesondere Peter B. Doeringer und

Michael J. Piore (1971), welche die Theorie – oder treffender Ansätze einer Theorie (Sengenberger 1978: 39) – der Arbeitsmarktsegmentation entwickelten. Als Reaktion auf die unzureichende Erklärungskraft der neoklassischen ökonomischen Theorie unterschieden sie in einer einflussreichen Arbeit interne und externe Arbeitsmärkte (Doeringer & Piore 1971). Diese Idee wurde verschiedentlich aufgegriffen, weiterentwickelt und es bildete sich früh „ein heterogenes Konglomerat von Theoremen, Analysen und Forschungsperspektiven“ (Lutz 1987: 1). Die Vielfältigkeit ist insbesondere dem Umstand geschuldet, dass die Theorie induktiv entstanden ist (ebd.: 6). Burkard Lutz und Werner Sengenberger (1974) entwickelten am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung in München einen für den Deutschen Arbeitsmarkt angepassten Theorieansatz. Aufgrund einiger Strukturähnlichkeiten zwischen Deutschland und der Schweiz – in diesem Fall insbesondere das ausgeprägte Modell der dualen Berufsausbildung – ist dieser Ansatz auch für die Schweiz verwendbar und adäquater als das amerikanische Grundmodell. Im Gegensatz zur dualen Segmentation unterscheidet Sengenberger (1987) drei idealtypische Teilarbeitsmärkte:

- unstrukturierter (Jedermanns-)arbeitsmarkt
- betriebsinterner Arbeitsmarkt
- berufsfachlicher Arbeitsmarkt

Diese drei Teilarbeitsmärkte funktionieren nach einer unterschiedlichen Logik. In den unstrukturierten Jedermannsarbeitsmärkten erfolgt die Passung von Angebot und Nachfrage gemäß dem Mechanismus der neoklassischen Theorie mit dem Lohn als Allokationsmechanismus (Sengenberger 1987: 119). Für die Arbeitnehmenden wie auch für die Arbeitgebenden sind die Transaktionskosten bei Wechseln der Arbeitsstelle gering. Die Arbeitnehmenden in den unstrukturierten Arbeitsmärkten weisen weder eine fachliche noch eine betriebsspezifische Qualifikation auf.

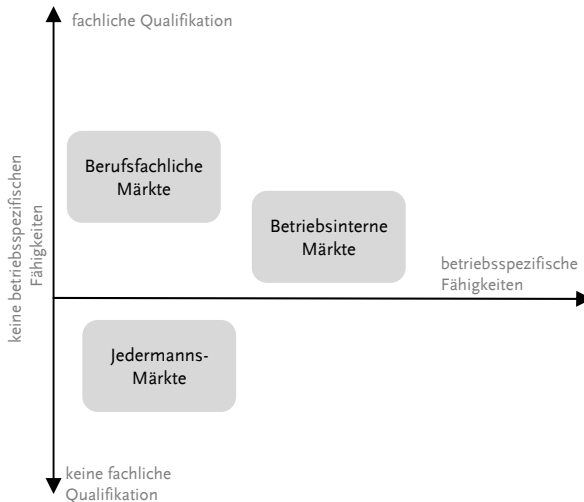
Anders ist der betriebsinterne Arbeitsmarkt geregelt. Dort haben die Arbeitnehmenden höhere Privilegien und die Maximen der Unternehmen lauten „Umstellung vor Einstellung“ und „Aufstieg vor Einstieg“ (Sengenberger 1987: 150). Die beiden Akteure profitieren voneinander: Der Arbeitgeber durch höhere Loyalität und betriebsspezifisches Hu-

mankapital (vgl. grundlegend Becker 1964); die Arbeitnehmenden durch eine Lohnprämie und höhere Verhandlungsmacht.

Im berufsfachlichen Arbeitsmarkt befinden sich Personen mit einem hohen Maß an berufsfachlicher Qualifikation. Gerade in Deutschland und in der Schweiz mit ausgeprägten dualen Berufsbildungssystemen ist dieser Teilarbeitsmarkt von einer nicht zu unterschätzenden Wichtigkeit. Für die Berufe in diesen Arbeitsmärkten existiert eine Ausbildung mit einer dementsprechenden Zertifizierung der Qualifikation (Sengenberger 1987: 126). Die Arbeitgeber können deshalb ohne größeres Risiko die entsprechende Arbeitskraft am Markt einkaufen, sofern die entsprechende Berufsgattung nicht von einem Facharbeitermangel betroffen ist.

In Abb. 3 sind die drei verschiedenen Teilarbeitsmärkte abgebildet. Entscheidend für das weitere Argument ist die Überlegung, dass je nach Teilarbeitsmarkt die Verhandlungsposition der Arbeitnehmenden gegenüber dem Arbeitgeber eine grundsätzlich andere ist und sich dies darauf auswirkt, ob die Flexibilität arbeitnehmer- oder arbeitgebergesteuert ist.

Abbildung 3: Segmentierungstheorie



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Höglinger (2011: 57) und Sengenberger (1987: 212).

Durch die Synthese des Konzepts der Arbeitsmarktsegmentation mit dem Wissen über atypische Beschäftigung und arbeitnehmer- sowie arbeitgebergesteuerte Flexibilität können Auswirkungen auf die soziale Ungleichheit theoretisch hergeleitet werden.

Personen in den betriebsinternen Arbeitsmärkten haben eine bedeutende Verhandlungsmacht. Diese wirkt sich nicht nur auf deren Löhne aus, sondern auch auf die konkrete Ausgestaltung der Arbeitsbeziehung. Atypische Arbeitsverhältnisse kommen in betriebsinternen Arbeitsmärkten vor, dürften allerdings vorwiegend selbst (d.h. durch die Arbeitnehmenden) gesteuert und damit erwünscht sein. Komplizierter ist es in den berufsfachlichen Arbeitsmärkten. Arbeitsplatzwechsel sind hier für die Arbeitgeber mit geringen Transaktionskosten verbunden. Es sei denn, es gibt einen Mangel an Arbeitskräften in den betreffenden Berufen. Der Marktlogik folgend, stärkt ein Mangel nämlich die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmenden, während ein Überschuss den Arbeitgebern Vorteile bringt. Arbeitgebergesteuerte atypische Arbeit wird vor allem dann vorkommen, wenn der berufsfachliche Markt funktioniert und keine Engpässe vorhanden sind. In den unstrukturierten Jedermannsarbeitsmärkten haben die Arbeitnehmenden überhaupt keine Macht in den Verhandlungen. Sobald ein gewisses Maß an Arbeitslosigkeit besteht, müssen die Stellensuchenden die Jobs annehmen, wie sie sich ihnen anbieten. Der aktivierende Sozialstaat, der Menschen zunehmend dazu zwingt, sich für Arbeitsstellen zu bewerben bzw. diese auch anzunehmen, verstärkt diese Problematik noch zusätzlich (vgl. Magnin 2005; Nadai 2007; Schallberger und Wyer 2010; Wyss 2007). Hier ist die Flexibilität deshalb in erster Linie durch die Arbeitgeber gesteuert.

Diese Ausführungen zeigen, dass atypische Beschäftigungsverhältnisse insbesondere für Personen in den unstrukturierten Jedermannsarbeitsmärkten ein Problem sind. Dort ist die Wahrscheinlichkeit der arbeitgebergesteuerten Flexibilität am höchsten. Das Gleiche gilt für Personen in berufsfachlichen Arbeitsmärkten bei Berufen mit einem großen Arbeitsangebot. Da für ebendiese Personengruppen auch die Aufstiegsmöglichkeiten, Weiterbildungschancen und Löhne tiefer sind, verstärken sich die schon bestehenden Ungleichheiten am Arbeitsmarkt.

Gerade anders sieht die Situation für Individuen in den betriebsinternen Arbeitsmärkten aus. Diese Personen sind stärker in der Lage, die Flexibilität selbst zu steuern und von dieser zu profitieren. Die verschiedenen Spielräume in der Gestaltung des eigenen Lebens weiten sich für diese Individuen durch die atypischen Beschäftigungsverhältnisse aus. Dasselbe gilt auch für Personen in den berufsfachlichen Arbeitsmärkten bei Berufen mit einem Nachfrageüberschuss, d.h. einem sogenanntem Fachkräftemangel.

Zusammengefasst kann konstatiert werden, dass sich die schon bestehende Kluft am Arbeitsmarkt durch das Ansteigen der atypischen Arbeit weiter vergrößert, da mit der Flexibilität eine weitere Dimension der ungleichen Bedingungen am Arbeitsmarkt hinzukommt. Davon profitieren können insbesondere jene Personengruppen, die schon in anderen Dimensionen bevorteilt sind.

Fazit

Atypische Arbeitsverhältnisse haben in den letzten Jahrzehnten in Europa an Bedeutung gewonnen. Bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesen Beschäftigungsverhältnissen gibt es viele Stolpersteine. Zentrale Probleme sind die unterschiedlichen und unklaren Definitionen, verschiedene Schwierigkeiten bei Ländervergleichen sowie die Gefahr, normative Gesichtspunkte in die Analyse mit einfließen zu lassen. Der vorliegende Beitrag plädiert für eine strikte Trennung von arbeitgeber- und arbeitnehmergesteuerter Flexibilität bei der Analyse atypischer Beschäftigung. In einer theoretischen Argumentation wurde anhand dieser Differenzierung und unter Zuhilfenahme der Segmentationstheorie darüber hinaus dargelegt, dass atypische Beschäftigungsverhältnisse im Vergleich zum Normalarbeitsverhältnis die Spielräume für gewisse Personengruppen ausweiten und für andere einengen und so die Lebenslagen der Menschen direkt (positiv oder negativ) beeinflussen. Die soziale Ungleichheit verstärkt sich durch die zunehmende Verbreitung atypischer Arbeitsverhältnisse aufgrund des Hinzukommens einer weiteren Ungleichheitsdimension, die in der Vergangenheit selten im Zentrum stand. Gemeint ist die Flexibilität in der Gestaltung des eigenen Lebens. Die empirische Überprüfung dieser theoretisch hergeleiteten Hypothese ist allerdings noch zu leisten.

Literatur

- Bauer, F., & Schilling, G. (1993). Zur Reform des bestehenden Normalarbeitsverhältnisses. *Arbeit*, 2(3), 209-222.
- Becker, G. S. (1964). *Human Capital. A Theoretical and Empirical Analysis, with Special Reference to Education*. New York/London: Columbia University Press.
- Böhringer, P. (2001). *Die neue Arbeitswelt. Flexibilisierung der Erwerbsarbeit und atypische Arbeitsverhältnisse*. Zürich: KVZ.
- Böhringer, P., Contzen, S., Nollert, M., & Pelizzari, A. (2007). Der Gebrauch von Recht zur Verhinderung von Ausschlussrisiken? In P. Gazareth, A. Juhasz & C. Magnin (Hrsg.), *Neue soziale Ungleichheiten in der Arbeitswelt* (S. 145-167). Konstanz: UVK.
- Boltanski, L., & Chiapello, E. (2001). Die Rolle der Kritik in der Dynamik des Kapitalismus und der normative Wandel. *Berliner Journal für Soziologie*, 11(4), 459-477.
- Bosch, G. (2002). Auf dem Weg zu einem neuen Normalarbeitsverhältnis? - Veränderung von Erwerbsverläufen und ihre sozialstaatliche Absicherung. In K. Gottschall & B. Pfau-Effinger (Hrsg.), *Zukunft der Arbeit und Geschlecht. Diskurse, Entwicklungspfade und Reformoptionen im internationalen Vergleich*. Opladen: Leske und Budrich. S. 107-134.
- Bourdieu, P. (2000). *Die zwei Gesichter der Arbeit. Interdependenzen von Zeit- und Wirtschaftsstrukturen am Beispiel einer Ethnologie der algerischen Übergangsgesellschaft*. Konstanz: UVK.
- Brehmer, W., & Seifert, H. (2008). Sind atypische Beschäftigungsverhältnisse prekär? Eine empirische Analyse sozialer Risiken. *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung*, 41(4), 501-531.
- Castel, R. (2000). *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz: UVK.
- De Grip, A., Hoebenbergh, J., & Willems, E. (1997). Atypical employment in the European Union. *International Labour Review*, 138(1), 49-71.
- Doeringer, P. B., & Piore, M. J. (1971). *Internal Labor Markets and Manpower Analysis*. Lexington (Mass.): Heath Lexington Books.
- Dörre, K. (2009). Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In K. Dörre & H. Rosa (Hrsg.), *Soziologie - Kapitalismus - Kritik. Eine Debatte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Eurostat. (2014). Beschäftigung und Arbeitslosigkeit Letzter Zugriff: 30.07.2014, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment_unemployment_lfs/data/database
- Giesecke, J. (2003). Socio-economic Risks of Atypical Employment Relationships: Evidence from the German Labour Market. *European Sociological Review*, 25(6), 629-646.
- Hakim, C. (1997). A Sociological Perspective on Part-Time Work. In H.-P. Blossfeld & C. Hakim (Hrsg.), *Between Equalization and Marginalization* (S. 22-71). Oxford: Oxford University Press.
- Hassler, B. (2012). *Atypische Arbeitsverhältnisse in der Schweiz. Eine theoretische und empirische Analyse*. Bern: Unveröffentlichte Masterarbeit, Institut für Soziologie der Universität Bern.
- Henneberger, F., Sousa-Poza, A., & Ziegler, A. (2004). Befristete Beschäftigung in der Schweiz - Ausmaß, Determinanten und ökonomische Bewertung im internationalen Vergleich. *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung*, 37(3), 239-267.
- Höglinger, M. (2011). *Flexibilisierung der Arbeit durch atypische Beschäftigungsverhältnisse*. Saarbrücken: VDM Verlag.
- Jochum, G. (2010). Zur historischen Entwicklung des Verständnisses von Arbeit. In F. Böhle, G. G. Voß & G. Wachtler (Hrsg.), *Handbuch Arbeitssoziologie* (S. 81-125). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kalleberg, A. L. (2000). Nonstandard Employment Relations: Part-time, Temporary and Contract Work. *Annual Review of Sociology*, 26, 341-365.
- Kalleberg, A. L. (2009). Precarious Work, Insecure Workers: Employment Relations in Transition. *American Sociological Review*, 74, 1-22.
- Keller, B. (2008). *Einführung in die Arbeitspolitik. Arbeitsbeziehungen und Arbeitsmarkt in sozialwissenschaftlicher Perspektive* (7. Aufl.). München: Oldenbourg.
- Keller, B., & Seifert, H. (2007). Atypische Beschäftigungsverhältnisse. Flexibilität, soziale Sicherheit und Prekarität. In B. Keller & H. Seifert (Hrsg.), *Atypische Beschäftigung - Flexibilisierung und soziale Risiken* (S. 11-26). Berlin: edition sigma.
- Keller, B., & Seifert, H. (2009). Atypische Beschäftigungsverhältnisse. Beilage zur Wochenzeitung: *Das Parlament*(27), 40-46.
- Keller, B., Seifert, H., Schulz, S., & Zimmer, B. (2011). *Atypische Beschäftigung und soziale Risiken. Entwicklung, Strukturen, Regulierung*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

- Köhler, C., Loudovici, K., & Struck, O. (2007). Generalisierung von Beschäftigungsrisiken oder anhaltende Arbeitsmarktsegmentation? *Berliner Journal für Soziologie*, 17, 387-406.
- Lutz, B. (1987). *Arbeitsmarktstruktur und betriebliche Arbeitskräftestrategie. Eine theoretisch-historische Skizze zur Entstehung betriebszentrierter Arbeitsmarktsegmentation.* Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Lutz, B., & Sengenberger, W. (1974). *Arbeitsmarktstrukturen und öffentliche Arbeitsmarktpolitik. Eine kritische Analyse von Zielen und Instrumenten.* Göttingen: Verlag Otto Schwartz & Co.
- Magnin, C. (2005). *Beratung und Kontrolle. Widersprüche in der staatlichen Bearbeitung von Arbeitslosigkeit.* Zürich: Seismo.
- Nadai, E. (2007). Die Vertreibung aus der Hängematte: Sozialhilfe im aktivierenden Staat. In *Denknetz* (Hrsg.), *Zur politischen Ökonomie der Schweiz* (Jahrbuch 2007) (S. 10-19). Zürich: edition 8.
- Nahnsen, I. (1975). Bemerkungen zum Begriff und zur Geschichte des Arbeitsschutzes. In M. Osterland (Hrsg.), *Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktpotential* (S. 145-166). Frankfurt am Main / Köln: Europäische Verlagsanstalt.
- Nippel, W. (2000). Erwerbsarbeit in der Antike. In J. Kocka & C. Offe (Hrsg.), *Geschichte und Zukunft der Arbeit.* Frankfurt / New York: Campus. S. 54-66.
- Nollert, M., & Pelizzari, A. (2007). Zwischen Integration und Exklusion: Arbeitsmarktrechtliche Regulierung und Bewältigungsstrategien von atypisch Beschäftigten. In A. Baechtold & L. von Mandach (Hrsg.), *Arbeitswelten. Integrationschancen und Ausschlussrisiken* (S. 30-41). Zürich: Seismo Verlag.
- Pfeifer, C. (2005). Flexibility, Dual Labour Markets, and Temporary Employment. *Empirical Evidence from German Establishment Data.* *Management Revue*, 16(3), 404-422.
- Polanyi, K. (2001 [1944]). *The Great Transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Polivka, A. E. (1996). A profile of contingent workers. *Monthly Labor Review*, 119(10), 10-21.
- Pongratz, H. J., & Voß, G. G. (2004). *Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierung in entgrenzten Arbeitsformen* (2., unveränderte Aufl.). Berlin: edition sigma.
- Rodgers, G. (1989). Precarious work in Western Europe: The state of the debate. In G. Rodgers & J. Rodgers (Hrsg.), *Precarious jobs in labour market regulation: The growth of atypical employment in Western Europe* (S. 1-16). Genf/Brüssel: International Institute for Labour Studies.

- Sander, N. (2012). Das akademische Prekariat. Leben zwischen Frist und Plan. Konstanz: UVK.
- Sato, H. (2001). Atypical Employment: A Source of Flexible Work Opportunities? *Social Science Japan Journal*, 4(2), 161-181.
- Schallberger, P., & Wyer, B. (2010). Praxis der Aktivierung. Eine Untersuchung von Programmen zur vorübergehenden Beschäftigung. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Sengenberger, W. (1978). Einführung: Die Segmentation des Arbeitsmarkts als politisches und wissenschaftliches Problem. In W. Sengenberger (Hrsg.), *Der gespaltene Arbeitsmarkt. Probleme der Arbeitsmarktsegmentation*. Frankfurt am Main / New York: Campus Verlag. S. 15-42.
- Sengenberger, W. (1987). Struktur und Funktionsweise von Arbeitsmärkten. Die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Sennett, R. (1998). *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*. Berlin: Berlin Verlag.
- Sennett, R. (2006). *The Culture of New Capitalism*. New Haven & London: Yale University Press.
- Smith, V. (1997). New Forms of Work Organization. *Annual Review of Sociology*, 23, 315-339.
- Tilly, C. (1996). Half a Job. Bad and Good Part-Time Jobs in a Changing Labor Market. Philadelphia: Temple University Press.
- Vobruba, G. (2006). Grundlagen der Soziologie der Arbeitsflexibilität. *Berliner Journal für Soziologie*, 16(1), 25-35.
- Weisser, G. (1978). *Beiträge zur Gesellschaftspolitik*. Göttingen: Verlag Otto Schwartz.
- Wyss, K. (2007). *Workfare. Sozialstaatliche Repression im Dienst des globalisierten Kapitalismus (4. Aufl.)*. Zürich: edition 8.

Benedikt Hassler, M.A.

studierte Soziologie an der Universität Bern. Seit dem Studienabschluss arbeitet er als wissenschaftlicher Assistent an der Hochschule für Soziale Arbeit, Fachhochschule Nordwestschweiz. Seine primären Interessensgebiete liegen in den Bereichen Arbeitsmarktsoziologie, Arbeitsintegration und soziale Ungleichheit.

Kontakt: benedikt.hassler@fhnw.ch

„Zu viel Herz?“ – Streik in der Altenpflege

Arbeitsethos und Arbeitskultur als Herausforderung
und Potential für die kollektive Interessenvertretung

Hannah Schurian und Lucienne Wagner

Abstract

Der Beitrag thematisiert die Bedingungen kollektiver Interessenvertretung in der Altenpflege. Ausgangspunkt sind die geschlechterpolitische Frage nach dem gesellschaftlichen Status von Sorgetätigkeiten, sowie die in der Arbeitssoziologie problematisierten Prozesse der Ökonomisierung sozialer Dienstleistungen. Der Beitrag basiert u.a. auf einem Gruppeninterview mit BetriebsrätInnen bzw. AltenpflegerInnen, die an einem mehrmonatigen Streik beteiligt waren. Es wird betrachtet, welche Bedeutung ihre Arbeitseinstellung und Arbeitskultur a) für den Umgang mit dem zunehmenden Rationalisierungsdruck sowie b) für die Streikbereitschaft und -teilnahme haben. Dabei wird die ambivalente Rolle eines fürsorgeorientierten Arbeitsethos deutlich, das einerseits den normativen Bezugspunkt der Mobilisierung darstellt, zugleich aber das Zurückweisen betrieblicher Anforderungen verhindert und unbezahlte Mehrarbeit legitimiert. Der Arbeitskampf wird insgesamt nicht als Bruch mit der betrieblichen Arbeitskultur, sondern als prekäres Moment der Abgrenzung beschrieben, das der kollektiven Verständigung und Absicherung bedarf. Abschließend werden Herausforderungen und Perspektiven gewerkschaftlicher Interessenvertretung im Pflegebereich diskutiert, wobei die Anerkennung des spezifischen Arbeitsethos und die Entwicklung einer „fürsorgeorientierten“ Streikkultur im Zentrum stehen.

Einleitung: Streik als Krisensymptom – Streik als „Kulturkampf“?

„Der Streik ist immer eine Unterbrechung und eine Sichtbarmachung: und die Sorge ist jene durchgehende und unsichtbare Linie, deren Unterbrechung verheerend wäre“ (Precarias a la deriva 2011: 115).

Dieses Zitat der spanischen feministischen Gruppe „Precarias a la deriva“ bringt das Dilemma eines Streiks von Sorgearbeitenden auf den Punkt: Wie kann der Arbeitskampf in einem Bereich aussehen, in dem die Beschäftigten eine hohe Identifikation mit dem „Arbeitsgegenstand Mensch“ aufweisen und ein Streik dessen Wohlbefinden zu gefährden droht? In der Altenpflege ist diese Problematik besonders ausgeprägt: Das von mehreren Studien herausgearbeitete „Ethos fürsorglicher Praxis“ (Senghaas-Knobloch 2008)¹ vieler Beschäftigter spiegelt dabei einerseits die besonderen Anforderungen an Pflege als einer ethisch sensiblen Form der körperlichen und emotionalen Interaktion wider. Zugleich ist es noch immer mit Zuschreibungen von „weiblicher“ Fürsorglichkeit und Aufopferung verknüpft und häufig in eine hierarchische betriebliche Arbeitskultur eingebunden, in der Probleme individualisiert und bagatellisiert werden (Nowak 2011b). Die Bedeutung von kulturellen Repräsentationen und moralisch-ethischen Normen für die Interessenvertretung von Pflegekräften ist nach Ansicht von u.a. Adam Reich in der Gewerkschaftsforschung und -praxis lange unberücksichtigt geblieben. Gewerkschaften mit ihrem Fokus auf instrumentelle Interessendurchsetzung werden demnach von den Beschäftigten oft als zu konfrontativ wahrgenommen und als ein Gegensatz zum normativen Zusammenhalt der betrieblichen „Pflegege-meinschaft“ verstanden wird (Reich 2012: 20ff.). Vor diesem Hintergrund erscheint ein Arbeitskampf hier in besonderem Maße als

¹ Wir benutzen die Begriffe einer fürsorgenden bzw. fürsorgeorientierten Arbeitseinstellung, weil sie im Gegensatz zu „fürsorglich“ weniger als naturalisierte weibliche Eigenschaften erscheinen, sondern als praktisch wirksame Handlungsorientierungen zu verstehen sind.

ein „permanenter Kulturkampf“ (Artus zit. nach Nowak 2011b: 7)², der die tradierten Formen der Einbindung und das Selbstverständnis herausfordert.

Umso bemerkenswerter ist vor diesem Hintergrund das Phänomen neuer, gewissermaßen „unwahrscheinlicher“ Streikbewegungen: Die Zunahme von Arbeitskämpfen im gesamten Bereich sozialer Dienstleistungen hat die stationäre Altenpflege zumindest punktuell erfasst. Konfrontative Arbeitskämpfe sind nicht nur in Krankenhäusern, sondern – in geringerer Zahl – auch in Pflegeheimen zu beobachten. Die Unternehmen werden teilweise über mehrere Monate bestreikt³, wobei weniger tarifpolitische, sondern vielmehr die Prozesse der betrieblichen Organisation ins Auge stechen (Wolf 2013). Den Hintergrund hierfür bildet die marktorientierte Re-Organisation sozialer Dienstleistungen, die im Bereich der Altenpflege in den letzten zehn Jahren zu erhöhtem Kostendruck, Rationalisierung und Arbeitsverdichtung geführt hat (Senghaas-Knobloch 2008). Entsprechend werden die Streikbewegungen auch als „Krisensymptome“ bzw. „Krisenproteste“ (Birke 2013) gedeutet, die die Zuspitzung von Widersprüchen in der gesellschaftlichen und betrieblichen Organisation von Sorgearbeit widerspiegeln (vgl. etwa Winker 2011).

Vor diesem Hintergrund werfen die neuen Arbeitskämpfe einige Fragen auf: Zeugen die Streiks von einer Distanzierung und Abgrenzung der Beschäftigten gegenüber ihrer Arbeit und ihrem Betrieb unter den Bedingungen permanenter Überlastung? Eine solche These der „Normalisierung“ der Arbeitsbeziehungen vertritt Peter Renneberg seit längerem

² Ingrid Artus bezieht den Begriff auf prekäre Dienstleistungen allgemein und nicht speziell auf den Bereich der Pflege

³ Hier eine Auswahl diverser Artikel zu Streiks in den vergangenen zwei Jahren:

- <http://www.abendblatt.de/hamburg/article2120430/Streik-Tarifstreit-bei-Pflegen-amp-Wohnen-spitzt-sich-zu.html>
- <http://www.tagesspiegel.de/berlin/brandenburg/arbeitskampf-in-klinden-pflegekraefte-streiken-und-protestieren/4053566.html>
- <https://www.verdi.de/ueber-uns/bundeskongress/nachrichten/++co++12283a1ae50e-11e0-758c-0019b9e321e1>
- <http://drei.verdi.de/2010/ausgabe-36/aktiv/seite-7/streik-im-altenheim>

(letzter Zugriff 01.03.2014).

für den Bereich prekärer Dienstleistungsarbeit (Renneberg 2005: 264)⁴. Oder können die Kämpfe umgekehrt als eine Form der widerständigen Artikulation des spezifisch eigenen Fürsorge-Ethos gelesen werden, in dem die eigenen Ansprüche an die Arbeit zum Ausgangspunkt der Politisierung werden? Von einer solchen Verknüpfung der Ziele von guter Arbeit und guter Pflege bzw. einer „Mobilisierung der Arbeitsethik als Streikressource“ wird aus einem Fallbeispiel in der Krankenpflege berichtet (Wolf 2013). Inwiefern bedeutet dies auch einen Bruch mit einer konsensorientierten betrieblichen Arbeitskultur?

Der vorliegende Artikel möchte diese offenen Fragen aufgreifen und die Bedingungen und Voraussetzungen von Arbeitskämpfen in der Altenpflege näher betrachten, um sich dem Spannungsfeld von Sorgearbeit, Rationalisierung und Interessenvertretung anzunähern. Im Zentrum steht die Rolle einer möglichen fürsorge-orientierten Arbeitshaltung der Beschäftigten sowie einer möglichen konsensorientierten betrieblichen Arbeitskultur. Welche Bedeutung nehmen sie in diesen Kämpfen ein? Welche Anknüpfungspunkte und Hindernisse bieten die Arbeitshaltungen und die Arbeitskultur von Sorgearbeitenden für die kollektive Interessenvertretung? Wie wirkt sich dies konkret auf den Arbeitskampf aus und welche Herausforderungen stellt dies an gewerkschaftliche Akteure?

Diese Fragen untersucht der vorliegende Beitrag an Hand eines konkreten Fallbeispiels, eines mehrmonatigen Streiks in einem Altenpflegeheim 2011. Zugrunde liegt eine 2012 von uns durchgeführte kleine qualitative Untersuchung im Rahmen eines Projektkurses im Masterstudiengang Sozialwissenschaften an der Humboldt Universität zu Berlin.⁵ Hier wurde neben einer Dokumentenanalyse zur Rekonstruktion

⁴ Der Begriff macht deutlich, dass männlich geprägte fordistische „Normalarbeit“ noch immer der arbeitssoziologische Referenzpunkt ist. Um an die entsprechenden Debatten anzuschließen, übernehmen wir diesen Begriff, auch wenn er die Pflegearbeit erneut in problematischer Weise als abweichend von „normaler“ Lohnarbeit konstruiert.

⁵ Eine genaue Beschreibung des Arbeitskampfs sowie unseres methodischen Vorgehens sind in unserem Forschungsbericht nachzulesen (Schurian/Wagner 2013). Die Forschungsarbeit wurde im Rahmen des Projektseminars "Krisenzeiten: Krisenwahrnehmung und Handlungsorientierungen" bei Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel, Dr. phil. Andreas Heilmann und Dipl. Pol. Hasko Hüning durchgeführt, für deren hilfreiche Betreuung wir uns an dieser Stelle herzlich bedanken möchten.

des Tarifkonflikts ein Gruppeninterview mit drei in der betrieblichen Interessenvertretung aktiven Pflegekräften sowie ein ExpertInneninterview mit der zuständigen gewerkschaftlichen Verhandlungsführerin geführt. Zusätzlich wurden zwei Interviews mit einfachen Pflegekräften im Rahmen einer Begehung ihrer Arbeitsstation geführt, die jedoch nicht aufgezeichnet werden konnten. Hierbei ergab sich das Bild einer angespannten und angstbesetzten Atmosphäre im Betrieb, die es unmöglich machte, weitere Interviews mit Beschäftigten zu führen und den Zugriff der Untersuchung leider einschränkt. Die vorliegende Auswertung⁶ basiert somit primär auf dem Gruppeninterview⁷. Es handelte sich um ein leitfadengestütztes, problemzentriertes, teils episodisch strukturiertes Interview, in dem einerseits versucht wurde, die subjektiven Wahrnehmungen und Erfahrungen der Befragten herauszuarbeiten und zu betrachten, wie sie die Widersprüche in der Arbeitsorganisation und im Arbeitskampf individuell deuten und bearbeiten. Zugleich wurde durch die Form der Gruppenbefragung versucht, die gemeinsamen Deutungen und geteilten Narrative der Befragten als einer betrieblich wichtigen Gruppe von Funktionsträgern zu rekonstruieren. Ihre Schilderungen und Diskussionen vermittelten uns ein notwendigerweise unvollständiges (und selektives)⁸ Bild der Arbeits-

⁶ Aus der theoretischen Annäherung an den Forschungsgegenstand definierten wir die zentralen Untersuchungsdimensionen und Leitfragen, die das Interview durch teilstandardisierte Leitfäden strukturierten. Beide Interviews wurden aufgezeichnet, vollständig transkribiert und mithilfe des Programms Atlas.ti ausgewertet. Die Auswertung erfolgte durch ein mehrstufiges Codierungsverfahren, indem – orientiert an der grounded theory – zunächst ein offenes, materialbasiertes Codieren erfolgte. Im Sinne einer Pendelbewegung von Empirie und Theorie wurden die hieraus hervorgegangenen Kategorien in einem zweiten Schritt durch axiales Codieren mit den aus theoretischen Vorannahmen gewonnenen zentralen Untersuchungsdimensionen in Beziehung gesetzt. Auf dieser Basis wurde eine Schlagwortliste erstellt, die die Interpretation des Materials leitete und die Darstellung der Ergebnisse strukturierte (Gläser, Laudel 2010:200ff.).

⁷ Die Hauptdatenbasis für die folgenden Ausführungen stellt das Gruppeninterview dar, während das ExpertInneninterview in diesem Artikel nur punktuell einbezogen wird. Die Quellenangaben hinter den Zitaten verweisen auf die verschiedenen Personen, die wir interviewt haben (B1,B2,B3 für die drei Beschäftigten sowie B0 für die Gewerkschaftsvertreterin), ebenso wie auf die Zeilenangaben des Transkripts wie es dem Forschungsbericht beigelegt ist (Schurian/Wagner 2013).

⁸ Unserer Untersuchung liegt eine für den Arbeitskampf und die betrieblichen Arbeitsbeziehungen zwar relevante, aber dennoch begrenzte Perspektive zugrunde. Es handelt sich um gewerkschaftlich organisierte und in der Interessenvertretung aktive

kultur und der Streikkultur des Pflegeheims, können aber als eine explorative Annäherung an das Problemfeld verstanden werden. Dabei haben wir einerseits die Arbeitseinstellung der Beschäftigten, andererseits die von uns als „Arbeitskultur“ gefassten Formen der Einbindung in betriebliche Arbeits- und Sozialbeziehungen durch institutionalisierte Normen und Praktiken, intersubjektive Deutungen und Aushandlungen untersucht. Letztere konnten wir aufgrund der von uns gewählten Forschungsmethode nur sehr eingeschränkt rekonstruieren und stützen uns darum auf die von Befragten zum Ausdruck gebrachte Haltung zur eigenen Arbeit sowie ihre Wahrnehmung der betrieblichen Arbeitskultur.

Im Folgenden sollen die zentralen Aussagen der Befragten mit Bezug auf die forschungsleitenden Fragen diskutiert werden. Dem wird eine kurze theoretische Einbettung vorangestellt, die die aktuellen Veränderungen und Widersprüche der betrieblichen Arbeitsorganisation in der Pflege skizziert und unter Rückgriff auf den Forschungsstand einige Spannungs- und Verbindungspunkte zwischen Arbeitseinstellungen, Arbeitskultur und Arbeitskampf benennt. Daran anschließend folgt die Darstellung des ausgewerteten Interviews, die auf vier zentrale Befunde zugespitzt wird. Zunächst wird aufgezeigt, dass der Arbeitskampf von den Befragten als Ausdruck einer Krise bzw. Infragestellung der fürsorgeorientierten Arbeitseinstellung verstanden wird, wobei Arbeitsverdichtung und Zeitdruck als zentrale Probleme benannt werden.

In einem nächsten Schritt wird gezeigt, dass der Streik als Kampf um Anerkennung eines spezifischen Arbeitsethos begriffen wird, das eng mit einer „ostdeutschen“ Identität in Verbindung gebracht wird.

In einem dritten Schritt wird auf die ambivalente Wirkung eingegangen, die diese Fürsorgeorientierung im Kontext einer konsensorientierten Arbeitskultur auf Form und Verlauf des Streiks hat. Der Streik als ein Moment des Bruches bleibt dabei stets prekär, vorläufig und umkämpft.

Personen, die Kritik und Interessenkonflikte womöglich stärker wahrnehmen und artikulieren als ihre KollegInnen. Dies muss bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt werden.

Die Befragten beziehen sich auf eine eher defensive und konsensorientierte Streikkultur, die – viertens – zum Teil als Widerspruch zu den Formen und Strategien des gewerkschaftlichen Tarifkonflikts wahrgenommen wird. Auf Basis dieser Ergebnisse werden abschließend drei zentrale Herausforderungen für die Interessenvertretung im Pflegebereich skizziert, die an aktuelle gewerkschaftspolitische Diskussionen anschließen. Dabei wird die Anerkennung und Einbeziehung des Arbeitsethos der Beschäftigten als Potential und Herausforderung für die Interessenvertretung im Sorgebereich unterstrichen.

Problemskizze: Krisenhafte Vermarktlichung und die Ambivalenz des Fürsorge-Ethos

Der Untersuchung lag eine Perspektive zugrunde, die die Altenpflege als ein Terrain aktueller gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und Krisendynamiken begreift, die in verschiedenen theoretischen und politischen Diskussionen thematisiert, aber selten zusammengeführt werden (vgl. hierzu Nowak 2011b). Im folgenden sollen in einer kurzen Problemskizze sowohl die arbeitssoziologischen Befunde zu neuen Steuerungsformen in der ökonomisierten sozialen Dienstleistungsarbeit sowie feministische Diskussionen zur Spezifik von Pflegearbeit und den damit verbundenen Arbeitsformen und Subjektivierungsweisen herangezogen werden.

Auf diese Weise wird deutlich, dass die aktuellen Krisendynamiken in der Pflege zwar eng mit den Dynamiken der Ökonomisierung und Rationalisierung zusammenhängen, zugleich aber in einem traditionell prekären Status von Pflegearbeit in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wurzeln: „Die Altenpflege war schon immer in der Krise“ hält Silvia Federici fest, und betrachtet diese Krise „im Wesentlichen als eine Geschlechterfrage“ (Federici 2010: 85, 93). Zentral hierfür ist die Konstruktion der Pflege als feminisierte Tätigkeit, die in der BRD erst im 20. Jahrhundert verberuflicht und aus dem privaten bzw. kirchlichen Kontext geführt wurde. Sie wird noch immer mit naturalisierenden Zuschreibungen von weiblicher Fürsorge und Nächstenliebe in Verbindung gebracht. Es handelt sich also nicht um eine „Normalarbeit“, die im Zuge post-fordistischer Reorganisationen entgrenzt und subjektiviert wurde – wie sie in den meisten arbeitssoziologischen Ar-

beiten thematisiert wird – vielmehr war sie immer schon durch diese Merkmale gekennzeichnet: die Beschäftigten bringen sich als ganze Personen, sozial und körperlich in die Arbeit ein (Kumbruck 2010, Dunkel 2005). In der gesellschaftlichen Organisation und Konstruktion von Pflege gingen somit ideelle Aufwertung und materielle Abwertung Hand in Hand. Eben weil die Beschäftigten angeblich pflegen „wollen“ bzw. dies in ihrer Natur zu liegen scheint, wird ihre Tätigkeit als Lohnarbeit gering bewertet und vielfach in prekären und atypischen Beschäftigungsverhältnissen erbracht.

Verschärft haben sich diese Bedingungen durch einen neuen, politisch induzierten Vermarktlichungsdruck seit den 1990er Jahren: durch die Einführung nicht-kostendeckender Fallpauschalen und einen neuen Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Pflegeeinrichtungen. Da sich Profite in der Pflege vor allem in Form von Personalkostensenkungen realisieren lassen, folgten Beschäftigungsabbau und eine Standardisierung bzw. Rationalisierung der Pflegeabläufe (Winker 2011: 377, Chorus 2007). Für die Pflegekräfte bedeutet der zunehmende Personal­mangel meist eine Arbeitsverdichtung bei gleichzeitiger Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Die einfache Grundpflege wird zunehmend abgewertet und an Geringqualifizierte delegiert (Nowak et al. 2012: 49). Der Pflegeprozess selbst wird im Zuge dessen einem rigiden, detailliert getakteten tayloristischen Steuerungsmodell unterworfen. Dabei werden die mit den medizinisch und hygienisch notwendigen Handgriffen verbundenen emotionalen und sozialen Leistungen nicht berücksichtigt, sondern von den Beschäftigten als Zusatzleistungen unentgeltlich abgerufen. Auf diese Weise instrumentalisiert das Modell die hohe Identifikation und Einsatzbereitschaft der Pflegenden. Dies wird in der Arbeitssoziologie als Variante einer „subjektivierten Taylorisierung“ (Matuschek et al. 2008)⁹ diskutiert, in der ein fremdbestimmter und

⁹ Unter „subjektivierter Taylorisierung“ kann nach Matuschek, Kleemann und Voss die Verbindung von Heteronomie und Subjektivierung in detailgesteuerten, standardisierten und fragmentierten Arbeitsprozessen verstanden werden. Die erforderlichen kommunikativen und affektiven Leistungen der Beschäftigten werden darin nicht berücksichtigt bzw. vergütet, sondern als „Gratiskompetenzen“ vorausgesetzt. Subjektive Ressourcen werden also punktuell abgeschöpft, ohne dass damit Gestaltungsspielräume verbunden sind.

fragmentierter Arbeitsprozess mit einer Mobilisierung subjektiver Ressourcen verbunden wird. Der in dieses Modell eingelassene Widerspruch zwischen der Eigenlogik der Pflege und einer Logik der Kosteneffizienz bringt krisenhafte Verwerfungen hervor. Diese zeigen sich in Form einer Überlastungskrise des Personals sowie einer Versorgungskrise der PatientInnen, die auch in den Medien verstärkt thematisiert werden (vgl. Kumbruck 2010).

Vor diesem Hintergrund erweist sich die traditionell fürsorgeorientierte Haltung der Beschäftigten zu ihrer Arbeit, wie sie etwa Senghaas-Knobloch und andere beschreiben (Senghaas-Knobloch 2008; Kumbruck 2010), als ambivalent. Die kompensatorische Mehrarbeit wird zum zentralen Modus der alltäglichen Krisenbearbeitung. So berichten Nowak et al. von einer ausgeprägten Kultur der Selbstzuschreibung und Bagatellisierung von Problemen (Nowak et al. 2012: 10). Der positive Bezug auf die Tätigkeit und das Erfüllende in der Arbeit würden als Ausgleich für permanente Überlastungen betrachtet. Widerständige Reaktionen wie etwa das Setzen abweichender Prioritäten oder auch die Abwanderung aus dem Berufsfeld blieben dagegen oft individuell und unsichtbar. Zusätzlich erschwere die auf Konsens und Kooperation ausgerichtete betriebliche Arbeitskultur die Abgrenzung: In der Vorstellung des Betriebs als einer Pflegegemeinschaft werde das Zurückweisen von Anforderungen als unkollegial wahrgenommen und sanktioniert (Nowak et al. 2012: 92-97). Fürsorge- und Konsensorientierung erscheinen hier in ihrer spezifischen Verknüpfung als Hindernis für die Interessenvertretung bzw. als Schmiermittel für weitergehende Vermarktlichungsdynamiken, die mit einem erweiterten Zugriff auf das Arbeitsvermögen der Beschäftigten einhergehen.

Trotz dieser Gefahr einer Instrumentalisierung des Fürsorge-Ethos stellt es einen zentralen normativen Referenzpunkt für feministische Diskussionen um Care-Arbeit dar. Ein „Ethos fürsorglicher Praxis“ (Senghaas-Knobloch 2008) wird dabei als eine angemessene und durchaus professionelle Haltung betrachtet, die dem ganzheitlichen Charakter der Tätigkeit und den emotionalen und sozialen Bedürfnissen der KlientInnen Rechnung trägt. Entsprechend wird gefordert „die bisher als weiblich konnotierten Empathieanteile fürsorglicher Praxis zu verallgemeinern, sie also aus ihrer geschlechtsspezifischen Zuordnung heraus – allgemeiner, auch monetärer Wertschätzung zuzuführen“ (Senghaas-

Knobloch 2008: 277). Eine „Normalisierung“ der Arbeitskultur im Sinne einer instrumentellen Haltung zur eigenen Tätigkeit erscheint in diesem Sinne nicht als wünschenswert. Stattdessen wird gefordert, den Kampf um bessere Arbeit mit dem Kampf um bessere Pflege zu verbinden. Mit der Aufwertung der Pflege verbindet sich hier perspektivisch der Kampf um eine bedürfnisorientierte Re-Organisation sozialer Daseinsvorsorge. Das Fürsorge-Ethos wird hier somit als ein Ansatzpunkt der Politisierung und Mobilisierung begriffen.

Als zentrale Herausforderung für einen solchen Ansatz erweist sich auf betrieblicher Ebene das Spannungsverhältnis zwischen dem pflegerischen Arbeitsethos und den Anforderungen eines konfrontativen Arbeitskampfes. Dies betrifft sowohl die Zuspitzung eines betrieblichen Interessengegensatzes als auch den strategischen Umgang mit der eigenen Arbeitskraft, etwa im Zuge einer Arbeitsniederlegung. Auch wenn der Betrieb offiziell die Verantwortung für die Versorgung der Pflegebedürftigen inne hat, unterbricht jeder Streik doch die in der Altenpflege besonders langen und intensiven Pflegebeziehungen und beeinträchtigt die Versorgungsqualität. Dieses Wissen erschwert für viele Beschäftigte subjektiv die Streikteilnahme.

Die Bedingungen subjektiver und kollektiver Handlungsfähigkeit von Pflegekräften sind bislang jedoch wenig untersucht. Studien zu den besonderen Anforderungen der Pflegearbeit und dem damit verbundenen Arbeitseinstellungen gehen wenig auf betriebliche Arbeitsbeziehungen und -konflikte ein (z.B. Kumbruck 2010, Senghaas-Knobloch 2008). Arbeitssoziologische Studien zum Bereich prekärer Dienstleistungen wiederum berücksichtigen nicht die spezifische Form der Subjektivierung im ethisch-moralisch aufgeladenen Feld der Pflege. Eine Ausnahme bildet die Studie von Nowak et al., die die Hindernisse einer kollektiven Handlungsfähigkeit von Pflegekräften in Form einer konsensorientierten betrieblichen Arbeitskultur und spezifischen vergeschlechtlichten Subjektivierungsweise herausarbeiten (Nowak et al. 2012). Ihr Ausgangspunkt ist hierbei jedoch das Fehlen von Arbeitskonflikten und offensiven Arbeitskämpfen in dem von ihnen untersuchten Kontext. Aus diesem Grund erscheint es sinnvoll, an diese Debatte anzuknüpfen und an dem aktuellen Fallbeispiel eines Streiks im Pflegebereich die Bedeutung der Arbeitseinstellung und Arbeitskultur zu rekonstruieren.

Arbeitsethos unter Druck: Das Hadern mit dem „Helfersyndrom“

Das untersuchte Fallbeispiel steht offensichtlich in einem Kontrast zu den bisherigen empirischen Befunden einer eher konfliktarmen Arbeitskultur in der Pflege. Hier gelang es den Pflegekräften, betriebliche Interessenkonflikte zuzuspitzen und über mehrere Monate konfrontativ im Streik auszutragen. Der Streik lässt sich jedoch nicht ohne die Vorgeschichte einer jahrelangen krisenhaften Verschlechterung der Arbeitsbedingungen begreifen. So sind die im Tarifkonflikt selbst nicht thematisierten alltäglichen Erfahrungen der Zeitnot und Überlastung die zentralen von den Beschäftigten benannten Probleme. Sie sind jedoch anders als die „harten“ Tarifthemen kein eindeutiger Anlass für Kritik, sondern werden uneinheitlich und widersprüchlich gedeutet: Momente der aktiven Abgrenzung und der kollektiven Problemdeutung existieren neben eher individualisierten Bearbeitungsformen wie dem Kompensieren von Missständen bzw. dem resignativen Rückzug auf einen „Dienst nach Vorschrift“. Eine klare „Normalisierung“ der Arbeitskultur im Sinne einer Distanzierung gegenüber den betrieblichen Anforderungen und einem stärker instrumentellen Arbeitsverständnis lässt sich in unserer Befragung nicht erkennen.

Die Arbeitssituation selbst scheint charakteristisch für die aktuellen Krisentendenzen in der Pflege. Seit der Privatisierung des ehemals kommunalen Pflegeheims haben die Beschäftigten ihre Tarifbindung verloren und eine Rationalisierung und Fragmentierung ihres Arbeitsprozesses erlebt. Einer schrumpfenden Zahl von Vollzeit-Fachkräften steht eine wachsende Zahl an gering qualifizierten, häufig wechselnden Hilfskräften gegenüber. Die Folge ist eine Verdichtung des Arbeitsprozesses durch den Mangel an qualifiziertem Personal.

Diesen Zustand erlebten die Befragten als Krise und Bedrohung ihres Arbeitsethos; sie sehen sich gezwungen, ihren Arbeitsprozess zu beschleunigen und können ihren Ansprüchen nicht mehr gerecht werden. Pflege wird für sie zur „*Fließbandarbeit*“, in der das „*Menschliche auf der Strecke bleibt*“ (B3:258-259). Es wird deutlich, dass das Selbstverständnis der Beschäftigten nach wie vor eng mit einer fürsorgeorientierten Arbeitshaltung und einem Ideal empathischer und „umsichtiger“ Pflege

verknüpft ist, die auch die Übernahme von Mehrarbeit selbstverständlich einschließt: „Unbezahlte Überstunden und so, das kommt sehr oft vor, einfach damit die Arbeit geschafft wird – ist auch kein Thema, im Normalfall, ich meine keiner geht nach Hause und sagt: Ist mir egal wie die da liegen“ (B1:377-378). Entsprechend gilt die Bereitschaft zur entgrenzten Arbeit als Ausdruck von Kollegialität und innerbetrieblicher Solidarität. Wer sich der Mehrarbeit verweigert, gilt als „Kollegenschwein“ (B1/B3:308-313). Dass sich andere Beschäftigtengruppen hiervon angeblich abgrenzen, wird scharf kritisiert: „Die Neuen sind ja so: Fließbandarbeit und dann geh ich nachhause[...]ich lass alles stehen und liegen[...]die machen das, was sie sollen, keine Frage, aber das Menschliche fehlt“ (B1:242-246). In dieser Kritik an jüngeren und geringer qualifizierten KollegInnen drückt sich einerseits die Frustration über mangelnde Anerkennung und zunehmende Dequalifizierung des Berufs aus. Andererseits offenbaren die Befragten darin ihre Konformitätserwartungen und ihre Deutung des Betriebs als eine Pflegegemeinschaft, in dem individuelle Abgrenzung sanktioniert wird. Eine solche Haltung prägt auch ihr Selbstverständnis als Betriebsräte. „Wir legen auch viele Rechte mal beiseite, weil wir einfach sagen, das ist okay für uns, das müssen wir jetzt nicht machen, nur weil wir es können“ (B2:965-968). Mit dieser Haltung verbindet sich ein gewisser Stolz sowie ein Geltungsbewusstsein und Gestaltungsanspruch im Betrieb: Die Befragten sehen sich als die eigentlichen Garanten für Arbeitskontinuität und -qualität innerhalb prekärer Rahmenbedingungen.

Dieses Arrangement erleben sie jedoch als zunehmend brüchig. Immer wieder werden Momente der Verunsicherung, Distanzierung und Infragestellung der eigenen Arbeitshaltung und Arbeitskultur deutlich. Die vom Arbeitgeber erhobenen Forderungen nach Flexibilisierung und die kompromisslose Ablehnung materieller Zugeständnisse in den Tarifverhandlungen empfinden sie als Affront und Bruch. Die Distanznahme entzündet sich damit nicht primär an den Arbeitsbedingungen selbst bzw. an dem Ausmaß unbezahlter Mehrarbeit - diese wird unverändert bagatellisiert und legitimiert („ist ja kein Thema“) - sondern an der mangelnden Wertschätzung bzw. Anerkennung dieses Engagements (B1:377-378). Es scheint, als ob die Anerkennung innerhalb der Pflegegemeinschaft ein Faktor war, der die Mehrarbeit zuvor lohnend und gerechtfertigt erscheinen ließ und nun aus Sicht der Be-

fragten vom Unternehmen einseitig aufgekündigt wird (B1:1371-1373). Das Gefühl der mangelnden Wertschätzung bezieht sich dabei einerseits auf das Selbstverständnis als „Altbeschäftigte“, deren jahrelanges Engagement für den Betrieb nicht honoriert wird, andererseits auf die stark betonte Identität als Ostdeutsche. Ihr Arbeitsethos verstehen die Befragten dabei als Ausdruck ihrer ostdeutschen Sozialisation.

„Ja, so funktioniert das hier im Osten. Na, der Wessi[...]also meinem Empfinden nach, der sagt einfach, um halb ist Schluss und um halb gehe ich, egal was hier ist und das bleibt dann liegen[...]und hier, das war schon immer so, die Leute sagen einfach hier, ich mach das fertig“ (B2:1304-1308).

Das Selbstverständnis als „Ossi“ ist dabei zwar Quelle von Stolz, zugleich aber mit dem Gefühl der Benachteiligung und Ausbeutung verbunden: *„Der Ostdeutsche, also das ist meine persönliche Meinung, die ostdeutsche Pflegekraft, die hat da irgendwie noch zu viel Herz mit drin“ (B2:569-572).* In der Formulierung des „zu viel Herz“ wird das Hadern mit der von ihnen selbst als „Helfersyndrom“ (B2:580) charakterisierten Haltung deutlich, auf die sie sich nicht mehr vorbehaltlos beziehen mögen, von der sie jedoch auch nicht vollständig abrücken möchten. Verbitterung herrscht darüber, dass das Engagement der Beschäftigten von der Unternehmensleitung ausgenutzt wird: *„Diese Mentalität, die hier herrscht, die ist uns eigentlich zum Nachteil“ (B2:1303).*

„Also früher hätte ich noch gesagt, schön, dass du kommst oder so, aber jetzt sage ich, du bist selber schuld, was bringt es dir, es bringt dir keiner einen Blumenstrauß nachhause, nur weil du gekommen bist. Wenn du hier umfällst, wird einfach nur der nächste eingestellt – bestenfalls rollen sie dich zur Seite“ (B1:1334-1338).

An einigen Punkten äußern die Beschäftigten darum das Vorhaben, sich von ihrer Arbeit zu distanzieren und ein instrumentelles Verhältnis zu ihr einzunehmen. Diese Distanznahme bleibt jedoch vorerst rhetorisch - inwieweit sie im betrieblichen Alltag praktisch durchgehalten werden kann, scheint unklar:

„Also, meine Einstellung war immer vorher alles zu geben [...] aber jetzt ist das so, ja, meinem Gehalt entsprechend, meinen Arbeitsbedingungen entsprechend, also ich werde jetzt hier nicht mehr fromm fröh-

lich noch 5 Stunden länger bleiben, sondern für mich ist eben Schluss wenn Schluss ist. Also klar bleibt man dann doch mal länger, aber der Vorsatz ist bei mir da. Ich denk halt nicht mehr so“ (B1:1259-1263).

Insgesamt konnten wir feststellen, dass sich deutliche Risse in dem Bild einer konsensorientierten betrieblichen Pflegegemeinschaft zeigen. Dennoch stellt diese nach wie vor den zentralen Bezugspunkt für die Befragten dar. So erzeugen die Überlastungen im Arbeitsalltag Momente der Abgrenzung gegenüber dem Unternehmen, bringen aber auch neue Spaltungslinien in der Belegschaft hervor.

„Wir Ossis, wir trauen uns ja sowieso nichts“ – Streik als Kampf um Anerkennung

Während der Rückzug auf ein pragmatisches Arbeitsverständnis bei den Befragten eher resignativ erscheint, scheinen gerade die Momente eines Festhaltens an ihrem Arbeitsethos Ausgangspunkt für kollektives Handeln. In diesem Sinne begreifen sie den Arbeitskampf als Kampf um Anerkennung eben jener Arbeitsleistung und Identität, die sie als bedroht und abgewertet erleben. Die Mobilisierung entzündet sich dabei an einem konkreten tariflichen Thema, welches symbolisch für diese Abwertung steht: die Diskrepanz der Arbeitszeiten und Gehälter zu den westdeutschen Heimen des Pflegekonzerns. Die alltäglichen Belastungen aufgrund von Personalmangel werden demgegenüber in diesem Tarifkonflikt nur indirekt thematisiert. Dies stellt einen Unterschied zu neuen Streiks insbesondere im Gesundheits- und Erziehungssektor da, in denen mit der Forderung nach Mindestbesetzungen und Ausbildungsstandards erstmals auch qualitative Aspekte der Arbeit direkt im Tarifkonflikt thematisiert wurden (vgl. Wolf 2013). Im Gespräch betonen die Beschäftigten jedoch, dass sie ihren Streik explizit auch als einen Kampf im Interesse der Pflegebedürftigen verstehen:

„Es geht ja auch nicht nur darum jetzt für uns die Bedingungen zu verbessern, sondern auch: ist die Pflegekraft zufrieden, ist auch die Pflege besser“ (B2:1066-1068).

Das zentrale Narrativ des Streiks war jedoch die Benachteiligung als Ostdeutsche und die Lohnangleichung an Westdeutschland. Dies stellte

einen identitätsstiftenden Bezugspunkt für die Belegschaft dar, der die Konfliktlinien von Alt- und Neubeschäftigten, Fach- und Hilfskräften überbrücken konnte. Zugleich ermöglichte die Folie eines Ost-West-Gegensatzes die Abgrenzung von der Unternehmensleitung entlang eines Gegensatzes von Profit- und Fürsorge-Logik. *„Also unser Mutterunternehmen, das ist schon Wildwest, was sich da abspielt [...]Es scheint mir, als ob denen scheißegal ist, wie die Bewohner versorgt werden, das sind halt nur Zahlen, die Geld reinbringen“* (B1/B3:411-421). Dieser Ost-West-Gegensatz wird auch in der Abwehr von Flexibilisierungsforderungen herangezogen. Das von den Streikenden abgelehnte Modell der „geteilten Schichten“ wird dabei als ein „westdeutsches“ identifiziert, demzufolge *„die Frauen zuhause sind und mittags ihren Männern das Mittagessen machen und dann wieder arbeiten gehen. Dieses Modell wollten sie hier im Osten einführen“* (B3:359-369). Die Befragten scheinen ihren Arbeitskampf in diesem Punkt in der Tat als „Kulturkampf“ zu begreifen, der eine bedrohte, „ostdeutsche“ Arbeits- und Lebensweise verteidigt – diese wird hier mit einem egalitäreren Geschlechtermodell verbunden, in dem Frauenerwerbstätigkeit nicht auf einen familiären „Zuverdienst“ reduziert, sondern als vollwertig anerkannt wird. Mit der Vorstellung des Arbeitskampfes als eines Kampfes um Anerkennung verbindet sich zugleich das Gefühl, sich in einer schwachen bzw. isolierten Ausgangsposition bzw. auf „verlorenem Posten“ zu sehen. Diese Einschätzung verstärkt jedoch eher die Motivation, „aus Prinzip“, für die eigene Würde und die eigene Identität einzustehen: *„Warum wir eigentlich streiken gegangen sind, ausschlaggebend war ja eigentlich: ‚Wir Osis wir machen ja sowieso nichts, wir trauen uns ja nichts‘ [...]. Wahrscheinlich hätten sie nie damit gerechnet, dass wir hier irgendwie so etwas veranstalten“* (B3:426-427). Diese Haltung lässt sich mit den von Ingrid Artus im Bereich der prekären Dienstleistungen beschriebenen Muster der „verrückten Kämpfe“ in Verbindung bringen. Dabei geht es um Arbeitskämpfe, die weniger durch tarifpolitische Ziele als vielmehr durch eine Orientierung an immateriellen Werten wie Würde oder Gerechtigkeit motiviert sind. Sie macht damit deutlich, dass sich die Entstehung von Widerstand in prekären Arbeitsverhältnissen nicht zwingend aus den objektiven Missständen oder konkreten Erfolgchancen erklären lässt, sondern von einem subjektiven Gefühl des „Es reicht“ angestoßen wird (Artus 2008:45). In unserem Fallbeispiel ist es das Gefühl der Benachteiligung

als ostdeutsche und fürsorgende Pflegekräfte, das den entscheidenden Anstoß gibt. Interessant ist dabei, dass der Status von Pflege als einer feminisierten Tätigkeit, der im aktuellen Forschungsstand eine zentrale Rolle einnimmt, in den Äußerungen der Befragten aber so gut wie nicht vorkommt. Ihr Selbstverständnis als Pflegekräfte verorten sie in ihrer Herkunft und ihrer Qualifikation – Geschlecht spielt nur implizit eine Rolle, wenn Gleichberechtigung als Teil eines „ostdeutschen“ Geschlechterarrangements benannt wird. Das zentrale Narrativ des Arbeitskampfs war die Abwertung der ostdeutschen, nicht der weiblichen Arbeitsleistung. Dies könnte darauf hinweisen, dass sich Geschlecht hier subjektiv weniger gut als Grundlage einer identitätsstiftenden Deutung geeignet hätte, lässt sich mit unserem begrenzten methodischen Zugriff jedoch nicht klären. Insgesamt ermöglichte der Ost-West-Gegensatz eine Herauslösung und kritische Umdeutung des Fürsorge-Ethos aus dem Deutungsrahmen der „Betriebsfamilie“: Der Arbeitskampf speiste sich aus einer zunehmenden Distanzierung gegenüber dem Unternehmen und bezog seine mobilisierende Kraft aus dem Selbstbewusstsein der Beschäftigten als die eigentlichen Garanten fürsorgender Pflege.

„Natürlich sind wir zwischendrin mal helfen gegangen“ – Arbeitskampf zwischen Abgrenzung und Einbindung

Der Arbeitskampf der Beschäftigten war von Anfang an durch eine prekäre tarifpolitische Ausgangsposition geprägt: Die Blockadehaltung des Unternehmens in den Verhandlungen gepaart mit einer beständig schrumpfenden Streikbeteiligung machte den Streik zu einem zunehmend prekären Abwehrkampf. Nach mehreren Monaten des Ausstands waren die Beschäftigten gezwungen, einen Tarifkompromiss zu akzeptieren, der weit hinter den Erwartungen zurückblieb und nur geringfügige Verbesserungen umfasste. Die Streikbeteiligung der Beschäftigten erwies sich vor diesem Hintergrund als ein zentrales Problem. So schildern selbst die Befragten als aktive Streikbeteiligte die Arbeitsniederlegung als einen schwierigen und voraussetzungsvollen Moment des Bruches mit ihrer Arbeitskultur. Trotzdem die Befragten auf der theoretischen Ebene von der Legitimität ihres Arbeitskampfes überzeugt sind,

beschreiben sie ein beständiges Hadern und Zweifeln. Die Arbeitsniederlegung ist für sie dabei „*das letzte Mittel der Wahl*“ bzw. „*die Katastrophe schlechthin*“, die permanent „*mit Gewissensbissen verbunden*“ ist - sowohl gegenüber den Pflegebedürftigen als auch gegenüber den verbleibenden MitarbeiterInnen (B1:493,482-483, B2:539-540). In der Tat berichten die Befragten von moralischem Druck durch KollegInnen, die den Streikenden eine Beschädigung des Unternehmens und damit einen Verrat an der Pflegegemeinschaft vorwarfen. Hinzu kommt, dass die Beschäftigten bisher keine Erfahrung mit Arbeitskämpfen und wenig Wissen über die Implikationen und Folgen hatten. „*Der Stress, man steht vorm Arbeitgeber, man muss Gesicht zeigen*“ wird als „*psychisch extrem anstrengend*“ beschrieben (B3:677). Die Befragten erlebten die konfrontative Haltung im Streik dabei auch als Bruch mit ihrem Selbstbild.

Die enge Form der Einbindung in die Pflegegemeinschaft, die hier Druck und Gewissensbisse erzeugt, stellt jedoch - durch gewachsene Kommunikationsformen und Sozialbeziehungen - zugleich auch wichtige Ressourcen bereit, die den Streik erst ermöglichten. So gingen von den Befragten immer wieder informelle Einzelgespräche aus, die der gemeinsamen Verständigung dienten und für den Streik mobilisierten. In dieser Form der Alltagsmobilisierung auf Augenhöhe setzten die Befragten auch ihre persönliche Integrität und ihre sozialen Beziehungen für den Arbeitskampf ein. Diese Formen der persönlichen Abstimmung und Kommunikation erstreckten sich dabei auch über den Kreis der Streikenden hinaus und verband Streikende und Nicht-Streikende in einer spezifischen Form des „solidarischen Streikbruchs“. Etwa ein Drittel der Beschäftigten hat demnach mit den Streikenden sympathisiert, ohne sich selbst an der Arbeitsniederlegung zu beteiligen.

„Wir hatten viele, die im Hintergrund gesagt haben, Leute, wir halten hier die Stellung, geht raus, ihr habt unseren Segen[...], aber wir trauen uns das halt nicht, wir können das nicht, aber wir stehen hinter euch, wir finden das toll“ (B1:551-554). „Es gab die, die gesagt haben: wir machen für euch die Arbeit drinnen, damit ihr draußen stehen könnt“ (B1: 295-296).

Die Befragten argumentieren hier im Sinne einer Arbeitsteilung zwischen Streikenden und Nicht-Streikenden, um die gemeinsame Verpflichtung - die Versorgung der Pflegebedürftigen - auch im Zuge des

Arbeitskampfs zu gewährleisten. Diese Verpflichtung macht ihrer Ansicht nach das Verbleiben von MitarbeiterInnen im Betrieb über das in Notverordnungen geregelte Mindestmaß hinaus notwendig. *“Die haben's drinnen ausgesessen, wir haben es draußen ausgesessen und wir haben beide profitiert, ich meine jeweils mal mehr, mal weniger, aber der Zusammenhalt war schon da“* (B3:102-104). Die Kooperation und Kommunikation über die Linie der Streikenden bzw. Streikbrecher hinweg erscheint somit als Selbstverständlichkeit. *„Unsere Zusammenarbeit zwischen Streikenden und Nicht-Streikenden war total klasse. Sie haben sich erkundigt privat, wie läuft es bei uns. Und umgedreht, wir sind natürlich zwischendurch auch mal helfen gegangen, wenn Not am Mann war“* (B3:1018-1020). Auf diese Weise führte das Verpflichtungsgefühl gegenüber den Pflegebedürftigen und KollegInnen immer wieder dazu, dass die Pflegekräfte ihren eigenen Streik unterliefen.

Die Schwierigkeit der Abgrenzung von betrieblichen Erwartungen wird auch in einer Auseinandersetzung um die Streiktaktik deutlich. So bestanden die Beschäftigten darauf, an der Taktik des unbefristeten Erzwingungsstreiks festzuhalten, obgleich die gewerkschaftliche Verhandlungsführung die Taktik eines diskontinuierlichen Streiks favorisierte, der weniger planbar für das Unternehmen gewesen wäre. Diese Methode wird auch in der Literatur als angemessener und effektiver für den Bereich der Sorgearbeit betrachtet (vgl. etwa Schmalstieg 2013). Die damit verbundenen wiederkehrenden individuellen Abgrenzungsleistungen eines „Rein und Raus“ schätzen die Streikenden jedoch als überfordernd ein: *„Weil die Leute haben dann immer gesagt: Wenn ich wieder reingehe und sehe meinen Opi oder meine Omi, also die Bewohner, dann komm ich nicht mehr raus, das krieg ich nicht geregelt“* (B1:320-322). Der räumlich und zeitlich vom Betriebsablauf entkoppelte Arbeitskampf wird von ihnen als Schutzraum verstanden, um sich von innerbetrieblichen Dynamiken abzuschirmen.

Insgesamt wird deutlich, dass sich die Widersprüche und die Verunsicherung der Beschäftigten in Bezug auf ihre Arbeitskultur im Arbeitskampf fortsetzte. Der Streik stellte einerseits ein Moment der Abgrenzung dar, zugleich brach er aber nicht mit der weiter bestehenden Identifikation und dem Verantwortungsgefühl der Streikenden mit dem Betriebsziel einer guten und möglichst reibungslosen Pflege. Er

vermochte einerseits gewachsene Kommunikations- und Kooperationsmuster für den Arbeitskampf zu mobilisieren und Konfliktlinien zu überbrücken, erzeugte aber gleichzeitig Spaltungen und moralische Schuldzuweisungen unter den Beschäftigten. Schließlich brachte er eigensinnige Formen der Streikkultur hervor wie die Kooperation zwischen Streikenden und Nicht-Streikenden bzw. den „solidarischen Streikbruch“ - eine Form, die den Streik subjektiv womöglich erst möglich und legitim erscheinen ließ, ihn aber zugleich permanent unterlief.

Konfliktlinien zwischen Arbeitskultur und gewerkschaftlicher Streikkultur

Im Fallbeispiel kam es zu ausgeprägten Spannungen zwischen den streikenden Beschäftigten und den zuständigen gewerkschaftlichen FunktionsträgerInnen. Auch wenn diese mit konkreten Konflikten und Missverständnissen zusammenhängen, sind wir der Ansicht, dass sich darin grundlegende Konfliktlinien von gewerkschaftlicher Streikkultur und fürsorgeorientierter Arbeitskultur ausdrücken.

Als entscheidenden Punkt erwiesen sich dabei divergierende Perspektiven auf die Arbeitskultur und die damit verbundenen Herangehensweisen an den Arbeitskampf. Von dem Anspruch der gewerkschaftlichen Verhandlungsführung, mehr Druck auf den Arbeitgeber auszuüben und sich insbesondere rechtlich nicht gedeckten Zugriffen auf die eigene Arbeitskraft im Streik zu entziehen, distanzieren sich die Befragten sowohl in ihrer Rolle als InteressenvertreterInnen wie auch in ihrer Rolle als Beschäftigte. Als betriebliche Interessenvertretung waren sie wiederholten Sanktionen und Drohungen seitens des Arbeitgebers ausgesetzt. Aus diesem Grund artikulieren sie den Anspruch einer eher defensiven und vorsichtigen Streikkultur, in der die unmittelbaren Konfrontationen bzw. auch die Abgrenzungsleistungen im Alltag möglichst gering gehalten werden. Diese Haltung wird von gewerkschaftlichen Hauptamtlichen als nachvollziehbar, aber strategisch unklug bewertet, da die Beschäftigten so ihr – ohnehin geringes – Druckpotential schwächen (GW/ B0:392-396). Insbesondere das Konzept des „solidarischen Streikbruchs“ wird entsprechend zurückgewiesen und als Ausflucht gedeutet (GW/B0:352-353). Der Gewerkschaft wird dabei die Rolle

der strategischen Führung für die notwendige Zuspitzung des Interessenkonflikts zugewiesen – gerade um ebenjene konfrontative Haltung einzubringen, die die Beschäftigten selbst nicht einnehmen wollten bzw. konnten (GW/B0:400-406). Die Befragten fühlten sich hiervon jedoch „überfahren“ und in ihren Rollenkonflikten nicht ernst genommen. Ein ihrem Empfinden nach zu konfrontatives Auftreten der gewerkschaftlichen Verhandlungsführung schildern sie als Störung einer respektvollen und loyalen betrieblichen Arbeitskultur. *„Dass der Arbeitgeber nicht mit Respekt behandelt wurde, dass dem nicht die Hand gegeben wurde, obwohl er sie hingehalten hat und solche Sachen [...] das ist nicht so, wie wir mit unserem Arbeitgeber umgehen“* (B2:1069-1073). Diese Haltung drückt sich auch in einer Kritik der Befragten gegenüber gewerkschaftlichen Mobilisierungsmethoden aus, die sie als zu konfrontativ bzw. agitatorisch wahrnehmen: *„Wir sind da eben nicht mit Streikjacken rum marschiert und haben gesagt: Wir wollen streiken, macht mal“* (BR/B1:510-512). Sie betonen, dass sie „neutral“ informiert hätten, anstatt den Beschäftigten eine Meinung „aufzudrücken“. Hier wird einerseits der Anspruch auf eine partizipative Gestaltung des Arbeitskampfes deutlich. Zugleich zeigt sich in der Abgrenzung von einer zu radikalen, „einseitigen“ Positionierung die Angst vor einem Ausscheren aus der Pflegegemeinschaft. Ähnliche Skepsis zeigen sie gegenüber einigen von der Gewerkschaft angeregten Methoden wie etwa Flashmobs und aktivistischen „Störungen“ des Betriebsablaufs (B2:683). Sie sehen sich darin nur unzureichend vor den negativen Konsequenzen bzw. Sanktionen durch den Arbeitgeber geschützt.

Hier wird deutlich, dass die Gewerkschaft mit schwierigen, teils widersprüchlichen Herausforderungen konfrontiert war. Zum einen fordern die Befragten Unterstützung, Beratung und Anleitung ein. *„Für uns war das ja alles neu und wir haben uns blind drauf verlassen - die Gewerkschaft wird schon wissen, was sie tut“*(BR/B2:681-682). Die Befragten fühlen sich angewiesen auf die Expertise und Erfahrung der Gewerkschaft und trauen sich weder als Einzelperson noch als InteressenvertreterInnen zu, auf Augenhöhe mit der Unternehmensleitung zu verhandeln. Gleichzeitig verfügen sie jedoch über ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein als Fachkräfte. Hieran wollen sie im Arbeitskampf anknüpfen und suchen Anerkennung für ihre Arbeitsleistung und -expertise. Bei Diffe-

renzen in strategischen Fragen sind sie aus diesem Grund nicht bereit, der Gewerkschaft einen Führungsanspruch einzuräumen: „Wir sind ja die Auftraggeber der Gewerkschaft“ (B2:746-747). Hier bildet sich eine Problemkonstellation ab, auf die auch Artus in ihren Studien zu Arbeitskämpfen im prekären Dienstleistungsbereich gestoßen ist:

„Es existiert ein systematisches Missverhältnis zwischen den hohen Anforderungen, die prekär Beschäftigte im Rahmen ihrer existentiell geprägten, ‚verrückten‘ Kämpfe um Anerkennung und Gerechtigkeit an die Gewerkschaften stellen, und einer gewerkschaftlichen Organisationslogik. [...] Die Beziehungen zwischen prekären AktivistInnen und Gewerkschaften sind daher nicht selten von Missverständnissen und erheblichen wechselseitigen Irritationen geprägt“ (Artus 2008: 23).

Die Vermittlung, dieser unterschiedlichen Ansprüche und der hohe Bedarf an Kommunikation und Betreuung im Arbeitskampf, erwies sich somit als zentrale und noch uneingelöste Anforderung an die überbetriebliche gewerkschaftliche Interessenvertretung. Für die Beschäftigten handelte es sich nicht „nur“ um einen Tarifkonflikt, sondern einen Kampf um Anerkennung ihrer Arbeitsleistung und Identität, der mit enormen Abgrenzungsleistungen im Betrieb verbunden war – Abgrenzungsleistungen, die von außen oder von „oben“ womöglich unterschätzt werden, jedoch eine zentrale Voraussetzung für die Streikbeteiligung sind.

Ausblick: Streik als kollektiver Lernprozess? Herausforderungen und Perspektiven der gewerkschaftlichen Organisierung von Sorgearbeit

Zusammenfassend lässt sich der von uns betrachtete Streik nicht einfach als Zeichen einer Normalisierung der Arbeitskultur der Pflegekräfte, im Sinne einer stärkeren Distanznahme gegenüber der Arbeit und dem Betrieb, deuten. Stattdessen handelt es sich um eine widerständige Form der Mobilisierung des eigenen Arbeitsethos und der gewachsenen innerbetrieblichen Solidarbeziehungen. Obgleich die Identifikation der Befragten mit ihrer Arbeit sich verändert und die Einbindung in die Pflegegemeinschaft „Risse“ bekommen hat, ist es gerade das Festhalten an einem Selbstverständnis als fürsorgende und kollegiale Pflegekräfte,

das eine mobilisierende Kraft entfaltet. Dennoch stehen im Streik vor allem die harten tariflichen Themen der Lohnungleichheit und der Arbeitszeiten im Zentrum. Die alltäglichen Erfahrungen der Überlastung und der damit verbundene Qualitätsverlust der Pflege werden weiterhin auf individueller Ebene verarbeitet und sind nicht Gegenstand einer kollektiven Deutung und Zuspitzung. Die Schwierigkeiten eben dieser Grenzziehungen im Arbeitsalltag wirken sich jedoch im Streik aus: Das Verantwortungsgefühl gegenüber den Pflegebedürftigen sowie ein hoher Anpassungsdruck von KollegInnen und Vorgesetzten haben den Streik als Moment des Bruches immer wieder eingefangen und die Verhandlungsposition der Beschäftigten untergraben. In der besonderen Streikkultur der Pflegekräfte, etwa in der Arbeitsteilung zwischen Streikenden und „solidarischen StreikbrecherInnen“, zeigt sich die grundsätzlich ambivalente - ermöglichende wie beschränkende - Rolle von Arbeitsethos und Arbeitskultur im Arbeitskampf.

Diese Ambivalenz erwies sich als Herausforderung für die zuständige Gewerkschaft bzw. deren überbetriebliche Akteure. Die Interessenvertretung sieht sich hier im Kern mit der Frage konfrontiert, wie die strategischen und machtpolitischen Erfordernisse eines Tarifkonflikts mit den subjektiven Ansprüchen und Grenzen der Beschäftigten zu vereinbaren sind (vgl. Lehndorff 2003: 166). Diese Aufgabe ist besonders schwierig mit Blick auf die ohnehin geringen ökonomischen Druckmittel und Machtressourcen der betroffenen Belegschaften.

Mit Blick auf das vorliegende Fallbeispiel scheint die Berücksichtigung der Arbeitskultur in der Pflege dennoch zentral für eine nachhaltig erfolgreiche Organisation in diesem Bereich: Ohne eine Anbindung an die alltäglichen Praktiken und Handlungsorientierungen der Beschäftigten besteht die Gefahr, dass sich Beschäftigte von einer konfrontativen Arbeitskampfstrategie abgeschreckt, überfordert oder allein gelassen fühlen. Eine solche Subjekt- und Beteiligungsorientierung im Arbeitskampf umfasst neue Herausforderungen für Gewerkschaften. Sie erfordert einen langen Atem der Interessenvertretung und eine erweiterte Perspektive auf den Arbeitskampf, dessen Erfolg nicht mehr allein an den tarifpolitischen Maßgaben, sondern an den – wenn auch kleinen - Schritten der kollektiven Selbstverständigung und Selbstermächtigung gemessen werden müsste.

Entsprechend lassen sich an dieser Stelle Bezüge herstellen zu aktuellen gewerkschaftspolitischen Diskussionen um eine Neuausrichtung und Öffnung von Arbeitskämpfen. Diese werden häufig allgemein auf den schwach organisierten Bereich prekärer Dienstleistung bezogen und sind nicht für die Bedingungen von Pflegearbeit spezifiziert. Im folgenden sollen auf Basis des von uns untersuchten Fallbeispiels drei wichtige Herausforderungen bzw. Perspektiven von Arbeitskämpfen im Bereich der Pflege formuliert und an die aktuellen Diskussionen in diesem Bereich angebunden werden.

Ein zentraler Punkt scheint hierin die *thematische Öffnung des Arbeitskamps über die Formulierung klassischer tarifpolitischer Forderungen hinaus*. In unserem Fallbeispiel wurde deutlich, dass durch das Thema der Lohnangleichung zwar die Anliegen der Wertschätzung und Gerechtigkeit der Beschäftigten aufgegriffen und eine Mobilisierung und Politisierung entlang eines Ost-West-Gegensatzes ermöglichen konnte. Die dahinter liegenden alltäglichen Problematiken der kompensatorischen Mehrarbeit im subjektivierten Taylorismus wurden jedoch kollektiv kaum bearbeitet. Ein Aufgreifen von Personalmangel, Stress und Überlastung würde den Blick sowohl für die hiermit verbundenen Widersprüche und Konflikte auf der subjektiven Ebene öffnen, wie auch für die dafür verantwortlichen gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Eine solche Öffnung regt auch Peter Birke auf Basis seiner Beschäftigung mit aktuellen Streiks im prekären Dienstleistungsbereich an, die zunehmend vor der Schwierigkeit stehen, die subjektiven Problemlagen (Entgrenzte Arbeitszeiten, Personalmangel, Unsicherheit, mangelnde Wertschätzung, Stress) in die Sprache von Tarifverträgen zu übersetzen – und auf dieser Ebene tatsächlich zu regulieren (Birke 2013). Dies gilt umso mehr für den Bereich der Pflege, wo gesetzliche Bestimmungen unmittelbaren Einfluss auf die Arbeitsorganisation nehmen. Birke formuliert vor diesem Hintergrund die Herausforderung, einen Anschluss an überbetriebliche Mobilisierung und eine dauerhafte politische Bearbeitung des Themas über den Arbeitskampf hinaus zu finden. Hier bietet sich ein Blick auf die aktuellen Kämpfe um Mindestbesetzungen im Gesundheitsbereich an, die auf betrieblicher wie gesetzlicher Ebene geführt werden und Allianzen von Sorgenden und Sorgebedürftigen ermöglichen. Eine solche überbetriebliche Perspektive ist dabei nicht als

Ersatz, sondern als Fortsetzung und Erweiterung einer innerbetrieblichen Zuspitzung und Politisierung von Konflikten zu verstehen.

Hier kommt der zweite Ansatzpunkt ins Spiel: *Die Anerkennung und Einbindung der Arbeitskultur der Beschäftigten und die gemeinsame Entwicklung einer angemessenen „Streikkultur“* (vgl. Reich 2012). So scheint es zentral, die Expertise, das Engagement und das Selbstbewusstsein der Beschäftigten anzusprechen und noch stärker als Ressource für die Interessenvertretung zu nutzen. Eine Einschätzung des angemessenen Konfrontationsgrads eines Arbeitskonflikts kann die überbetriebliche Interessenvertretung nur in engem Kontakt mit betrieblichen Akteuren, ihrem Wissen und ihren Erfahrungen gewinnen. In diesem Sinne ließe sich der Arbeitskampf als ein wechselseitiger Lernprozess begreifen. Voraussetzung hierfür scheint im Pflegebereich die grundsätzlich wertschätzende Haltung gegenüber der Arbeitsleistung und der fürsorgenden Arbeitsorientierung der Beschäftigten. „Normalisierung“ im Sinne einer rein instrumentellen Arbeitshaltung der Beschäftigten kann mit Blick auf die besonderen Qualitäten von Sorgearbeit nicht Voraussetzung oder Ziel eines Arbeitskampfes sein. Dies bringt Adam Reich mit Blick auf den Arbeitskampf im Gesundheitsbereich auf den Punkt:

„In order to be successful, then, labor unions must engage with the cultural dimensions of hospital work, and they must help workers interpret their own participation in the union as being consistent with their own emotional commitment to their work.“ (Reich 2012: 20).

Das in unserem Fallbeispiel hervorstechende Phänomen des solidarischen Streikbruchs kann vor diesem Hintergrund – trotz seiner problematischen tarifpolitischen Implikationen – einen möglichen Ansatzpunkt darstellen, um gemeinsam mit den Beschäftigten nach Arbeitskampfformen zu suchen, in denen ihr Fürsorge-Ethos und ihr kollegiales Ethos subjektiv gut aufgehoben ist.

Hier schließt der dritte Ansatzpunkt an: *die Verstetigung und Begleitung der kollektiven Lern- und Erfahrungsprozesse, die die Beschäftigten im Rahmen des Arbeitskampfes machen*. Im Fallbeispiel erwies sich der zeitlich begrenzte, thematisch zugespitzte Tarifkonflikt zwar zunächst als Schutzraum, da er institutionalisierten Formen der Konfliktaustragung Raum bot und das Delegieren von Aufgaben an die gewerkschaftlichen Interessenver-

treterInnen ermöglichte. Mit der Beschränkung des Arbeitskampfs auf diese Ebene bleiben jedoch auch die Mechanismen der Individualisierung von Problemen sowie der innerbetriebliche Anpassungsdruck gewissermaßen unbearbeitet. So wurde der Streik in unserem Beispiel nach Abschluss des Tarifvertrags schnell wieder zu einem Tabuthema im Betrieb, das mit unterschwelligem Konflikten verbunden war. Es gab demgegenüber wenig Raum der positiven Bezugnahme bzw. Verstärkung der eigenen Organisierungserfolge. So war die Streikerzählung der Befragten zunächst von den tarifpolitischen Misserfolgen und den Konflikten mit der überbetrieblichen Interessenvertretung dominiert. Erst im Laufe des Interviews erinnerten sich die Befragten an die positiven und bleibenden Aspekte – das Gespräch erschien hier als Raum der gemeinsamen Reflexion und Vergegenwärtigung, der im Arbeitsalltag fehlt. Schließlich stellten die Befragten die persönlichen Lernprozesse sowie das gemeinsame Zusammenwachsen als bleibende Erfolge heraus und fanden zu einem positiven Streikfazit: *„Streiken würde ich definitiv wieder[...]. Wir gehen nachher noch als Streikberater umher“* (B1:1383-1384). An eben diesen positiven Bezüge, Ideen und Erzählungen könnte angeknüpft werden, um die Erfolge des Streiks nicht nur nicht vergessen zu lassen, sondern zu feiern und zu verbreitern. Das teilweise restriktive Klima der betrieblichen „Pflegegemeinschaft“ macht es somit notwendig, die im Moment des Streiks eröffneten Räume der Abgrenzung und kollektiven Selbstverständigung immer wieder abzusichern und neu herzustellen. Als einen kleinen Beitrag zu einer solchen Verstärkung und Würdigung der Streikerfolge der Beschäftigten möchten wir abschließend auch unsere Untersuchung verstehen.

Literatur

- Artus, I., 2008: Prekäre Vergemeinschaftung und Verrückte Kämpfe. Repressive Integration als Herrschaftsmodus im prekären Dienstleistungsbereich. PROKLA 38,150: 27-50.
- Birke, P., 2013: Dezentrale Streiks als Krisenproteste. Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. H.1: 14-20.
- Chorus, S., 2007: Who Cares? Kapitalismus, Geschlechterverhältnisse und Frauenerarbeiten. Regulationstheoretische Sekorrekturen. Feministische Studien 2: 202-216.

- Dunkel, W., 1995: Zur Integration des Berufs in das Alltagsleben: das Beispiel der Altenpflegekräfte. S. 213–251 in: Projektgruppe Alltägliche Lebensführung (Hrsg.), Alltägliche Lebensführung. Arrangements zwischen Traditionalität und Modernisierung. Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Federici, S., 2010: Anmerkungen über Altenpflegearbeit und die Grenzen des Marxismus. Denknetz Jahrbuch 2010. Unter: http://www.denknetz-online.ch/spip.php?page=denknetz&id_article=317&design=1&lang=de (letzter Zugriff: 13.03.14).
- Kumbruck, C., 2010: Menschenwürdige Gestaltung von Pflege als Interaktionsarbeit. S.188-207 in: Becke, Guido (Hrsg.), Decent Work. Arbeitspolitische Gestaltungsperspektive für eine globalisierte und flexibilisierte Arbeitswelt. Münster: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lehndorff, S., 2003: Marktsteuerung von Dienstleistungsarbeit. In: Dörre, Klaus/ Röttger, Bernd (Hrsg.): Das neue Marktregime. Konturen eines nachfordistischen Produktionsmodells. Hamburg:VSA Verlag. S.153- 171.
- Madörin, M., 2006: Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie. In: Niechoj, T., Tullney M. Hg.): Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie. Marburg.
- Matuschek, I., Kleemann, F., Voß, G. G., 2008: Subjektivierte Taylorisierung als Beherrschung der Arbeitsperson. PROKLA 38,150: 49–64.
- Nowak, I., Hausotter J., Winkler, G., 2012: Handlungsfähigkeit in entgrenzten Arbeitsverhältnissen. Subjektkonstruktionen in der Industrie und Altenpflege. http://doku.b.tu-harburg.de/volltexte/2012/1138/pdf/Handlungsfähigkeit_Entgrenzung.pdf (letzter Zugriff: 12.03.14).
- Nowak, I., 2011a: Fürsorgliche Praxis als prekäre Lohnarbeit. Fragen zu den Erfahrungen der Beschäftigten. Das Argument 292,3: 381-391.
- Nowak, I., 2011b: Blockaden und Perspektiven für kollektives Handeln von Beschäftigten in der Altenpflege. Beitrag zur GIRA-Jahrestagung "Industrielle Beziehungen im Dienstleistungsbereich" am 13./14.10.2011 in Düsseldorf. <http://www.giraweb.de/sites/default/files/2011Nowfull.pdf> (letzter Zugriff: 12.02.14).
- Peters, K., 2005: Wie Krokodile Vertrauen schaffen. Die neue Selbständigkeit im Unternehmen: Arbeiten ohne Ende? In: Frank Lorenz/Günter Schneider (Hrsg.): Vertrauensarbeitszeit, Arbeitszeitkonten; Flexi-Modelle: Konzepte und betriebliche Praxis. Hamburg:VSA-Verlag. S. 63-76.

- Prekarias a la deriva, 2011: Geld oder Leben! Von der Prekarisierung der Existenz zum Sorgestreik. S.57-135 in: dies. (Hrsg.), „Was ist dein Streik?“ - Militante Streifzüge durch die Kreisläufe der Prekarität. Wien: Turia&Kant.
- Reich, A., 2012: With God on Our Side. The Struggle for Workers' Rights in a Catholic Hospital. Cornell: Cornell University Press.
- Renneberg, P., 2005: Die Arbeitskämpfe von morgen? Arbeitsbedingungen und Konflikte im Dienstleistungsbereich. Hamburg: VSA Verlag.
- Senghaas-Knobloch, E., 2008: Care-Arbeit und das Ethos fürsorglicher Praxis unter neuen Marktbedingungen am Beispiel der Pflegepraxis. Berliner Journal für Soziologie 18,2: 221–243.
- Schmalstieg, C., 2013: Rein-raus. Flexibel streiken. Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 1,1: 94-100.
- Schurian, H., Wagner, L., 2013: Zwischen Kooperation und Konfrontation, Fürsorge und Verweigerung. Arbeitskultur und Arbeitskampf in einem Ost-Berliner Altenpflegeheim. Eine qualitative Befragung zu den Perspektiven und Konfliktlinien von Betriebsrät_innen und Gewerkschaft. (unveröffentlicht, einzusehen am Lehrstuhl für Soziologie der Arbeits- und Geschlechterverhältnisse am Institut für Sozialwissenschaften der HU Berlin)
- Winker, G., 2009: Care Revolution. Ein Weg aus der Reproduktionskrise. <http://www.feministisches-institut.de/carerevolution> (letzter Zugriff: 21.02.2014).
- Winker, G., 2011: Soziale Reproduktion in der Krise - Care Revolution als Perspektive. Care - eine feministische Kritik der politischen Ökonomie? Das Argument 292, 3: 333-344.
- Wolf, L., 2013: Patienten wegstreiken. Arbeitskämpfe an der Charité. Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 1,1: 58-64.

Autorinnen

Lucienne Wagner und Hannah Schurian sind Studentinnen im Master Sozialwissenschaften an der HU Berlin. Der Artikel ging aus einem gemeinsamen Forschungsprojekt zu Arbeitskämpfen im Bereich von Care-Arbeit hervor. Beide verbindet das Interesse an post-fordistischen Arbeits- und Geschlechterverhältnissen und dem spezifischen Status von Sorgearbeit darin – aus einer feministischen wie ökonomiekritischen Perspektive.

Kontakt: hannah.schurian@web.de, luci-w@web.de

Migration jenseits ökonomischer Motive?

Biographieanalytische Betrachtung der Migrationsverläufe deutscher Hochqualifizierter in Rumänien

Barbara Mühlbacher

Abstract

Der Beitrag hat das Ziel neue Migrationsbewegungen in Europa zu erklären. Unter der Frage, warum sich manche international mobile hochqualifizierte WesteuropäerInnen für eine Migration in eine weniger entwickelte Region in Osteuropa entscheiden, obwohl dies nach den klassischen Migrationstheorien nicht plausibel scheint, habe ich mittels Biographieanalyse die Lebens- und Migrationsgeschichten dreier deutscher MigrantInnen in Rumänien rekonstruiert und Motive, Verlauf und Erleben der Migration herausgearbeitet. Dabei zeigte sich, dass besonders bei der Migration von einem hoch in ein weniger entwickeltes Land die Multikausalität von Migration in den Vordergrund tritt und ökonomisch-rationale Motive ablöst. Im Mittelpunkt steht die Umsetzung individualisierter Ziele, d.h. Selbstverwirklichung. Besondere Bedeutung kommt in diesen Fällen auch transnationalen Verknüpfungen zu, die es den MigrantInnen ermöglichen, die Nachteile der Zielregion zu umgehen und ihre Verbindung zu Herkunfts- und Zielregion zu ihrem Vorteil zu nutzen.

Einleitung

Migration wird in den Sozialwissenschaften vielfach als Krisenphänomen verstanden und analysiert – sowohl in ihrer Entstehung wie auch in ihren Folgen, auf gesellschaftlicher wie auch auf individueller Ebene. Auch in dem von mir untersuchten Kontext des europäischen Raumes wird – aus deutscher Perspektive – Migration häufig als Einwanderung von niedrig qualifizierten osteuropäischen MigrantInnen in Westeuropa einerseits und einer Auswanderung hochqualifizierter westeuropäischer MigrantInnen in andere hochentwickelte Länder andererseits problematisiert (u.a. Ette & Sauer 2010). Durch die Öffnung der Grenzen und der fortschreitenden wirtschaftlichen und politischen Verflechtung des eu-

ropäischen Raumes entstehen aber auch zunehmend völlig neue Migrationsprozesse (u.a. King 2002; Pries 2001, 2008), die noch unerforschte Potentiale enthalten.

Diese Potentiale möchte ich in meinem Beitrag aufgreifen und die Entstehung und Bedeutung neuer Migrationsbewegungen in Europa am Beispiel der Wanderung hochqualifizierter Deutscher in die rumänische Stadt Timișoara thematisieren. Basierend auf meiner Masterarbeit gehe ich dabei der Frage nach, warum sich international mobile hochqualifizierte WesteuropäerInnen für eine Migration in eine weniger entwickelte Region in Osteuropa entscheiden, obwohl dies nach den klassischen Migrationstheorien (u.a. bei Han 2005; Oswald 2007; Treibel 2003) nicht plausibel scheint. Dafür habe ich mittels Biographieanalyse die Lebens- und Migrationsgeschichten dreier deutscher MigrantInnen in Rumänien rekonstruiert und Motive, Verlauf und Erleben der Migration analysiert.

Theorien zu Migration und Biographie

Neuere Theorien der Migrationsforschung zeigen, dass eine Diversifizierung von Migrationsbewegungen stattfindet. Diese Betrachtungsweisen lösen sich von den klassischen Erklärungsversuchen von Migration durch push- und pull-Faktoren und können auch Erklärungen für Migrationsbewegungen in – unter ökonomisch-rationalen Gesichtspunkten – unattraktive Regionen liefern. Damit einher geht auch die Betrachtung der Migration als Teil der Biographie, auf die ich am Ende eingehen werde. Da es in der Literatur keine einheitliche Definition der häufig auch synonym verwendeten Begriffe Migration und Wanderung gibt (vgl. Oswald 2007: 13; Treibel 2003: 18), grenze ich an dieser Stelle ein, wie der Begriff in diesem Beitrag verstanden wird.

In einer weiten, umfassenden Definition schlägt Treibel (2001) vor:

„Migration (= Wanderung) umfasst diejenige Bewegung von Menschen, die mit einer Verlagerung des Lebensmittelpunkts einhergeht. Der Migrationsbegriff setzt erwerbs-, familienbedingte, politische oder biographisch bedingte Wanderungsmotive und einen relativ dauerhaften Aufenthalt in der neuen Region oder Gesellschaft voraus; er

schließt den mehr oder weniger kurzfristigen Aufenthalt zu touristischen Zwecken aus.“ (ebd.: 472).

Ein Aspekt, der hier nur angedeutet wird, nämlich den Übergang eines Individuums von einer Gesellschaft in eine andere, betont Oswald (2007) in ihrer Definition:

„Migration wird daher im Weiteren verstanden als ein Prozess der räumlichen Versetzung des Lebensmittelpunkts, also einiger bis aller relevanten Lebensbereiche, an einen anderen Ort, der mit der Erfahrung sozialer, politischer und/oder kultureller Grenzziehung einhergeht.“ (ebd.: 13, H.i.O.).

Von besonderer Bedeutung in meiner Untersuchung sind eben diese Aspekte: die Verlagerung des Lebensmittelpunktes, der Übergang in eine andere Gesellschaft und der freiwillige Entschluss¹ dazu.

Klassische Migrationstheorien

Als Ausgangspunkt der Migrationstheorien gelten Ravensteins Gesetze der Wanderung (1885, 1889) und die in Anlehnung daran entwickelten push-pull-Modelle, welche von der Herstellung eines Gleichgewichts durch den Ausgleich von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage mittels Migration ausgehen. (vgl. Oswald 2007: 71) Seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts bildete sich vor allem in den USA eine eigene Migrationsforschung heraus, welche stark von neoklassischen Erklärungsmustern geprägt war. Im Fokus der neoklassischen Mikroökonomie beziehungsweise der Humankapitaltheorie steht das rationale Individuum auf der Suche nach den optimalen ökonomischen Bedingungen, definiert über Lohnhöhe und Beschäftigungschancen. (vgl. Pries 2010: 476f.) Migrati-

¹ Die klassische Unterscheidung zwischen freiwilliger (Arbeits-) Migration und erzwungener Migration (Flucht, Vertreibung) ist politisch, juristisch und moralisch problematisch, wenn sich so genannte „ArbeitsmigrantInnen“ aufgrund der sozioökonomischen und politischen Umstände in ihren Heimatländern zur Migration gezwungen sehen. (vgl. Treibel 2003: 20f.) Dennoch ist in der Praxis aber gerade die Unterscheidung zwischen Flüchtling oder (Arbeits-) MigrantIn eine der bedeutsamsten, da an diesen Status viele Rechte und Ansprüche geknüpft sind (vgl. Pries 2001: 10f.; siehe allg. dazu auch King 2002: 92f.; Pries 2010: 479). Mein Verständnis von „freiem Entschluss“ ist an Kings Vorschlag der „migrants of free will“ (2002: 92) angelehnt, „who choose to migrate to satisfy largely non-economic life-choice ambitions“ (ebd.).

on wird dabei als langfristige Investition in das Humankapital betrachtet. Bestimmend ist, ob „die Summe des erwarteten Realeinkommens am Zielort langfristig höher ausfällt als am Herkunftsort“ (Han 2005: 211).

Differenziert wurde das push-pull-Modell von Lee (1972); er unterscheidet nicht nur zwischen Faktoren, die zur Emigration zwingen (push) und Faktoren, die zur Immigration motivieren (pull), sondern bezieht auch intervenierende Hindernisse und persönliche Faktoren mit ein. Es sind nicht mehr nur die Faktoren an sich ausschlaggebend, sondern die Perzeption dieser Faktoren durch das Individuum, welches durch rational ökonomische Abwägung eine Verbesserung seiner Situation sucht. (vgl. Han 2005: 15; Haug 2000: 8; Oswald 2007: 71) Zentraler Push- und Pull-Faktor ist die Situation auf dem Arbeitsmarkt (*job-vacancy-Hypothese*) und die Einkommenssituation (*income-differential-Hypothese*). Als dritter Faktor geht die Informationshypothese von einem wesentlichen Einfluss von Informationskanälen und persönlichen Beziehungen zwischen bereits Gewanderten und Wanderungswilligen auf die Migrationsentscheidung aus (*migrant-stock-Variable*). (vgl. Treibel 2003: 40) Zu berücksichtigen sind darüber hinaus persönliche Merkmale, der Wunsch nach sozialer und beruflicher Statusverbesserung und geographische Distanz. (vgl. Feithen 1985: 61 zit. nach Treibel 2003: 41) „Deshalb“ – so formulierte es bereits Lee – „ist die Entscheidung zu wandern niemals völlig rational“ (Lee 1972: 120 zit. nach Treibel 2003: 42).

Weiterentwicklungen dieses Ansatzes führten zu unterschiedlichen Werterwartungs- und Kosten-Nutzen-Theorien, wobei das Individuum sich stets in einem rationalen Entscheidungsprozess für oder gegen die Migration entscheidet, um letztendlich eine Verbesserung seiner ökonomischen Situation zu erzielen. (vgl. Haug 2000: 8ff.; Han 2005: 210f.) Dabei wird in den verschiedenen Theorien die subjektive Beurteilung und Wahrnehmung der Alternativen unterschiedlich stark miteinbezogen. (vgl. Haug 2000: 8ff.; siehe auch Bogue 1977; De Jong & Fawcett 1981; Esser 1980)

Wesentliche konzeptionelle Änderungen erfuhren die Migrationstheorien durch das Einbeziehen sozialer Netzwerke und sozialen Kapitals.

Persönliche Beziehungen verbinden Herkunfts- und Zielländer miteinander und erhöhen die Wahrscheinlichkeit von Migration. Vielfach leben im Zielland bereits Verwandte oder Bekannte der Migrationswilligen oder den MigrantInnen reisen Verwandte später nach. (vgl. Haug 2000: 15f., 19f.; Han 2005: 17f.) Durch diese sozialen Netzwerke werden Migrationsflüsse an bestimmte Orte gelenkt und aufrechterhalten. (vgl. Treibel 2003: 42) Allerdings ist der Einfluss sozialer Netzwerke nicht eindeutig. So können enge familiäre Beziehungen am Herkunftsort Migration auch verhindern, wenn die Migrationsentscheidung nicht unterstützt wird. Ebenso werden über soziale Netzwerke nur einseitige Informationen weitergegeben und die Entscheidungsfreiheit wird eingeschränkt. (vgl. Haug 2000: 19f.)

Damit in Verbindung steht das Konzept des sozialen Kapitals in der Migrationstheorie. Soziales Kapital am Zielort kann die Kosten der Migration für das Individuum senken und Handlungsoptionen eröffnen. Verwandte, Bekannte oder die eigene ethnische *community* vor Ort nehmen Unterstützungsfunktionen ein.

„Social capital here means the capacity of individuals to employ (scarce) resources such as information, contacts and money because they are participants and members in social networks and organizations.“ (Faist 1995: 4 zit. nach Haug 2000: 22).

Innerhalb des sozialen Netzwerks lässt jedeR weitere MigrantIn wieder neue Netzwerkverbindungen entstehen und senkt die Kosten für weitere potentielle MigrantInnen, wovon sich einige für die Migration entscheiden und dadurch wiederum das Netzwerk erweitern. Durch die kumulative Verursachung von Migration wird diese zu einem sich selbst erhaltenden Prozess, unabhängig von den ursprünglichen (ökonomischen) Faktoren.² (vgl. Haug 2000: 24f.; Han 2005: 17f.) Faist schließlich stellt soziales Kapital als das fehlende Merkmal auf der Meso-Ebene

² Massey & Espinosa (1997) weisen dabei noch auf einen weiteren Aspekt hin: Sobald MigrantInnengruppen eine bestimmte Größe überschreiten, entsteht durch die Mitglieder dieser Gruppe Nachfrage nach migrantInnenspezifischen Dienstleistungen, welche wiederum neue Nachfrageverhältnisse und somit neue Migration auslösen, die nicht mehr mit den ursprünglichen Motiven der ArbeitsmigrantInnen übereinstimmen. (vgl. Pries 2010: 477f.)

zwischen individueller Ebene und kollektivem Handeln ins Zentrum seiner Betrachtung. Er weist darauf hin, dass soziales Kapital vielfach standortgebunden ist. Die Umwandlung von sozialem Kapital in ökonomisches oder kulturelles Kapital kann im Zielland anders strukturiert und institutionalisiert sein als im Herkunftsland. Zusätzlich können bestimmte Formen sozialen Kapitals wie Reziprozität und Solidarität, die in starke Beziehungen eingebettet sind, nicht gleichwertig mit anderen Tauschbeziehungen ausgeglichen werden, sondern müssen im Zielland erneut aufgebaut werden. (vgl. Faist 1996: 17f.)

Zusammenfassend stellt das sich rational für die beste Möglichkeit entscheidende Individuum den Ausgangspunkt der „klassischen“ Migrationsforschung dar. Es ist dabei aber zu beachten, wie sich bereits in den Theorien zu sozialen Netzwerken und sozialem Kapital zeigt, dass die Entscheidung zur Migration stets in einen sozialen Kontext eingebettet ist. Die Entscheidung wird nicht nur für die ökonomisch beste Alternative getroffen, sondern ist beeinflusst durch soziale Beziehungen, vorhandene Informationen und persönliche Faktoren. So wird in der Migrationsliteratur immer wieder darauf hingewiesen, „dass in der Regel nicht die ärmsten Bevölkerungsschichten eines Landes sondern deren Mittelschichten als Pioniere neuer internationaler Migrationsprozesse auftreten“ (Pries 2010: 477), obwohl für die ärmeren Schichten die Lohnunterschiede am größten wären. Es wird außerdem die zentrale Frage aufgeworfen: „Warum migrieren weniger Menschen als uns die Theorien glauben machen?“ (Faist 1996: 12).

Es wird demnach deutlich, dass, wie Haug (2000: 31) es ausdrückt, „eine Konzentrierung auf nicht-ökonomische, sozialstrukturelle und soziale Faktoren zur Erklärung der Migration (und insbesondere der Kettenmigration) hilfreich [ist].“

Noch deutlicher drückt dies Oswald (2007: 73) aus:

„Erstens wird unter Migration häufig stillschweigend nur die Arbeitsmigration verstanden. Dies war der Fall bei E. G. Ravensteins Migrationsgesetzen und damit auch bei den auf diesen beruhenden Migrationsmodellen, die den Entscheidungshorizont des gewinnmaximierenden Individuums ausleuchten. [...] Drittens zeigt schon die einführende Diskussion, dass Migrationsentscheidungen meist sehr

komplex, multikausal, sind. Neben den einfachen Fällen gibt es weit mehr Grenzfälle und Übergangsphänomene, für deren Erklärung die gängigen Klassifikationsschemata nicht ausreichen. Es ist daher ein Set an Zusatzkriterien nötig, um Migrationsmotive und -anlässe zu erklären“.

Diversifizierung von Migration

Im Folgenden werden daher neue Betrachtungsweisen und alternative Konzepte wie der Transnationalismus in den Migrationstheorien dargestellt, die diese Kritik aufgreifen. Dabei wird Migration als mehr als eine ökonomisch-rationale Entscheidung verstanden, wie dies auch bei der von mir untersuchten Migration von Deutschland nach Rumänien der Fall ist.

Der wohl prominenteste Text, der eine neue Perspektive auf Migration einfordert, ist Kings *Towards a New Map of European Migration* (2002). Er betont, dass sich neue Migrationsformen, -prozesse, und -motive herausbilden. Die Grenzen zwischen Kategorien und Dichotomien innerhalb der Migrationstheorien verschwimmen immer mehr und viele Schlüsselfragen der Migrationsforschung können heute nicht mehr über die ökonomischen und politischen Antwortkategorien früherer Migrationsanalysen beantwortet werden. (vgl. King 2002: 89f.) Seine Schlussfolgerung ist:

„These new forms of migration derive from new international divisions of labour, the new European geopolitics after the Cold War, new motivations of migrants (above all the retreat from labour migrations linked to Fordist production systems), new space-time flexibilities and technologies, and the relatively new notion of migration as consumption and self-discovery.“ (King 2002: 100).

Die Bedingungen einer globalisierten Welt vermischen Migration mit anderen Formen von Mobilität wie Reisen, Urlaub oder Pendeln auf globaler genauso wie lokaler Ebene. Durch die sich verändernden geopolitischen Umstände, den Abbau alter („Eiserner Vorhang“) und Aufbau

neuer Grenzen („Festung Europa“³) und Grenzverschiebungen entstehen wiederum neue Migrationsregime, im Sinne einer postfordistischen „Privatisierung der Migration“ (King 2002: 95). Zusätzlich zu den sich diversifizierenden Migrationsformen ist auch eine Veränderung des sozioökonomischen Hintergrunds der MigrantInnen zu beobachten. Viele der heutigen MigrantInnen verfügen über hohe Bildungsabschlüsse und Berufsausbildungen. Trotzdem dient Migration oft mehr der Selbstverwirklichung, dem Zuwachs von Erfahrung oder als Abenteuer, denn als Verbesserung der beruflichen oder ökonomischen Situation. (vgl. King 2002: 94f.)

"Migration itself becomes a desirable act rather than an economic means to an end: a consumption good rather than a strategy which satisfies the production needs of another country's economy or the private survival needs of an individual migrant; and the projection of an individual's identificatory experience beyond what are perceived as the restricting confines of his or her own country." (King 2002: 95).

In seinem Fazit sagt King, ähnlich wie schon Haug (2000) und Oswald (2007):

„Finally, in stressing the importance of the new migratory circumstances of a post-industrialized, post-modern Europe, I draw attention again to movements motivated above all by non-economic, or only partly economic, considerations.“ (King 2002: 102).

Neben einer allgemeinen Diversifizierung von Migration, wie King (2002) sie beschreibt, stellt der Transnationalismus-Ansatz eine der grundlegendsten Erweiterungen der Konzeption von Migration in der jüngeren Zeit dar.⁴

³ Laut der Bundeszentrale für politische Bildung ist „Festung Europa“ ein „häufig von Journalisten in kritischer Absicht gebrauchter Ausdruck, dem die Behauptung zugrunde liegt, die EU betreibe gegenüber Drittstaaten eine Politik der Abschottung insbesondere bei der Asyl- und Migrationspolitik oder bei der Gemeinsamen Agrarpolitik.“ (Zandonella 2005).

⁴ Erste wichtige Zusammenfassungen finden sich bei Glick Schiller et al. (1992), Basch et al. (1997) (vgl. Pries 2001: 49), des Weiteren siehe auch Pries (1996, 1997) und ausführlich zur Transnationalisierung sozialer Prozesse Pries (2008).

Der Transnationalismus-Ansatz

Im Zuge der gesellschaftlichen Veränderungen, die unter dem Stichwort Globalisierung gefasst werden, wird, laut Pries (2001), eine Perspektiverweiterung in der Migrationssoziologie notwendig. Die dadurch hervorgerufene Veränderung ist darin zu sehen, dass „Wanderung also nicht mehr vorwiegend der – einmalige, zeitlich eng begrenzte – *Übergang* zwischen verschiedenen, örtlich eindeutig fixierten Lebenszusammenhängen [ist]. Vielmehr wird Wanderung selbst (wieder) zu einer *Daseinsform*.“ (Pries 2001: 9, H.i.O.). Dabei wird „häufigere Hin- und Her- oder auch Dreiecks-Migration als genuiner Bestandteil durchaus kontinuierlicher Lebensläufe“ (Pries 2001: 49) betrachtet.⁵ Die so definierte Transmigration wird durch „pluri-lokale *Sozialräume*“ (Pries 2001: 9, H.i.O.) bedingt, welche sich über verschiedene Länder- und Gesellschaftsgrenzen hinweg – transnational – aufspannen und durch die „sozialen Praktiken, Symbolsysteme und die materielle Kultur der internationalen Migranten“ (Pries 2001: 51) geschaffen werden. (vgl. Pries 2001: 8f., 49ff.) Diese neuen transnationalen sozialen Räume werden auf Gegebenheiten der Herkunfts- und Ankunftsregion aufgebaut: „[S]ie situieren sich in und zwischen beiden und verbinden diese miteinander.“ (Pries 2001: 51). Pries (2001) versteht darunter:

„[...] relativ dauerhafte, auf mehrere Orte verteilte bzw. zwischen mehreren Flächenräumen sich aufspannende verdichtete Konfigurationen von sozialen Alltagspraktiken, Symbolsystemen und Artefakten. Sie sind weder de-lokalisiert noch de-territorialisiert. Transnationale soziale Räume emergieren zusammen mit Transmigranten [...], beide bedingen einander“ (Pries 2001: 53, H.i.O.).

Transmigration wird damit zu einer „neuen, >gebunden-nomadischen< Lebensweise“ (Pries 2001: 53), insofern sie „dauerhaft nicht auf einen Platz fixiert ist“ (Pries 2001: 53), aber gleichzeitig „ein Wandern zwischen festen Plätzen impliziert und nicht das völlig ortsungebundene

⁵ Pries betont in diesem Zusammenhang, dass diese Bewegungen und der regelmäßige Austausch zwischen Ankunfts- und Herkunftsregion keine kurzfristigen Erscheinungen sind, die mit der „Integration“ oder „Assimilation“ im Ankunftsland enden, sondern eben genuiner Bestandteil der Lebensläufe der TransmigrantInnen sind (Pries 2008: 190).

Umherschweifen“ (Pries 2001: 53). Es ist zu betonen, dass es dabei keine Zentrum-Peripherie oder andere Hierarchie-Beziehungen gibt, sondern „netzwerkförmige Verbindungsstrukturen zwischen Plätzen“ (Pries 2008: 161), welche durch die sozialen Handlungen der TransmigrantInnen geschaffen werden. (vgl. Pries 2008: 160ff.)

Wie Pries (2008) betont, ist diese transnationale Lebensweise vor allem mittels neuer Möglichkeiten und Vereinfachungen bei der Überwindung geographischer Distanz aufrechtzuerhalten. Neue Kommunikations- und Transportmöglichkeiten stellen den grundlegenden Unterschied von transnationaler Migration im 21. Jahrhundert zur grenzüberschreitenden Migration Ende des 19. beziehungsweise Anfang des 20. Jahrhunderts dar. Neue, kostengünstige Telekommunikationsmöglichkeiten, darunter vor allem das Internet und erschwingliche, komfortable Transportmöglichkeiten, ermöglichen es, auch ökonomisch schwach gestellten MigrantInnen regelmäßigen Kontakt zum Herkunftskontext herzustellen. (vgl. Pries 2008: 48ff.)

„All diese neuen Elemente nehmen transnationalen Kommunikations- und Austauschbeziehungen den Ausnahmecharakter und ebnen die Unterschiede zwischen lokalen und transnationalen Sozialbeziehungen tendenziell ein.“ (Pries 2008: 50).

Eine der wichtigsten konzeptionellen Änderungen durch den Transnationalismus ist, dass Migration nicht mehr als eine einmalige abgeschlossene Bewegung zwischen A und B betrachtet wird. Migration wird vielmehr als multidirektionale Bewegung betrachtet und als lebenslanger Prozess verstanden. So zeigt beispielsweise Morokvasic (2003) in ihrer Studie über PendelmigrantInnen aus Zentral- und Osteuropa wie deren transnationale Migrationsbewegung zum *lifestyle* wird. (vgl. Morokvasic 2003: 102) Der Transnationalismus unternimmt dabei den Versuch ein Alternativkonzept zu Assimilation darzustellen und will diese durch eine transnationale Orientierung ablösen.⁶ Wenngleich eine

⁶ Bommes kritisiert diesen Anspruch und verweist darauf, dass der Transnationalismus stark in einem nationalen Container-Denken verhaftet ist. Ebenso verweist er darauf, dass „Assimilation nicht nur weiterhin bedeutsam, sondern alternativlos sei.“ (Bommes 2003: 93). Siehe dazu auch Morokvasic (2003).

Anpassung des/der individuellen MigrantIn an den Ankunfts-kontext hier nicht bestritten werden soll, so bietet der Transnationalismus doch vielversprechende Möglichkeiten, die Verarbeitung und Vermischung von Herkunfts- und Ankunfts-kontext zu fassen.

Die bisherigen Ausführungen zu den Migrationstheorien zeigen, dass die rational-ökonomischen Erklärungen der klassischen Migrationstheorien zu kurz greifen. Migrationsentscheidungen werden nie völlig rational getroffen und sind von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst. Dies trifft umso mehr zu, wenn aktuelle Diversifizierungsphänomene – bedingt durch Globalisierung, Individualisierung und Europäisierung – darin berücksichtigt werden sollen. Die Migrationsbewegung Hochqualifizierter von Deutschland nach Rumänien kann als Beispiel dafür gesehen werden, wie sich Migration diversifiziert. Die neue internationale Arbeitsteilung, Grenzverschiebungen und die sich wandelnde Bedeutung von Grenzen sowie neue Technologien lassen neue Migrationsformen entstehen. Durch billige und schnelle Transport- und Telekommunikationsmöglichkeiten wird das Entstehen transnationaler sozialer Räume und Netzwerke begünstigt. Um Wanderungsbewegungen wie die von hochqualifizierten Deutschen nach Rumänien verstehen zu können, ist es notwendig neue Erklärungsansätze zu suchen, die Diversität, Multikausalität und Transnationalität berücksichtigen.

Migration jenseits ökonomischer Motive?

Multikausalität von Migration

Bei diesen neuen Erklärungsansätzen zeigt sich, Migration ist das Ergebnis komplexer Entscheidungsfindungsprozesse, die nicht entweder auf ökonomische oder auf soziale (oder kulturelle) Faktoren zurückzuführen sind, sondern auf ein komplexes Set von Motiven. (vgl. Verwiebe 2011: 7; Han 2005: 8) In der aktuellen wissenschaftlichen Diskussion beziehen sich die Aussagen zu nicht-ökonomischen Faktoren fast ausschließlich auf Migration zwischen hochentwickelten Ländern. In einigen Studien wird dieser Ansatz für den spezifischen Kontext der Migration innerhalb der EU diskutiert, die durch den Abbau formeller Hindernisse Migration innerhalb ihrer Grenzen wesentlich vereinfacht.

te.⁷ (vgl. Verwiebe 2004: 71) In den vorliegenden Studien werden aber hauptsächlich die Wanderung innerhalb der EU-15⁸ oder die Einwanderung in die EU-15 betrachtet. Diese Ansätze können gerade bei der Untersuchung neuer Migrationsbewegungen, wie der von mir analysierten Wanderung von „West“ nach „Ost“, fruchtbar sein, da sie sich nicht nur mit ökonomisch-rationalen Motiven erklären lassen, sondern individualisierte Migrationsprozesse darstellen.

In der *Theorie transnationaler Mobilität* betrachtet Verwiebe (2004) die neu entstehenden Mobilitätsformen im spezifischen Kontext des EU-Raumes. Er stellt die Frage, „ob innerhalb der Europäischen Union ein transnationaler Migrationsraum entstanden ist, in dem sich ein ‚neuer‘, *europäischer Typus* von transnational mobilen Menschen bewegt“ (Verwiebe 2004: 70, H.i.O.). Das Konzept basiert auf der Annahme von Prozessen der Europäisierung, Tertiarisierung und sozialstrukturellem Wandel innerhalb Europas (vgl. Verwiebe 2004: 94) und will eine Erklärung zu sozialer Mobilität innerhalb einer „emergenten ‚Europäischen Gesellschaft‘“ (Verwiebe 2004: 93) liefern, welche „jenseits des Nationalstaates und zugleich diesseits der grenzenlosen globalisierten Weltgesellschaft zu verorten ist“ (Verwiebe 2004: 93). Darüber hinaus orientiert es sich an der Lebensverlaufsforschung (Mayer 1990, 2001) und erweitert diese, „denn transnationale Lebensverläufe sind in nationale Institutionengefüge eingebettet und durch supranationale institutionelle Normen reguliert“ (Verwiebe 2004: 95). Zusätzlich werden Arbeitsmarkt- und Migrationstheorien in das Konzept miteinbezogen. Auf Migration bezogen nimmt die Theorie transnationaler Mobilität an, „dass die Mobilitätsgründe von Menschen, die innerhalb Europas wandern, nicht mit ökonomisch ‚fixierten‘ Modellen erklärbar sind. [...] Es

⁷ Mit den Maastricht-Verträgen und der Einführung der Unions-Bürgerschaft wurden die Grenzen innerhalb der EU abgebaut und die rechtlichen Bedingungen für unbegrenzte Mobilität geschaffen. Dies zeigt sich vor allem in der Niederlassungs- und Arbeitnehmerfreizügigkeit und der gegenseitigen Anerkennung von (Bildungs-)Abschlüssen. Im Besonderen sind hier die Artikel 20, 21, 22, 45, 49 und 53 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu nennen. Eine Zusammenfassung zur Entwicklung dieser Rechte und ihrer Bedeutung findet sich bei Favell & Recchi (2009: 5-9).

⁸ Unter EU-15 werden die Mitgliedsstaaten der EU nach der vierten Erweiterungsrunde 1995 verstanden.

handelt sich nicht um eine ‚reine‘ Arbeitsmarktmobilität oder primär um Armutswanderung [...]“ (Verwiebe 2004: 103).

In der Analyse seiner Studie zur transnationalen Mobilität von EuropäerInnen⁹ zeigt sich dann auch, dass 39 Prozent der Befragten ein Bündel unterschiedlicher Gründe, zusammengesetzt aus ökonomischen, sozialen und/oder kulturellen Motiven, auf die Frage nach ihrer transnationalen Mobilität nennen. Bei 31 Prozent der Befragten waren nur soziale Gründe ausschlaggebend und bei 16 Prozent waren es nur kulturelle Gründe. Erst danach (von 14 Prozent der Befragten) werden ausschließlich ökonomische Gründe angegeben. Es lässt sich damit belegen, dass ökonomische Gründe nur selten der Hauptgrund zur transnationalen europäischen Mobilität sind, wenngleich sie bei knapp 30 Prozent einen Teil der Mobilitätsentscheidung darstellen. Wichtiger sind soziale Faktoren: familiäre und persönliche Gründe sowie die Netzwerkeinbettung. (vgl. Verwiebe 2004: 123ff.)

Ähnliche Ergebnisse finden sich auch bei Santacreu et al. (2009), die Motive, gesellschaftliche Ordnung und frühere Mobilitätserfahrungen von MigrantInnen innerhalb der EU-15 untersuchen.¹⁰ Auch hier dominieren affektive Motive¹¹ über die Suche nach besseren Lebensbedingungen¹² und Jobangebote¹³. Werden die einzelnen Aussagen zu Kategorien zusammengefasst, zeigt sich folgendes Bild: Gründe in Zusammenhang mit Familie/Liebe nennen 35,4 Prozent der Befragten, in

⁹ Die Analyse wurde auf Grundlage der Daten der Berliner Studie zur transnationalen Mobilität von EuropäerInnen (BSTME) durchgeführt. Die Daten wurden Anfang 2002 durch eine postalische Befragung von in Berlin lebenden MigrantInnen aus Großbritannien, Frankreich, Italien, Dänemark und Polen erhoben. (vgl. Verwiebe 2004: 12f.)

¹⁰ Die Analyse basiert auf dem Datensatz „European Internal Movers Social Survey (EIMSS)“ aus dem Jahr 2004, erhoben im Projekt „Pioneers of European Integration `From Below´: Mobility and the Emergence of European Identity Among Nationals and Foreign Citizens in the EU (PIONEUR) bei dem MigrantInnen aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien untersucht wurden. (vgl. Recchi & Favell 2009: 3f.)

¹¹ „to live with partner/spouse/children“, genannt von 29,2 Prozent der Befragten (vgl. Santacreu et al. 2009: 57)

¹² „to live in a better natural environment“, genannt von 15,7 Prozent der Befragten; gefolgt von „to live in a better/healthier weather, enjoy climate“ genannt von 13,7 Prozent der Befragten (vgl. Santacreu et al. 2009: 58)

¹³ „to accept a job offer“, genannt von 15,2 Prozent der Befragten; gefolgt von „to look for a job“ genannt von 10,9 Prozent der Befragten (vgl. Santacreu et al. 2009: 59)

Zusammenhang mit Lebensqualität 38,8 Prozent der Befragten und in Zusammenhang mit Arbeit 32,6 Prozent der Befragten; nur 11,8 Prozent der Befragten nannten Bildung (Besuch von Schule, Universität, Praktikum, Sprachlernen) als Migrationsmotiv.¹⁴ (vgl. Santacreu et al. 2009: 58, Tabelle 3.1) Die AutorInnen schlussfolgern daraus, dass es kein einzelnes Hauptmotiv für Migration innerhalb der EU-15 gibt. Ihre Ergebnisse können als Beleg für die Komplexität und Multidimensionalität von Migration verstanden werden. (vgl. Santacreu et al. 2009: 58) In einem historischen Vergleich sehen sie die Dominanz der Arbeitsmigration innerhalb Europas seit den 1970er Jahren schwinden, während der Wunsch nach Verbesserung der Lebensqualität als Migrationsmotiv immer wichtiger wird. Aufgrund affektiver Motive haben sich hingegen zu allen Zeiten Menschen zur Migration entschieden. (vgl. Santacreu et al. 2009: 69f.) Ebenso wichtig scheinen die früheren Mobilitätserfahrungen der MigrantInnen zu sein. Wanderungsbewegungen innerhalb der EU finden großteils innerstaatlich oder innerhalb einer Region statt. Nur fünf Prozent der EU-BürgerInnen, die in den letzten zehn Jahren ihren Wohnort änderten, haben diesen in ein anderes EU-Land verlegt (vgl. Santacreu et al. 2009: 67f., siehe auch Eurostat and European Commission 2002: 16), wohingegen 61,9 Prozent der Befragten über frühere Mobilitätserfahrung innerhalb der EU-15 verfügen.¹⁵ (vgl. Santacreu et al. 2009: 68) Frühere Mobilitätserfahrungen scheinen die erneute Entscheidung zur Migration zu vereinfachen, wenn sich auch die Migrationsgründe über die Zeit verändern. Besonders bedeutsam ist dies bei Personen, die für Bildungszwecke (z.B. Austauschprogramme) mehrere Monate in einem anderen Land gelebt haben und dann zu einem späteren Zeitpunkt wieder in dieses Land zurückkehren. (vgl. Santacreu et al. 2009: 70) Anhand dieser Ergebnisse kommen die AutorInnen zum Schluss, dass Migration innerhalb der

¹⁴ Summe ergibt mehr als 100, da im Fragebogen zwei vorherrschende Gründe angegeben werden konnten (vgl. Santacreu et al. 2009: 71, Endnote 2)

¹⁵ Außerdem lebten 15,3 Prozent der Befragten in den USA, 14 Prozent in europäischen Ländern außerhalb der EU-15 und 35,4 Prozent in anderen nicht-europäischen Ländern. (vgl. Santacreu et al. 2009: 68)

EU-15 sich grundsätzlich von „klassischer Migration“¹⁶ unterscheidet. „For citizens who dare cross the frontiers of nation states, moving to another country within the EU is a decision essentially comparable, in terms of motivation, to moving within one´s own country” (Santacreu et al. 2009: 71).

Einen anderen vielversprechenden Zugang wählt Scheibelhofer (2009), die aktuelle Migrationsprozesse unter dem Kontext von Modernisierungsprozessen analysiert. Im Kontext von Individualisierung und „reflexiver Modernisierung“¹⁷ (Scheibelhofer 2009: 7; siehe auch Beck 1986; Beck et al. 1996) verändern sich auch die Bedingungen für und der Umgang mit Migration. Diese Prozesse sind auch bei meiner Studie von Bedeutung. Als Unterschied zwischen erster und zweiter Moderne identifizieren Beck & Lau (2005) die Auflösung von Dichotomien und Dualismen in der zweiten Moderne, welche als ordnende Elemente der ersten Moderne gelten. Die allgemein gültigen sozialen Standardformen weichen in der zweiten Moderne einem anerkannten Pluralismus und Mehrdeutigkeit. Neue Grenzlinien entstehen, die wiederum fluide und wandelbar sind.¹⁸ (vgl. Scheibelhofer 2009: 8f.) In ihrer Studie¹⁹ argumentiert Scheibelhofer (2009: 10): „[C]urrent migration from Western European countries may be better understood in the light of a second-modernity perspective”. So zeigt sich in ihrer Analyse, dass innerhalb der zweiten (oder reflexiven) Moderne zwar ähnliche Kategorien (Familie, Arbeit) Einfluss auf Migration nehmen wie bei der klassischen Arbeitsmigration innerhalb der ersten Moderne; die Gründe

¹⁶ Gemeint ist Migration, in der ökonomische Motive überwiegen. (vgl. Santacreu et al. 2009: 71)

¹⁷ „Reflexive modernization [...] implies changes in the foundations of modernity that are implemented by the very establishment of modernity.” (Scheibelhofer 2009: 7) Gemeint ist eine „radicalised modernisation that consumes the foundations of first modernity and transforms its institutions and its frames of reference.” (Beck & Lau 2005: 526 zit. nach Scheibelhofer 2009: 7).

¹⁸ Die Klarheit der Unterschiedlichkeit zwischen erster und zweiter (reflexiver) Moderne, wie Beck sie formuliert wurde von anderen AutorInnen kritisch betrachtet. (siehe u.a. Münch 2002)

¹⁹ „The qualitative study [...] focuses on the specific biographies and action orientations of Austrians who emigrated to New York city after 1965. In total, 13 women and 13 men aged from 26 to 60 years were interviewed between October 1998 and June 1999.” (Scheibelhofer 2009: 9)

verändern sich aber. Familie ist nach wie vor ein wichtiger Bezugspunkt für MigrantInnen. Im Gegensatz zu früher spielt aber die Verbesserung der sozioökonomischen Situation für zukünftige Generationen oder der Herkunftsfamilie (beispielsweise durch Geldüberweisungen aus dem Ausland) keine Rolle mehr. (Ehe-)PartnerInnen und eigene Familiengründung (im Aufnahmekontext) beeinflussen die Entscheidung zur Migration beziehungsweise gegen eine Rückwanderung aber erheblich.²⁰ Ebenso steht nicht die Verbesserung des eigenen sozialen Status im Vordergrund – in den meisten Fällen der Studie waren die Familienmitglieder im Herkunftsland sozial und ökonomisch besser gestellt als die MigrantInnen im Zielland –, sondern Selbstverwirklichung. Ein weiterer Unterschied, den Scheibelhofer identifiziert, ist die unbedeutende Rolle von ethnischen Netzwerken und Kettenmigration. Im Gegensatz dazu wird der Kontakt zu Personen, die nicht aus der eigenen MigrantInnengruppe stammen, als Beweis für die erfolgreiche Integration gewertet. Lebens- und Arbeitspläne der MigrantInnen werden im Verlauf der Migration modifiziert und an die geänderten Umstände angepasst. Dabei kommt es zu einer positiven Umdeutung – retrospektiv oder zukünftig. Dieser Aspekt findet sich auch auf persönlicher Ebene wieder. Die Interviewten betonen, dass die mit der Migration verbundenen Herausforderungen ihre persönliche Entwicklung vorantrieben. In ihrem Fazit plädiert Scheibelhofer (2009) dafür, Emigration aus Westeuropa „as one option among many different possibilities to design one’s life in the second modernity.“ (Scheibelhofer 2009: 21, H.i.O.) zu betrachten. (vgl. Scheibelhofer 2009)

Die beiden Studien von Verwiebe (2004) und Santacreu et al. (2009) zeigen, dass innerhalb der EU ein eigener (Migrations-)Raum entsteht, in dem Migration nicht mit einzelnen Faktoren erklärt werden kann, sondern multikausal ist. Wichtiger als ökonomische Motive sind hier affektive und lebensstilbezogene Motive. Auch die Wanderung von Deutschen nach Rumänien findet im privilegierten Raum der EU statt und es ist davon auszugehen, dass auch hier ein Bündel verschiedener

²⁰ Von 26 Interviewten entschieden sich 20 länger zu bleiben als ursprünglich geplant, da sie in der Zwischenzeit ihreN PartnerIn kennengelernt hatten.

Migrationsmotive wirksam ist. Scheibelhofer (2009) zeigt, dass Individualisierungsprozesse bei der Auswanderung aus hochentwickelten Ländern – wie auch im von mir untersuchten Fall – dazu führen, dass Selbstverwirklichung, persönliche Weiterentwicklung und ein individualisierter Bezug zu Arbeit und Familie eine größere Rolle spielen als die Verbesserung des sozialen oder ökonomischen Status (von sich selbst, der Herkunftsfamilie oder der zukünftigen Familie).

Wanderung Hochqualifizierter aus hochentwickelten Ländern

In Bezug auf die theoretischen Überlegungen zu Wanderungsmotiven Hochqualifizierter zeigt sich, dass sich in den klassischen Studien die Migrationsmotive großteils mit den Motiven der klassischen Migrationsforschung decken und damit wenig neues Erklärungspotential für die Auswanderung Hochqualifizierter aus hochentwickelten Ländern und den Verbleib in weniger entwickelten Regionen bieten. Es ist zu betonen, dass auch bei Hochqualifizierten die Migrationsmotive nicht nur auf rationale Abwägungen in Bezug auf ihr Qualifikationsniveau zurückzuführen sind, sondern von einer Multikausalität ausgegangen werden muss.

Die (Ab-)Wanderung Hochqualifizierter wird vor allem unter dem Begriff *brain drain* problematisiert. Dabei geht es vorrangig um den (vermeintlichen) Verlust von hochqualifizierten Arbeitskräften – sprich Humankapital – eines Landes. Studien zeigen, dass auch bei der Abwanderung deutscher StaatsbürgerInnen die Hochqualifizierten im Vergleich zur nicht-mobilen Bevölkerung überproportional vertreten sind. (vgl. Ette & Sauer 2010: 87ff.; siehe auch bei Schupp 2005; Kreutzer 2006: 9) Die Dynamiken der Wanderung sind aber weitaus diverser, als es die (politische) Debatte vermuten lässt. Während in den 1960er und 70er Jahren noch von einem *brain drain* ausgegangen wurde, einem unidirektionalen Verlust qualifizierten Humankapitals von weniger entwickelten zu hoch entwickelten Ländern, ist die aktuelle Debatte beim Begriff *brain circulation* angekommen, der weltweiten multidirektionalen Bewegung hochqualifizierter Personen. (vgl. Solimano 2008: 2) Dieses Konzept rückt auch den zeitlich begrenzten Charakter der Wanderung beziehungsweise die Ver-

knüpfung von Aus- und Rückwanderung in den Mittelpunkt und betont die gegenseitigen positiven Aspekte für Herkunfts- und Zielländer von hochqualifizierten MigrantInnen.²¹ (vgl. Ette & Sauer 2010: 26)

Die Migration Hochqualifizierter stellt allerdings kein abgeschlossenes Forschungsfeld dar. Dies hängt mit Definitionsschwierigkeiten und fehlenden Datengrundlagen zusammen. Die meisten Untersuchungen beschränken sich auf Einzelfallstudien, die ihre Definition an die jeweilige Untersuchung anpassen. Systematische Überblicksstudien fehlen weitgehend. (vgl. Koser & Salt 1997: 286; siehe auch Ette & Sauer 2010: 22) Die meisten AutorInnen stützen sich daher als Ausgangsbasis auf das Merkmal des tertiären Bildungsabschlusses (vgl. Koser & Salt 1997: 287) oder definieren die Wanderung Hochqualifizierter allgemein als „international transfer of human resources“ (Docquier & Rapoport 2008 zit. nach Ette & Sauer 2010: 25). Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) subsumiert unter Hochqualifizierten: „highly skilled specialists, independent executives and senior managers, specialized technicians or tradespersons, investors, business persons, „keyworkers“, and sub-contract workers.“ (OECD SOPEMI 1997: 21 zit. nach Iredale 2001: 8) Weitere Schwierigkeiten ergeben sich durch die oftmals zeitlich begrenzte (kurzfristige) Wanderung, welche unter klassischen Definitionen nicht als Migration betrachtet wird und daher für die Migrationsforschung lange Zeit nicht relevant erschien. Zusätzlich ist die statistische Erfassung dieser MigrantInnengruppe nur fragmentarisch, da relevante Merkmale gar nicht erst erhoben werden oder aufgrund der geringen Fallzahlen in der Statistik verschwinden oder, wie im Fall der freien Migration innerhalb der EU, überhaupt nicht erfasst werden. (vgl. Koser & Salt 1997: 287f.)

²¹ Darüber hinaus werden in der Debatte um hochqualifizierte MigrantInnen auch die Begriffe „brain waste“, für hochqualifizierte MigrantInnen, die im Zielland wenig qualifizierte Arbeit annehmen (vgl. Koser & Salt 1997: 286) und „brain gain“, der die positiven Effekte der Wanderung Hochqualifizierter, wie steigende Bildungsbeteiligung im Herkunftsland, Rücküberweisungen und Rückwanderung in den Mittelpunkt stellt (vgl. Ette & Sauer 2010: 26), verwendet.

Wie bereits erwähnt sind „die Hochqualifizierten“ keine homogene Gruppe, vielmehr werden darunter verschiedene Bildungsniveaus, Arbeitsmarktsektoren und berufliche Status subsumiert, welche jeweils unterschiedliche Wanderungsmotive und -formen aufweisen (können). (vgl. Ette & Sauer 2010: 87) Verschiedene Studien versuchen Typologien zu bilden, die sich an der Qualifizierung und dadurch bedingten Wanderungsmotiven orientieren. (siehe u.a. Solimano 2008; Mahroum 2000; Iredale 2001; Koser & Salt 1997) Bei diesen Typologien wird angenommen, dass die Migration Hochqualifizierter hauptsächlich durch ihre Position am Arbeitsmarkt bestimmt wird. „Some highly skilled people may move, however, for reasons unrelated to their expertise.“ (Koser & Salt 1997: 287). Diese Kritik greifen Carr et al. (2005) in ihrer Studie auf. Anstelle von *brain drain* sprechen sie von „flow of talent“, der sich unabhängig von multinationalen Unternehmen bewegt. Diese Personen begeben sich freiwillig und selbstbestimmt in andere Länder, um dort „boundaryless global careers“ (Carr et al. 2005: 388) aufzubauen. Diese Annahme geht von einem aktiv international orientiertem Individuum aus, welches über drei Kompetenzen verfügen muss: „knowing-why (motivation and values), knowing-how (skills and experiences), and knowing-whom (networks and reputation)“ (Carr et al. 2005: 388). Carr et al. (2005) deuten ihre Ergebnisse als Hinweis, dass internationale Karrieren zur Normalität werden; „It will become normal to live in other countries for periods of time, and to travel between them in careers that are cumulative and cosmopolitan. Talent will flow regularly between countries.“ (Carr et al. 2005: 395).

An diesen Ansatz möchte ich mit meiner Studie anschließen und betrachte daher die Wanderung nicht nur im Kontext des Qualifikationsniveaus, sondern beziehe die gesamte Biographie des Individuums in meine Analyse mit ein.

Biographische Betrachtung von Migration

Um diese multikausalen, bisher nicht geklärten Migrationsbewegung erfassen zu können, ist ein Zugang notwendig, der Migration in seiner Gesamtheit betrachtet. Daher ist es wichtig, eine Verbindung zwischen Migration und Biographie herzustellen. Ich schließe mich dabei der Annahme Breckners (2005: 121) an,

„dass die Gestaltung von Migrations- und Fremdheitserfahrungen sowohl in aktuellen Handlungs- und Erfahrungssituationen, als auch in der Langzeitperspektive in biographische Prozesse eingebettet ist bzw. diese mit strukturiert. Ohne die biographische Dimension wäre die unterschiedliche Bedeutung von Migrationserfahrungen trotz ähnlicher Ausgangskonstellation und ähnlichem Verlauf nicht zu erklären.“

Der biographische Ansatz betrachtet Migration als inhärenten Bestandteil der Biographie – mit Bezügen zur individuellen Vergangenheit und Zukunft. „Looked at this way, a specific migration exists as a part of our past, our present and our future; as a part of our biography.” (Breckner 2005: 337). Halfacree plädiert für einen biographischen Ansatz und gegen die Betrachtung von Migration als kurzfristiges Ereignis (vgl. Halfacree 2004: 242), denn wie Ní Laoire es ausdrückt: „The decision to move, to stay away, to return, may have its roots in the early part of one’s biography and may be constantly reassessed throughout that lifetime.” (Ní Laoire 2000: 238 zit. nach Halfacree 2004: 241). Es geht also nicht darum, (Haupt-) Motive für Migration zu identifizieren, sondern die Ganzheit von „migration-within-biography” (Halfacree 2004: 249) zu betrachten. „This comprises not just the economic/non-economic thesis/antithesis, but also includes a glimpse of ‘something different’ to the norm, a something that reveals the limitations and even the banality of the latter.” (Halfacree 2004: 249).

Diese biographische Betrachtungsweise von Migration ist aber nicht völlig individualisiert, sondern findet in einem Set sozialer Normen statt, die über die individuellen Biographien ausgedrückt werden. (vgl. Halfacree & Boyle 1993: 341) In der qualitativen Biographieforschung sind nach den Prämissen des Symbolischen Interaktionismus, „gesellschaftliche Tatsachen über die Sinn- und Bedeutungszuschreibung der Handelnden zu erschließen“ (Marotzki 2007: 176) und demzufolge ist „die Biographie des Einzelnen immer auch als soziales Konstrukt zu begreifen“ (Marotzki 2007: 176). Allgemein gefasst geht es in der Biographieforschung „sowohl um die Frage nach der gesellschaftlichen Funktion von Biographie als auch um die sozialen Prozesse ihrer Konstitution.“ (Fischer-Rosenthal & Rosenthal 1997: 411).

Eine biographische Perspektive auf Migration öffnet daher einerseits „den Blick auf Gestaltungsprozesse der Handelnden im Umgang mit ihren Erlebnissen“ (Breckner 2005: 11) und zeigt, dass diese „von vielfachen Überlappungen thematischer und zeitlicher Bezüge, von veränderlichen Wechselwirkungen zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft und schließlich von Widersprüchen und Paradoxien“ (Breckner 2005: 12) geprägt sind. Dadurch wird sichtbar, „dass in Migrationsprozesse eine Vielzahl lebensgeschichtlicher und historischer Hintergründe eingehen.“ (Breckner 2005: 11f.). Aus biographietheoretischer Perspektive wird durch Migration ein „Umschreiben von Lebensverläufen“ (Breckner 2005: 147) notwendig, da sie nicht mehr an national fixierten Normallebensläufen anschließbar sind. Denn nicht nur sind weiterhin zentrale gesellschaftliche Funktionsbereiche nationalstaatlich organisiert, auch beruhen „biographische Sinnkonstruktionen [...] in ihrer Funktion, institutionell Erwartungssicherheit und biographische Kontinuität herzustellen“ (Breckner 2005: 146) auf dem Bezugsrahmen abgegrenzter (nationalstaatlicher) Gesellschaften. Daraus entstehen charakteristische Migrationssituationen, „die die Entwicklung spezifischer und gleichzeitig für diese Situation typischer Erfahrungs- und Wissensbestände auslösen“ (Breckner 2005: 147), welche häufig mit Fremdheitserfahrungen einhergehen.²² (vgl. Breckner 2005: 147f.) Die Biographieforschung fragt daher, „in welcher Weise Migrationserfahrungen in Beziehung geraten zur Genese einer Biographie, d.h. zu bestimmten Lebensphasen bzw. unterschiedlichen biographischen Strängen.“ (Breckner 2005: 149) und „wie sich die Beziehung zwischen Migration und Biographie im Laufe der Zeit verändert.“ (Breckner 2005: 149).

Diese Betrachtungsweise von Migration als Bestandteil der Biographie fordert gewissermaßen auch in der Empirie einen biographischen Zugang zur Migrationsforschung (siehe z.B. Kreutzer 2006: 14).

²² Dabei möchte ich vor allem auf die von Baumann (1996) beschriebenen „Assimilationsfälle“ verweisen, die besagt, „dass trotz (individueller) Angleichung der Lebensverläufe oder gar Lebensweisen eine kollektive Ausgrenzung nach ethnischen oder anderen Gruppenmerkmalen erfolgt. Damit werden MigrantInnen immer wieder Fremdheitspositionen zugewiesen, selbst wenn sie – auch im staatsbürgerlichen Sinn – längst Teil der Gesellschaft geworden sind.“ (Breckner 2005: 147; siehe ausführlicher dazu auch bei Breckner 2003).

Empirisches Vorgehen

Die Migrationsbewegung von West- nach Osteuropa wurde bisher in der Migrationsforschung vernachlässigt beziehungsweise nicht thematisiert. Denn einerseits stellt es, in Anbetracht der jüngeren Geschichte, eine relativ neue Möglichkeit dar nach Osteuropa migrieren zu können und andererseits bietet Osteuropa, nach den klassischen Theorien, wenig Anreize, um als attraktive Migrationsregion zu gelten.

Mittels des biographischen Zugangs wollte ich daher folgende Fragen beantworten: *Welchen Verlauf nehmen Migrationsbiographien Hochqualifizierter, die sich freiwillig für eine Migration in eine weniger entwickelte Region in Osteuropa im Vergleich zu ihrer Herkunftsregion in Westeuropa entscheiden – mit besonderem Fokus darauf, wie aus ursprünglich möglicherweise kurzfristigen Aufhalten dauerhafte werden? Welche Motive spielen dabei eine Rolle und wie erleben sie diese Migration?*

Da weder West- noch Osteuropa homogene Regionen darstellen und es mir im Rahmen meiner Masterarbeit nicht möglich war mehrere Herkunfts- und Zielländer zu vergleichen, habe ich als Herkunftsland Deutschland und als Ankunftsort die Stadt Timișoara in Rumänien gewählt.

Für die Kontaktaufnahme mit potentiellen InterviewpartnerInnen gab es zu Beginn nur zwei Kriterien: Erstens, die Personen oder ihre Verfahren sollten nicht der deutschen Minderheit in Rumänien angehören, um den Sonderfall der Re-Migration nach Rumänien auszuschließen, da davon auszugehen ist, dass diese Situation eine Reihe anderer Migrationsmotive und -verläufe hervorruft, die mit anderen Migrationssituationen nicht vergleichbar sind. Zweitens, die Personen sollten zum Zeitpunkt der Kontaktaufnahme/des Interviews kein fixes Rückkehrdatum nach Deutschland haben, um die Fälle kurzfristiger und von vornherein begrenzter Aufenthalte auszuschließen, da hier ebenfalls davon auszugehen ist, dass diese Personen ihre „Migration“ beziehungsweise ihren Aufenthalt in Timișoara anders bewerten als Personen, die ohne festes Rückkehrdatum in Timișoara leben.

Aus den so hergestellten Kontakten konnten fünf biographisch-narrative Interviews realisiert werden, wovon drei Interviews zur biographischen

Fallrekonstruktion ausgewählt wurden. Folgende Fälle wurden in die Analyse miteinbezogen²³: Andrea Schuster (Fall 1) lebt seit 1997, mit einer Unterbrechung von etwa einem Jahr, zusammen mit ihrem deutschen Mann und ihren Kindern in Timișoara. Ursprünglich war der Aufenthalt als DAAD-Lektorin an der Universität in Timișoara auf maximal fünf Jahre begrenzt gewesen. Mittlerweile hat sie wieder eine Stelle als DAAD-Lektorin in Timișoara. Martin Herzog (Fall 2) lebt seit 2001 in Timișoara. Ursprünglich war sein Aufenthalt als Geschäftsführer eines deutschen Unternehmens auf vier Jahre begrenzt gewesen. Eine ihm danach angebotene Stelle in Deutschland lehnte er ab und gründete sein eigenes Unternehmen in Timișoara. Er ist nicht verheiratet und hat keine Kinder. Oliver Nissen (Fall 3) lebt seit 2002 mit einer Unterbrechung von etwa einem Jahr in Timișoara. Vor seiner zwischenzeitlichen Rückkehr nach Deutschland heiratete er seine rumänische Freundin und hat mittlerweile zwei Kinder mit ihr. Sein Aufenthalt war ursprünglich auf drei Jahre bei einem deutschen Unternehmen begrenzt gewesen. Er arbeitete seit seiner Rückkehr nach Rumänien bei verschiedenen Unternehmen, hatte aber immer einen deutschen Arbeitsvertrag.

Hier zeigt sich vor allem ein gleichbleibendes Muster: Alle der befragten Personen kamen für auf mehrere Jahre begrenzte Arbeits- oder Stipendiumsufenthalte nach Timișoara und hatten ursprünglich die Absicht nach dieser Zeit Rumänien wieder zu verlassen. Zwei der drei Befragten kehrten dann auch nach Deutschland zurück, entschieden sich aber nach kurzer Zeit, ihr Leben weiter in Rumänien führen zu wollen. Für die vorliegende Analyse ist festzuhalten, dass sich die Ergebnisse nur auf die Migrationsverläufe von hochqualifizierten Deutschen beziehen, die im Rahmen von mehrjährigen abgesicherten Arbeits- bzw. Stipendiumsverhältnissen nach Timișoara kamen und nach Ablauf dieser Zeit in Timișoara blieben beziehungsweise wieder nach Timișoara zurückkehrten.

²³ Alle Namen der Interviewten wurden anonymisiert.

Migration von Deutschland nach Rumänien?! Ergebnisse

Das Ergebnis der biographischen Fallrekonstruktion stellt die folgende Fallanalyse dar. Im Fokus steht die biographische Bedeutung der Migration nach Rumänien.

Zwischen Selbstverwirklichung und Selbstverpflichtung – Fall 1

Fall 1 repräsentiert den Typus der Migration zur Selbstverwirklichung. Im Ausland (vorübergehend) zu leben stellt keine Besonderheit dar, sondern ist lediglich eine Möglichkeit von vielen ein grundsätzliches Interesse an und eine Neugier auf die Welt auszuleben. Mit einem familiären Hintergrund, der Reisen und Kontakt zum Ausland als Alltäglichkeit und Normalität vermittelt, wird dies ab der Jugend zunehmend selbstständig aufgegriffen. Diverse kürzere Reisen und längere Auslandsaufenthalte finden mit der Begründung der Wissenserweiterung statt (formal und informell). Die Erweiterung des eigenen Horizonts ist Ziel dieser Aktivitäten. Auf ähnliche Weise wird das Studium als Zeit des Ausprobierens genutzt. Ehrgeizig und motiviert werden Projekte in verschiedene Richtungen verfolgt – Erfolg ist wichtig, aber nicht auf eine karriere- oder zielorientierte Weise. Die Selbstverwirklichung im jeweiligen Moment steht im Vordergrund. In diesem Kontext ist auch die Entscheidung zu verstehen, sich für eine mehrjährige Stelle in Rumänien zu bewerben. Die Entscheidung findet aus Eigeninitiative statt. Rumänien wird bewusst ausgewählt als Land, welches eine neue Herausforderung, eine neue Erfahrung darstellt.

Dieser Wunsch nach Selbstverwirklichung wird auf der Kehrseite zur Selbstverpflichtung alles schaffen zu müssen. In der biographischen Situation von Fall 1 stellt dies die Doppelrolle als Mutter und beruflich ehrgeizigen Frau dar. Der ständige Kampf um Vorherrschaft beider Rollen stellt die Vereinbarkeitsthematik in den Mittelpunkt der Biographie. In der als vorübergehend angedachten Zeit im Ausland tritt dieser Rollenkonflikt erstmals auf und kann gelöst werden. Zurück in Deutschland tritt derselbe Rollenkonflikt auf; aufgrund unterschiedlicher gesellschaftlicher Gegebenheiten scheitert die Biographin aber an der Adaption der Lösung. An die Stelle der Selbstverwirklichung tritt die

Selbstverpflichtung keine der konkurrierenden Rollen aufzugeben, sondern beiden gerecht zu werden. Die Rückkehr nach Rumänien stellt einen Ausweg für die Biographin dar und bietet ihr die Möglichkeit weiterhin beide Rollen, wenn auch in Konkurrenz zueinander, auszuüben. Dies trifft allerdings nur bis zum Ende dieser biographischen Phase zu (bis zur Selbstständigkeit der Kinder). Es ist anzunehmen, dass das Verhältnis der beiden Rollen zueinander danach neu ausgelotet wird und die Selbstverwirklichung wieder mehr in den Vordergrund tritt, womit eine erneute (Re-)Migration verbunden sein könnte.

Transnationales Lebensgefühl – Fall 2

Fall 2 stellt den Typus der Migration als Ausdruck eines transnationalen Lebensgefühls dar. Der Biograph entwickelt in Ablehnung der begrenzten Welt, in der er aufwächst, einen Gegenentwurf für sein Leben, der sich im Wunsch manifestiert Deutschland zu verlassen und „mehr“ zu sehen. Dieses Ziel ist der Antrieb des Biographen. Studiums- und Berufswahl dienen dem Zweck, dieses Ziel zu erreichen. Im Mittelpunkt steht der Wunsch andere Lebensweisen, andere Kulturen, andere Menschen kennenzulernen. Der Biograph löst sich von Deutschland, ist überall zuhause. Einhergehend mit diesem Lebensentwurf entwickelt sich auch das Privatleben des Biographen. Der Wunsch ungebunden und frei alle sich bietenden Möglichkeiten nutzen zu können, lassen den Biographen davor zurückschrecken langfristige Beziehungen aufzubauen. Zentrales Element der Biographie ist die berufliche Karriere. Seine Karriereorientierung lässt ihn einerseits Positionen im Ausland annehmen, andererseits auch nach Deutschland zurückkehren. Der Versuch, später ein stabiles (Familien-)Leben in Deutschland aufzubauen, gelingt nicht. Enttäuscht darüber und auf der Suche nach Neuorientierung nutzt dem Biographen ein beruflich vielversprechendes Angebot aus Rumänien als Flucht- und Orientierungspunkt zugleich. Der Biograph lässt sich erneut auf ein neues Leben, neue Gegebenheiten und Umstände ein. Im Unterschied zu früheren Auslandsaufenthalten (auch möglich durch schnellere, bessere, billigere Transport- und Kommunikationsmöglichkeiten) behält er aber engen Kontakt zu seiner Heimatregion, seinen Freunden und seinem Leben dort. In dieser doppelten Bindung an Aufnahme- und Herkunftsregion kann der Biograph sein Bedürfnis nach Neuem ausleben, gleichzeitig aber ein stabiles Leben

aufbauen, welches ihm (im Gegensatz zu seinen Jugendjahren) auch wichtiger wird. Er fühlt sich an mehreren Orten zuhause, eine Beschränkung auf einen Ort lehnt er ab. Eher können noch weitere Orte für ihn zum Zuhause werden. In dieser Wahrnehmung als jemand, der an mehreren Orten zuhause ist, hat der Biograph auch nicht das Gefühl, Deutschland „für immer“ verlassen zu haben, und lehnt die Zuschreibung als Migrant ab.

Stabilisierung der Biographie durch Migration – Fall 3

Fall 3 stellt den Typus der Migration zur Stabilisierung der Biographie dar und kann am ehesten als klassische (unidirektionale) Migrationsbewegung verstanden werden. In der Biographie findet sich keine Verbindung zum Ausland oder der Wunsch im Ausland zu leben. Deutschland wird als biographischer Bezugspunkt nicht in Frage gestellt. Biographische Wendepunkte in Verbindung mit neuen, unbekanntenen Situationen wie Studienbeginn oder Umzüge, stellen für den Biographen eine Herausforderung dar. Eine starke konservative Prägung und eine dementsprechende männliche Rollenvorstellung lassen es nicht zu, dass der Biograph scheitert. Nach dem Abbruch der ersten Karriere muss sich der Biograph in seiner zweiten Karriere beweisen, dass er erfolgreich sein kann. Der Biograph bleibt damit beschäftigt sich konstant über seine Arbeit zu beweisen. Im Vordergrund steht dabei „Geld verdienen“ – die Arbeit wird Teil der Identität als männlicher Ernährer. Mit zunehmendem Erfolg in der Arbeit entwickelt der Biograph Selbstvertrauen. Das Angebot einer unternehmensinternen Arbeitsstelle im Ausland wird daher einerseits als Auszeichnung verstanden, andererseits fühlt sich der Biograph aber auch nicht in der Position das Angebot abzulehnen. Im Ausland ist der Biograph nicht nur in der Arbeit erfolgreich, sondern hat auch soziale Erfolgserlebnisse. Er fühlt sich als Teil der *expat*²⁴-Gemeinschaft vor Ort, in der er Unterstützung und gegenseitig-

²⁴ Der Begriff „expats“ bzw. „expatriates“ ist nicht einheitlich definiert. Zum Beispiel Kreuzter (2006) fasst darunter: vom Unternehmen ins Ausland entsandte Geschäftsleute, MitarbeiterInnen transnationaler Unternehmen, Auslandsentsandte nationaler Regierungen, internationaler NGO's, Organisationen der internationalen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe, humanitärer und religiöser Organisationen, aber auch relativ mittellose Globetrotter. (vgl. Kreuzter 2006: 8)

ges Verständnis erfährt, und er lernt seine spätere Ehefrau kennen. Unabhängig davon ist die Rückkehr nach Deutschland unhinterfragt. Die Rückkehr scheitert als der Biograph erkennen muss, dass er seinen beruflichen Erfolg nicht fortsetzen kann (was das ursprüngliche Ziel des Auslandsaufenthalts war). Der Biograph ging davon aus in sein altes Leben wieder „einzusteigen“. Erst als dies nicht gelingt, reflektiert er die Zeit im Ausland. Enttäuscht von seiner alten Heimat, muss sich der Biograph eine neue suchen und geht dorthin zurück, wo er sich ein stabiles Leben aufgebaut hatte. Er entscheidet sich bewusst für die Migration und ein Leben in Rumänien. Als Familienoberhaupt trifft er diese Entscheidung nicht nur für sich, sondern für seine ganze Familie auch gegen deren Willen, aber in seiner Wahrnehmung zu ihrem Besten. Eine kritische Verbalisierung von Schwierigkeiten und damit einhergehend ein Gefährden der Darstellung seiner Entscheidung als dem einzig Richtigen ist dem Biographen nicht möglich. Darin begründet sich das Bedürfnis seine Integration zu betonen und die Vorzüge des Lebens in Rumänien hervorzuheben.

Migration von Deutschland nach Rumänien?!

Fallübergreifende Ergebnisse

Welche Antworten lassen sich in meinen Daten auf meine Forschungsfragen finden? Wie sich in der fallübergreifenden Analyse zeigt, können die Fragen nach Motiv und Verlauf nicht getrennt beantwortet werden. Wenn Migration als Prozess betrachtet wird – und die Prozesshaftigkeit von Migration zeigt sich besonders in den hier untersuchten Fällen – dann wird auch eine Veränderung der Migrationsmotive während dieses Prozesses sichtbar. Alle der Befragten kamen ursprünglich für eine begrenzte Zeit (zwischen drei und sechs Jahren) für Arbeits- oder Stipendiumsaufenthalte nach Timișoara mit der festen Absicht Rumänien danach wieder zu verlassen. Diese Absicht änderte sich aber über die Zeit. Einer der Befragten (Martin H.) entschied sich nach Ablauf seines Arbeitsvertrages in Rumänien die angebotene Stelle in Deutschland nicht anzunehmen, sondern sich in Rumänien selbstständig zu machen. Die beiden anderen Befragten (Andrea S. und Oliver N.) kehrten nach Ablauf der festgesetzten Frist nach Deutschland zurück, entschieden sich aber innerhalb eines Jahres für eine Rückkehr nach Rumänien. In allen drei Fällen zeigt sich, dass die jeweiligen Entschei-

dungen durch ein Bündel von Motiven zustanden kamen. Aber noch wichtiger hervorzuheben ist, dass sich eben auch diese Motivbündel über die Zeit verändern und die „Entscheidung“ zur Migration jeweils im Sinne der aktuellen (biographischen) Umstände getroffen wird. Migration ist demnach keine einmalige Entscheidung, sondern ein lebenslanger Prozess, der konstant evaluiert und gegebenenfalls angepasst wird. Im Vordergrund steht dabei die Selbstverwirklichung in individualisierten Biographien. Ökonomische Anreize werden dabei, wenn überhaupt, als Teilaspekt genannt oder sie werden als Rechtfertigung für ansonsten „irrational“ erscheinende Entscheidungen herangezogen.²⁵ So stellen sich die Berufsbiographien von Andrea S. und Oliver N. eher als zerrissen und unsicher dar, mitbedingt durch die Migration. Im Fall von Andrea S. wird die Unsicherheit allerdings bewusst in Kauf genommen für mehr (berufliche) Freiheit. Auch Martin H. konnte sich in Rumänien eine Karriere nach seinen eigenen Vorstellungen aufbauen. So wenig relevant also der monetäre Faktor ist, so wichtig ist, zumindest im Falle von Hochqualifizierten, die Karriere als Wert an sich. Die Umsetzung der eigenen Karrierevorstellung ist Teil des individualisierten Migrationsprozesses, der in dieser Untersuchung sichtbar wird: Die Befragten sehen in Rumänien bessere Möglichkeiten ihre Vorstellungen umzusetzen, sei dies auf beruflicher Ebene (selbstständiger Unternehmer, Freiheit im Beruf) auf familiärer Ebene (Möglichkeit der Vereinbarung von Beruf und Familie) oder auf sozialer Ebene (als Einzelner etwas bewegen können, Offenheit der Gesellschaft, soziale Netzwerkeinbindung).

Weiter zeigt sich in der hier vorgenommenen Untersuchung, dass es zu einer Diversifizierung der Migrationsformen kommt. Neben der nach

²⁵ Andrea S. begründet die Rückkehr nach Rumänien mit der Notwendigkeit Geld verdienen zu müssen, obwohl es vor allem um eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Kindern ging. Oliver N. begründet seine Rückkehr nach Rumänien damit, dass er in Deutschland durch seine Kündigung vorübergehend arbeitslos war und er eine Versorgungsverantwortung gegenüber seiner Frau hat, obwohl es für ihn persönlich im Vordergrund steht an einem Ort zu leben, „der ihm gefällt“. Als er kurz nach ihrer Rückkehr in Rumänien für ein halbes Jahr arbeitslos ist, ist dies kein Grund für ihn (auch) in Deutschland Arbeit zu suchen, sondern es ist klar, dass er in Rumänien bleiben will.

wie vor bestehenden unidirektionalen Migrationsbewegung, die eine Distanzierung aus dem Herkunftskontext und eine Integration in den Aufnahmekontext nach sich zieht (siehe Oliver N.), kommt es zu vielfältigen anderen Bewegungsformen. So werden Herkunfts- und Zielräume – im Sinne des Transnationalismus – zu neuen sozialen Räumen verwoben (siehe u.a. Pries 2001, 2008). Daneben bestehen aber auch vielfältige andere Formen des Neben- und Miteinanders, wie sie der Transnationalismus, streng genommen, nicht meint. In allen Fällen „picken“ sich die MigrantInnen aus beiden Ländern „die Rosinen raus“, wie es Oliver N. formuliert. Martin H. stellt dabei den Typus des transnationalen Migranten dar. Für ihn haben nationalstaatliche Grenzen keine Bedeutung. Er fühlt sich mit seiner Herkunfts- als auch mit seiner Zielregion verbunden, pendelt zwischen diesen hin und her, hat soziale Kontakte in beiden Regionen, fühlt sich an beiden Orten zuhause. Aber auch bei Andrea S. und sogar bei Oliver N., für den eine Rückkehr nach Deutschland keine Option mehr ist, lassen sich „transnationale“ Verknüpfungen entdecken. Andrea S. hat ihren Lebensmittelpunkt für den Moment zwar klar nach Timișoara verlegt, dennoch hält sie vielfältige Verbindungen zu Deutschland aufrecht. Auch sie hat nach wie vor ein soziales und familiäres Netzwerk in Deutschland, in welches sie eingebunden ist. Sie verbrachte seit ihrem ersten Umzug nach Rumänien immer wieder auch einige Monate in ihrer Heimatregion in Deutschland. Vor allem ist sie aber auch beruflich mit Deutschland eng verbunden. Sowohl ihre erste Stelle als auch ihre aktuelle Stelle in Timișoara sind durch Stipendien des DAAD finanziert und ihr Mann ist bei der deutschen Zentralstelle für das Auslandsschulwesen angestellt und arbeitet als Auslandslehrer in Rumänien. Es gibt also eine enge emotionale, aber eben auch formale Verbindung zu Deutschland. Die Nachteile des Lebens in Rumänien, bedingt vor allem durch die schlechtere soziale Absicherung im Vergleich zu Deutschland, können damit umgangen werden. Dieser Aspekt ist auch bei Oliver N. wichtig. Außerhalb seiner engeren Familie hat er kaum noch Kontakte in Deutschland und fühlt sich dort auch nicht mehr zuhause. Wesentlich ist aber auch hier die formale Verknüpfung. Obwohl er sich klar für ein Leben in Rumänien entschieden hat, ist es ihm bei allen Arbeitsstellen in Rumänien wichtig einen deutschen Arbeitsvertrag zu haben, um darüber Teil des deutschen Sozialversicherungssystems zu sein. Anders könnte er sich ein

Leben in Rumänien nicht vorstellen. Emotional mag Deutschland für ihn nur mehr eine untergeordnete Rolle spielen, aber die Vorteile, die es mit sich bringt deutscher Staatsbürger zu sein, will auch er nicht aufgeben. Insgesamt zeigen diese Ergebnisse, dass es sich im Fall der Deutschen in Rumänien um *multikausal motivierte und transnational orientierte Migration* handelt.

Welche Rolle spielt dabei nun die Hochqualifizierung der Befragten? Arbeit nimmt bei allen der Befragten einen hohen Stellenwert in ihrem Leben ein. Über die Arbeit, entweder durch konkrete Jobangebote (Martin H. und Oliver N.) oder durch eine selbstgewählte, karrierebezogene Tätigkeit (Andrea S.), entstand die Möglichkeit in Rumänien zu leben. Genauso erleichterte es ihnen ihre Hochqualifizierung in Rumänien zu bleiben oder wieder zurückzukehren. Durch ihre Hochqualifizierung sind sie in der Ausgestaltung ihrer Karrieren einerseits flexibel, andererseits streben sie auch berufliche Erfüllung an. Die Ergebnisse legen die Annahme nahe, dass hochqualifizierte Personen darin gegenüber anderen im Vorteil sind, da nicht nur berufsinternes Wissen notwendig ist, sondern auch Kontextwissen, im Sinne von „knowing-how“ und „knowing-whom“, wie es Carr et al. (2005) beschreiben. Grundsätzlich zeigt sich aber, dass die Hochqualifizierung nur ein Faktor unter vielen ist, die die Personen in ihren Entscheidungen beeinflussen.

Schließlich möchte ich noch auf den dritten Teil der Forschungsfragen, nach dem Erleben der Migration, eingehen. Im Kontext des Übergangs von einer Gesellschaft in einem hochentwickelten Land in eine Gesellschaft in einem weniger entwickelten Land können dabei verschiedene Typen der Wahrnehmung und der Darstellung von Rumänien und Deutschland gefunden werden. Allen gemeinsam ist, dass sie in ihrer Darstellung die Vorteile des Lebens in Rumänien hervorheben, womit sie sich auf immaterielle Werte wie Familienleben, soziale Eingebundenheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt beziehen. Gleichzeitig heben Andrea S. und Oliver N. die Nachteile des Lebens in Deutschland hervor, um ihre Entscheidung, nach Rumänien zurückzukehren, zu begründen. Im Umgang mit den Vorurteilen gegenüber dem Land zeigen sich hingegen Unterschiede, die mit den rekonstruierten Typen korrespondieren. Im Fall von Andrea S. zeigt sich ihr Wunsch nach Selbstverwirklichung und danach ihr Leben nach ihren Vorstel-

lungen zu gestalten auch in der Darstellung von Rumänien und Deutschland, die nur in Bezug auf ihre konkreten Lebensumstände hin präsentiert werden. Bei Martin H., der ein transnationales Leben führt, spielen mögliche Unterschiede keine Rolle. Er betont die Nähe und Ähnlichkeit zwischen Herkunfts- und Zielregion. Oliver N. schließlich ist in seiner Darstellung ambivalent: Er versucht mithilfe seiner Darstellung von Rumänien seine Entscheidung, dort leben zu wollen, zu rechtfertigen, fühlt sich durch seine Erlebnisse in Rumänien aber auch in seinen Vorurteilen bestätigt. Obwohl er die Annehmlichkeiten und den „Luxus“ in Deutschland als unwichtig ablehnt, ist Westeuropa für ihn gleichzeitig die Norm, an die Rumänien erst noch anschließen muss.

Fazit

Was andere Studien für freiwillige Migration innerhalb der EU-15 oder zwischen anderen hochentwickelten Ländern zeigen (siehe u.a. Verwiebe 2004; Santacreu et al. 2009; Scheibelhofer 2009), nämlich, dass Migration multikausal begründet wird und ökonomische Gründe dabei, wenn überhaupt, nur ein Teilaspekt sind, konnte ich auch für die Migration innerhalb Europas von einem hochentwickelten in ein weniger entwickeltes Land zeigen. Migration entsteht in diesen Fällen weniger aufgrund ökonomischer, kultureller, sozialer oder familiärer Motive, sondern wird als Mittel betrachtet, bestimmte (biographische) Orientierungen, zum Beispiel bestimmte Lebensvorstellungen, Wertorientierungen, Einstellungen, zu verwirklichen. Um diese Orientierungen entdecken zu können, ist eine biographische Betrachtung von Migration nötig.

Soll Migration also in ihrer Gesamtheit verstanden werden, so muss der Blick von der „Entscheidung“ zur Migration weg, hin auf den gesamten Prozess der Migration, der unter Umständen lebenslang ist, gerichtet werden. Dann zeigt sich, wie in meiner Untersuchung, dass es für den weiteren Verlauf der Migration nicht entscheidend ist, welche Motive am Anfang standen. Kam es einmal zu einer Entscheidung den Aufenthaltsort in ein anderes Land zu verlegen, entsteht eine Eigendynamik. Denn jede Entscheidung wird unter den Bedingungen der aktuellen biographischen Phase getroffen: Ändern sich die Lebensumstände, werden diese Entscheidungen angepasst. So werden Migrationsentschei-

dungen in unterschiedlichen Phasen verschieden begründet, wobei dies nicht notwendigerweise mit einer tatsächlichen (Re-)Migration verbunden sein muss, sondern sich auch auf der argumentativen Ebene abspielen kann. Dennoch zeigt sich auch in meiner Untersuchung, dass vorangegangene Migration(en) die Entscheidung für weitere (Re-)Migration wesentlich wahrscheinlicher machen. (siehe auch bei Santacreu et al. 2009)

Weiter zeigt sich, dass bei der Migration von Deutschland nach Rumänien vielfältige Formen „transnationaler“ Verknüpfungen entstehen. Allgemein kann von einer Zunahme transnationaler Verbindungen bei heutigen MigrantInnen, aufgrund der technischen Entwicklungen und der leichteren und kostengünstigeren Möglichkeiten diese herzustellen und aufrechtzuerhalten, ausgegangen werden. (siehe u.a. Pries 2001) Auch in meiner Untersuchung zeigt sich dies auf sozialer Ebene. Daneben nehmen „transnationale“ Verbindungen im Kontext der Migration von einem hochentwickelten in ein weniger entwickeltes Land aber noch eine besondere Bedeutung ein. Über individuelle, transnationale Verbindungen auf beruflicher Ebene und die Einbindung in soziale Netzwerke, die in der Herkunftsregion verankert oder transnational sind, können mögliche Nachteile durch eine Migration in ein weniger entwickeltes Land, im Sinne von geringerem Einkommen, schlechterer sozialer Absicherung im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter, umgangen werden. Hierin spielt auch die Hochqualifizierung in meiner Untersuchung die größte Rolle. Dadurch sind die Befragten in der Lage sich dieses „Privileg“ zu sichern, was möglicherweise bei Personen mit anderen Qualifikationsniveaus nicht der Fall wäre. Abgesehen davon, konnte ich in meiner Untersuchung aber keine besondere Bedeutung des Faktors „Hochqualifiziert“ feststellen, sondern dieser stellt ebenso nur einen Teil der Biographie dar, welche die Migrationsentscheidung beeinflusst.

In meiner Arbeit habe ich gezeigt, dass Ansätze, die Migration in ihrer Diversität, Multikausalität und Transnationalität betrachten, vielversprechend sind. Dies trifft nicht nur auf die bisherigen Anwendungsgebiete dieser Ansätze, der Migration zwischen hochentwickelten Ländern, zu, sondern auch die Migration in weniger entwickelte Länder kann als multikausal motiviert und transnational orientiert verstanden werden.

Die transnationale Orientierung nimmt bei dieser Migrationsrichtung eine besondere Rolle ein. Es ermöglicht den MigrantInnen die bestehenden negativen Aspekte der Ziel-, aber auch der Herkunftsregionen zu umgehen, indem sie aus der Verbundenheit mit beiden Regionen auf individueller Ebene Vorteile für sich daraus ziehen können. In einem nächsten Schritt wäre zu zeigen, wie dies King (2002) bereits anspricht, inwiefern dies auch auf die Migration von weniger entwickelten Ländern in hochentwickelte Länder zutrifft. Überwiegen dort tatsächlich (noch) ökonomische Motive oder ist Migration nicht vielmehr immer (schon) ein multikausales, transnationales Phänomen?

Literatur

- Allmendinger, Jutta (Hg.) 2003: Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. DGS-Kongresses in Leipzig 2002. Opladen: Leske + Budrich.
- Basch, Linda/ Glick Schiller, Nina/ Szanton Blanc, Cristina 1997: Nations Unbound. Transnational Projects, Post-colonial Predicaments, and Deterritorialized Nation-States. 4. Auflage. Amsterdam: Gordon and Breach.
- Beck, Ulrich 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich/ Giddens, Anthony/ Lash, Scott 1996: Reflexive Modernisierung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich/ Lau, Christoph 2005: 'Second Modernity as a Research Agenda: Theoretical and Empirical Explorations in the "Meta-Change" of Modern Society'. In: The British Journal of Sociology, 56 (4), S. 525-557.
- Bogue, Donald A. 1977: A Migrant's-Eye View of the Costs and Benefits of Migration to a Metropolis. In: Brown, Alan A./ Neuberger, Egon (ed.): Internal Migration. A Comparative Perspective. New York: Academic Press, S. 167-182.
- Bommes, Michael 2003: Der Mythos des transnationalen Raumes. Oder: Worin besteht die Herausforderung des Transnationalismus für die Migrationsforschung? In: Tränhardt, Dietrich/ Hunger, Uwe (Hg.): Migration im Spannungsfeld von Globalisierung und Nationalstaat. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 90-116.
- Breckner, Roswitha 2003: Migration - ein biographisches Risiko? Zum Zusammenhang von Migrationsforschung und Biographie. In: Allmendinger, Jutta

- (Hg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. DGS-Kongresses in Leipzig 2002. Opladen: Leske + Budrich, S. 236-253.
- Breckner, Roswitha 2005: Migrationserfahrung - Fremdheit - Biografie. Zum Umgang mit polarisierten Welten in Ost-West-Europa. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Brown, Alan A./ Neuberger, Egon (ed.): Internal Migration. A Comparative Perspective. New York: Academic Press.
- Bühl, Walter L. (Hg.) 1972: Verstehende Soziologie. Grundzüge und Entwicklungstendenzen. München: Nymphenburger Verlagshaus.
- Carr, Stuart C./ Inkson, Kerr/ Thorn, Kaye 2005: From global careers to talent flow: Reinterpreting "brain drain". In: Journal of World Business, 40, S. 386-398.
- De Jong, Gordon F./ Fawcett, James T. 1981: Motivations for Migration: An Assessment and Value-Expectancy Research Model. In: De Jong, Gordon F./ Gardner, Robert W. (eds.): Migration Decision Making. Multidisciplinary Approaches to Microlevel Studies in Developed and Developing Countries. New York: Pergamon, S.13-58.
- De Jong, Gordon F./ Gardner, Robert W. (eds.) 1981: Migration Decision Making. Multidisciplinary Approaches to Microlevel Studies in Developed and Developing Countries. New York: Pergamon.
- Esser, Hartmut 1980: Aspekte der Wanderungssoziologie; Neuwied: Luchterhand.
- Ette, Andreas/ Sauer, Lenore 2010: Auswanderung aus Deutschland. Daten und Analysen zur internationalen Migration deutscher Staatsbürger. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Eurostat and European Commission 2002: The Social Situation in the European Union 2002. Brussels: European Commission. Online verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=6701&langId=en>. [27.2.2015]
- Faist, Thomas 1995: Sociological Theories of International Migration: The Missing Meso-Link. Paper presented at the Meeting of the Theory Group of Migration and Development (MAD) Project. Hamburg: ZeS-Arbeitspapier, 17.
- Faist, Thomas 1996: Soziologische Theorien internationaler Migration: Das vernachlässigte Meso-Bindeglied. In: Faist, Thomas/ Hillmann, Felicitas/ Zühlke-Robinet, Klaus: Neue Migrationsprozesse: politisch-institutionelle Regulierung und Wechselbeziehungen zum Arbeitsmarkt. Arbeitspapier Nr. 6, Zentrum für Sozialpolitik - Universität Bremen, S. 12-19.

- Faist, Thomas/ Hillmann, Felicitas/ Zühlke-Robinet, Klaus 1996: Neue Migrationsprozesse: politisch-institutionelle Regulierung und Wechselbeziehungen zum Arbeitsmarkt. Arbeitspapier Nr. 6, Zentrum für Sozialpolitik - Universität Bremen.
- Favell, Adrian/ Recchi, Ettore 2009: Pioneers of European integration: an introduction. Integrating Europe "from below": the role of free movement. In: Recchi, Ettore / Favell, Adrian (Hg.): Pioneers of European integration. Citizenship and mobility in the EU. Cheltenham: Elgar, S. 1-25.
- Feithen, Rosemarie 1985: Arbeitskräftewanderung in der Europäischen Gemeinschaft. Bestimmungsgründe und regionalpolitische Implikationen. Frankfurt a. M./ New York: Campus-Verlag.
- Fischer-Rosenthal, Wolfram/ Rosenthal, Gabriele 1997: Warum Biographieanalyse und wie man sie macht. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 17 (4), S. 405-427.
- Flick, Uwe/ Kardoff, Ernst von/ Steinke, Ines (Hg.) 2007: Qualitative Forschung. Ein Handbuch. 5. Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag.
- Franzen, Axel/ Freitag, Markus (Hg.) 2007: Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderhefte 47. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Glick Schiller, Nina/ Basch, Linda/ Szanton Blanc, Cristina (Hg.) 1992: Towards a Transnational Perspective on Migration: Race, Class, Ethnicity and Nationalism Reconsidered. New York: New York Academy of Sciences.
- Halfacree, Keith 2004: A utopian imagination in migration's terra incognita? Acknowledging the non-economic worlds of migration decision-making. In: Population, Space and Place, 10 (3), S. 239-253.
- Halfacree, Keith/ Boyle, Paul J. 1993: The challenge facing migration research: the case for a biographical approach. In: Progress in human geography, 17 (3), S. 333-348.
- Han, Petrus 2005: Soziologie der Migration. Erklärungsmodelle, Fakten, politische Konsequenzen, Perspektiven. 2. überarb. und erw. Auflage, Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Haug, Sonja 2000: Klassische und neuere Theorien der Migration. Arbeitspapier - Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.
- Hillmann, Felicitas/ Rudolph, Hedwig 1997: S(Z)eitenwechsel - Internationale Mobilität westlicher Hochqualifizierter am Beispiel Polen. In: Pries, Ludger (Hg.): Transnationale Migration. Soziale Welt Sonderband, 12. Baden-Baden: Nomos, S. 245-263.

- Iredale, Robyn 2001: The Migration of Professionals: Theories and Typologies. In: *International Migration*, 39 (5), S. 7-26.
- King, Russell 2002: Towards a New Map of European Migration. In: *International Journal of Population Geography*, 8, S. 89-106.
- Kneer, Georg/ Schroer, Markus (Hg.) 2010: *Handbuch spezielle Soziologien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kohli, Martin/ Robert, Günther (Hg.) 1984: *Biographien und soziale Wirklichkeit*. Stuttgart: Klett.
- Koser, Khalid/ Salt, John 1997: The Geography of Highly Skilled International Migration. In: *International Journal of Population Geography*, 3 (4), S. 285-303.
- Kreckel, Reinhard (Hg.) 1983: *Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2*. Göttingen: Schwartz.
- Kreutzer, Florian/ Roth, Silke (Hg.) 2006: *Transnationale Karrieren. Biografien, Lebensführung und Mobilität*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lee, Everett S. 1972: Eine Theorie der Wanderung. In: Szell, Györg (Hg.): *Regionale Mobilität*. München: Nymphenburger Verlag, S. 115-129.
- Mahroum, Sami 2000: Highly skilled globetrotters: mapping the international migration of human capital. In: *R&D Management*, 30 (1), S. 23-32.
- Marotzki, Winfried 2007: *Qualitative Biographieforschung*. In: Uwe Flick/ Kardoff, Ernst von/ Steinke, Ines (Hg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. 5. Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag, S. 175-186.
- Massey, Douglass/ Espinosa, Kristin 1997: What 's Driving Mexico-U.S. Migration? A Theoretical, Empirical, and Policy Analysis. In: *American Journal of Sociology*, 102, S. 939-999.
- Mayer, Karl U. 1990: *Lebensverläufe und sozialer Wandel. Anmerkungen zu einem Forschungsprogramm*. In: Mayer, Karl U. (Hg.): *Lebensverläufe und sozialer Wandel. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderhefte*, 31. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 7-21.
- Mayer, Karl U. 2001: *Lebensverlauf*. In: Schäfers, Bernd/Zapf, Wolfgang (Hg.): *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. Opladen: Leske + Budrich, S. 446-460.

- Morokvasic, Mirjana 2003: Transnational mobility and gender: a view from post-wall Europe. In: Morokvasic, Mirjana/ Erel, Umut / Shinozaki, Kyoko (Hg.): Crossing Borders and Shifting Boundaries. Gender on the Move. Band 1. Opladen: Leske + Budrich, S. 101-133.
- Morokvasic, Mirjana/ Erel, Umut / Shinozaki, Kyoko (Hg.) 2003: Crossing Borders and Shifting Boundaries. Gender on the Move. Band 1. Opladen: Leske + Budrich.
- Münch, Richard 2002: Die "zweite Moderne": Realität oder Fiktion? Kritische Fragen an die Theorie der "reflexiven" Modernisierung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 54 (3), S. 417-443.
- Ní Laoire, Caitríona 2000. Conceptualising Irish rural youth migration: a geographical approach. In: International Journal of Population Geography, 6, S. 229-243.
- Oswald, Ingrid 2007: Migrationssoziologie. Konstanz: UVK-Verlagsgesellschaft.
- Pries, Ludger 1996: Internationale Arbeitsmigration und des Entstehen Transnationaler Sozialer Räume: Konzeptionelle Überlegungen für ein empirisches Forschungsprojekt. In: Faist, Thomas/ Hillmann, Felicitas/ Zühlke-Robinet, Klaus: Neue Migrationsprozesse: politisch-institutionelle Regulierung und Wechselbeziehungen zum Arbeitsmarkt. Arbeitspapier Nr. 6, Zentrum für Sozialpolitik - Universität Bremen, S. 20-29.
- Pries, Ludger 1997: Neue Migration im transnationalen Raum. In: Pries, Ludger (Hg.): Transnationale Migration. Soziale Welt Sonderband,12. Baden-Baden: Nomos, S. 15-46.
- Pries, Ludger (Hg.) 1997: Transnationale Migration. Soziale Welt Sonderband, 12. Baden-Baden: Nomos.
- Pries, Ludger 2001: Internationale Migration. Bielefeld: transcript.
- Pries, Ludger 2008: Die Transnationalisierung der sozialen Welt. Sozialräume jenseits von Nationalgesellschaften. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Pries, Ludger 2010: Soziologie der Migration. In: Kneer, Georg/ Schroer, Markus (Hg.): Handbuch spezielle Soziologien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 475-490.
- Ravenstein, Ernest George 1885: The Laws of Migration. In: Journal of the Royal Statistical Society, 48, S. 167-227.
- Ravenstein, Ernest George 1889: The Laws of Migration. In: Journal of the Royal Statistical Society, 52, S. 241-301.
- Recchi, Ettore/ Favell, Adrian (Hg.) 2009: Pioneers of European integration. Citizenship and mobility in the EU. Cheltenham: Elgar.

- Ricouer, Paul 1972: Der Text als Modell: hermeneutisches Verstehen. In: Bühl, Walter L. (Hg.): *Verstehende Soziologie. Grundzüge und Entwicklungstendenzen*. München: Nymphenburger Verlagshaus, S. 252-283.
- Rosenthal, Gabriele 1995: *Erlebte und erzählte Lebensgeschichte. Gestalt und Struktur biographischer Selbstbeschreibungen*. Frankfurt: Campus-Verlag.
- Rosenthal, Gabriele 2008: *Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung*. 2., korrigierte Auflage. Weinheim/ München: Juventa.
- Santacreu, Oscar/ Baldoni, Emiliana/ Albert, Maria Carmen 2009: Deciding to move: migration projects in an integrating Europe. In: Recchi, Ettore/ Favell, Adrian (Hg.): *Pioneers of European integration. Citizenship and mobility in the EU*. Cheltenham: Elgar, S. 52-71.
- Schäfers, Bernd/ Zapf, Wolfgang (Hg.) 2001: *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. 2., erw. und akt. Auflage. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Scheibelhofer, Elisabeth 2009: Understanding European Emigration in the Context of Modernization Processes. *Contemporary Migration Biographies and Reflexiv Modernity*. In: *Current Sociology*, 57 (1), S. 5-25.
- Schupp, Jürgen/ Sohn, Janina/ Schmiade, Nicole 2005: Internationale Mobilität von deutschen Staatsbürgern. Chance für Arbeitslose oder Abwanderung der Leistungsträger? In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaften*, 30 (2-3), S. 279-292.
- Schütze, Fritz 1984: Kognitive Figuren des autobiographischen Stegreiferzählens. In: Kohli, Martin/ Robert, Günther (Hg.): *Biographien und soziale Wirklichkeit*. Stuttgart: Klett, S. 78-117.
- Solimano, Andrés 2008: *The International Mobility of Talent. Types, Causes, and Development Impact*. Oxford: Oxford Univ. Press.
- Szell, Györg (Hg.) 1972: *Regionale Mobilität*. München: Nymphenburger Verlag.
- Tränhardt, Dietrich/ Hunger, Uwe (Hg.) 2003: *Migration im Spannungsfeld von Globalisierung und Nationalstaat*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Treibel, Annette 2001: Migration. In: Schäfers, Bernd und Zapf, Wolfgang (Hg.): *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. 2., erw. und akt. Auflage. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 472-481.
- Treibel, Annette 2003: *Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht*. 3. Auflage. Weinheim/ München: Juventa-Verlag.

- Verwiebe, Roland 2004: Transnationale Mobilität innerhalb Europas. Eine Studie zu den sozialstrukturellen Effekten der Europäisierung. Berlin: edition sigma.
- Verwiebe, Roland 2011: Why do Europeans Migrate to Berlin? Social-Structural Differences for Italian, British, French and Polish Nationals in the Period between 1980 and 2002. In: International Migration. Online verfügbar unter: http://www.soz.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/inst_soziologie/Personen/Institutsmitglieder/Verwiebe/Verwiebe_2011__Why_do_Europeans_Migrate_to_Berlin.pdf. [27.02.2015]
- Zandonella, Bruno 2009: Pocket Europa. EU-Begriffe und Länderdaten. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-europa/16786/festung-europa>. [27.02.2015]

Barbara Mühlbacher M.A.

Studium der Soziologie und internationalen Entwicklung an der Universität Wien und Master Osteuropastudien, Hauptfach Soziologie an der Freien Universität Berlin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Migration, Bildung und Internationale Zusammenarbeit.

Kontakt: barbara.muehlbacher@gmx.net

Studentische Schriften zu den Sozialwissenschaften

Die Studentischen Schriften zu den Sozialwissenschaften (SSS) stellen eine Plattform für Studierende und Studierendengruppen der Otto-Friedrich-Universität Bamberg dar, herausragende wissenschaftliche und wissenschaftsunterstützende Arbeiten zu veröffentlichen. Diese landen in den meisten Fällen nur in irgendwelchen Schubladen und geraten, neben den AutorInnen, meist nur zum Korrekturlesen und zur Begutachtung unter die Augen anderer Personen. Um ebendiesen Arbeiten zu einem weiteren Publikum zu verhelfen, stehen die SSS bereit.

Als Beiträge sind Schriften aus allen Disziplinen der Sozialwissenschaften und angrenzender Fachbereiche Willkommen. Insbesondere die Auslotung von Grenzen und das bewusste interdisziplinäre Arbeiten stehen für die Innovationskraft studentischer Arbeiten. Eben dieser blinde Fleck der etablierten Wissenschaftslandschaft kann durch die SSS beseitigt und ein Lernprozess für NachwuchswissenschaftlerInnen initiiert werden. Hierdurch werden Anstöße zur eigenständigen Auseinandersetzung mit neuen Forschungsfeldern, -methoden und -verständnissen gegeben.

Neben der offenen und innovationssuchenden, inhaltlichen Dimension steht vor allem der Lernprozess für NachwuchswissenschaftlerInnen im Vordergrund. So werden zur Qualitätssicherung der einzelnen Beiträge Verfahren wie studentische Peer-Reviews, Mentorate durch etablierte Forscher oder die Auswahl für Konferenzen eingesetzt, durch die die Studierenden häufig zum ersten Mal mit dem Publikationsprozess etablierter Wissenschaftsformate in Kontakt kommen. Darüber hinaus steht ein wissenschaftlicher Beirat den HerausgeberInnen zur Seite. Dadurch ist gewährleistet, dass an allen Stationen des Herstellungsprozesses eines Werkes studentische Arbeitskraft, Kreativität und Ideen einfließen und wissenschaftliche Standards eingehalten werden.



University
of Bamberg
Press

Dieser Sammelband beinhaltet ausgewählte Beiträge des 4. Studentischen Soziologiekongresses mit dem Titel „Krisen, Prozesse, Potenziale“, der vom 3. – 6. Oktober 2013 in Bamberg stattfand und vom Arbeitskreis Soziologie e.V. organisiert wurde. Er schließt damit ein weiteres Kapitel einer bis heute erfolgreichen studentischen Initiative, welche seit ihrer Gründung kontinuierlich wächst und damit Studierenden eine solide Plattform bietet, selbst aktiv zu werden. Der Studentische Soziologiekongress findet alle zwei Jahre, im Wechsel mit dem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, statt. Er ist ein Ort des über den Tellerrand Hinausschauens und des wissenschaftlichen Austausches zwischen Studierenden.

Das Thema „Krisen, Prozesse, Potenziale“ bot den Teilnehmenden die Möglichkeit, dass sowohl Altes, Aktuelles als auch Zukünftiges in allen seinen Formen abgebildet werden konnte. Der Sammelband gliedert sich in vier Bereiche. Begonnen wird mit theoretischen Arbeiten und Arbeiten, die zu einem Umdenken in der Wissenschaft anregen sollen. Danach wird sich mit Problemen auseinandergesetzt, mit denen wir in unserem täglichen Leben in einer modernen Welt konfrontiert werden. Der dritte Block beschäftigt sich mit der globalisierten Welt und deren Auswirkung auf die demokratische Gemeinschaft, wohingegen sich im letzten Teil ganz allgemein mit der Arbeit und dem Beruf beschäftigt wird.

eISBN: 978-3-86309-351-8



9 783863 093518

www.uni-bamberg.de/ubp